

Geschäftsbericht des Stadtrates

2002

Inhalt

Seite

Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Grosse Gemeinderat	7
– Der Stadtrat	16
– Stadtkanzlei	17

Departement Kulturelles und Dienste	21
-------------------------------------	----

Departement Finanzen	41
----------------------	----

Departement Bau	55
-----------------	----

Departement Sicherheit und Umwelt	81
-----------------------------------	----

Departement Schule und Sport	105
------------------------------	-----

Departement Soziales	127
----------------------	-----

Departement Technische Betriebe	155
---------------------------------	-----

Initiativen und parlamentarische Vorstösse	177
--	-----

Behördenverzeichnis	185
---------------------	-----

Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw.	193
---	-----

Departements- und Bereichsleitungen	194
-------------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis	196
--------------------	-----

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2002.

Winterthur, 9. April 2003

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 14 Doppelsitzungen (Vorjahr 15) und zu 2 (1) einfachen Sitzungen zusammen.

Am 9. September trat seine revidierte Geschäftsordnung in Kraft.

Das Büro des Grossen Gemeinderates erledigte seine Geschäfte bis zum diesem Zeitpunkt an 3 (4), die Rechnungsprüfungskommission (RPK) an 16 (32), die Geschäftsprüfungskommission (GPK) an 15 (27) und die Parlamentarische Planungskommission (PPK) an 3 (3) Sitzungen.

Die seit dem 13. Januar 1999 eingesetzte Spezialkommission «Parlamentsreformkommission» tagte im Jahr 2002 noch an 7 (39) Sitzungen und wurde mit Beschluss vom 9. September 2002 aufgelöst. Sie hat gesamthaft 99 Sitzungen abgehalten.

Der Grosse Gemeinderat hat am 9. September 2002 die Kommissionsstrukturen geändert und folgende neuen Ratsorgane ins Leben gerufen:

- **Ratsleitung (RL)**
- **Erweiterte Ratsleitung (ERL)**
- **Aufsichtskommission (AK)**
- **Sachkommission Hochbau (HBK)**
- **Sachkommission Stadtentwicklung (SEK)**
- **Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)**
- **Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)**
- **Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ver- und Entsorgung (TUVEK).**

Die neuen Ratsorgane erledigten seit dem 9. September 2002 ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen: RL 0 (Beschlüsse erfolgten auf dem Zirkularweg), ERL 2, AK 8, HBK 7, SEK 5, BSKK 5, SSK 6, TUVEK 4.

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

14. Januar 2002

- I. Es werden nachträglich zwei Personen als kantonale Geschworene für die Amtsdauer 2002 bis 2007 gewählt.
- II. 1. Die Bau- und Niveaulinien in der Au; Fussweg zum Tössuferweg und Wülflingerstrasse/Weststrasse (Talhofweg bis Florastrasse) werden gemäss Antrag des Stadtrates festgesetzt.
2. Die Bau- und Niveaulinien Untere Briggerstrasse und Sulzer-Allee; Giessereistrasse; Ohrbühl-/Rümkkerstrasse werden gemäss den von der PPK am 3. Dezember 2001 beschlossenen Plänen festgesetzt.
3. Die Versorgungsbaulinien Taggenbergbach werden gemäss dem von der PPK am 3. Dezember 2001 beschlossenen Plan festgesetzt.
4. Der Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen wird festgesetzt.
- III. 1. Der öffentliche Gestaltungsplan Hardau wird gemäss Antrag des Stadtrates revidiert.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, bei der Baudirektion die Genehmigung von Ziffer 1 dieses Beschlusses einzuholen.
- IV. 1. a) Die Grundsätze und Vorschläge aus dem Bericht der Parlamentsreformkommission werden mit Aus-

nahme des Vorschlags V3 in zustimmenden Sinne zur Kenntnis genommen.

1. b) Die Festlegungen für eine revidierte Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.

2. Die Gemeindeordnung vom 26. Juni 1989 wird mit einer Reformbestimmung (neuer § 83) ergänzt. Dieser Beschluss des Grossen Gemeinderates untersteht der Volksabstimmung.

3. Dem Kantonsrat wird eine Behördeninitiative für eine Teilrevision des Gemeindegesetzes betreffend flexiblere Kommissionsstrukturen eingereicht.

- V. Die Motion H. Empl (CVP), M. Gfeller (Grüne), R. Weibel (EVP) und E. Wettstein (SP) betreffend Velounterführung am Hauptbahnhof Nord wird erheblich erklärt und die Frist zu ihrer Umsetzung bis Ende Dezember 2003 erstreckt.
- VI. Die Interpellation H. Empl (CVP) betreffend Sitzbank-Konzept wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend der Deutschkurse für Ausländerinnen und Ausländer mit erheblichen Sprachschwierigkeiten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend Prüfung und Abwicklung von Unterstützungsgesuchen finanzieller Art wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation M. Böni (SVP) betreffend Volks- haus- und Arch-Parkhaus-Grundstücke wie weiter? wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

28. Januar 2002

- I. Die Interpellation N. Galladé (SP), H. Iseli (EDU), Ch. Kern (SVP), R. Kleiber (EVP), M. Künzle (CVP), P. Rütimann (FDP) und M. Stauber (Grüne) betreffend Hopp FCW! wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrates als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation P. Rütimann (FDP), F. Hofmann (SVP), U. Bründler (CVP), R. Kleiber (EVP) und H. Iseli (EDU) betreffend Schulraummangel in Sennhof wird dringlich erklärt und zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.
- III. Zum Personalstatut vom 12. April 1999 wird ein II. Nachtrag betreffend strukturelle Besoldungsrevision 1999–2002 «BEREWI» mit Überführungs- und Inkraftsetzungsbestimmungen erlassen.
- IV. Für die Wiederinstandstellung nach Werkleitungsbauten, den Ausbau und Umbau der Auwiesenstrasse, Abschnitt Rosenaustrasse bis Reitplatzstrasse (inkl. Einmündung Reitplatzstrasse), wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 650 000.– bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Juni 2000.
- V. Das Postulat M. Gfeller (Grüne) betreffend Konzept für einen «Ökopark Rangierbahnhof» wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend E-Government wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

4. März 2002

- I. Die dringlich erklärte Interpellation P. Rütimann (FDP), F. Hofmann (SVP), U. Bründler (CVP), R. Kleiber (EVP) und H. Iseli (EDU/FPS) betreffend Schulraummangel in Sennhof wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- II. Es werden sechs Abrechnungen von Verpflichtungskrediten abgenommen.
- III. Für den Bau einer Urnenwand im Friedhof Oberwinterthur wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 352 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2001.
- IV. Für die Projektierung des neuen 110/11 kV Unterwerkes Wülflingen wird ein Objektkredit von Fr. 600 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung Elektrizität, bewilligt. Der Projektierungskredit ist Teil des Rahmenkredites von 187 Mio. Franken, Nr. 91/155, welcher am 27. September 1992 von den Stimmbürger/innen gutgeheissen wurde. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Januar 2002.
- V. I. Die vom Stadtrat veranlasste vorsorgliche Erhebung von Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen folgende Entscheide der Baurekurskommission IV wird genehmigt und in folgenden Fällen definitiv erklärt:
 - BRKE IV Nr. 0102/2001 vom 20. September 2001 (Zonengrenze zwischen der Mulchlingerstrasse und der Weierstrasse in Iberg-Nord)
 - BRKE IV Nr. 0145/2001 vom 1. November 2001 (Wohnzone W2/1.6 an der Türlimattstrasse / Kurli-strasse in Oberwinterthur)
 - BRKE IV Nr. 0150/2001 vom 15. November 2001 (Gewässerabstand bei der Wespimühle in Wülflingen)
 - BRKE IV Nr. 0160 und 161/2001 vom 6. Dezember 2001 (Erholungszone E2, östliches Niederfeld, Wülflingen)
 II.a) Die zur Wahrung der Frist vom Stadtrat veranlasste vorsorgliche Beschwerdeerhebung gegen den Entscheid der Baurekurskommission IV, BRKE IV Nr. 0151/2001, vom 15. November 2001 (Zone für öffentliche Bauten bei der Wespimühle in Wülflingen) wird zurückgezogen.
 b) Es wird davon Vormerk genommen, dass der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat in einem späteren Zeitpunkt einen Antrag für eine neue Zonenzuweisung stellen wird.
 III. Die weitere Vertretung der Stadtgemeinde Winterthur in den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird dem Stadtrat, vertreten durch den Bausekretär, übertragen.
- VI. Vom Bericht über die Erreichung der Ziele des Stadtrates für die Amtsperiode 1998–2002 wird Kenntnis genommen.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat V. Gick (FDP), G. Beutler (SVP), P. Anwender (CVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Optimierung der Stütz- und Fördermassnahmen und Verbesserung der Qualitätskontrolle wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Peter (Grüne) und N. Galladé (SP) betreffend Tempo 30 in allen Wohnquartieren wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

- IX. Zur Antwort des Stadtrates zum Postulat N. Galladé (SP) und R. Peter (Grüne) betreffend Tempo 30 – kein Papiertiger! wird ein Ergänzungsbericht verlangt.

18. März 2002

- I. 1. Zuhanden der Volksabstimmung wird für die Realisierung eines Neubaus anstelle der bestehenden eingeschossigen Shedhalle und für die Sanierung der weiterzuverwendenden Gebäude der msw-winterthur an der Zeughausstrasse 56 ein Bruttokredit zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens in der Höhe von Fr. 17 220 000.– bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2001.
 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass unter der Voraussetzung, dass die heute übliche Subventionspraxis bestehen bleibt und das Bauprojekt «Zeughausstrasse» durch Bund und Kanton genehmigt wird, mit einem Subventionsbeitrag von ca. Fr. 7 980 000.– gerechnet werden kann.
- II. I. Die vom Stadtrat veranlasste vorsorgliche Erhebung von Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen folgende Entscheide der Baurekurskommission IV wird genehmigt und definitiv erklärt:
 - BRKE IV Nr. 0173/2001 vom 20. Dezember 2001 (Zuweisung der Grundstücke Kat.-Nrn. 1/3185, 1/3187 und 1/7979 zur Quartiererhaltungszone Geiselweid – Lindstrasse.)
 - BRKE IV Nr. 0001/2002 vom 31. Januar 2002 (Zuweisung des Gebiets nördlich der Turmhaldenstrasse. «Aspasia» zur Wohnzone W3G)
 II. Die vom Stadtrat zur Fristwahrung vorsorglich erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Entscheid der Baurekurskommission IV BRKE IV Nr. 0172/2001 vom 20. Dezember 2001 (Quartiererhaltungszone Ruhtal) wird zurückgezogen.
 III. Die vom Stadtrat veranlasste Erhebung einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Entscheid der Baurekurskommission IV BRKE IV Nr. 0013 und 0014/2002 vom 7. Februar 2002 (Einzonung Oberseen) wird genehmigt und definitiv erklärt.
 Der Stadtrat wird eingeladen, dem Verwaltungsgericht die Sistierung des Verfahrens zu beantragen und mit den Rekurrenten eine gütliche Einigung über den Verkehrsverteiler für das eingezonte Baugebiet Oberseen zu suchen.
 IV. Die weitere Vertretung der Stadtgemeinde Winterthur in den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird dem Stadtrat, vertreten durch den Bausekretär, übertragen.
- III. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- IV. Das Postulat E. Leschke (SP) betreffend Wiedereinführung des Bonus für Busbilletts und Abos wird zurückgezogen und damit als erledigt abgeschlossen.

8. April 2002

- I. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Flugverkehr ab Oktober: provisorisches Betriebsreglement wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. 1. Es wird festgestellt, dass die Volksinitiative «Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau» gültig zustandegekommen ist.
 2. Die Initiative wird dem Stadtrat zu Bericht und Antrag überwiesen.
- III. Es wird eine Geschäftsordnung der Schulbehörden sowie anderer Organe und Vertretungen im Volksschulbereich erlassen.

- IV. Die vom Stadtrat mit Beschluss vom 9. Januar 2002 erlassenen Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der Sonderschulen (Heilpädagogische Schulen) wird genehmigt.
- V. Die vom Stadtrat mit Beschluss vom 9. Januar 2002 erlassenen Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS und der WJS wird genehmigt.
- VI. 1. Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fussgänger/innen und Radfahrer/innen auf der Weierstrasse, im Abschnitt Sennhofweg – Chlösterli, wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Bruttokredit von Fr. 800 000.– bewilligt.
2. Die am 10. September 1997 erheblich erklärte Motion F. Hofmann (SVP) (Nr. 97/066) betreffend Verkehrssicherheit für Fussgänger und Radfahrer auf der Weierstrasse im Bereich Sennhütte – Chlösterli im Iberg wird als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Stadt Winterthur unterstützt die Schweizerische Stiftung für Photographie mit einem jährlich wiederkehrenden Standortbeitrag von 50 000 Franken. Die Auszahlung dieses Beitrages erfolgt erstmals zu Lasten der Rechnung 2002.
- VIII. Für die Trennung der Kundenbereiche von Melde- und Zivilstandswesen sowie Steueramt für eine Verbesserung der Zugänglichkeit dieser Bereiche und für die Instandsetzung der Büros und Schalteranlagen in den Liegenschaften Stadthausstrasse 21 und 31 wird ein Kredit von Fr. 1 350 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung teurerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: Ende November 2000.
- IX. Für die Beschaffung und Einführung des Rapportierungs- und Archivierungsprogrammes Joufara II bei der Stadtpolizei Winterthur wird ein Kredit von Fr. 1 281 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.

6. Mai 2002

- I. Die Interpellation G. Beutler (SVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Einführung der Blockzeiten ohne Budgetierung wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Motion M. Ott (SP), A. Ramsauer (Grüne/DaP), R. Kleiber (EVP) und H. Empl (CVP) betreffend Entschädigung für Behördenmitglieder wird erheblich erklärt.
- III. Der Grosse Gemeinderat, gestützt auf § 2 Abs. 2 des Personalstatuts vom 12. April 1999, beschliesst:
I. Der Lohn der Mitglieder des Stadtrates beträgt 105 % des obersten Gehalts der Lohnklasse 20 gemäss § 44 in Verbindung mit der Lohnskala im Anhang des Personalstatuts.
II. Der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin bezieht eine Präsidialzulage von 10 % des Jahreslohnes gemäss Ziffer I.
III. Die Mitglieder des Stadtrates erhalten eine feste Spesenentschädigung von jährlich Fr. 6700.–, der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin eine solche von Fr. 10 000.–.
IV. Die Bezüge gemäss Ziffern I und II werden gemäss § 55 des Personalstatuts im gleichen Umfang an die Teuerung angepasst wie die Löhne der Angestellten.
V. Der Stadtrat wird ermächtigt, seine Spesenentschädigungen gemäss Ziffer III jeweils gleichzeitig mit den Spesenentschädigungen für die Angestellten und im selben prozentualen Umfang anzupassen. Er informiert hierüber den Grossen Gemeinderat.

VI. Dieser Beschluss tritt gleichzeitig mit dem II. Nachtrag zum Personalstatut betreffend Strukturelle Besoldungsrevision 1999 – 2002 «BEREWI» vom 28. Januar 2002 in Kraft. Ziffer 7. des Beschlusses des Grossen Gemeinderates vom 30. Januar 1974 betreffend die Gesamtrevision der Besoldungsskala und der Stellenpläne wird auf den gleichen Zeitpunkt aufgehoben.

- IV. Es wird eine revidierte Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates erlassen.

13. Mai 2002

- I. Als Präsident für das Amtsjahr 2002/2003 wird Martin Stauber (Grüne) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	60
abgegebene Stimmzettel	60
leere Stimmzettel	14
massgebende Stimmen	46
absolutes Mehr	24
Stimmen haben erhalten:	
Martin Stauber (Grüne)	44
vereinzelte Stimmen	2
- II. Als Stimmzählerin/Stimmzähler für die Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt:
Ursula Künsch (FDP)
Patrick Meier (SVP)
Franz Scherrer (CVP)
Edi Wettstein (SP).
- III. Als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2002/2003 wird Dieter Kläy (FDP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	60
abgegebene Stimmzettel	60
leere Stimmzettel	10
massgebende Stimmen	50
absolutes Mehr	26
Stimmen haben erhalten:	
Dieter Kläy (FDP)	49
vereinzelte Stimmen	1
- IV. Als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2002/2003 wird Gisela Beutler (SVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	60
abgegebene Stimmzettel	60
leere Stimmzettel	17
massgebende Stimmen	43
absolutes Mehr	22
Stimmen haben erhalten:	
Gisela Beutler (SVP)	41
vereinzelte Stimmen	2
- V. Als Ratssekretär für die Amtsdauer 2002/2006 wird Arthur Frauenfelder, Stadtschreiber, gewählt.
- VI. Als Stellvertreter des Ratssekretärs für die Amtsdauer 2002/2006 wird Walter Bosshard, Stv. Stadtschreiber, gewählt.
- VII. Als protokollführende Ratssekretärin für die Amtsdauer 2002/2006 wird Katharina Lang gewählt.
- VIII. Als Stellvertretung der protokollführenden Ratssekretärin für die Amtsdauer 2002/2006 wird Monika Rothenbach gewählt.
- IX. Es wird die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den Kommissionen für die Amtsdauer 2002/2006 gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates festgesetzt.
- X. 1. Als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zur Bestellung von Aufsichts- und Sachkommissionen werden gewählt:

Yvonne Beutler (SP)
 Nicolas Galladé (SP)
 David Hauser (SP)
 Jack Würzler (SP)
 Christa Kern (SVP)
 Walter Langhard (SVP)
 Stefan Fritschi (FDP)
 Stefan Piotrowski (FDP)
 Ursula Martinelli (EVP)
 Martin Stauber (Grüne/AL)
 Ursula Bründler (CVP).

2. Als Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zur Bestellung von Aufsichts- und Sachkommissionen wird Christa Kern (SVP) gewählt.

- XI. 1. Als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zur Bestellung von Aufsichts- und Sachkommissionen werden gewählt:

Marianne Ott (SP)
 Gabriella Schmid (SP)
 Jorge Serra (SP)
 Hedi Strahm (SP)
 Natalie Rickli (SVP)
 Werner Steiner (SVP)
 Annina Camenisch (FDP)
 Dieter Kläy (FDP)
 Ruth Kleiber (EVP)

Adrian Ramsauer (Grüne/AL)
 René Schürmann (CVP).

2. Als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zur Bestellung von Aufsichts- und Sachkommissionen wird Marianne Ott (SP) gewählt.

- XII. 1. Als Mitglieder der Planungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zu einer allfälligen Aufhebung der Kommission werden gewählt:

Elsbeth Leschke (SP)
 Daniela Werner (SP)
 Edi Wettstein (SP)
 Jack Würzler (SP)
 Fritz Hofmann (SVP)
 Eugen Huber (SVP)
 Peter Rütimann (FDP)
 Ruth Werren (FDP)
 Rolf Weibel (EVP)
 Matthias Gfeller (Grüne/AL)
 Michael Künzle (CVP).

2. Als Präsident der Planungskommission für die Amtsdauer 2002/2006 bzw. bis zu einer allfälligen Aufhebung der Kommission wird Peter Rütimann (FDP) gewählt.

- XIII. Als Mitglieder der Fürsorgebehörde für die Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt:

Beatrix Baltensberger (SP)
 Astrid Füllemann (SP)
 Daniel Neuenschwander (SP)
 Irene Spörri (SP)
 Heinz Zentner (SP)
 Hanspeter Scheuring (SP)
 Gabi Böni (SVP)
 Cécile Schranz (SVP)
 John U. Wanders (SVP)
 Ursula Schweizer (FDP)
 Lothar Kausche (FDP)
 Gabi Bienz (CVP)
 Alexander Wunderli (EVP)
 Cyrus Schahab (Grüne).

- XIV. Als drei Delegierte in den Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung werden gewählt: Elsbeth Leschke (SP)

Peter Rütimann (FDP)
 Matthias Gfeller (Grüne/AL).

- XV. Als Mitglied in den Stiftungsrat Winterthur – La Chaux-de-Fonds wird Elsbeth Leschke (SP) gewählt.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung

- I. Es wird die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in der BÜK für die Amtsdauer 2002/2006 gemäss Art. 61 Abs. 3 zweitem Satz der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates festgesetzt.
- II. 1. Als Mitglieder der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt:
 Beat Böckli (SP)
 Ursula Dolski (SP)
 Ruedi Meier (SVP)
 Heinrich Keller (SVP)
 Jakob Heusser (FDP)
 Silv O'Brien (Grüne/AL)
 Franz Scherrer (CVP).
2. Als Präsident der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2002/2006 wird Franz Scherrer (CVP) gewählt.

10. Juni 2002

- I. Die Interpellation R. Werren (FDP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Drogenhandel im Musikpavillon wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrates als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Winterthurer Post ohne Dringlichkeitsschalter wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrates als erledigt abgeschrieben.
- III. Es werden folgende Interpellationen infolge Rückzug abgeschrieben: Interpellation M. Trüb (SP) betreffend Erweiterung des Pistolenschiesstandes Wülflingen und Interpellation R. Forster (SP) betreffend WOV und Betriebskultur.
- IV. Als Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2002/2006 werden 541 Personen gewählt.
- V. Die Interpellation H. Strahm (SP) betreffend Schlackendeponierung auf der Deponie Riet wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VI. Die Interpellation M. Ingold (EVP) und U. Bründler (CVP) betreffend UNO-Jahr der Freiwilligen und Freiwilligenagentur Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation U. Künsch (FDP) betreffend Sterbehilferegulation in den Städtischen Heimen in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation R. Favero (FPS/EDU) betreffend Elektrosmog durch energieoptimierte Geräte wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation R. Favero (FPS) betreffend Strahlensmog durch Radargeräte wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Interpellation D. Schraft (Grüne/DaP) betreffend Nutzung des provisorischen Feuerwehrgebäudes an der Kehrackerstrasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation H. Empl (CVP) betreffend Sparmassnahmen im Fürsorgebereich wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation A. Hollenstein (FPS/EDU) betreffend Dauer des Bezugs der Sozialleistungen wird

aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

- XIII. Die Interpellation M. Böni (SVP) betreffend die finanzielle Abhängigkeit der Stadt Winterthur von der Städtischen Pensionskasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XIV. Die Interpellation M. Künzle (CVP) betreffend Zukunft der Schiessanlagen Ganzenbühl (Seen) und Wieshof (Wülflingen) wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XV. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Winterthur als Militärstandort in der Armee XXI wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XVI. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/DaP) betreffend Big Brother is watching us wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

1. Juli 2002

- I. Für die Amtsdauer 2002/2008 werden 40 Mitglieder des Arbeitsgerichtes Winterthur gewählt.
- II. 1. Für die Betriebskosten des neuen Mittags-/Nachmittagshortes im Schulhaus Laubegg, Schulkreis Töss, und des Mittagstisches im Schulkreis Mattenbach wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von brutto Fr. 240 000.– bewilligt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die beiden neuen Betreuungsangebote mit Einnahmen von jährlich rund Fr. 71 000.– aus Elternbeiträgen gerechnet werden kann.
- III. Die Rechnung 2001 wird abgenommen.
- IV. Die Rechnung in Bezug auf den Globalkredit, die Netto-Zielabweichung und die Zuweisung von 20 % davon an das Reservekonto der jeweiligen Organisation sowie der Jahresbericht für das Jahr 2001 werden für die 12 Pilotorganisationen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit einer Änderung im Melde- und Zivilstandswesen genehmigt.
- V. Der Geschäftsbericht 2001 des Ombusmannes und Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.
- VI. Der Geschäftsbericht 2001 wird genehmigt.
- VII. 1. Für die Sanierung der beiden Turnhallen des Schulhauses Hohfurri wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 750 000.– bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der mehrwerstuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Oktober 2001.

8. Juli 2002

- I. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Raumnot im Schulhaus Laubegg wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend freiwillige Aufnahme Asylbewerber für Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation A. Peter (Grüne/AL) betreffend Bunkerhaltung von Asylsuchenden wird nicht dringlich erklärt.
- IV. 1. Zum Einkauf von 10 Arbeitgeberkrippenplätzen beim «Verein Arbeitgeberkrippe» wird ein wiederkehrender Kredit von Fr. 266 000.– zu Lasten der laufenden Rechnung bewilligt.
2. Zur Schaffung und Einrichtung von 10 Arbeitgeberkrippenplätzen wird ein Investitionskredit von

Fr. 85 000.– zu Lasten der laufenden Rechnung bewilligt.

- V. Der Aktionärsbindungsvertrag vom 7. März 2002 betreffend den Betrieb der Erdgas Ostschweiz AG wird genehmigt.
- VI. 1. Zur Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. November 1989 wird zuhanden der Volksabstimmung ein IV. Nachtrag betreffend Zusammenlegung der Friedensrichterkreise erlassen.
- VII. Für den Ersatz und die Neumöblierung von allgemein genutzten Wohnräumen im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten wird zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 700 000.– (Objekt 19203) bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. November 2001.
- VIII. Die Einzelinitiative M. Böni betreffend Schüleraustausch Expo 02 wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation G. Beutler (SVP), V. Gick (FDP), P. Anwender (CVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Blockzeiten für alle Winterthurer Schüler/innen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Interpellation P. Rütimann (FDP), R. Kleiber (EVP), F. Hofmann (SVP) und M. Künzle (CVP) betreffend Schulraumangel in Seen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation St. Piotrowski (FDP) betreffend Planung von provisorischem Schulraum (Pavillons) wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

26. August 2002

- I. Die Interpellation G. Beutler (SVP), St. Fritschi (FDP), R. Schürmann (CVP) und H. Iseli (EVP/EDU) betreffend Projektleiterstelle für Computer an der Primarschule wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrates als erledigt abgeschrieben.
- II. Als Mitglieder der Informatikkommission für die Dauer von zwei Jahren werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: St. Fritschi (FDP), P. Meier (SVP) und H. Strahm (SP).
- III. Als Mitglieder der Sportkommission für die Dauer von zwei Jahren werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: O. Denzler (FDP), N. Gugger (EVP), E. Manser (SVP) und E. Wettstein (SP).
- IV. Als Mitglieder der Kunstkommission für die Dauer von zwei Jahren werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: E. Hefti (SP), D. Hoehn (SVP) und St. Piotrowski (FDP).
- V. Als Mitglieder der Theaterkommission für die Dauer von zwei Jahren werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Y. Beutler (SP), F. Hofmann (SVP), R. Weiler (Grüne) und R. Werren (FDP).
- VI. Als Mitglieder der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Dauer von zwei Jahren werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: N. Dorizzi (SP), R. Kleiber (EVP), U. Künsch (FDP), M. Künzle (CVP), W. Steiner (SVP), M. Stauber (Grüne) und P. Wernli (SP).
- VII. Die Motion R. Werren (FDP) betreffend Kredit für den Bau einer Urnenwand beim Friedhof Töss wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- VIII. I. Die zur Wahrung der Frist vom Stadtrat vorsorglich erhobenen Beschwerden gegen die nachfolgenden Entscheide der Baurekurskommission IV werden zurückgezogen:

- BRKE IV Nr. 0017/2002 vom 7. März 2002 (Zuweisung der Grundstücke Zürcherstrasse/Auenrainstrasse in Töss zur Wohn- und Gewerbezone)
- BRKE IV Nr. 0018/2002 vom 7. März 2002 (Zuweisung von Teilflächen der Grundstücke Kat.-Nr. 1/9322 und 1/9505, Lagerplatzareal, zur Reservezone)
- BRKE IV Nr. 0043/2002 vom 25. April 2002 (Zuweisung von Teilflächen der Grundstücke Kat.-Nr. 2/15901 und 2/15904, Hegmatten, zur Gewerbezone G).
- II. a) Die Grundstücke Kat.-Nr. 4/2392, 4/2393, 4/2394, 4/2395, 4/3662, 4/3710, 4/3711, 4/3712, 4/3713, 4/3714 an der Zürcherstrasse sowie der Auenrainstrasse in Töss werden entsprechend der bisherigen Zonierung der Industriezone I1 zugewiesen.
- b) Es wird davon Vormerk genommen, dass der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat in Bezug auf die Grundstücke Kat.-Nr. 1/9322 und 1/9505 (Lagerplatzareal) in einem späteren Zeitpunkt einen Antrag für eine neue Zonenzuweisung stellen wird.
- c) Die streitbetroffenen Bereiche der Grundstücke Kat.-Nr. 2/15901 und 2/15904, Hegmatten in Oberwinterthur, werden entsprechend der bisherigen Zonierung der Industriezone I1 zugewiesen.
- IX. Die Motion G. Schmid (SP), S. O'Brien (Grüne) und M. Ingold (EVP) betreffend Stellenausbau des Büros für Gleichstellung wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Motion V. Gick (FDP), R. Kleiber (EVP) und P. Anwander (CVP) betreffend Kredit für die kostengünstige Einführung von Blockzeiten in Winterthur wird erheblich erklärt.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat W. Bosser (SP) betreffend Zugang zu öffentlichen Gewässern wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat St. Piotrowski (FDP), P. Anwander (CVP) und St. Terzi (EVP) betreffend gute Wohnungen auf dem Zelgliareal wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat H. Empl (CVP) betreffend Abgabe von städtischem Bauland an gemeinnützige Baugenossenschaften wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XIV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Gfeller (Grüne) betreffend Versuche mit dezentraler Kartonsammlung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XV. Das Postulat R. Favero (EDU/FPS) betreffend Fertigstellung des Mattenbachweges wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- II. Für den Rest der Amtsdauer 2002–2006 werden die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in der Aufsichtskommission, der Gesamtheit aller Sachkommissionen und den Kommissionspräsidien sowie die Verteilung der Sitze der Fraktionen auf die einzelnen Sachkommissionen festgesetzt.
- III. Für den Rest der Amtsdauer 2002–2006 wird die Zuweisung der Sachbereiche an die Sachkommissionen festgelegt.
- IV. 1. Als Mitglieder der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: P. Wernli (SP), D. Hauser (SP), E. Leschke (SP), Y. Beutler (SP), R. Isler (SVP), H. P. Wegmüller (SVP), St. Fritschi (FDP), R. Werren (FDP), U. Martinelli (EVP), A. Ramsauer (Grüne) und R. Schürmann (CVP).
- 2. Als Präsidentin der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird E. Leschke (SP) gewählt.
- V. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Stadtentwicklung für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: N. Dorizzi (SP), N. Galladé (SP), H. U. Würzler (SP), F. Hofmann (SVP), P. Rütimann (FDP), R. Weibel (EVP) und M. Künzle (CVP).
- 2. Als Präsident der Sachkommission Stadtentwicklung für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird P. Rütimann (FDP) gewählt.
- VI. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Hochbau für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: B. Baltensberger (SP), M. Ott (SP), E. Wettstein (SP), E. Huber (SVP), St. Piotrowski (FDP), A. Huber (FDP) und M. Gfeller (Grüne).
- 2. Als Präsidentin der Sachkommission Hochbau für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird M. Ott (SP) gewählt.
- VII. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Tiefbau-, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: J. Serra (SP), H. Strahm (SP), D. Werner (SP), N. Rickli (SVP), W. Steiner (SVP), D. Kläy (FDP) und A. Ramsauer (Grüne).
- 2. Als Präsident der Sachkommission Tiefbau-, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird A. Ramsauer (Grüne) gewählt.
- VIII. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: B. Böckli (SP), E. Schlegel (SP), W. Badertscher (SVP), P. Fuchs (SVP), C. Bodmer (FDP), H. Iseli (EVP/EDU) und A. Peter (Grüne/AL).
- 2. Als Präsident der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird H. Iseli (EVP/EDU) gewählt.
- IX. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Soziales und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden gewählt: G. Schmid (SP), K. Schmid (SP), Ch. Kern (SVP), W. Langhard (SVP), A. Camenisch (FDP), N. Gugger (EVP) und U. Bründler (CVP).
- 2. Als Präsidentin der Sachkommission Soziales und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird Ch. Kern (SVP) gewählt.
- X. Die Parlamentarische Planungskommission (PPK) wird per sofort aufgehoben.
- XI. Als Mitglieder der Kommission der Berufswahlschule (BWS) und der Werkjahrschule (WJS) werden gewählt: Ch. Honegger (SP), R. Oertli (SP), R. Crestani (SVP) und W. Leuenberger (FDP).
- XII. Als Mitglieder der Kommission für die Sonderschulen werden gewählt: K. Lenggenhager (SP), D. Schneebeli (SP), W. Badertscher (SVP) und A. Camenisch (FDP).

9. September 2002

- I. Die Interpellation W. Badertscher (SVP), D. Kläy (FDP) und U. Bründler (CVP) betreffend Vereins-Subventionen wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Antwort des Stadtrates als erledigt abgeschrieben.

- XIII. 1. Für die Installation einer Lichtsignalanlage am Knoten Frauenfelder-/Wiesendanger-/Stadlerstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 335 000.– bewilligt.
 2. Stichtag für die Berücksichtigung der mehrwertsteuer- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. August 2001.
 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Anlage vollumfänglich aus dem Fonds für den Bau des überkommunalen Strassennetzes finanziert werden kann.
- XIV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Werner (SP), H. Empl (CVP), M. Ingold (EVP) und E. Manser (SVP) betreffend zusätzliche Ferienwoche für Auszubildende, die rauchfrei durch die Lehre kommen, wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XV. Das Postulat R. Favero (FPS/EDU), Ch. Kern (SVP) und R. Werren (FDP) betreffend Aufhebung der Kanalreinigungsabteilung wird an den Stadtrat überwiesen.
- XVI. Das Postulat N. Dorizzi (SP) betreffend Unterführung Zürcherstrasse/Klosterstrasse wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIV. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.

Beschluss der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Als Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird R. Oertli (SP) gewählt.

23. September 2002

- I. Die Interpellation N. Galladé (SP) betreffend finanzielle Auswirkungen der Abstimmung betreffend Eingliederungsklassen für Fremdsprachige (Integrationskurse) für die Stadt Winterthur wird dringlich erklärt und zur schriftlichen Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.
- II. Die Interpellation R. Weibel (EVP) betreffend Kinderschutz wird nicht dringlich erklärt und somit als erledigt abgeschrieben.
- III. Das Postulat E. Schlegel (SP), S. O'Brien (Grüne) und R. Kleiber (EVP) betreffend Einführung von obligatorischem Musikalischem Grundschulunterricht bei Einführung von Blockzeiten wird an den Stadtrat überwiesen.
- IV. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Schulgeldverrechnung mit auswärtigen Gemeinden wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- V. Die Interpellation R. Forster (SP) betreffend Sozialindex pro Schulkreis wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VI. Die Interpellation M. Gfeller (Grüne) betreffend Koordination, periodische Veröffentlichung und Überprüfung von Antennenstandorten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Zum Postulat M. Böni (SVP), M. Künzle (CVP), R. Werren (FDP), St. Terzi (EVP) und M. Gfeller (Grüne) betreffend Erschliessung der S-Bahn-Station Felsenhof und Schulhaus Oberseen wird ein Ergänzungsbericht des Stadtrates verlangt.
- VIII. Die Interpellation U. Bründler (CVP) betreffend Sauberkeit der öffentlichen Kinderspielfläche wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation M. Trüb (SP) betreffend städtischer Landwirtschaftsbetrieb in Ellikon am Rhein wird auf-

grund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

- X. Die Interpellation R. Forster (SP) betreffend Erschliessung des Sulzer Areals Stadtmitte mit dem öffentlichen Verkehr wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Das Postulat J. Serra (SP) betreffend Kauf des Fernseh-Kabelnetzes von der Cablecom wird sofort abgelehnt.

Beschluss der Bürgerlichen Abteilung

- I. In Ergänzung von Art. 5 Ziffern 3 bis 5 der Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur (vom 30. März 1992) werden Regeln für das Verfahren vor der Bürgerrechtskommission beschlossen und per sofort in Kraft gesetzt.

21. Oktober 2002

- I. Die dringlich erklärte Interpellation N. Gallad (SP) betreffend finanzielle Auswirkungen der Abstimmung betreffend Eingliederungsklassen für Fremdsprachige (Integrationskurse) für die Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend Bevölkerungsschutz XXI und Folgen für Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation M. Gfeller (Grüne) betreffend Beachtung von NichtraucherInnen-Interessen in der Winterthurer Gastronomie wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IV. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Übergabe der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) Winterthur an den Kanton wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- V. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend Einsatz von QuartierpolizistInnen wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Die Interpellation U. Künsch (FDP) betreffend «unklärte Arbeitsverhältnisse» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Motion K. Briner (SVP) betreffend Senioren/Seniorinnen-Parlament für Winterthur wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Motion K. Briner (SVP) betreffend Job-Rotation im Stadtrat wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- IX. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Kulturförderungsleitbild wird an den Stadtrat überwiesen.
- X. Das Postulat Ch. Kern (SVP), St. Fritschi (FDP), H. Iseli (EDU/FPS), M. Künzle (CVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Überarbeitung des Beitragsreglements über die familienergänzende Kinderbetreuung wird an den Stadtrat überwiesen.
- XI. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Privatschule für Kinder von Sozialhilfeempfängern wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

11. November 2002

- I. Als Mitglieder der Arbeitsgruppe Einbürgerungen werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Y. Beutler (SP), H. Keller (SVP) und F. Scherrer (CVP).
- II. Die Interpellation A. Peter (Grüne/AL) betreffend Bunkerhaltung von Asylsuchenden wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

- III. Die Frist für die Beantwortung des Postulats M. Schaffitz (FDP), U. Martinelli (EVP) und W. Steiner (SVP) betreffend Verpachtung der Heim-Cafeterias wird bis zum 30. Juni 2003 erstreckt.
- IV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat H. Strahm (SP) betreffend Internetzugang in den städtischen Altersheimen wird in zustimmenden Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- V. Die Interpellation J. Würzler (SP) betreffend Stromtarife der öffentlichen Beleuchtung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VI. Die Interpellation R. Werren (FDP), U. Bründler (CVP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Bushaltestelle an der Rudolf Diesel-Strasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation H. Strahm (SP) betreffend Powerline Communications (PCL) von den StWW wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Das Postulat E. Leschke (SP) betreffend stündliche Busverbindung zum Bruderhaus und Eschenberg wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. Die Interpellation H. Empl (CVP) betreffend Flughafenaktien im Besitz der Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Das Postulat N. Dorizzi (SP) betreffend. Hilfe beim Ausfüllen der Steuerformulare für IV-Bezüger und -Bezügerinnen wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat P. Rütimann (FDP), M. Künzle (CVP), St. Terzi (EVP) und K. Briner (SVP) betreffend Erschliessung des Baugebiets Oberseen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation N. Dorizzi (SP) betreffend behinderten- und betagtengerechtes Bauen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

9. Dezember 2002

- I. Die Interpellation C. Bodmer (FDP) betreffend angefangene Schulversuche – wie weiter? wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Budgetüberschreitung bei Fachlehrkräften wird dringlich

erklärt und an den Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen.

- III. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Kosten für Schulversuche im Budget 2003 wird dringlich erklärt und an den Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen.
- III. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Stadtentwicklung Josef Lisibach (SVP) gewählt.
- IV. 1. Für das Erstellen eines Klassenzimmerprovisoriums auf dem Schulareal Hegifeld bis zum Realisieren der Erweiterung der Schulanlage wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens (Projekt Nr. 12375) ein Kredit von Fr. 310 000.– bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2002.

16. Dezember 2002

- I. Die dringlich erklärte Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Budgetüberschreitung bei Fachlehrkräften wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- II. Die dringlich erklärte Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Kosten für Schulversuche im Budget 2003 wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- III. 1. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung sowie in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2003 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2002: 124 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (Fr. 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
- IV. Die Globalbudgets für das Jahr 2003 der Institutionen Informatikdienste, Bibliothekswesen, Theater am Stadtgarten, Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen, Steueramt, Strasseninspektorat, Vermessungsamt, Melde- und Zivilstandswesen, Materialverwaltung, Sportamt, Asylkoordination und Wohn- und Pflegezentrum Oberi werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.

Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates

Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates tagte zur Behandlung der Gesuche an folgenden Daten:

14. Januar 2002	18 Bewerber/innen	9 mit Ehepartner/in	18 Kinder
28. Januar 2002	13 Bewerber/innen	5 mit Ehepartner/in	12 Kinder
4. März 2002	17 Bewerber/innen	6 mit Ehepartner/in	15 Kinder
18. März 2002	17 Bewerber/innen	8 mit Ehepartner/in	20 Kinder
8. April 2002	33 Bewerber/innen	8 mit Ehepartner/in	33 Kinder
6. Mai 2002	14 Bewerber/innen	6 mit Ehepartner/in	19 Kinder
1. Juli 2002	27 Bewerber/innen	16 mit Ehepartner/in	38 Kinder
23. September 2002	31 Bewerber/innen	12 mit Ehepartner/in	35 Kinder
11. November 2002	46 Bewerber/innen	15 mit Ehepartner/in	36 Kinder
9. Dezember 2002	51 Bewerber/innen	24 mit Ehepartner/in	65 Kinder

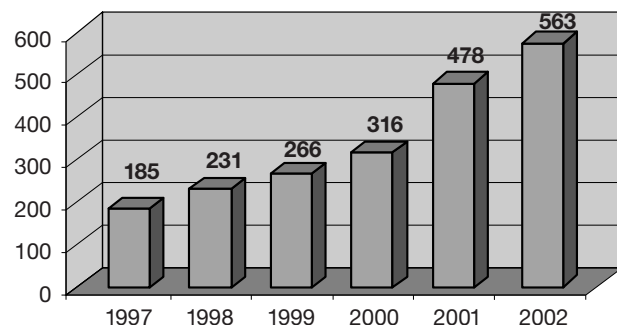
Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates hat damit insgesamt 10 (12) Sitzungen abgehalten. An diesen 10 Sitzungen wurden 232 (210) Bewerber und Bewerberinnen ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Mit eingebürgert wurden dabei 89 (75) Ehepartner/innen und 242 (193) Kinder, insgesamt somit 563 (478) Personen. 34 (27) Gesuche mussten wegen offensichtlich ungenügender Kenntnisse um ein Jahr zurückgestellt und 1 (1) Gesuch definitiv abgelehnt werden.

Die Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen wurden vorgängig durch die Bürgerrechtskommission (BüK) an 19 (19) Sitzungen zu einer mündlichen Befragung eingeladen, um einen persönlichen Eindruck von den betreffenden Personen und ihrer Eignung zur Einbürgerung zu gewinnen. Ein Teil der Bewerber und Bewerberinnen konnte gemäss Verordnung ohne Befragung zur Aufnahme empfohlen werden.

Die neuen Bürger und Bürgerinnen stammen aus folgenden Ländern:

Jugoslawien 176; Türkei 164; Bosnien-Herzegowina 40; Mazedonien 37; Kroatien 34; Italien 27; China 9; Vietnam 9; Spanien 8; Sri Lanka 7; Laos 6; Thailand 5; Tibet 5; Libanon und Korea je 4; Slowenien und Ungarn je 3; Griechenland, Domenikanische Republik, Syrien, Tschechoslowakei, Albanien, Marokko und England je 2; Niederlande, Österreich, Portugal, Algerien, Iran, Somalia, Pakistan und Bolivien je 1.

Einbürgerungen (Gesamtpersonenzahl)



Der Stadtrat



Der neue Stadtrat im Mai 2002

Das Jahr 2002 stand im Zeichen des Wechsels: Am 22. Mai trat der neu gewählte Stadtrat sein Amt an, erarbeitete die Legislatorschwerpunkte 2002–2006 und setzte mit Entscheidungen wie der Nutzung des Arch-Areals oder der Erschliessung des Eulachparks Oberwinterthur erste Akzente für die künftige Stadtentwicklung. Das durch konjunkturelle Schwäche geprägte wirtschaftliche Umfeld engte den finanzpolitischen Spielraum erheblich ein.

Anfang Jahr zog der abtretende Stadtrat Bilanz und stellte in seinem Bericht an das Parlament fest, dass ein Grossteil seiner 1998 ins Auge gefassten Ziele erreicht werden konnte. Die Gesamtentwicklung der Stadt war jedoch wegen der stagnierenden Wirtschaft unter den Erwartungen geblieben.

Das erste Quartal des Jahres war gekennzeichnet durch die Erneuerungswahlen für den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat. Für den Stadtrat war durch die Rücktritte von Martin Haas, Heiri Vogt und Leo Iten eine markante Erneuerung angesagt. Die Winterthurer Stimmberechtigten wählten an ihre Stelle Verena Gick, Walter Bossert und Maja Ingold, die zusammen mit den wieder gewählten bisherigen Mitgliedern Hans Hollenstein, Pearl Pedernana, Reinhard Stahel und Ernst Wohlwend die neue Exekutive bildeten. In das Amt des Stadtpräsidenten wählten die Stimmberechtigten im zweiten Wahlgang

Ernst Wohlwend. Das neue Gremium übernahm die Amtsgeschäfte am 22. Mai.

Das Hauptgeschäft der ersten Wochen bestand in der Erarbeitung der Schwerpunkte für die Amtsperiode 2002–2006. Der neue Stadtrat stellte die wirtschaftliche Entwicklung in den Vordergrund. Auf allen Ebenen soll darauf hingewirkt werden, dass sich Winterthur in wirtschaftlicher Hinsicht besser entwickelt und sich die Position der Stadt als Zentrum im Norden des Kantons Zürich verstärkt. Grosses Gewicht legte das neue Gremium aber auch auf die Erhaltung und Pflege bestehender Werte im Kultur- und Bildungsbereich.

Mit konkreten Entscheidungen betreffend die neue Nutzung des Arch-Areals, die Gestaltung und Entwicklung des Sulzer-Areals in Oberwinterthur sowie der Festlegung der Haltung in der künftigen Verkehrspolitik setzte der Stadtrat erste Akzente für eine auf eine bessere Stadtentwicklung ausgerichtete Politik.

Der Start fiel für den neuen Stadtrat in eine Zeit, die von einem schlechten wirtschaftlichen Umfeld geprägt war. Die zunehmende Zahl von Arbeitslosen verursachte höhere Ausgaben im Sozialbereich. Der massive Rückgang der Steuereinnahmen juristischer Personen führte zudem in der Rechnung 2002 zu markanten Einbussen. Entsprechend schwierig war die Erarbeitung des Budgets 2003, das erst nach schmerzlichen Abstrichen zu einem ausgeglichenen Ergebnis geführt werden konnte. Um den Finanzhaushalt mittel- und längerfristig im Gleichgewicht halten zu können, startete der Stadtrat unter dem Namen «win.03» ein Projekt für strukturelle Reformen, dessen Ergebnis im Frühjahr 2003 vorliegen soll. Entsprechende Massnahmen werden dann unter dem Gesichtspunkt der politischen Relevanz und unter Berücksichtigung der Legislatorschwerpunkte zu beschliessen sein. Grosse Aufmerksamkeit schenkte der Stadtrat auch den auf kantonaler Ebene laufenden Vorbereitungen für einen neuen Finanzausgleich. Winterthur wird sich dafür einsetzen, dass das neue Modell einen massgeblichen Ressourcenausgleich, einen kantonalen Maximalsteuerfuss und einen Defizitausgleich vorsieht.

Gegenüber früher hat der neue Stadtrat seine Arbeitsweise geändert, indem er zusätzlich zu den ordentlichen Mittwochsitzungen ein- bis zweimal monatlich auch den Donnerstagnachmittag einsetzt, um sich vertieft mit einzelnen Geschäften zu befassen. Zudem dienen Klausurtagungen, zu denen sich der neue Stadtrat im Berichtsjahr zweimal zweieinhalb Tage zurückzog, der vertieften Diskussion von Schwerpunktthemen.

Über die zahlreichen Projekte und Einzelgeschäfte des Stadtrates sowie über die Abwicklung der Vorhaben wird in diesem Geschäftsbericht in den detaillierten Berichten der Departemente orientiert.

Stadtkanzlei

Die Arbeit der Stadtkanzlei war geprägt durch die Gesamterneuerungswahlen für Stadtrat und Grossen Gemeinderat. Im Vorfeld derselben fand spezielle Beachtung, dass den Wahlunterlagen ein Informationsblatt mit den Namen der bekannt gewordenen Stadtratskandidaturen beigelegt wurde. Die Wahl von drei neuen Exekutivmitgliedern und eines neuen Stadtpräsidenten führte dann in sechs von sieben Departementsleitungen zu einem personellen Wechsel und damit zu einer umfassenden Neukonstituierung des Stadtrates samt seiner Ausschüsse und Kommissionen. Die Einarbeitung der neuen Exekutive wurde dazu genutzt, die Geschäftsabläufe und die Zusammenarbeit im Stadtrat zu überprüfen und teilweise anzupassen. Neu hat sich der Stadtrat insbesondere einen Sitzungsnachmittag pro Monat für Präsentationen und die Beratung von grösseren Projekten reserviert. An zwei Klausurtagungen widmete sich der neu gewählte Stadtrat schwergewichtig der Erarbeitung seiner Legislaturschwerpunkte. An der Vorbereitung und Durchführung dieser Seminare waren von seiten der Stadtkanzlei vor allem der Stadtschreiber und der Informationschef aktiv beteiligt.

Für das neu gewählte Parlament wurde ebenfalls eine Einführungsveranstaltung durchgeführt. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Parlamentsordnung beschränkte sie sich auf grundsätzliche Informationen zu den Geschäftsabläufen und den Dienstleistungen der Stadtkanzlei. Mit der Inkraftsetzung der Revidierten Geschäftsordnung waren die Organe des Grossen Gemeinderates dann bereits anfangs September weitgehend neu zu konstituieren. Die Arbeit mit neu einer Aufsichts- und fünf Sachkommissionen sowie der Ratsleitung und der Erweiterten Ratsleitung stellten an alle Beteiligten erhebliche Anforderungen. Vor allem waren der Ratspräsident, der Ratssekretär und das Sekretariat des Grossen Gemeinderates mit der Koordination der Kommissionsarbeiten, der Klärung von Zuständigkeits- und Verfahrensfragen, der Bereitstellung der Sitzungslokalitäten, der Anstellung und Instruktion neuer Protokollführerinnen und Protokollführer sowie der gegenseitigen Information und Dokumentation der Ratsorgane in hohem Masse beansprucht. Zu bewältigen waren überdies ausserordentliche Verzögerungen bei der Budgetvorlage, die gleichzeitige Beratung der Legislaturschwerpunkte und der erstmalige Umgang mit dem neuen parlamentarischen Instrument des Planungsbeschluss-Antrages. Als neues Informations- und Arbeitsmittel konnte den Parlamentsmitgliedern das geschützte Extranet-Portal Grosser Gemeinderat bereit gestellt werden.

Der Wechsel der Amtsperiode, verbunden mit dem Rücktritt mehrerer langjähriger Behördenmitglieder, brachte es auch mit sich, dass die Stadtkanzlei verschiedene grössere Anlässe für die Öffentlichkeit, den Grossen Gemeinderat und den Stadtrat zu organisieren hatte.

Verwaltungsintern fanden unter der Leitung des Stadtschreibers wiederum vier Sitzungen der Departementssekretärinnen und -sekretäre statt. Haupttraktanden bildeten dabei die Arbeiten zum Legislaturwechsel, die Erarbeitung der Legislaturschwerpunkte und das Einspracheverfahren gegen die Überführungsentscheide der Besoldungsrevision BEREWI. Ein Treffen mit den Kolleginnen und Kollegen der Stadt Zürich bot erneut Gelegenheit zu einem wertvollen Erfahrungsaustausch.

Als Fachexperte begleitete der Stadtschreiber die Arbeiten der Parlamentsreformkommission bis zu ihrem

Abschluss. Für die Bürgerrechtskommission erarbeitete er Verfahrensregeln, welche die Befragung der Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten durch Unterkommissionen gestatten; sie sind am 23. September 2002 von der Bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates gutgeheissen worden. In Umsetzung eines Postulats aus der Bürgerlichen Abteilung des Parlamentes setzte der Stadtrat schliesslich gegen Jahresende eine Arbeitsgruppe Einbürgerung unter dem Vorsitz des Integrationsdelegierten ein. Die Gruppe setzt sich zusammen aus je einer dreiköpfigen Vertretung des Grossen Gemeinderates, des Ausländerinnen- und Ausländer-Beirates und der Stadtkanzlei (Stadtschreiber, Stadtschreiber-Stellvertreter und Sachbearbeiterin Einbürgerungen). Sie hat den Auftrag, dem Stadtrat Richtlinien zur Beurteilung der Integration von Einbürgerungswilligen sowie Vorschläge für entsprechende Informations- und Schulungsmittel zu unterbreiten.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2002 waren in Winterthur 25 794 Männer und 31 028 Frauen, insgesamt somit 56 822 Stimm- und Wahlberechtigte, gemeldet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 5 Urnengängen über 8 eidgenössische, 8 kantonale und 3 städtische, total also über 19 (Vorjahr 21) Sachvorlagen zu entscheiden.

Die Stimmbeteiligung lag dabei zwischen 44,25 Prozent (Reformbestimmung § 83 der Gemeindeordnung) und 61,91 Prozent (Volksinitiative vom 6. März 2000 «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinigten Nationen (UNO)»).

Am 3. März 2002 fanden überdies die städtischen Erneuerungswahlen des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates statt. Gleichzeitig galt es, die Notare, die Stadtammänner und das Bezirksgericht neu zu bestellen.

In einem separaten Urnengang wurde am 7. April 2002 der 2. Wahlgang für die Neubesetzung des Stadtpräsidiums durchgeführt.

Am Wahl- und Abstimmungstag vom 2. Juni 2002 wurden neben eidgenössischen und kommunalen Abstimmungsvorlagen auch die Erneuerungswahlen für die Kreisschulpflegen und die Pflegen der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden durchgeführt. Die Erneuerungswahlen der Kreisschulpflegen fanden erstmals nach den geänderten Bestimmungen der Gemeindeordnung statt. Dabei waren vor allem die neu als Teilämter ausgestalteten Präsidien in einigen Kreisen umkämpft.

In der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Veltheim konnte ein durch Ablehnung der Wahl vom 2. Juni 2002 vakant gewordener Sitz in stiller Wahl besetzt werden. Für den durch Wahlablehnung in der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Oberwinterthur vakant gewordenen Sitz musste ein Wahlgang durchgeführt werden.

Für einen Sitz der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Töss konnte im Rahmen der Erneuerungswahlen vom 2. Juni 2002 niemand nominiert werden. Das im zweiten Wahlgang vom 22. September 2002 gewählte Kirchenmitglied lehnte die Wahl ab, so dass Ersatzwahlen ausgeschrieben werden mussten. Eine stille Wahl kam in der Folge nicht zu Stande und die erforderliche Ersatzwahl konnte im Berichtsjahr nicht mehr durchgeführt werden.

Die beiden in den Kreisschulpflegen Mattenbach und Oberwinterthur durch Ablehnung der Wahl vom 2. Juni 2003 vakant gewordenen Sitze konnten in stiller Wahl besetzt werden.

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Gesuche von Ausländern und Ausländerinnen um Einbürgerung in der Stadt Winterthur ein:

im Ausland geborene	259 (Vorjahr 204)
im Ausland geborene, zwischen 16 und 25 Jahre alt	76 (Vorjahr 64)
in der Schweiz geborene	89 (Vorjahr 86)

**Total eingereichte Gesuche
von Ausländerinnen/Ausländern 424 (Vorjahr 354)**

Der bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates wurden 210 (Vorjahr 248) Weisungen um Aufnahme in das Bürgerrecht unterbreitet.

Die bürgerliche Abteilung des Stadtrates hat in eigener Kompetenz 100 (92) in der Schweiz geborene ausländische Personen in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Aufgrund von § 21 des Gemeindegesetzes wurden durch den Stadtrat 54 (78) im Ausland geborene Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren mit mindestens 5 Jahren Schulbildung in einer der Landessprachen in der Schweiz in das Bürgerrecht von Winterthur aufgenommen. Die insgesamt in der Kompetenz des Stadtrates eingebürgerte Anzahl von Ausländern beläuft sich somit auf 154 (170). Ebenfalls in eigener Kompetenz wurden durch den Stadtrat im Berichtsjahr 114 (52) Schweizerinnen und Schweizer in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

Jungbürgerfeier / Volljährigkeitsfest

Die diesjährige Jungbürgerfeier wurde bereits das dritte Mal nach dem neuen Konzept durchgeführt; eine zweiteilige Feier für die Jungbürgerinnen und Jungbürger des Jahrganges 1984 unter Mithilfe der Jungparteien und der politisch ausgerichteten Jugendorganisationen. Im ersten Teil, der erstmals im Stadthaus stattfand, wurden die Rechte und Pflichten der zu Staatsbürgern und -bürgerinnen gewordenen 18-Jährigen mit einer Ansprache des Stadtpräsidenten gewürdigt. Eine moderierte Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Stadtrates sowie Vertreterinnen und Vertreter der in Winterthur politisch aktiven Jungparteien ergänzte das Programm. Der zweite Teil fand in Form einer Volljährigkeitsparty mit Unterhaltung und Verpflegung im Casinotheater statt. Dazu wurden – nebst den Begleitpersonen der Jungbürgerinnen und Jungbürger – auch die in Winterthur wohnhaften 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B oder Niederlassung C eingeladen. Das Programm bestand aus einem Buffet mit kulinarischen Köstlichkeiten, Informations- und Kontaktständen von Politik- und Jugendorganisationen und verschiedenen Auftritten von «Harul's Top & Service». Erstmals wurde auch eine Umfrage zur Jungbürgerfeier, verbunden mit einem Wettbewerb, durchgeführt. Die Hauptpreise wurden vom Jugendparlament Winterthur gesponsert, weitere Preise haben verschiedene Firmen von Winterthur und Umgebung gestiftet. Auf die Einladung an 719 Schweizerinnen und Schweizer haben sich zum ersten Teil 261 Jungbürgerinnen und Jungbürger mit

Abstimmungen 2002

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
2. Juni	1. Neubau und Sanierung Metallarbeiterschule Winterthur (msw) an der Zeughausstrasse (Kredit von 17,22 Mio. Franken)	25 698	21 900	2 979	436	383	45.42
	2. Reformbestimmung § 83 der Gemeindeordnung (Rechtsgrundlage für die Erprobung einer neuen Parlamentsordnung des Grossen Gemeinderates während maximal 8 Jahren)	25 036	17 585	4 793	2 285	373	44.25
22. September	1. Zusammenlegung der Friedensrichterkreise (IV. Nachtrag zur Gemeindeordnung)	27 332	24 383	1 812	831	306	48.27

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
13. Januar	1. Bewilligung eines Kredites für die Beteiligung des Staates an einer neuen schweizerischen Luftfahrtgesellschaft	25 740	14 094	11 087	264	295	45.65
	2. Bewilligung von Eventualverpflichtungen zur Sicherung von betriebsnotwendigen Systemen und Funktionen des Flughafens Zürich	25 703	16 669	8 506	234	294	45.58
22. September	1. Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare	28 938	17 370	10 579	675	314	51.11
	2. Volksinitiative «Für eine geringere Besteuerung der Seniorinnen und Senioren»	28 876	14 084	13 882	591	319	51.00
24. November	1. A. Kantonsverfassung (Änderung) ohne Antwort: 1397	30 094	14 069	12 954	1 330	344	51.97
	B. Volksschulgesetz ohne Antwort: 409	30 094	12 992	15 019	1 330	344	51.97
	2. Bildungsgesetz	30 012	16 630	11 472	1 565	345	51.83
	3. Parlamentarische Initiative Susanna Rusca Speck, Zürich, vom 26. November 2001 betreffend Kredit für Staatsbeiträge an Integrationskurse für 15–20-jährige fremdsprachige Eingewanderte	30 338	15 621	13 591	785	341	52.39
	4. Fernwärmeerschliessung Oberhauserriet Opfikon, Kreditbewilligung	29 616	19 811	7 023	2 445	337	51.14

169 Begleitpersonen angemeldet, zum zweiten Teil 306 Schweizerinnen und Schweizer und von den 224 Personen mit C-Bewilligungen deren 17 sowie insgesamt 217 Begleitpersonen.

Sekretariat Grosser Gemeinderat

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 148 (Vorjahr 147) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen, sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte auf 350 (380) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2002 eine Menge von 535 462 (547 691) Blatt Papier. Gesamthaft konnte die Kopienanzahl erstmals auf 933 375 (1 027 032) reduziert werden. Für rund 90 Prozent dieser Menge wird recycling- oder chlorfreies Papier verwendet. Hochweisses Papier wird vorwiegend für Drucksachen, welche archiviert werden müssen, benötigt. Das Sekretariat GGR realisierte zusammen mit den Informatikdiensten der Stadt Winterthur (IDW) in diesem Jahr ein GGR-Extranet. Das Extranet wurde aufgrund eines Auftrages aus der Parlamentsreformkommission umgesetzt. Es bietet den GGR-Mitgliedern etliche Vorteile für ihre gemeinderätliche Tätigkeit. Fast alle Dienstleistungen des GGR-Sekretariates und der Stadtkanzlei sind dadurch schnellstmöglich elektronisch verfügbar. Die Stadtkanzlei hat 45 (Vorjahr 48) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2035 (2114) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 412 (497) Stadtratsbeschlüsse und 295 (311) Stadtratsbriefe. An Abonnenten der Sammlung der Städtischen Erlasse wurden zwei Nachsendungen mit 6 (Vorjahr 4) neuen Erlassen und mehreren Änderungen verschickt.

Informationsdienst

Der Informationsdienst bediente Presse, Radio und Fernsehen mit 348 Medienmitteilungen aus dem Stadtrat und der Stadtverwaltung und lud die Medienschaffenden zu 58 Anlässen (Medienkonferenzen, Besichtigungen, Veranstaltungen) ein. Alle Medienmitteilungen werden jeweils auch im Internet aufgeschaltet und sind somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Bei den Wahlen des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates sowie des Stadtpräsidenten wurde im Stadthaus ein Medien- und Informationszentrum betrieben.

Zusammen mit den Informatikdiensten und der immer grösseren Zahl von Dienststellen, die im Internet mitmachen, wurde www.stadt-winterthur.ch weiter entwickelt, wobei der Informationsdienst eine koordinierende Funktion wahrnimmt. Die umfassende Erneuerung des Gesamtauftritts im Februar stiess auf ein durchaus positives Echo.

Die Herausgabe von zehn Ausgaben der Personalzeitung, das Mitwirken an verschiedenen Projekten der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Beratung und Unterstützung zahlreicher Dienststellen bei Informationsaufgaben bildeten weitere Tätigkeitsschwerpunkte.

Behördenverkehr/Empfänge

Die Stadtkanzlei organisierte wieder gegen 100 kleinere und grössere Anlässe. Nebst den wiederkehrenden Empfängen und Feierlichkeiten wurden Delegationen aus Kroatien, Tschechien, Nepal und Kuba empfangen. Die Treffen mit Behörden von Pilsen, La Chaux-de-Fonds, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich hatten partnerschaftlichen oder nachbarschaftlichen Charakter. Quartalsmässig wurden im Stadthaus wieder Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt.

Eidgenössische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
3. März	1. Volksinitiative vom 6. März 2000 «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» (BBI 2001 5731)	35 713	22 511	12 442	272	488	61.91
	2. Volksinitiative vom 5. November 1999 «für eine kürzere Arbeitszeit» (BBI 2001 2874)	35 488	9 829	24 690	484	485	61.52
2. Juni	1. Änderung vom 23. März 2001 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch, BBI 2001 1338)	28 226	20 266	7 088	454	418	48.89
	2. Volksinitiative vom 19. November 1999 «für Mutter und Kind – für den Schutz des ungeborenen Kindes und für die Hilfe an seine Mutter in Not» (Bundesbeschluss vom 14. Dezember 2001, BBI 2001 6486)	28 105	4 714	22 519	458	414	48.68
22. September	1. Bundesbeschluss vom 22. März 2002 über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» (BBI 2002 2742)						
	a) Volksinitiative ohne Antwort: 820	29 809	12 036	16 482	139	332	51.57
	b) Gegenentwurf ohne Antwort: 1 160	29 809	16 117	12 061	139	332	51.57
	c) Stichfrage		für Initiative	für Gegen-vorschlag			
	ohne Antwort: 1 595	29 809	11 475	16 268	139	332	51.57
24. November	2. Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 15. Dezember 2000 (BBI 2000 6189)	29 504	13 010	15 169	991	334	51.04
	1. Volksinitiative vom 13. November 1999 «gegen Asylrechtsmissbrauch» (Bundesbeschluss vom 22. März 2002, BBI 2002 2744)	31 813	14 339	16 777	323	374	54.94
	2. Änderung vom 22. März 2002 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, BBI 2002 2771)	31 456	16 830	13 389	871	366	54.32

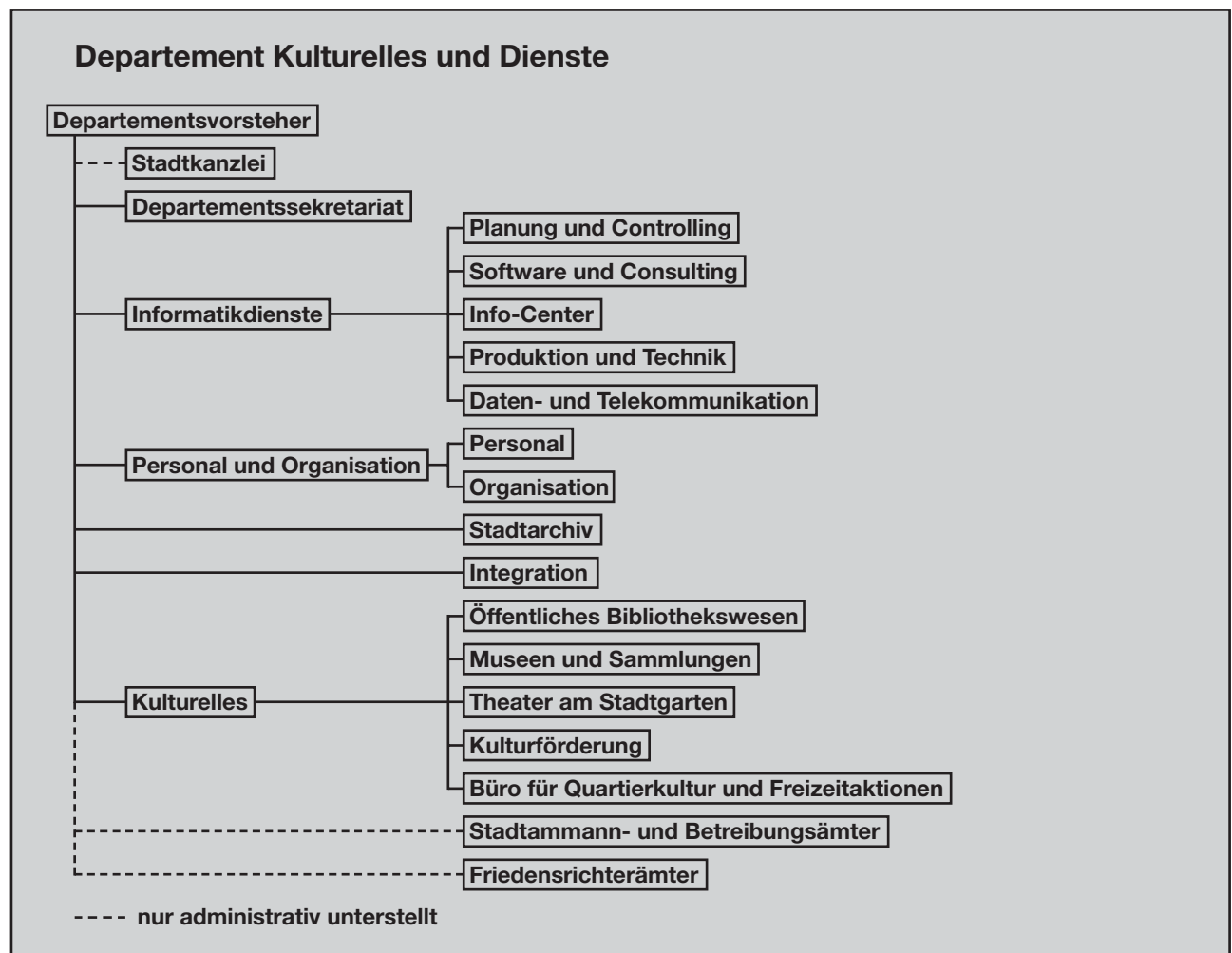
Departement Kulturelles und Dienste

Innerhalb des Departements Kulturelles und Dienste wurde nach den Wahlen im Frühling 2002 die Organisation angepasst. Bisher waren sowohl die kulturellen Institutionen als auch alle Dienstleistungsbetriebe direkt dem Departementsvorsteher unterstellt. Die Kontrollspanne nahm über die Jahre ein Ausmass an, das nicht mehr verantwortbar war. Die kulturellen Institutionen wurden deshalb neu zusammengefasst und dem bisherigen Kultursekretär unterstellt. Bei den Diensten ist vorgesehen, dass die Informatikdienste (IDW) einen Departementswechsel zum Departement Finanzen vollziehen werden. Bei Personal und Organisation wurde die Organisationsabteilung aufgehoben. Diese Institution tritt künftig wieder als Personalamt in Erscheinung. Im Zusammenhang mit der in den Stadtratszielen erklärten Absicht, die Stadtentwicklung stärker zu fördern, soll eine Stelle Stadtentwicklung geschaffen werden. Diese wird dem Stadtpräsidenten direkt unterstellt. Sie soll die Aktivitäten kontrollieren, die heute von verschiedenen Institutionen, wie z.B. Stadtplanung und Stadtmarketing, entwickelt werden.

Das Wahljahr 2002 mit dem neuen Stadtrat ist ein Jahr des Aufbruchs für die Stadtverwaltung. Insbesondere trifft dies für die Integration zu. Es wurden für die Umsetzung entscheidende neue interne und externe Strukturen ge-

schaffen: Der neue Stadtrat bestellte in seiner ersten Arbeitssitzung einen Integrationsausschuss, dem die Vorstehenden der Departemente Kulturelles und Dienste, Schule und Sport, sowie Soziales angehören. Dies mit der Absicht, die Integration, wie im Leitbild ausgeführt, als wichtiges Element zu fördern. Der unter politischer Mitsprache postulierte Ausländer- und Ausländerinnen-Beirat wurde vom Stadtrat gewählt und nahm im Sommer seine Arbeit auf. Nebst Sitzungen führte er im Herbst einen ganztägigen Workshop durch. Aufgrund verschiedener Anfragen nahm er bereits seine Aufgabe als Beratungsorgan des Stadtrats und der Verwaltung wahr.

Die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen und anderen grossen Städten wurde ausgebaut. So konnte mit dem Bundesamt für Ausländerfragen ein Leistungsvertrag zur Integrationsförderung abgeschlossen werden. Der neue gemeinsame Internetauftritt mit Zürich und dem Kanton stärkt den Informationsaustausch von Projektträgern, Vereinen und Ausländern bzw. Ausländerinnen. Dank verstärkter lokaler Projektberatung wurden vermehrt Projekte zur Mitfinanzierung an die Eidgenössische Ausländerkommission eingereicht. Die Integrationsarbeit wurde mit Schwerpunkt Organisation, Schule und Erwerbsarbeit in allen Integrationsbrücken ausgebaut.



Bei den IDW war die Überarbeitung des Internet-Auftritts der Stadt Winterthur eine der wichtigsten Arbeiten des Jahres. Obwohl der bisherige Internet-Auftritt im Jahre 2000 mit einem Preis ausgezeichnet wurde, galt es bereits wieder neue Möglichkeiten zu nutzen, um die Stadt Winterthur noch besser darzustellen. Zusätzlich wurden auch weitere Subauftritte einzelner Institutionen aufgeschaltet, die das Angebot vervollständigen. Für die Mitglieder des GGR wurde erstmals eine Extranet-Lösung erstellt. Innerhalb der traditionellen Informatik bildete die Integration der Informatik der Stadtpolizei ins städtische Datennetz die grösste Herausforderung.

Als eigentlicher Schwerpunkt der Aktivitäten des Personalamtes darf die Inkraftsetzung und Umsetzung der neuen Besoldungsverordnung (BEREWI) per 1. Juli 2002 bezeichnet werden. Die Projektgruppe wurde zwar formell aufgehoben und für den Vollzug der neuen Lohnordnung eine Funktionsbewertungskommission geschaffen. Wie bei einem so grossen Projekt aber nicht anders zu erwarten ist, konnten letztlich nicht alle Wünsche erfüllt werden. Dies widerspiegelt sich in den 378 Einsprachen, die gegen die persönliche Überführung eingereicht worden sind. Deren Behandlung wird das Personalamt, aber auch die Departementssekretariate der betreffenden Departemente, noch weit über das Berichtsjahr hinaus beschäftigen.

Bei den kulturellen Institutionen blieb der grosse Erfolg der erstmals durchgeführten «MuseumsTagundNacht»-Veranstaltung allen Beteiligten in bester Erinnerung. Rund 4000 Personen besuchten die Veranstaltungen in den Winterthurer Museen. Auch die verschiedenen Festivals aus den Sparten Musik und Film erfreuten sich eines weit überregionalen Interesses. Die Umbauarbeiten der Stadtbibliothek am Kirchplatz konnten gemäss Terminplan aus-

geführt werden und die Bibliothek kann am 4. Juli 2003 eröffnet werden. Auch die Neueinrichtung der Naturwissenschaftlichen Sammlungen konnte in Angriff genommen werden. Das Museum wird aber auch während der Umbauzeit den Betrieb mit Wechselausstellungen aufrecht erhalten. Darüber hinaus nimmt der Neubau der Stadtbibliothek am Kirchplatz langsam aber sicher Gestalt an. Ebenso lassen sich grosse Fortschritte bei der Neugestaltung der Naturwissenschaftlichen Sammlungen vermelden.

Der Kontakt mit den Partnerstädten wurden trotz den Wahlen aufrecht erhalten. Der Oberbürgermeister von Pilsen weilte im Frühling zu Gesprächen in Winterthur und besichtigte bei dieser Gelegenheit Einrichtungen der Drogenprävention. Auf einen Gegenbesuch in Pilsen wurde im Berichtsjahr verzichtet. Dafür ergab sich im Rahmen der Expo 02 Gelegenheit, die Kontakte mit den Partnerstädten La Chaux-de-Fonds und Yverdon zu vertiefen. Im ersten Fall verband der neue Stadtrat die Expobesichtigung anlässlich des Zürcher Kantonaltages mit einem Besuch von La Chaux-de-Fonds. Im zweiten Fall ermöglichte die Stadt Yverdon den Aushang von Winterthurer Museumsplakaten entlang des Fussweges vom Bahnhof zum Expogelände sowie in der Altstadt. Eine Delegation des Stadtrates besuchte in der Folge den Gemeinderat von Yverdon.

Beim Stadtmarketing sind markante Veränderungen zu verzeichnen. Der Leiter des Stadtmarketings verliess nach 5 Jahren Aufbauarbeit seinen Posten und es galt einen Nachfolger zu finden. Obwohl innerhalb von relativ kurzer Zeit auch andere Stellen vakant wurden, war es möglich, das vorhandene Wissen weiter zu geben und die Kontinuität sicher zu stellen.

Informatikdienste (IDW)*

Im Jahr 2001 wurde mit einer externen Firma eine Analyse über die Risikosituation der Informatikinfrastruktur in der ganzen Stadtverwaltung (ohne Stadtpolizei) durchgeführt. Die darin empfohlenen Verbesserungen konnten auf den verschiedenen Ebenen mehrheitlich umgesetzt werden. Mit der gleichen externen Firma wurde Ende 2002 die Informatik der Stadtpolizei – nach der Integration in die IDW – gemäss den gleichen Kriterien ebenfalls auf ihre Sicherheit überprüft und für gut beurteilt. Die zur Verbesserung vorgeschlagenen Massnahmen werden nach Möglichkeit realisiert.

Die Anzahl der im Rechenzentrum installierten und betreuten Server ist weiter angestiegen, weil zusätzliche Kunden neu bedient werden können. Es sind dies unter anderen die Stadtpolizei, die Verkehrsbetriebe, die Berufswahlschule sowie verschiedene Gemeinden des Kantons Zürich. Folgende Systeme werden betrieben: 9 UNIX-, 80 Windows- (NT und Windows 2000), 2 Compaq Alpha-Server sowie 32 Oracle- und 6 SQL-Datenbanken. Total sind 700 Gigabytes Diskplatz belegt. Das Hostsystem BULL DPS7000 wurde Ende Oktober 2002 definitiv abgestellt. Damit ging eine Ära zu Ende, war doch diese proprietäre Modellreihe in der Stadtverwaltung 25 Jahre im Einsatz.

Die grosse Nachfrage nach Disk-Speicherplatz kann durch die Einführung eines SAN (Storage Area Network) voll befriedigt werden. Dank der guten Skalierbarkeit besitzt dieses System genügend Reserven.

Die Initiative, Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden anzubieten, wurde schon im ersten Jahr ein voller Erfolg. Vier Gemeinden (Flaach, Hinwil, Männedorf, Marthalen) konnten bereits als Kunden gewonnen werden. Mit weiteren Gemeinden stehen die IDW in Kontakt.

Im Februar wurde der Relaunch des Internet-Auftritts der Stadt Winterthur abgeschlossen. Ein gänzlich überarbeiteter Web-Auftritt, sowohl bezüglich Aufbau, Inhalt und Suchmöglichkeiten wie auch in technischer Hinsicht, wurde realisiert. Sämtliche Inhalte (Daten, Bilder) werden neu mit einem Content-Management-System (CMS) verwaltet und die einzelnen Seiten werden dynamisch aus der Datenbank generiert. Die inhaltsverantwortlichen Personen in den Fachabteilungen sind somit in der Lage, ihre Informationen selbstständig zu pflegen. Zusätzlich können medienbruchfreie Transaktionen von Internet-Benutzern und -Benutzerinnen abgewickelt werden. Leider sind aber die fehlenden Authentifizierungsmöglichkeiten eine der grössten Mängel für eine breite Anwendung. Dazu müsste eine landesweit anerkannte PKI-Lösung (Public Key Infrastructure) vorhanden sein.

Ebenfalls realisiert wurde die Integration ins Guichet virtuel des Bundes.

Im Internetportal Winterthur konnten einige Subauftritte aufgeschaltet werden. So z.B. Verkehrsbetriebe, Feuerwehr, Melde- und Zivilstandswesen, Bildung in Winterthur, Departement Bau, Jugend Winterthur, Departement Soziales, Fotowettbewerb usw.

Ebenfalls integriert sind der Winterthur Tourismus und das Stadtmarketing. Für den Grossen Gemeinderat (GGR) wurde eine Extranet-Lösung erstellt. Damit haben die Mitglieder des GGR einen weltweiten Rund-um-die-Uhr-Zugriff auf ihre Traktanden und Geschäfte. Der Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur findet breite Anerkennung. Deshalb wurden die IDW für verschiedene Referate angefragt.

Eine neue Protokoll- und Pendenzenverwaltung wurde geschaffen, die verwaltungsweit benutzt werden kann. Neben verschiedenen anderen Neuerungen wurden für die zentrale Finanz- und Rechnungswesenanwendung CS/2 diverse automatisierte Schnittstellen realisiert. Einerseits zu verschiedenen Anwendungen in der Stadtverwaltung, andererseits zum Kanton (Gefis, Gemeindefinanzsystem) und zum Statistischen Amt in Bern.

ROFA, die zentrale Plattform für Klientenbuchhaltung und -verwaltung im Departement Soziales, wurde um einen weiteren Mandanten, das Jugendsekretariat, erweitert. Zusätzlich wurde die Schnittstelle zur Einwohnerkontrolle unter Berücksichtigung des Datenschutzes noch stärker automatisiert. Weitere Aufgaben waren die Erstellung der Sozialhilfestatistik für den Bund und die Bedarfsrechnungen Wirtschaftshilfe und Alimente.

Das Projekt Berewi, Besoldungsrevision Winterthur, konnte durch Anpassungsarbeiten am bestehenden Pias (Personalinformations- und abrechnungssystem) unterstützt werden. In den IDW wurde ein neues Standardpaket für die Zeit- und Rapportdatenerfassung eingeführt. Diese Lösung kann bei Bedarf auch in der ganzen Verwaltung verbreitet werden.

In Frühling konnten die IDW das neue 1Gbps-Backbone-Netzwerk (Giga Bit per Second) in Betrieb nehmen. Das Netzwerk der Stadtverwaltung ist damit auf dem neuesten Stand der Technik und kann auch in Zukunft die steigenden Anforderungen an die Datenkommunikation erfüllen. Durch die Übergabe des Datennetzwerks der Stadtpolizei in die Verantwortung der IDW ist die Anzahl verrechenbarer Netzwerkanschlüsse um über 25 % auf 2110 angestiegen. Die Übernahme des Stadtpolizei-Netzes war verbunden mit dem Aufbau eines redundant ausgelegten 1Gbps-LAN im Bereich der Polizei.

Die Kommunikation mit Dienststellen des Bundes und des Kantons nimmt an Bedeutung stetig zu. Die Informationsdatenbank Polis und das kantonale Abstimmungsprogramm WABSTI sind zwei Anwendungen, die neu eingeführt wurden. Dies hat die IDW bewogen, im kantonalen Projekt LeuNet aktiv mitzuarbeiten. Das neue Datennetzwerk des Kantons soll 2003 in Betrieb genommen werden. Die Nutzung der Internet-Services steigt ebenfalls konstant an. Die Zunahme des Datentransfers vom und zum Internet um über 50 % lässt uns auch auf diesem Gebiet nach neuen Lösungen suchen.

Auf dem Gebiet der Verkabelungsprojekte waren die Telefonie und die Datenkommunikation stark gefordert. Der Umbau des alten Teils des Neumarkts, die Renovation des ehemaligen Feuerwehrgebäudes, der Neubau der Eishalle und die Optimierung der Fortuna am Obertor sind die grössten Projekte, an denen die IDW mitgewirkt haben.

Die grösste Herausforderung für das Info-Center war die Integration der Informatik der Stadtpolizei in die Struktur der stadtweiten Informatik. Rund 180 Clients waren neu zu installieren und in die Betreuung des Helpdesk zu integrieren. Gleichzeitig musste die Realisierung der neuen Polizeisoftware Polis mit berücksichtigt werden. Die Umstellungsarbeiten und die Nachführung von Programmmupdates konnten dank einem Softwareverteilungstool automatisiert und dadurch rationalisiert werden. Die Erfahrungen damit waren sehr gut.

Die Anzahl der PCs in der Stadtverwaltung ist nur noch leicht gestiegen und beträgt knapp 1800 (ohne Primarschulen). Immer häufiger bemängelten die Benutzerinnen und Benutzer, dass die Hotline des Helpdesk während längerer Zeit besetzt war. Nach einer Untersuchung über 2 Monate musste festgestellt werden, dass auf 10 Anrufe rund 4 Zweitanrufe kamen. Seit Anfang Jahr ist die Hotline deshalb in den Hauptzeiten neu mit 2 Personen besetzt.

Wegen den Umbauarbeiten für das Steueramt und das Melde- und Zivilstandswesen musste der Schulungsraum

* Die Informatikdienste sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Ende Jahr in die MZA Teuchelweiher verlegt werden. Der Schulungsraum war an insgesamt 80 Tagen belegt. Während dieser Zeit besuchten 256 städtische Mitarbeitende die angebotenen Informatikkurse und es wurden zusätzlich verschiedene Schulungsprogramme (CS/2-Schulung, Asylkoordination usw.) durchgeführt.



Blick in die Serverfarm im Rechenzentrum

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Am 28. Januar genehmigte der Grosse Gemeinderat die Vorlage zur strukturellen Besoldungsrevision (II. Nachtrag zum Personalstatut vom 12. April 1999). Von Ende Januar bis Anfang März beriet die besondere Funktionsbewertungskommission an 8 ganztägigen Sitzungen die von den Departementen eingereichten Vorschläge zur Neufestlegung des Stellenplanes nach der Lohnordnung BEREWI. Am 13. März setzte der Stadtrat die neue Lohnordnung auf den 1. Juli in Kraft und genehmigte den neuen Gesamtstellenplan für die Stadtverwaltung mit Wirkung ab gleichem Datum. Gleichzeitig leitete er die Überführung der Löhne des Personals aus der bisherigen in die neue Lohnordnung ein. Am 3. April legte er zusätzliche Vorgaben für die Überführung fest und bestimmte eine Quote von 1,2 Mio Franken für Lohnerhöhungen. Am 29. Mai verabschiedete der Stadtrat die Teilrevision der Vollzugsverordnung (II. Nachtrag). Diese umfasste einerseits die wichtigsten Ausführungsbestimmungen zur neuen Lohnordnung und andererseits eine ganze Reihe wichtiger Anpassungen, die sich aufgrund der ersten Erfahrungen zum neuen Personalrecht seit 1999 als sinnvoll erwiesen. Am 26. Juni legte der Stadtrat die Zulagen für besondere Beanspruchungen sowie den Anfangslohn für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger und die Einheitslöhne neu fest. Mit dem Inkrafttreten am 1. Juli wurde das bisherige Lohnsystem nach 28 Jahren aufgehoben und das aufwändige Projekt BEREWI – bis auf die anschliessende Rechtsmittelpphase – erfolgreich abgeschlossen. Am 12. Juni löste der Stadtrat die Projektgruppe auf und wählte die ordentliche Funktionsbewertungskommission für den Vollzug der neuen Lohnordnung.

Von der Möglichkeit der Einsprache gegen die persönliche Überführung machten 378 Angestellte Gebrauch. Von den Einsprachen betreffen 97 die Einreihung der Stelle, alle ändern die Festlegung des Erfahrungsanteils (Lohnstufe) oder des Leistungsanteils innerhalb der neuen Lohnklasse. Diese Einsprachen konzentrieren sich auf die Bereiche des Pflegepersonals und des Polizeikorps. Bereits am 3. April hatte der Stadtrat das Verfahren zur Behandlung der Einsprachen in den Grundzügen festgelegt, am 8. Mai den Auftrag zur Beratung auch in dieser Projektphase an den externen BEREWI-Experten vergeben und am 3. Juli ein Detailkonzept zum Einspracheverfahren verabschiedet. Die Einsprachen gegen die Einreihung der Stelle werden von der Funktionsbewertungskommission als Einsprachekommission nochmals mit Anhörung der Betroffenen überprüft. Der Antrag des Stadtrats, zur Bewältigung der grossen Zahl von Einsprachen, zentral ein temporäres juristisches Einsprache-Sekretariat einzurichten, wurde vom Grossen Gemeinderat abgelehnt. Der Stadtrat hat dem Parlament die Konsequenzen hinsichtlich der zu erwartenden Verzögerungen in der Behandlung dargelegt.

Am 24. April erhöhte der Stadtrat im Zusammenhang mit verschiedenen Änderungen des kantonalen Kinderzulagengesetzes auf 1. Mai die Kinderzulage für das städtische Personal. Sie beträgt jetzt je Kind und Monat Fr. 170.– bis zum vollendeten 12. und Fr. 195.– bis zum vollendeten 25. Altersjahr.

Mit dem Entwurf zum Voranschlag 2003 vom 27. September beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat auf den 1. Januar 2003 eine Teuerungsanpassung von 1%. Gleichzeitig sollte erstmals die neue Lohnordnung durch die Erhöhung des Erfahrungsanteils und eine Quote von 1 Mio. Franken für den Leistungsanteil auf 1. Januar 2003 umgesetzt werden. Mit dem Nachtrag zum Voranschlag vom 13. November («Novemberbrief») musste der

Stadtrat dann aber, angesichts der dramatischen Finanzlage der Stadt, sowohl den Verzicht auf den Erfahrungsanteil und den Leistungsanteil als auch die Reduktion der Teuerungszulage auf 0,6 % beantragen. Nach der Volksabstimmung vom 24. November und der Genehmigung durch den Grossen Gemeinderat können die durch die Beitragsreduktion an die Arbeitslosenversicherung frei werdenden Mittel 2003 für die Ausrichtung der vollen Teuerungszulage verwendet werden. Demnach beschloss der Stadtrat am 18. Dezember auf 1. Januar 2003 einen Teuerungsausgleich von 0,8 %, womit die Teuerung nach dem Stand des Zürcher Indexes von 102,6 Punkten gemäss Stand vom November 2002 als ausgeglichen gilt.

Personalbestand und Personalbeschaffung

Die Grundlagen und Datenstruktur der Personalstatistik sind unverändert (siehe Bemerkungen zur Statistik und Geschäftsbericht des Vorjahres): Sie weist die kumulierten Stelleneinheiten über das ganze Jahr und die Anzahl beschäftigter Personen per Stichtag aus. Aus technischen Gründen werden bestimmte Arbeitsverhältnisse (ca. 1 % der Gesamtzahl) nicht mitgezählt. Nicht ausgewiesen werden die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften, weil deren Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen.

Das Total der besetzten Stelleneinheiten (ohne Lehrkräfte) weist gegenüber dem Vorjahr eine Differenz von 58,2 (55,8) Stelleneinheiten aus. Im Total der Stelleneinheiten sind 350,4 (352,6) Lehrverhältnisse enthalten. Die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Kleinstpensen (ohne Lehrkräfte) hat sich um 169 (49) Personen verändert.

Löhne und Sozialleistungen

Die Löhne wurden auf den 1. Januar um 1,0 % der Teuerung angepasst. Damit galt die Teuerung nach dem Stand des Zürcher-Indexes von 101,8 (Basis Mai 2000) als ausgeglichen. Aus finanzpolitischen Gründen wurde wiederum auf einen Stufenaufstieg gemäss alter Lohnordnung verzichtet. Per 1. Juli haben alle städtischen Mitarbeitenden, welche in das Lohnsystem BEREWI überführt wurden, eine individuelle Verfügung erhalten, in welcher der ab Juli 2002 gültige Lohn mitgeteilt wurde. Die Kosten der Überführung beliefen sich, aufgerechnet auf ein Jahr, insgesamt auf 3,2 Mio. Franken. Davon entfielen 2 Mio. auf die absoluten Aufholfunktionen und 1,2 Mio. auf die vom Stadtrat für Lohnerhöhungen gesprochene Quote. Mit diesen Kosten bewegt sich die Besoldungsrevision «BEREWI» am absolut untersten Rand aller Erfahrungswerte für eine Revision dieser Grössenordnung.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2002 von 38 308 893 Franken (2001: 42 816 525 Franken inkl. Sozialleistungen) betragen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2002
2002	296 864 904	53 216 095	350 080 999	19 882 183
2001	279 882 112	50 316 704	330 198 816	

Personal- und Organisationsentwicklung

Das zentrale Weiterbildungsangebot, welches wiederum zu einem guten Teil in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen des Kantons und der Stadt Zürich angeboten wurde, ist auf reges Interesse gestossen. Die städteigene obligatorische Schulung für Führungseinsteiger und -einsteigerinnen musste wegen der hohen Zahl von Anmeldungen in drei, statt wie geplant in zwei Parallelkursen

durchgeführt werden. Nicht zuletzt der damit verbundene relativ hohe Aufwand (Kosten und Arbeitszeitausfall) wurde zum Anlass genommen, diese Kurse in ihrer bisherigen Form einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen. Auf Grund dieser Evaluation ist nun geplant, die obligatorische Führungsschulung inhaltlich und formal neu zu gestalten. Es sollen auf die verschiedenen Führungsstufen abgestimmte Kurse mit konsequent anwendungsorientierten Inhalten entstehen, damit eine deutlich höhere Wirksamkeit erreicht werden kann. Neu gestaltet wurden im vergangenen Jahr die Einführungsveranstaltungen für neueingetretene Mitarbeitende; berücksichtigt wurde dabei auch die zunehmend wichtiger werdende Thematik der Sicherheit am Arbeitsplatz. Es wurden zu diesem Problemkreis spezielle Kursangebote lanciert, welche in der einen oder anderen Form auch in der Zukunft zum Standardangebot gehören werden. Zu einem Dauerbrenner scheinen sich erfreulicherweise die Kurse «Wirkungsvolle Texte» zu entwickeln. Sie werden auch im Folgejahr in unveränderter Form wieder angeboten. Im Hinblick auf den vom Stadtrat beschlossenen Ausbau und die damit verbundene Neugestaltung des Weiterbildungsangebots, befassten sich auch die sieben Führungsgruppen des Stadtrates mit der Thematik Weiterbildung. Die Arbeitsergebnisse werden in das neue Weiterbildungskonzept einfließen. Für das Weiterbildungsangebot 2003 wurde eine attraktive Broschüre geschaffen, welche – im Gegensatz zu früheren Jahren – alle Weiterbildungsangebote der Stadt unter einem Dach vereint. Die Zusammenarbeit mit Kanton und Stadt Zürich entwickelt sich weiterhin erfreulich.

Lehrlingswesen

Die Zahl der Lehr- und Anlehrverhältnisse hat sich um 3 % weiter erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 101 Personen in einem Ausbildungsverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. 60 % sind Ausbildungsplätze in den handwerklich, technischen und betrieblichen Bereichen; 40 % vorab im kaufmännischen Bereich. Die Auszubildenden im kaufmännischen Sektor sind verteilt über die ganze Stadtverwaltung, wechseln ihren Ausbildungsplatz alle sechs Monate und werden zentral vom Personalamt durch die Lehre begleitet.

Gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung ist die Rate der Tabak Konsumierenden vor allem bei den 15- bis 19-Jährigen dramatisch angestiegen. Dies hat den Stadtrat bewogen, Auszubildende mit einer Mindestlehrezeit von zwei Jahren am Ende der Lehre mit einer zusätzlichen Ferienwoche zu belohnen, wenn sie ihre Lehrzeit bei der Stadtverwaltung rauchfrei absolvieren und sich vorab mit einem Vertrag dazu verpflichten. Diese Massnahme ist vorerst auf 4 Jahre bis 2006 befristet. Wie viele von den rund 360 Ausbildungsverhältnissen (inkl. Metallarbeiterschule und Schule für Pflegeberufe) von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, ist noch offen, da die Anmeldefrist noch läuft.

Die Lehrlingswoche mit den Auszubildenden des 1. Lehrjahres stand unter dem Motto «Abschalten um aufzuladen» und führte per Velo entlang dem Bodensee. Anhand verschiedener Elemente wie Fitness, Klang, Konzentration, Rückzug in die Stille, Natur, Musse statt müssen, Spielen, usw. wurde der Versuch unternommen, dem Alltag zu entfliehen und sich zu regenerieren.

Im Hinblick auf die Einführung der Reform der kaufmännischen Grundausbildung auf Mitte 2003 wurden verschiedene Arbeiten an die Hand genommen. Die neue kaufmännische Lehre bedeutet eine Aufwertung der Lehrbetriebe und Branchen. Durch deren 50-prozentige Mitbestimmung bei der Lehrabschlussprüfung wird die Lehre vermehrt praxisorientiert. Die Kombination von Fachkom-

petenz mit Methoden- und Sozialkompetenz bildet die Grundlage, um den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Die gezielte Vereinheitlichung sowie die Ausweitung der Instrumente stellt die verlangte Qualität sicher. Die Lehrbetriebe und Lehrlingsbetreuenden werden künftig zeitlich stärker beansprucht. Trotzdem will die Stadtverwaltung, im Gegensatz zu vielen Betrieben der Privatwirtschaft, das Lehrstellenangebot im kaufmännischen Bereich auf hohem Niveau halten und qualitativ ausbauen.

MitarbeiterInnenberatung

Auf 1. Januar wurde das Pensum des MitarbeiterInnenberaters auf 75 % erhöht. Es fanden 285 (332) Beratungsgespräche statt. 83 (123) davon betrafen Frauen, 202 (209) Männer. Daneben führte der MitarbeiterInnenberater 5 (11) Supervisionssitzungen im Rahmen von Teamsupervisionen durch. Telefonische Auskünfte beziehungsweise Beratungen erteilte er 11 (26). Der Rückgang der Zahlen gegenüber dem Vorjahr bewegt sich im Rahmen üblicher Schwankungen und hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass Langzeitbetreuungen aus Kapazitätsgründen in der Regel weitervermittelt werden. Trotz dieser zahlenmässigen Entlastung und der Pensumserhöhung blieb die Belastung des MitarbeiterInnenberaters hoch. Insbesondere fiel auch die anlaufende Umsetzung des Sozialstellenplans, für den der MitarbeiterInnenberater die massgeblichen Abklärungen vornimmt, ins Gewicht.

Bei den Besprechungsthemen dominierten – wie schon früher – Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz mit 143 (194) Sitzungen. Dabei handelte es sich wiederum vor allem um Konflikte zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten, die – dieser Trend hielt weiter an – vielfach mit organisatorisch bedingten oder unter strategischer Begründung angeordneten Veränderungen am Arbeitsplatz oder im Pflichtenheft zusammenhingen und teilweise auch zum krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitenden führten. An einem Teil dieser Besprechungen waren Vorgesetzte beteiligt. Es folgten Finanzprobleme mit 74 (49) und familiäre Angelegenheiten mit 33 (60) Unterredungen. 18 (13) Beratungen betrafen Alkoholprobleme, wobei fünf Besprechungen in einer Suchtklinik stattfanden. Die übrigen 17 (16) Gespräche waren verschiedenen – v.a. auch rechtlichen – Themen gewidmet.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Pensionierungsvorbereitung nahm der MitarbeiterInnenberater an 12 (7) Sitzungen, beziehungsweise Veranstaltungen, teil. Die Arbeitsgruppe «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» war auch im Kalenderjahr 2002 nur operativ tätig, d.h. es fanden keine gemeinsamen Sitzungen und Vorgesetztenveranstaltungen statt.

Im Rahmen des vom Grossen Gemeinderat bewilligten Sozialstellenplans waren fünf Gesuche aus dem Vorjahr pendent, von denen vier definitiv erledigt werden konnten. Im Kalenderjahr 2002 wurden neu sieben Gesuche gestellt. Davon konnte zwei Gesuchen ganz oder teilweise stattgegeben werden, zwei andere Fälle erledigten sich auf andere Weise. Eine Sozialstelle wurde durch Vereinbarung beim Ombudsmann eingerichtet. Drei Gesuche sind noch pendent. Insgesamt wurden 259 300 Franken aufgewendet. Der MitarbeiterInnenberater führte 11 Gespräche mit Betroffenen und zwei Gespräche mit Gestuchstellenden.

Beauftragte für Gleichstellung

Seit Februar ist die Fachstelle für Gleichstellung wieder voll besetzt. Die neuen Stelleninhaberinnen setzen bei der Gleichstellung den Fokus auf die Personalarbeit und -pro-

jekte und sind stärker in das Personalamt integriert. In der Anfangsphase wurde viel Vernetzungsarbeit innerhalb der Stadtverwaltung geleistet, um bedürfnis- und lösungsorientierte Dienstleistungen anbieten zu können.

Die Nachfrage nach dem Beratungsangebot hat im Laufe des Jahres stark zugenommen. Neu ist, dass sich viele Vorgesetzte, interessanterweise bis Ende Berichtsjahr ausschliesslich männliche Führungskräfte, Beratung und Coaching in verschiedensten Personalkonflikten bei den beiden Fachfrauen holten. Punktuell übernahmen diese auch die Aufgabe der Mediation in Konfliktsituationen. Ansonsten handelte es sich bei den Beratungen um Themenkreise wie veränderte Anforderungsprofile und deren Bewältigung, Zusammenarbeit zwischen altgedienten Mitarbeitenden mit neuen Vorgesetzten, Beratung und Begleitung vor und nach schwierigen Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnengesprächen sowie um Fragen rund um die Besoldungsrevision.

Die intensive Mitarbeit bei der Besoldungsrevision beanspruchte auch in diesem Jahr einen wichtigen Teil der Kapazität. Insbesondere die Phase der Überführung von der alten in die neue Lohnordnung warf viele Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung auf. Durch die Einsitznahme in verschiedenen Gremien, im Speziellen in der Einsprachekommission, konnte eine wichtige Vertretung von gleichstellungsrelevanten Fragen sichergestellt werden.

Das Projekt «Arbeitgeberkrippe», welches von den Beauftragten für Gleichstellung Anfang Jahr erarbeitet und gestartet wurde, konnte rasch einer konkreten Umsetzung zugeführt werden. Im Juli hiess der Gemeinderat den Kredit für den Einkauf von 10 Krippenplätzen beim Verein Arbeitgeberkrippe gut, welche erfahrungsgemäss von rund 25 Kindern genutzt werden können. Seit September verfügt nun die Stadtverwaltung konkret über eigene Arbeitgeberkrippenplätze in der Krippe «Chäferfäsch», die sie ihren Mitarbeitenden nach einem lohnabhängigen Tarifsysteem vergibt. Damit kann sich die Stadtverwaltung ihren Platz auf den Arbeitsmarkt als attraktive, zeitgemässe Arbeitgeberin sichern und gleichzeitig konnte ein wichtiger Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkretisiert werden.

Die Weiterbildungsangebote fanden wiederum grossen Anklang. Die Kurse «Stärken und Fähigkeiten bewusst einsetzen» sowie «Nähe und Distanz» wurden aufgrund der regen Nachfrage zweifach, resp. dreifach durchgeführt. Die Coachinggruppen für Führungsfrauen stossen auf ein grosses Echo: Dieses Jahr haben vier Gruppen gestartet. Das Angebot «Deutsch am Arbeitsplatz» läuft mit Erfolg. Für das Jahr 2003 ist eine enge Zusammenarbeit mit Stadt und Kanton Zürich vorgesehen. Auf diese Weise kann die Angebotspalette auf kostengünstige und effiziente Art erweitert werden.

Im Berichtsjahr wurde ein Pilotprojekt mit dem Departement Bau gestartet mit dem Ziel, den Frauenanteil im Kader zu erhöhen, resp. genaues Wissen darüber zu erhalten, weshalb sich dieser allenfalls nur schwer erhöhen lässt. Für eine Versuchsperiode sind die Beauftragten für Gleichstellung in den Selektionsverfahren von neuen Kaderleuten von Anfang an involviert. Das Projekt ist gut angelaufen, die Erfahrungen können aber frühestens im folgenden Jahr ausgewertet werden.

Der diesjährige Gleichstellungspreis wurde dem Projekt «Prismadonna» von Frau E. Bleisch Imhof, Geschäftsführerin der Prisma Personalberatung AG, vergeben. Damit wurde ein bereits bestehendes Angebot geehrt und gefördert, welches ermöglichen will, dass Unternehmen gut qualifizierten Frauen im Management ihren Platz einräumen. Potentielle Kandidatinnen werden durch entsprechendes «Empowerment» und durch ein Mentoringprogramm hierzu befähigt. Erstmals konnte ein privat-

wirtschaftliches Unternehmen geehrt werden. Die Preisvergabe fand ein grosses Medienecho. Die Stipendiegelder für Wiedereinsteigerinnen wurden im Berichtsjahr 4 Frauen zugesprochen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen, durch eine Ausbildung oder Zusatzqualifikation wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen und eine existenzsichernde Tätigkeit anzuvisieren.

Organisationsabteilung

Im Hinblick auf den Ablauf des Frankierungsvertrages mit der Post im April 2003 wurde nach einer Lösung gesucht, die eine Kostenzuordnung der Porti auf die einzelnen Organisationseinheiten erlaubt, ohne dass den Betroffenen grosse Mehrarbeit erwächst. Für jene Teile der Verwaltung, die dem städtischen Weibeldienst angeschlossen sind, werden die Kuverts zukünftig mit einem Barcode (= Strichcode) versehen. Dies erlaubt ein automatisches Erfassen der Porti und deren korrekte Zuordnung an die Verursacher. Ausserhalb des Einzugsgebietes der Weibel werden weiterhin Frankiermaschinen und Briefmarken eingesetzt. Keine Veränderungen erfahren auch die Massensendungen, die mittels Borderau aufgegeben werden.

Beim Erscheinungsbild wurden nach einem Denkhalt die einzelnen Teile themenbezogen zusammengefasst, überarbeitet und in Broschüren im A4-Format gedruckt. Diese lösen das bisherige cd-Manual ab, dessen überdimensionierte Ausmasse nicht überall auf Begeisterung stiessen.

Daneben waren die Dienste der Organisationsabteilung auch immer wieder bei kleineren und grösseren Projekten gefragt. Ausgelöst durch eine parlamentarische Interpellation, hat z.B. der Organisator mit einem Projektteam den Wunsch nach Einführung eines zentralen Bildungsverzeichnisses verwirklicht. Daneben gibt es aber auch Dauerbrenner, so gehört die Abklärung der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit bei Stellenbegehren oder die Beurteilung von Neuorganisationen seit Jahren zu den Pflichtaufgaben der Organisation.

Im Aufgabenbereich des Organisationsberaters stand trotz der Umstrukturierung im Personalamt (siehe nachstehend) nach wie vor die Koordination des Projekts WoV

im Vordergrund. Die sukzessive Übergabe der Bewirtschaftung des WoV-Instrumentariums an das Finanzamt konnte erfolgreich in die Wege geleitet werden. Es wurde im Weiteren in Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und den Informatikdiensten ein Projekt zur Online-Bewirtschaftung des gesamten WoV-Instrumentariums lanciert, welches sich gut entwickelt.

Verschiedenes

Den üblichen breiten Rahmen beanspruchte die Mitberichterstattung und die Prüfung von zahlreichen Personal- und Stellenplangeschäften im Stadtrat sowie die Abklärung und Beantwortung von Fragen zur Anwendung des Personalrechts und die Bearbeitung von Einsprachen und von parlamentarischen Vorstössen. Die Personalkommission, die vom Stadtrat am 26. Juni neu bestellt wurde, trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinationssitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter trat unter dem Vorsitz des Personalchefs zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Der Personalchef wirkte sodann an der Selektion für 5 (8) Stellen im oberen Kader mit. Mit dem Ombudsmann kam es zu 3 (4) Besprechungen.

Im Laufe des Jahres kam es zu mehreren personellen und organisatorischen Änderungen: Am 1. Februar trat Alice Maltempi ihr Amt als Beauftragte für Gleichstellung an, das sie mit Marina Heusser im Job-Splitting teilt. Ende März übernahm Christian Suter die Nachfolge des altershalber zurücktretenden Ueli Frei als Personalchef-Stellvertreter. Nachfolgerin von Christian Suter als Leiterin der Koordinationsstelle PIAS wurde Yvonne Hörler. Im Sekretariat traten Danielle Müller und Aloisia Keller neu ein. Auf 1. Oktober wechselte Markus Spring als Departementssekretär zum Stadtpräsidenten. Gleichzeitig löste der Stadtrat die Organisationsabteilung auf und bildete die neue Stelle «Leitung Personal- und Organisationsentwicklung», die Mark Hunziker, bisher Organisationsberater/WoV-Koordinator, innehat. Ende September wurden die Dienststellen des Personalamtes im renovierten Gebäude Lindstrasse 4 zusammengelegt.

Personalstatistik 2002

	Stelleneinheiten (kumuliert)			Personen (Stichtag 1.1.2003)			
	Frauen	Männer	Total 2002	Total 2001	Frauen	Männer	Total 2001
Stadtkanzlei	5.2	9.5	14.6	14.5	12	14	26
Subtotal	5.2	9.5	14.6	14.5	12	14	26
Kulturelles und Dienste							
Departementssekretariat	1.6	1.0	2.6	2.9	2	3	5
Informatikdienste	3.8	35.4	39.1	36.4	5	41	46
Personalamt	40.5	17.0	57.5	58.0	42	15	57
Stadtarchiv	1.5	1.5	3.0	3.0	3	2	5
Integration	2.8	0.5	3.3	3.3	8	1	9
Kulturelles	63.6	52.2	115.8	109.2	238	119	357
Stadtamman- und Betreibungsämter	9.4	15.8	25.1	22.1	16	16	32
Friedensrichterämter	1.1	1.4	2.5	2.4	4	2	6
Subtotal	124.3	124.7	249.0	237.3	318	199	517
Finanzen							
Departementssekretariat	1.7	–	1.7	1.6	2		2
Finanzkontrolle	0.7	2.9	3.7	3.8	1	2	3
Finanzamt	8.4	8.6	17.0	18.5	12	9	21
Steueramt	25.9	16.2	42.1	38.0	32	19	51
Liegenschaftsverwaltung	21.5	13.7	35.2	33.3	149	49	198
Subtotal	58.2	41.4	99.6	95.2	196	79	275
Bau							
Departementssekretariat	3.1	2.0	5.1	5.0	4	2	6
Stadtplanungsamt	4.7	9.0	13.7	14.1	5	10	15
Tiefbau	7.3	185.7	193.0	187.2	11	191	202
Hochbau	7.5	21.0	28.5	27.2	10	21	31
Vermessungsamt	1.6	16.9	18.5	19.8	2	19	21
Baupolizeiamt	9.0	21.2	30.2	28.9	12	22	34
Subtotal	33.2	255.7	288.9	282.3	44	265	309
Sicherheit und Umwelt							
Departementssekretariat	1.0	1.5	2.5	7.1	1	2	3
Polizeirichteramt	5.6	1.9	7.5	7.2	5	2	7
Stadtpolizei	42.1	189.2	231.3	223.3	105	193	298
Feuerwehr	2.5	34.4	36.9	34.5	4	35	39
Zivilschutzamt	3.8	18.5	22.2	25.2	6	19	25
Gesundheitsamt	0.9	9.5	10.5	10.1	4	11	15
Kontrollamt	23.6	7.5	31.1	31.6	35	11	46
Arbeitsamt	44.6	50.8	95.3	86.9	56	58	114
Umweltschutz	0.5	0.5	1.0	1.5	1	1	2
Subtotal	124.7	313.7	438.3	427.4	217	332	549
Schule und Sport							
Departementssekretariat	5.6	2.3	8.0	6.2	8	2	10
Schulbehörden	2.5	0.7	3.2	–	11	3	14
Zentrale Dienste	55.2	9.6	64.8	57.7	135	11	146
Städtische Schulen) ausgenommen Lehrkräfte,	14.0	–	14.0	13.8	36	2	38
Kant. Volksschule) siehe unten	76.1	42.3	118.4	116.1	302	85	387
Schulbauten	2.9	8.9	11.8	8.4	12	12	24
Fachdienste	39.1	7.5	46.6	44.8	102	61	163
Berufsvorbereitung	12.1	5.4	17.5	17.0	24	6	30
Metallarbeitschule	13.8	200.8	214.6	217.6	23	201	224
Sportamt	10.0	28.5	38.5	36.6	34	41	75
Subtotal	231.6	305.9	537.2	518.1	687	424	1111
Soziales							
Departementssekretariat	1.9	2.4	4.3	3.2	2	5	7
Vormundschaftsamt	33.0	13.9	47.0	42.1	50	15	65
Sozialamt	102.4	63.1	165.5	168.7	199	95	294
Alter und Pflege	584.4	126.5	710.9	706.0	940	148	1088
Subtotal	721.7	206.0	927.7	920.0	1191	263	1454
Technische Betriebe							
Departementssekretariat	1.0	1.0	2.0	2.0	1	1	2
Städtische Werke	35.5	259.2	294.7	295.9	51	283	334
Verkehrsbetriebe	18.5	186.3	204.8	203.3	23	193	216
Forstbetrieb	1.5	26.5	28.0	29.1	2	30	32
Stadtgärtnerei	14.3	74.2	88.4	90.1	26	78	104
Subtotal	70.8	547.2	618.0	620.5	103	585	688
Total	1369.3	1804.1	3173.4	3115.2	2768	2161	4929
Im Total enthalten: Lehrverhältnisse	102.4	248.0	350.4	352.6	112	248	360

Personen (Stichtag 1.1.2003)

	Total 2002	Total 2001
Frauen	2002	2001
Männer	2002	2001

Lehrkräfte, inkl. Fachlehrkräfte, Vikariate (Stichtag 1.1.2003)

Die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften werden nicht ausgewiesen, weil diese Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen. Ein direkter Vergleich kann zu Missverständnissen führen, insbesondere bei den zahlreichen Teilzeit-Arbeitsverhältnissen, deren Pensen sich häufig während des Jahres ändern.

Städtische Schulen	511	114	625	594
Kant. Volksschule	496	192	688	685
Total	1007	306	1313	1279

Bemerkungen:

Stelleneinheiten kumuliert = Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub) umgerechnet auf Vollbeschäftigten.

Für die Berechnung der Stelleneinheiten kumuliert werden folgende Arbeitsverhältnisse berücksichtigt:

– im Monatslohn (Voll- und Teilpensum): wenn Einreihung und Pensum vorhanden

– im Stundenlohn: aufgrund der abgerechneten Pensen der Stundenlohn-Lohnarten (geleistete Stunden, die auf eine fremde Kostenstelle verbucht werden, können nicht berücksichtigt werden)

– Sozialstellen und Besitzstandsfälle sind nur berücksichtigt, wenn obige Bedingungen zutreffen.

Geschäftsbericht der Stadtammann- und Betreibungsämter für das Jahr 2002

Die schlechte wirtschaftliche Situation in der Stadt hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Betreibungen im Jahr 2002 sehr stark angestiegen ist. So wurden in allen vier Ämtern der Stadt Winterthur total 28 012 Betreibungen eingeleitet. Dies entspricht einer Zunahme von 18,3 %. Ferner wurden 17 041 Pfändungen angekündigt und davon 12 265 vollzogen, was eine Zunahme von 38 % bedeutet. Die Betreibungen, die auf dem Weg des Konkurses fortgesetzt werden mussten, haben ebenfalls um 31 % zugenommen. Es wurden im vergangenen Jahr gesamthaft 622 Konkursandrohungen zugestellt. Dies deutet darauf hin, dass eine wirtschaftliche Erholung nicht absehbar ist. Die Anzahl der ausgestellten Verlustscheine hat auf 7622 zugenommen. Die Summe der ausgestellten Verlustscheine hat von 45 663 000 Franken im Jahr 2001 auf 23 450 000 Franken abgenommen.

Die stadttammannamtlichen Geschäfte, Beglaubigungen, privatrechtliche Anzeigen, freiwillige Steigerungen, Befundaufnahmen, gerichtliche Ausweisungen und allgemeine Verbote haben ebenfalls zugenommen, jedoch nicht im gleichen Umfang wie die Betreibungen.

Die Eintragungen im Eigentumsvorbehaltsregister das zentral vom Kreis I für die ganze Stadt geführt wird, sind im Rahmen des Vorjahres geblieben.

Die enorme Arbeitsbelastung hat sich auch auf den Gebührenertrag ausgewirkt, so dass im Jahre 2002 532 000 Franken mehr in die Stadtkasse flossen als im Vorjahr. Trotz der grossen Mehrbelastung haben sich die Stellenprozente gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Einerseits konnten die Mehrbelastungen der vergangenen Jahre teilweise mit technischen Hilfsmitteln wie EDV aufgefangen werden. Andererseits mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die enorm gestiegene Arbeitslast mit Überzeit, die nicht entsprechend entschädigt werden konnte, ausgleichen.

Erneut wurden die Amtsvorsteher und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Front verbal bedroht. Auch zwei tätliche Übergriffe waren zu verzeichnen. Die zum Schutz des Personals notwendigen baulichen Verbesserungen stehen deshalb weit oben auf der Wunschliste.

Die dringend notwendigen, baulichen Veränderungen im Betreibungsamt Winterthur-Wülflingen stehen noch aus. In den Räumlichkeiten der Quartierbibliothek, die einen neuen Standort hat, besteht die Chance, dass die bedenklichen Zustände bezüglich Datenschutz und Sicherheit für die Kundschaft und das Personal verbessert werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dank dem guten Willen aller Mitarbeitenden und dem guten Arbeitsklima in und unter den Ämtern die grosse Mehrbelastung bewältigt werden konnte. Bei den Inspektionen die jährlich und regelmässig durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, durch das Bezirksgericht Winterthur und das Betreibungsinspektorat vom Obergericht des Kantons Zürich vorgenommen werden, wurde nichts beanstandet.

Betreibungs- und Stadttammannämter

Eintragungen im Eigentumsvorbehaltsregister der Stadt Winterthur

	Verträge	Fr.
Personenwagen	30	632 518.15
Möbel	2	12 017.00
Fernseh-, Radioapparate, Tonbandgeräte, Musikinstrumente, Computer	1	40 271.55
Bau- und Transportmaschinen	0	0
Gewerbliche Maschinen und Mobiliar	24	3 378 055.50
Staubsauger und Waschmaschinen	0	0
Wohnwagen und Schiffe	0	0
Motorräder, Mopeds, Velos	0	0
Tresore und Kassetten	0	0
Landwirtschaftliche Maschinen	0	0
Kleider	0	0
Neueintragungen	57	4 062 862.20

Betreibungsamt

Frankenbeträge in Millionen		Kreis I	Kreis II	Kreis III	Kreis IV	Total
Bilanzsumme	Fr.	32,087	5,546	5,612	5,237	48,482
Gebührenertrag	Fr.	2,278	0,676	0,395	0,566	3,915
Zahlungsbefehle, davon		15 980	5 179	2 926	3 927	28 012
– Gewöhnliche Betreibungen		15 962	5 173	2 923	3 921	27 979
– Faustpfandbetreibungen		12	3			15
– Grundpfandbetreibungen		5	3		6	17
– Wechselbetreibungen		1				1
Rechtsvorschläge		1 581	541	406	408	2 936
Arreste		11	1			12
Retentionen		19	10			29
Konkursandrohungen		328	139	81	74	622
Pfändungsankündigungen		9 832	2 907	1 691	2 611	17 041
Vollzogene Pfändungen, davon		6 737	2 209	1 481	1 838	12 265
– Lohnpfändungen		4 248	1 271	1 114	1 378	8 011
– erfolglose Pfändungen		2 356	917	367	459	4 099
Fahrnissteigerungen		4				4
Grundstücksteigerungen		2	1			3
Aufschubsbewilligungen		31	10	15	4	60
Verlustscheine		4 199	1 595	734	1 094	7 622
Summe des Verlustes	Fr.	12,005	3,968	4,361	3,116	23,450
Kollokationspläne		294	94	21	55	464
Requisitionen		1 020	250	141	211	1 622
Auskünfte über Zahlungsfähigkeit		11 206	4 000	3 023	2 914	21 143
Viehverschreibungen						

Stadttammannamt

Beglaubigungen	256	112	53	92	513
Privatrechtliche Anzeigen	26	18	6	2	52
Anzahl der freiwilligen Steigerungen	8				8
Befundaufnahmen	39	10	9	3	61
Gerichtliche Ausweisungen	34	5	2	5	46
Allgemeine Verbote	12	2	2	4	20

Friedensrichterämter

	Kreis I		Kreis II		Kreis III		Kreis IV	
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten								
Zu behandelnde Klagen:								
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	20		15		9		2	
2. Neu eingegangen	225	245	108	123	57	66	105	107
Erledigt:								
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	36		14		2		11	
2. Durch Anerkennung	14		23		16		4	
3. Durch Vergleich	34		35		23		14	
4. Durch Weisung an das Gericht	131		38		16		73	
5. Durch Ueberweisung (Scheidungen)	5	220	3	113	3	60		102
Übertrag auf das folgende Jahr		25		10		6		5
B. Zivilprozesse bis und mit 500 Fr. Streitwert								
Zu behandelnde Klagen:								
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	1		2		1		0	
2. Neu eingegangen	22	23	4	6	5	6	15	15
Erledigt:								
1. Durch Urteil	10		3		2		9	
2. Durch Verfügung	12	22	2	5	4	6	5	14
Übertrag auf das folgende Jahr		1		1		0		1
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen								
Zu behandelnde Klagen:								
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	0		0		0		0	
2. Neu eingegangen	4	4	2	2	4	4	0	0
Erledigt:								
1. Durch Vergleich	0		1		3		0	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	2		0		0		0	
3. Durch Weisung an das Gericht	2	4	0	1	0	3	0	0
Übertrag auf das folgende Jahr		0		1		1		0
D. Audienzgespräche								
Erledigte Fälle	50						68	
Total		246		119		69		116
Vorjahr		276		111		67		77

Stadtarchiv

Neben den regelmässigen Ablieferungen von Stadtkanzlei, Finanz- und Steueramt, Baupolizei, Einwohnerkontrolle, RAV und den Städtischen Werken, bewirkten Demissionen, Umzüge und «überlaufende» Keller einige grössere Schübe, etwa vom Departementssekretariat Kulturelles und Dienste und vom Vormundschaftsamt (15 lfm) sowie von der Informatik (25) und der Liegenschaftenverwaltung (20), die teils massiv dezimiert wurden. Die Reorganisation im Zivilstandsamt führte zur «Repatriierung» von 115 alten (Bürger-) Registern vor 1922 – und damit auch zu einer Verschiebung der Kundschaft. Dank der Aufmerksamkeit von H. Müller konnte eine Kiste voller interessanter alter Dokumente aus dem Keller des Schulhauses Geiselweid gesichert werden. Die schwindenden Raumreserven wurden durch ein neues Aussenmagazin an der Trollstrasse aufgebessert. Auch aus rechtlichen Gründen ist festzuhalten, dass das Stadtarchiv nicht als Ablage dienen, sondern Unterlagen erst nach Ablauf der administrativen Fristen und Ausscheidung blosser Belege übernehmen kann. Die elektronische Speicherung ermöglicht zwar eine erwünschte Komprimierung: Statt zwei Paletten Papier ergibt die stillgelegte Fibu 3 CDS, die zudem maschinell ausgewertet werden können. Die Daten(er)haltung beschert den Archiven freilich völlig neue Probleme und Kosten.

Die Deposita vermehrten sich (dank Vermittlung von G. Gamper) durch den «Witwen- und Waisenverein der in Winterthur verbürgerten Geistlichen» aus dem Kirchgemeindearchiv Altstadt sowie Nachlieferungen der FDP und des Weinbauvereins. Bei den Privatarchive ist neu der aufgelöste Schneidermeisterverein Winterthur (1908-61) zu verzeichnen. Archivalien der Nachbarschaft unterer Markt konnten dank Vermittlung von Urs Widmer auf Film gesichert werden.

Die Handbibliothek wuchs um 217 Titel. Auch Reihenwerke, Zeitschriften, Amtsdruckschriften und Berichte verzeichneten den gewohnten Zuwachs, nicht zuletzt dank Zuwendungen aus dem Bundesarchiv und den Staatsarchiven Zürich und Luzern.

Im vorarchivischen Bereich wurde die Nachverzeichnung von Baupolizeibeschlüssen fortgeführt und für 6428 Dossiers der Amtsvormundschaft bis 1998 abgeschlossen. In Zukunft sollten – ein altes Postulat – mit den Akten auch die entsprechenden Daten aus den Geschäftsführungssystemen übernommen werden können.

Bei den Restaurierungen konnten 15 schwierige Stücke extern saniert, viele durch eigene Kräfte bewältigt werden. Fast 1000 Baugesuche zu 325 Objekten mit 3500 Plänen wurden selektiert und registriert, in alterungsbeständigen Mappen abgelegt, teils restauriert und verfilmt. Die Mikroverfilmung produzierte 53 000 Aufnahmen.

So vielfältig wie das Publikum – Amtsstellen, Gerichte, Studenten, Familienforscher, Gutachter, Bauherren oder Architekten – waren auch die Anfragen. Sie betrafen Personen (P. Brunner, J. Furrer, M. Pfau, Adolf Rieter, A. Reinhart, F. Albrecht, G. Semper, F. Saurer, S. Volkart, Stadtpräsidenten), Familien (Bölsterli, Bretscher, Gach-

nan, Gürtler, Herren von Hinwil und Hettlingen, Jucker, Krebs, Schollenberger, Sulzer, Winkler) oder Gruppen (Juden, Winterthurer in Deutschland). Weitere Recherchen galten Vereinen (Vitodurania), Firmen (Aspasia, USEGO) oder Institutionen und Jubiläen (Berufswahlschule, Schulhaus Eichliacker, Winku). Untersucht wurden Ereignisse oder Entwicklungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, etwa Sittenmandate oder Bevölkerungsbewegung, Einbürgerungen oder lokale Demokratie. Die Denkmalpflegen benötigten Unterlagen für Inventare und einige Dutzend Einzelobjekte, die Geologen für den Altlastenkataster. Bei der Sanierung eines Schiessplatzes ersparte das Planarchiv der Stadt kostspielige Sondierbohrungen. Weitere Themen bildeten die Stadtentwicklung im Allgemeinen oder in bestimmten Epochen oder Aspekten, Siedlungen und Quartiere, Flur- und Strassennamen, Sport- und Gartenanlagen (Schwimmbad Nägelsee, Stadtgarten), Bauten (Casino, Warteck, Bushäuschen, Schloss Wülflingen, Villen, Tössertobel, Froberg, Platanengut) und Betrieben (Adlergarten, Mühle und Ziegelhütte Seen, Ziegelei Dättlau, Verkehrsbetriebe). Über die Stadtgrenzen hinaus gingen Nachforschungen im Alten Archiv zu Fischereirechten in Pfungen oder zum Spitalhof in Theilingen, zur Stadttrotte Neftenbach oder zur Industrieegeschichte von Islikon.

Quellen des Stadtarchivs ermöglichten Publikationen zur Belagerung von 1460, über Sammlung und Sozialgeschichte des Neumarkts, zur Industriegeschichte (Spinnerei Hard, Neuwiesen, Eisenbahnersiedlungen, Villen) und zum Waffenplatz. Für verschiedene Ausstellungen lieferte das Stadtarchiv Firmenbriefköpfe und Architekturmodelle.

Auf Anfrage hielt der Stadtarchivar einen Vortrag und drei Führungen. Ausstellungen zu ausgewählten «Quellen der Stadtgeschichte», zur «Postgeschichte» und zur «Planung in Seen» lockten zum Schweizerischen Archivtag am 16. November und an acht vorausgehenden Führungen 250 Interessierte in den Untergrund und lösten auch eine gewisse Publizität aus.

Die Benutzung verzeichnete die üblichen Schwankungen.

<i>Benutzung und Auskünfte</i>	2002	2001
Benützende		
– aus der Verwaltung	510	470
– zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	1100	1122
Total	1610	1592
<i>Benutzte Archivalien</i>		
Urkunden und Verträge	36	445
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	1645	1425
Einzelne Aktenstücke	562	531
Ganze Aktenmappen	468	456
Pläne, Fotografien	730	533
Filme	725	746
Handbibliothek, Drucksachen	1429	1531
Auskünfte		
– Mündliche	425	495
– Schriftliche	227	238
Führungen	11	2
Ausstellungen	4	1

Integration

Die Umsetzung des Integrationsleitbilds bildete die Kernaufgabe des Integrationsdelegierten und der Koordinationsstelle für Integration. Die Schwerpunkte 2002 wurden aus dem Massnahmenplan des Leitbilds abgeleitet und so im städtischen Budget vorgesehen. Neu gewährte Bundesmittel ermöglichten zusätzliche Aktivitäten im Bereich der Integrationsförderung. Als Beispiele seien erwähnt: Organisationsentwicklung, Benchmark bei Beratungsaufgaben, Vernetzungsaufgaben in der Stadt und Region Winterthur sowie Verbesserung der Informationen innerhalb des Kantons.

Der Übergang von den alten zu den neuen Strukturen in der Integrationsarbeit verlief nicht ganz ohne Irritationen. Bestanden früher während Jahrzehnten lediglich zwei Akteure, das interkulturelle Forum der Ausländer- bzw. Ausländerinnenvereine und die städtische Beratungsstelle, beteiligen sich heute dank der offiziellen Integrationsförderung etliche zusätzliche Organisationen und Gremien. Dies sind neue aktive Ausländer- bzw. Ausländerinnenvereine, neue Projekt- und Kursanbieter, städtische Ämter und Stellen, Integrationsbeauftragter, Ausschuss, Beirat sowie neue kantonale und schweizerische Gremien. Deshalb wurde eine Studie durchgeführt, welche das Ziel hat, die Strukturen zu überarbeiten, Aufgaben und Verantwortlichkeiten vorzuschlagen und Leistungsvereinbarungen vorzusehen. Diese Organisationsentwicklung bekam die Unterstützung aller Gruppierungen und ist auf gutem Wege.

Der veränderten Situation musste sich auch die Koordinationsstelle für Integration stellen und erarbeitete die Grundlagen für drei Abteilungen: Beratung, Dolmetschen und Projektförderung. Das Beratungsangebot der Koordinationsstelle im sprachlichen, familiären, schulischen und rechtlichen Bereich wurde von Migrantinnen und Migranten im bisherigen Rahmen beansprucht. Die Koordinationsstelle war wie immer Drehscheibe zu ändern Institutionen. Sie führte die Geschäftsstelle des Interkulturellen Forums.

Die nach Sprachen unterteilten offiziellen Begrüssungsanlässe für die Migrantinnen und Migranten aus dem Balkan wurden geschätzt und mehrheitlich von länger anwesenden Personen besucht. Die Begrüssungsveranstaltungen für Zugezogene aus der Türkei mussten auf einen späteren Zeitpunkt angesetzt werden, da verschiedene Fragen ungelöst blieben. Dafür wurden die verschiedenen Projekteingaben von Ausländer- bzw. Ausländerinnen-Vereinen unterstützt, die für ihre Landsleute Kurs- und Informationsveranstaltungen planen.

Der Pilotkurs «Leben in Winterthur» für neu zugewanderte Personen fand guten Anklang.

In allen Schulkreisen wurden die Deutschkurse «Mein Kind lernt Deutsch – ich auch» eingeführt. Das war möglich, dank der guten Zusammenarbeit der Berufs- und Fortbildungsschule, den Schulpräsidenten und -präsidentinnen und der Lehrerschaft. In Oberwinterthur übernahm der Verein «Deutsch für Mütter» erfolgreich diese wichtige Aufgabe.

Ein neues Deutschkursangebot wurde speziell für türkische Frauen in Moscheen und Treffpunkten entwickelt.

Dabei erteilt eine Lehrerin der Koordinationsstelle für Integration während des ersten halben Jahres Unterricht in der gewohnten Umgebung der Frauen. Danach werden die Frauen weitere Kurse aus dem allgemeinen Kursangebot besuchen können.

Ein grosses, weniger sichtbares aber wichtiges Spektrum der Integrationsarbeit war die breite Unterstützung und Begleitung zahlreicher Personen, Ämter und Organisationen bei ihren täglichen Integrationsanstrengungen. Dabei wurden viele kleinere und grössere Projekte angeregt, ausgelöst oder gefördert: Midnightbasketball, Jugendanlässe wie Eulachbattle, Winterthurer Tanztage, Ausstellungen, interkulturelle Begegnungen und Konferenzen, Bazars, Vortragsabende, Afrikanische Kulturveranstaltungen, Diplomarbeiten, Sportprojekte, Deutschkurse im Altersheim, Integrationsprojekt für Mütter mit Babys, Malatelier für traumatisierte Kinder, Dokumentarfilmförderung, usw.

Ausländervereine und Organisationen aus Stadt und Region Winterthur wurden verstärkt beraten und unterstützt, damit sie zahlreichere und qualifiziertere Projekte zur finanziellen Unterstützung an das Bundesamt für Ausländerfragen einreichen konnten.

Im Frühjahr wählte der Stadtrat 21 Mitglieder des Beirats. Sie konstituierten sich und nahmen ohne Verzug die Arbeit auf. Nebst den organisatorischen Belangen und einer ganztägigen Tagung mit Referenten und Grundsatzdiskussionen befasste sich der Beirat bereits mit wichtigen Geschäften wie Einbürgerung, Information, Kursbegleitung und Anfragen des Stadtrats.

Als weiteres Projekt der Integrationsarbeit wurde der städtische Internetauftritt (www.integration-winterthur.ch) fertig gestellt. Er soll der Information und der Vernetzung dienen. Das Konzept ermöglicht einen flexiblen Ausbau entsprechend den künftigen Bedürfnissen.

Der Integrationsdelegierte beteiligte sich erneut als Mitglied der kantonalen Task force Integration an der Vergabe der kantonalen Mittel zur Integrationsförderung. Gemeinsam mit der Stadt Zürich und der kantonalen Arbeitsgemeinschaft wurde eine Internetplattform unter der Adresse www.integration-zh.ch erarbeitet, die Projekte aufzeigt, Ausländervereinsadressen vermittelt und weiterführende Unterstützung anbietet.

Die kantonalen und städtischen Integrationsbeauftragten trafen sich regelmässig zum Erfahrungsaustausch. Sie sind Partner zur Eidgenössischen Ausländerkommission und zum Bundesamt für Ausländerfragen.

Die Integration betrifft auch die verschiedenen Akteure der Integration selber. Um die im Leitbild vorgesehenen Massnahmen zu verwirklichen und um die Integrationsbrücken stabil zu bauen, braucht es für alle bisher tätigen und die neu geschaffenen Gremien und Akteure eine gemeinsame Struktur mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen. Entsprechend diesen Aufgaben müssen auch die Ressourcen neu festgelegt werden. Das gilt besonders für den Integrationsdelegierten, der während zwei Jahren zu 50 % angestellt ist.

Das vergangene Jahr hat viel Bewegung in die Integration gebracht. Winterthur wird um das fortschrittliche und realistische Integrationsleitbild beneidet. Viele Projekte sind gestartet, viele geplant. Die strukturellen Bedürfnisse sind erkannt. Die Integration wird gelebt.

Kulturelles

Museen und Sammlungen

Die Winterthurer Museen verzeichnen mit 440 385 (Vorjahr 439 648) Besucherinnen und Besuchern im Jahr 2002 wiederum ein ausgezeichnetes Resultat. Das Technorama hat trotz Umbau gegenüber dem Rekordjahr 2001 nur rund 16 000 Personen weniger zu verzeichnen, weiter weist auch das Kunstmuseum einen leichten Rückgang (rund 3000) aus. Steigern konnten die Besucherzahlen u.a. das Gewerbemuseum mit der Uhrensammlung, die Villa Flora (ab Juni mit der Ausstellung «Vincent van Gogh»), die Sammlung Oskar Reinhart am Römerholz, Museum Briner und Kern, Museum Lindengut, Schloss Hegi und Mörsburg. Die erstmals durchgeführte MuseumsTagundNacht im September 2002 überraschte die organisierenden Veranstalter und die Museen mit einem grossen Publikumsinteresse. Von 12 bis 24 Uhr boten die Museen ein abwechslungsreiches und interessantes Programm für Jung und Alt an mit Musik, Lesungen, Führungen und Kulinarischem.

Museumspädagogik

Das abwechslungsreich gestaltete Programm der Museumspädagogik wird jedes Jahr in zwei Prospektversänden an die Lehrpersonen und Kindergärtner bzw. Kindergärtnerinnen versandt. Bei einigen Angeboten war die Nachfrage so gross, dass im zweiten Prospekt auf eine erneute Ausschreibung verzichtet wurde. Für Winterthurer Schulklassen fanden 468 (458) Führungen mit 6972 (7344) Schülerinnen und Schülern statt. Auch die Führungen 84 (80) für auswärtige Schulklassen mit 1560 (1353) Schülerinnen und Schülern nahmen zu. Das museumspädagogische Angebot boten folgende Museen an: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturwissenschaftliche Sammlungen, Münzkabinett und Antikensammlung, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Villa Flora, Kunstmuseum, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Internationales Baumarchiv und Schloss Kyburg. Das Technorama bietet während des ganzen Jahres ein interaktives Programm für Schulklassen. An 8 Führungen nahmen rund 80 Lehrerinnen und Lehrer teil. Das Angebot für Kindergartenklassen hat auch im Berichtsjahr wiederum reges Interesse gefunden. 111 (70) Klassen mit 1158 (791) Kindergartenschülerinnen und -schüler besuchten die angebotenen Workshops. Gewerbemuseum, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, die Naturwissenschaftlichen Sammlungen und das Internationale Baumarchiv boten die Kindergartenführungen an.



Museumspädagogisches Angebot Kindergarten

Naturwissenschaftliche Sammlungen

Nachdem die Standortfrage endgültig geklärt war, wurde die neue Dauerausstellung weiterentwickelt, Keralas Chindermuseum entworfen und die spärlichen Eingriffe in die Rittmayersche Bausubstanz sorgfältig geplant. Es gelang weitere Mittel von Dritten für die Neupräsentation zu gewinnen. Im Frühjahr wurden der Paläontologiesaal für Wechselausstellungen hergerichtet und im Oktober die neuen Räume im ehemaligen Feuerwehrgebäude bezogen. Um für diese Arbeiten möglichst viele Ressourcen freizumachen, musste das Ausstellungsprogramm reduziert werden: Statt drei wurden nur zwei Wechselausstellungen angeboten. Wiederum nutzten 28 582 Gäste (2001: 28 867) das Angebot der Naturwissenschaftlichen Sammlungen. 7809 (7760) Kinder spielten in Keralas Reich. Am 20. September liess sich die Museumskommission der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft über die Projekte informieren.

Ausstellungstätigkeit

Die erfolgreiche Ausstellung «Im Schatten Deiner Flügel; Tiere in der Bibel und im alten Orient», mit Objekten des Departements für biblische Studien der Universität Fribourg, wurde am 31. März geschlossen. Am 9. Juni wurde gemeinsam mit dem Kavallerieverein und der Museumsgesellschaft die Ausstellung «Pferde in der Steppe und im Stall» mit einem aufwändigen Pferdetag eröffnet. Für einmal gehörte der Museumsplatz für mehrere Stunden Pferden und Gespannen: vom leichten Einspänner bis zum schweren Viererzug. Zivilschutz und Heinecken Switzerland sorgten für das leibliche Wohl der zahlreichen Gäste der Vernissage. Zu beiden Wechsel-

Anzahl Besuchende seit 1988

Anzahl Besucher	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Technorama	152 022	156 310	142 283	118 206	132 100	126 654	134 900	158 729	174 832	193 637	224 440	243 502	238 940	247 213
Sammlung O. Reinhart am Römerholz	33 161	35 684	36 839	35 305	30 674	35 187	31 650	31 117	30 364	3 980	4 542	50 861	31 798	30 072
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	18 168	17 260	17 778	16 001	13 603	6 085	0	18 919	20 025	24 511	27 250	13 632	13 767	13 293
Kunstmuseum	13 173	13 174	19 201	23 618	16 760	20 755	31 877	19 055	73 523	30 594	24 012	26 923	36 319	26 382
Fotomuseum	0	0	0	0	0	20 100	28 150	22 300	25 750	27 150	28 700	28 100	26 800	28 650
Villa Flora	0	0	0	0	0	0	0	10 446	10 699	8 736	8 110	10 871	10 424	9 698
Gewerbemuseum														
(ab Sept. 99 inkl. Uhrensammlung)	32 357	24 028	21 953	29 255	29 922	27 414	23 958	28 173	35 531	18 995	2 253	7 695	26 027	35 174
Naturw. Sammlungen	14 659	17 546	18 200	23 851	30 235	24 450	19 691	20 631	38 582	27 285	29 440	37 352	32 128	28 867
Museum Lindengut	3 886	5 262	3 366	5 024	5 212	4 012	3 760	4 635	6 630	3 828	4 300	3 311	5 275	4 368
Münzkabinett	1 092	1 117	1 254	825	1 984	1 425	1 463	2 355	1 803	2 632	2 429	2 552	2 421	2 700
Museum Briner und Kern	3 616	3 898	3 279	3 571	3 722	3 935	5 170	4 965	5 445	5 333	6 797	4 174	4 012	4 047
Mörsburg	4 053	4 715	5 141	5 081	5 168	5 583	4 669	4 790	5 025	5 324	4 551	4 993	4 787	4 587
Schloss Hegi (März – Dez.)	1 885	1 937	1 800	2 100	2 300	2 150	2 320	2 410	2 125	2 299	2 215		2 195	2 282
Internationales Baum Archiv												1 598	2 085	2 600
Total / Jahr	278 072	280 931	271 094	262 837	271 680	277 750	287 608	328 525	430 334	354 304	369 039	437 759	436 850	439 648



*Das Museum vor dem Museum
Reale Pferde statt fiktive Pferdestärken – zur Eröffnung der neuen Wechselausstellung der Naturwissenschaftlichen Sammlungen gehörte der Museumsplatz einen Morgen lang Pferd und Wagen. (Aufnahme D. Schaffner NWS)*

ausstellungen erarbeiteten die Museumspädagoginnen einen Museumskoffer. Im August beteiligten sich die Naturwissenschaftlichen Sammlungen am «TierTag» im Wildpark Bruderhaus und präsentierten Schautafeln zur Museumsarbeit.

Sammeln und Bearbeiten

Das neue Hauptdepot an der Lindstrasse wurde im Oktober bezogen. Wertvolle Zügelhilfe leisteten Dienstpflichtige des Kulturgüterschutzes in zwei Einsätzen.

Zügig wurden weitere Sammlungsbestände katalogisiert. Der Tessiner Winterthurer Hans Bonfa schenkte Mineralstufen. Willkommenen Zuwachs erhielten die Relief- und Fossilien Sammlungen: Vom druckfrischen Tödi-Panorama bis zur hundertsechzigmillionen Jahre alten Seelilien- und Fischeisplatte. Wertvolle Objekte und aufwändige Modelle für die geplante Dauerausstellung wurden angefertigt. Dazu gehört auch ein sorgfältig betakeltes Modell des Winterthurer Teeklippers «Ida Ziegler», das hoffentlich bald in der Ausstellung «Fremdenbilder» gezeigt werden kann.

Ausgeliehen wurden 45 (61) Einzelobjekte. Ausstellungselemente wurden Museen in München und St.Gallen ausgeliehen. Der Konservator beriet als Jurymitglied das Naturmuseum Frauenfeld bei der Wahl eines geeigneten Ausstellungsgestalters. Für die landesweite Bestandes-schätzung zum geplanten Verbreitungsatlas wurden Teile der Insekten Sammlungen bearbeitet.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

835 (760) Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen besuchten das Museum in 77 (76) Doppellektionen zu den Themen «Harte Schale, weicher Kern» und «Wirbeltiere: Die Welt der Säugetiere». 50 (49) Gruppen mit nahezu 500 (542) Kindern besuchten die Kindergartenführung «Wer hat Angst vor dem bösen Wolf?» Durchschnittlich besuchten 16 (17) Kinder und Erwachsene die 19 (20) Mittagsführungen und 35 (46) Interessierte die 12 (11) traditionellen Museumsvorträge am Samstag-nachmittag. 50 Kinder mit ihren erwachsenen Begleitern kamen zu jeder der 6 Kindernachmittage. Keral und seine Helfenden thematisierten Schnecken, Tiere im Weiher oder stellten Wolf und Hund gegenüber.

Viele Anfragen wurden beantwortet oder die nötigen Kontakte zu Fachleuten geknüpft.

Münzkabinett und Antikensammlung

Das Münzkabinett wurde von 2703 Personen besucht; das sehr gute Ergebnis des Vorjahres wurde damit gehalten. Die Sammlungen verzeichneten über 1400 Neueingänge.

Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Jahr begann mit der Sonderausstellung «Neues in der Sammlung. Erwerbungen und Geschenke 2001» (19. Januar bis 3. März). Am 22./23. März veranstaltete das wichtigste internationale Gremium der wissenschaftlichen Numismatik, die «Commission internationale de numismatique», seine Jahrestagung in Winterthur. Zeitlich damit verbunden, am 23. März, wurde die neue Wechselausstellung «EURO – fertig – los!» eröffnet. Das Museums-konzert am 26. Mai nahm mit «EURO(päischen) Liedern» aus verschiedenen Euro-Ländern das Thema ebenfalls auf und zwei Sonntags-Matinées boten literarisch-musikalische und kulinarische «Spaziergänge» durch die Euro-Länder Spanien und Österreich. Während der «Museum-TagundNacht» der Winterthurer Museen am 21. September strömte ein zahlreiches Publikum bis Mitternacht in die Veranstaltungen des Münzkabinetts.

Besuch

Ausstellungen und Sammlungen zogen 2703 Besucherinnen und Besucher an (im Vorjahr: 2700). In den Ausstellungen fanden insgesamt 65 Führungen und Workshops statt (davon 13 Führungen im Rahmen von «Museum am Mittag», «Museum am Abend» und neu zwei Sonntag-Matinées). 804 Schülerinnen und Schüler nutzten die Museumspädagogik, deren Angebot um eine neue Dokumentation ergänzt wurde.

Daneben stellte das Münzkabinett für Lehrveranstaltungen der Universitäten Zürich und Bern und Fach-tage der Kantonsschule Zürich-Wiedikon und der Bezirksschule Turgi Räume und umfangreiches Material aus der Sammlung bereit.

Erwerbungen

Die numismatischen Sammlungen vermehrten sich mit 1421 Objekten um eine Rekordzahl. Davon waren 618 Ankäufe (darunter zahlreiche moderne Münzen und eine grössere Anzahl älterer Schweizer Münzen); 803 Objekte wurden dem Münzkabinett von Privaten und Institutionen geschenkt. Die Bibliothek wuchs um 688 Bücher und Broschüren (davon 89 als Geschenke und im Tausch).

Dienstleistungen

237 Personen aus dem In- und Ausland benutzten die Sammlungen und die Bibliothek. Insgesamt 1245 Bücher wurden am Ort oder nach Hause entliehen. Der Konservator beantwortete zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen aus dem In- und Ausland; dazu gehörten 41 teils aufwändige Recherchen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz sowie Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Grossbritannien, Griechenland, Irland, Spanien und den USA.

Wissenschaftliche Kontakte, Lehre

Der Konservator konzipierte im Auftrag des Liechtensteinischen Landesmuseums in Vaduz die Neueinrichtung des münzgeschichtlichen Teils der Dauerausstellung. Kleinere wissenschaftliche Beratungen leistete das Münzkabinett für das Historische Museum Aargau auf Schloss

Lenzburg, das Museum Burg in Zug, die Kantonsarchäologie St. Gallen und den Archäologischen Dienst des Kantons Bern. Der Konservator hielt Vorträge in Martigny, Basel und Wien.

Sammlungen

Ende Jahr waren 1265 numismatische Objekte neu inventarisiert; 391 davon wurden in die Datenbank integriert. Gegen Ende Jahr konnte für die Gipssammlung mit über 130 000 Abgüssen vorwiegend antiker Münzen endlich wieder eine kontinuierliche Betreuung sichergestellt werden.

Fundmünzenbearbeitung

Im Auftrag der Kantonsarchäologie bestimmte das Münzkabinett die im Kanton Zürich neu gefundenen Münzen. Da wenig Neufunde zu verzeichnen waren, konzentrierten sich die Arbeiten auf die Vorbereitung zweier grösserer Publikationen.

Gewerbemuseum und Uhrensammlung Kellenberger

Trotz der Expo 02 konnte das Gewerbemuseum im vergangenen Geschäftsjahr eine Steigerung der Besucherzahl verzeichnen. Die Eintritte erhöhten sich von 35 174 im Jahre 2001 auf 37 364 (inkl. USK 7947). Dank einem vielfältigen und aktualitätsbezogenen Ausstellungs- und Veranstaltungsangebot gelang es, den überregionalen Wirkungskreis des Museums auszubauen und eine grosse Medienpräsenz zu erreichen.

Ausstellungen

Das Gewerbemuseum präsentierte 6 grosse Ausstellungen. Die beiden Ende 2001 eröffneten Ausstellungen zum Thema Schmuck *Schmuck hier, Schmuck anderswo – Verwandtschaft oder Zufall* und *Nisslmüller – das Schmuck* fanden auch im folgenden Jahr sehr grosse Beachtung. Anschliessend präsentierte der Verein für Originalgrafik mit *Originalgraphik 2000/01* die druckgrafische Kollektion der letzten zwei Jahre, wiederum mit einer angegliederten Werkstatt, diesmal zur Siebdrucktechnik. Wegen der grossen Nachfrage wurde im März die unterdessen erweiterte *Materialmustersammlung* im 2. Stock des Museums eingerichtet und ist dem Publikum nun für längere Zeit zugänglich. *Das Liegegellassene – Spuren industrieller Arbeit* zeigte das Ergebnis der Spurensuche des Kunstschaffenden Hendri Krüsi durch die verlassenen Industrieareale von Winterthur und anderen Orten in der Schweiz. Auf besonders grosses Interesse stösst die seit Anfang November eröffnete Ausstellung *Food Design*, eine Haus eigene Produktion, die einen Einblick in die aktuelle Verarbeitung und Gestaltung von Nahrungsmitteln zwischen Labor und Küche präsentiert. Das sehr breite Besucherspektrum dieser Ausstellung reicht von Spezialisten aus der Lebensmittelbranche über Grund- und Fachschulen bis zum Familienpublikum. Ein umfangreiches Rahmenprogramm begleitet die Ausstellung. Die Ausstellung wird am 17. April 2003 im Kornhausforum Bern ein zweites Mal eröffnet.

Das Forum des Gewerbemuseums präsentierte eine ganze Reihe von Beiträgen: *...durezie und abelaa* zum Ende des Frauenberufs der Handarbeitslehrerin, *Raumbilder – Bildräume*, ein Projekt der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich, *aufgehoben.ch* im Rahmen des Jubiläums 200 Jahre Industriekultur und die Buchvernissage *Ein Roman in Bildern – die Schwarzen Brüder* mit Illustrationen von Hannes Binder. Die Ausstellungen im

Forum fanden zum Teil sehr grosse Beachtung, was ebenfalls zu den guten Besucherzahlen beitrug.

Museumspädagogik, Führungen und Veranstaltungen

Die Ausstellungen im vergangenen Jahr wurden wiederum ergänzt durch ein breites museumspädagogisches Programm. Von den rund 4500 Schüler bzw. Schülerinnen machten 2487 von diesem Angebot Gebrauch. Durchgeführt wurden 66 Workshops, weitere 892 Schüler nahmen an Führungen teil (davon USK: 845).

Im Rahmen der Ausstellung «Schmuck hier, Schmuck anderswo» wurden erstmals, und mit viel Erfolg, Workshops für die Unterstufe und auch für Kindergartenklassen durchgeführt. Die Siebdruckwerkstatt zu Originalgrafik 2000/01 fand nicht nur für Schulklassen, sondern an den Wochenenden auch beim Familienpublikum sehr grossen Anklang. Food Design wird begleitet von einem Angebot für die Unter- und Mittelstufe. Zusätzlich stehen den Lehrpersonen wieder didaktische Materialschachteln für die selbständige Arbeit mit der Klasse in der Ausstellung zur Verfügung.

Ein Grosserfolg waren die Veranstaltungen am *MuseumsTagundNacht*. Vor allem beim dreimal durchgeführten «Stundenschlag» mit anschliessender Führung war jeweils ein zahlreiches Publikum anwesend. Das Rahmenprogramm zur Ausstellung Food Design findet ebenfalls sehr grosse Beachtung. Zusätzlich zu den Veranstaltungen im Museum werden erstmals auch Filme zum Thema einer Ausstellung im Filmfoyer im Kino Loge gezeigt.

Uhrensammlung Kellenberger

Die Uhrensammlung Kellenberger konnte mit 7947 Eintritten eine konstante Besucherzahl verbuchen (davon 845 Schüler/ bzw. Schülerinnen).

Vom Reiseunternehmen Best of Switzerland Tours, Frau G. Kappeler, wurde die USK in die Reisetour aufgenommen. Die Gruppenführerinnen erhielten eine Einführung in die Ausstellung. Den ganzen Sommer besuchten sie mit ausländischen Gästen zuerst sonntags, in den Ferien, dann täglich unsere Sammlung.

Der USK wurden 4 Taschenuhren geschenkt, wovon eine aus dem 18. Jh. ein Scheinpendelchen hat, drei sind Damentaschenuhren des 19./20. Jh. Im Weiteren erhielt die Sammlung eine komplette Zeiterfassungsanlage und einige Fachbücher geschenkt. Die neu erworbene kleine Miniatur Gewichtsuhr, signiert I.G. (Gillier), wurde im März restauriert und wird in der permanenten Ausstellung präsentiert. Sie findet viel Beachtung, da bis heute sonst kein Objekt dieser Art bekannt ist.

Am 28. September 2002 hielt die Konservatorin anlässlich einer Vortragstagung der Chronometrophilia (Schweizerische Gesellschaft für die Geschichte der Zeitmessung) ein Referat über Holzraderuhren, einer der Schwerpunkte der USK.

Für die Herbstveranstaltung vom 8. November des Gönnervereins der USK lud der Verein den Museumsdirektor des internationalen Uhrenmuseums La-Chaux-de-Fonds, Dr. Ludwig Oechslin, als Referent ein. Zu seinen Spezialgebieten gehören Uhren mit astronomischen Anzeigen. So bot sich die wichtigste Uhr der USK, die Monstranz-Uhr Paulus Braun 1600, als Vortragsthema an.

Schloss Hegi und Mörsburg

Mörsburg 5977 (4587) und Schloss Hegi 2498 (1997) verzeichnen einen gegenüber dem Vorjahr erfreulichen Besucherzuwachs.

Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten

Das Museum Oskar Reinhart wurde im Berichtsjahr von 13 031 (13 293) Gästen besucht. In 101 (116) Führungen wurde 1153 (1566) Besucherinnen und Besuchern das Museum gezeigt. Die 14 (14) Konzerte konnten 1553 (1775) Musikliebhaberinnen und -liebhaber begeistern.

Das Museum zeigte im Dachgeschoss folgende Wechselausstellungen: Ensor, Munch und Kokoschka (November 2001 – Mai 2002), Facetten der Romantik (Mai – August), Muirhead Bone und die englische Grafik (September 2002 – April 2003).

Museum Briner und Kern

5366 (4047) Besucherinnen und Besucher interessierten sich für die zwei Ausstellungen (Miniaturensammlung Kern und Sammlung Briner) in den Räumlichkeiten des Museums. 2351 Personen nahmen an den 145 angebotenen Führungen teil, davon lag die Organisation von 131 Führungen bei Winterthur Tourismus.

Kunstmuseum

Die Ausstellungen im Kunstmuseum wurden von 23 004 (26 382) Personen besucht. Das Kunstmuseum zeigte 8 Wechselausstellungen: Die Dezemberausstellungen der Künstlergruppe Winterthur 2001/2002 besuchten im Januar 1202 Interessierte und die Ausstellung 2002/2003 im Dezember 2686, Nic Hess 3. Manor-Kunstpreis (1151), Bruno Goller (3953), Ernst Ludwig Kirchner (731), Bogart, Verheyen, Anderlecht (1840), Richard Hamilton (6274), Night Sky (110).

Museum Lindengut

Wechselausstellungen zur Küchen- und Kochkultur, zur Industrialisierung der Stadt Winterthur in Zusammenarbeit mit «winku200» sowie zur Entwicklung der Fotografie und der Fotoapparate führten zusammen mit den 75 Führungen und der Teilnahme an der MuseumsTagundNacht zu einem markanten Anstieg der Besucherzahlen um 64%. Das Museum besuchten 7164 (4368) Personen, zu den Trauungen kamen 8074 (5397) Gäste.

Villa Flora / Sammlung Hahnloser

16 835 (9698) Gäste besuchten die Ausstellung in den privaten Räumlichkeiten der Villa. 173 (108) Führungen mit 4292 (2152) Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden durchgeführt. 41 (17) Winterthurer Schulen mit 688 (283) Teilnehmenden und 11 (2) auswärtige Schulen mit 221 (51) Schülern besuchten die Villa Flora.

Im Rahmen der MuseumsTagundNacht besuchten 1279 Interessierte die Villa Flora und die angebotenen Veranstaltungen. Vom 4. Mai 2001 bis 2. Juni 2002 dauerte die Ausstellung «Die Nabis und das moderne Paris» mit Bildern von Bonnard, Vuillard und Toulouse-Lautrec. Vom 14. Juni 2002 bis 30. März 2003 wird die Ausstellung «Der Sämann – Vincent van Gogh» gezeigt, die – wie die Besucherzahlen zeigen, auf sehr grosses Interesse stösst.

Kunsthalle

Die während 40 Wochen geöffnete Kunsthalle besuchten rund 2800 Gäste, an Vernissagen waren gesamthaft etwa 500 Personen anwesend. An sechs Wechselausstellungen haben folgende Künstlerinnen und Künstler mitgewirkt: Beat Zoderer, Denise Kobler, Philippe Wininger, Uwe Wittwer. Eine Ausstellung war Rolf Meier gewidmet, der während zwanzig Jahren nebst seinem

Kupferdruckeratelier auch die Räumlichkeiten der Kunsthalle betreute. Ebenso zeigte auch die Kunsthalle Arbeiten zum Thema «200 Jahre Industriekultur in Winterthur».

Technorama der Schweiz

Trotz Umbau im Berichtsjahr erreichte das Technorama wiederum ein ausgezeichnetes Ergebnis mit 231 407 (247 213) Besucherinnen und Besuchern. Das vielseitige und spannende Angebot wird jährlich von über 2000 Schulklassen aus dem Kanton Zürich, aber auch aus der ganzen Schweiz und ebenso vielen aus dem süddeutschen Raum, rege genutzt.

Fotomuseum

Sechs Wechselausstellungen zeigte das Fotomuseum zu verschiedenen Themen. Die Besucherzahl mit 28 850 hat sich gegenüber dem Vorjahr (28 650) wiederum leicht erhöht. Die weitaus grösste Beachtung fand die Ausstellung «August Sander – Menschen des 20. Jahrhunderts mit 10 700 Gästen. Zur nationalen und internationalen Beachtung trugen auch die weiteren Ausstellungen bei: Hans Danuser – Frost / Dunja Evers – Zustände, Claudio Moser – Walk On / Phoebe Maas – Moments In-Between, Chic Clicks – Modelfotografie zwischen Kunst und Auftrag, Hans-Peter Feldmann – Kunstaussstellung und Joachim Brohm – Areal / Valérie Jouve – Résonances.

Internationales Baum-Archiv

Trotz des Umbaus in der Zeit von Juni bis Ende August wurde ein sehr gutes Besucherergebnis erreicht. 2470 (2600) Gäste besuchten das am Freitag und Samstag geöffnete IBA (Internationales Baum Archiv) in der Villa Rosenberg an der Schaffhauserstrasse. Auf reges Interesse stiessen auch das museumspädagogische Angebot für Schul- und Kindergartenklassen sowie die weiteren Führungen und Vorträge.

Barockhäuschen

Das Barockhäuschen hatte 86 (91) Vermietungen, davon 9 (11) für amtliche und 77 (80) für private Anlässe.

Musikpavillon

Der Musikpavillon wurde mit 6 (4) Anlässen belegt. Die verschiedenen Veranstaltungen setzten sich u.a. zusammen aus Zirkus Knie (Elefantenbesuch), Albanibühne, Pfadilager, Fasnachtszelt, Rekrutenspiel.

Kunst- und Kulturpflege

Kulturförderung

Es wurden 172 (186) Gesuche für die Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen und Projekten eingereicht. An 99 (109) Gesuchstellende wurden finanzielle Beiträge ausgerichtet.

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme
Bildende Kunst (inkl. Unjurierte Kunstaussstellung im 2001)	7 (9)	5 (4)	13 800 (113 656)
Spartenübergreifende Projekte	28 (32)	14 (22)	90 390 (123 547)
Film / Foto	14 (14)	10 (9)	101 220 (64 192)
Literatur	17 (16)	8 (10)	126 000 (66 875)
Musik	69 (83)	41 (49)	292 200 (230 569)
Tanz / Ballett	7 (8)	5 (4)	77 000 (32 000)
Theater	30 (24)	16 (11)	125 200 (81 300)

Kunstkommission und Kunstankäufe

Die Kunstkommission hat an drei Sitzungen Projekte für Kunst am Bau diskutiert. Es wurden Werke angekauft an der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und an verschiedenen Ausstellungen in privaten Galerien.

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2002 wurde an das Theater am Gleis verliehen. Die mit 10 000 Franken dotierte Auszeichnung wird jährlich vom Stadtrat an eine Person oder Institution verliehen, die sich im kulturellen Bereich der Stadt besonders verdient gemacht hat. Das Theater am Gleis wurde für seine vielfältige engagierte kulturelle Arbeit während mehr als 20 Jahren ausgezeichnet.

Förderpreis

Mit dem Förderpreis 2002 wurde die Künstlerin Franziska Matter für ihr vielseitiges Schaffen im Bereich der Bildenden Kunst sowie ihr Engagement für den Kunstkasten ausgezeichnet. Der Förderpreis ist mit 15 000 Franken dotiert. Es wurden insgesamt 14 Bewerbungen eingereicht.

Konzerte

Musikkollegium

In der Saison 2002/2003 des Musikkollegiums Winterthur wurden bzw. werden 18 A-Konzerte, 20 F-Konzerte, 12 H-Konzerte und E-Konzerte angeboten. 4 K-Konzerte gelangen im Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten und 4 B-Konzerte über Mittag im Theater Winterthur am Stadtgarten zur Aufführung. Im Jahresbericht des Musikkollegiums können die weiteren Aktivitäten und Details nachgelesen werden.

Festivals

Die Veranstalter des internationalen Kammermusikfestivals Kyburgiade haben ein interessantes und vielseitiges Programm mit Einführungsvorträgen angeboten. Die Konzerte begeisterten wiederum viele Zuhörerinnen und Zuhörer. Die Nachfrage war gross, einzelne Konzerte waren bald ausverkauft. Bei guten Wetterverhältnissen bietet der Schlosshof der Kyburg für die musikalischen Vorträge einen gediegenen Rahmen, bei schlechter Witterung muss in die Reithalle ausgewichen werden.

Das Programm der 27. Musikfestwochen mit den Konzerten und dem Rahmenprogramm mit diversen Veranstaltungen unterschiedlicher Musikrichtungen fand in und um die Altstadt statt. Veranstaltungen aus verschiedenen Kultursparten wie Theater, Film, Kleinkunst umrahmten das Angebot. Erfreulich ist, dass mit den vor zwei Jahren eingeleiteten Massnahmen die Vereinsschuld abgebaut werden. Der Erfolg ist auf die verschiedenen, erfolgreich lancierten Aktionen und Anstrengungen des Vereins zurückzuführen sowie auf das grosse Engagement der Verantwortlichen.

Das Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik fand zum 11. Mal während den Herbstferien im Theater Winterthur am Stadtgarten statt. Reto Parolari, der die Gesamtleitung innehatte, konnte mit dem abwechslungsreich gestalteten Programm Zuhörerinnen und Zuhörer begeistern. Das Festival findet alljährlich statt.

Weitere Publikumsmagnete waren das Kurzfilmfestival, deren Aufführungen erstmals im Casinotheater als Hauptspielort stattfanden sowie die Afro-Pfingsten. Beide Fes-

tivals konnten einen Grosserfolg verbuchen. Die Litera'thur-Wochen konnten leider nicht mehr an den Vorjahreserfolg anknüpfen. Wie die Zukunft der Litera'thur-Wochen aussehen wird, soll mit den Veranstaltern diskutiert werden.

Verkehrsförderung

Die Übernachtungszahlen sind bis Ende November in Winterthur leicht zurückgegangen (– 0,6%). Von Januar bis Ende November 2002 haben 42 704 Gäste in Winterthur übernachtet und total 84 418 Logiernächte verbucht. Winterthur steht im Vergleich zu Zürich (– 7,7%) und der Schweiz (– 4,4%) überdurchschnittlich gut da.

Das Kongressbüro von Winterthur Tourismus hat 74 Anlässe organisiert (Vorjahr 33), und damit 1135 Übernachtungen generiert. An diesen Veranstaltungen haben total 13 640 Personen teilgenommen.

Die Publikumszahlen der Infostelle sind bei Redaktionsschluss noch nicht ausgewertet. Es kann aber von einer Frequenzzunahme im Vergleich zum Vorjahr (49 611 Kundenkontakte) ausgegangen werden. Allein im Juli 2002 wurden 7868 Kundinnen und Kunden bedient, was einer Zunahme von 3620 Publikumskontakten entspricht.

3975 Personen haben an den insgesamt 238 Stadtführungen teilgenommen. An den 24 öffentlichen Rundgängen nahmen 679 Personen teil. Für die Stadt wurden 12 Neuzuzügerführungen veranstaltet (294 Teilnehmende). An 194 Gruppenführungen wurden 3002 Gästen die schönsten Seiten Winterthurs gezeigt.

Winterthur Tourismus war im Berichtsjahr an verschiedenen Anlässen, Veranstaltungen und Messen mit Präsentationen anwesend. Die Medienarbeit wurde nochmals ausgebaut, was sich in zahlreichen Medienberichten (u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, RTL, SWR sowie einigen englischen Zeitungen) niederschlägt. Diese Präsenz und die Einflussnahme in verschiedenen Gremien (bspw. Swiss Cities) trägt dazu bei, das Winterthur immer mehr als progressive, lebenswerte Kultur- und Bildungsstadt wahrgenommen wird.

Mit der Stadt und Partnerorganisationen wurden einige Projekte realisiert, beispielsweise das Tourismus Forum und die Museumsnacht vom 21. September. Mit der Mitwirkung an einem Projekt mit den Kunstsammlungen wurde die Grundlage für eine noch intensivere Zusammenarbeit im Marketing für die Kulturstadt Winterthur gelegt. Winterthur Tourismus hat das Projekt «Fridebüte», welches im Sommer 2002 mit grossem Erfolg über die Bühne gegangen ist, unterstützt. Dieses Engagement hat bereits in der Initialisierungsphase im Jahr 1999 begonnen.

Im Februar 2002 wurde das neue Internetportal www.winterthur-tourismus.ch eingeweiht. Diese Seite wurde in enger Zusammenarbeit mit der Informatikabteilung IDW der Stadt geschaffen. Winterthur Tourismus hat die Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Stadtmarketing und anderen Organisationen verstärkt mit dem Ziel, gemeinsam Synergien nutzen und die eigenen Ressourcen in den Kernkompetenzbereichen einsetzen zu können.

Theater Winterthur am Stadtgarten*

Weitere Konsolidierung des Gastspiel-Konzeptes

Das Theater Winterthur ist das grösste Gastspieltheater der Schweiz. Die Bezeichnung Gastspieltheater wird beim Wort genommen: die Bühne wird von produzierenden

* Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Häusern und Ensembles als Fenster zur Schweiz betrachtet. Die Bühne bietet auch ohne technischen Luxus in struktureller Hinsicht eine sehr breite Kapazität, die von den meisten städtischen und staatlichen Bühnen in der europäischen Theaterkultur verlangt und gebraucht wird. So ist das Gastspieltheater auf dem besten Weg, sich zum ständigen Festival für alle Theatersparten zu mausern und als solches auch weit über unsere Landesgrenzen wahrgenommen zu werden.

Öffentlichkeitsarbeit und bisheriges Abonnementpublikum

Mit annähernd 6000 Abonnenten, 60 000 Zuschauern nur im eigenen Programm weist das Theater Winterthur am Stadtgarten eine breite Akzeptanz auf. Zum Gesamterscheinungsbild gehören auch kleine und spezialisierte Theatersparten und -formen, wie fremdsprachiges Theater (mindestens französische, englische und italienische Aufführungen), Kinder- und Jugendtheater, Akrobatisches und Pantomimisches, Puppentheater und Zeitgenössisches.

Kunst am Bau

Als bildender Künstler konnte im Berichtsjahr Jahr Robert Indermaur gewonnen werden mit 12 Skulpturen: Big Bedman, 3 little Bedmen, 7 Menschen in Flugformationen und eine Beobachterin.

Einführungen

Es haben zwei Einführungen in den Spielplan stattgefunden, eine Nachdiskussion über die gesamte Spielzeit und Einführungen in Aufführungen (Schauspiel und Musiktheater). Eine einfache Umfrage bei den Abonnenten wurde über Erwartung beantwortet. Rückschlüsse daraus fliessen in die längerfristige Planung. Neben den eigenen 170 Vorstellungen konnte das Theater an 69 Tagen vermietet werden. Gesamthaft kamen somit zwischen 80 000 bis 100 000 Menschen ins Theater Winterthur.

Der Spielbetrieb (Spielzeit 2001/2002, Stand Juni 2002)

Die Anzahl der in eigener Verantwortung organisierten Aufführungen (ohne Lesungen) stieg auf 158 (+28), bei einer Gesamtauslastung von 60,85% (Vorjahr 64,31%; im Geschäftsbericht 2001 war die Auslastung für die Spielzeit 00/01 von 69,5% falsch). Bei der Auslastung nach Sparten, zeigt das Schauspiel erfreulich steigende Werte. Beim Musiktheater musste leider ein Rückgang verzeichnet werden, dafür hat sich das Ballett sehr positiv entwickelt (in Klammern Vorjahreswerte): Schauspiel 52,62% (51,11); Ballett 86,01% (78,48); Musiktheater 69,15% (81,41); Nocturne 109,36% (103,28); Fremdsprachen 31,75% (50,53); Jazz-Matinée 87,12%; New Jazzline 36,59%; Diverse 43,88%. Bei Produkt 2 (Vermietungen) wurden 69 Vermietungstage erreicht.

Abonentinnen, Abonnenten und Total Besucher (Spielzeit 2001/2002, Stand Juni 2002)

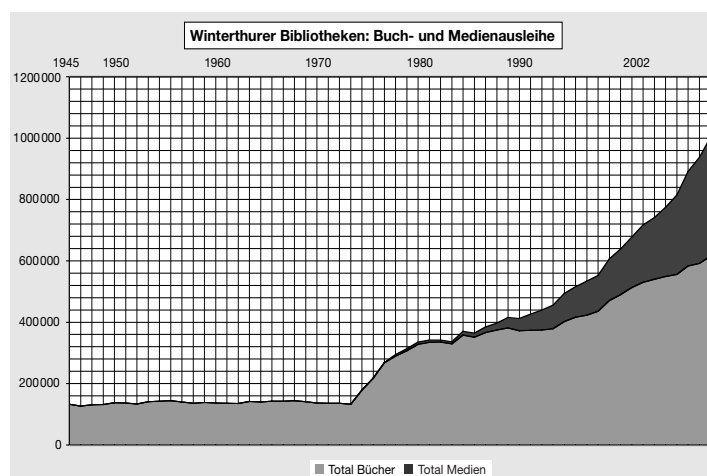
Die Anzahl Besucherinnen und Besucher hat um 12,2% zugenommen (64 740 gegenüber 57 676 im Vorjahr; wobei in der Spielzeit 2001/2002 28 Aufführungen mehr stattfanden. Der Abonnementsbestand hat um 0,5% leicht abgenommen (5899 gegenüber 5934 im Juni 2000). Leider hat sich der aktuelle Abonnementsverkauf für die Spielzeit 2002/2003, welche noch nicht abgeschlossen ist, um ca. 8% verschlechtert.

Winterthurer Bibliotheken*

Nach rund 20 Jahren der Planung und Standortsuche öffnete am 5. September 2002 die neue Bibliothek Wülflingen ihre Tore. Mit einer Fläche von 340 m² auf drei Stockwerken ist sie nicht nur dreimal grösser als die seit Jahren zu enge Bibliothek im alten Gemeindehaus, sie ist auch die grösste Quartierbibliothek in Winterthur und die erste, die vollständig Behinderten gerecht gebaut und eingerichtet ist. Als moderner Holzbau mit grosszügiger Verglasung, markiert von einer hochragenden Eisenplastik des Winterthurer Künstlers Fredi Wirz, setzt sie mitten im Dorfkern ein Zeichen der neuen Zeit. Zeitgemäss ist aber auch das ansprechende und kundenorientierte Angebot, das neben den neuen Medien (DVD) auch Internetstationen und Playstations miteinschliesst. Die Hoffnung, ein neues Publikum zu gewinnen, wurde erfüllt: Das Quartier hat von seinem neuen Informationszentrum und seinem stimmigen Treffpunkt Besitz ergriffen. Trotz der durch den Umzug bedingten Schliessung im August sind die Ausleihzahlen und die Zahl der Besucherinnen und Besucher in kaum erwartete Höhen geschneit. 39 577 (38 047) Besucherinnen und Besucher liehen 95 548 (86 545) Bücher und elektronische Medien aus.

Die Bibliothek Wülflingen hat aber auch das Interesse der Bibliotheksfachleute geweckt und zu zahlreichen Anfragen und Besuchen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich geführt. Als erste Schweizer Bibliothek und eine der ersten in Europa verfügt sie über ein neuartiges elektronisches Ausleih- und Buchsicherungssystem. Die mit einem Chip (Transponder) ausgerüsteten Medien werden durch die Radiofrequenzidentifikation (RFID) erfasst und in den Computer eingelesen. Auf diese Weise wird in Wülflingen die Ausleihverbuchung, die Rückgabeverbuchung sowie die Mediensicherungsanlage gesteuert. Die Installation in Wülflingen hat auch die Funktion einer Pilotanlage für die neue Stadtbibliothek am Kirchplatz (Eröffnung am 5. Juli 2003). Es war wertvoll, vor diesem Gross-einsatz der neuen Technologie in einer kleineren Bibliothek Erfahrungen zu sammeln und Optimierungen an der neuartigen Anlage anzuregen.

Einen konstanten Aufschwung verzeichnen auch die anderen Winterthurer Bibliotheken. Insgesamt liehen 31 178 (30 762) Benutzerinnen und Benutzer über eine Million Bücher und elektronische Medien aus (2002: 1 003 315; 2001: 937 036). Besonders erfreulich ist, dass



* Das Öffentliche Bibliothekswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Eröffnung der neuen Bibliothek Wülflingen und Enthüllung der Eisenplastik von Fredi Wirz am 5. September 2002.

auch 23 961 Bücher mehr ausgeliehen wurden. Der Anteil der Druckschriften stieg damit auf 615 227 (591 266) ausgeliehene Einheiten und beträgt heute 61,3% der Gesamtausleihe. Der Schwerpunkt des Anstieges lag jedoch bei den elektronischen Medien, wurde nun doch auch das Angebot der Bibliotheken Oberwinterthur und Töss durch DVD-Filme ergänzt.

Auch die Stadtbibliothek konnte ihren Aufschwung erneut fortsetzen. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher nahm um 5 % auf 146 436 (139 309) zu, jene der ausgeliehenen Medien um 10,8 % auf 397 156 (358 773). Auf besonderes Interesse stiess die Buchausstellung zum UNO-Jahr der Berge, die von zahlreichen Veranstaltungen und Lesungen in allen Winterthurer Bibliotheken begleitet war. Ein weiterer Höhepunkt im Veranstaltungsprogramm

bildete die Beteiligung der Stadtbibliothek an den Rahmenveranstaltungen der Dreigroschenoper Aufführungen im Stadttheater.

Quartierkultur und Freizeitaktionen*

Auch im 2002 gestalteten die Partner des Büros für Quartierkultur, also die Trägerschaften und Initiativgruppen in den Quartieren, das soziokulturelle Leben in Winterthur mit. Als fachliche Anlaufstelle übernahm das Büro die vielseitige Aufgabe, freiwillig tätige Trägerschaften bei der Realisierung ihrer Aktivitäten zu unterstützen und zu beraten sowie Innovationen zu entwickeln. Mit spezifischer Weiterbildung, Vernetzungsanlässen, einem jährlichen Fest und regelmässigen Infoschreiben kann das Büro Freiwillige fördern, ihre Arbeit wertschätzen und anerkennen. Alle Aktivitäten, Anlässe und Veranstaltungen in Quartiertreffs, auf den Spielplätzen, in den Ludotheken oder mit den Quartierzeitingen sollen neben dem inhaltlichen Interesse die Identifikation mit dem Quartier und die Einbeziehung der Bewohnenden fördern.

Ein besonderer Höhepunkt waren die Ausflüge mit den freiwilligen Mitarbeitenden an die Expo.02, welche anstelle des jährlichen Mitarbeiterfestes statt fanden. Die vermehrte Auseinandersetzung mit der Integrationsthematik sowohl in den Vorständen der Vereine als auch intern im Büro prägte viele Gespräche und ist der Anfang der Integrationsarbeit. Neu war der Start des Pilotprojektes im Quartier Gutschick-Mattenbach, welches als Ziele hat, die Begegnung der ausländischen und der ein-

* Die Quartierkultur und Freizeitaktionen sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Bestandes- und Ausleihstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2001/2002

Bibliotheken	Bestand, total		Nonbooksbestand		Ausleihe, total		Nonbooksausleihe		BenutzerInnen		BesucherInnen	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Altstadt	23 229	22 118	4 240	3 942	158 072	154 741	50 646	47 424	7 444	7 443	101 280	100 807
Hegi	5 054	6 123	795	771	14 973	15 375	4 542	4 541	409	428	10 491	12 474
Oberi	15 534	14 837	2 375	2 169	86 143	85 219	25 503	24 705	2 197	2 203	35 505	41 295
Seen	13 867	13 133	1 932	1 709	86 407	81 432	21 914	20 735	1 914	1 912	31 593	31 404
Töss	14 451	12 915	4 541	2 401	86 999	78 036	35 762	30 002	1 917	1 815	36 719	34 120
Veltheim	12 124	11 703	2 467	2 358	78 017	76 915	31 077	30 387	1 804	1 890	29 233	38 448
Wülflingen	14 587	15 455	3 142	2 888	95 548	86 545	36 323	31 023	2 517	2 184	39 577	38 047
Total Kreisbibliotheken	98 846	96 284	19 492	16 238	606 159	578 263	205 767	188 817	18 202	17 875	284 398	296 595
Medien, Stadtbibliothek	662 302	653 017	34 270	32 407	392 843	354 691	178 008	152 871	12 976	12 887	146 436	139 309
Sondersammlungen	261 634	254 369	261 634	254 369	4 313	4 082	4 313	4 082	0	0	770	776
Total Stadtbibliothek	923 936	907 386	295 904	286 776	397 156	358 773	182 321	156 953	12 976	12 887	147 206	140 085
Total alle Bibliotheken	1 022 782	1 003 670	315 396	303 014	1 003 315	937 036	388 088	345 770	31 178	30 762	431 604	436 680
Produkte:												
Produkt 1	662 302	653 017	34 270	32 407	392 843	354 691	178 008	152 871	12 976	12 887	146 436	139 309
Produkt 2	98 846	96 284	19 492	16 238	606 159	578 263	205 767	188 817	18 202	17 875	284 398	296 595
Produkt 3	261 634	254 369	261 634	254 369	4 313	4 082	4 313	4 082	0	0	770	776
Total	1 022 782	1 003 670	315 396	303 014	1 003 315	937 036	388 088	345 770	31 178	30 762	431 604	436 680

Stadtbibliothek: Zuwachs- und Bestandesstatistik 2002

	Bände	Karten	Bilder	Hand-schriften	Mikro -formen	Wappen	Exlibris	Schall-platten	CD	Video	CD-ROM	DVD	Total
Kauf	7 323	211	383	3	25	6 000	0	0	759	471	186	484	15 845
Geschenk	557	0	203	563	0	35	0	0	11	5	2	1	1 377
Tausch	125	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	125
Deposita	34	0	0	78	0	0	0	0	1	0	0	0	113
Bestand 2001	620 610	12 700	177 340	45 297	3 429	19 322	12 410	600	7 784	5 930	1 024	940	907 386
Zuwachs 2002	8 039	211	586	644	25	6 035	0	0	771	476	188	485	17 460
Ausscheidungen	617	102	0	0	0	0	0	0	4	59	19	109	910
Bestand 2002	628 032	12 809	177 926	45 941	3 454	25 357	12 410	600	8 551	6 347	1 193	1 316	923 936

heimischen Quartierbevölkerung sowie die Partizipation am Quartierleben zu fördern.

Bei der Freizeitanlage in Dätttau wurde der Kleinkinderspielfeld in Ergänzung zur neuen Schulanlage total saniert. Auch hier zeigte sich einmal mehr, wie wichtig die Rolle der Vereine in den Quartieren ist; vor allem können sie die Kommunikation und die Verbindung zur Bevölkerung sichern und sich aktiv an Veränderungen beteiligen.

Zwei neue Quartiertreffs wurden in Betrieb genommen: das Gartenspielhaus des Elternvereins Veltheim im Schwimmbad Wolfensberg und der provisorische Treff im Neuwiesenhof vom Quartierverein Neuwiesen.

Das erste Pilotbetriebsjahr der mobilen Jugendarbeit in Winterthur-Ost (Oberi, Gutschick/Mattenbach, Seen) ist erfolgreich verlaufen. 2 Jugendarbeiter bzw. -arbeiterinnen knüpften über 3900 Kontakte mit Jugendlichen (über 28 % davon mit Mädchen). 18 Gruppen-/Cliquen-Kontakte haben stattgefunden, 10 davon mit dauerhaftem, regelmässigem Kontakt (Skater, Gangs, HipHopper, Basketball) mit Problembearbeitungen wie Konflikte mit Quartierbevölkerung oder Gang-Konflikten. Projekte sind durchgeführt worden: Videoprojekt mit Abschlussfilm, 3 Open-Air-Quartiertreffs in den Sommerferien, HipHop-Projekt mit Workshops und Parties. Das Pilotprojekt Mobile Jugendarbeit dauert noch bis Frühling 2004. Es wird vom Verein Subita Strassensozialarbeit getragen und finanziert von der Stadt Winterthur und der Koller-Knüsli-Stiftung. Ein Co-Leiter des Büros für Quartierkultur und Freizeitaktionen leitet die Betriebskommission dieses Projektes.

Ebenfalls erfolgreich, aber bereits abgeschlossen, ist der Pilotbetrieb des Projektes Midnight Basketball in Töss (Schulhaus Rosenau): Ab September 2002 nahmen an 14 Samstag-Nächten (22 bis 24 Uhr) durchschnittlich 60 Jugendliche teil, der überwiegende Teil aus Töss (Mädchenanteil 20%). Das Projekt wird gemeinsam getragen von den Kirchgemeinden Töss, der Kreisschulpflege Töss, dem ökumenischen Jugendtreff Töss, dem Basketballclub Winterthur, dem Sportamt, der Abteilung Schulbauten im Departement Schule und Sport, der Stadtpolizei, der Suchtpräventionsstelle, dem Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen und der Subita Strassensozialarbeit. Geleitet wurde das Pilotprojekt vom Verein Midnight Basketball Schweiz. Das Projekt soll ab Januar 03 weitergeführt werden.

Diese beiden Projekte sorgten zusammen mit der professionellen Präventionsarbeit der bereits bisher bestehenden offenen Jugendarbeit (Jugendhaus, Quartierjugendtreffs usw.) für eine deutliche Beruhigung im öffentlichen Raum in Bezug auf Jugendgewaltereignisse.

Reiten, Töpfern, Malen: In einer Umfrage bei den am Ferienprogramm vom Herbst beteiligten Kindern, stehen diese Kurse an oberster Stelle der Beliebtheitsskala. Gefragt waren auch neue Angebote, wie etwa «Magic Cookies», ein Backkurs in dem die Kinder spielend erste Erfahrungen mit der englischen Sprache machten. Es gibt zeitlose Angebote, andere unterliegen Trends.

Im Berichtsjahr haben 1893 Winterthurer Kinder an 116 Kursen oder Ausflügen im Rahmen von Ferienprogramm und Ferienpass teilgenommen.

Der Spielbus ist ein beliebtes Angebot im Spielverleih an der Palmstrasse 16. Diese rollende Wundertüte, bis unter das Dach mit Spielgeräten gefüllt, lässt nicht nur Kinderherzen höher schlagen. 2002 war der Bus die Attraktion an über 30 Anlässen. Seit acht Jahren steht das Fahrzeug im Dienste der Stadt Winterthur und sollte bald ersetzt werden.

Die Liste der mietbaren Veranstaltungsräume ist seit einigen Monaten im Internet. Seither haben sich die diesbezüglichen telefonischen Anfragen merkbar verringert. Die Liste ist nun stets auf dem neusten Stand, da die Mutationen laufend ausgeführt werden. Auch andere Dienstleistungen der Infostelle sind dank Internet einfacher geworden, sogar Samichläuse findet man nun per Mausklick.

Die Alte Kaserne hat ihr zehntes Jubiläum gebührend gefeiert und geht mit gleichem Konzept in die nächste Zehnerunde. Wichtigster Vorsatz ist, aufmerksam in die Zukunft zu gehen, um flexibel auf die Zeichen der Zeit reagieren zu können. Aktuell geschah dies heuer durch den Einbau der «universellen Gebäudeverkabelung». Trotz wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat das Geschäft in der Alten Kaserne weiter zugenommen. Die neue Veranstaltungsreihe «Kochen & Essen» (Integrationskultur) war meist ausverkauft. Auch andere Eigenveranstaltungen, Kunscht au?, Frühschicht, Familienprogramm sind sehr gut besucht und dies noch immer ohne eigenen Internet-Auftritt, dessen Aufschaltung ist aber in Arbeit.

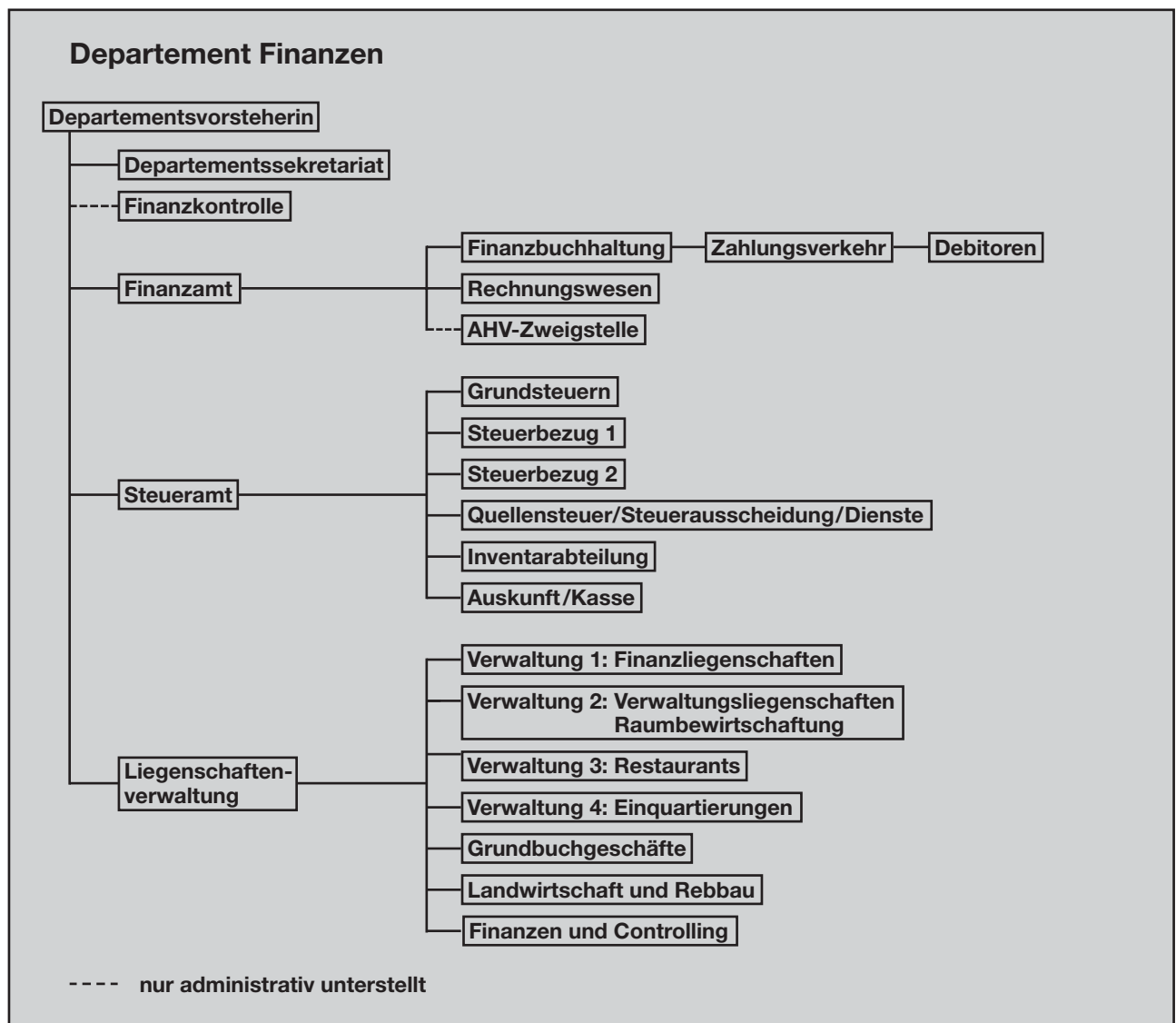
Departement Finanzen

Das Berichtsjahr war ein Wahljahr, was beim Departement Finanzen zu einem Wechsel in der Departementsleitung geführt hat: der bisherige Departementsvorsteher Reinhard Stahel wechselte ins Departement Bau, was der neu gewählten Stadträtin Verena Gick den Weg ins Finanzdepartement öffnete. Die neue Departementsvorsteherin musste ihr Amt in einer turbulenten Zeit antreten.

Rechnung 2002

Das Jahr 2002 war für die Stadt Winterthur in finanzieller Hinsicht das schlechteste Jahr seit Gedenken. Bereits der Budgetprozess gestaltete sich überaus schwierig und es mussten enorme Sparanstrengungen unternommen werden, bevor dem Parlament ein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden konnte. Bereits zu diesem Zeitpunkt war auch klar, dass der Rechnungsabschluss 2002 äusserst schlecht ausfallen wird. Die Rechnung 2002 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von über 40 Millionen Franken ab; das sind mehr als

37 Millionen Franken schlechter als budgetiert. Dieses Ergebnis führt dazu, dass das Eigenkapital Ende 2002 aufgebraucht wurde und sogar ein Bilanzfehlbetrag von rund 16 Millionen Franken entstanden ist. Diese enorme Verschlechterung ist vor allem auf einen massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen von über 30 Millionen Franken zurückzuführen. Während die ordentlichen Steuern das Budget weit verfehlt haben (– 39,6 Mio.), haben zum Glück die Grundsteuern besser abgeschnitten als erwartet (+ 9,9 Mio.). Ebenfalls negativ zu Buche geschlagen haben die Mehrkosten beim Personal- und Sachaufwand sowie bei den Abschreibungen. Die Steuerkraft der Stadt Winterthur entwickelte sich wie schon in den beiden Vorjahren schlechter als das Kantonsmittel: +14 %, Winterthur + 4 %. Das führte beim Steuerkraftausgleich zu einem Mehrertrag von über 11 Millionen Franken. Auch der Steuereffizienzausgleich ist mit 37 Millionen Franken um einiges höher ausgefallen als im Vorjahr (25 Mio.). Die Investitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen sind mit 69 Millionen Franken massiv höher als budgetiert und



liegen auch weit über dem langjährigen Durchschnitt (rund 53%); sie belasten damit die Rechnung wegen der Folgekosten (Abschreibungen und Zinsen) stark. Auch die Investitionen ins Finanzvermögen sind höher ausgefallen als angenommen; dazu hat vor allem der im Budget nicht vorgesehene Kauf des Volkshauses beigetragen. Der Rechnungsabschluss zeigt dieses Jahr mehr als deutlich, dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur weiterhin sehr eng bleiben wird.

Projekt win.03

Aus diesem Grund hat der Stadtrat mit dem Start des Projektes win.03 strukturelle Reformen in die Wege geleitet, welche den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig entlasten sollen. Die vom Stadtrat eingesetzte Projektgruppe hat den Auftrag, alle von der Stadt Winterthur erbrachten Leistungen auf Sparpotenziale und Möglichkeiten für Ertragsverbesserungen zu überprüfen.

Finanz- und Rechnungswesen

Das Projekt «Rechnungswesen 2000» ist abgeschlossen und das neue System «CS/2» in der ganzen Stadtverwaltung eingeführt. Die neue Software funktioniert reibungslos und stellt sämtliche Instrumente zur Verfügung, welche für eine professionelle Rechnungsführung und ein professionelles Controlling notwendig sind. Damit sind wichtige Voraussetzungen für die geplante Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplanes (IAFP) und die ebenfalls in Aussicht gestellte flächendeckende Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) vorhanden.

Landpolitik

Im Berichtsjahr wurde die in den Legislaturzielen angekündigte aktive Landpolitik initiiert, welche den Zielen der Stadtentwicklung dienen soll. Zu diesem Zweck wurde die Vermarktung der grossen Areale Schenkelwiese Süd, Zelgli und Tägelmoo vorangetrieben. Diese Areale sollen dem Wohnungsbau zugeführt werden und dabei auch die Forderung nach einem vermehrten Angebot in gehobenen Wohnbausegment abdecken.

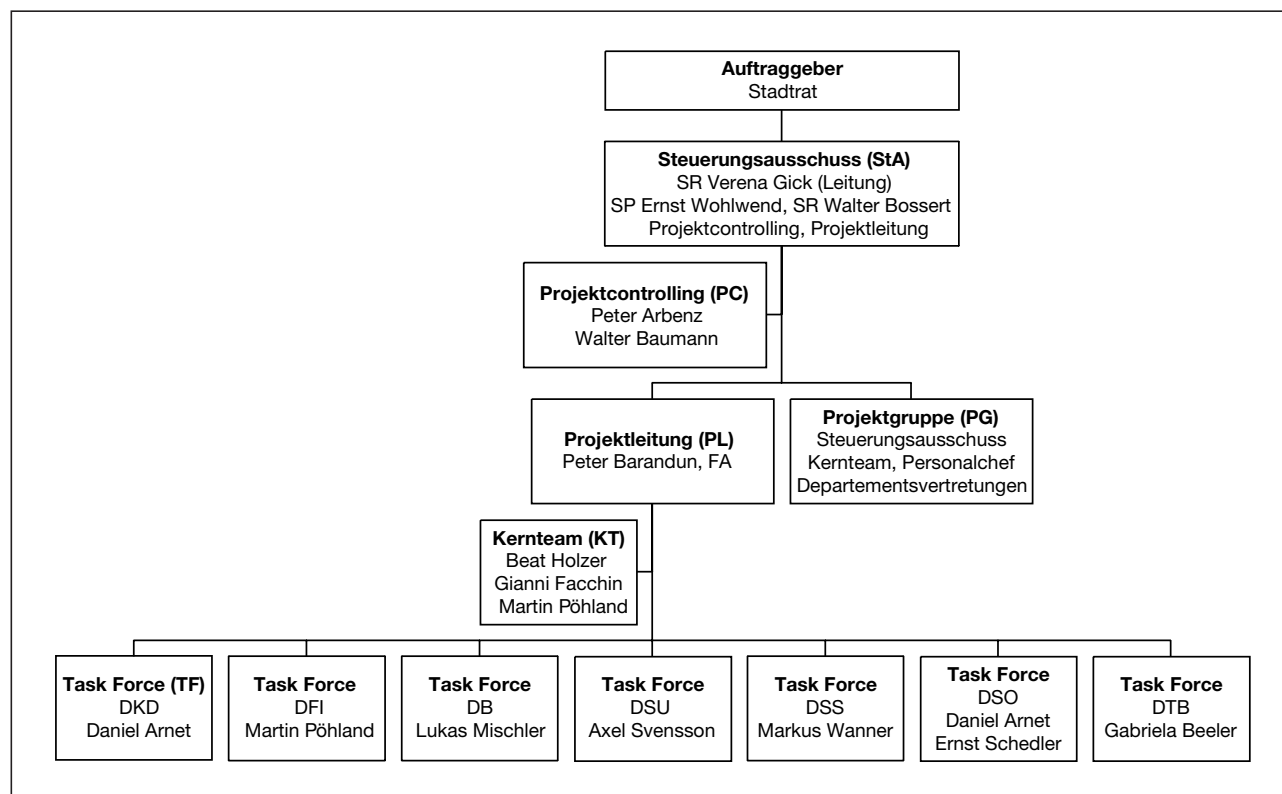
Ferner soll auch die Ansiedlung neuer Unternehmungen gefördert werden, wozu strategisch gut erschlossene Areale für Gewerbe- oder Dienstleistungsbetriebe bereit gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist das Püntenareal an der Frauenfelderstrasse speziell zu erwähnen, wo zurzeit an einer guten Lösung für die Verlegung der Pünten gearbeitet wird.

Ebenfalls speziell zu erwähnen ist der Kauf der Volkshaus-Liegenschaft im Miteigentum mit der Halter Generalunternehmung AG, um an dieser städtebaulich wichtigen Lage auf die künftige Nutzung der beiden Liegenschaften Volkshaus und Parkhaus Arch gebührend Einfluss nehmen zu können.

Reform Zürcher Finanzausgleich

Unter der Federführung der Direktion des Innern des Kantons Zürich ist die Neuregelung des Zürcher Finanzausgleichs von der zuständigen Arbeitsgruppe «Wirkungsanalyse und Reform des Zürcher Finanzausgleichs» weiter bearbeitet worden. Die Vorsteherin des Departementes Finanzen vertritt darin die Interessen der Stadt Winterthur. Im dritten Jahr hat die Arbeitsgruppe das Hauptprojekt praktisch zu Ende geführt. Für Winterthur konnten in dieser Phase wichtige Weichen in der gewünschten Richtung gestellt werden. Vor 2006 ist allerdings nicht mit der Inkraftsetzung der entsprechenden Gesetzgebung zu rechnen.

Projektorganisation win.03



Finanzkontrolle

Die städtische Rechnung 2001 wurde zum letzten Mal mit dem alten Rechnungswesensystem abgeschlossen. Gleichzeitig wurde die zentrale CS/2-Software am 1. Januar 2002 für die ganze Stadtverwaltung in Betrieb genommen. Damit konnte die aufwändige und für die Verarbeitungssicherheit abträgliche Rechnungsführung auf zwei Systemen beendet werden.

In der Parlamentsreformkommission wurde die Rechtsgrundlage der Finanzkontrolle in Frage gestellt. Zudem ist das geltende Reglement über die Finanzkontrolle aus dem Jahre 1985 zufolge stadtinterner Entwicklungen (z.B. WoV) wie auch externer Entwicklungen in der Finanzaufsicht teilweise überholt. Ein erster Entwurf einer neuen Finanzkontrollverordnung, die vom Grossen Gemeinderat zu erlassen ist, liegt gegenwärtig zur rechtlichen Prüfung bei der Direktion des Innern.

Kontrolle der städtischen Finanzen

Im Bericht zur Abschlussrevision der städtischen Rechnung 2001 konnte positiv vermerkt werden, dass sich die Situation bei den Altbeständen der zentralen Debitorenbewirtschaftung massiv verbessert hat. Die personellen Engpässe sind überwunden und die laufende Bewirtschaftung der Debitoren hat sich normalisiert.

Hingegen gab es Bilanzabstimmungsprobleme mit den dezentralen Rechnungssystemen der Städtischen Werke und der Liegenschaftenverwaltung. Der Saldonachweis der entsprechenden Konti konnte nicht erbracht werden. Die Abweichungen waren im Wesentlichen auf die Ablösung alter und die Einführung neuer Applikationen und den damit verbundenen Schnittstellen zurückzuführen.

Die Kostendisziplin hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Die Budgetüberschreitungen bei einzelnen Konti ohne entsprechende Rechtsgrundlage haben nochmals zugenommen.

Bei der Prüfung der Jahresrechnungen 2001 der WoV-Pilotorganisationen konnte insbesondere bei der Führung der Kosten- und Leistungsrechnung ein verbessertes Instrumentarium festgestellt werden. Das Departementscontrolling ist noch nicht überall so installiert, dass es den Vorgaben an das neue Rechnungswesen entspricht.

Die Kassen- und Zwischenrevisionen zeigten gesamthaft betrachtet ein zufriedenstellendes Ergebnis. Die Prüfungen brachten keine besonders gravierenden Soll-Ist-Abweichungen zu Tage.

Jährlich wiederkehrende und laufende Prüfungsarbeiten

- Abschlussrevision der städtischen Rechnung
- Unangemeldete Kassenprüfungen bei 67 Dienststellen: rund 130 Kassen-, PC-, Bank- und Wertschriftenbestände
- PIAS (Personal-, Informations- und Abrechnungssystem): diverse laufende Kontrollen
- Vernehmlassungen zu Objektabrechnungen

Zwischenrevisionen (Revision bestimmter Teilgebiete) bei:

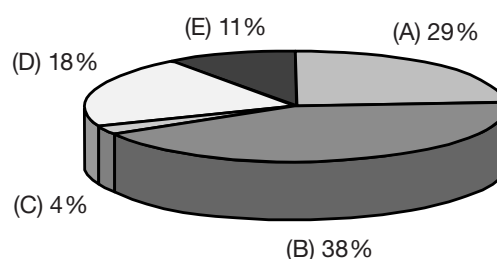
- Steueramt, Staats- und Gemeindesteuern
- Stadtplanungsamt
- Polizeirichteramt
- Stadtpolizei
- Feuerwehr
- Gesundheitsamt
- Departementssekretariat Sicherheit und Umwelt
- Departement Schule und Sport, Zentrale Dienste
- Departement Schule und Sport, Departementssekretariat
- Kindergärten
- CP-Schule
- Kleinklasse C
- Sozialamt, Niederschwellige Einrichtungen
- Sozialamt, Medizinisch-therapeutische Einrichtungen
- Alter und Pflege, Bereichsleitung und Sekretariat
- Altersheim Neumarkt
- Altersheim Rosental
- Wohn- und Pflegezentrum Oberwinterthur
- Städtische Werke, Energiefakturierung
- Städtische Werke, Objektabrechnung Betriebsgebäude
- Stadtgärtnerei, Friedhöfe

Übrige Kontrolltätigkeit

Gesetzliche Stiftungsaufsichtsmandate (Art. 84 ZGB)

- Dora Grob-Reinhart-Stiftung
- Stiftung Metzggasse 6
- Robert Sulzer-Forrer-Stiftung
- Stiftung für Symphoniekonzerte und das Stadtorchester Winterthur
- Sportstiftung Winterthur
- Arnold Schenkel-Stiftung
- Carl Heinrich Ernst-Kunststiftung
- Stiftung Winterthurer Moschee
- Stiftung Musikschule WIWA

Struktur der Kontrolltätigkeit



- (A) Abschluss städtische Rechnung
- (B) Zwischenrevisionen (inkl. Kassenrevisionen)
- (C) Objektabrechnungen
- (D) Ad-hoc-Kontrollen, Abklärungen und Beratungen
- (E) Aufsichts- und Revisionsmandate (externe Revisionen)

- Stiftung für Kleinsiedlungen
- Stiftung Akazia
- Margaretha und Werner Ehrat-Stiftung
- Stiftung zum Mandelbaum
- Stiftung für das Pflegepersonal am Kantonsspital Winterthur
- Stiftung Konradhof Winterthur
- Stiftung Sulzberg

Revisionsmandate

- Brühlgutstiftung für Behinderte
- GAIWO (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)
- Stiftung Altersheim St. Urban
- Stiftung Jakob Briner

- Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Büelhofquartier
- Verein AIDS-Informationsstelle
- Vereinigung «Stadtmarketing Winterthur»
- Trägerverein Jugendhaus Winterthur
- Überkommunale Abrechnungsstelle «Sackgebühren»
- Stiftung «Winterthur – La Chaux-de-Fonds»
- Musikkollegium Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)
- Kunstverein Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)

Weitere Prüfungen

- Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung der Beratungsstelle für das Alter
- Sozialamt (Auftragsrevision)

Finanzamt

Die Rechnung 2002 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 934,1 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 893,4 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von 40,7 Mio. Franken ab. – Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 115,9 Mio. Franken an Ausgaben 27,3 Mio. Franken an Einnahmen gegenüber, so dass netto 88,6 Mio. Franken investiert worden sind. Während davon 69,1 Mio. Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 19,6 Mio. Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 10,4 Mio. Franken investiert. – Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 545,8 Mio. Franken; davon entfallen 327,1 Mio. Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 218,6 Mio. Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe. – Das Eigenkapital ist nach Abzug des Aufwandüberschusses aufgebraucht und durch den Verlust entsteht ein Bilanzfehlbetrag von 16,2 Mio. Franken.

Die Rechnung 2002 zeigt folgende Resultate:

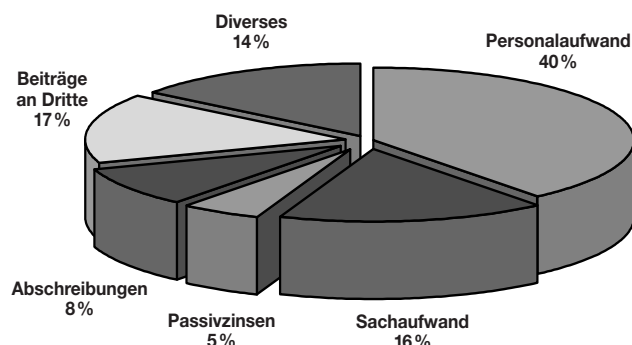
Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Veränderung
Aufwand	934 131	874 213	59 918 –
Ertrag	893 402	871 245	22 157 +
Aufwandüberschuss	40 729	2 967	37 762 –
Aufwand:			
Personalaufwand	368 055	358 029	10 026 –
Sachaufwand	151 718	145 055	6 663 +
Passivzinsen	43 483	40 039	3 444 –
Abschreibungen	72 902	68 278	4 630 +
Energie-/Rohmaterialankauf	61 505	61 894	388 +
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	41 777	41 460	317 –
Beiträge an Dritte	163 338	142 860	20 478 –
Durchlaufende Beiträge	6 615	3 600	3 015 –
Einlagen in Spezialfinanzierungen	24 731	11 998	12 734 –
Ertrag:			
Steuern	270 621	300 290	29 669 –
Regalien und Konzessionen	416	673	257 –
Vermögenserträge	24 140	19 866	4 274 +
Entgelte	344 922	333 000	11 922 +
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	87 545	76 011	11 534 +
Rückerstattungen von Gemeinwesen	54 439	62 252	7 813 –
Beiträge mit Zweckbindung	103 457	73 913	29 544 +
Durchlaufende Beiträge	6 615	3 600	3 015 +
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	1 348	1 641	293 –

Der Gesamtaufwand ist um rund 62,2 Millionen Franken, der Gesamtertrag um rund 24,4 Millionen Franken höher als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um 37,8 Millionen Franken negativ vom Budget ab. Die Gründe für diese Verschlechterung sind aus der vorstehenden Tabelle über die Aufwand- und Ertragsarten ersichtlich. Die Rechnung soll hier nur summarisch beleuchtet werden; für tiefergreifende Analysen wird auf die Rechnung und die zugehörige Weisung verwiesen.

Bei den Einnahmen sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um rund 29,7 Millionen Franken verfehlt und erreichten lediglich den Totalbetrag von 270,6 Millionen Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre). Dieser Fehlbetrag ist vor allem auf die ordentlichen Steuern zurückzuführen (– 39,6 Mio.). Die Grundsteuern fielen dagegen mit einem Plus von rund 9,9 Millionen Franken deutlich besser aus als vorgesehen. Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung, wo der Steuerkraftausgleich sehr viel höher ausgefallen ist als dies veranschlagt werden konnte (+ 11,1 Mio.) sowie bei den Beiträgen mit Zweckbindung, weil der Staat seine

Aufwand 2002

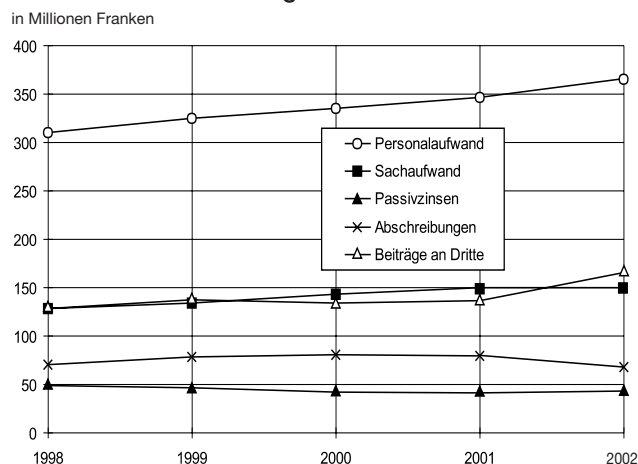


Beiträge in den Sektoren Asylwesen, Arbeitslosigkeit und Soziales erhöht hat (+ 28,9 Mio.). Dieser positive Effekt wird allerdings durch die Reduktion von 8,1 Millionen Franken bei den «Rückerstattungen von Gemeinwesen» wieder relativiert. Das ist unter anderem eine Folge davon, dass gewisse Beträge im Voranschlag bei den Beiträgen eingestellt, in der Rechnung dagegen bei den Rückerstattungen verbucht werden.

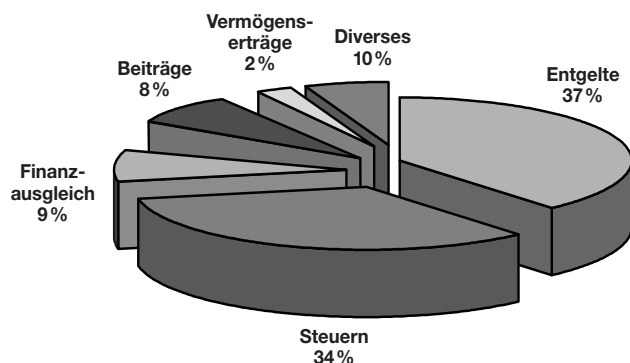
Bei den Ausgaben sind tendenziell höhere Werte zu konstatieren. Beim Sachaufwand wurden 6,2 Millionen Franken mehr ausgegeben als veranschlagt. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die budgetierten Sachaufwendungen voll in Anspruch genommen wurden, was bedeutet, dass die in den Sammelkonti pauschal vorgenommene Korrektur nicht mehr gegriffen hat. Der Personalaufwand weicht mit Mehrausgaben von 9,7 Millionen Franken deutlich vom Voranschlag ab: hier sind vor allem höhere Lohnkosten angefallen. Die Abschreibungen sind um 4,6 Millionen Franken über den Voranschlag gestiegen, was einerseits auf die erneut notwendige Abschreibung auf der Beteiligung der Stadt Winterthur an der Unique AG zurückzuführen ist, die rund 2,4 Millionen Franken gekostet hat. Dazu kommen die zusätzlichen Abschreibungen aus den sehr stark erhöhten Investitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen im Umfang von 4,4 Millionen Franken. Die Beiträge an Dritte weichen um rund 20,2 Millionen Franken negativ vom Budget ab. Hier ist die Ablieferung des Elektrizitätswerks von 8 Millionen Franken enthalten, da ab dem Jahr 2002 die Ablieferung über die Laufende Rechnung gebucht werden muss, damit die Institution Elektrizität der StWW mit einem ausgeglichenen Ergebnis gezeigt werden kann.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur ausserordentlich eng ist. Eine Senkung des Steuerfusses ist wegen der

Entwicklung des Aufwandes



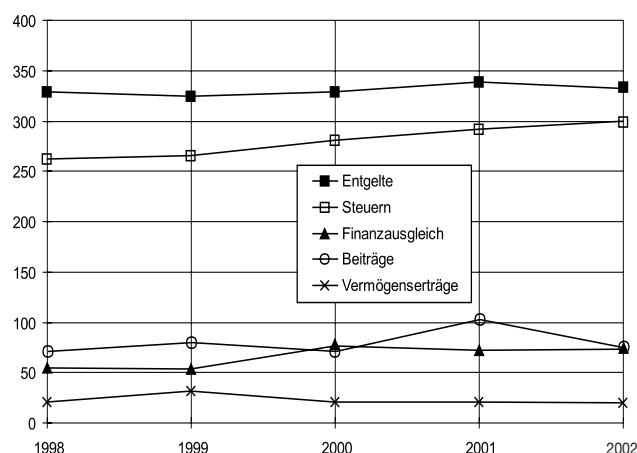
Ertrag 2002



Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag nicht möglich. Diese Abhängigkeit hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag zu genehmigen hat. Es bleibt keinerlei Raum für eine reale Ausweitung. Im Gegenteil: durch den konjunkturellen Einbruch und die Finanzknappheit beim Kanton wird der Druck auf die kommunalen Finanzen noch weiter zunehmen.

Entwicklung des Ertrages

in Millionen Franken



Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Veränderung
Ausgaben	115 900	149 617	33 717 +
Einnahmen	27 274	44 960	17 686 +
Nettoinvestitionen	88 626	104 657	16 031 +
Ausgaben:			
Grundstückserwerb	95 320	125 396	30 076 +
Darlehen und Beteiligungen	- 713	1 620	2 333 +
Investitionsbeiträge	5 305	6 055	750 +
übrige zu aktivierende Ausgaben	5 185	450	4 735 -
Einlagen in Spezialfonds	173	0	173 -
Interne Verrechnungen	10 630	16 096	5 466 +
Einnahmen:			
Abgang von Sachgütern	0	0	0
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	4 105	2 962	1 143 +
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	1 115	500	615 +
Rückerstattungen für Sachgüter	2 425	2 944	519 -
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	21	0	21 +
Beiträge mit Zweckbindung	- 1 654	6 362	8 016 -
Entnahmen aus Spezialfonds	10 630	16 096	5 466 -
Interne Verrechnungen	10 630	16 096	5 466 -

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 88,6 Millionen Franken zwar deutlich unter dem Voranschlag, doch wurde beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen so viel investiert wie noch nie. Während die Ausgaben 33,7 Millionen Franken unter dem Vorgesehe-

nen liegen, ist bei den Einnahmen ein Mindererlös von 17,7 Millionen Franken zu registrieren. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die zurückgenommene Investitionstätigkeit der städtischen Betriebe.

Die Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen überstiegen den budgetierten Plafond sehr stark (+23 Mio.) und erreichen insgesamt 69 Millionen Franken. Der Realisierungsgrad liegt bei über 100 Prozent des Programms und damit weit über dem langjährigen Durchschnitt von gegen 53 Prozent.

Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 19,6 Millionen Franken und liegen damit wesentlich tiefer als angenommen (18,4 Mio.).

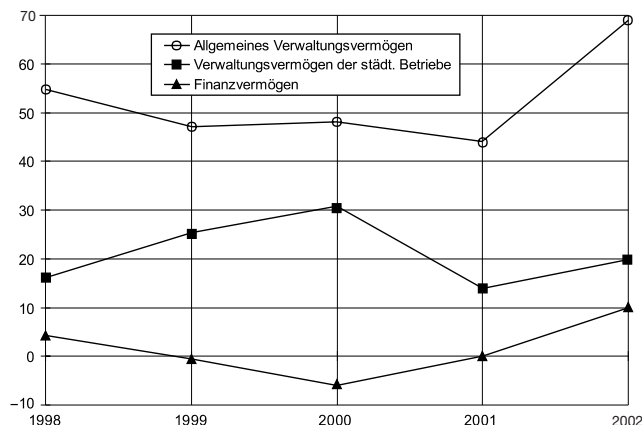
Investitionen ins Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Veränderung
Total Ausgaben	15 200	12 510	2 690 -
Total Einnahmen	4 807	4 000	807 +
Nettoinvestitionen	10 393	8 510	1 883 -

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen ist der Kauf des Volkshauses im Miteigentum zum Programm gekommen, was nicht vorgesehen war. Im Berichtsjahr fanden verschiedene Verkäufe und Übertragungen statt (vgl. die ausführlichere Berichterstattung dazu bei der Liegenschaftenverwaltung).

Entwicklung der Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



Bestandesrechnung

Beträge in tausend Franken	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung
Bilanzsumme	1 308 322	1 185 174	123 148 +
Aktiven:			
Finanzvermögen	745 746	662 959	82 787 +
Verwaltungsvermögen	545 767	521 809	23 959 +
Spezialfinanzierungen	641	406	235 +
Bilanzfehlbetrag	16 167	0	16 167 +
Passiven:			
Fremdkapital	1 175 124	1 050 969	124 155 -
Verrechnungen	5 174	- 5 220	10 394 -
Spezialfinanzierungen	128 024	114 864	13 160 -
Eigenkapital	0	24 562	24 562 -

Die Bilanzsumme hat wieder zugenommen (+123 Mio.). Diese Erhöhung liegt vor allem daran, dass eine Anleihe im Betrag von 150 Millionen Franken aufgenommen wurde, welche am Jahresende als Liquidität noch weitgehend vorhanden war. Die Anleihe wurde dazu verwendet, um das viel höher verzinsliche Darlehen gegenüber der Pensionskasse entsprechend reduzieren zu können.

Beim Verwaltungsvermögen ist nur der allgemeine Teil um 33,1 Millionen Franken gewachsen; das ergibt einen

Bestand am Ende des Jahres von 327,1 Millionen Franken. Jenes der städtischen Betriebe ist um 9,2 Millionen Franken gesunken, was eine Folge der stark verminderten Investitionen, die durch die Abschreibungen übertroffen worden sind, ist. Das ergibt einen Bestand am Ende des Jahres von 218,6 Millionen Franken.

Das Eigenkapital ist durch die Entnahme des Aufwandüberschusses getilgt worden und es entsteht sogar ein Bilanzfehlbetrag von 16,2 Millionen Franken.

Finanzierungsrechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Veränderung
Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen	69 061	46 000	23 061 –
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	19 565	37 356	17 791 +
– Abschreibungen des Allgemeinen Verwaltungsvermögens	– 35 922	– 30 438	5 484 –
– Abschreibungen der städtischen Betriebe	– 28 745	– 33 759	5 014 +
+ Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung	+ 40 728	+ 2 967	37 761 –
Finanzierungsbedarf I	64 687	22 126	42 561 –
– Einlagen in Spezialfinanzierungen	– 24 731	– 11 998	12 733 –
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	+ 1 348	+ 171	1 177 –
Finanzierungsbedarf II	41 304	11 770	29 534 –
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	+ 10 393	+ 8 550	1 843 –
– Abschreibungen Finanzvermögen	– 3 193	– 1 500	1 693 +
Gesamter Finanzierungsbedarf	48 504	18 820	29 684 –

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel höher als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf den sehr hohen Aufwandüberschuss und die stark erhöhten Investitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen zurückzuführen.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt insgesamt 48,5 Prozent, unter Ausklammerung der städtischen Betriebe und der Spezialfinanzierungen sinkt er allerdings auf 32,7 Prozent.

Reorganisation

Die vom Stadtrat Ende 2001 beschlossene Reorganisation des Finanzamtes ist umgesetzt worden: die ehemalige Stadtbuchhaltung wurde in die zwei Hauptabteilungen Rechnungswesen (Betriebsbuchhaltung) und Finanzbuchhaltung aufgeteilt. In der Hauptabteilung Rechnungswesen werden die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und das Budget betreut. In der Hauptabteilungen Finanzbuchhaltung werden die Bilanz, der Zahlungsverkehr und der Debitorendienst betreut. Die Neuorganisation ist vor allem eine Folge der Dezentralisation des Rechnungswesens und richtet sich nach dem Aufbau des Systems CS/2. Die Arbeitsabläufe konnten mit der Reorganisation gestrafft und auf die Anforderungen eines modernen Rechnungswesens ausgerichtet werden.

Rechnungswesen 2000

Das Projekt «Rechnungswesen 2000» ist im wesentlichen abgeschlossen und in der ganzen Stadtverwaltung eingeführt. Die anfänglich erheblichen Schwierigkeiten mit der eingesetzten Software CS/2 konnten vollständig überwunden werden. Das Potenzial des neuen Systems kommt nun voll zum Tragen und das Projekt darf als voller Erfolg gewertet werden.

Finanzielle Planung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung. Die Programme für die Jahre 2003 bis 2007 wurden gestrafft und entlastet. Es müssen zwingend Anstrengungen zu einer weiter gehenden Priorisierung getroffen werden, da es unmöglich ist, die Investitionstätigkeit auf dem Niveau des Jahres 2002 zu halten.

Der Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007 signalisiert keine Entspannung der finanziellen Situation der Stadt Winterthur, da die neue Basis das finanziell ausgesprochen schwache Jahr 2002 ist.

Projekt win.03

Der Stadtrat hat mit dem Start des Projektes win.03 strukturelle Reformen in die Wege geleitet, welche den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig entlasten sollen. Die Projektorganisation hat ihre Arbeit Ende 2002 aufgenommen. In einem ersten Schritt haben die Departemente damit begonnen, eine Auslegeordnung ihrer Aufgaben mit den entsprechenden Ausgaben und Einnahmen vorzunehmen. Dabei sollen alle Abläufe auf Sparpotenziale und alle Einnahmen auf ihre Optimierung durchleuchtet werden. Zudem sollen sämtliche Leistungen hinterfragt werden, ob sie weiterhin und wenn ja in welcher Qualität zu erbringen sind. Ein externes Controlling stellt sicher, dass die Projektarbeit kritisch hinterfragt wird. Ziel des Projektes ist, dem Stadtrat eine Auslegeordnung sämtlicher Aufgaben der Stadtverwaltung mit entsprechenden Sparvorschlägen und Ideen für Ertragsverbesserungen vorzulegen. Es wird dann die Aufgabe des Stadtrates sein, die vorgeschlagenen Massnahmen politisch zu beurteilen und konkrete Entscheide zu fällen bzw. dem Parlament zum Entscheid vorzulegen.

Wohnbauförderung

Der Stadtrat hat in eigener Kompetenz keine Wohneigentumsförderungsbeiträge zugesichert, da keine Gesuche gestellt worden sind (Fr. 24 840). Seit dem Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 29. Mai 1995 steht ihm dafür ein Rahmenkredit von 750 000 Franken zur Verfügung, von dem zurzeit ein Betrag von 74 550 Franken noch nicht gebraucht ist.

Steueramt*

Der budgetierte Frankenbetrag für die Steuern des laufenden Jahres ist um 9,82 Prozent unterschritten worden. Die Grundstückgewinnsteuern blieben deutlich über den Prognosen. Die Handänderungssteuern schlossen erneut besser ab.

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 124 Prozent (131%) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 219,7 Millionen Franken (229,7 Mio.). Absolut verbesserten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 0,88 Prozent (+1,38%), diejenigen der juristischen Personen verschlechterten sich um 25,7 Prozent (-18,9%). Hätte der Steuersatz wie im Vorjahr mit 131 Prozent gerechnet werden können, würde die Zunahme bei den natürlichen Personen 6,58 Prozent und der Rückgang bei den juristischen Personen 21,6 Prozent betragen. Die Steuerprognose des Budgets ist für das laufende Steuerjahr um 9,82 Prozent nicht erreicht worden.

Steuererlass

Es sind drei Steuererlasse gewährt worden (1). An den Steuererlass werden so hohe Anforderungen gestellt, dass nur sehr selten entsprechende Gesuche positiv beantwortet werden können.

Bezugsmassnahmen

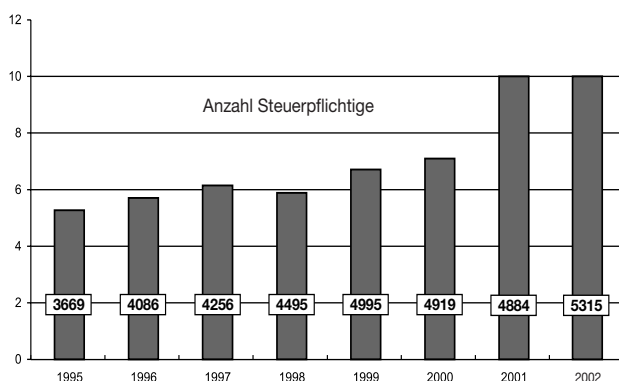
Es sind 16 742 (18 288) Mahnungen und 7784 (8709) Betreibungsandrohungen verschickt worden. Insgesamt ergaben sich 2015 (2258) Zahlungsbefehle, wobei in 137 (126) Fällen Rechtsvorschlag erhoben wurde. In 1782 (1306) Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 788 (551) Lohn- und 57 (33) Fahrnispfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten 21 (26) Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 757 (652) Verlustscheine ausgestellt worden, davon 39 (41) Konkursverlustscheine.

Nach- und Strafsteuern

In 38 (43) Fällen wurden Einnahmen von 273 528 Franken (Fr. 690 277) erzielt: es sind 252 800 Franken aus dem laufenden Jahr sowie 20 728 Franken aus abgeschriebenen Beträgen eingegangen.

Quellensteuern

Ertrag in Millionen Franken



* Das Steueramt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Über den Steuerertrag berichtet das Steueramt weiterhin im ordentlichen Geschäftsbericht der Stadtverwaltung. Die ausführliche Berichterstattung über den Steuerbezug erfolgt im Rahmen des Projektes WoV in separater Form.

Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	467	5 783 644	94	2 805 976
Passive	216	2 658 470	38	8 845 579
Saldo zu Gunsten Winterthur		3 125 174		- 6 039 603
Total				- 2 914 429

Inventar

Die Inventarabteilung hat bei 911 (881) Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 907 (1023) Inventare abgeschlossen.

Grundsteuern

Die Verkäufe von Liegenschaften und Stockwerkeigentum in der Region haben stagniert. Gründe dafür sind vor allem die heutige Wirtschaftslage. So sind einerseits die Banken nicht bereit, ohne grosses Eigenkapital von 30 bis 40 Prozent Käufe zu finanzieren. Andererseits wird bei der Verkäuferschaft auf bessere Zeiten gewartet.

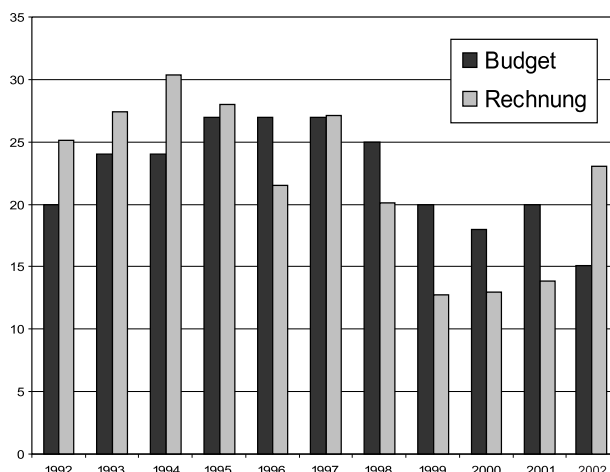
Insgesamt sind 1099 (1353) Handänderungen eingegangen (- 23,11%). Von den pendenten Geschäften wurden 1269 (1302) erledigt.

Grundstückgewinnsteuern

Der erzielte Steuerertrag von 23,0 Millionen Franken (13,9 Mio.) resultiert aus 879 (836) steuertragenden Geschäften. Das Ergebnis liegt 8,0 Millionen Franken über dem budgetierten Betrag. In vielen Einzelfällen sind die hohen Verkehrswerte vor 20 Jahren für geringere Grundstückgewinnsteuereinnahmen mitverantwortlich.

Gegen drei (1) Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur wurde Einsprache erhoben. Rekurse sind keine (0) erhoben worden. Drei (1) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Ertrag in Millionen Franken

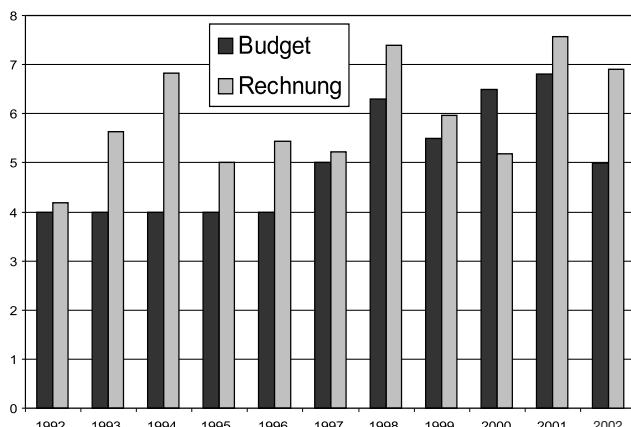


Handänderungssteuern

Mit Einnahmen von 6,9 Millionen Franken (7,5 Mio.) wurde der budgetierte Ertrag um 1,9 Millionen Franken deutlich übertroffen.

Gegen die Handänderungssteuerentscheide sind sieben Einsprachen (3) und keine Rekurse (0) eingegangen. Drei (1) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Ertrag in Millionen Franken



Liegenschaftendokumentation

Die Liegenschaftsblätter für Eigentumswechsel und Erstellung von Neubauten wurden termingerecht versandt. Eine allgemeine Liegenschaftsbewertung stand noch nicht an. Die Liegenschaftendokumentation wurde im Rahmen der Reorganisation neu der Abteilung Inventarisierung unterstellt.

Steuerbezug

Das fünfte WoV-Pilotjahr weist einen gegenüber dem budgetierten Globalkredit um 210 069 Franken erhöhten Verbrauch aus, obwohl höhere Erträge erzielt worden sind. Dafür verantwortlich waren vor allem Mehraufwendungen bei den Sachkosten. Demgegenüber trat der Mehraufwand bei den Personalkosten nicht im erwarteten Umfang ein.

Die Zahl der Steuerpflichtigen ist spürbar angestiegen und hat neben mehr Entschädigungen auch einen Mehraufwand ergeben. Das hoch gesetzte Einschätzungsziel von 70 Prozent wurde mit 84,4 Prozent erneut übertroffen.

Wegen der laufenden Reorganisation, den zahlreichen Projekten und dem Anstieg der Anzahl Steuerpflichtigen war ein höherer Personalbestand geplant, konnte aber nicht ganz erreicht werden. Trotz höherer Arbeitslosigkeit konnte der Personalbestand nicht im gewünschten Zeitpunkt aufgestockt werden; so ist unter anderem die Beauftragte in Rechtssachen erst seit 1. September im Amt.

Die Publikumsbefragung ist nur einmal vorgenommen worden und hat die früheren Beurteilungen bestätigt.

Die Weiterentwicklung der Software «NEST» ist planmässig verlaufen. Nach Abschluss einer ausgiebigen Pilotphase konnte das Scanning, inklusive Schriftleseprogramme und Archiv früher als erwartet produktiv eingesetzt werden. Als Folge mussten mehr Arbeitsplätze als erwartet und insbesondere alle mit einem stärkeren PC und einem zweiten Flachbildschirm ausgerüstet werden. Das Projekt «FOPTI II» verlief sehr erfolgreich: Ende Dezember konnte die neue Kontaktstelle für die Kundschaft im Parterre der Stadthausstrasse 21 eingerichtet werden und stand ab 3. Januar 2003 der Öffentlichkeit zur Verfügung. Erfreulich sind die Aussichten: alle erwähnten Projekte zusammen sollen die schwierige Personalbeschaffung erleichtern, höhere Kosten vermeiden und das Steueramt im Kanton Zürich weiterhin bei den führenden Ämtern belassen.

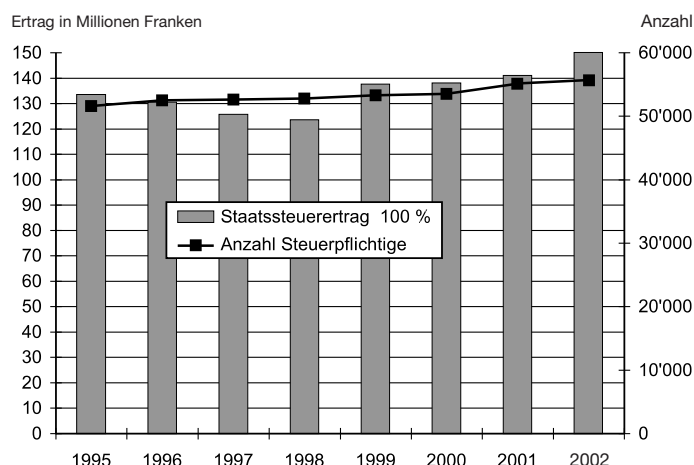
Drei kantonale Projekte konnten mit eigenen Kadermitarbeitenden mitgestaltet werden. Es ist absehbar, dass ein arbeitssparender Datenaustausch, die Verbesserung der Einschätzungstätigkeiten und die gemeinsame Gestaltung des Archivsystems möglich wird. Diese und

weitere Projekte werden wieder zu einer rationelleren und partnerschaftlicheren Zusammenarbeit mit dem Kanton führen.

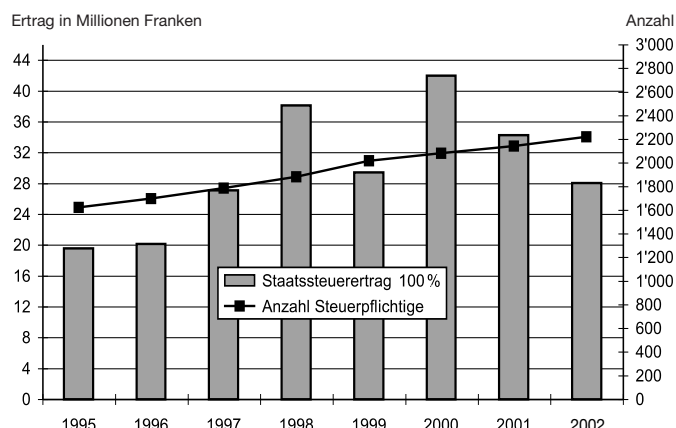
Grössere Veränderungen im Steuerrecht blieben aus. Die nächste Liegenschaftsbewertung ist angekündigt, wird aber erst ab Steuerperiode 2003 (mit Abgabe der Steuererklärung im 2004) eine grössere Wirkung entfalten.

Die Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages zu 100 Prozent aufgrund der vorläufigen Abrechnungen

Natürliche Personen

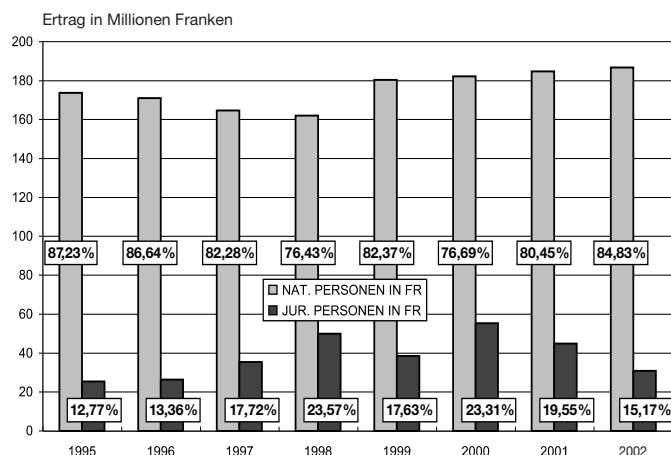


Juristische Personen



Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern

Natürliche und juristische Personen



Liegenschaftenverwaltung

Das Jahr 2002 war für die Liegenschaftenverwaltung besonderes durch die laufende Reorganisation geprägt: die im Vorjahr festgelegten Massnahmen sind umgesetzt worden und müssen nun laufend den geforderten Arbeitsprozessen angepasst werden.

- Gleichzeitig wurde eine aktive Landpolitik initiiert, welche den Zielen der Stadtentwicklung dient.
- Im zweiten Halbjahr wurde die Immobiliensoftware «Immovision» mit einem fälligen Update auf den neusten Stand gebracht.

Wohn- und Geschäftshäuser

Immobilienmarkt Winterthur:

Der Leerwohnungsbestand in der Stadt Winterthur ist weiter auf 0,36 Prozent des Gesamtbestandes gesunken (1999: 1,45%; 2000: 1,24%, 2001: 0,52%). Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse haben die Wohnungswechsel mit 73 (99) Bewegungen deutlich abgenommen. Das kann als ein Indiz für die momentane Wohnungsknappheit im Raum Winterthur gedeutet werden. Nach wie vor besteht ein Nachfrageüberhang nach grösseren Wohneinheiten, insbesondere nach Familienwohnungen im mittleren Mietpreissegment.

Mietzinsentwicklung:

Nachdem die Zürcher Kantonalbank den Hypothekenzinssatz für Wohnliegenschaften per 1. Oktober 2002 um 0,25 Prozent auf 3,75 Prozent gesenkt hatte, wurden die Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens entsprechend angepasst. In die Berechnung der neuen Mietzinse wurden folgende Faktoren, welche für die Festsetzung der Mietzinse relevant sind, miteinbezogen: der neue Hypothekenzinssatz der ZKB, die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise, die teuerungsbedingten Veränderungen der Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfällig vorhandener Mietzinsvorbehalt.

Renovationen:

Die Villa Bidermann an der Schaffhauserstrasse 52 – ein denkmalpflegerisches Schutzobjekt aus dem Jahr 1863 – wurde einer Aussenrenovation unterzogen. Wunderschön am Fusse des Lindbergs situiert und mit einem gepflegten Landschaftsgarten umgeben, ist die Villa heute an das Internationale Baumarchiv vermietet.

Ende 2002 wurde die Renovation der denkmalgeschützten Liegenschaft Wüflingerstrasse 253 abgeschlossen. Das ehemalige Wohnhaus mit Scheune und



Wüflingerstrasse 253, Bibliothek Wülflingen

Stall wird erstmals 1838 im Lagerbuch der Brandversicherung erwähnt. Der Wohnteil wurde aussen und innen sanft saniert. Der ehemalige Ökonomie teil wurde abgebrochen und an seiner Stelle ein Anbau errichtet, welcher alle Anforderungen an eine zeitgemässe Bibliothek zu erfüllen vermag.

Restaurantbetriebe

In drei Betrieben wechselte die Pächterschaft. Das Restaurant Goldenberg bekam nach sechsjähriger Pacht-dauer und das Quartierrestaurant Bahnhof Wülflingen nach zehnjähriger Pachtzeit neue Wirtsleute. Das Restaurant Schlosshalde musste bereits nach einjähriger Verpachtung an ehemalige Angestellte des Vorpächters neu ausgeschrieben werden. Trotz der wirtschaftlich und finanziell schwierigen Ausgangslage konnten gute Nachfolger gefunden werden. Grössere Schwierigkeiten bereitet die Suche nach geeigneten Nachfolgern oder Nachfolgerinnen für das Restaurant Theater am Stadtgarten.

Die Restaurantbetriebe erzielten einen Umsatz von rund 18,3 Millionen Franken (19,8 Mio.); das bedeutet ein Umsatzrückgang von 7,6 Prozent. Bei der Umsatzentwicklung ist allerdings zu beachten, dass die Betriebe Eschenberg, Goldenberg und Bahnhof Wülflingen infolge Pächterwechsel und Umbau während ein bis zwei Monaten geschlossen waren. Gemäss den Erhebungen von Gastro Suisse wird bei den Restaurantbetrieben gesamtschweizerisch ein Umsatzrückgang von acht bis 15 Prozent erwartet.

Verwaltungsliegenschaften und Fachstelle für Raumbewirtschaftung

Die abgeschlossene Renovation der Liegenschaft Lindstrasse 4 ermöglichte die Auflösung von vier Fremdmieten und damit eine weitere Konzentration der Verwaltung in einer eigenen Liegenschaft. Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind damit zu 100 Prozent belegt.

Die ersten Schritte des Umbaus an der Stadthausstrasse 21 (Fortuna) ermöglichen sowohl den direkten, ebenerdigen Zugang zur Publikumsstelle des Steueramtes als auch eine bessere Erschliessung für die Kundschaft des Zivilstands- und Meldewesens.

Die Sanierung der Brunnenanlage vor dem Stadthaus läuft, und die Wiederinbetriebnahme im Frühjahr 2003 steht bevor.

Grundbuchgeschäfte

Die in den Legislaturzielen des Stadtrates angekündigte aktive Landpolitik, welche den Zielen der Stadtentwicklung dienen soll, wurde initiiert. Die Stadtplanung und die



Schaffhauserstrasse 52, Villa Bidermann

Liegenschaftenverwaltung haben zu diesem Zweck die Vermarktung der städtebaulich wichtigen Areale Schenkelwiese Süd, Zelgli und Tägelmöos vorbereitet. Sodann wurde das Projekt «Verlegung der Pünten an der Frauenfelderstrasse» gestartet: hier wird unter Einbezug des betroffenen Püntenpächtervereins an einer guten Lösung für die Verlegung der Pünten auf den Rietberg gearbeitet. Ebenfalls speziell zu erwähnen ist der Kauf der Volkshaus-Liegenschaft: die Stadt hat das Gebäude zusammen mit der Halter Generalunternehmung AG im Miteigentum (zwei Drittel Stadt und ein Drittel Halter AG) erworben und gleichzeitig mit ihrer Partnerin eine Vereinbarung über die gemeinsame Planung der künftigen Nutzung der beiden Liegenschaften Volkshaus und Parkhaus Arch getroffen.

Die Liegenschaftenkäufe haben mit einem Gesamtbetrag von 7,9 Millionen Franken (2,8 Mio.) stark zugenommen. Demgegenüber haben die Verkäufe von Liegenschaften und Bauland im Betrag von insgesamt 4,4 Millionen Franken (4,8 Mio.) leicht abgenommen. Im neuen Jahr werden zudem aufgrund bereits in den Vorjahren öffentlich beurkundeter Kaufrechts- und Kaufverträge weitere Verkäufe in der Höhe von 7,4 Millionen Franken getätigt werden.

Es sind keine neuen Baurechte errichtet worden; hingegen sind zwei gewerbliche Baurechte aufgelöst worden, und das Land ist den bisherigen Baurechtsnehmern verkauft worden.

Landwirtschaftsabteilung

Mit der neuen Agrarpolitik 2002 des Bundes werden die damit verbundenen ökologischen Massnahmen weitgehend erfüllt.

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung. Die wichtigsten zu behandelnden Themen waren:

- Beiträge an Viehzuchtgenossenschaften
- Informationen zum Bericht der Ackerbaustelle
- Zukunft der Kommission

Rebbetrieb

Es wurde eine mengenmässig durchschnittliche Traubenernte mit guter Qualität eingebracht. Der Weinverkauf ist anspruchsvoller geworden und die Kundschaft verlangt heute vermehrt Spezialitäten.

Die Rebbaukommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung und anlässlich des üblichen Rebumganges.

Einquartierungen

Die Unterkünfte und Räume der Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) und die Militärkantonnements wurden für verschiedene militärische und zivile Zwecke bereitgestellt. Die Mehrzweckanlage ist gesamthaft gesehen gut ausgelastet. Die militärischen Belegungszahlen haben gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung erfahren. Speziell zu erwähnen ist eine Rekrutenkompanie der Übermittlungstruppen, welche während 11 Wochen in der MZA untergebracht war. Wiederum haben auch zahlreiche zivile Organisationen die Anlagen genutzt. So hat die Brauerei Heineken Switzerland zum vierten Mal ihr zehntägiges Oktoberfest in der Mehrzweckhalle durchgeführt. Und auch dieses Jahr fanden die Kyburgiade-Konzerte fast ausschliesslich in der Mehrzweckhalle statt.

Die als Übergangslösung eingerichtete Jugendunterkunft Löwengarten weist auch im zweiten Betriebsjahr gute Belegungszahlen aus.

Neben sechs anderen Zirkussen hat auch der Cirque de Lune zum zweiten Mal vier Wochen während Weihnachten/Neujahr auf dem Wachterareal gastiert.

Liegenschaftenbestand

Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende Vertragseinheiten bzw. städtische Grundstücke und Gebäude (Die Statistik wurde neu erarbeitet und basiert auf der heute gültigen Portefeuille-Liste):

Finanzvermögen

378	(–)	Wohnungsverträge
86	(–)	Einfamilienhausverträge
161	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
68	(–)	Garagenverträge
128	(–)	Parkplatzverträge

Sozialer Wohnungsbau

23	(–)	Einfamilienhausverträge
2	(–)	Garagenverträge
21	(–)	Parkplatzverträge

Restaurants

20	(–)	Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)
47	(–)	Wohnungsverträge
10	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
3	(–)	Garagenverträge
3	(–)	Parkplatzverträge

Verwaltungsvermögen

9	(–)	Wohnungsverträge
99	(–)	Benützungsverträge Stadtverwaltung
24	(–)	Garagenverträge
75	(–)	Parkplatzverträge

Betrieb Mehrzweckanlage

1	(1)	MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)
1	(3)	Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker
2	(3)	Schiessanlagen (Ohrbühl/Wieshof)
14	(–)	Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)

Übrige Objekte des Verwaltungsvermögens

24	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
5	(–)	Garagenverträge
24	(–)	Parkplatzverträge

Landwirtschaftliche Pachtbetriebe

10	(11)	Bauernhöfe mit total 201 ha Land
----	------	----------------------------------

Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens

355 ha	(–)	Land
519	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge

Püntenverwaltung

665		Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)
-----	--	--

Baurechte

44	(45)	Baurechte für Wohnbauten
44	(46)	Baurechte für Industriebauten

Verwaltungsmandat für Liegenschaften der Pensionskasse

189	(–)	Wohnungsverträge
8	(–)	Einfamilienhausverträge
3	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
89	(–)	Garagenplätze
44	(–)	Parkplatzverträge

Verwaltungsmandat für diverse städtische Objekte

39	(–)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
3	(–)	Restaurants
7	(–)	Baurechte

Inkassomandat für diverse städtische Objekte

141	(-)	Wohnungsverträge
3	(-)	Einfamilienhausverträge
53	(-)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
29	(-)	Garagenverträge
185	(-)	Parkplatzverträge

Käufe

Finanzvermögen

Fläche m²	Verkäuferchaft	Kaufobjekt und Lage
334,0	Maschinenfabrik Rieter AG Klosterstrasse 20 8406 Winterthur	Kat. Nr. 1444, Krummackerstrasse 1 Wohnhaus (QEZ)
309,0	Maschinenfabrik Rieter AG Klosterstrasse 20 8406 Winterthur	Kat. Nr. 1443, Krummackerstrasse 3 Wohnhaus (QEZ)
5 744,0	Hermann Bühler AG 8482 Sennhof (Winterthur)	Kat. Nr. 10536, Tösstalstrasse, Sennhof Bauland (W3/2,6)
2 861,7	Volkshaus-Genossenschaft Winterthur Meisenstrasse 2 8400 Winterthur	Kat. Nr. 2941, Meisenstrasse 2 Mehrzweckgebäude «Volkshaus» (Z6) (Miteigentum zu 2/3)
Total Kaufsumme:		Fr. 7 882 750.-

Verkäufe

Finanzvermögen

Fläche m²	Käuferchaft	Kaufobjekt und Lage
1 519,0	Römertor-Immobilien AG Römerstrasse 237 8404 Winterthur	Kat. Nr. 13806, Gebhartstrasse Bauland (KIII)
1 805,0	Dr. Fridolin und Dr. Suzanne Störi Hasenweg 11 8405 Winterthur	Kat. Nr. 10625, Eichbühl, Eitzbergstrasse Gebäudegrundfläche und Hofraum (F) (Auflösung Baurecht)
505,0	Gertrud und Zurab Narmania-Schär Giesserstrasse 4 8406 Winterthur	Kat. Nr. 5205, Bachtelstrasse 98, 100, 100a Wohnhaus mit Schopf (KIII)
152,0	Ricardo Torriani und Jennifer Müller-Mockridge Grellingerweg 8 4144 Arlesheim	Kat. Nr. 5206, Ausserdorfstrasse 13 Wohnhaus (KIII)
241,0	Häpo AG St.-Galler-Strasse 128 8404 Winterthur	Kat. Nr. 10944, St.-Galler-Strasse 132 Wohnhaus, Abbruchobjekt (Z3)
2 640,0	Adrian Schneider Wolfzangenstrasse 28 8413 Neftenbach	Kat. Nr. 4697, Schlachthofstrasse Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (I2) (Auflösung Baurecht)
61,2	Liag Capitol AG c/o Dr. Hanspeter Sigg Bergstrasse 42 8032 Zürich	Kat. Nr. 7606, Strehlgasse/Neumarkt bei 11 Garagengebäude, Abbruchobjekt (KI)
910,0	L + B AG, HGV Stationsstrasse 12 8406 Winterthur	Kat. Nr. 1821, Talgutstrasse Bauland (W3/2,6)
2 242,0	Mastai AG Sandgrubenstrasse 3 8409 Winterthur	Kat. Nr. 16173, Sandgrubenstrasse Bauland (G)
3 025,0	Mastai AG Sandgrubenstrasse 3 8409 Winterthur	Kat. Nr. 14458, Sandgrubenstrasse Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (G) (Auflösung Baurecht)
Total Verkaufssumme:		Fr. 4 436 380.-

Landwirtschaftliche Abteilung

Ackerbaustelle

Bewirtschaftungsformen	konventionell	ÖLN	Bio
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	0 (1)	9 (9)	1 (1)
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	2 (2)	66 (66)	4 (4)

91 Gesuche für «agrarpolitische Massnahmen» wurden eingereicht und behandelt.

Art der Beiträge	Anzahl Gesuche
Direktzahlungen	70 (73)
Zollrückerstattungen auf Treibstoffen	73 (77)

Rebberge

Erträge der stadteigenen Rebberge

Rebberg	Ertragsreben	Aren	Liter
Neftenbach	Gewürztraminer	16 (16)	657 (445)
Neftenbach	Blauburgunder	184 (184)	7 853 (7 853)
Wiesendangen	Blauburgunder	130 (145)	6 806 (7 441)
Wiesendangen	RieslingxSilvaner	45 (45)	3 597 (2 456)
Wiesendangen	Chardonnay	10 (10)	614 (521)
Wiesendangen	Garanoir	14 (14)	1 015 (899)
Wiesendangen	Léon Millot	27 (14)	1 073 (454)
Wiesendanger	Solaris	16 (–)	88 (–)
Wiesendanger	FR 242-73	16 (–)	124 (–)
Wiesendanger	Dacapo	2 (–)	(–)

Pünten

Das städtische Püntenland in Zahlen

	Aren	Pünten
<i>Eigentum Stadt Winterthur</i>	5 242 (5 289)	3 111 (3 116)
– Verwaltung durch Stadt	1 017 (1 064)	654 (675)
– Verwaltung durch Püntenspächterverein	3 832 (3 832)	2 212 (2 196)
– Verwaltung durch Quartierverein Oberfeld	155 (155)	105 (105)
– Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69 (69)	29 (29)
– Verein Pünten Vogelsang	169 (169)	111 (111)
<i>Eigentum Private/SBB</i>		
– Verwaltung durch PPV	221 (232)	204 (204)

Abteilung für Einquartierungen

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher, die Militärkantonement, die Plätze und die Jugendunterkunft Löwengarten wurden für folgende militärische und zivile Zwecke bereit gestellt:

Militärische Einquartierungen

Mehrzweckanlage Teuchelweiher		
– Schulen und Kurse	18 150	(18 170)
– Entlassungsinspektionen für den Bezirk und die Stadt Winterthur		
Militärkantonement Tägemoos	0	(0)
Militärkantonement Wallrütli	0	(0)
Militärkantonement Steinacker	0	(650)
Total Mannschaftstage	18 150	(18 820)

Zivile Belegungen

Belegung der Mehrzweckanlage Teuchelweiher und der Kantonement

– Anzahl ziviler Organisationen (Vereine, Gruppen, Schulen usw.)	410	(445)
– Übernachtungen	ca. 8 500	(–)
– Raum- und Hallenbenutzungen	ca. 220	(–)
– Anlässe	30	(32)

Als grösste Veranstaltungen sind zu erwähnen:

- Reithallengottesdienste der Stiftung Schleife
- Hallenflohmarkte, Ausstellungen
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- Proben und Aufführungen des Theaters des Kanton Zürich
- Pfingst-Veranstaltung der Harvest Church
- Kyburgiade-Konzerte
- Winterthurer Oktoberfest
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule
- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kongress Mütter in Kontakt
- Internationales TCS Treffen für Jugendliche
- Ostschweizerisches Tambourentreffen
- Proben für die Freilichtaufführung «Fridebüte»
- Einladung für Kundinnen und Kunden der Firma Giovanelli
- Regelmässige Trainings von Sportvereinen

Belegung der Jugendunterkunft Löwengarten

– Betten	30	(30)
– Übernachtungen	2 784	(ca. 2 300)

Belegung der Plätze im Teuchelweiherareal

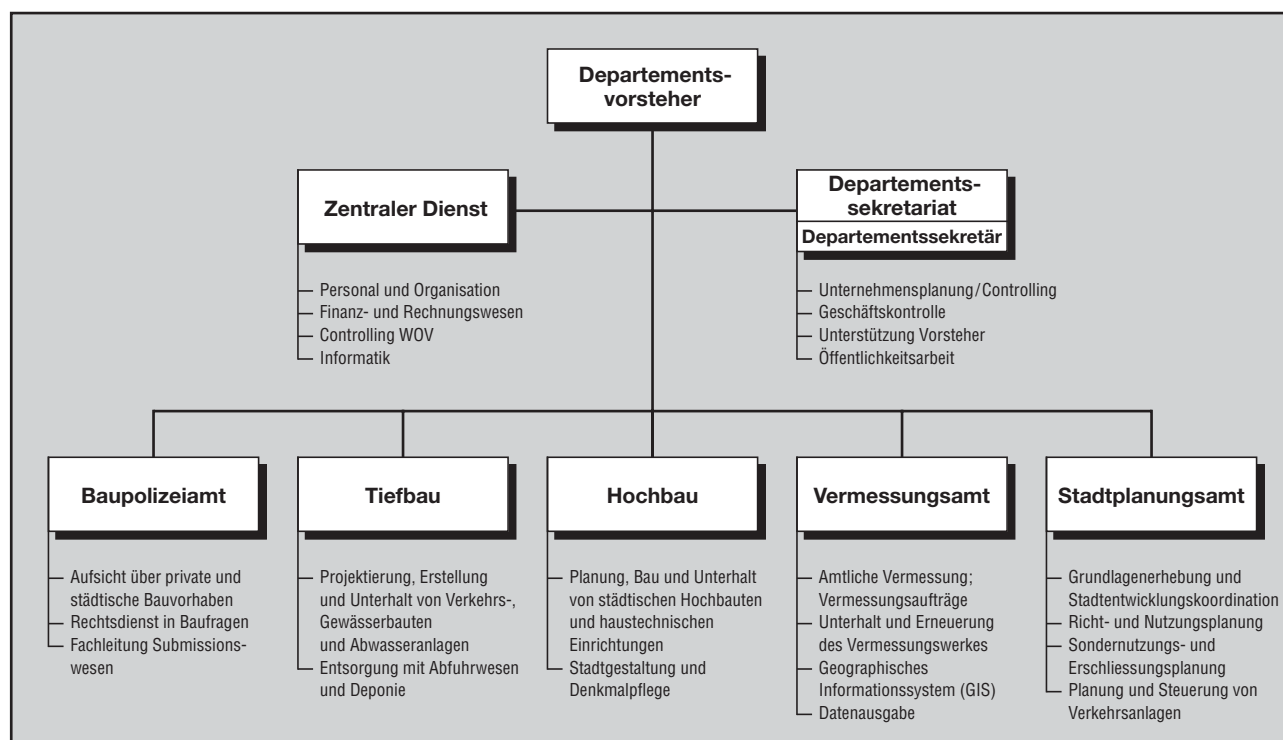
<i>Wachterareal:</i>		
– Zirkusgastspiele	7	(5)
– Diverse Veranstaltungen	2	(–)
<i>Viehmarktplatz:</i>		
– Genossenschaft «fahrender Zigeuner-Kultur-Zentrum»		

Einsatz Toilettenwagen: 14 Mal (13)

Departement Bau

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Geschäften:

- Am 14. Januar 2002 hat der Grosse Gemeinderat verschiedene Bau- und Niveaulinien (In der Au, Taggenbergbach, Sulzer-Allee usw.) neu festgesetzt resp. revidiert und den öffentlichen Gestaltungsplan Hardau revidiert.
- Ebenfalls am 14. Januar 2002 hat der Grosse Gemeinderat die Motion betreffend eine Velounterführung am Hauptbahnhof Nord für erheblich erklärt und die Frist bis am 31. Dezember 2003 erstreckt.
- Am 28. Januar 2002 hat der Grosse Gemeinderat für die Wiederinstandstellung nach Werkleitungsbauten, den Ausbau und Umbau der Auwiesenstrasse, im Abschnitt Rosenaustrasse bis Reitplatz einen Kredit von 650 000 Franken bewilligt.
- Am 4. März 2002 hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, gegen die Entscheide der Baurekurskommission IV (BRKE IV) betreffend der Zonengrenze zwischen der Mulchlingerstrasse und der Weierstrasse in Iberg-Nord, betreffend der Wohnzone W2/1.6 an der Türlimattstrasse/Kurlistrasse in Oberwinterthur, betreffend Gewässerabstand bei der Wespimühle in Wülflingen und betreffend Erholungszone E2, östliches Niederfeld, Wülflingen, Verwaltungsgerichtsbeschwerden zu erheben. Mit gleichem Beschluss wurde die vorsorgliche Beschwerdeerhebung gegen den Entscheid der BRKE IV betreffend Zone für öffentliche Bauten bei der Wespimühle in Wülflingen zurückgezogen.
- Am 18. März 2002 hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, gegen den Entscheid der BRKE IV betreffend der Zuweisung der Grundstücke Kat.-Nr. 1/3185, 1/3187 und 1/7979 zur Quartiererhaltungszone Geiselweid - Lindstrasse und gegen den Entscheid der BRKE IV betreffend der Zuweisung des Gebietes nördlich der Turmhaldenstrasse «Aspasia» zur Wohnzone W3G Verwaltungsgerichtsbeschwerde zu erheben. Mit gleichem Beschluss wurde dem Rückzug der vorsorglich erhobenen Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Entscheid der BRKE IV betreffend der Quartiererhaltungszone Ruhtal zugestimmt.
- Ebenfalls am 18. März 2002 hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, die gegen den Entscheid der BRKE IV vorsorglich erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde betreffend Einzonung Oberseen nicht zurückzuziehen. Das Verfahren sei aber zu sistieren.
- Am 8. April 2002 hat der Grosse Gemeinderat für die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Weierstrasse, im Bereich Sennhütte–Chlösterli, einen Kredit von Fr. 800 000.– bewilligt.
- Am 21. Mai 2002 übernahm Stadtrat Reinhard Stahel die Führung des Departementes Bau von Stadtrat Heiri Vogt.
- Ende Juni 2002 wurden die Bauarbeiten an der General-Guisan-Strasse, Knoten Talegg und Tösstalstrasse, nach einer Bauzeit von rund einem Jahr abgeschlossen.
- Anfang Juli läuteten die umfangreichen archäologischen Grabungen auf dem Neumarkt den Beginn der Gestaltung Neumarkt und Kasinostrasse ein.
- Am 12. August wurde mit den Bauarbeiten zur Umgestaltung des Bahnhofplatzes begonnen.
- Auf das neue Schuljahr, im August 2002, konnte das Departement Bau termingerecht das neue Schulhaus Dättbau dem Departement Schule und Sport übergeben.
- Am 26. August 2002 hat der Grosse Gemeinderat beschlossen, die vorsorglich erhobenen Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen die Entscheide der BRKE IV betreffend Zuweisung der Grundstücke Zürcherstrasse/Auenrainstrasse in Töss zur Wohn- und Gewerbezone, betreffend der Zuweisung von Teilflächen der



Grundstücke Kat.-Nrn. 1/9322 und 1/9505, Lagerplatzareal, zur Reservezone und betreffend der Zuweisung von Teilflächen der Grundstücke Kat.-Nrn. 2/15901 und 2/15904, Hegmatten, zur Gewerbezone G zurückzuführen.

- Ende August wurde der Bügel für die Erschliessung des Sulzer-Areals Oberwinterthur zwischen der Seenerstrasse und der Sulzer-Allee fertiggestellt.
- Ende August wurden die Erschliessungsanlagen für das Sulzer-Areal Stadtmitte (Ausbau der Jägerstrasse mit Knotensanierung Zürcherstrasse (inkl. Lichtsignal) und Neugestaltung Knoten Pionierstrasse/Zürcherstrasse/Schützenstrasse fertiggestellt.
- Ende November hat die Baudirektion der Aufnahme einer Entlastungsstrasse in den regionalen Verkehrsplan zugestimmt. Die Stadt wurde beauftragt, das öffentliche Planaufstellungsverfahren durchzuführen. Dieses wird vom 20. Januar bis 20. März 2003 durchgeführt.
- Im November konnte nach mehrmonatigen Verhandlungen und einer langen Planungszeit eine Vereinbarung über die gemeinsame Planung einer Neunutzung des Areals Volkshauses und des Parkhauses Arch mit einer Generalunternehmung unterzeichnet werden.
- Anlässlich der offiziellen Eröffnung der Eishalle am 29. November 2002 konnte dem Departement Schule und Sport ein Bauwerk übergeben werden, welches das Departement Bau in den letzten 25 Jahren überaus stark beschäftigt hat.
- Ende Jahr hat die Baudirektion die Resultate der Zweckmässigkeitsbeurteilung für eine Südostumfahrung Winterthur vorgestellt. Das Departement Bau wurde in die Planung miteinbezogen.
- Aufgrund einer Stimmrechtsbeschwerde gegen die Volksabstimmung vom 23. September 2001 konnten die Arbeiten für die Umgestaltung des Knotens Zwingliplatz noch nicht in Angriff genommen werden. Bis Ende des Berichtsjahres ist kein Entscheid des Regierungsrates erfolgt, weshalb der Baubeginn auf das Jahr 2004 verschoben werden musste.

Departementssekretariat

Personelles

Im Departement stehen 16 Austritten 16 Eintritte gegenüber. Dies entspricht eine Fluktuation von rund 5%. Die Neueintritte verteilen sich auf die folgenden Bereiche und Pensen: Stadtplanungsamt 0,8, Bereich Tiefbau (Strasseninspektorat) 11, Bereich Hochbau 4,3 und Baupolizeiamt 0,5 Stelleneinheiten.

Die aufwändige Mitarbeit im Rahmen des Projektes Strukturelle Besoldungsrevision «BEREWI» beanspruchte einen grossen Teil der Kapazität des Leiters des Zentralen Dienstes. Dank der guten Kommunikation gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind im Hinblick auf die Überführung und Einreihung in die neue Lohnordnung, nur 6 Einsprachen eingegangen, vom Strasseninspektorat – mit einem Personalbestand von rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – erfreulicherweise gar keine.

Finanz- und Rechnungswesen

Durch die Baufachorgane Hochbauten, Gebäudeunterhalt, Fachstellen Haustechnik und Tiefbauten wurden brutto total 84,3 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung und der Laufenden Rechnung für Neu- und Umbauten ausgegeben. Dies sind 17,7 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Der grösste Teil der Aufwendungen mit 62 Mio.

Franken resp. 74 % (Vorjahr 46 Mio.) entfallen auf den Bereich Hochbau und damit auf Bauten der anderen Departemente, und 22,3 Mio. Franken resp. 26 % (Vorjahr 20,6 Mio.) wurden in Tiefbauten investiert.

Die Einführung des neuen Rechnungswesens CS2 wurde abgeschlossen. Die Schnittstelle für die direkten Zahlungen in elektronischer Form an die Unternehmer konnte ebenfalls realisiert werden. Dadurch ist es dem Zentralen Dienst möglich, die Zahlungen schneller und effizienter via Direct-Internet-Banking direkt an die Unternehmer zu veranlassen. Die buchhalterischen Daten werden anschliessend nur noch in elektronischer Form ins CS2 des Finanzamtes übermittelt.

Für die Budgetierung des baulichen Unterhalts wurde das departementseigene Bauinformationssystem (BIS) um ein weiteres ARGUS-Modul ergänzt. Dadurch ist die Abteilung Gebäudeunterhalt in der Lage, auf wesentlich einfachere Art und Weise die jährlichen Unterhaltsbudgets zu erstellen und zu bewirtschaften.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die Fachleitung Beschaffungswesen betreute im vergangenen Jahr wiederum zahlreiche Beschaffungsvorhaben in allen Departementen. Besonders intensiv zu begleiten waren im Departement Bau die Ausschreibung der Technischen Anlagen für den Neubau des Krematoriums, im Departement Technische Betriebe die Beschaffung einer umfassenden Geschäftssoftware für die Verkehrsbetriebe und im Departement Schule und Sport die Submission der Schülertransporte. Die Erfahrung bestätigt sich, dass insbesondere Dienstleistungsaufträge und Aufträge im Informatik-Bereich besonders hohe Anforderungen an die Vergabeinstanzen stellen. Die statistische Auswertung zeigt, dass gesamthaft gesehen die Beanspruchung der Fachstelle durch das Departement Bau am höchsten ist (rund 44 %), gefolgt durch das Departement Technische Betriebe (zirka 14 %), sowie die Departemente Schule und Sport und Finanzen (je rund 10 %). Etwa 20 % der Arbeitsleistung werden für allgemeine Aufgaben (Überarbeitung Handbuch, Statistik usw.) aufgewendet. Auch im vergangenen Jahr fragten einzelne Abteilungen die Fachstelle für einen Workshop oder eine interne Weiterbildung an.

Mit Beschluss vom 20. Februar 2002 entschied der Stadtrat, die Stabsstelle Fachleitung Beschaffungswesen weiter zu führen und wieder mit einer Festanstellung mit einem Pensum von 50 % zu besetzen. Im Zuge dieser Neuorganisation wurde auch der Koordinationsausschuss Beschaffungswesen aufgehoben. Bis zum Jahresende konnte die Stellenbesetzung leider noch nicht vorgenommen werden und die Aufgaben wurden weiterhin von einer externen Beraterin wahrgenommen.

Die Fachleitung Beschaffungswesen hatte im Jahre 2002 zwei Verfahren am Verwaltungsgericht zu bearbeiten. Eine Beschwerde richtete sich gegen die Vergabe von Schreinerarbeiten beim Umbau des Altersheims Neumarkt, welche durch Rückzug erledigt wurde. Die zweite Beschwerde betraf die Submission der Anlagentechnik im Neubau des Krematoriums Rosenberg. Hier leistete der ausländische Anbieter den vom Gericht verlangten Kostenvorschuss nicht, weshalb auf die Beschwerde nicht eingetreten wurde. Auf gutem Wege befanden sich Ende Jahr die Arbeiten an der Einrichtung einer auf dem Intranet zu führenden Vergabestatistik, welche durch die IDW erarbeitet wird. Die Statistik soll im Jahre 2003 produktiv eingesetzt werden, spätestens mit dem Inkrafttreten der revidierten kantonalen Submissionsverordnung, welche aus Anlass des Inkrafttretens des bilateralen Abkommens über Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens mit der EU/EFTA überarbeitet wird.

Stadtplanungsamt

Stadtentwicklung

Der Rahmenplan Sulzer-Areal Oberwinterthur wurde aufgearbeitet. Am 18. Juli 2002 hat der Stadtrat darüber in einer Medienkonferenz orientiert. Betreffend Erschliessung des Areals und der S-Bahn Station Hegi sowie der Einführung der Buslinien sind diverse Koordinationaufgaben übernommen worden. Für die Nutzung des an die S-Bahnstation Hegi angrenzenden Baufelds wurden Überbauungsvorschläge aufgezeichnet.

Bei der Ausarbeitung des Wettbewerbs für die Gestaltung der öffentlich zugänglichen Parkanlagen im Rahmenplangebiet hat die Abteilung Stadtentwicklung die Bereiche Planung und Städtebau abgedeckt.

Im Rahmen der Mitarbeit in der Stadtentwicklungskommission wurden verschiedene Abklärungen betreffend Überbauung Arch-Areal getroffen. Für die Erarbeitung einer Studie betreffend Evaluation eines Kongresszentrums wurde nach Abklärung der Kostenfrage und der Grössenordnung ein Aufgabenbeschrieb vorbereitet und verschiedenen interdisziplinären Teams zur Offertstellung unterbreitet. Aus Untersuchungen der Gebietsentwicklungen in Freiburg im Breisgau und in Leutschenbach Zürich konnten Schlüsse und Perspektiven für künftige Entwicklungen abgeleitet werden.

Im Zentrumsgebiet Sulzer-Areal Stadtmitte wurden verschiedene Erschliessungsfragen behandelt und die weitere Entwicklung des Areals auf Fachebene begleitet. Hinsichtlich der unterschiedlichen Planungsverfahren bei den Arealentwicklungen Stadtmitte und Oberwinterthur wurden für interessierte Fachgremien Referate gehalten und Begehungen durchgeführt.

Bei der vertraglichen Regelung der Erschliessungs- und Überbauungsstudie Kornweg/Bollstrasse wurden die Rahmenbedingungen der Erschliessung sowie städtebauliche und gestalterische Leitlinien eingebracht.

Vertreter der Abteilung haben in den Steuerungsgremien verschiedener extern vergebener Studien und Untersuchungen mitgewirkt. Die Studie «Wohnen im Hochhaus» wurde im September 2002 mit einem umfassenden Bericht über geeignete Wohnungstypen, Standortbedingungen und mögliche Marktchancen abgeschlossen. Das im Mai 2002 gestartete Agglomerationsprojekt «Standortpolitik für publikumsintensive Einrichtungen» dient als Modellvorhaben für die Agglomerationspolitik des Bundes. Eine erste Phase wird im Juni 2003 zu Ende geführt.

Zur Erfassung abgeschlossener und geplanter Entwicklungen auf Stadtgebiet sind mehrere Übersichtspläne erstellt worden. Im Übrigen wurde das Stadtmodell nachgeführt.

Siedlungsplanung

Für die laufenden Rekursverfahren gegen die neue Bau- und Zonenordnung wurden Materialien bereitgestellt und Alternativen erarbeitet. Von den insgesamt 25 Rekursen sind Ende Jahr 9 erledigt, für 9 Fälle soll im kommenden Jahr eine Lösung mittels Änderung der Nutzungsplanung beschlossen werden und noch 7 (zu 5 Gegenständen) sind pendent.

Der Entwurf für ein Änderungspaket der Nutzungsplanung wurde erstellt.

Der von der Baudirektion vorgelegte Entwurf für die Revision des Inventars der überkommunalen Ortsbilder wurde geprüft und die Stellungnahme der Stadt Winterthur vorbereitet.

Für die städtischen Grundstücke Schenkelwiese, Zelgli und Tägelmöos wurden Überbaumöglichkeiten studiert und erste Grundlagen für die Vermarktung erstellt.

Für andere städtische Grundstücke wurde untersucht, wie sie bebaut werden könnten.

Im Raum Hegmatten müssen die Anliegen des Hochwasserschutzes mit den Anforderungen des Segelfluggelbes und den weiteren Bedürfnissen in diesem Raum koordiniert werden. Vorerst wurden die verschiedenen Ansprüche erhoben.

Im Rahmen von Praktikumsarbeiten wurden für den Stadtkreis Mattenbach Überlegungen zur Sicherheit im öffentlichen Raum und planerischen Entwicklungsmöglichkeiten erarbeitet.

Grössere Bauprojekte sowie Projekte, welche die Struktur von Quartiererhaltungszonen verändern können, wurden aus städtebaulicher Sicht beurteilt.

Für Anfragen und Projekte der Stadtentwicklung wurden zahlreiche Abklärungen vorgenommen und Unterlagen erstellt.

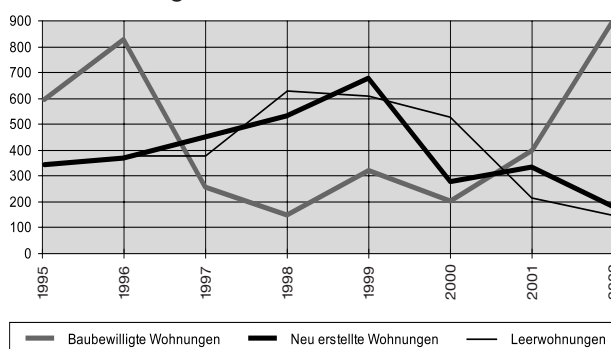
Zu Handen der Gemeinde Wiesendangen wurde ein Antrag zur Einzonung eines Teils der Deponie Riet in die Erholungszone ausgearbeitet.

Fachstelle Statistik

Die eidgenössische Erhebung über die Bautätigkeit und die Bauvorhaben ergab ein Bauvolumen in der Stadt Winterthur bezogen auf das Jahr 2001 von 393 Mio Franken (Vorjahr 374 Mio Franken). Im Rahmen der Bauerhebung muss neu auch das Eidgenössische Gebäude und Wohnungsregister nachgeführt werden, was bei der Stadt ein entsprechendes Datenlogistik-Projekt auslöste und die Fachstelle Statistik stark beanspruchte.

Der Leerwohnungsbestand ist auf 159 leerstehende und auf dem Markt angebotene Wohnungen zurückgegangen (Vorjahr 223). Es handelt sich vorwiegend um ältere kleinere Wohnungen, die über die ganze Stadt verteilt sind. Das Statistikum «Winterthur in Zahlen» konnte im

Neu erstellte Wohnungen, baubewilligte Wohnungen, Leerwohnungen



bisherigen Umfang aktualisiert werden. Es enthält die neusten Resultate der eidgenössischen Betriebszählung vom September 2001. Die Fachstelle Statistik hat den Überbauungsstand für die kantonale Bauzonenstatistik nachgeführt, die Statistikzahlen für die Nachführung der Winterthurer Internet-Seite geliefert, sowie zahlreiche statistische Auskünfte an die Verwaltung und an Private erteilt.

Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wurden die Barbara-Reinhart, die Ida-Sträuli- und die Else-Züblin-Strasse sowie die Technologiestrasse und die Strasse «Im Link» benannt.

Prüfung von Baugesuchen und Mutationen

Rund 270 Baugesuche, davon 235 ordentliche Verfahren, wurden durch das Stadtplanungsamt als Vernehmlassungsstelle der Projektorganisation Baugesuchsprüfung begutachtet. Dabei wurden planungsrechtliche Aspekte wie Zonierung, Baureife, Kinderspielplätze, Nutzungsziffern sowie Abstands- und Niveaulinien überprüft und in Zusammenarbeit mit den Baugesuchstellern und dem Bauinspektorat überarbeitet. Die Beratungstätigkeit der Verwaltung wurde rege genutzt; ein Umstand, der sich auch positiv auf den Kontrollaufwand auswirkte. Dieser konnte mit zusätzlichen organisatorischen Massnahmen weiter gestrafft werden.

Bei neun grossen Vorentscheidbegehren wurde die Vorprüfung durchgeführt und bei rund 80 Grenzmutationsgesuchen die erschliessungs- und nutzungsmässige Überprüfung vorgenommen.

Quartierpläne

Die Bauabrechnungen in den Quartierplänen «Heinrich Bosshard-Strasse» und «Stocken» konnten abgeschlossen werden. Diejenige im Quartierplan «Industriezone Hegi» steht kurz vor dem Abschluss.

Im Quartierplangebiet «Dättlau» wurde ein erster Entwurf durch den Quartierplaningenieur ausgearbeitet und die erste Quartierplanversammlung durchgeführt. Der überarbeitete Entwurf konnten noch im Dezember aufgelegt und die Einladung zur zweiten Versammlung verschickt werden. Über den privaten Gestaltungsplan «Dättlau» wurde das Einwendungsverfahren durchgeführt. Es ging keine Einwendung ein.

Beim Quartierplan «Iberg Südhang» konnte die Schlussrechnung der Verfahrenskosten verschickt und mit dem Bau der Erschliessungsanlagen begonnen werden.

Die Rekursverfahren gegen den Quartierplan «Maienried» stehen kurz vor dem Abschluss.

Beim Quartierplan «Wyden» wurde der überarbeitete Entwurf in elektronischer Form ausgearbeitet. Die zweite Quartierplanversammlung wird im Frühling 2003 durchgeführt werden.

Der Quartierplan «Oberzelg», Sennhof wurde durch einen privaten Landumlegungs- und Erschliessungsvertrag ersetzt, der Mitte Januar 2003 beurkundet wird.

Das durch die SBB lancierte Projekt «Facelifting Regionalbahnhöfe» wird laufend mit der Erschliessungs- und Quartierplanung im Umfeld der einzelnen Bahnstationen koordiniert.

Private Erschliessungen

Die Erschliessung Hirtenweg wurde weiter bearbeitet. Ein Ingenieurbüro erarbeitet ein Bauprojekt.

«Im oberen Gern» wurde ein Bauprojekt ausgearbeitet. Die Strassen sind bis auf ein Stück Trottoir an der Rümikerstrasse erstellt.

Die Erschliessung des neu eingezonten Baugebietes Oberseen wurde mit der Beantwortung eines eingereichten Postulates aufgezeichnet.

Bau- und Niveaulinien

Der Grosse Gemeinderat hat die vier Baulinienvorlagen In der Au/Fussweg zum Tössuferweg, Untere Briggerstrasse/ehemals geplante Verbindungsstrasse, Wülflinger-/Weststrasse, Sulzer-Allee/«Giesserei»/Ohrbühl-/Rümikerstrasse sowie die Versorgungsbaulinien Taggenbergbach/Wülflingerstrasse festgesetzt. Gegen zwei Vorlagen wurde je ein Rekurs erhoben. Die zwei nicht angefochtenen Baulinien sowie die bis anhin durch Rekurse blockierte Vorlage «Geplanter Radweg Meisen- bis Turm-

haldenstrasse» wurden der Baudirektion des Kantons zur Genehmigung eingereicht.

Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum

Der Arbeitsgruppe konnte nach einer Untersuchung und Zusammenstellung aller getätigten und offenen Massnahmen ein Arbeitsprogramm für 2003 vorgestellt werden, welches die Untersuchung aller Stadtteile und die Erarbeitung eines Massnahmenkatalogs beinhaltet. Im ganzen deutschsprachigen Teil der Schweiz ist ein grosses Interesse an den städtischen Richtlinien zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum auszumachen.

Verkehrserhebungen und Statistik

Neben zahlreichen Handzählungen, die der Beurteilung spezieller Problemstellungen dienen, wurde die periodische Erfassung der Verkehrsbelastungen an rund 70 Querschnitten des städtischen Strassennetzes fortgesetzt. Die 2002 erfassten und ausgewerteten Daten sind in einem Bericht zusammengestellt («Verkehr 2002»).

Die Verkehrsmengen auf der Autobahnumfahrung und den bedeutendsten Einfallstrassen nahmen in den letzten 5 Jahren folgende Entwicklungen:

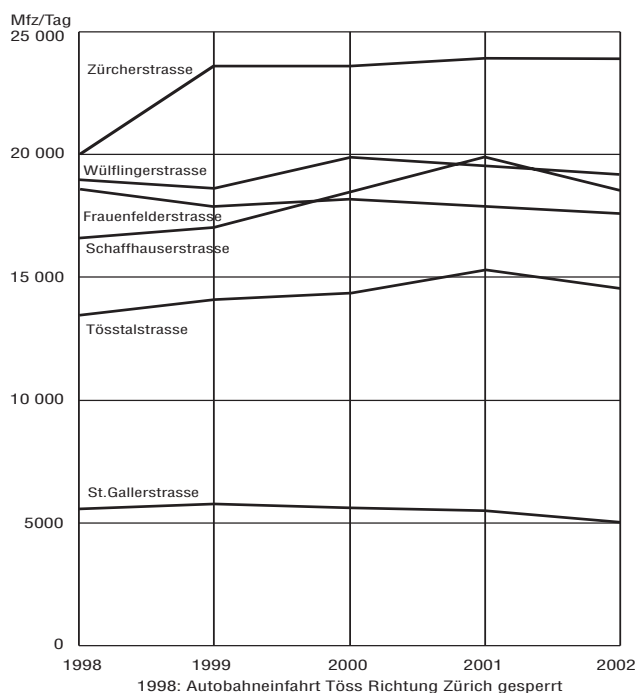
Autobahn A1

Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)

Monat	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02
Juli	63 300	70 700	76 400	76 500	79 300
August	66 200	74 100	79 300	80 200	82 900
September	67 600	75 000	80 500	81 000	81 500
Oktober	70 000	74 000	78 300	79 500	82 700
November	67 900	70 500	73 500	77 900	79 100
Dezember	63 300	65 700	70 000	72 300	70 400
Januar	60 600	63 100	66 700	68 200	69 500
Februar	65 400	60 800	71 600	73 300	75 500
März	69 500	73 100	77 400	77 200	79 900
April	71 600	74 700	76 100	78 200	81 900
Mai	71 400	75 600	79 300	80 900	82 000
Juni	71 300	77 800	78 500	81 900	82 500
Mittelwert	67 300	71 300	75 600	77 300	78 900

Verkehrsentwicklung der Einfallstrassen

Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)



Verkehrsnetze und Erschliessungen

Nach Abschluss der Zweckmässigkeitsbeurteilung verschiedener Lösungen, die eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Autobahnumfahrung versprechen, hat die Baudirektion des Kantons Zürich der Aufnahme einer Entlastungsstrasse in Oberwinterthur zugestimmt und für die öffentliche Auflage freigegeben. Mitte Jahr wurde zudem der regionale Verkehrsplan mit einer tiefer gelegten Vogelsangstrasse ergänzt. Das so ergänzte Hauptverkehrsstrassennetz bildet zusammen mit der aus der Untersuchung hervorgegangenen Bestvariante (Südumfahrung mit Anschluss Grüze) die Grundlage für die Überprüfung des städtischen Strassennetzes.

Eine im Berichtsjahr durchgeführte Studie über das städtische Busnetz («WV Teilnetzüberprüfung») gibt Auskunft über Optimierungsmöglichkeiten bezüglich Betrieb und Erschliessung. Im Bericht «Grobkonzept 2020» werden Etappierbarkeit, Prioritäten und Kostenfolge aufgezeigt.

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens wurden verschiedene Erschliessungs- und Parkierungslösungen geprüft und für die Eishalle Deutweg ein Parkierungs- und Wegweisungskonzept erarbeitet.

Verkehrssteuerung und Sicherheit

Die Auswirkungen der reduzierten zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h auf der Breitestrasse wurden bezüglich Verkehrsmenge, Geschwindigkeitsverhalten, Sicherheit und Lärm erhoben und in einem Bericht festgehalten.

Fragen der Verkehrssteuerung führten an der Frauenfelder- und Zürcherstrasse zu Abklärungen. An diversen Orten konnten Vorschläge zugunsten einer erhöhten Verkehrssicherheit vorgelegt werden, so zum Beispiel an der Auwiesen-, Schlosstal- und J. Beuggerstrasse.

Anliegen, die den Langsamverkehr betreffen, wurden anlässlich von vier Sitzungen der «Arbeitsgruppe Velo» behandelt. Die aktive Mitarbeit in SVK (Schweizerische Velokonferenz) und CFC (Cities for Cyclists) führte zu zahlreichen Kontakten und Anfragen aus dem In- und Ausland. Im April wurde eine Delegation von Politikern, Verkehrsfachleuten, Gesundheits- und Umweltschutzbeauftragten sowie Journalisten aus Norwegen empfangen. Die vom staatlichen Gesundheitsministerium berufene Delegation befasste sich intensiv mit dem Winterthurer Verkehr. Gleiches Interesse bekundete im November eine Delegation aus England. Die vom Verkehrsministerium eingesetzte Arbeitsgruppe interessierte sich insbesondere für Winterthurer Radverkehrslösungen.

Verkehrsberuhigung und Lärmschutz

Die Nachfrage nach einem ruhigen Wohnumfeld mit verkehrsberuhigten Strassen hält nach wie vor an. Heute sind in der Stadt 38 Tempo-Zonen realisiert, wovon fünf im Berichtsjahr signalisiert wurden (Steig, Schick, Büelhof, Endliker, Brühlberg). Die für eine Zonensignalisation erforderlichen Verkehrsgutachten und Massnahmenkataloge für die Gebiete Sonnenberg, Weinberg, Steinacker, Leimenegg und Neuwiesen-Tell sind erstellt. Zudem liegen weitere Begehren aus dem Dättnau, Geissacker, Hegifeld und von Iberg vor. Aufgrund der Änderungen in der Signalisationsverordnung sind die realisierten Zonen bezüglich der neuen Regelungen und Möglichkeiten zu überprüfen.

Im Rahmen von Nachmessungen – gesetzlich nun vorgeschrieben – hat die Stadtpolizei 2002 anlässlich von über 160 Geschwindigkeitskontrollen gegen 35 000 Motorfahrzeuge erfasst. Die Auswertung der Messprotokolle stellt eine wertvolle Beurteilungsgrundlage dar.



Neu zugelassene Bodenmarkierung zur Verdeutlichung des Rechtsvortritts

Im Zusammenhang mit den Verkehrsberuhigungsanliegen an der Rychenbergstrasse wurden weitere Lösungsmöglichkeiten ausgearbeitet und diskutiert.

Neben Lärmberechnungen im Rahmen von Baugesuchen mussten Anfragen bezüglich Strassen- und Eisenbahnlärmsituationen geklärt und beantwortet werden.

Im Bereich der Fachgruppe Umwelt wurden UVP-pflichtige Bauvorhaben bezüglich ihrer verkehrlichen Auswirkungen geprüft. Die durchgeführten Untersuchungen betrafen Verkehrsnetze, Parkierungen und Lärmbelastungen bei den Projekten «Wohnüberbauung Gern» und «Wässerwiesen».

Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU)

Anfang Jahr wurden die Einwendungen zur Richtplanrevision bezüglich der Verbindungsstrasse Auwiesen/Töss bis Stadtzentrum bereinigt. Am 14. März beschloss eine ausserordentliche Delegiertenversammlung, dem Regierungsrat die Festsetzung zu beantragen. Die Änderung des regionalen Richtplans wurde vom Regierungsrat am 10. Juli 2002 festgesetzt.

Am 18. Juli haben die drei Gemeinden Winterthur, Elsau und Wiesendangen die Baudirektorin gebeten, den Entscheid über die von der Stadt Winterthur am 24. Februar 1999 beantragte Aufnahme der neuen Verbindungsstrasse Oberwinterthur (kantonales Zentrumsgebiet – Frauenfelderstrasse) in den regionalen Richtplan, rasch herbeizuführen. Am 18. November teilte die Baudirektion mit, dass die Zweckmässigkeitsbeurteilung bezüglich der Umfahrung Winterthur einen Konflikt mit dem Trasse für diese Strasse ausschliesse und die RWU das Festsetzungsverfahren einleiten könne. Die Auflage wird anfangs 2003 erfolgen.

Zur Südumfahrung Winterthur schrieb der Ausschuss an die Baudirektion, dass er von den vorläufigen Resultaten der Zweckmässigkeitsbeurteilung Kenntnis genommen habe. Er schliesse sich der Beurteilung der Baudirektion an und bevorzuge ebenfalls die Autobahnvariante durch das Grüzfeld. Er unterstütze die Bestrebungen der Gemeinde Wiesendangen für eine bergmännische Lösung zur Unterquerung von Wiesendangen und befürworte die umgehende Aufnahme ins Nationalstrassennetz.

Das kantonale Tiefbauamt orientierte über die Überprüfung der im kantonalen und regionalen Verkehrsplan enthaltenen Ortsumfahrungen. Die RWU wird ihre Überlegungen dazu anfangs nächstes Jahr einreichen.

Die Entwicklung des Flugbetriebes wurde hinsichtlich Lärmausbreitung aus regionaler Sicht verfolgt und bewertet. Ende Januar gab der Ausschuss in einer Medien-

mitteilung bekannt, dass er die Kompromissvariante des «Runden Tisches» unterstütze, weil sie die Lärmbelastung ausgewogen verteile. Ende März, nach dem Beschluss des «Runden Tisches», wurde dem Regierungsrat in einem Brief mitgeteilt, dass die Nachteile des Flugverkehrs solidarisch vom ganzen Wirtschaftsraum getragen werden müssten. Von allen zur Diskussion gestellten Varianten erfülle klar nur die vom «Runden Tisch» mit überwiegender Mehrheit beschlossene Variante 2 diese Bedingungen. An der Delegiertenversammlung wurde ein Antrag gestellt, keinen solchen Brief an den Regierungsrat zu schicken; er fand aber nur 5 von insgesamt 37 Stimmen.

Die RWU beteiligt sich zusammen mit dem Kanton Zürich, den Städten Zürich und Winterthur und der Regionalplanung Zürich und Umgebung am Projekt «Modellvorhaben Agglomerationspolitik – Standortpolitik für publikumsintensive Einrichtungen in der Agglomeration Zürich». Für die RWU arbeitet der Regionalplaner mit.

In der Vernehmlassung zur Neugestaltung des Planungs- und Baugesetzes setzte sich der Ausschuss dafür ein, dass die Regionen weiterhin selbständig Planungsgrundlagen, Konzepte, Leitbilder usw. bearbeiten.

Das Amt für Raumordnung und Vermessung des Kantons Zürich überarbeitet das Inventar der schutzwürdigen Ortsbilder von überkommener Bedeutung. Die RWU prüfte die Entwürfe und gab ihre Stellungnahme ab. Bezüglich Winterthur schloss sich die RWU der Stellungnahme des Stadtrates Winterthur an.

An der 39. Delegiertenversammlung wurden vier neue Mitglieder in den siebenköpfigen Ausschuss gewählt. Von den 50 Delegierten sind 25 neu vertreten. Der Aufwand für die Regionalplanung Winterthur und Umgebung wird nach einem Verteilschlüssel aus Einwohnerzahl und berechtigter Steuerkraft berechnet. Der Anteil der Stadt Winterthur beträgt 58,1%. Das Stadtplanungsamt führt das Sekretariat nach der Verbandsordnung und verrechnet den Aufwand.

Tiefbau

Die neue Verordnung über die Siedlungsentwässerung hat sich im Grossen und Ganzen bewährt. Auch nach Versand der Jahresrechnungen im Sommer hielten sich die Einsparungen in Grenzen. Die administrativen Aufwendungen für die neue Grundgebühr bleiben aber beträchtlich. Auch mit der Umstellung auf das neue System CS2 in der Finanzbuchhaltung hatte die Administration grosse zusätzliche Arbeiten zu bewältigen.

Mit der Ausführung der Projekte Bahnhofplatz und Neumarkt wurde begonnen. Die Arbeiten werden im Sommer/Herbst des laufenden Jahres abgeschlossen.

Neben diesen Projekten im Herzen der Stadt wurden im Berichtsjahr auch die geplanten Erschliessungsanlagen für das Sulzer-Areal Stadtmitte realisiert und das Sulzer-Areal Oberwinterthur an die Seenerstrasse angeschlossen. Mit der Verknüpfung der Sulzer-Allee in Oberwinterthur mit der Rümikerstrasse – voraussichtlich realisiert bis Sommer 2004 – werden die Erschliessungsanlagen gemäss Erschliessungsplan 1. Etappe realisiert sein.

Unter der Federführung der SBB wurden die Projektierungsarbeiten für die S-Bahn Haltestelle Hegi begonnen.

Da der Rekurs gegen das Ergebnis der Volksabstimmung für die Gestaltung des Zwingliplatzes noch nicht erledigt ist, konnte bisher leider mit den Arbeiten noch nicht begonnen werden.

Ein Gestaltungsplan für eine privat betriebene Bauschuttaufbereitungsanlage auf der Deponie Riet wurde öffentlich aufgelegt und vom Kanton genehmigt. Zur Zeit läuft das Baubewilligungsverfahren für das Vorhaben. Gestützt auf die neue Verordnung über die Nachsorge und die Sanierung von Deponien (DeNav) konnte mit dem Kanton eine vertragliche Regelung für die Finanzierung der Nachsorge durch den Kanton für die ganze Deponie gefunden werden.

Der Kanton hat ein neues Konzept für die Sammlung der Sonderabfälle aus Haushalt und Kleingewerbe vorgelegt. Es sieht vor, dass in Zukunft nur noch eine grössere Sammelstelle (Hagenholz Zürich) betrieben wird. Die Sammlungen auf dem ganzen Kantonsgebiet erfolgen mit Sammelmobilen. Diese Massnahme hätte für die Stadt und die Region Winterthur einschneidende Konsequenzen. Über die Zukunft der Sonderabfallsammelstelle Riet wird noch mit dem Kanton verhandelt.

Gestützt auf das vom Stadtrat genehmigte WC-Konzept wurden die Anlagen Neumarkt und Lindenplatz umgebaut. Die neuen Anlagen finden eine gute Akzeptanz bei der Bevölkerung und sind wesentlich vandalensicherer und unterhaltsfreundlicher. Die Baubewilligung für die Anlage im Graben liegt vor. Die Realisierung ist bis Sommer 2003 abgeschlossen. Zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband wurde in Winterthur eine Tagung zur Problematik von öffentlichen WC-Anlagen durchgeführt, welche auf ein grosses Interesse stiess.

Die Sammelmengen bei den wiederverwertbaren und den verbrennbaren Abfällen blieben in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die vorgezogene Entsorgungsgebühr für Glasflaschen wurde schweizweit eingeführt. Somit kann ab 2003 mit einem namhaften Beitrag an die Glasentsorgung gerechnet werden.

Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) wurde auf den bisherigen Grundlagen weiter bearbeitet. Das Grobkonzept wurde vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) genehmigt. Zur Zeit werden noch die erforderlichen Detailberechnungen durchgeführt. Somit können

diese umfangreichen Arbeiten bis Frühling 2003 abgeschlossen werden.

Das Problem der grossen Fremdwasseranfälle beim Pumpwerk Sennhof wurde zusammen mit dem Kanton weiter bearbeitet. Dabei stellte sich klar heraus, dass alle Gemeinden im Einzugsgebiet noch grosse Anstrengungen zur Lösung dieses Problems machen müssen. Für den Ortsteil Sennhof wurden die Arbeiten bereits in Angriff genommen. Das alte Vertragswerk für die Übernahme des Abwassers aus den Tösstalgemeinden wurde aufgehoben und durch einen zeitgemässen Vertrag ersetzt.

Der vom Regierungsrat festgelegte Plan über die Hochwassergefahrengelände wurde öffentlich aufgelegt. Die Planung für die Verbesserung der Situation an der Eulach mit einem Rückhalteraum in der Hegmatten wurde vom Kanton in Angriff genommen.

Abteilung Tiefbauten

Die Baustellen auf den Hauptverkehrsstrassen (Zürcherstrasse, Salomon Hirzel-Strasse, Wülflingerstrasse und General Guisan-/Tösstalstrasse) prägten auch in diesem Berichtsjahr das Strassenbild und erschwerten den Verkehrsfluss dementsprechend.

An vier Wochenenden konnten dank grossräumiger Umleitungsmassnahmen für den Individual- und den öffentlichen Verkehr die Deckbeläge an den vorgenannten Objekten ohne Behinderungen eingebaut werden.



*Salomon Hirzel-Strasse:
Belageeinbau Fahrspur stadtauswärts.*

Dank optimalem Bauablauf und idealer Witterungsbedingungen konnte der Knoten Talegg (General Guisan-/Tösstalstrasse) Mitte Juli wieder vollumfänglich in Betrieb genommen werden.



General Guisan-Strasse/Talegg: Einbau Deckbelag

An der St. Gallerstrasse und der SBB-Linie Winterthur – St. Gallen wurden vier Brückenobjekte gleichzeitig instand gesetzt. Das Projektmanagement für alle vier Brückenobjekte erfolgte durch den Brückeningenieur der Abteilung Tiefbauten. Die Bauarbeiten konnten dank etwas Wetterglück im Spätherbst abgeschlossen werden.

Ausserdem wurden Werterhaltungsmassnahmen an den Eulachbrücken (Pflanzschulstrasse und Baderstrasse) ausgeführt.



St. Gallerstrasse, Brücke über Seenerstrasse:
Bauwerkerhaltung, Betonabtrag mit Wasserhöchstdruck

Am 13. September erfolgte die offizielle Übergabe der neuen Wylandbrücke von der SBB als Bauherrin an die Stadt Winterthur als neue Eigentümerin. Die in enger und konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Projektverfasser SBB und dem Baufachorgan als Vertreter der Stadt Winterthur entwickelte elegant und leicht wirkende Stahlfachwerkbrücke prägt das Bild im Vorbahnhofsbereich. Diese wichtige Querverbindung für Fussgänger und Radfahrer zwischen den Stadtteilen Breite und Töss wird seither rege benutzt.



Wylandbrücke: Montage eines Stahlfachwerkelementes der neuen Brücke über die bestehende Brücke

Mit dem Neubau der Erschliessungsstrasse Sulzerallee mit Anschluss an die Seenerstrasse wird die Öffnung des Sulzerareals Oberwinterthur realisiert. Die Lichtsignalanlage an der Seenerstrasse bildet neu das Eingangstor für die Zentrumszone Oberwinterthur. Ab Frühjahr 2003 erfolgt der Bau der Verlängerung der Sulzerallee als Ver-



Seenerstrasse, Erschliessung Sulzerareal: Bügel Ost

bindung zur Rümikerstrasse (gemäss Erschliessungsplan B 70), sodass die eigentliche Erschliessungsstrasse ab Sommer 2004 in Betrieb genommen werden kann.

Mit dem Einbau der Deckbeläge nach Werkleitungs- und Kanalisationsbauten konnten folgende Strasseninstandsetzungen abgeschlossen werden: Mühlebrückequartier, Erlenstrasse, Langgasse, Grabenackerstrasse und Bachtelstrasse.

Am 12. August begannen die Bauarbeiten für den Umbau des Bahnhofplatzes und am 16. September für die Neugestaltung des Neumarktplatzes. Die Arbeiten verlaufen programmgemäss, sodass die geplanten Fertigstellungen und Inbetriebnahmen für Sommer 2003 eingehalten werden können.

Auf Grund der angespannten Konjunkturlage wurde allgemein festgestellt, dass im Berichtsjahr bei den durchgeführten Submissionen (offenes Verfahren und Einladungsverfahren) die Tiefbauarbeiten generell auf sehr tiefem Preisniveau vergeben wurden.

Fertiggestellte Tiefbauten

- Bachtelstrasse, Haus Nr. 31 – Schaffhauserstrasse: Strassensanierung
- Baderstrasse, Eulachbrücke: Instandsetzung
- Erlenstrasse, Oberfeldweg – Schlossweg: Strasseninstandsetzung
- Frauenfelderstrasse, Stadlerstrasse – Stadtgrenze: Lärmschutz
- General Guisan-Strasse, St. Gallerstrasse – Stadthausstrasse: Strassensanierung
- Grabenacker, Ryckenbergstrasse – Im Geissacker: Strasseninstandsetzung
- Ibergstrasse, Weierstrasse – Schulhaus: Trottoir
- Jägerstrasse, Tössfeldstrasse – Zürcherstrasse: Ausbau
- Pfaffenwiesenstrasse, Pappelweg/Frauenfelderstrasse: Neugestaltung Knoten
- Pfaffenwiesen, Tempo-30: Ergänzung der baulichen Massnahmen
- Pflanzschulstrasse, Eulachbrücke: Instandsetzung
- Salomon Hirzel-Strasse, Schloss – Härti: Strassensanierung
- Seenerstrasse/Sulzerallee: Erschliessungsstrasse
- St. Gallerstrasse/Seenerstrasse, Brücke: Instandsetzung
- St. Gallerstrasse/Ohrbühlstrasse, Brücke: Instandsetzung
- Tösstalstrasse, Talegg – Adlerstrasse: Knoten, Busspur
- Untere Vogelsangstrasse/Wylandstrasse, Knoten: Bushaltestellen, Verkehrssicherheit

- Unterer Deutweg, Zwinglistrasse – Mattenbach: Strasseninstandsetzung
- Wildbachstrasse/Friedrichstrasse, Viehmarktplatz: Sanierung
- Wülflingerstrasse, Flüelistrasse-Knoten «Schloss»: Strasseninstandsetzung
- Wylandstrasse, SBB-Brücke: Neubau (Bauherr SBB)
- Zürcherstrasse/Technikumstrasse, Bushof/Archplatz: Fussgängerübergang, Abbau Liftanlagen

Fertiggestellte Abwasseranlagen

- General Guisan-Strasse: Kanalerneuerung
- Harzach-Quartier: Sanierung Rückstausituation
- Hermannstrasse, St. Gallerstrasse – Grünenstrasse: Kanalerneuerung
- Jägerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse: Kanalerneuerung
- Langgasse, Breitestrasse – Gutstrasse: Kanalvergrösserung
- Mühlebrückestrasse, Pflanzschulstrasse – Baderstrasse: Kanalerneuerung
- Oststrasse, Tössertobelstrasse – Leesteig: Kanalerneuerung
- Paulstrasse/Tellstrasse, Wartstrasse – Neuwiesenstrasse: Kanalvergrösserung
- Pflanzschulstrasse, Bereich Eulachbrücke: Kanalerneuerung
- Quartierplan Maienried, Basiserschliessung West: Regenwasserkanal
- Rychenbergstrasse, Haldengut – Mockentobel: Kanalerneuerung
- Schauenbergstrasse, Mühlebrückestrasse – Grünenstrasse: Kanalerneuerung
- Scherrerstrasse, Mühlebrückestrasse – Grünenstrasse: Kanalerneuerung
- Tössstalstrasse, Talegg-Adlerstrasse: Kanalvergrösserung
- Zur Kesselschmiede, Jägerstrasse – Katharina Sulzer-Platz: Kanalneubau

Laufende Tiefbauten

- Auwiesenstrasse, Rosenaustasse – Reitplatzstrasse: Strassensanierung, Radanlagen
- Bahnhofplatz, Stadthausstrasse – Museumstrasse: Instandstellung, Gestaltung
- Kasinostrasse, Marktgasse – Stadthausstrasse: Gestaltung
- Neumarkt, Marktgasse – Technikumstrasse: Gestaltung
- Paulstrasse, Tellstrasse – Neuwiesenstrasse: Strassensanierung
- Quartierplan Iberg Südhang: Erschliessungsanlagen
- Rychenbergstrasse/Haldenstrasse: Kreisel
- Schützenwiesenweg, Knoten Hessengüetlistrasse/Brühlgartenstrasse: Erschliessung
- Seenerstrasse/Sulzerallee: Erschliessungsstrasse
- Weierstrasse, Sennhofweg – Chlösterli: Verbesserung Verkehrssicherheit
- Zur Kesselschmiede, Jägerstrasse – Drehscheibe SLM: Strasseninstandsetzung
- Zürcherstrasse, Sulzerareal 1. Etappe: Aufweitung Pionierstrasse

Laufende Abwasseranlagen

- Auwiesenstrasse, Rosenaustasse – Eichliackerstrasse: Kanalerneuerung
- Iberg Südhang: Basiserschliessung
- Im Lee, Nordstrasse – Leesteig: Kanalerneuerung



*Bahnhofplatz:
Einbau des Betonbelages für die Bushaltestellen*

Projektierungen Tiefbauten

- Dättnauerbach, öffentliches Gewässer Nr. 121: Offenlegung, Kapazitätsvergrösserung
- Dättnauerstrasse, Rainstrasse-Brüttenerfussweg: Trottoir
- Eulachpark, Lindenplatz – Einkaufszentrum: Gestaltung
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse: Sanierung
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Knotenbereich: Sanierung
- Hegistrasse, Brücke über Seenerstrasse: Instandsetzung
- Kiesstrasse, Schaffhauserstrasse – Meilistrasse: Sanierung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse: Sanierung
- Mettlenstrasse, Eulachbrücke: Instandsetzung
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 13: Hochwassersanierung
- Palmstrasse, St. Gallerstrasse – Töpferstrasse: Sanierung
- Pflanzschulstrasse, St. Gallerstrasse – Römerstrasse: Sanierung
- Riedhofstrasse, Im Sporrer – Oberradstrasse: Gehweg
- SBB-Linie Bülach: Bahn- und Strassenbrücke: Instandsetzung
- Sonnenbergstrasse, Wylandstrasse – Hochwachtstrasse: Sanierung
- St. Gallerstrasse, Im Schönergund – Stegacker: Sanierung
- Sulzerallee, Anschluss an Rümikerstrasse: Neubau
- Taggenbergbach, Maienried: Offenlegung (QP Maienried)
- Technikumstrasse, PU Technikum: Sanierung

- Technoramastrasse, Brücke über Rietbach: Instandsetzung
- Tösstalstrasse, Palmstrasse – Tösstalstrasse 103: Strassensanierung (Zwingliplatz)
- Tösstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse: Gesamtsanierung
- Untere Vogelsangstrasse, Stützmauern SBB-Areal: Instandsetzung
- Werkstrasse, Eulachbrücke: Instandsetzung
- Wohnschutz und Verkehrsberuhigung, Tempo-30-Zonen: diverse Projekte
- Wülflingerstrasse, Salomon Hirzel-Strasse-Lindenplatz: Sanierung
- Zürcherstrasse, Autobahnausfahrt Töss-Steigstrasse: Sanierung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich: Sanierung
- Zürcherstrasse, Unterführung SBB-Linie Bülach: Instandsetzung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Baderstrasse, Thurgauerstrasse – St. Gallerstrasse: Kanalerneuerung
- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Lindbergstrasse: Kanalerneuerung
- Freihofstrasse, Klosterstrasse – Zürcherstrasse: Kanalneubau
- Hermann Götz-Strasse, Lindstrasse – Jakobstrasse: Kanalvergrößerung
- Kiesstrasse, Meilistrasse – Schaffhauserstrasse: Kanalvergrößerung
- Lindenstrasse, Wartstrasse – Feldstrasse: Kanalerneuerung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse: Kanalerneuerung
- Museumstrasse, Lindstrasse – General Guisan-Strasse: Kanalerneuerung
- Neugutstrasse, Feldstrasse – Haus Nr. 4: Kanalerneuerung
- Obere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse: Kanalerneuerung
- Öffentliches Kanalnetz: diverse Innensanierungen
- Pflanzschulstrasse, Zwingliplatz – Hallenbad: Kanalerneuerung
- Sonnenbergstrasse, Hochwachtstrasse – Wylandstrasse: Kanalerneuerung
- Sulzerallee, Aulzerareal – Ohrbühlstrasse: Kanalneubau
- Tösstalstrasse, Eulach – Allmannstrasse: Kanalvergrößerung

Naturflächenbilanz

Im Zusammenhang mit diversen Strasseninstandsetzungen blieb die Grünflächenbilanz praktisch ausgeglichen.

Die Bilanz wird seit 1981 nachgeführt und kann bei Bedarf bei der Abteilung Tiefbauten eingesehen werden.

Strasseninspektorat*

Alle Revierstützpunkte konnten mit neuen Kommunalfahrzeugen vom Typ City King ausgestattet werden.

Der bauliche und betriebliche Unterhalt der Verkehrswege und der Gewässer verlief erfreulich und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Leider wurde das gute Gesamtergebnis im Berichtsjahr durch zwei Unfälle mit tödlichen Folgen getrübt. Im September geriet eine Passantin an der Stadthausstrasse unter einen Kehrriechwagen und im Oktober wurde der Strassenwart Hanspeter Seeh von einem Güterzug erfasst, als er mit seinem Rapid den unbewachten Bahnübergang im Niederfeld passieren wollte.

Kanalisationsunterhalt und -betrieb

Der betriebliche Unterhalt des Kanalisationsnetzes und dessen Spezialbauwerke beanspruchte den Grossteil der Ressourcen. Im vergangenen Jahr sind ca. 24 % des Netzes oder rund 78 000 m mit Hochdruck gereinigt worden. Davon rund 15 000 m durch Privatunternehmen. Unter Berücksichtigung der regulären Unterhaltsarbeiten dienten diese Spülarbeiten vorwiegend den darauf folgenden TV-Zustandsaufnahmen. Untersucht wurden insgesamt 61 000 m Abwasserleitungen. Davon je 1000 m Grundstücks- und Strassenentwässerung.

21 480 m begehbare Kanalstrecken wurden gereinigt, kontrolliert und teils repariert. Aus Kanälen und Pumpwerken wurden ca. 500 Tonnen Kies/Schlamm abgesogen oder manuell abgeschöpft.

Glück im Unglück: Beim Brand eines Kanalunterhaltsfahrzeuges wurde ein Mitarbeiter nur leicht verletzt. Das Fahrzeug erlitt Totalschaden.

Weitere Arbeitseinsätze:

- 230 Aufträge wie Untersuchungen, Spülungen, Saugarbeiten, vorwiegend im Liegenschaftsbereich. Daraus resultieren 662 m³ Material aus Gruben und Schächten.
- 3360 entleerte Strassensammler, wobei 493 m³ Schlämme entsorgt wurden.
- Unterhalt und Reparaturen bei öffentlichen WC-Anlagen
- Kontrollen und Saugarbeiten der öffentlichen Gewässer/Kiesfänge mit 38 m³ Geschiebematerial
- Rund 300 Notfalleinsätze ausgelöst durch Pumpwerke, Kunden oder öffentliche Bereiche wie Strassenentwässerung und Gewässer.

Pumpwerke/Spezialbauwerke

148 Betriebsstörungen (Alarmer) der 25 Abwasserpumpwerke forderten im vergangenen Jahr 95 notfallmässige Einsätze durch den Pikettdienst. Technisch saniert wurden die Pumpwerke Neuburg und das durch das Strasseninspektorat unterhaltene Abwasserpumpwerk Kyburg.

Erfahrungen gesammelt wurde mit den neu im Unterhaltsbereich liegenden Spezialbauwerken Versickerung Harzach sowie Düker Seenerstrasse Sulzer.

Kehrriechsammeldienst

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 50 446 Container geleert und 3744 Tonnen Gewerbekehrriech gesammelt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme

* Das Strasseninspektorat ist für den Betrieb und Unterhalt der Strassen eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

von 1753 Containerleerungen (3%). Die Abfallmenge des Gewerbekehrichts erhöhte sich um 70 Tonnen. Es wurde eine durchschnittliche Tagesleistung von 200 Containerleerungen oder 14,8 Tonnen erreicht. Der Anteil des Betriebskehrichts am gesamten von der Stadt der Kehrichtverbrennungsanlage zugeführten Kehrichts (16 785 Tonnen) beträgt rund 22 %.

Insgesamt wurden vom Sammeldienst 6917 Stunden für das Einsammeln und Entsorgen der Abfälle aus Haushalt und Gewerbe aufgewendet. Die Transportleistung betrug 49 184 km. Dies belegt die sehr gute Auslastung der Fahrzeuge und ergibt Kennwerte für die Sammelleistung von 2,43 Tonnen/Std. bei einer Wegstrecke von 7,12 km/Std. und einer Menge von 0,35 Tonnen pro km. Insgesamt entspricht die Jahresmenge von 16 785 Tonnen Abfällen aus Haushalten und Gewerbe der Stadt Winterthur einer Zunahme von 128 Tonnen. Pro Einwohner wurden 181 kg Abfall in der Kehrichtverbrennungsanlage entsorgt.

Im Berichtsjahr wurden zwei neue Kehrichtfahrzeuge angeschafft. Es handelt sich dabei um die neueste Generation mit Niederflurkabinen. Ausgerüstet sind die Fahrzeuge mit einer Laderaumüberwachung, wie sie von der EU verlangt werden. Mit diesen Fahrzeugen erfüllt der städtische Sammeldienst den vorgeschriebenen Standard bezüglich Sicherheitsvorschriften. Bis anhin waren alle Kehrichtfahrzeuge mit Aufbauten der Firma Ochsner ausgerüstet. Die beiden Neuen haben einen Mammut Aufbau der Firma Moser Tech in Lyssach. Beide Fahrzeuge werden vorwiegend in der Grünabfuhr eingesetzt.

Sammelleistung Kehricht

Zusätzlich zum Stadtgebiet bedient der Sammeldienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesen-dangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	Kehricht Stadt t	Kehricht Gemeinden t	Total t
1996	18 992	2 488	21 479
1997	14 680	2 242	16 922
1998	14 915	2 285	17 200
1999	15 900	2 458	18 358
2000	16 423	2 537	18 960
2001	16 657	2 857	19 514
2002	16 785	2 920	19 705

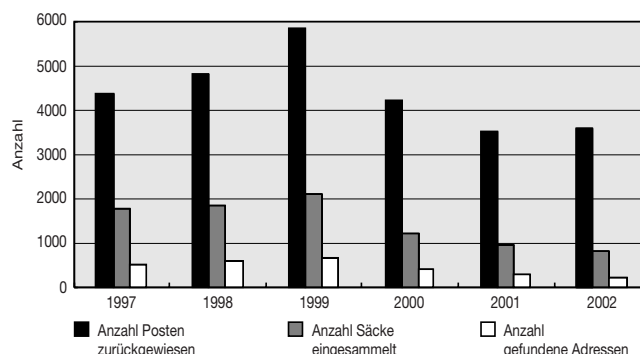
Auch beim Gemeindekehricht ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Diese fällt aber mit 63 Tonnen sehr gering aus.

Abfallkontrolle / Verwaltungsverfahren / Verzeigungen

Ist ein Kehrichtsack nicht oder zu wenig frankiert, wird er mit einem Rückweisungskleber versehen und stehen

gelassen. Falls der Sack nicht zurückgenommen oder nachfrankiert wird, wird er nach 3 bis 4 Tagen durch den Abfallkontrolleur eingesammelt und geöffnet. Bei knapp

Kontrolle von unfrankierten oder zu wenig frankierten Kehrichtsäcken



einem Drittel der kontrollierten Säcke (821) konnte ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden (236). Den Fehlbaren wird eine Bearbeitungsgebühr von 50 Franken auferlegt. Falls die Zahlung ausbleibt, erfolgt eine Verzeigung beim Statthalteramt.

Die Anzahl der unfrankierten Säcke ist gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Es waren 53 Säcke mehr (1,4%).

Separatsammelstellen und Separatsammeltouren

Trotz Videoüberwachung an den Sammelstellen ist die Tendenz der widerrechtlichen Ablagerungen wieder steigend. Im Berichtsjahr mussten 288 Tonnen brennbares Material von den Sammelstellen entsorgt werden. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 39 Tonnen oder 13,5 %. Die Zahlen übers ganze Jahr gesehen liegen jedoch immer noch beträchtlich unter denen vor der Einführung der Überwachung. Da waren es doch mehr als 330 Tonnen. Die Verzeigungen ab Videoband wegen Ablagerungen ausserhalb der Benützungszeiten oder wegen widerrechtlicher Ablagerungen haben auch zugenommen. Es wurden 299 Personen verzeigt, das sind 66 mehr als im Vorjahr (233).

Altpapier

Nach stetiger Zunahme beim Altpapier in den letzten Jahren konnte im Berichtsjahr erstmals wieder ein Rückgang festgestellt werden. Dieser ist mit 303 Tonnen ziemlich massiv (- 5%). 6090 Tonnen im Vorjahr gegenüber

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	Einwohner	Hauskehricht/ Gewerbe		Altpapier	Altglas	Altmetall	Alu/ Weissblech	Grün- abfälle	Total	
		t	kg/Ew	t	t	t	t	t	t	kg/Ew
1989	87 330	26 827	307	1 748	1 653	460	19	1 498	32 205	368
1990	88 075	25 013	284	2 555	1 810	536	23	2 994	32 931	373
1991	89 085	25 143	282	2 982	2 015	584	59	3 537	34 320	385
1992	88 812	25 467	287	2 973	2 072	630	92	3 994	35 228	396
1993	89 271	25 783	289	3 133	2 060	582	114	4 328	36 000	403
1994	89 687	26 992	301	3 443	2 074	722	130	4 719	38 080	424
1995	89 860	28 039	312	3 650	2 101	830	141	4 892	39 653	441
1996	89 746	18 991	211	4 793	2 392	886	218	6 849	34 129	382
1997	89 772	14 680	164	5 071	2 371	642	214	7 315	30 411	339
1998	90 209	14 915	165	5 485	2 381	657	202	7 360	31 000	344
1999	90 792	15 900	175	5 789	2 408	696	194	7 887	32 874	362
2000	91 198	16 423	180	6 015	2 495	674	185	8 227	34 087	374
2001	92 041	16 657	181	6 090	2 600	716	179	8 336	34 587	376
2002	92 875	16 785	181	5 787	2 666	672	180	8 552	34 722	374

5787 Tonnen im Berichtsjahr. Das Hauptproblem bei der Papierabfuhr ist nach wie vor die Bereitstellung in der falschen Woche. Die gesammelte Papierqualität ist sehr gut.

Kartonsammlung

Neu konnte im Berichtsjahr an jedem Samstag an einer von sieben Abgabestellen Karton abgegeben werden. So kamen an 52 Abgabestellen 124,83 Tonnen Karton zusammen. Dies ergab pro Samstag durchschnittlich 2,41 Tonnen. Das Fahrzeug stand jeweils von 12.30 bis 15.00 Uhr bereit. Pro Stunde wurden somit durchschnittlich 946 kg Karton gebracht. Eine Tonne Karton kostete rund Fr. 170.– zum Einsammeln. Die Gratisabgabe wurde auch vom Kleingewerbe rege benutzt, obwohl das Gewerbe für die Entsorgung selbst verantwortlich wäre. Der Versuch wird im Jahr 2003 im gleichen Umfang weitergeführt.

Altmittel

Die 6 durchgeführten Altmittel Haussammlungen ergaben 28,6 Tonnen Metallschrott, 5,9 Tonnen (20,6%) weniger als im Vorjahr. Der grösste Teil des Altmittels fällt bei den Sammelstellen an. Hier ist eine Abnahme um 37 Tonnen (5,8%) auf 644 Tonnen zu verzeichnen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 44 Tonnen weniger Altmittel eingesammelt als im Vorjahr.

Grüngutstation Riet

Gesamthaft wurden 12 442 Tonnen Grüngut angeliefert. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 14 Tonnen. 8552 Tonnen entfallen auf die städtische Grüntour.

Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus den der Vergärung zugeführten 8500 Tonnen Grüngut werden rund 850 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt ca. 4,8 Mio kWh.

Biogas stellt unter den heute genutzten erneuerbaren Energiequellen einen beachtlichen Posten dar.

Grünabfälle

Die Grüntour im Berichtsjahr ergab eine Sammelmenge von 8552 Tonnen. Die Jahresmenge ist damit um 216 Tonnen (2,6%) angestiegen und entspricht rund 93 kg/Einwohner. Zur Grüngutbewirtschaftung gehört auch die Kompostberatung und der Häckseldienst. Beides Dienstleistungen, die von der Bevölkerung rege beansprucht werden.

Abfallberatung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallberatung und des Abfalltelefons waren auch dieses Jahr gefragt. Die meisten Fragen betrafen die Papier- und die Kartonsammlung.

Im Berichtsjahr wurden zwei Kompostierkurse durchgeführt.

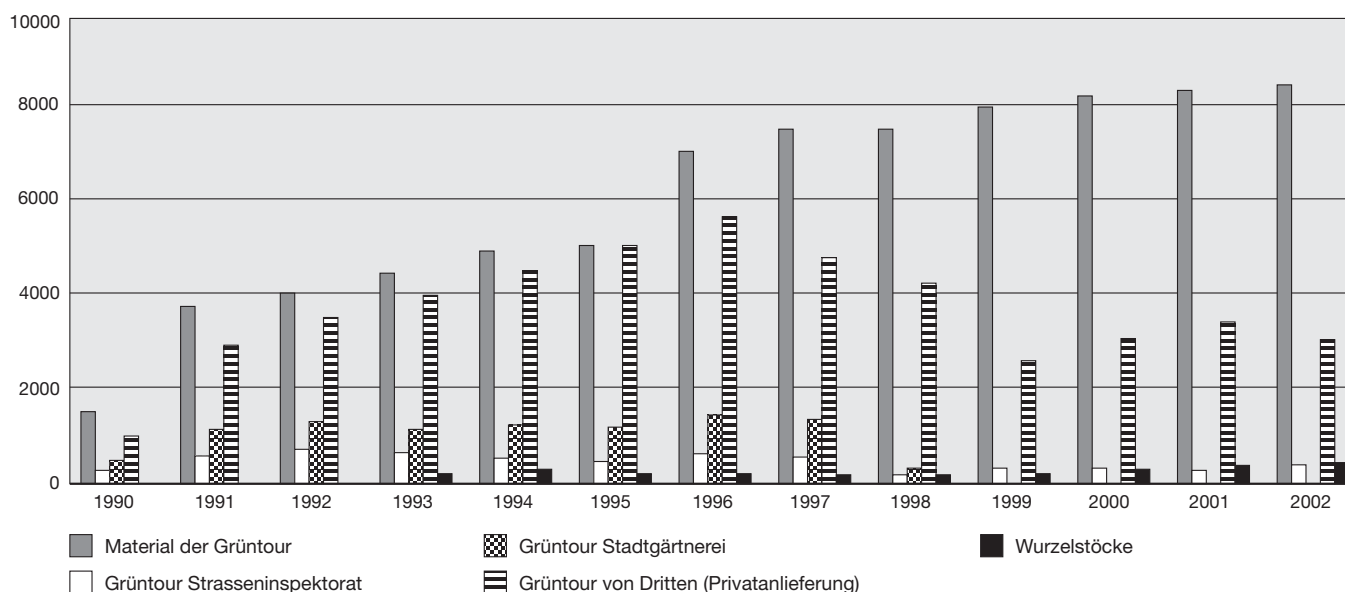
Im September beteiligte sich die Stadt Winterthur wieder am Clean-Up Day. Es konnten ca. 500 Freiwillige gefunden werden, die bei der Säuberung von Wald und Bachufern mitwirkten.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde im Berichtsjahr Material im Umfang von 36 295 Tonnen angeliefert. Davon entfallen 12 442 Tonnen auf Grünabfälle, welche der Grüngutbehandlung zugeführt wurden. In der betriebseigenen Bauschuttsortierung wurden 2921 Tonnen vermischte Abfälle triagiert. Dadurch konnten 207 Tonnen der Verwertung und 312 Tonnen der KVA zugeführt werden, der Sortierrest wurde deponiert. Strassenabfälle werden auf der Deponie nur zwischengelagert. Sie werden anschliessend in eine externe Aufbereitungsanlage gebracht.

Insgesamt wurden auf der Deponie 21 298 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund 15 034 m³ (vgl. Tabelle).

Grüngutanlieferung im Riet



Eingebaute Materialien

	t/m³	2000		2001		2002	
		t	m³ fest	t	m³ fest	t	m³ fest
KVA Schlacke	1,5	22 040	14 693	20 999	14 000	14 659	9 773
KVA Reststoffe	1,6	5 436	3 398	0	0	0	0
Sortierrest	1,2	3 101	2 584	2 643	2 202	2 402	2 002
Direkteinbau	1,3	6 225	4 788	6 005	4 619	4 237	3 259
Recycling-Bau- stoffe Deponie	1,3	11 787	9 067	806	504	0	0
Total		48 589	34 530	30 454	21 325	21 298	15 034

Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne Störeignisse. Alle Betriebs-, Überwachungs- und Vermessungsdaten entsprechen den Vorschriften und sind dokumentiert (vgl. Jahresbericht Deponie Riet). Die Einbaumenge und der Deponieraumverbrauch sind nochmals deutlich geringer ausgefallen, sie entsprechen dem tiefsten Wert seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen. Vereinbarungsgemäss wird seit Oktober 2001 ein Teil der KVA-Schlacke in eine ausserkantonale Deponie geführt (entsprechend den ausserkantonalen Abfallanlieferungen).

Zur Regelung der Deponienachsorge konnte mit dem Kanton eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen werden. Im Hinblick auf die Nachsorgephase und den Abschluss der älteren Deponieteile wurden weitere Untersuchungen zum Wasserhaushalt vorgenommen. In einem Markierversuch konnte bestätigt werden, dass unverschmutztes Drainagewasser die Deponie von Norden her unterströmt und sich als Fremdwasser ins Schmutzwasserdrainagesystem des alten Deponieteils (Rietberg) einmischt. Die Untersuchungen wurden ergänzt durch zwei Kampagnen zur Abflussmessung in Oberflächen-gewässern.

Auf der Teiletappe 6.2 ist als Zwischennutzung eine private Aufbereitungsanlage für Bauschutt geplant. Der von der Betreibergemeinschaft (WINREC) eingereichte Gestaltungsplan wurde vom Kanton festgelegt.

Stadtentwässerung

Im Frühling 2002 lag das Grobkonzept des Generellen Entwässerungsplanes (GEP) vor. Dessen Ergebnisse wurden den zuständigen Stellen in Stadt und Kanton vorgestellt und von diesen genehmigt. Im Laufe des Jahres wurde die Machbarkeit des Konzeptes geprüft und detailliertere Berechnungen angestellt. Mitte Jahr wurden zum ersten Mal die Rechnungen für die Grundgebühren Siedlungsentwässerung für ein ganzes Jahr verschickt.

Öffentliches Kanalisationsnetz und Liegenschaftsentwässerung

Das Grobkonzept des GEP sieht vor, den Schmutzfrachteintrag in die Gewässer zu verringern, indem mit vier zusätzlichen Regenbecken mehr verschmutztes Abwasser der ARA zugeführt und die Entlastungsmengen der Regenüberläufe verringert wird. Im Konzept wird zudem auf den steigenden Bedarf von werterhaltenden Kanalerneuerungen und -sanierungen hingewiesen. Im Laufe des Jahres wurde an den detaillierten hydraulischen Berechnungen gearbeitet sowie die Machbarkeit der vorgeschlagenen Massnahmen geprüft. Weiter musste ein Teil der Zustandsberichte ergänzt werden. Vor allem Probleme mit der Übereinstimmung der enormen Datenmengen verunmöglichten den vorgesehenen Abschluss der Arbeiten bis Ende 2002. In engem Zusammenhang mit dem GEP stehen die Arbeiten am GIS. Die Mitarbeiter, die normalerweise Werkpläne im GIS erfassen, wurden durch

die Arbeiten am GEP stark beansprucht. Trotzdem konnten im Berichtsjahr 30 km öffentlicher Kanal und 45 km Anschlussleitungen mit dem neuen System (C-Plan) erfasst werden.

Der Ausdruck der Rechnungen der Grundgebühren für die Siedlungsentwässerung wurde dem Bedürfnis der Kunden angepasst. Neben der eindeutigen, aber nicht geläufigen Bezeichnung mit der Kreis-/Kataster-Nummer des Grundstückes ist jetzt auch die Adresse ersichtlich. Rund 50 Eigentümer waren nicht einverstanden mit der Höhe ihrer Grundgebühren und verlangten eine rekursfähige Verfügung. Sechs Eigentümer reichten beim Stadtrat eine Einsprache ein. Drei Rekurse wurden abgelehnt, die restlichen sind hängig. Mit der Firma Sulzer schloss der Stadtrat für das Werk Oberwinterthur einen speziellen Vertrag. Ähnliche Verträge mit dem Kanton Zürich (überkommunale Strassen) und den Schweizerischen Bundesbahnen (Bahntrasse) stehen kurz vor dem Abschluss.

Von den 38 km mit Kanal-TV aufgenommen öffentlichen Kanälen wurden im Berichtsjahr 32 km auf den baulichen Zustand ausgewertet und in die Datenbank aufgenommen. Diese für das GEP erforderliche Datensammlung umfasst jetzt über 200 km Kanäle, deren Zustand nun genau bekannt ist. Im Zusammenhang mit zukünftigen Kanalbaustellen wurden rund 530 Anschlussleitungen mit Satelliten-Kanal-TV erfasst und ausgewertet.

Der Abteilung Tiefbauten (ATB) wurden im Berichtsjahr 6 Aufträge mit total 1240 m für Kanalerneuerungen und 4 Aufträge mit insgesamt 1100 m für Kanalsanierungen erteilt. Ausgeführt wurden durch die ATB im selben Zeitraum 850 m Kanalerneuerungen und 900 m Kanalsanierungen. Bei diesen Arbeiten werden, soweit nötig, auch die privaten Entwässerungsleitungen und die Sammlerleitungen der Strassenentwässerung mindestens im Strassengebiet erneuert oder saniert. Der Zuwachs an neuen öffentlichen Kanälen beträgt rund 4200 m, wovon allein 3200 m im Rahmen des Quartierplans Iberg Südhang erstellt wurden.

Einer Grossüberbauung in Wülflingen wurde in der Baubewilligung die Wärmergewinnung zu Heizzwecken aus Rohabwasser der Kanalisation vorgeschrieben. In Verhandlungen wurde eine in Winterthur erstmals angewendete, für alle Seiten wirtschaftlich und technisch akzeptierbare Lösung gesucht, jedoch noch nicht abschliessend gefunden.

Im Zusammenhang mit Baugesuchen wurden von den Mitarbeitern der Liegenschaftsentwässerung bei 100 Liegenschaften Zustandsuntersuchungen der Grundleitungen mit Kanal-TV verlangt, ausgewertet und je nach Zustand eine Erneuerung oder Sanierung gefordert. Mehrere Grossüberbauungen erforderten langwierige Beratungen und Verhandlungen bei der Projektierung und Ausführung der Liegenschaftsentwässerung, insbesondere betreffend Versickerungsanlagen für nicht verschmutztes Abwasser.

Fachstelle Industrieabwasser

Im Berichtsjahr wurden alle abwasserrelevanten Garagen überprüft und Abwasserproben untersucht. Von insgesamt 55 Garagen mussten 16 Beanstandungen ausgesprochen werden. Der teilweise schlechte Zustand der Abwasserbehandlungsanlagen machte deutlich, dass regelmässige Kontrollen notwendig sind. Im Rahmen von periodischen Kontrollen wurden neun verschiedene Betriebe besucht, davon leiten fünf belastetes Abwasser in die Kanalisation. Fünf weitere Betriebsbegehungen fanden mit der Arbeitsgruppe Störfallvorsorge statt.

Zwei Garagen sowie sechs Malerbetrieben wurden eine gewässerschutzrechtliche Bewilligung für ihre Spaltanlage erteilt.

Nachdem die offene Stelle in der Sonderabfallsammelstelle besetzt werden konnte, wurde Kapazität frei um den Laborbereich wieder zu aktivieren. So wurden alle Kohlenwasserstoff-Bestimmungen der Wasserproben von Spaltanlagen selber durchgeführt. Nach einer Parallelmessung mit einem externen Labor wurden auch die dreimal jährlich zu entnehmenden Sielhautproben selber analysiert. Über das zweite Halbjahr wurde die Frischschlammanalyse der ARA Hard im Vergleich zu einem externen Labor durchgeführt. Aufgrund der etwas aufwändigeren Methode wurden teilweise höhere Werte gemessen, die jedoch verifiziert werden konnten. Es ist Ziel, diese Untersuchungen ganz zu übernehmen. Ebenfalls wieder aufgenommen wurden monatliche Analysen von Deponiesickerwasser. Das weitere Vorgehen muss noch abgesprochen werden.



Entgegennahme von Sonderabfall der Bevölkerung

Sonderabfallsammelstelle

Die Gesamtmenge an angenommenem Sonderabfall konnte von 201 Tonnen auf knapp 230 Tonnen gesteigert werden. Dies ist gleich viel wie im bisherigen Rekordjahr 1998. Wesentlich dazu beigetragen hat die Stadtrümpelung mit insgesamt 17 Tonnen von über 2400 Kunden gegenüber 5 Tonnen von 600 Kunden aus dem Vorjahr. Diese massive Zunahme ist zumindest teilweise mit den in alle Haushalte verteilten Kunststofftragtaschen – beschriftet mit Abgabeort, Zeit und Datum sowie den Sonderabfällen – zu erklären. Im weiteren hat die erstmals durchgeführte zweite Sammeltour ebenfalls zu dieser Steigerung beigetragen.

Die Direktanlieferungen verteilen sich hauptsächlich auf Industrie, Gewerbe, Verwaltungen und Haushaltungen. Ebenfalls werden die Einsammlungen von Apotheken und Drogerien sowie die Gemeindeentrümpelungen aus dem Weinland in der Sonderabfallsammelstelle Riet angeliefert.

Insgesamt wurden 55 Tonnen (Dispersionen, Altmedikamente, Verpackungen) in der Kehrrichtverbrennungsanlage verbrannt. Der Rest wurde an verschiedene Entsorgungsunternehmen übergeben. Die totalen Entsorgungskosten von 120 000 Franken konnten mit den eingenommenen Annahmegebühren von 113 000 Franken annähernd gedeckt werden.

Nach dem kantonalen Entscheid in Zukunft mit Hagenholz nur noch eine Sonderabfallsammelstelle zu unterstützen, ist die Zukunft der Sammelstelle im Riet ungewiss.

Mit der Ausbildung eines Mitarbeiters zum Gefahrgutbeauftragten wurde dem Inkrafttreten der entsprechenden neuen Verordnung ab 1. Januar 2003 Rechnung getragen. Dadurch nötig gewordene Anpassungen wurden bereits umgesetzt.

Hochbau

Im gesamten Bereich Hochbau wurden 4,3 Stellen neu besetzt. Diese sind auf einen Austritt bei der Denkmalpflege (0,8 Stellen) einer Pensionierung bei der Abteilung Hochbauten, zwei Pensionierungen bei der Abteilung Gebäudeunterhalt sowie auf eine neu geschaffene und befristete 50%-Stabsstelle in der Bereichsleitung zurückzuführen.

Die Fertigstellung der Schulhäuser Laubegg und Hohfurri, des Alterszentrum Neumarkt (Altbau) und der Kreisbibliothek Wülflingen, die Inbetriebnahme der Eissporthalle, das Rohbauende des «Tösserhauses», der Baubeginn des Krematoriums Rosenberg und auch die Baueingabe für den Neu- und Umbau der Metallarbeiterschule waren im Berichtsjahr diejenigen Ereignisse, die ein breites Echo auslösten.

Mit zahlreichen Umbau- und Sanierungsprojekten gelang es, trotz den beschränkten finanziellen Mitteln, das Etat der städtischen Liegenschaften den aktuellen Nutzungen anzupassen und auch den Wert der Bausubstanz zu erhalten.

Stadtgestaltung

Die zur Entlastung des Bereichsleiters neu geschaffene 50%-Stelle, konnte bereits per 1. Februar durch eine Fachmitarbeiterin (dipl. Architektin ETH) besetzt werden.

Im Berichtsjahr wurden 602 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung, architektonischer Gestaltung und denkmalpflegerischer Belange beurteilt. Hinzu kam noch die Beurteilung von 53 Reklamegesuchen, 65 Gesuchen für Fassadenrenovierungen, sowie 63 Abnahmen von Material- und Farbkonzepten.

Erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr ebenfalls die Beratung von Bauwilligen vor der Eingabe eines Baugesuches.

Zu erwähnen ist auch die Mitarbeit an Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften.

Für den Tiefbau erfolgten gestalterische Beratungen für diverse Platz- und Brückenbauten.

Bei den untenstehenden Objekten führte die Stadtgestaltung die geforderten Auswahlverfahren für die Beschaffung von Kunst am Bau durch:

- Alterszentrum Neumarkt (Altbau)
- Stadtbibliothek Tösserhaus
- Kreisbibliothek Wülflingen

Abteilung Denkmalpflege

Personelles

Ende November ist eine Projektleiterin ausgetreten. Diese Stelle wurde am 1. Dezember 2002 wiederbesetzt.

Renovationen, Umbauten von Inventar- und Schutzobjekten sowie Neubauten in Kernzonen

Die Zahl der zu bewältigenden Baugesuche betraf 142 neue Objekte, die zu betreuen waren, neben den bereits laufenden. In 26 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens oder einer Schutzabklärung erforderlich. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 58 %. Dies hängt damit zusammen, dass mehr Abbruchgesuche als in den letzten Jahren eingereicht wurden und die Baugesuche vermehrt Inventarobjekte betreffen und nicht Neubauten in Kernzonen. So musste intensivere Über-

zeugungsarbeit geleistet und mehr Bauten begleitet werden als im vergangenen Jahr.

Folgende grössere Umbau-, Renovations- und Neubau-Projekte wurden in diesem Jahr betreut:

Altstadt

- Marktgasse 10. Restaurierung von historischen Biedermeierfenstern.
- Marktgasse 46. Dachgeschossumbau und -ausbau.
- Marktgasse 78. Schutzobjekt. Umbau der Wohnung in eine Arztpraxis.
- Metzggasse 13. Schutzabklärung und Vorprojekt. Das Haus ist in weiten Teilen seit langer Zeit nicht mehr unterhalten worden. Während der Laden im Erdgeschoss vergrössert wird, sollen die Wohnungen in den Obergeschossen modernisiert werden.
- Metzggasse 13/15. Zusammenlegung zweier Wohnungen im 3. Obergeschoss.
- Neustadtgasse 19 und 21. Schutzabklärung.
- Neustadtgasse 23 und 25. Die Liegenschaft Neustadtgasse 23 gehört zu den für die Neustadtgasse typischen aber nur noch spärlich erhaltenen Handwerkerhäusern. Das Haus Neustadtgasse 23 kann erhalten und renoviert werden.
- Obere Kirchgasse 22. Dachgeschossausbau.
- Obere Kirchgasse 12. Fassadenrenovation.
- Obergasse 24. Fassadenrenovation mit Sumpfkalkverputz.
- Stadthausstrasse 61. Schuhhaus Peterhans. Die Fassade wurde mit einem neuen Sumpfkalkverputz versehen und mit Kalkfarbe gestrichen.
- Stadthausstrasse 79. Ausbau und Renovation des Dachgeschosses.
- Steinberggasse 33, Schutzabklärung und Schutzvertrag. Das Haus «Zum Tiger» geht in seinen Ursprüngen bis ins Mittelalter zurück. Seine Innenausstattung stammt vorwiegend aus dem 18./19. Jahrhundert. Die Fassaden und der Dachstuhl können vermutlich in das Jahr 1696 datiert werden. Mit der Eigentümerschaft konnten die denkmalpflegerischen Leitplanken für eine spätere Modernisierung der Wohnungen festgelegt werden. Zunächst sollen die Fassaden renoviert werden. Dazu werden historische Materialien wie Ölfarbe und Sumpfkalk eingesetzt.
- Unterer Graben 5, «Haus zum Bären». Gesamtrenovation. Rekonstruktion von Deckenmalereien aus dem frühen 19. Jahrhundert und sorgfältige sachgemässe Renovation der historischen Innenausstattung.

Übriges Stadtgebiet

- Anton Graff-Strasse 6. Ehemaliges Landhaus der Familie Ninck. Abbruch des störenden Anbaus aus dem 20. Jahrhundert.
- Anton Graff-Strasse 60. Anbau Wintergarten und Renovation der Wohnungen. Das Gebäude ist von den bekannten Architekten Fritschi & Zangerl 1914 erstellt worden und seine originale Ausstattung ist weitgehend erhalten.
- Ausserdorfstrasse 13/Bachtelstrasse 98, 100, 100A. Das Ensemble wurde von der Stadt Winterthur an einen privaten Eigentümer verkauft, der das Haus sorgfältig und unter Beachtung baubiologischer Gesichtspunkte saniert. Dem Erhalt historischer Strukturen und Innenausstattungen wird hohe Priorität beigemessen.
- Bachtelstrasse 52/56. Ehemaliger Kehlhof von Veltheim. Schutzabklärung.
- Bachtelstrasse 61. Renovation. Das Haus gehört zu den ältesten Gebäuden in Veltheim.
- Bahnhofplatz, «National». Entgegen den ursprünglichen Auflagen in der Baubewilligung wurde das Geschäftshaus aus dem 19. Jahrhundert, das unter anderem



Museumsstrasse, Museums- und Bibliotheksgebäude von Rittmeyer & Furrer:

Das Nebentreppenhaus wurde ausschliesslich mit historischen und baubiologischen Materialien saniert (Leim- und Ölfarben).

erster Geschäftssitz der Winterthur Versicherung war, vollständig ausgekernt. Gegen die Bauherrschaft wurde ein Verfahren eröffnet.

- Eidbergstrasse 82. Mit seiner Kernsubstanz um 1500 handelt es sich um das derzeit älteste bekannte Bauernhaus in Eidberg (Hochstudhaus). Der ganze Kernbau ist in sehr kräftig dimensioniertem, handgehauenen Bauholz und in überdurchschnittlich guter Qualität gezimmert. Der Umbau in ein Mehrfamilienhaus steht kurz vor der Vollendung.
- Klöti-Strasse 31. Ehemaliges «Hänggi»-Gebäude. Gutachten zur Baugeschichte.
- Eulachstrasse 6. Umbau. Die Arbeiten an dem imposanten Mehrzweckbauernhaus sind abgeschlossen. Leider wurde bei einigen ortsbildrelevanten Entscheidungen, wie der Verkleidung des Anbaus oder der Gestaltung des ehemaligen Tenntores, die Denkmalpflege nicht miteinbezogen.
- Gernstrasse 11. Das Gebäude aus dem 19. Jh. wurde in ein Einfamilienhaus umgebaut.
- Gernstrasse 35. Erarbeitung eines Projektes zur Umnutzung des Ökonomiebaus in ein Reiheneinfamilienhaus.
- Grüzstrasse. Industrieareal «Schliff». Projekt Erweiterung Fotomuseum.
- Hegfeld, Ensemble «Mittlere Mühle». Für den ehemaligen Rossstall konnte eine neue Nutzung als Wohnhaus und Kleintierstall gefunden werden.

- J.C. Heer-Strasse 21. Renovation.
- Mettlenstrasse 28. Bauhistorisches Gutachten. Umnutzung in ein Mehrfamilienhaus. Derzeit laufen weitere Abklärungen betreffend der Sanierung des Mühlenkanals und des Mühlrads sowie einer formellen Unterschutzstellung.
- Museumsstrasse, Bibliotheks- und Museumsgebäude. Renovation Dienstreppenhaus.
- Oberer Deutweg 41, Hörnlistrasse 1. Arbeiterhaus von 1893. Das Haus hätte einem Neubauprojekt weichen sollen. Bei der Überprüfung durch die Denkmalpflege ergab sich ein aussergewöhnlich guter Erhaltungszustand der originalen Innenausstattung, weshalb das Haus mit einer Verfügung provisorisch unter Schutz gestellt wurde. Zur Zeit laufen Bemühungen das Haus durch einen Verkauf an die Stiftung pro Zürcher Haus mit Beiträgen von Kanton, Stadt Winterthur und einer privaten Stiftung zu retten.
- Oberfeldstrasse 140, Umbau/Renovation.
- Römerstrasse 155. Beim Umbau des im Inventar der potentiell schutzwürdigen Objekte aufgenommenen Bauernhaus musste ein massiver Substanzverlust hingenommen werden.
- Römerstrasse 159. Umbau des Restaurants «Sunn-eck». Ein Teil der Innenausstattung wurde restauriert und in die neue Gestaltung miteinbezogen. Gutes Beispiel für die Sanierung einer historischen Gaststätte.
- Ruchwiesenstrasse 43. Umbau des Wohn- und Ökonomiegebäudes in ein Einfamilienhaus.
- Schaffhauserstrasse 52, Villa Rosenberg. Aussen- und Innenrenovation.



Decke mit anlässlich der Renovation 2002 wiederhergestellten Malereien aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Haus «zum Bären» an der Obergasse 5.

- Schwalmenackerstrasse 4. Für die Umnutzung des ehemaligen Kutscherhauses der Villa «Jakobsbrunnen» wurde in gutem Einvernehmen ein Projekt erarbeitet.
- Seidenstrasse 2. Villa des Architekten Otto Bridler (1894–1898). Das Haus wird derzeit als Schulungszentrum und Wohnhaus erneuert und renoviert.
- Sulzer-Areal: Halle 50. Renovation und Anpassung an den modernen Lehrbetrieb der Lehrlingsausbildungsstätte für Polymechaniker.
- Sulzer-Areal: Pionierpark. Hallen 59 und 62. Fassadenschutz. Erarbeitung eines möglichst originalgetreuen Fensterersatzes.
- Sulzer-Areal: Halle 1012. Ehemalige Montagehalle der Schweizerischen Lokomotivfabrik (1890). Die Fenstergläser werden unter Erhalt und Reparatur der bestehenden Eisenkonstruktion durch IV-Gläser ersetzt.
- Sulzer-Areal: Halle 1014. Renovation.
- Wieshofstrasse 31. Gutachten und Schutzabklärung. Erarbeitung eines Neubauprojektes auf dem Grundstück unter Einbezug des zu erhaltenden Altbaus.
- Wieshofstrasse 50. Renovation der Liegenschaft sowie Anbau gartenseits.
- Wülfingerstrasse 232/Oberdorfstrasse 53. Gutachten und Schutzabklärung.
- Zwingliplatz. Renovation des Kirchgemeindehauses.

Unterschutzstellungen

Ingesamt konnten im Berichtsjahr drei Kulturobjekte mit Verträgen und Verordnungen als Schutzobjekte von kommunaler Bedeutung gesichert werden:

- Steinberggasse 33, «Haus zum Tiger».
- Unterer Graben 5, «Haus zum Bären».
- Jonas-Furrer-Strasse, Fassadenschutzverordnung für die Siedlungen von Völki und Rittmeyer & Furrer.

Inventarentlassungen

- Drei Villen zwischen Lind-, Theater- und Kreuzstrasse.
- Villa «Stucki», Trottenstrasse 20, Veltheim.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Europäische Tag des Denkmals 2002 war dem Thema «Denkmalpflege und Archäologie in Winterthur» gewidmet. Er sollte Einblick in die Arbeit der Denkmalpflege geben. Die Erhaltung eines Baudenkmals oder eines Ortsbildes wurde der öffentlichen Diskussion gestellt. Dazu gab unter anderem auch die Podiumsdiskussion zum Thema der Ortsbilderhaltung in den Kernzonen. Obwohl auch dieses Jahr 1000 Besucherinnen und Besucher gezählt wurden, war es etwas enttäuschend, dass nur wenige die Gelegenheit wahrnahmen, um an der Podiumsdiskussion oder den angebotenen Referaten denkmalpflegerische Grundsatzfragen zu diskutieren.

Die Mittagsführungen von April bis September waren dem Thema «Rittmeyer & Furrer – Reformstil, eines neues Lebensgefühl am Anfang des 20. Jahrhunderts» gewidmet. Wegen des grossen Interesses mussten alle Führungen doppelt geführt werden.

Neuer Altstadtführer

Im Auftrag des Stadtrates veröffentlichte die Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, dem Stadtarchiv sowie einer externen Autorin den neuen Winterthurer Altstadtführer zu Kunst- und Baudenkmalen, der im Frühjahr 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Führer stiess auf einen guten Absatz: Mehr als die Hälfte der Gesamtauflage wurde bereits verkauft.

Zivildienstleistende

Verschiedene seit langem anstehende administrative Arbeiten sowie die Dokumentation von Bauten im Sulzer

Areal und das Layout der Zeitung zum Tag des Denkmals konnten dank der Mitarbeit von Zivildienstleistenden bewältigt werden.

Leitbild

Das Leitbild der Denkmalpflege wurde unter dem Titel «Erhalten und pflegen wir gemeinsam unsere Kulturgüter!» in der Zeitungsbeilage «Denkmalpflege und Archäologie in Winterthur» zum Tag des Denkmals am 7. September 2002 im Landboten publiziert. Das Leitbild hat vier Abschnitte mit den Titeln: «Denkmalpflege ist ein Verfassungsauftrag», «Die baulichen Kulturgüter vermitteln Lebensqualität in unserer Stadt», «Wir verstehen Denkmalpflege als Dienstleistung für die Bauenden und für unsere Stadt» sowie «Denkmalpflege – ein Gewinn für alle».

Hochbauten

Der Zürcher Index der Wohnbaukosten (der im Raum Winterthur für Vergleichsrechnungen beigezogen wird), hat sich in den vergangenen Jahren bis Ende 1999 wie folgt entwickelt:

Indexstand 1.04.1998	100.0 Punkte	
1.10.1998	99,9 Punkte	
1.04.1999	101,3 Punkte	(Erhöhung der MWSt um 1% per 1.1.99)
1.04.2000	105.1 Punkte	
1.04.2001	110.1 Punkte	
1.04.2002	110.0 Punkte	

Dieser Index wird seit 1999 nur noch einmal jährlich erhoben. Mit dem Index per 1. April werden die Änderungen des Jahreswechsels erfasst, die in der Regel wesentlicher als die Preisbewegungen in der Jahresmitte sind. Der Oktober-Index, der die Veränderungen der Jahresmitte erfasste, entfällt deshalb seither.

Die als Folge einer vorzeitigen Pensionierung frei gewordene Projektleiterstelle, konnte per 1. Februar durch eine Projektleiterin wieder besetzt werden. Die vakante Stelle des im Mai 2000 in das Departement Schule + Sport übergetretenen Projektleiters war bis auf weiteres nicht wiederbesetzt worden, um mit dem Personalbestand auf die 1999/2000 zurückgegangene Zahl der zu bearbeitenden Projekte zu reagieren. Im Laufe des Berichtsjahres sind mit dem Investitionsprogramm eine Vielzahl neuer Projekte eingeleitet worden. Um dieses Projektierungsvolumen bearbeiten zu können, wird diese Stelle wieder geschaffen werden müssen.

Fertiggestellte Um- und Neubauten

Alterszentrum Neumarkt, Altbau

Der renovierte und umgebaute Altbau trakt konnte Anfangs Juli dem Betrieb übergeben werden. Das Alterszentrum mit den Alterswohnungen am Fischmarkt, dem Neubautrakt mit dem Restaurant und dem attraktiven Innenhof und nun mit dem renovierten und denkmalgeschützten Altbau aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts ist ein wertvoller und sozial bedeutender Beitrag für die Attraktivität der Winterthurer Altstadt.

Schulhaus Dättbau, Neubau

Das fertiggestellte Schulhaus konnte auf den Schuljahresbeginn für die Aufnahme des Schulbetriebs übergeben werden.

Schulhaus Wiesenstrasse Veltheim

Im Frühjahr waren die Umgebungsarbeiten als letzte Etappe des gesamten Ablaufes fertiggestellt (Einweihung der Gesamtanlage am 5. Juli)

Schulhaus Hohfurri, Erweiterung

Die Renovationsarbeiten an den bestehenden Schulhausstrakten wurden auf den Schuljahresbeginn fertiggestellt.

Sommertheater, Mobile Überdachung des Zuschauerbereichs

Die ergänzenden Abschlüsse gegen den Schlagregen und der erforderliche Blitzschutz wurden vor Beginn der Spielsaison fertiggestellt.

Erneuerung Leichtathletikanlage/

Neubau Eissportanlage und Eishalle, Deutweg

Der Betrieb in der Eishalle konnte im November aufgenommen werden (Einweihung am 29. November). Die



*Eishalle Deutweg,
Aussenansicht*



*Eishalle Deutweg,
Leitungsführung Kälteerzeugung*

Fertigstellungsarbeiten an den Leichtathletikanlagen sind im Gange.

Textilmaschinenzentrum Oberwinterthur

Die unumgänglichen partiellen Reparaturarbeiten an den undichten Flachdächern wurden im Herbst abgeschlossen.

Ehemaliges Feuerwehrgebäude Lindstrasse 4

Das für die neuen Nutzungen (Naturwissenschaftliche Sammlungen, Büros Personal + Organisation, Büros Finanzkontrolle) umgebaute Gebäude (1863 als Pferdestall und Lagerhaus erstellt) konnte anfangs Oktober bezogen werden.

Laufende Bauten

Schulhaus Hohfurri, Renovation Turnhallentrakt

Im Herbst wurde mit den Renovationsarbeiten begonnen (Fertigstellung Frühjahr 2003)

Obere Kirchgasse 4/6 («Tösserhaus»/«Blumengarten»), Umbau für Stadtbibliothek

Die Rohbauarbeiten waren im Herbst beendet. Die Ausbauarbeiten sind im Gange (Fertigstellung Mitte 2003).

Metallarbeiterschule Zeughausstrasse

In der Volksabstimmung vom 2. Juni wurde der Kredit mit einer sehr grossen Mehrheit bewilligt. Die Bauvorbereitung (Ausführungsplanung, Abklärung Altlasten, Aus-



*Altersheim Neumarkt, Altbau
Hofansicht vom Fischmarkt her*



*Altersheim Neumarkt, Altbau
Hofansicht vom Neumarkt her*

schreibung der Arbeiten) ist seit Mitte Jahr im Gange (Baubeginn Anfangs April 2003).

Freibad Geiselweid, Rückbau der baufälligen Gebäudestrukturen

Die notwendigen Abbrucharbeiten wurden im November durchgeführt (Instandstellung der freigewordenen Flächen für die provisorische Nutzung auf Badesaisonbeginn 2003).

Friedhof Rosenberg, Neubau Krematorium

Beginn der notwendigen Rodungsarbeiten und der Baustelleneinrichtung im Mai. Mit den Baumeisterarbeiten konnte infolge einer Einsprache (Vergabe der Öfen) mit zweimonatiger Verspätung erst im Oktober begonnen werden.

Friedhof Rosenberg, Renovation Abdankungskapelle

Die Bauvorbereitungen sind im Gange.

Provisorium Schulhaus Hegifeld

Die Bauvorbereitungen sind im Gange (Fertigstellung Frühjahr 2003).

Projektierungen

Erweiterung Schulhaus Hegifeld

Konzeptstudien liegen vor.



Schulungsraum im Dachraum Lindstrasse 4 (ehemaliges Feuerwehrgebäude)



*Neubau Schulhaus «Laubegg», Dättwil
Blick aus dem Foyer der Turnhalle auf den Klassenzimmertrakt*

TMZ (Textilmaschinenzentrum) Oberwinterthur, Umbau in Schulhaus

Die Konzept- und Machbarkeitsabklärungen liegen vor.

Erweiterung CP-Schule (Maurer-Schule)

Konzeptstudien liegen vor.

Schulhaus Sennhof

Konzeptstudien liegen vor. Architekturwettbewerb in Vorbereitung.

Erweiterung Michaelschule

Konzeptstudien liegen vor. Gesamtleistungssubmission in Vorbereitung.

Neubau und Sanierung Schulhaus Feld Veltheim

Die Konzeptstudien aus dem Jahre 1999 wurden aktualisiert.

Schulkreis Wülflingen, Schulraumbedarf

Die Konzeptabklärungen sind im Gange.

Schulkreis Wülflingen, Turnhalle

Konzeptstudien liegen vor.

Berufswahlschule, Anbau Eingangshalle

Konzeptstudien in Arbeit

Altersheim Brühlgut, Um-/Ausbau Speisesaal und Küche

Konzeptstudien liegen vor.

Landwirtschaftsbetrieb Zell (Städtische Werke), Neubau

Konzeptstudien liegen vor. Projektierungskonkurrenz in Vorbereitung.

Zentrum Adlergarten, Gesamtsanierung

Die Grundlagenausarbeitung für die Konzeptstudien ist durch das Departement Soziales eingeleitet.

Freibad Geiselweid, Sanierung

Die Ausarbeitung der Grundlagen für die Projektierung sind beim Sportamt in Arbeit.

Fachstelle Haustechnik

Laufende Aufgaben

Betreuung der heizungs-/lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen von rund 400 städtischen Gebäuden. Im Berichtsjahr wurden über den Pikettdienst ausserhalb der Arbeitszeit 38 Störungen behoben.

Erstellen von Kostenvoranschlägen für die Sanierung von Haustechnikanlagen diverser Objekte.

Fachbegleitung in Bezug auf die gesamten Haustechnikbelange bei allen Projekten der Abteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt.

Heizkostenabrechnungen inkl. Kontoführung folgender Fernheizungen (Wärmeverbund):

- IVZ Brühlgut
- AH Neumarkt
- Gewerbe- und Uhrenmuseum

Fertiggestellte und laufende Projekte

Zur Erfüllung der Luftreinhalteverordnung (LRV) wurden folgende Sanierungen ausgeführt:

- Schulhaus Rebwiesen
- Gärtnerei Rosenberg
- Kindergarten Feldstrasse 8

- Liegenschaft Technikumstrasse 5 (Villa Forrer)
- Liegenschaft Wülflingerstrasse 22/24
- Restaurant Goldenberg

Für die Realisierung im Jahre 2003 sind die folgenden LRV-Sanierungen projektiert:

- Schulhaus Neuburg
- Schloss Hegi
- Gärtnerei Rosenberg (Krematorium)
- Kindergarten Guggenbühl, Stadlerstrasse 54
- Restaurant Taggenberg
- Restaurant Schloss Wülflingen
- Kinder- und Jugendheim, Pestalozzistrasse 21

Folgende haustechnische Anlagen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gebäudeunterhalt saniert:

- Liegenschaft Zeughausstrasse 76:
Einbau von Thermostatventilen
- Liegenschaft Grenzstrasse 40:
Einbau von Thermostatventilen, Heizkostenverteiler
- Liegenschaft Badgasse 8:
Einbau von Thermostatventilen
- Restaurant Rheinfels: Restaurant-Lüftung
- Restaurant Strauss: Sanierung der Küchenlüftung
- Restaurant Neuburg:
Teilsanierung der Restaurant-Lüftung
- Restaurant Goldenberg: LRV-Sanierung, Ersatz der Kühlanlage und Einbau neuer Kühlzellen
- Restaurant Eschenberg:
Ersatz der Kühlanlage und Lüftungsregulierung
- Restaurant Oberkasse: Ersatz der Kühlanlage und diverse Anpassungen an der Lüftung
- Altersheim Brühlgut: Ersatz der Lüftungsregelung
- Kindergarten Wässerwiesen:
Einbau von Thermostatventilen
- Schulhaus Heiligberg: Änderungen an Heizung und Lüftung
- Einfamilienhaus Talackerstrasse 54: Sanierung des Kessels und der Warmwasserversorgung
- Pachtbetrieb Binzenloo: Neuer Speicherofen
- Liegenschaft Stadthausstrasse 21 + 31, FOPTI:
Gebäudeoptimierung
- Liegenschaft Hörnlistrasse 27: Neuer Cheminéeofen und Reparatur eines Holzofens
- Schulhaus Wülflingerstrasse: Neue Dosierpumpen, Schwimmbad
- Grosser Gemeinderatssaal: Ersatz der Teilklimaanlage, Wärmedämmung des Windenbodens

Folgende Objekte der Abteilung Hochbauten wurden fachtechnisch begleitet:

- Eissport- und Leichtathletikanlage Deutweg
- Liegenschaft Lindstrasse 4
- MSW Winterthur
- Obere Kirchgasse 4/6, Blumengarten / Tösserhaus
- Schulhaus Hohfurri (Altbausanierung)
- Schulhaus Dättelau
- Krematorium

Gebäudeunterhalt

Die Werterhaltung und die Anpassung an zeitgemässe Nutzungen der städtischen Liegenschaften ist und bleibt die Hauptaufgabe der Abteilung Gebäudeunterhalt.

Die knappen Finanzen zwingen alle Beteiligten, ihre Bedürfnisse genau zu hinterfragen und dann konsequent

Prioritäten zu setzen. Oftmals ist man gezwungen, sich für den Betrieb aber gegen die Bausubstanz zu entscheiden. Manchmal ist es gerade umgekehrt. Nicht alles was erforderlich ist, kann umgebaut oder saniert werden. Das Verschieben der Sanierungen auf «bessere» Zeiten verursacht einen gefährlichen Investitionsstau für die nähere Zukunft.

Im Berichtsjahr sind zwei langjährige Mitarbeiter in Pension gegangen. Ihre Stellen besetzen nun zwei Projektleiter, die aktiv mithelfen die hohen Anforderungen des Bauamtes zu erfüllen.

Fertig gestellte Projekte

- Restaurant Goldenberg: Einbau Kühlzelle, Vorbereitung kalte Küche, Räumlichkeiten für das Personal
- Altersheim St. Urban: Anbau Entsorgungsräume
- Öffentliche Toilettenanlagen Neumarkt und Lindenplatz
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten:
Rollstuhlgängiger Zugang
- Theater Winterthur am Stadtgarten: Brandschutzmassnahmen
- Buchackerstrasse 84–104: Fahrradunterstand und Fensterersatz
- Grenzstrasse 40: Fensterersatz
- Hohlandstrasse 11: Aussenrenovation
- Schulhaus Gutschick: Flachdachsanieierung
- Schulhaus Heiligberg: Einbau Gruppenräume
- Schulzahnklinik: 2. Ausbaustappe
- Busdepot Grüzefeld: Buswaschanlage
- Wülflingerstrasse 253:
Umbau Wohnhaus und Anbau neue Bibliothek

Laufende Projekte

- Altersheim Sonnenberg: Ersatz Aufzugsanlage und Dachausbau
- Schaffhauserstr. 52, Villa Bidermann, Baumarchiv:
Fassadenrenovation
- Stadthausstrasse 21: Umbau der Büros im Erdgeschoss, 1. und 2. Obergeschoss
- Stadthausbrunnen: Sanierung
- Natur- und Kunstmuseum: Brandschutzmassnahmen
- Hochwachtstrasse 7, Haus im Rosengarten:
Aussen- und Innenrenovation
- Schulzahnklinik: Ausbau 4. Behandlungszimmer
- Schulhaus Altstadt: Sanierung Lehrkräftebereich und Sanierung Singsaaldecke
- Schwimmbad Töss: Beckensanierung

Projekte in Vorbereitung

- Stadthaus: Fassadenrenovation
- Alte Schiessanlage am Schützenweiher:
Altlastensanierung
- Öffentliche Toilettenanlage Oberer Graben:
Baubeginn Frühjahr 2003
- Kindergarten Inneres Lind: Gesamtrenovation
- Schulhaus Langwiesen:
Gruppenraum Lehrkräftebereich
- Schulhaus Langwiesen: Flachdachsanieierung
- Kindergarten Unterwegli:
Einbau Hort im Untergeschoss
- Schwimmbad Wülflingen: Beckensanierung
- Altersheim Rosental: Ersatz Aufzugsanlagen
- Wohn- und Pflegezentrum Ober: Ersatz Teppiche und Vorhänge, feuerpolizeiliche Massnahmen
- Wartstrasse 40/42, Heilsarmee Wohnhäuser:
Innere Umbauten

Vermessungsamt*

Ende April wurde der Internet Auftritt des Vermessungsamtes vollständig überarbeitet und erneuert. Unter der Adresse www.vermessung-winterthur.ch sind Informationen zu den Aufgabenbereichen und Dienstleistungen des Vermessungsamtes zu finden. Auch Plan- und Datenbestellungen können über das Internet getätigt werden.



*Abb. 1
Internet-Einstiegsseite des Vermessungsamtes Winterthur

Die Leistungen des Vermessungsamtes sind in drei Produkte aufgeteilt:

Produkt 1: Vermessungsaufträge

Geschäftsgang:

Die Nachführungsarbeiten der amtlichen Vermessung wurden termingerecht (innert Jahresfrist nach Meldung der Bauvollendung) abgewickelt. Im Bereich der Bau- und Ingenieurvermessung konnten verschiedene anspruchsvolle Aufträge ausgeführt werden. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Eissport- und Leichtathletikanlage Deutweg, verschiedene Hoch- und Strassenbauprojekte in den Sulzer-Arealen sowie Überbauungen im Nink-Areal, an der Rümikerstrasse und Im oberen Gern. Nachdem das Geschäftsvolumen des Produktes 1 im Jahr 2001 um 14 % abnahm, ist im Berichtsjahr wiederum eine Zunahme von 11 % zu verzeichnen.



*Abb. 2 Baustelle beim Katharina Sulzer-Platz

Katastererneuerung:

Im Vordergrund steht weiterhin die Überarbeitung und Aktualisierung der Planinhalte gemäss den neuen Vorschriften der amtlichen Vermessung. Im Berichtsjahr wurden im Baugebiet der Stadtkreise Töss und Veltheim Feldbegehungen und Ergänzungsaufnahmen durchgeführt.

Produkt 3: Geographisches Informationssystem (GIS), Datenausgabe:

Betrieb der GIS-Infrastruktur:

Um die Daten des GIS-Winterthur breiter nutzen zu können, wurde departementsübergreifend ein Konzept zu deren Internet-basierter Bereitstellung erarbeitet und in einem ersten Schritt auf Ende Jahr im Intranet der Stadt Winterthur umgesetzt. Für rund 12 Dienststellen wurden aufgabenbezogene Datenprojekte erstellt und für insgesamt rund 180 städtische Mitarbeiter ein passwortgeschützter Zugriff eingerichtet. Basierend auf der neuen Technologie konnten erste Applikationen zur Erfassung von Verkehrsunfall-Standorten und zur Visualisierung von Gewässerunterhaltsdaten entwickelt werden.



*Abb. 3 Intranet-Applikation des GIS-Winterthur

* Das Vermessungsamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Baupolizeiamt

Die Zahl der Baugesuche ist stark gestiegen (820). Die gesamthaft veranschlagte Bausumme war dagegen leicht rückläufig (620 Millionen Franken gegenüber 657 Millionen Franken im Vorjahr). Bei den bewilligten Neubauwohnungen wurde – insbesondere wegen der beiden Grossüberbauungen Wässerwiesen Wülflingen (360 Wohnungen) und Im Gern Hegi (420 Wohnungen) des Generalbauunternehmers Leopold Bachmann – ein neuer Höchststand erreicht. Rückläufig war dagegen die veranschlagte Bausumme aller Vorentscheidsgesuche (72 Millionen Franken gegenüber 123 Millionen Franken im Vorjahr).

Da nach wie vor kontinuierlich Bauland erschlossen wird – die Erschliessungsanlagen für das gesamte Quartierplangebiet Iberg-Südhang wurden zum grösseren Teil erstellt – und die Nachfrage nach Wohnraum nach wie vor vorhanden ist, kann weiter mit einer intensiven Bautätigkeit gerechnet werden.

Noch nicht abgeschlossen werden konnte die sich wegen Rechtsmittelverfahren aufdrängende Teilrevision des (noch nicht rechtskräftigen) Quartierplans Maienried.

Die Kompetenzdelegation von der Kantonalen Bau- und Tiefbauverwaltung an die Stadt Winterthur, Baugesuche in überkommunalen Kernzonen (d.h. in der Altstadt, in Oberwinterthur und Veltheim sowie in Eidberg) abschliessend zu behandeln, hat sich bewährt. Obwohl im Bereich der Denkmalpflege eine Delegation weiterhin nicht erreicht wurde, konnte die Zusammenarbeit vertieft werden.

Die Zusammenarbeit mit den beschwerdelegitimierten Verbänden – einerseits dem Heimatschutz (Zürcher Heimatschutz und Heimatschutzgesellschaft Winterthur) und andererseits dem Verkehrsclub der Schweiz VCS – ist nach wie vor positiv, auch wenn die Rechtsauffassungen in vielen Fällen – naturgemäss – nicht deckungsgleich sind.

Sorgenkind ist und bleibt die Aufzugskontrolle. Mit den zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Ressourcen kann der Auftrag – die Bewilligung und die Kontrolle der Aufzugsanlagen in der Stadt Winterthur und den vertraglich an die Stadt gebundenen 60 Gemeinden – trotz grossem Einsatz der Mitarbeiter nicht erfüllt werden. Erstmals wurde ein positiver Rechnungsabschluss erreicht.

Mit der Ablösung der Stadtbildkommission durch die beiden Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege ist die Geschäftsführung vom Baupolizeiamt auf den Bereich Hochbau übergegangen.

Die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes geht – wenn auch in reduziertem Tempo – weiter. Der Gemeindepräsidentenverband und der Gemeindevorstand des Kantons Zürich (VZGV) sowie die beiden Städte Zürich und Winterthur begleiten die Revisionsarbeiten gemeinsam. Auch nach dem dritten Revisionsschritt ist – nach einer weiteren vom Baupolizeiamt Winterthur durchgeführten Fachtagung mit Behördenvertretern und Fachleuten aus den Städten und Gemeinden sowie nach eingehenden Diskussionen mit den Stadträten von Zürich und Winterthur, dem Leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes und dem Vorstand des VZGV – eine abschliessende Stellungnahme zu Handen der Baudirektorin erarbeitet worden. Die Baudirektorin hat das weitere Vorgehen mit einer Behördendelegation der

beiden Städte diskutiert. Die Kontakte zu den Spitzenverbänden der Zürcher Bauwirtschaft, die in vielen Revisionsbereichen ähnliche Zielsetzungen verfolgen wie die Städte und Gemeinden, wurden weitergeführt.

Ein Grossteil der Rechtsmittelverfahren gegen die Bau- und Zonenordnung konnte abgeschlossen werden.

Die Arbeiten zur Revision der Abstellplatzverordnung und zur Revision der Gebührenverordnung für das Bauwesen wurden weitergeführt. Mit einem Antrag des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat kann in beiden Fällen in den ersten Monaten des Jahres 2003 gerechnet werden.

Bauausschuss

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat im Jahr 2002 in 12 Sitzungen 96 Geschäfte konferenzziell behandelt. Auch in der neuen Zusammensetzung wurden die anstehenden Geschäfte jeweils rasch, aber immer nach eingehender und gewissenhafter Interessenabwägung entschieden.

Stadtbildkommission

Die Stadtbildkommission hat 2002 in 4 Sitzungen 10 Geschäfte behandelt. Die Baubehörden sind den Empfehlungen der Stadtbildkommission in der Regel gefolgt. Per 1. Juli 2002 wurde die Stadtbildkommission durch die beiden Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege abgelöst.

Bauinspektorat

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Baugesuche stark angestiegen. Gleichzeitig hielt sich die Bausumme mit 619 Mio. Franken auf einem sehr hohen Niveau. Folgende Baugesuche sind erwähnenswert: Wohnüberbauung mit 358 Wohnungen an der Wässerwiesenstrasse von Leopold Bachmann; Wohnüberbauung mit 420 Wohnungen im oberen Gern in Hegi von Leopold Bachmann; Wohnüberbauung im oberen Gern der Lerch Immobilien AG; Büro-, Gewerbe- und Wohnüberbauung mit Hochhaus auf dem Sulzer-Areal Pionierstrasse/Bahnmeisterweg; Technopark 2. Etappe; Hotel Ibis an der Schlosshofstrasse/Zürcherstrasse; Internationale Schule an der Hegifeldstrasse 10; Geschäftshaus Fincasa Hintermühlenstrasse/Schiltwiesenweg.

Die hohe Anzahl der Ende 2002 pendenten Geschäfte ergibt sich durch die grosse Anzahl Baugesuche im vergangenen Jahr; insbesondere im letzten Quartal wurden sehr viele Baugesuche eingereicht (48 mehr als 2001, 60 mehr als 2000).

Für Mobilfunk-Antennenanlagen wurden 14 Baugesuche eingereicht, 13 davon mit GSM und UMTS-Funkdiensten. Per Ende Jahr wurde die Verantwortung für die Mobilfunkanlagen vom Bauinspektorat an die Fachstelle Energie abgegeben.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche			Neubauwohnungen		Bausumme (in Franken)	
	Total	davon für EFH	MFH	be- willigt	be- zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
1998	755	25	11	139	521	373 564 319	5 735 000
1999	815	34	10	298	678	299 729 947	22 590 000
2000	801	24	8	199	293	330 873 926	121 625 000
2001	724	19	17	407	337	657 139 710	123 000 000
2002	820	28	15	905	189	619 227 643	72 510 000

<i>Baubewilligungsverfahren</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
Übertrag Vorjahr	181	159
Neueingänge	724	820
Total anhängig	905	979
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	379	409
davon bewilligte neue Wohnbauten	153	203
davon total bewilligte Wohnungen	407	905
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	257	266
davon Rückzüge	7	12
davon Eröffnungen Entscheid Baudirektion	6	7
Verweigerungen	20	12
Wiedererwägungsentscheide	9	11
Wiederherstellungsbefehle	4	3
Abbruchentscheide	0	2
Vorentscheide	8	13
Sonderbewilligungen	3	0
Präsidialverfügungen	9	9
Entschiedene Gesuche	702	744
Ende Jahr pendent	229/159*	235
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	18	18
Audienz Verfahren / Projektänderungen	170	222

* Korrektur: Übergang auf die EDV-gestützte Geschäftskontrolle

<i>Ausnahmebewilligungen / Verfahrenskoordination</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	10	20
Beurteilung zusätzlicher kantonomer Instanzen z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch	140	79

* Die Beurteilung von Baugesuchen betreffend Ortsbildschutz von überkommener Bedeutung wurde auf den 1.1.2002 von der Baudirektion an die Stadt Winterthur delegiert. Diese Baugesuche konnten also im vergangenen Jahr abschliessend durch die Baubehörde der Stadt Winterthur beurteilt werden.

<i>Tätigkeit der Baukontrolle</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
Abnahme von Bauvisieren	385	395
Davon waren zu beanstanden	37	38
Rohbauabnahmen	63	70
Schlussabnahmen	584	668
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	1 193	943
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	193	175
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	27	15
Es wurden ferner festgestellt:		
Nicht bewilligte Bauarbeiten	64	121
Nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	124	152

* Im Zusammenhang mit der Nachführung des Katasterplanes durch das Vermessungsamt wurden zahlreiche Kleinbauten «entdeckt», welche ohne Baubewilligung erstellt worden sind.

Rechtsdienst

Die revidierte Bau- und Zonenordnung ist vom Grossen Gemeinderat bereits am 3. Oktober 2000 festgesetzt worden. Die nicht von Rechtsmittelverfahren betroffenen Teile konnten im Mai 2001 in Kraft treten. Von den insgesamt 25 Rechtsmittelverfahren sind noch 3 vor der Baurekurskommission IV, 6 vor dem Verwaltungsgericht und insgesamt 4 Verfahren vor dem Bundesgericht anhängig. Rechtskräftig erledigt sind zur Zeit somit 12 Verfahren, wobei in 3 Fällen noch eine Anpassung des Zonenplanes erforderlich ist. In weiteren Rechtsmittelverfahren wird eine Lösung durch eine Zonenplanänderung gesucht.

Im Gegensatz zu den Rekursen gegen die baurechtlichen Entscheide der Baubehörden, die nur zu einem geringen Teil gutgeheissen wurden, war den Rekursen gegen die Bau- und Zonenordnung mehr Erfolg beschieden. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Winterthurer Bauanwälte nur Verfahren angestrengt haben, die aus ihrer Sicht erfolgversprechend waren, andererseits aber auch auf die Tendenz der Baurekurskommission IV, die aus ihrer Sicht sinnvollere Lösungen an die Stelle der von den Winterthurer Behörden festgesetzten Lösungen zu setzen. Das Verwaltungsgericht hat bereits in 2 Fällen die Beschwerden der Stadt gutgeheissen. In weiteren Fällen wird das Bundesgericht zu entscheiden haben, sofern der

Grosse Gemeinderat der vorsorglichen Beschwerdeerhebung durch den Stadtrat nachträglich zustimmt.

Ende 2002 waren folgende Verfahren pendent:

- 6 Rekursverfahren beim Regierungsrat (3 sistiert)
- 42 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV (18 sistiert)
- 1 Verfahren bei der Schätzungskommission IV
- 2 Verfahren bei der Baudirektion (2 sistiert)
- 10 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht (3 sistiert)
- 3 staatsrechtliche Beschwerden beim Bundesgericht (2 sistiert)
- 1 Verfahren beim Bezirksrat
- 2 Strafverfahren beim Statthalteramt
- 18 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Bemerkungen zu den Strafverfahren

Kapazitätsengpässe bedingten eine Zurückstufung der Strafverfahren in der Behandlungspriorität gegenüber anderen Geschäften. Schwerwiegende Übertretungen wurden an das Statthalteramt überwiesen.

Weitere Geschäfte

Mit einer ergänzten Bestandesaufnahme sanierungswürdiger Liegenschaften in der Stadt Winterthur konnte die Grundlage für ein systematisches Vorgehen gegenüber den betreffenden Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern und für das Setzen entsprechender Prioritäten erarbeitet werden.

Mit dem Führen und der Begleitung von Vertragsverhandlungen wurde in zahlreichen Fällen aus den Bereichen wie Stadtplanung (z.B. Erschliessungsverträge), Tiefbau (z.B. Dienstbarkeitsverträge) positiv auf Vertragsabschlüsse hingewirkt.

Aufwändig gestaltet sich die Behandlung von Begehren im Zusammenhang mit der Reduktion der Grundgebühr für die Siedlungsentwässerung (VSE). In regelmässiger Zusammenarbeit mit dem Departementssekretär und den anderen beteiligten Fachstellen konnten die Leitplanken für die Auslegung der betreffenden Verordnungsbestimmungen und die Grundlagen für eine einheitliche Praxis erarbeitet werden.

Reklamen

2002 wurden 29 (Vorjahr 34) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 90 (Vorjahr 80) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs erledigt. 2 (Vorjahr 4) Reklamegesuche mussten verworfen werden. Für 2 Reklamen (Vorjahr 0) wurden Wiedererwägungsgesuche gestellt.

Mutationen

Mit 52 (Vorjahr 31) Mutationsbewilligungen im Anzeigeverfahren und 27 (Vorjahr 47) Mutationsbewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs blieb die Zahl gegenüber dem Vorjahr konstant.

Feuerpolizei

Brandschutz

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	<i>2001</i>	<i>2002</i>
– Begutachtungen von Baugesuchen	414	447
– Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/Gasen, Dekorationen, Feuerwerk, usw.	541	536
– Kontrollen von Fall zu Fall	105	84

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpol. Kontrollturnus	Gebäudebestand 2002	Anzahl Kontrollen	
		2001	2002
2 Jahre	102	41	44
4 Jahre	534	105	72
6 Jahre	1 533	159	121
8 Jahre	178	10	11
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	15 835	300	195

(feuerpol. Kontrollen im Vergleich zum Jahressoll:
2002 54 %, Vorjahr 69 %)

Zusätzlich zur vorstehenden Bewilligungs- und Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in der Gemeinde Neftenbach aufgrund eines Anschlussvertrages:

- 12 Prüfungen von Baugesuchen
- 21 Bewilligungen von Feuerungsanlagen
- 28 feuerpolizeiliche Kontrollen und Abnahmen
- 50 periodische Gebäudekontrollen

Feuerungskontrolle

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Übertragung der periodischen amtlichen Abgasmessung an die privaten Servicefirmen vollständig umgesetzt. Die neue Regelung, mit mehr Spielraum für eigenverantwortliches Handeln, wurde durchwegs positiv aufgenommen. Es können dadurch auch allfällig notwendige Funktionskontrollen und Wartungsarbeiten vorteilhaft mit der amtlichen Abgasmessung zusammengelegt werden. Für die Abnahme von neuen oder sanierten Anlagen sowie für die Überwachung der Fristen und Messergebnisse ist weiterhin die städtische Feuerungskontrolle zuständig.

Routinekontrollen im 2-jährigen Turnus:

(Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung)

	2001	2002
– Anlagebestand / messpflichtig	10 693	10 744
– davon Low-Nox-Anlagen in %	51,7	55,4
– Kontrollierte Anlagen	4 175	4 596
– Beanstandungen %	2,2	3,8
– Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung des Abgasverlustgrenzwerte	40	32

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen:

(Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften)

	2001	2002
Anzahl Abnahmen	481	492
Beanstandungen %	31	35

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach, Pfungen und Neftenbach aufgrund von Anschlussverträgen 84 (Vorjahr 87) Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Aufzugskontrolle

Für das Berichtsjahr 2002 wurden nachfolgende Anzahl Bewilligungen, Abnahmen und periodische Kontrollen ausgeführt:

Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2001	2002
– auf Stadtgebiet Winterthur		
Bewilligungen	44	90
Abnahmen	54	72
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)		
Bewilligungen	147	166
Abnahmen	114	69

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2001	2002
– auf Stadtgebiet Winterthur		
Anlagenbestand	2 515*	3 022*
Kontrollen	129	246
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)		
Anlagenbestand	3 040*	3 238*
Kontrollen	80	103

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist noch nicht abgeschlossen. Es sind weitere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten.

Die Hauptarbeiten wurden konsequent auf die beiden Mitarbeiter aufgeteilt. Mit der straffen Arbeitszuteilung und dem gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden EDV-Mittel wurde erstmals ein positiver Rechnungsabschluss erreicht. Trotz Rezession konnten ausserordentlich viele Anlagen bewilligt werden. Nebst eigentlichen Neuanlagen werden nunmehr die Altanlagen der Baujahre 1950 bis 1979 ersetzt. Die Komplexität der Um- und Ersatzanlagen in städtischen Verhältnissen erfordert einen überdurchschnittlichen Zeitaufwand, sind doch die baurechtlichen Nebenbedingungen und Ausnahmen besonders sorgfältig abzuklären. Die periodische Kontrolle von Altanlagen wurde vor allem auf dem Gebiet der Stadt Winterthur systematisch vorangetrieben. Ende 2002 waren 462 Anlagen in Planung, bewilligt, in Montage oder zur Abnahme bereit. Die Eingaben erfolgen zunehmend in einem kürzeren Zeitraum vor Montagebeginn. Die Fertigstellung wird erfahrungsgemäss in den nächsten 1½ Jahre erfolgen.

Im 2003 wird die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen weitergetrieben. Dank unentgeltlicher Unterstützung durch einen Mitarbeiter aus dem RAV-Einsatzprogramm sollte dies bis Ende Jahr zu schaffen sein. Im Auftrag der Kant. Feuerpolizei wurden die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge weitergeführt. Deren Benutzung durch die Feuerwehr wurde mit der Berufsfeuerwehr an 3 Anlagen mit allen Dienstgruppen geübt. Bisher unentdeckte Anlagemängel wurden zwischenzeitlich behoben. Die Instruktionen zur Personenrettung aus neuen, in ungewohnter Bauart erstellten Aufzugsanlagen wurden sowohl mit der Berufsfeuerwehr als auch den Landfeuerwehren geübt. Die Übungsprogramme werden weitergeführt. Neuanlagen sind nunmehr gemäss der Aufzugsverordnung zu erstellen. Die zu beachtenden und durchzusetzen EN-Normen stellen an Mitarbeiter als auch an den Verfahrensablauf bis zur Betriebsfreigabe höhere Anforderungen. Die Aufzugskontrolle muss, zur speditiveren und einfacheren Abwicklung der anfallenden Arbeiten, die Zertifizierung/Akkreditierung im Jahr 2003 abschliessen.

Fachstelle Energieberatung

Die Bewältigung der verschiedenen der Abteilung gestellten Aufgaben ist nur durch die Bildung von Schwerpunkten möglich. Die zentralen Aufgabenbereiche konzentrierten sich vermehrt auf den Bereich des Vollzugs und der Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen. Dies hatte zur Folge, dass die ohnehin tief angesetzten Ziele im Bereich der Öffentlichkeits- und Motivationsarbeit nicht erreicht werden konnten.

Tätigkeit als Vollzugs- und Kontrollorgan

Die energie- und lärmrelevanten gesetzlichen Auflagen werden im Bauaufsichtungsverfahren durch die Fachstelle vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch Auflagen in den Baubewilligungen und durch Kontrollen von Projektunterlagen sowie durch Baustellenbesuche sichergestellt.

Die Projektprüfungen vor Baubeginn waren aufwändig, aufgrund der teilweise nur mässigen Akzeptanz der umweltrelevanten Vorschriften durch die Bauleute. Da die gesetzlichen Anforderungen bezüglich Energienutzung bei Neubauten den EU-Normen angepasst und dementsprechend anspruchsvoller wurden, wiesen die Projektunterlagen häufig Mängel auf. Die Kontrollen auf den Baustellen blieben auf ein Minimum von einem Tag pro Monat reduziert. Das Resultat dieser Stichprobenkontrolle kann allenfalls als befriedigend bezeichnet werden, müssen doch oft Nachbesserungen verlangt werden. Beim Vollzug der energierelevanten Vorschriften im Rahmen der Heizkesselsanierungen ist der Widerstand gegen die Auflagen immer noch gross, die Anzahl der beanstandeten Anlagen blieb jedoch konstant.

Für Bauten, die ohne Beizug der privaten Kontrolle realisiert wurden, wurde jeweils die Energiefachstelle zur Überprüfung der Auflagen beigezogen. Die entsprechenden Aufwendungen werden als Ingenieurleistungen in Rechnung gestellt. Aus Kapazitätsgründen kann die amtliche Kontrolle nur noch für kleinere Umbauten durchgeführt werden. Für grössere Bauvorhaben muss die Durchführung den lokalen Bauphysikbüros zugeteilt werden.

Im Vorjahr wurde als neue Aufgabe die Projektprüfungen und Abnahmen der Lüftungsanlagen für Restaurants und Tiefgaragen übernommen. Diese Anlagen unterstehen nicht der privaten Kontrolle und müssen demnach durch die Baubehörde auf fachtechnisch richtige Realisierung überwacht werden. Die Bewältigung dieser neuen Aufgabe nahm zusätzlich Arbeitszeit in Anspruch. Die Bearbeitung der in der Restaurant-, Club-, und Barszene spriessenden Kleinunternehmen kann zeitweilig nicht so erfolgen, wie es die Vollzugsabläufe und die technischen Anforderungen für Restaurantbetriebe verlangen.

Tätigkeit als Beratungsorgan

Die Dienstleistung in Form von Bauberatungen für Architekten und professionelle Bauherren im Fachbereich Energienutzung und Lärmschutz wurde stark frequentiert. Weiterhin wird die Energieberatung für Private in der Stadt Winterthur kostenlos angeboten. Die Beratung für Private wird immer weniger in Anspruch genommen und stabilisierte sich bei ca. 2–3 Beratungen pro Woche. Das neue Qualitätslabel für Wohn- und Geschäftsbauten «Minergie» verlangte kompetente Auskünfte. Die Ziele im Bereich der Öffentlichkeits- und Motivationsarbeit konnten nicht erreicht werden, da keine freie Kapazität zur Verfügung stand.

Vollzug Energieplan

Der kommunale Energieplan, welcher die raumrelevanten Voraussetzungen für eine hinreichende, ressourcenschonende Energieversorgung sicherstellen soll, wurde umgesetzt. Probleme entstanden hauptsächlich im Fernwärmegebiet durch Liegenschaftenbesitzer, die trotz technisch und wirtschaftlich gleichwertigen Bedingungen den Anschluss an das städtische Fernwärmenetz ablehnten. Zwei Verfahren wurden auf dem Rechtsmittelweg

weiterverfolgt, da die entsprechenden Voraussetzungen und die rechtlichen Grundlagen gegeben waren. Ferner verursacht die Sicherstellung des Erhaltes des Fernwärmenetzes der Firma Sulzer AG in Oberwinterthur hohen Arbeitsaufwand. Dieses Wärmenetz nutzt mit einem Anteil von mehr als 60% Abwärme aus der KVA. Die Zusammenarbeit mit der Feuerpolizei, den Städtischen Werken, und mit der Abteilung Energiecontracting, funktionierte ausgezeichnet.

Vollzug des Energiekonzeptes 2000

Das Konzept mit dem integrierten Aktivitätenprogramm wurde am 19. Dezember 2001 vom Stadtrat genehmigt. Einzelne Massnahmen meistens im Informations- und Vollzugsbereich konnten vorbereitet und teilweise auch ansatzweise umgesetzt werden. Die möglichen Konsequenzen des eidgenössischen Energiegesetzes und des CO₂-Gesetzes wurden erst rudimentär untersucht.

Projektleitungen Lärmschutz

Die Lärmschutzmassnahmen (Einbau von Schallschutzfenstern) an der Zürcher- und St.Gallerstrasse sind weitgehend realisiert. An einigen Liegenschaften sind noch Kostenrückerstattungen vorzunehmen. Verzögerungen entstanden, weil einzelne Liegenschaftenbesitzer und -besitzerinnen die notwendigen Unterlagen nur zurückhaltend zur Verfügung stellten. An der Tösstalstrasse ist der Einbau der Schallschutzfenster zu ca. 85% abgeschlossen. An der Frauenfelderstrasse sind im Bereich des Loses West rund die Hälfte der Liegenschaften saniert. Im Los Ost wurde die Ausschreibung der Arbeiten abgeschlossen. Der Einbau der Schallschutzfenster wird ab Anfang 2003 in Angriff genommen werden können. Für die Projekte Schaffhauser- und Wülflingerstrasse ist das ausführende Architekturbüro bestimmt. Die Arbeiten für die Fenstersanierungen wurden für die Schaffhauserstrasse bereits ausgeschrieben. Die Vorbereitungen für die Ausschreibung der Fenster für die Wülflingerstrasse sind abgeschlossen. Bei beiden Strassen haben vereinzelte private Liegenschaftenbesitzer ihre Häuser bereits mit Schallschutzfenstern ausgestattet. Fenstersanierungen an der General Guisan-Strasse und an Einzelobjekten im restlichen Stadtgebiet sind noch pendent. Diese Teilprojekte konnten aus Prioritätsgründen noch nicht weiter verfolgt werden. Leider benötigt das aufwändige Ausschreibungsverfahren mehr Arbeitszeit. Aus diesem Grund wurde das Schallschutzsanierungsprogramm ca. um weitere drei Monate verzögert.

Projektleitung Asbestsanierung

Es sind noch einige nicht sanierte Asbestvorkommen vorhanden, die jedoch regelmässig inspiziert und teilweise mit Messungen kontrolliert werden. Die Überwachung der Asbestsanierung von Gebäuden und die Kontrolle der Inspektionsbefunde über Spritzasbestvorkommen wurde im normalem Rahmen fortgesetzt. Zur Zeit sind keine Rückstände vorhanden. Die Pendenzen bei den Inspektionen konnten reduziert werden.

Departement Sicherheit und Umwelt

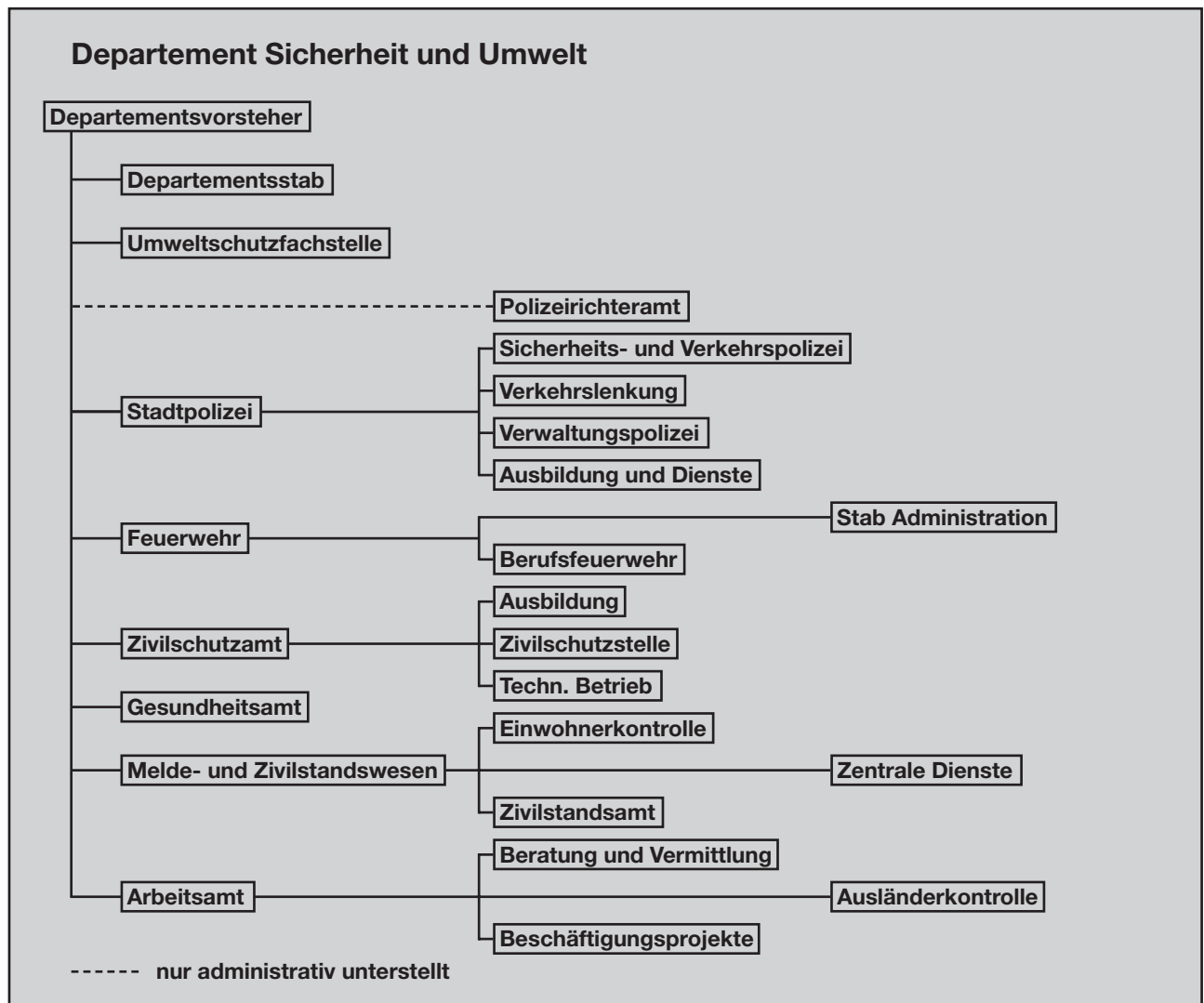
Das Departement Sicherheit und Umwelt steht im Dienst einer sicheren, umweltbewussten und lebenswerten Stadt; ein spezieller Einsatz gilt der Prävention und den Erwerbslosen. Dieser Leitidee, die einem Brückenschlag zwischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Prioritäten entspricht, wurde – gestützt auf Lagebeurteilungen und Jahreszielsetzungen – auch im Jahr 2002 konsequent nachgelebt.

Die Einsätze der Stadtpolizei zugunsten der Sicherheit waren wie gewohnt sehr vielseitig und durch tägliche Kleinarbeit aller Art gekennzeichnet. Ein Hauptziel der polizeilichen Tätigkeit bestand auch im vergangenen Jahr darin, durch stetige Präsenz besonders auch in den Abendstunden die objektive Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu erhöhen und möglichen Gefahren zu begegnen. Einen grossen Einsatz verlangten erneut die Bekämpfung der Kriminalität und die Verhinderung einer offenen Drogenszene. Im Zusammenhang mit der Gewalttat von Zug im September 2001 wurde im Auftrag des Stadtrates unter der Leitung des Polizeikommandos die Sicherheit in der städtischen Verwaltung überprüft und gestützt auf die Ergebnisse dieser Untersuchung erste zusätzliche Schutzvorkehrungen ge-

troffen. Ein besonderes Augenmerk galt ebenfalls dem Verkehrsgeschehen: Mit Hilfe einer bedarfsgerechten Umsetzung verkehrsberuhigender Massnahmen und präventiven Aktivitäten in unterschiedlichen Bereichen – von Verkehrserziehung bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit – galt es, die Verkehrssicherheit insbesondere der schwächeren Verkehrsteilnehmenden weiterhin aktiv zu fördern.

In einem weiteren Sinn einen Beitrag zur Sicherheit, insbesondere zur Rechtssicherheit, leistete auch das Polizeirichteramt, indem es im Berichtsjahr erneut für eine gegenüber den Beteiligten faire und beförderliche Prozessführung besorgt war.

Bei der Feuerwehr lag die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen im Mittel der letzten Jahre; die Berufsfeuerwehr wurde bei einer Vielzahl der Fälle durch die Milizfeuerwehrleute unterstützt. Die vielfältigen Hilfeleistungen erfolgten namentlich bei Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, Suizidversuchen, Öl- bzw. Chemieunfällen und anderen Schadenereignissen; Grossbrände oder Grossereignisse sind im vergangenen Jahr glücklicherweise ausgeblieben. Stattdessen musste die Feuerwehr aber häufiger zu schweren Verkehrsunfällen ausrücken und mehrere



Schwerverletzte und Tote aus Fahrzeugtrümmern bergen. Positiv zu vermerken ist andererseits die Verjüngung des Fahrzeugparks durch die Inbetriebnahme eines modernen Hubrettungsfahrzeuges und in organisatorischer Hinsicht die Integration der Betriebsfeuerwehr Sulzer in die städtische Feuerwehr.

Als Partnerorganisation im Bevölkerungsschutz hat der Zivilschutz zwei Hauptaufgaben: Er leistet rasche Hilfe bei Katastrophen und in anderen Notlagen. Zudem schützt, rettet und betreut er die Bevölkerung bei bewaffneten Konflikten. Im Berichtsjahr stand der Zivilschutz zunächst ganz im Zeichen der Expo.02; Winterthur stellte der Landesausstellung eine grössere Anzahl Zivilschutzangehöriger in erster Linie zur Verstärkung der zivilen Sicherheit auf den Arteplages zur Verfügung. Um einen reibungslosen Einsatz sicher zu stellen, wurden die Zivilschützer vorgängig in speziellen Kursen auf ihre Aufgabe vorbereitet. Mit ihrem Einsatz haben die Winterthurer Zivilschutzpflichtigen zum guten Gelingen der Landesausstellung beigetragen. Nach den verheerenden Riefenniedergängen im Kanton Graubünden leistete das Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachement im Spätherbst im Rahmen eines Ernstfalleinsatzes dringend benötigte Unterstützung bei Aufräumarbeiten und der Instandstellung von Wohnhäusern sowie weiterer lebenswichtiger Infrastruktur.

Im Dienst der Sicherheit, und zwar primär im präventiven Bereich, steht auch das städtische Gesundheitsamt. Dieses erfüllt mit seiner intensiven und breit angelegten Kontrolltätigkeit wichtige Aufgaben im Gebiet der Lebensmittel- und Lufthygiene und sorgt in Vollzug des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes dafür, dass in den Gewerbebetrieben bezüglich Arbeitssicherheit und Unfallverhütung die nötigen Schutzvorkehrungen getroffen sind. Nachdem sich die Kantone der Ostschweiz zum Immissionsmessverbund Ost-Luft zusammengeschlossen haben, sind vom Gesundheitsamt erhobene Immissionsmessdaten teils auch über Internet abrufbar. Die im Jahr 2001 lancierte und vom Gesundheitsamt wesentlich mit geprägte Kinderschutzkampagne «Im Banne des Spiels» der Stiftung für Schadenbekämpfung der Winterthur Versicherungen wurde im Berichtsjahr weitergeführt und ergänzt. Als kommunikative Schnittstellen zwischen Verwaltungstätigkeit und Öffentlichkeit haben auch die Medienstellen der Stadtpolizei und der Feuerwehr mit verschiedenen Aufklärungskampagnen wichtige präventive Aufgaben im Bereich der Unfall- und Verbrechenverhütung wahrgenommen.

Bedingt durch den Austritt des langjährigen Beauftragten für Umwelt und Energie aus den Diensten der Stadt und dem Stellenantritt seines Nachfolgers nach einer mehrmonatigen Vakanz stand das Jahr 2002 für die Umweltschutzfachstelle im Zeichen des Neubeginns. Während dieser Übergangsphase, die auch dank der Stellvertretung durch den Leiter des Gesundheitsamtes reibungslos verlief, bildete die Koordination der ämter- und departementsübergreifenden Umweltschutzaktivitäten wie bis anhin einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt der Umweltschutzfachstelle. Bedeutende Koordinationsaufgaben betrafen im Besonderen auch die Umweltverträglichkeitsprüfungen für zwei grosse Wohnüberbauungen. Im Weiteren befasste sich die Umweltschutzfachstelle mit Fragen der Störfallsicherheit, der nachhaltigen ökologischen Beschaffung und der Flugverkehrspolitik. Als städtischer Vertreter am «Runden Tisch Flughafen Zürich» hat der Departementsvorsteher die Eckwerte dieses Gremiums mit geprägt, und der Stadtrat sich im Hinblick auf die Ausgestaltung des Flughafen-Betriebsreglements nach-

drücklich für eine ausgewogene, solidarische Fluglärmverteilung eingesetzt. Als erfreulich ist aus ökologischer Sicht ferner zu vermerken, dass Winterthur im Berichtsjahr erneut als «Energistadt» ausgezeichnet worden ist, wobei sie sich im Vergleich zur ersten Bewertung sogar verbessert hat.

Abgesehen von der täglichen Herausforderung, für die Kundschaft zufriedenstellende Dienstleistungen zu erbringen, standen für das Melde- und Zivilstandswesen einerseits die Vorbereitungen für die Zusammenarbeit mit den Bezirksgemeinden im gemeinsamen Zivilstandskreis und andererseits die Umsetzung der bilateralen Verträge mit der EU im Zentrum des Interesses, die im Bereich des Migrationswesens wesentliche Änderungen mit sich brachten.

Der Einsatz zugunsten der Erwerbslosen hat im abgelaufenen Jahr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsamtes besonders gefordert. Bedingt durch die anhaltende konjunkturelle Schwächephase in einem von Unsicherheit geprägten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld hat auch in der Region Winterthur zu einem markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, dessen Ende noch nicht absehbar ist. Dank guter Vorbereitung und flexibler Organisationsstrukturen vermochte das RAV die rasch angestiegene Geschäftslast erfolgreich zu bewältigen. Die KAP hatte ebenfalls die nötigen Vorkehrungen getroffen und konnte im engen Zusammenwirken mit verschiedenen anderen Stellen ihre Beratungs- und Einsatzangebote auch für die stark zunehmende Anzahl von Stellensuchenden sicherstellen.

Der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auch im abgelaufenen Jahr ein hoher Stellenwert beigemessen: Während sich die Ämter und Bereiche in der fachspezifischen Aus- und Weiterbildung engagierten, stand auf Stufe Departement die weiterführende Schulung des mittleren und oberen Kaders im Vordergrund. Dazu zählte nebst einer zweitägigen Veranstaltung zu den Themen Personalauswahl und Visualisierung erneut der vom Departement organisierte Management-Lehrgang, der in den vergangenen Jahren bei den Teilnehmenden durchgängig auf positive Resonanz gestossen war. Die wiederum sehr gute Erfahrung bewirkte, dass für das kommende Jahr ein weiterer Nachfolge-Lehrgang in Planung ist.

In personeller Hinsicht war das Berichtsjahr von erheblichen Veränderungen gekennzeichnet: Wie bereits angedeutet, verliess der langjährige Leiter der Umweltschutzfachstelle, Daniel Klooz, die Stadtverwaltung im März 2002, um eine Anstellung als Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Bern anzunehmen. Als sein Nachfolger wurde per 1. Oktober 2002 Erik Schmausser gewählt. Im Verlauf des Jahres hat auch Christine Häner, Leiterin Finanzen und Dienste im Departementsstab, die Stadtverwaltung verlassen; an ihrer Stelle hat am 1. Juli 2002 Axel Svensson seine Arbeit aufgenommen. Im Bereich Melde- und Zivilstandswesen wurde Daniel Bugea zum neuen Leiter des Zivilstandsamtes gewählt, nachdem sein Vorgänger Beat Brenn die Stadt in Richtung kantonale Verwaltung verlassen hatte. Die vakante Stelle des Stabschefs und Stellvertreters des Chefs der Zivilschutzorganisation ist mit Martin Erb, bisher als Zivilschutzinstruktor tätig, wieder besetzt worden. Mit Elisabeth König ist im vergangenen Jahr schliesslich die langjährige Stabsoffizierin der Stadtpolizei in den Ruhestand getreten. Den ausgeschiedenen Mitarbeitenden sei auch an dieser Stelle für ihre Verdienste um die Stadt Winterthur gedankt.

Umweltschutzfachstelle

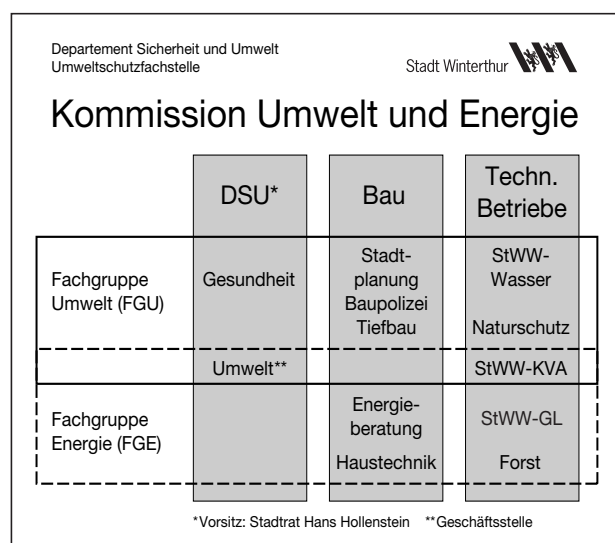
Aufgrund des personellen Wechsels in der Leitung der städtischen Umweltschutzfachstelle war das Jahr 2002 ein Übergangsjahr. Gleichwohl wurden die ämter- und departementsübergreifenden Umweltaktivitäten auch in dieser Übergangszeit koordiniert und die wichtigsten Arbeiten der Umweltschutzfachstelle weitergeführt. Zu letzteren zählten die Umweltverträglichkeitsprüfungen für zwei grosse Wohnüberbauungen, der Vollzug der Störfallvorsorge, die Interessenvertretung in Flugverkehrsangelegenheiten, die Erfolgskontrolle der nachhaltigen ökologischen Beschaffung sowie die Mitarbeit in einem EU-Projekt und einem schweizerischen Projekt zu Nachhaltigkeitsindikatoren. Als erfreulich ist zu vermerken, dass Winterthur im Berichtsjahr erneut als «Energistadt» ausgezeichnet wurde und sich in der Bewertung gegenüber dem ersten Audit 1999 gesamthaft verbesserte.

Ein Übergangsjahr

Das Berichtsjahr der Umweltschutzfachstelle war geprägt durch den Wechsel in ihrer Leitung. Der langjährige Leiter der Fachstelle, Daniel Klooz, verliess die Stadtverwaltung im März 2002, um als Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Bern eine neue Herausforderung anzunehmen. Interimistisch leitete daraufhin der Vorsteher des Gesundheitsamtes, Thomas Engesser, die Geschicke der städtischen Umweltschutzfachstelle, bevor am 1. Oktober 2002 mit Erik Schmausser der neue Beauftragte für Umwelt und Energie seine Stelle antreten konnte. Auch während dieser Übergangszeit wurden die wichtigsten Tagesgeschäfte der Fachstelle weitergeführt; das gilt im Besonderen für die bedarfsorientierte Koordination der Umweltaktivitäten der Stadt Winterthur: So tagte die Kommission Umwelt und Energie dreimal, die Fachgruppe Umwelt siebenmal und die Fachgruppe Energie fünfmal.

Die nachfolgenden Ausführungen befassen sich mit den wichtigsten Geschäften der Umweltschutzfachstelle; für weitere umweltrelevante Darlegungen sei auf die Berichterstattung der Fachstellen verwiesen, die Mitglieder der Matrixorganisation Umwelt und Energie sind (siehe Abbildung 1).

Abb. 1: Matrixorganisation Umwelt und Energie



DSU = Departement Sicherheit und Umwelt; GL = Geschäftsleitung;
KVA = Kehrichtverbrennungsanlage; StWW = Städtische Werke Winterthur

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Für zwei grosse Wohnüberbauungen auf Stadtgebiet mit jeweils mehr als 300 Parkplätzen sind im Jahr 2002 Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt worden: Es handelte sich um die Projekte «Wässerwiesen» mit rund 360 Wohnungen in Winterthur-Wülflingen und «Gern» mit ca. 420 Wohnungen in Winterthur-Hegi. Im Vordergrund der Beurteilung stand jeweils die zusätzliche Luft- und Lärmbelastung, insbesondere durch den motorisierten Verkehr, der seinerseits von der Anzahl Parkplätze und der Qualität der Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr abhängig ist. Hinsichtlich der Wärmeversorgung tragen beide Vorhaben den Anforderungen des kommunalen Energieplans Rechnung: Wärmenutzung von Rohabwasser für «Wässerwiesen» und Anschluss an den Wärmeverbund Holzschnitzelanlage für «Gern». Aufgrund bereits vom Bauherr vorgesehener Umweltmassnahmen, ergänzt durch behördliche Auflagen und Bedingungen, kann die Umweltverträglichkeit gemäss geltender Umweltschutzgesetzgebung für beide geplanten Überbauungen sichergestellt werden.

Für den geplanten Bauachmarkt der Migros-Ostschweiz in Stadtteil Winterthur-Grüze wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung im Jahr 2000 durchgeführt. Mit dem noch im selben Jahr gegen die Baubewilligung erhobenen Rechtsmittel bemängelte der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) u.a. auch die Umweltverträglichkeitsprüfung und verlangte die Nachbesserung des Umweltverträglichkeitsberichts. Im Mai 2002 hat der Regierungsrat den Rekurs in der Hauptsache gutgeheissen und die Baubewilligung wegen ungenügender Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr aufgehoben. Soweit die Umweltverträglichkeitsprüfung in Frage stand, wurde die Stadt jedoch in ihrem Vorgehen bestätigt. Mit Bezug auf die aufgehobene Baubewilligung ist der Stadtrat im Juni dieses Jahres an das Verwaltungsgericht gelangt. Gleichzeitig laufen mit allen Beteiligten Gespräche, um eine allseits befriedigende Lösung für die Erschliessung durch die öffentlichen Verkehrsmittel zu finden.

Vollzug Störfallverordnung

Der Vollzug der Störfallverordnung (StFV) auf Stadtgebiet erfolgt unter Federführung der kantonalen Koordinationsstelle für Störfallvorsorge des AWEL (Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft). Per Ende 2002 unterliegen in Winterthur noch 29 Betriebe der Störfallverordnung, 3 Betriebe weniger als im Vorjahr. Davon sind 23 Betriebe im Kurzberichtsverfahren abschliessend beurteilt und als auf dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik eingestuft. In Bearbeitung befinden sich derzeit noch 6 Betriebe. Fünf Jahre nach Abschluss des Kurzberichtsverfahrens werden bei den Betrieben, die der StFV unterstehen, koordinierte Sicherheitsinspektionen durchgeführt. Im vergangenen Jahr erfolgten vier solche Inspektionen sowie eine Begehung eines Betriebs nach einem Brandfall. Im Kantonalen Chemierisikokataster waren auf Stadtgebiet Ende Jahr 68 Betriebe (Vorjahr: 73) erfasst, darin eingeschlossen die 29 der StFV unterstellten Betriebe.

Fluglärm

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt im Umweltschutzbereich betraf die Luftverkehrspolitik, die sich gegenwärtig hauptsächlich mit den Themenbereichen SiL-Objektblatt Flughafen Zürich, Erneuerung des Flughafen-Betriebsreglements und Flugverkehrsvertrag mit Deutschland sowie dessen Umsetzung befasst. Im Rahmen der Arbeiten des «Runden Tisch Flughafen Zürich»,

dem Konsultativorgan des Zürcher Regierungsrates in Flugverkehrsfragen, vertrat die Departementsleitung mit Unterstützung der Umweltschutzfachstelle die städtischen Interessen. Das Engagement galt weiterhin der ursprünglichen Betriebsvariante des Runden Tisches (BV2) sowie dessen Eckwerten, also insbesondere einer gleichmässigen Verteilung des Fluglärms, einer Plafonierung der Flugbewegungen sowie einer ausgedehnten Nachtflugsperrung. Damit im Einklang unterstützte der Stadtrat zudem eine kantonsübergreifende Petition von Stadt- und Gemeinderäten an den Bundesrat, die eine ausgewogene Fluglärmverteilung sowie eine nachhaltige Entwicklung des Flughafens verlangt. Im Berichtsjahr wurden auch zahlreiche Briefe von Fluglärm betroffener Bewohnerinnen und Bewohnern beantwortet.

Im Weiteren hat der Stadtrat auch im vergangenen Jahr die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausgeschöpft, um zu verhindern, dass Winterthur bezüglich Flugverkehrsimmissionen gegenüber andern Kantonsgebieten benachteiligt wird. So hat er bereits gegen die provisorische Änderung des Flughafen-Betriebsreglements vom Oktober 2001, die eine erste Zunahme der Flugbewegungen über den südöstlich gelegenen Stadtteilen zur Folge hatte, Einsprache und anschliessend auch Beschwerde erhoben. Über den Ausgang dieses Verfahrens ist bislang noch nicht entschieden. Zudem ist der Stadtrat vor kurzem auch gegen die zweite provisorische Reglementsänderung rechtlich vorgegangen, die seit Ende Oktober 2002 ebenfalls die südöstlichen Stadtgebiete an den Wochenenden erneut mit zusätzlichem Fluglärm belastet.

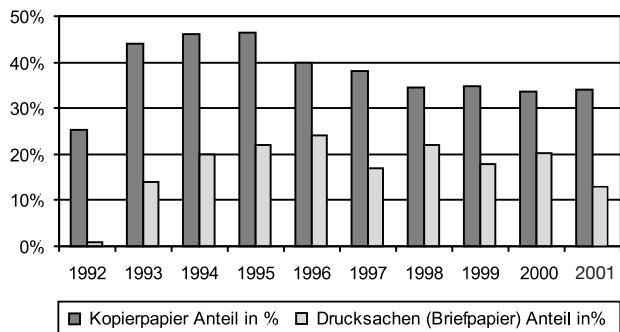
Nachhaltige ökologische Beschaffung

Die jährliche Erfolgskontrolle der nachhaltigen ökologischen Beschaffung wurde im Sommer 2002 bei der Materialverwaltung, der Stadtgärtnerei, den Städtischen Werken sowie beim Strasseninspektorat für das Jahr 2001 durchgeführt. Die Zahlen der Materialverwaltung für das Jahr 2001 zeigen eine deutliche Zunahme des Kopierpapiers (+ 8,9%); der Anteil Recyclingpapier konnte dabei leicht gesteigert werden, während der Anteil Recyclingpapier beim Briefpapier um die Hälfte zurückging (siehe Abbildung 2). Der Verbrauch von Wasch- und Reinigungsmitteln hat sich weiter reduziert. Auch der Verbrauch von Pflanzenbehandlungsmitteln nahm leicht ab. Die Stadtgärtnerei verwendet zudem ausschliesslich Pflanzenschutzmittel der Positivliste des Verbandes Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter (VSSG), die nur nützlichsschonende Pflanzenbehandlungsmittel mit geringer Umweltbelastung enthält. Beim Strasseninspektorat wiederum variieren Art und Menge der verwendeten Stoffe für Strassenmarkierungen und Belagsunterhalt je nach Bauvorhaben. In den Produkten für den Fahrzeugunterhalt konnte der Lösemittelgehalt nicht weiter gesenkt werden. Die Lösemittel-Emissionen des Strasseninspektorats lagen 2001 mit rund 3100 kg in etwa auf Vorjahreshöhe. Bei den Reifen setzte sich der Trend zum Einsatz von Neureifen fort, runderneuerte Reifen werden nur noch für die Hinterachsen der Lastwagen eingesetzt. Diese Ergebnisse zeigen, dass für eine konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Ökologischen Beschaffung nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Der Audit-Bericht 2002 mit allen Zahlen, Zielen und Massnahmen der Ökologischen Beschaffung aller vier städtischen Stellen ist bei der Umweltschutzfachstelle erhältlich.

Energiestadt

Im Jahr 1999 erhielt die Stadt Winterthur erstmals das Label «Energiestadt». Dieses Qualitätslabel wird vom Trägerverein Label-Energiestadt basierend auf einer

Abb. 2: Entwicklung des Recyclingpapier-Anteils bei Brief- und Kopierpapier von 1992 bis 2001



standardisierten Zertifizierung an Gemeinden verliehen, die sich durch überdurchschnittliche realisierte und geplante Massnahmen in der kommunalen Energiepolitik auszeichnen (siehe: www.energiestadt.ch). Das Label wird für jeweils drei Jahre vergeben. Die Einhaltung der Anforderungen wird mittels jährlicher Erfolgskontrollen sowie alle 3 Jahre durch ein Re-Audit sichergestellt. Im Jahr 2002 wurden die energiepolitischen Leistungen der Stadt Winterthur daher mit einem Re-Audit überprüft. Anhand eines Kataloges mit über 90 möglichen Aktionsbereichen sind die städtischen Aktivitäten in den Bereichen Bau und Planung, Energieversorgung, Wasser/Abwasser, Verkehr und Mobilität, Energiepolitische Öffentlichkeitsarbeit und Interne Organisation bewertet worden. Winterthur konnte sich um 3 Prozentpunkte verbessern und rangiert neu auf Platz 12 der insgesamt 84 zertifizierten Energiestädte der Schweiz (Stand Februar 2003). Basierend auf den Ergebnissen des Audits wurden die derzeitigen Stärken und Schwächen der städtischen Energiepolitik erkannt. Die Zusammenfassung des Berichts zum Label Energiestadt Re-Audit 2002 kann bei der Umweltschutzfachstelle bezogen werden.



Abb. 3: Energiestadt Winterthur

Im Jahr 2003 wird die weitere Umsetzung des «Energiekonzeptes 2000» vorangetrieben. Ein Kommunikationskonzept für die dafür entscheidend wichtige Öffentlichkeitsarbeit wird erarbeitet und interne Abklärungen für ein mögliches Energieleitbild für kommunale Gebäude finden statt. Zudem werden mit Hilfe von CO₂- und NO_x-Emissionsszenarien die Umweltwirkungen der vorgesehenen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz abgeschätzt.

Lokale Nachhaltige Entwicklung

In den letzten Jahren ist die Nachhaltige Entwicklung zu einer allgemein anerkannten Leitidee für die Politik der Zukunft geworden. Von der Brundtland-Kommission der UNO 1987 erstmals umschrieben, ist das Prinzip der Nachhaltigkeit inzwischen vielerorts, so auch in den Legislatorschwerpunkten des Stadtrates, als politische Leitidee übernommen worden. Damit im Einklang hat der Stadtrat zum Ausdruck gebracht, bei all seinen Entscheidungen und Handlungen die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung – also wirtschaftliche, soziale und ökologische Anliegen – ganzheitlich und ausgewogen zu berücksichtigen (vgl. «Stadtrat Winterthur, Legislatorschwerpunkte 2002–2006», S. 4). Die in Beantwortung des Postulats «Lokale Agenda 21» präsentierte stadträtliche Strategie für eine lokale Nachhaltige Entwicklung basiert auf den folgenden sechs Elementen: Information und Förderung des Verständnisses für die Nachhaltige Entwicklung, Leitlinien und Kriterien, Verwaltungsinterne Koordination, Beurteilungsinstrumente, Kommunikation und Einbezug von Parlament und Öffentlichkeit sowie das Schaffen der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen. Bedingt durch den Führungswechsel in der Umweltschutzfachstelle hat sich die Umsetzung dieser Strategie im vergangenen Jahr verzögert; sie wird aber mit Engagement wieder in Angriff genommen.

Das EU-Projekt «Pastille» mit Beteiligung der Stadt Winterthur und der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) wurde im September 2002 abgeschlossen. Dieses wissenschaftliche Projekt untersuchte anhand der vier Städte Wien, Lyon, London-Southwark und Winterthur als Fallbeispiele, inwieweit Nachhaltigkeitsindikatoren das Verwaltungshandeln und die städtischen politischen Entscheidungsträger beeinflussen. Zentrales Ergebnis der Studie ist die Feststellung, dass die Wirksamkeit von Nachhaltigkeitsindikatoren auf kommunaler Ebene haupt-

sächlich davon abhängt, wie stark sie in politische Entscheidungsprozesse und fachlich-administrative Prozesse und Instrumente eingebunden sind. Der Schlussbericht des Projektes ist unter folgender Adresse erhältlich: The Pastille Consortium, The London School of Economics and Political Science, Departement of Geography, Houghton Street, London WC2 2AE, UK (Email: pastille@lse.ac.uk, Internet: www.lse.ac.uk/Depts/geography/Pastille/research.htm).

Fortgesetzt werden konnte ferner die Mitarbeit am Projekt «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen». Dieses Projekt, an welchem acht Städte und fünf Kantone beteiligt sind, befasst sich mit der Entwicklung eines Indikatorensystems, um Städte und Kantone unter einander vergleichen zu können. Ziel ist es, für jede der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung – Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft – je zehn anwendbare Indikatoren zu finden. Als wichtiger Zwischenschritt hin zu einem solchen Indikatorensystem wurden zunächst Zielbereiche für die lokale Nachhaltige Entwicklung definiert (siehe Abbildung 4). Der Schlussbericht des Projektes soll im Frühling 2003 vorliegen.

Abb. 4:
Themen und Zielbereiche lokaler Nachhaltiger Entwicklung (Projekt Kernindikatoren für Städte und Kantone)

Gesellschaft	Umwelt	Wirtschaft
Wohnqualität	Artenvielfalt / Lebensraum	Einkommen
Mobilität	Landschaft / Naturraum	Preise
Gesundheit	Energieverbrauch Bauten	Einkommensverteilung
Sicherheit	Energieverbrauch Verkehr	Arbeitsplätze
Partizipation	Klima	Investitionen
Kultur	Rohstoffverbrauch	Ressourceneffizienz
Bildung	Wasserhaushalt	Innovation
Soziale Unterstützung	Wasserqualität	Wirtschaftsstruktur
Gemeinschaft / Integration	Bodenverbrauch	Öffentlicher Haushalt
Chancengleichheit	Bodenqualität	Steuern
Solidarität	Luftqualität	Know-how

Publikationen erhältlich

Sofern nicht anders vermerkt, sind sämtliche im Text erwähnten Publikationen erhältlich bei: Umweltschutzfachstelle Stadt Winterthur, Obertor 32, 8402 Winterthur, Tel. 052 267 53 03, Fax 052 267 62 22, Email: umwelt@win.ch, Internet: www.umwelt-winterthur.ch.

Polizeirichteramt

Für das Polizeirichteramt stand das Jahr 2002 im Zeichen eines weiteren Ausbaus und der Verfeinerung der internen Abläufe. Im Vergleich zum vergangenen Geschäftsjahr war eine markante Zunahme der erlassenen Bussenverfügungen zu verzeichnen.

Einen Schwerpunkt im vergangenen Geschäftsjahr bildete erneut der Ausbau und die Verfeinerung der internen Arbeitsabläufe. So galt es, anlässlich von verschiedenen amtsinternen Sitzungen die einzelnen, innerhalb des Polizeirichteramtes wahrzunehmenden Teilaufgaben zu definieren, um sie anschliessend in Ergänzung der bestehenden Pflichtenhefte den einzelnen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu übertragen. Diese in schriftlicher Form festgehaltenen Regelungen machten es möglich, bestehende Zuständigkeitsfragen zu lösen und die grundlegenden Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Anknüpfend an die Arbeiten im vorangegangenen Jahr wurden ausserdem verschiedene Bereiche der umfangreichen internen Bussenansatzliste für die Übertretungstatbestände erneuert. Ziel dieser Arbeiten ist es, dem jeweiligen Verschulden angemessene, untereinander abgestimmte Bussenansätze festzulegen, die als Grundlage für den Erlass der Strafverfügungen dienen.

Im Bereich Infrastruktur wurden die letzten technischen und auch administrativen Vorbereitungen zur Einführung des neuen Datenverarbeitungssystems zur Erstellung und Bearbeitung von Bussenverfügungen getroffen. Dieses soll nun in den kommenden Monaten eingeführt werden und das bestehende, über 10-jährige EDV-System ablösen.

Insgesamt erliess das Polizeirichteramt im Jahr 2002 fast 1000 Strafverfügungen mehr als im Vorjahr. Im Bereich Strassenverkehr ist besonders auffällig, dass die Bussen wegen Führens eines nicht betriebssicheren Fahrzeuges sowie wegen Missachtens der Arbeits- und Ruhezeiten gegenüber dem Vorjahr markant angestiegen sind (+ 86 % bzw. + 68 %). Diese Entwicklung dürfte vor allem auf die vermehrten allgemeinen Verkehrskontrollen der Stadtpolizei im vergangenen Jahr zurückzuführen sein. Die ebenfalls beträchtliche Zuwachsrates bei den Übertretungen des Strafgesetzbuches (+ 73 %) sodann ist einerseits durch den verstärkten internen Pendenzenabbau bedingt und gründet andererseits in der Tatsache, dass beim Polizeirichteramt im Vergleich zum Vorjahr mehr Verzeigungen wegen geringfügigen Diebstahls (Ladendiebstähle) eingegangen sind. Wenn schliesslich auch bei den Strafverfügungen im Betäubungsmittelbereich ein erheblicher Anstieg der Bussen zu verzeichnen war (+ 72 %), so ist dies hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, dass die für den Drogenhandel eingesetzte Fachgruppe der Kantonspolizei Zürich im Berichtsjahr personell verstärkt wurde; die dadurch intensivierte Kontrolltätigkeit, nach wie

vor schwergewichtig auf die Verfolgung von Drogenhandel ausgerichtet, hatte eine entsprechend höhere Anzahl Verzeigungen wegen Übertretungen des Betäubungsmittelgesetzes zur Folge.

Bussenverfügungen und weitere Verfügungen

Tatbestände	2002	2001
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	802	836
Geschwindigkeit	508	494
Parkierungsübertretungen	850	893
Nicht betriebssichere Fahrzeuge	458	246
Rotlicht	95	102
Fahren ohne Ausweis	181	153
Fahrverbot	228	176
Abgaswartung	25	27
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	175	104
Übrige SVG-Übertretungen	817	739
Total Verkehrsübertretungen	4 139	3 770
Sonstige Übertretungen:		
Strafgesetzbuch	575	332
Betäubungsmittelgesetz	707	411
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 139	1 064
Allgemeine Polizeiverordnung	264	335
Ausländergesetz	108	82
Einwohnerkontrolle	44	58
Gewerbegesetz (AHV, AVIG usw.)	5	2
Gastgewerbe und Lebensmittel	100	70
Feuerwehr und Feuerpolizei	28	22
Hundehaltung	21	30
Übrige Gesetze	61	47
Total sonstige Übertretungen	3 052	2 453
Total erlassene Verfügungen	7 191	6 223
Ad acta, Überweisungen	672	706
Total bearbeitete Fälle	7 863	6 929

Im ordentlichen Strafverfahren behandelte Einsprachen und deren Erledigung

	2002	2001
Total Einsprachen	519	480
– in % aller Verfügungen	7,2	7,7
Art der Erledigung:		
Nichteintreten (keine formelle Einsprache)	68	26
Rückzüge vorbehaltlos	212	198
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	135	113
Aufhebungen	52	72
– % der Einsprachen	10	15
– % aller Verfügungen	0,7	1,15
Überweisungen ans Bezirksgericht	24	17
Pendente Fälle	68	115

Im Jahr 2002 gelangten insgesamt vier durch das Polizeirichteramt gebüsste Personen an den Ombudsmann der Stadt Winterthur. Von diesen Beschwerden konnten zwei erledigt werden, zwei weitere waren Ende des Geschäftsjahres noch pendente.

Stadtpolizei

Die Stadtpolizei war auch im Jahr 2002 in vielen Bereichen mit einer teils erheblichen Zunahme der Arbeitslast konfrontiert. Durch die Einführung des neuen Reportsystems POLIS im Herbst 2002 ist die Stadtpolizei in der Lage, ihre Aufgaben effizienter zu erledigen; zudem wird ihr auch eine bessere und zielorientiertere Zusammenarbeit mit der Kantons- und Stadtpolizei Zürich ermöglicht.

Der Korpsbestand hat sich im Berichtsjahr leicht erhöht. Dies ist vor allem auf die laufende Polizeischule, welche mit 2 Aspirantinnen und 16 Aspiranten gut besetzt ist, zurückzuführen. Zudem traten im vergangenen Jahr fünf neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (je ein Wiedereintritt einer Polizistin und eines Verkehrsbeamten sowie drei Zivilangestellte) in die Dienste der Stadtpolizei. Neun Mitarbeitende (fünf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, zwei Verkehrsbeamtinnen, ein Aspirant sowie eine Zivilangestellte) verliessen das Korps. Eine Offizierin und ein Zivilangestellter traten in den Ruhestand. Trotz anhaltend hoher Arbeitslast musste mit 12 678 Überzeit-Stunden (inkl. Zeitzuschläge) im Vergleich zum Vorjahr (13 633 inkl. Zeitzuschläge) weniger Überzeit geleistet werden. Die zwölf Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule 2001/2002 wurden am 21. März 2002 vereidigt und per 1. April 2002 in die sechs Dienstgruppen der Sicherheitspolizei integriert.

Korpsbestand (Stellenprozente am 31. Dezember)	2002	2001
Polizistinnen/Polizisten	173	167
Verkehrsbeamtinnen/Verkehrsbeamte	18	19
Aspirantinnen/Aspiranten	17	12
Zivilangestellte	17	15
Total	225	213

Die Zahl der Geschäfte und Dienstleistungen der Stadtpolizei nahm 2002 gegenüber dem Vorjahr erheblich zu. So wurden im Berichtsjahr 14 814 (10 403) Fälle rapportiert und insgesamt 72 543 (71 274) Bussen ausgestellt. Das Büro Ordnungsbussenzentrale / Parkbewilligungen wiederum stellte im vergangenen Jahr 7816 (8048) Spezialbewilligungen (Sperrzone, Behinderte, Schulhäuser, Anwohner etc.) aus. Erneut war auch ein markanter Anstieg bei den Dienstleistungen für andere Amtsstellen zu verzeichnen: So wurden im Jahr 2002 2913 (2049) Zustellungen von Zahlungsbefehlen erledigt. Auch die Vorführungsaufträge der Betreibungsämter haben im Vorjahresvergleich um 429 auf total 2648 Aufträge zugenommen. Die Zahl der Rechtshilfegesuche und Erhebungen für andere Dienststellen belief sich auf 11 077 (9455).

Ihrer Leitidee entsprechend stehen die Mitarbeitenden aller Abteilungen der Stadtpolizei im Einsatz für eine sichere, lebenswerte Stadt. Einen namhaften Beitrag dazu erbringt die Sicherheits- und Verkehrspolizei durch ihre intensive Patrouillentätigkeit; so wurden im Berichtsjahr ca. 36 000 (36 000) Mann-/Fraustunden im Sicherheits- und allgemeinen Verkehrsbereich sowie ca. 7600 (7600) Mann-/Fraustunden im spezifischen Verkehrsbereich geleistet. Ergänzend zum ordentlichen Funkstreifendienst wurden an den Wochenenden ausserdem regelmässige Patrouillen eingesetzt, die sich schwerpunktmässig auf Personenkontrollen an neuralgischen Punkten konzentrierten. Diese, wie auch die Dämmerungspatrouillen in den Abendstunden und die erhöhte sichtbare Präsenz in der Altstadt während der Vorweihnachtszeit, erfolgten unter Einbezug von Polizistinnen und Polizisten aus zivilen Abteilungen. Als Sondereinsätze sind in diesem Zusammenhang etwa das Ausrücken bei Alarmen 797, Ord-



Die an die EU-Normen angepasste Parkscheibe, welche seit dem 1. Januar 2003 Vorschrift ist.

nungsdiensteinsätze 15 (19), die 82 (117) Einsätze von Polizei-Diensthunden, Alarmfahndungen 5 (6) oder die Vorbereitungen im Hinblick auf den Einsatz der Stadtpolizei am WEF 2003 in Davos zu erwähnen.

Zum ersten Mal wurden dieses Jahr auch in Winterthur Inline-Skating-Anlässe, organisiert durch «Monday-Night-Skate» in Zusammenarbeit mit dem Büro Veranstaltungen der Stadtpolizei, durchgeführt. Die total ca. 3000 TeilnehmerInnen wurden an drei Montag-Abenden auf einer speziell dafür ausgesuchten Route von jeweils drei Polizei-Motorradfahrern durch die Stadt begleitet.

Bei der Einsatzzentrale der Stadtpolizei, welche auch die Notrufe für die Berufsfeuerwehr Winterthur sowie die Feuerwehren von 52 Gemeinden rund um Winterthur entgegennimmt, gingen im Berichtsjahr wie im Vorjahr ca. 200 000 Telefonanrufe ein. Daraus resultierten 14 334 (14 373) Einsätze für die Polizei und 947 (908) Feuerwehraufgebote. Wie im Jahr zuvor wurden ungefähr 20 000 Anrufe über die Notrufnummern 112, 117 und 118 getätigt.

Die Drogensituation in der Stadt Winterthur hat sich im Berichtsjahr kaum verändert. Nach wie vor ist von ca. 500 Konsumentinnen und Konsumenten, die illegale Drogen mehrheitlich in der Stadt Winterthur erwerben und auch hier konsumieren, auszugehen. Die diesbezügliche Situation beim Musikpavillon hat sich aufgrund von häufigen Polizei-Kontrollen sowie der Projektarbeit «Pavillon» verbessert. Durch die Tätigkeit der Einsatzgruppe Luna (welche zeitweise mit einem zusätzlichen Mitarbeiter verstärkt werden musste) und der gemischten Zivilpatrouillen mit der Kantonspolizei konnte die Bildung einer offenen Drogenszene weiterhin verhindert werden. Der spürbare Druck hatte indessen auch eine gewisse Dezentralisierung des Drogenhandels mit wechselnden Standorten zur Folge, was die polizeiliche Verfolgung entsprechend erschwert.

Im Jahr 2002 rückte die Stadtpolizei durchschnittlich 13 mal pro Monat wegen Vorfällen mit häuslicher Gewalt aus. Auch in diesem Bereich legt die Stadtpolizei besonderes Gewicht auf die vernetzte Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, beispielsweise durch die Mitarbeit in der interdisziplinären Arbeitsgruppe «Stopp der Männergewalt in Ehe und Partnerschaft». In allen Fällen von häuslicher Gewalt wird nicht nur auf eine konsequente strafrechtliche Ermittlungsarbeit, sondern auch auf eine angemessene Opferhilfe Wert gelegt. Kann in einem Fall keine strafbare Handlung festgestellt werden bzw. fehlt es an einem Strafantrag der geschädigten Person, wird über den betreffenden Vorfall gleichwohl ein interner Bericht erstellt.

Im Zusammenhang mit der Schreckenstat vom 27. September 2001 im Kantonsparlament Zug hatte der Stadtrat die Stadtpolizei Winterthur mit einer Überprüfung der Sicherheit in der städtischen Verwaltung beauftragt. Die speziell dafür eingesetzte Arbeitsgruppe «Sicheres Winterthur» hat sich im Berichtsjahr damit befasst, allfällige Schwachstellen aufzudecken und konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten. In der Folge wurden spezielle Vorkehrungen zum Schutz der öffentlichen Sitzungen des Grossen Gemeinderates getroffen, ein besonderes Aus- und Weiterbildungsangebot zum Thema Sicherheit für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung entwickelt und Abklärungen betreffend bauliche Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in den Räumen der Stadtverwaltung eingeleitet.

Übertretungen im Strassenverkehr	2002	2001
Rotlichtmissachtungen	2 496	2 553
Geschwindigkeitskontrollen	1 006	908
kontrollierte Fahrzeuge	257 875	204 228
Überschreiten der Geschwindigkeit	23 300	20 361

Die Zahl der auf dem Stadtgebiet (ohne A1 und A4) registrierten Verkehrsunfälle hat gegenüber dem Vorjahr erneut leicht abgenommen. Es wurden bei insgesamt 936 (959) Ereignissen 33 (42) Personen schwer und 421 (384) Personen, davon 50 Kinder, leicht verletzt. Leider kam es auf den Winterthurer Strassen (ohne A1 und A4) auch zu 9 (1) Unfällen mit Todesfolge, die allesamt auf menschliches Versagen zurückzuführen waren.

Verkehrsunfälle	2002	2001
Verkehrsunfälle	1 116	1 139
Stadtgebiet ohne A1/A4	932	959
Verletzte	499	486
Stadtgebiet ohne A1/A4	457	426
Tote	10	1
Stadtgebiet ohne A1/A4	9	1
Sachschaden (in Mio. Fr.)	8,2	8,7
Stadtgebiet ohne A1/A4	6,1	6,4

Das Jahr 2002 verlief auch für den Mediendienst wiederum ereignisreich. Verschiedene aussergewöhnliche Vorfälle, wie u.a. die ernst zu nehmende Drohung eines Schülers gegenüber der Lehrerschaft, die für erhebliche Aufmerksamkeit sorgte, die hohe Anzahl Verkehrsunfälle mit Todesopfern, aber auch die zahlreichen Verkehrskontrollen, Laden- und Taschendiebstähle sowie Einbrüche führten verglichen mit dem Vorjahr zu einer Zunahme von Mediencommuniqués 229 (182) und Interviews 109 (74) für Print- und elektronische Medien. Zu nicht unerheblicher Öffentlichkeitsarbeit Anlass gab auch die Umstellung von der herkömmlichen auf die europäische Parkscheibe. Einen weiteren Schwerpunkt im Informationsbereich bildete die Durchsetzung des Fahr- und Parkverbotes gegenüber Roller- und Motorradfahrer/innen in der Fussgängerzone: Mittels intensiver Medienarbeit und Aufklärung vor Ort mitsamt entsprechendem Flyer wurde



Ein Baugerüst an der Zürcherstrasse stürzte wegen Windböen auf die Fahrbahn

nachhaltig auf diese Regelung aufmerksam gemacht. Nebst seiner Funktion als zentrale kommunikative Drehscheibe zwischen polizeilicher Tätigkeit und Öffentlichkeit nimmt der Mediendienst aber auch wichtige Aufgaben im Bereich der Unfall- und Verbrechenverhütung wahr. Im Zeichen der Sicherheit konzipierte und führte der Mediendienst im Berichtsjahr denn auch verschiedene Öffentlichkeitsaktionen und Kampagnen durch. Als Beispiel zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang etwa die zum Schulanfang gestartete Aktion unter dem Motto «Du bist mein Vorbild», die den Erwachsenen ihre Vorbildfunktion für Kinder im Hinblick auf ihr Verkehrsverhalten in Erinnerung rief. Getreu nach dem Grundsatz «Steter Tropfen höhlt den Stein» wurde zudem die Aktion «Im Banne des Spiels» für mehr Verkehrssicherheit der Kinder weitergeführt und die Aufklärungskampagne «Weihnachtskalender» am Stadttor mit den Themen Taschendiebstahl, Einbruch und Verkehrssicherheit wiederholt. Mit ihrem vielfältigen Wirken leistete der Mediendienst auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag an die polizeiliche Arbeit.

Unter Mitwirkung der Hauptabteilung Verkehrsslenkung wurden auf dem Stadtgebiet im Berichtsjahr fünf neue Tempo-30-Zonen (Steig, Gutenberg, Schick, Endliker und Büelhof) realisiert. Die Anzahl signalisierter Tempo-30-Zonen beläuft sich damit auf 37; drei weitere sind bewilligt und befinden sich derzeit in Realisierung. Ein weiteres Betätigungsfeld betraf Strassenbau-Grossprojekte wie die Umgestaltung des Knotens Talegg oder die Sanierung der Wülfinger- und Salomon Hirzel-Strasse. Die Abteilung



Sensibilisierung der Kinder im Stadtverkehr



Vereidigung der Polizeischule 2001/2002



Motorradfahrer der Stadtpolizei

Verkehrstechnik war ferner auch mit diversen Brückensanierungen und der Erarbeitung des Parkierungskonzeptes für die neue Eishalle an der Grüzefeldstrasse beschäftigt. Arbeiten wie Neubau und Erneuerung von sechs stationären Lichtsignalanlagen, Bearbeitung diverser Baustellenlichtsignale, Wartung und Sicherstellung des störungsfreien Betriebes technischer Einrichtungen wie Lichtsignalanlagen, Parkleitsystem, Baustellenanlagen und Verkehrszähler gehörten zum vielfältigen Aufgabenbereich der Abteilung Verkehrssteuerung. Die vier Verkehrsinstruktoren vermittelten auch in diesem Jahr wieder in allen Schulstufen wichtige Grundkenntnisse, was das Verhalten im Strassenverkehr betrifft. Leider musste fast ein Fünftel der Sechstklässer/innen, welche im Berichtsjahr die Fahrradprüfung absolvierten, zu einer Nachinstruktion aufgeboten werden. Ein besonderes Engagement der Verkehrsinstruktoren galt auch der Schulung der Mitglieder der Institution «IG-Velo» an sechs Nachmittagen bzw. Abenden.

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm sowohl bei den Personenwagen als auch bei den Motorrädern erneut um etwa 6,7 % (9,2 %) zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2002	August 2001*
Motorwagen		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	40 755	38 383
c) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	566	463
d) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	578	409
Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)	41 899	39 255
Motorräder		
a) Motorräder und Dreiräder	4 642	4 460
b) Kleinmotorräder	738	468
Total Motorräder	5 380	4 928
Total aller Motorfahrzeuge	47 279	43 160

* Wegen einer Systemumstellung im Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich liegen die Daten von August 2001 im Zeitpunkt der Berichterstattung nicht vor.

Die Wirtschaftspolizei hatte im Berichtsjahr 119 (155) Patentwechsel für Gastwirtschaftsbetriebe zu bearbeiten. Die Gesamtzahl der Gastwirtschaftsbetriebe hat mit 460 (432) einen neuen Höchststand erreicht. Sämtliche Gastwirtschaftsbetriebe wurden mit einem Kreisschreiben über die Abräumfrist für die verbotenen Glücksspielautomaten sowie die im Kanton Zürich nach Unterhaltungsgewerbegesetz verbotenen unechten Punktespielautomaten informiert. Im Rahmen von Kontrollen mussten in acht Be-

trieben widerrechtlich aufgestellte Glücksspielautomaten festgestellt werden.

Die Gewerbe Polizei führte während der Konzerte auf der Steinberggasse anlässlich des Albanifestes an fünf Tagen Lärmmessungen durch. Erfreulicherweise mussten keine Beanstandungen angebracht werden; die Organisationen hielten sich vorbildlich an die Auflagen. Gesamthaft wurden im Berichtsjahr 48 (52) Lärmmessungen gemäss Schall- und Laserverordnung in Musiklokalen, am Albanifest, an den Dorfeten sowie an mehreren Technopartys vorgenommen. Daraus resultierten 19 (22) Verzeigungen und 5 (10) Verwarnungen.

Nebst der laufenden Polizeischule wurden die Korpsangehörigen in diversen internen und externen Kursen weitergebildet. Um der ansteigenden Gewaltbereitschaft der Klientel entgegenwirken zu können, wurde für die Selbstverteidigung ein neues Konzept ausgearbeitet. Im Rahmen einer dreitägigen Grundausbildung wurden die künftigen Anwender/innen mit dem neuen Rapportierungssystem POLIS vertraut gemacht.

Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr leistete im Berichtsjahr insgesamt 502 Einsätze im Zusammenhang mit Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, Suizidversuchen, Öl-/Chemieunfällen und anderen Schadenereignissen. Sie wurde dabei in 152 Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr (Kp I: 149 Einsätze, Kp II: 3 Einsätze) unterstützt. Besonders tragisch verlief ein Christbaumbrand am 7. Januar 2002 im Neuwiesenquartier, als eine Person starb und eine weitere schwere Brandverletzungen erlitt. Bei weiteren Bränden konnte die Feuerwehr eine Ausbreitung des Feuers im letzten Moment verhindern und die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner rechtzeitig retten. Belastend waren die Einsätze nach mehreren folgenschweren Verkehrsunfällen mit Toten und Schwerverletzten; umso erfreulicher dafür die Inbetriebnahme eines modernen Hubrettungsfahrzeuges und die Integration der Betriebsfeuerwehr Sulzer in die städtische Feuerwehr.

Die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen liegt im Mittel der letzten Jahre; Grossbrände oder Grossereignisse sind glücklicherweise ausgeblieben. Dafür musste die Feuerwehr zu insgesamt 12 schweren Verkehrsunfällen ausrücken und mehrere Schwerverletzte und Tote aus Fahrzeugtrümmern bergen bzw. Polizei und Untersuchungsorgane mit einem Schnelleinsatzzelt unterstützen, die Unfallstelle beleuchten und Trümmerteile wegräumen. Bei 28 Einsätzen zu Gunsten von Tieren wurden unter anderem eine Kuh aus einem Swimmingpool und ein Pferd

aus einem Silo gerettet. Gravierende Folgen hatte am 7. Januar 2002 ein Christbaumbrand im Neuwiesenquartier, der sich sehr rasch zu einem grösseren Wohnungsbrand entwickelte und leider einen Toten und eine Schwerverletzte forderte. Diesen sowie einen weiteren Christbaumbrand nahm die Feuerwehr zum Anlass für eine grössere Präventivkampagne zur Verhütung von Christbaumbränden, und zwar mit speziell gestalteten Grossplakaten an verschiedenen Standorten in der Stadt sowie Busplakaten und Handzetteln in Verkaufsläden.

Mit Rücksicht auf die immer häufiger auftretenden Elementarschadenfälle wurde im Berichtsjahr eine besondere Sturmholz-Equipe mit Spezialisten aus der Forstwirtschaft und der Holzbranche gebildet. Die aus verschiede-



Das neue Hubrettungsfahrzeug Scania/Pronto 32 m



Präventionsplakat

denen Einsatzformationen stammenden Feuerwehrleute sind nun in einer entsprechenden Aufgebotsgruppe zusammengefasst und können bei Bedarf rasch alarmiert und eingesetzt werden. Für den Betrieb des neuen Kantonalen Einsatzleitfahrzeugs, das die Gebäudeversicherung zur Verfügung gestellt hat, wurde zudem eine Logistikgruppe mit Übermittlern, Lagekarten- und Journalführern gebildet, die bei grösseren Schadenfällen und Grossereignissen in der Region zum Einsatz gelangen. Der bereits seit längerem anhaltende Wandel in den hiesigen Unternehmensstrukturen und die damit verbundenen Nutzungsänderungen in den Industriebetrieben führten in den letzten Jahren bekanntlich zur Aufhebung verschiedener leistungsfähiger Betriebsfeuerwehren. Nach den Betriebsfeuerwehren Schmürgelscheibenfabrik, Geilinger AG, Sulzer Stadt und Schweizerische Lokomotive- und Maschinenfabrik, wurde nun auch die Betriebsfeuerwehr Sulzer Oberwinterthur aufgehoben bzw. in die städtische Feuerwehr integriert. Damit verfügen heute nur noch das Kantonsspital Winterthur, die Integrierte Psychiatrie (Klinik Schlosstal) und die CWK (Fabrik für chemisch-technische Produkte) über eine eigene Feuerwehr. Die städtische Feuerwehr hat diese Entwicklung rechtzeitig erkannt und das Personal der Einsatzkompanie, das bedingt durch den Wegfall der Betriebsfeuerwehren voraussichtlich vermehrt in Aktion treten wird, inzwischen ebenfalls mit Fahrzeugen ausgerüstet und für Einsätze unter Atemschutz ausgebildet. Folge davon war auch ein intensiverer Übungsbetrieb mit Einsatzübungen in den Feuerwehrausbildungszentren Uster und Andelfingen sowie in den Atemschutztrainingsanlagen in Frauenfeld und Wangen a. A.

Am 8. November konnte als Ersatz einer 25-jährigen Autodrehleiter ein Hubrettungsfahrzeug in Betrieb genommen werden, welches Lösch- und Rettungsaktionen bis

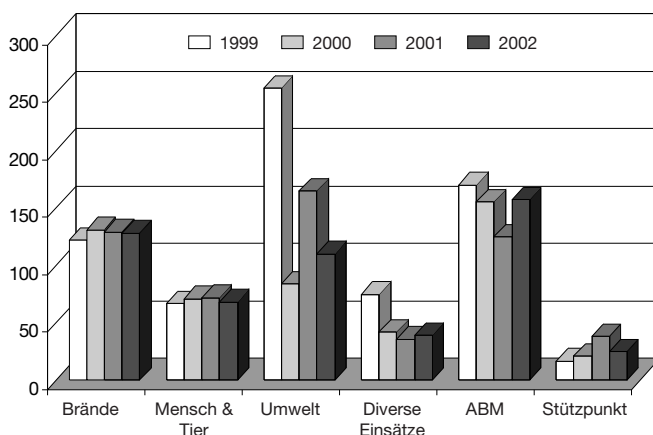
32 m Höhe ermöglicht und mit seinem Knickarm auch zurückversetzte Dachaufbauten usw. erreicht. Die auf einer Arbeitsplattform installierte Wasser-/Schaumkanone kann vom Boden aus bedient werden, so dass auch Löschaktionen ohne Gefährdung des Einsatzpersonals möglich sind.

Einsätze

Gegenüber dem letzten Berichtsjahr ist die Anzahl Einsätze um knapp 5 % auf total 502 zurückgegangen. Diese positive Entwicklung ist primär durch das Ausbleiben von grösseren Elementarereignissen begründet. Der Anteil der technischen Einsätze hat sich wieder auf dem Niveau des Jahres 2000 eingependelt. Demgegenüber ist bei den Fehlalarmen automatischer Brandmelde- und Löschanlagen im Vergleich zum letzten Jahr ein beträchtlicher Zuwachs von 30 % zu verzeichnen.

<i>Einsatzstatistik</i>	2002	2001
<i>Brände</i>	128	129
– 0 Grossbrände		
– 8 Mittelbrände		
– 56 Kleinbrände		
– 11 Wald-, Flur- und Abräumbrände		
– 18 Motorfahrzeugbrände		
– 3 Kaminbrände		
– 28 Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
– 2 Explosionen		
– 2 andere Brandfälle		
<i>Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)</i>	153	116
<i>Öl-, Chemie- und Strahlenwehreinsätze</i>	52	59
– 49 Ölunfälle		
– 3 Chemieunfälle		
<i>Technische Einsätze</i>	169	225
– 7 Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
– 21 Personenbergungen aus Gebäuden		
– 9 Lifteinsätze		
– 28 Tierrettungen		
– 41 Wasserwehreinsätze		
– 17 Sturmschadeneinsätze		
– 46 Diverse Einsätze		
<i>Total der Einsätze</i>	502	529

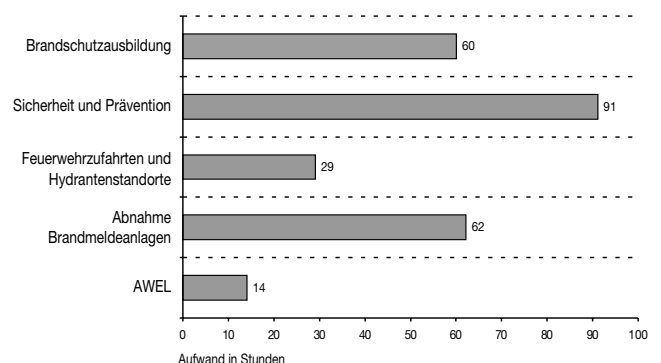
Vergleich Feuerwehrstatistik 1999 bis 2002



Die wichtigsten Ereignisse in der Zusammenfassung:

- Küchenbrand in einem Mehrfamilienhaus, 5 Personen mit Rauchgasvergiftung (01.01.)
- Wohnzimmerbrand durch brennenden Weihnachtsbaum (02.01.)
- Personenbergung nach Massenkarambolage auf Autobahn A1 (02.01.)
- Wohnungsbrand durch brennenden Weihnachtsbaum, 1 Todesopfer, 1 verletzte Person (07.01.)
- Brand im Industriepark Oberwinterthur (22.01.)
- Zimmerbrand in einem Altbau in Töss, aufwendige Personensuche (12.03.)
- Vollbrand Hallenbau Sulzerareal Stadt nach Brandstiftung durch Jugendliche (06.04.)
- Grosstierrettung; Stützpunkteinsatz für Pferdebergung aus der Tiefe (23.04.)
- Grosstierrettung; Bergung einer Kuh aus einem Swimmingpool (14.05.)
- Vollbrand Imbissstand Bahnhof Oberwinterthur (04.06.)
- Vollbrand eines Blockhauses in einer Freizeitanlage (05.07.)
- Zimmerbrand in der Altstadt (13.07.)
- Personenbergung nach Autounfall auf Stadtgebiet (09.08.)
- Personenbergung nach Autounfall auf Stadtgebiet mit 4 betroffenen Personen (15.09.)
- Tiefgaragenbrand mit starker Rauchentwicklung an der Steigstrasse (11.10.)
- Personenbergung nach Autounfall auf A1 (01.12.)
- Brand- und Chemiewehreinsatz in Metallveredelungsbetrieb (05.12.)

Externe Fachberatungen und Dienstleistungen an Dritte



Aus- und Weiterbildung

Neben den 147 Kurstagen absolvierte die Berufsfeuerwehr mehr als 200 interne Trainingseinheiten in allen Fachbereichen. Die Freiwillige Feuerwehr führte 90 Abend-, zwei Halb- und zwei Tagesübungen durch. An zusätzlichen 103 Kurstagen der GVZ konnte das feuerwehrtechnische Handwerk bei den beiden freiwilligen Kompanien gefestigt und verfeinert werden.

<i>Personalbestand</i>	2002	2001
Feuerwehrkommando/Stab	9	7
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktkompanie (Pikett)	30	32
Einsatzkompanie	113	107
<i>Total</i>	182	176

Zivilschutz

Die Tätigkeit des Zivilschutzes stand im Berichtsjahr zunächst im Zeichen der Expo.02; mit ihrem Einsatz haben Winterthurer Zivilschutzangehörige einen wesentlichen Beitrag zum reibungslosen Ablauf der Landesausstellung geleistet. Im Spätherbst wurde das Stützpunkt-Rettungsdetachement nach den Rüfen-niedergängen im Kanton Graubünden zur Hilfeleistung vor Ort eingesetzt. Die Tätigkeit von Angehörigen des Zivilschutzes zugunsten von Pflege- und Betreuungs-bedürftigen war im Jahr 2002 eine gefragte und gleichermassen geschätzte Dienstleistung. Die kantonalen Behörden haben die Ernstfallorganisation des Zivilschutzes Winterthur anhand von zwei Übungen auf ihre Leistungsfähigkeit hin überprüft. Das Hochwasser und seine möglichen Auswirkungen auf die Stadt Winterthur bildeten einen Themenschwerpunkt in der Tätigkeit des Stadtführungstabs. Die Notfall- und Triageärzte wurden für den Einsatz bei Grossereignissen und Katastrophen ausgebildet. Mit einem eigenen Internet-Auftritt hat die Zivilschutzorganisation ihr Informationsangebot verbessert.

Das neue Zivilschutzgesetz des Bundes tritt voraussichtlich am 1. Januar 2004 in Kraft. Im Hinblick darauf sind beim städtischen Zivilschutz bereits in diesem Jahr personelle und organisatorische Anpassungen vorgenommen worden. Aus zwei Pensionierungen resultierende Vakanzen wurden nicht mehr besetzt; die dadurch zusätzlich angefallenen Aufgaben konnten durch Entlastungen infolge organisatorischer Massnahmen und vereinfachter Arbeitsabläufe kompensiert werden.

Die vakante Stelle des Stabschefs und Stellvertreters des Chefs der Zivilschutzorganisation ist intern mit Martin Erb, bisher als Zivilschutzinstruktor tätig, wieder besetzt worden. Seit Juni wird ausserdem die Zivilschutzstelle von einem auch als Instruktor tätigen Mitarbeiter in Personalunion geführt.

213 Angehörige des Zivilschutzes leisteten mit ihren 1800 Diensttagen zugunsten der Expo.02 einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und zum Wohlbefinden der Expo-Besucher. Der Zivilschutz bekundete mit diesem Engagement – immerhin handelte es sich um den grössten je geleisteten Einsatz der Zivilschutzorganisation Winterthur – auch seine Solidarität mit der Landesausstellung. Die gesamten Kosten des Einsatzes wurden vom Bund übernommen. Gleich verhielt es sich mit den Kursaufwendungen, die dem städtischen Zivilschutz dadurch anfielen, dass er gleichzeitig die Organisation und Ausbildung von rund 200 an der Expo.02 teilnehmenden Zivilschutzangehörigen aus anderen Zürcher Gemeinden übernahm.

Die verheerenden Rüfenniedergänge im Bündner Oberland bescherten dem Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachement Winterthur im Spätherbst einen Ernstfalleinsatz. Vom 25. bis 30. November 2002 leisteten 70 Angehörige des Detachementes dringend gebrauchte Hilfe bei der Bewältigung der Unwetterschäden in Rueun. Dabei ging es hauptsächlich darum, die lebenswichtige Infrastruktur so rasch als möglich wieder instand zu stellen und Wohnhäuser wieder bewohnbar zu machen. Zusätzlich war der Zivilschutz Winterthur während zweier Einsatzwochen für die gesamte Logistik besorgt und bereitete in dieser Zeit rund 4000 Mahlzeiten für alle Einsatzkräfte zu. Aus Anlass dieses Einsatzes wurden rund dreissig Tonnen technisches Material aus den Winterthurer Beständen ins Bündnerland verschoben. Die Kosten für die Hilfeleistung gingen vollumfänglich zulasten des Kantons.

Die Armee ihrerseits unterstützte den Einsatz mit 14 Geländefahrzeugen, die sie der Zivilschutzorganisation



Expo.02-Einsatz in Murten

Winterthur während der ganzen Zeit unentgeltlich zur Verfügung stellte.

Ferner hat der Zivilschutz im Berichtsjahr rund 2000 Dienstage zugunsten von humanitären Institutionen wie beispielsweise «Insieme» und anderen nicht kommerziellen Organisationen geleistet. In den Werterhalt der Zivilschutzanlagen sowie der privaten Schutzräume wurden weitere 1500 Dienstage investiert. Zugunsten der eigenen Infrastruktur im Übungsgelände und in den Anlagen sind weitere rund 1000 Dienstage erbracht worden.

Teile des Kulturgüterschutzdienstes der Stadt Winterthur wurden im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz für einen möglichen Einsatz in Dresden während der dortigen Hochwasserkatastrophe bereitgestellt. Nachdem dieser Einsatz kurzfristig abgesagt worden war, leisteten die Kulturgüterschutzspezialisten ihren Wiederholungskurs zugunsten der naturwissenschaftlichen Sammlungen Winterthur.

Im Rahmen einer Untersuchung des AWEL (Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft) wurde die Zivilschutzorganisation beauftragt, in 21 Liegenschaften der Stadt Winterthur Radon-Messgeräte zu installieren. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt durch das AWEL.

Die unter kantonaler Leitung durchgeführten Übungen «ARGUS» und «AVANTI» dienten dazu, die getroffenen Vorbereitungen für die Katastrophenvorsorge sowie das Verteilungskonzept «Kaliumiodidtabletten» zu überprüfen. Beide Tests verliefen erfolgreich und ergaben keine Beanstandungen.

Bereits zum zehnten Mal war das Winterthurer Zivilschutz-Show-Orchester (ZSOW) im vergangenen Jahr am Festival der leichten Unterhaltungsmusik unter der Leitung von Reto Parolari vertreten. Ein musikalisches Glanzlicht setzte das ZSOW mit seinen Darbietungen auch anlässlich der Eröffnung der neuen Eishalle Deutweg.

Seit Dezember verfügt die Zivilschutzorganisation im Internet unter www.zivilschutz-winterthur.ch über eine eigene Homepage. Damit können die Dienstleistungen gegenüber Zivilschutzpflichtigen und Gemeinden, nicht zuletzt auch was die Information über Daten der Dienstpläne und Kurse anbelangt, erheblich verbessert werden.

Der jährliche Sirenen-Probealarm am ersten Mittwoch im Februar hat gezeigt, dass alle 44 an der Fernsteuerung angeschlossenen Sirenen auf Stadtgebiet einwandfrei funktionieren.

Die Anschaffung einer geeigneten Software zur Bewirtschaftung der komplexen Schliesssysteme für die verschiedenen Zivilschutzbauwerke – rund 80 an der Zahl – hat sich bewährt und wird längerfristig Kosteneinsparungen bringen.



ZGF-Übung «Minor»

Im Hinblick auf die Änderungen im Ausbildungsbereich unter dem Regime des «Zivilschutzes XXI» wurden auf dem Übungsgelände der Zivilschutzanlage Ohrbühl die nötigen Anpassungen vorgenommen. Mit dem Einbau des neuartigen Moduls «Übungsanlage für Rettungen aus der Tiefe (Stollenbau)» verfügt Winterthur nunmehr über eine zusätzliche Ausbildungsstation, die den Zivilschutzorganisationen des ganzen Kantons gegen Verrechnung zur Verfügung gestellt werden kann. Die Armee hat die umfangreichen Bauelemente für diese Ausbildungsstation kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich hat ab 1. Juni – im Rahmen der Budgetkürzung vom April 2002 – sämtliche Staatsbeiträge für Kurse und Übungen gestrichen. Dem städtischen Zivilschutzamt und dem regionalen Ausbildungszentrum gingen dadurch rund Fr. 65 000.– verloren. Dank Einnahmen aus zusätzlichen Kursen und Dienstleistungen zugunsten Dritter konnten die ausgebliebenen Staatsbeiträge nahezu vollständig kompensiert werden.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Der zivile Stadtführungsstab hat sich im Berichtsjahr hauptsächlich mit dem Themenkomplex Hochwasser und dessen Auswirkungen auf die Stadt Winterthur auseinandergesetzt. Gestützt auf die «Gefahrenkartierung Hochwasser» der Baudirektion des Kantons Zürich sind vorsorgliche Entschlüsse und Massnahmen ausgearbeitet worden; die Ressourcen für die Bewältigung von Hochwasser wurden alsdann im Rahmen der Stabsübung «MINOR» geprüft und aktualisiert.

Die Einsatzbereitschaft des Stadtführungsstabes wurde überdies mittels zweier Alarmübungen auf die Probe gestellt. Erfreulicherweise waren sämtliche Mitarbeitende des Kernstabes erreichbar und in der Lage, sich im Ernstfall rechtzeitig im Kommandoposten ZGF, Obertor 17, einzufinden.

Der neu zusammengesetzte Stadtrat wurde vom Stabschef ZGF und dem Kommandanten der Stadtpolizei Winterthur im Rahmen einer Orientierungsveranstaltung in das Konzept «OGK – Organisation bei Grossereignissen und Katastrophen» eingeführt.

Im Ausbildungsbereich ist weiter zu erwähnen, dass die Stabsangehörigen der Führungsunterstützung an einem dreitägigen Schulungsanlass auf ihre Aufgaben im Stadtführungsstab vorbereitet worden sind. Die Stabsrahmenübung «MINOR II» bot die Gelegenheit, das zuvor in der Theorie Erlernte realitätsnah zu trainieren.

Ausserdem haben Grossereignisse und Katastrophen der letzten Jahre gezeigt, dass bei Schadenereignissen mit grösserem Patientenansturm der Notfallbehandlung und der Triage eine entscheidende Rolle zukommt. Dieses Erkenntnis hat den Stadtrat im vergangenen Jahr dazu bewogen, dem festgestellten Bedürfnis entsprechend Fachärzte für Notfallbehandlungen und Triage auszubilden und in das Katastrophenkonzept einzubinden. Diese Ärzte können im Bedarfsfall jederzeit von Stadt- und Kantonspolizei aufgeboden werden.

Der diesjährige Jahresschlussrapport war gekennzeichnet durch zwei beeindruckende Referate. Bruno Keller, Kantonspolizei Zürich, und Werner Hangartner, Berufsfeuerwehr Unique Zürich Airport, schilderten in eindrücklicher Weise ihre Erfahrungen als Einsatzverantwortliche beim tragischen Absturz eines Crossair-Jumbolinos in der Nähe von Bassersdorf im November 2001.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Von den 418 Personen, die im Berichtsjahr neu unter die Schutzdienstpflicht fielen, wurden 102 Personen eingeteilt und die verbleibenden 316 Zivilschutzpflichtigen der Personalreserve zugeführt. Ausgebildet wurden nur Zivilschutzpflichtige im Alter von 20 bis 25 Jahren.

Insgesamt leistete die Organisation im Berichtsjahr 7008 Diensttage, wovon rund 35 Prozent ausserhalb des Stadtgebietes.

Das diesjährige Ausbildungsschwergewicht der angehenden Formationschefs in den neuen Zivilschutzverbänden stand unter dem Motto «fördern durch fordern». Anspruchsvolle Selektionsverfahren und Prüfungen bieten Gewähr dafür, dass die angehenden Chiefs die notwendigen Anforderungen zu erfüllen.

Personelles

Personalbestand Zivilschutzorganisation	30.12.2002	30.12.2001
Aktive Leitungen und Formationen		
– Soll-Bestand		
(gemäss Richtlinien von Bund und Kanton)	2 885	2 885
– Ist-Bestand	2 395	2 387
Personalreserve	3 312	3 474
Ausgemusterte, überörtlich Eingeteilte	402	623
Kontrollbestand aller Pflichtigen (Jahrgänge 1952–1982)	7 896	7 844
Verwarnungen	26	38
Verzeigungen	9	9

Bauliches

Von den im Berichtsjahr kontrollierten 976 Schutzräumen mit insgesamt 38 575 Schutzplätzen mussten rund elf Prozent beanstandet werden. Zivilschutzpflichtige behoben kleinere Mängel vor Ort. 19 Schutzräume konnten nicht wie geplant kontrolliert werden, da aus verschiedenen Gründen Fristerstreckungen gewährt werden mussten.

Seit Juni wird die Militärunterkunft Ohrbühl wieder von der Asylkoordination als Notunterkunft für Asyl Suchende genutzt.

Der öffentliche Schutzraum Berufsschule wurde zur Aufnahme von 100 Personen im Fall von Notevakuationen vorbereitet. Diese Anlage ist auch den Partnerorganisationen Polizei und Feuerwehr zugänglich.

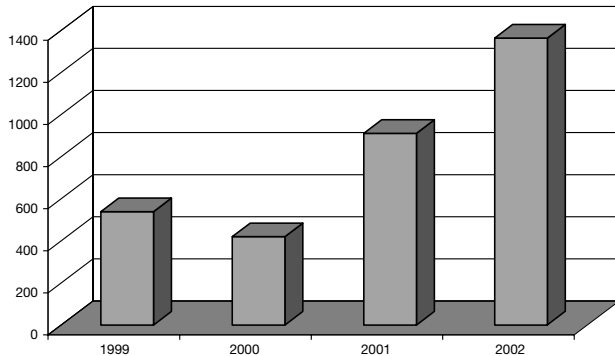
Während der Sommerferien wurde der Fäkalientank im öffentlichen Schutzraum Stadttheater saniert; er wurde mit einer neuen PVC-Folie ausgekleidet.

Die Zahl der Übernachtungen in Zivilschutzanlagen konnte dank intensiver Anstrengungen um rund 25 Prozent gesteigert werden. Auch ist in diesem Zusammen-

hang zu erwähnen, dass eine Kompanie der Armee kurzfristig in der Sanitätshilfsstelle Mattenbach einquartiert werden konnte.

Für Zivilschutzanlagen oder Teile davon bestehen zurzeit 32 Mietverträge mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung)



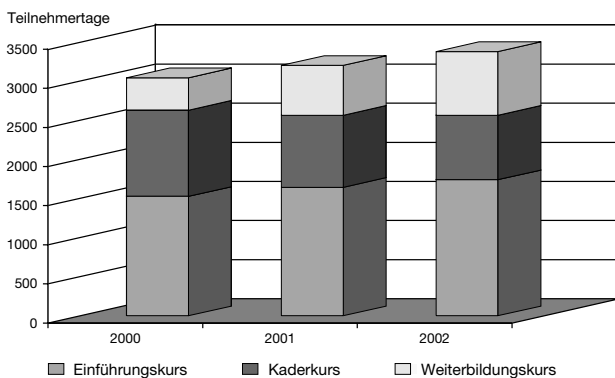
Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

Die Anzahl Geschäfte des Kontrollorgans für den baulichen Zivilschutz stieg gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent.

Baulicher Zivilschutz	2002	2001
Geschäfte (Bewilligungen)	113	91
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	74	57
Schutzraumabnahmen	36	42

Ausbildung

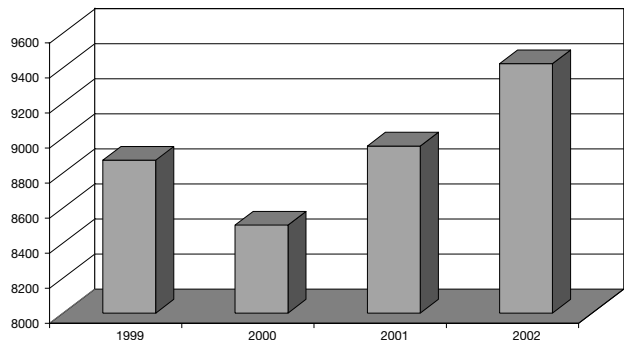


Die obige Grafik zeigt eine Übersicht über die vom Zivilschutzamt organisierten und in dessen Ausbildungsanlagen durchgeführten Kurse nach Teilnehmertagen (ohne Rapporte und Übungen der Zivilschutzorganisation Winterthur). In dieser Aufstellung sind nur die effektiven Teilnehmertage (ohne Kursstab) von Teilnehmenden mit bestandenem Kurs erfasst.

Im Ausbildungszentrum wurden 3376 Ausbildungstage absolviert, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von rund sechs Prozent entspricht. Alle Instrukturen wurden beim Bundesamt für Zivilschutz auf die neuen Ausbildungsmodule «Zivilschutz XXI» vorbereitet. Damit sind sie für die kommenden Testkurse gut gerüstet.

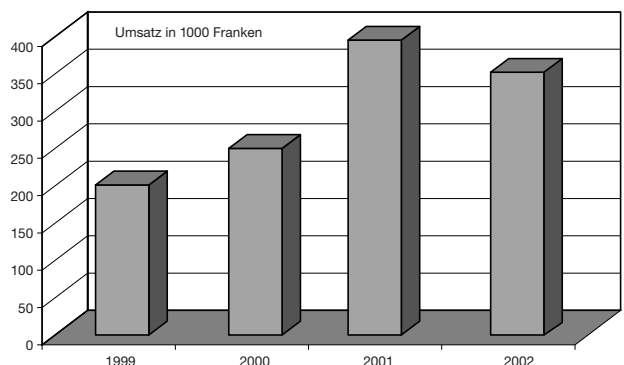
Ferner dienten neun Vorkurse dazu, die Instrukturen auf ihre Ausbildungsanlässe für Zivilschutzangehörige vorzubereiten. Dabei wurden in 41 verschiedenen Kursen total 79 Klassen geführt. Ein Teil der geplanten Ausbildungskurse im Auftrag des Kantons mussten annulliert werden; davon betroffen waren namentlich die Kurse für Kulturgüterschutzspezialisten und Sanitäter.

Belegungen auf den Ausbildungszentren



Die vorstehende Grafik zeigt, dass die Belegung der Zentren gegenüber dem Vorjahr um rund fünf Prozent zugenommen hat. Zivilschutzorganisationen aus verschiedenen Gemeinden des Kantons Zürich haben dieses Jahr die Wiederholungskurse in den Winterthurer Zivilschutzzentren geleistet.

Regionale Reparaturstelle, Entwicklung



Der Umsatz der Regionalen Reparaturstelle ging im Vergleich zum Vorjahr lediglich um zwölf Prozent zurück, obwohl die Aktion «Umbau der Kompressoren» des Bundesamtes für Zivilschutz inzwischen abgeschlossen ist. Ein Teil des dadurch weggefallenen Umsatzes konnte mit kurzfristigen Akquisitionen aufgefangen werden.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt steht im Dienst einer gesunden und umweltbewussten Stadt. Sein Einsatz gilt der Sicherung einer qualitativ einwandfreien Lebensmittelversorgung, der Unfallverhütung am Arbeitsplatz, der Verbesserung der Luftqualität, der Förderung der Volksgesundheit sowie einem raschen und situationsgerechten Notfall- und Rettungsdienst.

Gesundheitswesen und öffentliche Hygiene

Der Rettungsdienst der Region Winterthur leistete im Jahr 2002 über 5800 Einsätze zu Gunsten der Bevölkerung im Versorgungsgebiet. Dabei wurde die in der Leistungsvereinbarung für Notfallfahrten festgelegte Hilfsfrist – 15 Minuten in 90 % der Fälle – regelmässig eingehalten. Anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums des Kantonsspitals Winterthur präsentierte sich der Rettungsdienst der Bevölkerung, indem er den Wagenpark und die Ausrüstung des Rettungsdienstes vorführte. Mit Videofilmen informierten die Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter das interessierte Publikum über ihre Einsätze und demonstrierten in eindrücklicher Art und Weise, wie wirksam die modernste Ausrüstung zum Wohl der Patientinnen und Patienten eingesetzt werden kann.

Das Gesundheitsamt war im Jahr 2002 mit dem eigenen Personal sowie teilweise in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei für insgesamt 135 Transporte von psychisch kranken Mitmenschen besorgt. Von den betroffenen Personen mussten 73 nach Rheinau und die übrigen in andere Kliniken eingeliefert werden. Mehr als die Hälfte der Transporte fand dabei ausserhalb der normalen Arbeitszeit statt.

In öffentlichen Schwimm- und Therapiebädern wurden im Berichtsjahr insgesamt 19 Badewasseruntersuchungen durchgeführt. In zwei Fällen waren die bakteriologischen Anforderungen nicht erfüllt, in einem Fall war ein zu hoher Harnstoffgehalt und in einem weiteren eine über dem Toleranzwert liegende Konzentration an Desinfektionsmitteln zu verzeichnen.

Inzwischen fast schon traditionsgemäss wurde im Zusammenwirken mit verschiedenen Organisationen aus dem Bereich des Gesundheitswesens auch an der diesjährigen Winterthurer Messe ein «Gesundheits-Test-Parcours» eingerichtet. Wie bereits in den Vorjahren, ist auch die vierte Auflage dieses Parcours auf grosses Interesse gestossen; insgesamt rund viertausend Messebesucherinnen und Messebesucher haben sich einem Test unterzogen. Wiederum konnten die ermittelten Messresultate von Cholesterin, Blutdruck, Blutzucker, Blutfett und Bodymass-Index anschliessend mit einer medizinischen Fachperson besprochen werden. In Ergänzung zu diesem Angebot konnten Interessierte am Stand der Suva ihre Sprunggelenke testen. Mit einem Sprung- und einem Gleichgewichtstest wurde den Besucherinnen und Besuchern hier veranschaulicht, wie gesundheitlich bedeutsam es ist, Sprünge aus bereits relativ geringer Höhe abzufedern; im gleichen Zusammenhang wurde auch über die Stabilität der Bänder an den Fussgelenken informiert.

Aus dem Bereich Ortshygiene ist zu erwähnen, dass im Herbst 2002 neben dem bereits bestehenden, überwachten Taubenschlag am Hauptbahnhof in der Nähe des Salzhauses ein weiterer eingerichtet worden ist. Nach den bisher guten Erfahrungen wurde diese Massnahme ins Auge gefasst, um die Haltung und Kontrolle der Taubenpopulation in der Stadt Winterthur weiter zu verbessern.

Lebensmittelkontrolle

Insgesamt wurden im Jahr 2002 in Winterthur 1214 Inspektionen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen usw. durchgeführt. Dabei wurden 834 Beanstandungen verzeichnet. In 33 Fällen wurde Strafanzeige an den Polizeirichter oder an andere Strafbehörden erstattet, in 11 Fällen wurde schriftlich verwarnet, und die restlichen 790 Fälle konnten vor Ort von den Lebensmittelkontrolleuren geahndet werden. Die häufigsten Mängel betrafen mangelnde Betriebshygiene, bauliche oder einrichtungsmässige Mängel, für Lebensmittel ungeeignete Temperaturen, sowie unvollständige Selbstkontrolldokumente. Die Zunahme der Beanstandungsquote gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die neuen Deklarationsbestimmungen bezüglich Alkoholabgabe an Jugendliche sowie nach Landwirtschaftlicher Deklarationsverordnung (Fleisch aus Ländern mit Zulassung von Antibiotika und Hormonen als Leistungsförderer) erst mangelhaft umgesetzt waren.

In 6 Fällen mussten Lebensmittel in Folge Wertverminderung, Verderbnis, mangelhafter Deklaration oder Datumsverfall beschlagnahmt werden.

Im Auftrag des Kantonalen Labors wurden im Jahr 2002 auf Stadtgebiet insgesamt 641 Lebensmittelproben erhoben. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag bei 21%, wobei einzelne Lebensmittelgruppen, wie zum Beispiel Aufgussgetränke, Öle/Fette und Süsswaren, deutlich über dem Durchschnitt liegende Beanstandungsquoten von zum Teil über 40% zu verzeichnen hatten. Häufigste Beanstandungsgründe waren zu hohe Keimzahlen, beispielsweise in gekochtem Gemüse, Teigwaren oder Aufschnitt.

Die institutionalisierte Lebensmittelkontrolle in den Vertragsgemeinden erfreut sich als Dienstleistung weiterhin grosser Beliebtheit und konnte zusätzlich ausgebaut werden: So haben im Berichtsjahr fünf weitere Gemeinden, darunter Wallisellen und Rümlang, beschlossen, die Lebensmittelkontrolle auf ihrem Gemeindegebiet künftig durch das Gesundheitsamt Winterthur durchführen zu lassen. Die Anzahl der Vertragsgemeinden hat sich damit auf 38 erhöht.

Bedingt durch ungünstige Wachstumsbedingungen war das Pilzaufkommen im Jahr 2002 wiederum sehr gering; in der Pilzkontrollstelle an der Stadthausstrasse wurden gesamthaft 190 kg Pilze kontrolliert.

Arbeitsicherheit und Unfallverhütung

Im Rahmen des Arbeitsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Unfallverhütung wurden im Jahr 2002 insgesamt 332 Gewerbebetriebe kontrolliert. Dabei waren 28 Betriebe zu beanstanden. Die häufigsten Mängel betrafen fehlende Treppenhandläufe, ungesicherte Bodenöffnungen, fehlende Warnschilder sowie mangelhafte Lüftung und Beleuchtung.

In 72 Betrieben wurden Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt, mit folgendem Ergebnis: Von den kontrollierten Betrieben verfügten 41 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchenlösung oder auf einer individuellen Lösung basierten. Demgegenüber verfügten 31 Betriebe erst über rudimentäre Dokumentationen, die noch keine effektive Systemkontrolle gestatteten. Sämtlichen 72 Betrieben wurden die Resultate der Systemkontrollen schriftlich mitgeteilt.

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen wurden für Gewerbebetriebe 110 Planbegutachtungen vorgenommen

und zuhänden des Kantonalen Strassenverkehrsamtes 14 Antragstellende für eine Garagennummer überprüft.

Das Gesundheitsamt hat die im Jahr 2001 lancierte und von ihm massgeblich mitgestaltete Kinderschutzkampagne «Im Banne des Spiels» der Stiftung für Schadenbekämpfung der Winterthur Versicherungen mit einem eigens an die Kinder gerichteten Kleinplakat in Schulhäusern und Bibliotheken usw. sowie einer bedruckten Parkscheibe ergänzt. Die nationale Plakatkampagne, die sich mit ihren verschiedenen Sujets in erster Linie an die motorisierten Verkehrsteilnehmenden richtet, wurde mit diesen zusätzlichen Massnahmen sinnvoll abgerundet.

Immissionsschutz

Die kontinuierlichen Immissionsmessungen von Stickstoffdioxid (NO₂) wurden an den Standorten Obertor, Schulhaus Rychenberg und Sulzer Oberwinterthur fortgeführt. An den Standorten Obertor und Schulhaus Rychenberg wurden Jahresmittelwerte von 30 bzw. 29 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft verzeichnet, die im Bereich des Langzeitgrenzwerts von 30 µg/m³ liegen. Am Standort Sulzer in Oberwinterthur lag die Stickstoffdioxidbelastung im Berichtsjahr bei 44 µg/m³. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr von rund 14 % ist auf die Strassenbautätigkeit sowie eine Geschwindigkeitsreduktion auf der Seenerstrasse zurückzuführen. Die an 14 Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten Stickstoffdioxid-Passivsammler ergaben Jahresmittelwerte zwischen 20 µg/m³ (Büelhofstrasse) und 57 µg/m³ (Technikumstrasse). Die Schwefeldioxidmesswerte (SO₂) haben sich weiterhin auf tiefem Niveau stabilisiert und liegen nach wie vor deutlich unter den Grenzwerten.

Am Obertor waren an 39 Tagen 225 1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen für Ozon zu verzeichnen. Der maximale Stundenmittelwert lag bei 215 µg/m³, gemessen während der Hitzeperiode im Monat Juni, in welchem das Thermometer vorübergehend auf über 34 °C kletterte. Der lungengängige Schwebstaubanteil in der Luft mit der Bezeichnung PM 10 (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) lag am Obertor mit einem Jahresmittelwert von 23 µg/m³ im Bereich des Grenzwertes der Luftreinhalte-Verordnung von 20 µg/m³. Insgesamt waren sieben Tagesmittelwertüberschreitungen zu verzeichnen, mit einem höchsten Tagesmittelwert von 62 µg/m³.

Nachdem sich die Ostschweizer Kantone zum Immissionsmessverbund Ost-Luft zusammengeschlossen haben, sind die Immissionsmessdaten der Station Obertor auch über Internet einsehbar. Auf der Internet-Seite www.ostluft.ch stehen die aktuellen Werte der letzten vier Stunden sowie die Messwerte der vergangenen Woche allen Interessierten graphisch aufbereitet zur Verfügung.

Auch im Jahr 2002 hat die Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) ihre Lenkungswirkung nicht verfehlt. Bedingt durch den abgenommenen Verbrauch organischer Stoffe wurden lediglich drei Rückerstattungsanträge eingereicht.

Zeltplatz am Schützenweiher

Auf dem Zeltplatz am Schützenweiher sind die Besucherzahlen gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. In den Sommermonaten erhöhten sich die Übernachtungszahlen um rund 18 %, während im Winter sogar ein Anstieg von rund 23 % zu verzeichnen war. Von einem einzelnen unerfreulichen Ereignis abgesehen, als ein Be-

wohner des Zeltplatzes in einer Art von vandalistischem Anfall die Toilettenanlagen regelrecht zertrümmerte und dadurch massiven Sachschaden anrichtete, bot der Betrieb des Zeltplatzes im vergangenen Jahr keine nennenswerten Probleme.

Statistische Angaben

Gesundheitswesen	2002	2001
<i>Krankentransporte durch Ambulanz Kantonsspital</i>		
Total Einsätze	5 860	5 652
<i>Transporte psychisch kranker Personen durch Gesundheitsamt und Stadtpolizei</i>	135	134

Lebensmittelkontrolle

<i>Lebensmittelkontrollen/Inspektionen</i>		
Anzahl Kontrollen	1 214	1 080
Beanstandungen 834 (559)	69 %	52 %
<i>Pilzkontrolle</i>		
Total Besucher/innen der Pilzkontrolle	224	262
Kontrollierte Pilze in kg	190	240
Davon ungeniessbar und giftig in kg	27	31
<i>Bauliche Kontrollen Lebensmittelbetriebe</i>		
Planbegutachtungen / Baumappen	40	49
Kontrollen am Objekt + Besprechungen	104	103
Bauabnahmen	51	35

Untersuchungen/Analysen

<i>Lebensmitteluntersuchungen im Kantonalen Laboratorium:</i>		
Anzahl Proben	641	882
davon Beanstandungen; 135 (206) Proben	21 %	23 %
Beschlagnahmungen	6	14

Ergebnisse der Luftuntersuchungen

Feste Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m ³)	
	2002	2001
	SO ₂	SO ₂
Obertor (Altstadt)	6	8
Rychenberg (Oberwinterthur)	5	6
	NO ₂	NO ₂
Obertor (Altstadt)	30	32
Rychenberg (Oberwinterthur)	29	30
Sulzer (Oberwinterthur)	44	51
<i>Stickstoffdioxid-Passivsammler</i>	NO ₂	NO ₂
Höchster Jahresmittelwert	57	58
Tiefster Jahresmittelwert	20	19
<i>Ozon, Messstation Obertor</i>		
Max. Stundenmittel (µg/m ³)	215	199
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	225	215
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	39	41
<i>Schwebstaub, Messstation Obertor</i>		
Jahresmittelwert	18	22
<i>LRV-Grenzwerte</i>		
Schwefeldioxid	SO ₂ 30 µg/m ³	Jahresmittelwert
Stickstoffdioxid	NO ₂ 30 µg/m ³	Jahresmittelwert
Ozon	O ₃ 120 µg/m ³	1-Stunden-Grenzwert
Schwebstaub	PM10 20 µg/m ³	Jahresmittelwert

Zeltplatz

Sommerbetrieb:	Gäste	2 430	2 067
	Übernachtungen	9 770	8 290
Winterbetrieb:	Wohnwagen	49	45
	Übernachtungen	10 425	8 473
Dauerstandplätze:	Anzahl Einheiten	5,5	5,5

Abdeckerei

Umgeschlagene Tonnen	51	45
Öffentliche Sammelstellen	16	16

Melde- und Zivilstandswesen*

Schwerpunkte der Tätigkeit während des Berichtsjahres bildeten einerseits die Vorbereitungen im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenarbeit mit den Bezirksgemeinden im gemeinsamen Zivilstandskreis Winterthur und andererseits die Umsetzung der bilateralen sektoriellen Verträge mit der EU, die im Bereich des Migrationswesens auf kommunaler Ebene wesentliche Änderungen mit sich brachten. Dem grossen Einsatz aller – nicht zuletzt auch des Kaders – ist es zu verdanken, dass diese beiden Geschäfte neben der alltäglichen Arbeitslast plangemäss umgesetzt werden konnten. Während sich die Neuerungen im Migrationsbereich inzwischen gut eingespielt haben und in der Praxis kaum noch Schwierigkeiten bereiten, steht die Bewährungsprobe für den neuen Zivilstandskreis Winterthur erst noch bevor: Dieser von Bundesrechts wegen neu gebildete Zivilstandskreis mit Sitz in Winterthur, der ab 1. Januar 2003 in Kraft treten wird, umfasst sämtliche 21 Gemeinden des hiesigen Bezirks mit insgesamt etwa 145 000 Einwohner/innen. Der Zusammenschluss besteht im Wesentlichen darin, dass das Zivilstandsamt Winterthur aufgrund einer Zusammenarbeitsvereinbarung gegen volle Kostendeckung sämtliche Aufgaben der Bezirksgemeinden im Bereich des Zivilstandswesens wahrnehmen wird. Zu diesem Zweck werden die Zivilstandsregister der Gemeinden übernommen und weitergeführt; zudem wird es gemäss Vorgaben des Bundes in den kommenden Jahren darum gehen, die bisherigen, mit herkömmlichen Mitteln geführten Einzel- und Familienregister in eine zentrale Datenbank zu überführen.

Nicht zuletzt auch mit Blick auf die Zentralisierung im Zivilstandsbereich und den dadurch erweiterten Adressatenkreis hat das Melde- und Zivilstandswesen seinen Internetauftritt im abgelaufenen Jahr noch kundenfreundlicher gestaltet und neue Online-Dienstleistungen ins Angebot aufgenommen. Künftig braucht beispielsweise ein Einwohner oder eine Einwohnerin von Wiesendangen nicht mehr persönlich in Winterthur zu erscheinen, um einen Eheschein aus dem Eheregister der Gemeinde Wiesendangen zu bestellen, sondern kann dieser direkt über Internet angefordert und mit Kreditkarte bezahlt werden. Die Internet-Angebote des Melde- und Zivilstandswesens gehen heute soweit, dass eine persönliche Vorsprache am Schalter nur noch dann nötig ist, wenn sie gesetzlich verlangt wird, so etwa bei der Antragstellung für Reisepapiere oder bei der Anmeldung einer Heirat. Eine Internet-Geschäftskontrolle stellt sicher, dass alle online eingegangenen Aufträge innert nützlicher Frist – normalerweise binnen ein bis zwei Arbeitstagen – erledigt werden.

Ein «Aufbruch zu neuen Ufern» hat im Herbst mit dem Umbau und der Neumöblierung des Zivilstandsamtes begonnen; diese Massnahmen stellen eine erste Etappe zu einem freundlicheren und besser auf die Kundschaft ausgerichteten Raumkonzept dar. Die zweite Etappe folgt im Frühling, dann wird auch die räumliche Situation der Einwohnerkontrolle verbessert. Dank einer Optimierung der Ablage sowohl der Einwohnerkontrolle als auch des Zivilstandsamtes konnte Platz für grössere Arbeitsplätze und noch angenehmere Verhältnisse im Warteraum der Kundschaft geschaffen werden.

In personeller Hinsicht war das Berichtsjahr von erheblichen Veränderungen in der Bereichsleitung gekennzeichnet, wurden doch fünf (von zehn) Kaderpositionen neu besetzt. Erfreulicherweise konnten die neuen Kaderleute allesamt aus den eigenen Reihen rekrutiert werden, was

Zivilstandskreis Winterthur



Altikon, Bertschikon, Brütten, Dägerlen,
Dättlikon, Dinhard, Elgg, Ellikon a.d. Thur, Elsau,
Hagenbuch, Hettlingen, Hofstetten, Neftenbach,
Pfungen, Rickenbach, Schlatt, Seuzach, Turbenthal,
Wiesendangen, Winterthur, Zell

sicher auch als Erfolg jahrelanger intensiver Bemühungen in der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden gewertet werden darf. Eine aktive Personalförderung, die bei Eignung interne Aufstiegsmöglichkeiten mit einschliesst, bietet denn auch Gewähr für hohe Sachkompetenz und Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Bereich der Sachbearbeiterstellen hat sich ebenfalls einiges getan: Dank schlankeren Arbeitsabläufen und effizientem Personaleinsatz konnte bei der Einwohnerkontrolle eine Stelle eingespart werden. Dieser Abbau erfolgte in der Weise, dass ein Sachbearbeiter der Einwohnerkontrolle ins Zivilstandsamt wechselte, wo – bedingt durch den zu erwartenden Mehraufwand zugunsten der angeschlossenen Bezirksgemeinden – per 1. Januar 2003 drei neue Stellen zu besetzen waren.

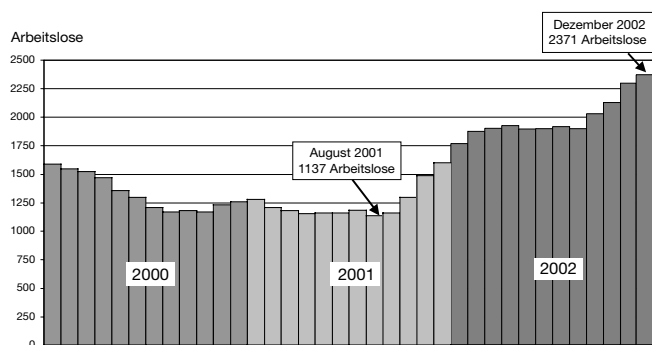
Alles in allem war das Jahr 2002 von vielfältigen und hohen Anforderungen geprägt; dass die gesteckten Ziele dennoch erreicht werden konnten ist höchst erfreulich und dem motivierten Einsatz aller Mitarbeitenden zu verdanken. Zwar hat das Melde- und Zivilstandswesen bei der diesjährigen Kundenbefragung – statistisch betrachtet – um 1 Prozent schlechter abgeschnitten als im Vorjahr, doch ist dieses Resultat eher auf die geänderten Fragebogen denn auf ein weniger gutes Dienstleistungsverhalten zurückzuführen. Immerhin 96 Prozent der Kundschaft der Einwohnerkontrolle und 99 Prozent der Kundschaft des Zivilstandsamtes äussern sich mit den Dienstleistungen «zufrieden» oder «sehr zufrieden». Ausgefüllt haben die Fragebogen insgesamt 711 Personen, 641 bei der Einwohnerkontrolle und 70 beim Zivilstandsamt. Zur nach wie vor sehr hohen Kundenzufriedenheit dürfte auch beigetragen haben, dass die durchschnittliche Wartezeit in der Einwohnerkontrolle noch einmal leicht gesenkt werden konnte, und zwar von 2,9 Min. (bei 61 629 Schalterkontakten) im Vorjahr auf 2,3 Min. (bei 59 624 Schalterkontakten).

* Der Bereich Melde- und Zivilstandswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projekts in separater Form.

Arbeitsamt

Entgegen den teils optimistischen Prognosen vermochte das Jahr 2002 keine Wende in der wirtschaftlichen Entwicklung einleiten. Im Gegenteil verschlechterte sich die Beschäftigungssituation zusehends, was auf dem Arbeitsmarkt entsprechende Folgen zeitigte: Während die Arbeitslosenquote bis Ende 2002 gesamtschweizerisch auf 3,6% anstieg, war in der Stadt Winterthur wieder eine solche von über 5% zu verzeichnen. Letztmals wurde dieser Wert im August 1998 erreicht, als die länger anhaltende Phase hoher Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren ihrem Ende zuing. Auffallend an der diesjährigen Entwicklung war die breite branchen- und berufsbezogene Streuung der betroffenen Personen; so waren infolge struktureller Veränderungen im Dienstleistungssektor vermehrt auch Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, die in bisher vermeintlich krisensicheren Branchen beschäftigt waren.

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen 2000–2002



Arbeitsmarkt Winterthur

Das Berichtsjahr war stark geprägt durch die erneut zunehmende Arbeitslosigkeit in einem von Unsicherheit geprägten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld. Nachdem zunächst eine weit verbreitete Hoffnung bestand, die wirtschaftliche Schwächephase und damit einhergehend die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt sei nur vorübergehender Natur, muss mittlerweile von einer Rezession ausgegangen werden, die ihren Tiefpunkt zumindest bis Ende 2002 noch nicht erreicht hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sich die Arbeitslosigkeit in Winterthur wieder auf über 5% erhöht. Diese Quote entspricht schweizweit einem negativen Spitzenwert, der nur noch von vergleichbaren Städten und dem Kanton Genf erreicht wird. Als positiv zu vermerken ist immerhin, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit August 2001 in Winterthur für sich allein betrachtet nicht über dem nationalen Durchschnitt lag. Wenn per Ende 2002 dennoch ein überdurchschnittlicher Gesamtwert resultierte, so ist dies darauf zurückzuführen, dass es in den Vorjahren 2000 und 2001 nicht gelang, die lokale Arbeitslosigkeit in Winterthur auf ein dannzumal durchschnittliches Mass zu reduzieren.

Der zunehmenden Anzahl Stellensuchenden wurde im städtischen Arbeitsamt mit einem bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur begegnet. In erster Linie ging es darum, für das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zusätzliches Beratungspersonal zu rekrutieren und durch interne Schulungen auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Im Rahmen dieses Ausbaus haben sich die bestehenden organisatorischen Grundstrukturen des RAV erfreulich bewährt. In ihrem beruflichen Alltag waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RAV auch deshalb gefordert,

weil die nationalen Leistungsvergleiche zwischen den RAV anhand von Wirkungsindikatoren weitergeführt wurde. Dieses Benchmarking verfolgt das Ziel, in den RAV schweizweit eine einheitliche Grundhaltung im Hinblick auf das wichtigste Anliegen gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz, nämlich der raschen und dauerhaften Wiedereingliederung von Stellensuchenden, zu schaffen.

Wesentlichen Anteil an erfolgreichen Wiedereingliederungen von Arbeitslosen hatte auch im abgelaufenen Jahr der Bereich der Beschäftigungsprojekte. Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) stellte zeitgerecht ein differenziertes Angebot an Überbrückungsmassnahmen bereit, verbunden mit ergänzenden Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen, von beruflicher Qualifizierung bis hin zur Unterstützung in Lebensfragen. Ein besonderes Augenmerk gilt auch weiterhin den jugendlichen Stellensuchenden, zu welchen nebst Schul- und Lehrlingsangehörigen vermehrt auch Absolventinnen von Hochschulen zählen. Die bewährten Arbeitsprojekte der vergangenen Jahre wurden sodann um ein weiteres Pilotprojekt ergänzt, welches die Bereiche Schule und Arbeit in zielführender Weise miteinander verbindet. Gerade auch das Zustandekommen dieses jüngsten Projekts zeigt auf, wie schnell und bedarfsgerecht dank departementsübergreifender Zusammenarbeit auf die sich rasch verändernden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagiert werden kann.

Um zur richtigen Zeit die auf die jeweilige Beschäftigungssituation zugeschnittenen Dienstleistungen bereitstellen zu können, ist unter den tangierten Verwaltungszweigen sowie auf politischer Ebene ein kontinuierlicher, wechselseitiger Informationsaustausch sowie eine Koordination und Bündelung der Bestrebungen zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik unerlässlich. Diesem Zweck dient die städtische Arbeitsmarktkommission, die sich aus Anlass der jüngsten rezessiven Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf verschiedene Verwaltungsbereiche im Berichtsjahr regelmässig zu Beratungen getroffen hat. Auf der Grundlage dieser departementsübergreifenden Arbeitsweise entstand auch das Projekt «Work-in», das sich mit der Beratung und Unterstützung von Sozialhilfempfangenden in Fragen der beruflichen Wiedereingliederung befasst. Von grosser Bedeutung sind aus beschäftigungspolitischer Sicht zudem die regelmässigen Aussprachen mit den Sozialpartnern innerhalb der Kommission für arbeitsmarktlche Massnahmen sowie der Tripartiten Kommission des RAV.

Im Berichtsjahr haben sich die städtischen Behörden klar für die kommunale Trägerschaft des RAV Winterthur ausgesprochen. Der Gemeinderat bestärkte den Stadtrat in dessen Auffassung, dass das RAV ein wichtiger Bestandteil des städtischen arbeitsmarktpolitischen Infrastrukturnetzes bildet und als lokaler Ansprechpartner wesentlich dazu beiträgt, dass die städtische Arbeitsmarktpolitik wirtschaftsnah und regional eingebettet konzipiert und umgesetzt werden kann. Finanziell spricht ausserdem für die städtische Trägerschaft, dass der Betrieb des RAV für Winterthur kostenneutral ist. Zudem wird die Koordination mit den kantonalen RAV und den übergeordneten Stellen des Kantons und des Bundes dadurch nicht beeinträchtigt.

Nach langem Zuwarten war es am 1. Juni 2002 soweit: Die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU traten in Kraft. Zunächst war ungewiss, ob der Bereich «Arbeitsbewilligungen» aufgrund der neuen, grosszügigen Regelungen gleich von Beginn an von Gesuchen regelrecht überflutet würde; wenn dieser befürchtete Ansturm bislang ausgeblieben ist, so dürfte dies hauptsächlich der ungünstigen Wirtschaftslage zuzuschreiben sein. So reicht das vorhandene Angebot an Stellensuchenden vorderhand über weite Strecken aus, um den inländischen Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Unzählige waren jedoch

erwartungsgemäss die meist telefonischen Anfragen zum Thema bilaterale Verträge, die häufig damit zu beantworten waren, dass die eigentliche Freizügigkeit im Personenverkehr erst ab Mitte 2004 zum Tragen kommen wird.

Einige Arbeitsmarktdaten von Winterthur im Jahresvergleich:

	Dez. 2002	Dez. 2001	Veränderung	in %
Arbeitslosenquote	5,1 %	3,5 %	1,6 %	
Arbeitslose total	2 371	1 602	769	32 %
– Männer	1 314	854	460	35 %
– Frauen	1 057	748	309	29 %
Anteil Ausländerinnen und Ausländer	48 %	52 %	– 4 %	
Langzeitarbeitslose	358	200	158	44 %
Ausgesteuerte (kumuliert)	303	308	– 5 %	– 2 %

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV

Steiler Anstieg der Zahl der Stellensuchenden

Indikator für die Entwicklung am Arbeitsmarkt bildet erfahrungsgemäss die Zahl der gemeldeten Stellensuchenden. Diese Kennzahl, die sämtliche Stellensuchenden unter Einbezug der bereits Gekündigten umfasst, erlaubt Rückschlüsse auf erhöhte Fluktuationen im Arbeitsmarkt einerseits und das mögliche Ausmass noch eintretender Arbeitslosigkeit andererseits.

Für den konjunkturellen Verlauf des Berichtsjahrs ist bezeichnend, dass bereits im Januar 2002 die Anzahl Neuzugänge mit 550 stellensuchenden Personen über dem Durchschnitt der Vorjahre lag. Zudem war das aus früheren Jahren bekannte «Sommerloch» bezüglich eingehender Anmeldungen dieses Jahr nicht zu spüren. Insgesamt haben sich im abgelaufenen Jahr 5441 Personen im RAV zur Stellenvermittlung neu- oder wiederangemeldet. Am Jahresende nahmen gesamthaft 4253 (2720) stellensuchende Personen die Dienstleistungen des RAV in Anspruch.

RAV – eine Organisation im steten Wandel

Die Struktur des RAV und damit auch die Anzahl der RAV-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter orientiert sich stets an der Zahl der zu betreuenden Stellensuchenden. Die rapide ansteigenden Arbeitslosenzahlen im vergangenen Jahr machten denn auch im RAV Winterthur gewisse organisatorische Anpassungen und eine Erhöhung des Personalbestandes notwendig. Im Interesse einer effizienten Arbeitsweise ging es auch darum, den administrativen Aufwand für die stellensuchenden Personen auf das absolut Notwendige zu beschränken, um so zusammen mit dem/der zuständigen Personalberater/-in raschmöglichst nach der Anmeldung die ersten Schritte in Richtung beruflicher Wiedereingliederung einleiten zu können. Die insgesamt verbesserte Geschäftsabwicklung dürfte sich mittelfristig positiv auf die durchschnittliche Länge der Bezugstage der ALV auswirken. Dabei gehen die Betriebskosten des RAV auch weiterhin vollumfänglich zu Lasten des Bundes, neuerdings in Form eines Rahmenkredit.

Die Struktur der stellensuchenden Personen veränderte sich

Bedingt durch die anhaltend schlechte Wirtschaftslage waren unter den beim RAV gemeldeten Stellensuchenden zunehmend auch gut qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

Ein starker Anstieg war insbesondere in den Branchen Versicherungen, Banken und Informatik zu verzeichnen. Waren in der Stadt Winterthur zu Beginn des Jahres noch 859 Personen als Kader/Fachkräfte eingeschrieben, stieg diese Zahl bis Ende Jahr um 435 auf total 1294 an.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage mussten die qualifizierenden Massnahmen entsprechend angepasst werden; insbesondere galt es neu auch Standortbestimmungskurse für Kader und Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr auf verschiedenen Niveaus über 1000 (554) Standortbestimmungskurse besucht. Gemeinsames Ziel dieser Veranstaltungen war es, den Stellensuchenden aufgrund einer individuellen Standortbestimmung mögliche berufliche Perspektiven aufzuzeigen.

Weiterbildung als Brücke zu einer neuen Arbeitsstelle

Die qualifizierenden Massnahmen dienen dazu, die Arbeitslosen durch fachspezifische Aus- und Weiterbildung auf die laufend steigenden Anforderungen am Arbeitsmarkt vorzubereiten und sie damit in ihrer Stellensuche zu unterstützen. Das Dienstleistungsangebot des RAV enthält denn auch nebst den periodischen Beratungsgesprächen und Zuweisungen an Dritte (z. B. Berufsberatung) ein weit reichendes Angebot an solchen qualifizierenden Massnahmen. Die individuelle Auswahl der Massnahmen erfolgt jeweils mit fachlicher Unterstützung der RAV-Personalberater/innen. Im Berichtsjahr wurde das Angebot folgend genutzt:

Art der Weiterbildung	Berichtsjahr 2002	Jahr 2001
Sprachkurse	520	262
Informatikkurse	555	350
Standortbestimmungskurse	1000	554
Fachkurse (wie Hauswartkurse, Schweisskurse, Hotel, Gastronomie, CAD-Kurse, Kranführer...)	160	155
Vorübergehende Beschäftigung bei Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) und weiteren Anbietern	3954	362
Motivationssemester für Jugendliche	145	126
Total	2775	1809

Dossiercoaching – eine innovative Dienstleistung für gut Qualifizierte

Wer sich im heutigen Arbeitsmarkt erfolgreich für eine Stelle bewerben will, muss nicht nur über die nötigen Schlüsselqualifikationen verfügen, sondern auch detaillierte Kenntnisse darüber haben, was potentielle Arbeitgeber von einem Bewerberdossier in formeller und inhaltlicher Hinsicht erwarten. Um dieser Gegebenheit Rechnung zu tragen, wurde im Horizont der Kurs «Dossiercoaching» entwickelt und inzwischen bereits mehr als 25 Mal durchgeführt. Nach Abschluss des Kurses befinden sich die Teilnehmer/innen in der Lage, ihre Bewerbungsunterlagen gemäss den heutigen Anforderungen aufzubereiten.

Arbeitgeber und RAV, offene Stellen für Vermittlung

Das öffentlich ausgeschriebene Stellenangebot war im vergangenen Jahr knapp bemessen. Um auch an nicht publizierte Stellenangebote zu gelangen, haben die drei Stellenbewirtschafter des RAV im Berichtsjahr den Kontakt zu den Arbeitgebern weiter ausgebaut. Dank diesen Bemühungen ist es gelungen, auch unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen eine grössere Anzahl offener Stellen zu akquirieren und den Arbeitgebern geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zuweisen:

Branche	Offene Stellen 2002	Offene Stellen 2001
Baugewerbe, Metallindustrie, Logistik und Reinigung	658	710
Kaufmännische Berufe, Verkauf und Produktion	380	533
Gastgewerbe, Gesundheit, Bildung und Informatik	627	480
Total	1665	1723

Hilfe vor Ort bei Betriebsschliessungen und Information der Betroffenen

Auch in diesem Berichtsjahr gab es im lokalen Umfeld leider mehrere Betriebsschliessungen mit Entlassungen in grösserem Ausmass zu verzeichnen. Das RAV bot bei derartigen Ereignissen seine Dienste jeweils vor Ort an; das Zusammenwirken mit Firmenleitungen, Arbeitgebervertretungen, Betroffenen und Arbeitslosenkassen hat sich dabei regelmässig bewährt. Auch wurden die unternehmensintern durchgeführten Informationsveranstaltungen jeweils gut besucht. In Zusammenarbeit mit den Betriebsleitungen konnten zudem vereinzelt bereits während der Kündigungsphase kollektive Weiterbildungen für die vom Stellenabbau Betroffenen organisiert und durchgeführt werden.

Über 2800 stellensuchende Personen wurden an Veranstaltungen in verschiedenen von Beschäftigungsabbau betroffenen Betrieben sowie zusätzlich an wöchentlichen Anlässen in der alten Kaserne über ihre Rechte und Pflichten im Bereich Arbeitslosenversicherung orientiert. Diese kollektiven Informationsveranstaltungen entlasten gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Personalberatung in erheblichem Mass von allgemeinen Auskünften.

Zusammenarbeit über Institutionen hinaus

Kernaufgabe des RAV ist die Arbeitsvermittlung. Diese Dienstleistung können sich auch andere Verwaltungszweige etwa des Sozialwesens zu Nutze machen, indem sie vermittlungsfähigen Personen ohne Beschäftigung eine Beratung beim RAV ermöglichen. Eine solche Zusammenarbeit verschiedener Ämter und Bereiche verlangt jedoch eine enge Koordination und Abstimmung. Zu diesem Zweck wurde in Winterthur das Projekt «Work-In»



Arbeitsmarkt-Region Zürich Nord (RAV Winterthur und Andelfingen)

lanciert. In dessen Rahmen werden Sozialhilfeempfängern ihre arbeitsmarktlichen Chancen aufgezeigt und allfällige auf die berufliche Wiedereingliederung ausgerichtete Massnahmen eingeleitet. Die ersten Resultate dieses Pilotprojektes sind vielversprechend.

Der Bekanntheitsgrad «des Dienstleistungsbetriebes RAV» wird laufend optimiert

Die Organisation des RAV als öffentliche Arbeitsvermittlung besteht nunmehr seit ihrer Gründung vor 6 Jahren. Eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass der Bekanntheitsgrad der Dienstleistungen des RAV im Steigen begriffen ist. Um in der Bevölkerung noch mehr Aufmerksamkeit zu gewinnen, wurden im Berichtsjahr massvolle PR- und Werbeaktionen durchgeführt. Solche Aktionen werden vom seco unterstützt und die anfallenden Kosten im Rahmen des Betriebskredites vom Bund gedeckt.

Arbeitsmarktliche Kontrolle der Ausländerinnen und Ausländer

Der 1. Juni 2002 stand ganz im Zeichen des Inkrafttretens der bilateralen Verträge. Lange Vorbereitungen mit Systemanpassungen und internen Schulungen gingen diesem Tag voraus. Die Umsetzung des neuen Rechts bedeutete für alle mit Arbeitsbewilligungen in Berührung stehenden Verwaltungsstellen einen Schritt in ein neues Zeitalter, fielen doch die bisherigen strengen Kontrollvorschriften teilweise weg. Als Folge davon galt es im betrieblichen Alltag vorab, der anfänglichen Rechtsunsicherheit beizukommen und bot sich andererseits die Chance, historisch gewachsene Prozessabläufe im Hinblick auf die Anwendung der neuen Regelung zu hinterfragen. Im Zusammenwirken mit dem Migrationsamt (früher Fremdenpolizei) gelangen denn auch verschiedene administrative Vereinfachungen.

Ausserdem war festzustellen, dass in einer ersten Phase nach Inkrafttreten des neuen Rechts die Abteilung «Arbeitsmarktliche Ausländerkontrolle» geradezu mit Fragen überhäuft wurde. Insbesondere erkundigten sich ausländische Staatsangehörige mit befristeten Aufenthaltsbewilligungen nach der Regelung ihres weiteren Verbleibs. In der Folge sind gestützt auf das neue Recht zahlreiche befristete Aufenthaltsbewilligungen in Daueraufenthalte umgewandelt worden. Gesamthaft betrachtet darf rückblickend von einem reibungslosen Verlauf der ersten Monate gesprochen werden.

Auch die Betriebe mit eigenen Saisonzuteilungen kamen mit der Umstellung gut zurecht. Die herkömmlichen «Saisonniers» werden neu mit dem Kurzaufenthalter-Status erfasst. Dabei können Zeitpunkt von Ein- und Ausreise von den Betroffenen weitgehend selbst bestimmt werden; zudem ist die volle geographische und berufliche Mobilität gewährleistet.

Ferner ist im abgelaufenen Jahr die BVO (Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer) mit den bilateralen Verträgen in Einklang gebracht worden. Dieser Erlass gelangt auf Gesuche von Personen ausserhalb des EU/EFTA-Raumes zur Anwendung. Die Begutachtung entsprechender Begehren seitens des Arbeitsamtes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Ausländerfragen.

Der Jahresvergleich in nachstehender Tabelle verdeutlicht, dass die Bedeutung der Arbeitsbewilligungen für die hiesigen Betriebe trotz konjunktureller Abschwächung weiterhin ungebrochen ist:

Verwendung der Kontingente	2001	2002
Jahresaufenthalter	216	191
Kurzaufenthalter	580	342
Saisonier	350	287
Bewilligungen für Grenzgänger	45	116

Die Zuteilung der betrieblichen Saisonquote an das Baugewerbe für die Saison 2002 erfolgte im Oktober 2001 zunächst noch gleich wie im Vorjahr, weil damals der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bilateralen Verträge noch ungewiss war. Mit deren Wirkungsbeginn am 1. Juni 2002 fielen sämtliche betrieblichen Quotenzuteilungen weg.

Die Zahl der arbeitsmarktlichen Begutachtungen belief sich im Berichtsjahr auf total 2826 Einreisebewilligungen für Jahresaufenthalter, Kurzaufenthalter und Dienstleistungserbringer; sie betrafen auch Stellenantritte, Stellenwechsel, Kantonswechsel und Verlängerungen von Aufenthaltbewilligungen.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

2002 – Wechsel

Positive Prognosen – negative Entwicklung

Entgegen den allgemeinen Erwartungen wuchs die Wirtschaft der Schweiz im abgelaufenen Jahr kaum, die Arbeitslosenzahlen stiegen dafür umso kräftiger. Dem weit verbreiteten und teils massiven Beschäftigungsabbau standen kaum neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber, was sich besonders negativ auf die Stellensuche von Hilfskräften und Sozialhilfebeziehenden auswirkte. Als Folge davon mussten die Anstrengungen aller Beteiligten massiv verstärkt werden.



Neu im Internet – der KAP-Shop: www.kap-winterthur.ch

Arbeitsprojekte – aktive Dienstleistung für RAV und Fürsorgebehörde

Die KAP leistete für RAV und Fürsorgebehörde grosse Unterstützung in Form von arbeitsmarktlichen Abklärungen, „second opinions“ oder Nachbetreuungen. Die Anzahl der Abklärungen (ohne Eintritte in ein Arbeitsprojekt) nahm im Berichtsjahr stark zu. Vom Programmangebot der KAP machten sodann insgesamt 540 Personen Gebrauch. Die Motivationssemester, neuen Anlehren und Integrationsmassnahmen wurden von insgesamt 164 Jugendlichen besucht; die Praktika zählten 82 und der Kurs Kaleidoskop 121 Teilnehmende. Insgesamt haben 907 Personen das vielseitige Angebot der KAP in Anspruch genommen.

Wege zum Erfolg

Sinnvolle Arbeit

Die sorgfältige, individuelle Auswahl des Einsatzortes und der Beschäftigung waren mit entscheidend für die er-

folgreiche Wiedereingliederung vieler Projektteilnehmer/innen. Entsprechend dem Bedürfnis nach individueller Unterstützung ist das Angebot der KAP an Beschäftigungsmöglichkeiten möglichst breit, vielfältig und flexibel ausgestaltet.

KAP – Bildungsprogramm (eduqua zertifiziert)

Sprache ist bekanntlich der Schlüssel zur Integration. Aus diesem Grund stellt die Sprachförderung in Form berufsbezogener Deutschkurse einen wesentlichen Schwerpunkt der Integrationsbemühungen von AusländerInnen dar. Besonders Frauen in Hilfsberufen zeigten sich erfreulich stark an solchen Sprachkursen interessiert. Ergänzend dazu bot sich die Möglichkeit zum Besuch von EDV-Kursen.

Tägliche Stellensuche

Wegen des stark rückläufigen Angebots an offenen Stellen galt es im Berichtsjahr ganz besonders, die begleitete Stellensuche zu intensivieren und die Frustrationstoleranz der Arbeitsuchenden zu stärken.

Einzelcoaching

Dem Bedarf nach individueller Förderung und Unterstützung wurde erneut mit dem so genannten Einzelcoaching Rechnung getragen. Primärer Zweck dieser unterstützenden Massnahmen bildete weiterhin die psychische und soziale Stabilisierung der Betroffenen sowie die Strukturierung ihrer Zukunftspläne im Hinblick auf die berufliche Wiedereingliederung.

Stellenerfolg

Von den insgesamt 907 teilnehmenden Personen traten 698 (646) während des Berichtsjahres aus den Arbeitsprojekten aus. Davon fanden 220 (235) eine Stelle, was einem Anteil von 31% (36%) entspricht. Für 117 (144) Personen ergaben sich andere weiterführende Lösungen und 361 (268) oder 53% (42%) befanden sich weiterhin auf Stellensuche. Von den 268 (249) ausgetretenen anspruchsberechtigten Personen fanden 69 (82) – respektive 25% (33%) – während oder kurz nach Abschluss ihres Einsatzes eine neue Stelle.

Von den 150 (163) ausgesteuerten Personen mit über zweijähriger erfolgloser Stellensuche, die freiwillig an einem Arbeitsprojekt teilnahmen, fanden 37 (44) Personen eine feste Anstellung, entsprechend einer Quote von 24% (27%). 79 (56) Teilnehmende erhielten von der Koordinationsstelle einen Lohn, 71 (107) bezogen Sozialhilfe.

Neue Projekte mit der Sozialberatung

Gemeinsames ZAS-KAP-Projekt

Das zunächst versuchsweise ins Leben gerufene, gemeinsame Pilotprojekt der Zentralen Anlaufstelle der Sozialberatung (ZAS) und der KAP ist inzwischen fest eingeführt worden. Der unbürokratischen Zusammenarbeit ist es zur Hauptsache zu verdanken, dass rund der Hälfte der finanzielle Hilfe beantragenden Personen zur Überbrückung zu einem Arbeitseinsatz und damit auch zu einem befristeten Verdienst verholfen werden konnte.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit: Work-in

Bestärkt durch die guten Resultate des ZAS-KAP-Projekts wurde im vergangenen Jahr das weiterführende Projekt «Work-in» in Angriff genommen. Im Rahmen dieses Projekts arbeiten Mitarbeiter des RAV, der KAP und der Wirtschaftshilfe als Team zusammen, um Sozialhilfe-



beziehende aus einer möglichst gesamtheitlichen Optik arbeitsmarktmässig zu beraten. Diese departementsübergreifende Zusammenarbeit wird weitergeführt.

Papiermanufaktur Winterthur / Vereins-Service – Integration für Frauen

Auch im Jahr 2002 erfreute sich die Papiermanufaktur mit dem Vereins-Service einer grossen Nachfrage als Arbeitsprojekt für Frauen; darin integriert waren neuerdings auch so genannte Abklärungsplätze, die der individuellen Abklärung von beruflichen Eignungskriterien dienen.

Der Vereinsservice vermochte im Berichtsjahr dank der hohen Qualität der geleisteten Arbeiten kontinuierlich neue Kunden zu gewinnen.

28% der teilnehmenden Frauen fanden unmittelbar im Anschluss an das Arbeitsprojekt eine Anstellung oder eine andere Lösung (Rückkehr in die Heimat, Aufgabe der Erwerbstätigkeit zu Gunsten der Kinder usw.). Über die Hälfte, nämlich 57% der 121 (118) Teilnehmerinnen, waren ausländischer Herkunft; sie konnten vom zusätzlichen Deutschkurs am Arbeitsplatz und von den vielfältigen allgemeinen Kursen profitieren.

Elektrorecycling – ausgebaut

Weil sich die vorgezogene Entsorgungsgebühr neuerdings auch auf Unterhaltungselektronik erstreckt, hat das SWICO-lizenzierte Elektrorecycling als offizieller Zerlegebetrieb deutlich mehr, nämlich über 300 t (200 t) Elektronikgeräte fachgerecht demontiert, deren Schadstoffe entsorgt und Wertstoffe recycelt.

Zudem liess sich ein klarer Trend zu jüngeren Teilnehmenden feststellen, was in erster Linie auf die zunehmend schwierige Arbeitsmarktlage auch für jugendliche Stellensuchende zurückzuführen ist. Von den 147 Teilnehmenden beendeten 115 (106) ihren Einsatz. 22 (21) fanden während ihrer Projektteilnahme eine Stelle und 9 (21) andere Lösungen.

Velostation – erneuert

Die Dienstleistung der Velostation ist auch im abgelaufenen Jahr bei der Bevölkerung auf grossen Zuspruch gestossen. Der Mannschaftswagen der Velostation 2 wurde durch einen ansprechenden Container mit guter Isolation und integriertem WC ersetzt. Der tägliche Dreischichtbetrieb wurde das ganze Jahr über von 72 Stellensuchenden aufrecht erhalten. Zu den 53 (47) Teilnehmenden, die ihren Einsatz im Berichtsjahr abschlossen, zählten 23 Sozialhilfebeziehende.

Kompetenzzentrum Metall – neu im Industriepark

Nachdem erst vor kurzem alle Metallwerkstätten im Sulzer Areal zusammengezogen worden waren, stand bereits diesen Sommer der Umzug in den Industriepark Oberwinterthur an.

Bedingt durch die starke Zunahme der Anmeldungen Jugendlicher zum Jugendprojekt Transit wurden im Kompetenzzentrum Metall seit den Sommermonaten vorwiegend Jugendliche beschäftigt. Von den 32 (16) anspruchsberechtigten und 6 (12) ausgesteuerten Teilnehmenden waren nach Abschluss des Einsatzes nur noch 17 (8) Personen auf Stellensuche.

Kompetenzzentrum Holz – im Busdepot etabliert

Die traditionelle Holzwerkstatt Trittbrett, die Werkstatt des Transit-Holz und die so genannten Allrounder haben sich im alten Busdepot neu organisiert. Die Tätigkeiten der Anti-Graffiti Gruppe werden vom Strasseninspektorat weitergeführt.

60 Teilnehmende beendeten ihren Einsatz während des Berichtsjahres. 28 (46%) gelang die berufliche Wiedereingliederung und 9 (15%) fanden eine andere weiterführende Lösung.

Jugendprojekte

Anlehre – Transit-Plus

In den Werkräumen der KAP am Schützenweiher haben 8 Jugendliche das erste Jahr der zweijährigen Anlehre im Gastrobereich absolviert, die im Vorjahr zusammen mit privaten Unternehmungen ins Leben gerufen worden war. Für das zweite, auswärtige Lehrjahr haben 7 Jugendliche einen externen Anlehr- oder Lehrplatz in Gastronomie- und Hotelbetrieben gefunden, wobei sie dort weiterhin von den KAP-Mitarbeitenden gecoacht worden sind. Das Fortsetzungsprojekt hat im Herbst wiederum mit 8 Jugendlichen begonnen, wobei sich die Gruppe dieses Mal ausschliesslich aus jungen Frauen zusammensetzt.

Die Einsätze des Gastro-Services des Transit-Plus waren allseits ausserordentlich beliebt und geschätzt. Die Anerkennung, die den Jugendlichen dadurch zuteil wurde, wirkte motivierend und bedeutete ihnen Ansporn zu noch besseren Leistungen.

Transit – motiviert in die Zukunft

In den verschiedenen KAP-Werkstätten wurden wiederum 40 Jahresplätze in den Bereichen Holz, Metall und Textil angeboten, ergänzt mit der Möglichkeit von Beruf-



spraktika in der Privatwirtschaft. Diese Unterstützungsmassnahmen zeigen ein erfreuliches Bild: 72 % der 74 (68) Jugendlichen haben es geschafft, eine Lehr- oder Anlehrstelle oder eine andere berufliche Lösung zu finden. Der Anteil der jungen Frauen stieg erneut, und zwar von 49 % auf 53 %.

Basisintegrationskurs (BIK) – neu und nötig

Als Pilotprojekt wird seit Frühjahr 2002 gemeinsam mit der Berufs- und Fortbildungsschule (BFS) ein so genannter Basisintegrationskurs angeboten. Der Kurs richtet sich an fremdsprachige Jugendliche, die von ihrem Herkunftsland kulturell geprägt über zu geringe Deutschkenntnisse verfügen, um ihre soziale und berufliche Integration in die Gesellschaft, ihren Fähigkeiten entsprechend, realisieren zu können. Der Integrationskurs fördert und unterstützt die Auseinandersetzung der Jugendlichen im Umgang mit der neuen Umgebung.

In seiner ersten Auflage ist dieser Kurs von 13 ausländischen Jugendlichen besucht worden, die sich noch nicht lange in der Schweiz aufhalten. Im Herbst hat der zweite Kurs mit 13 jungen Frauen und 2 Männern begonnen.

Durch die Kombination des Vorintegrationskurses der BFS mit einem Werkstatteinsatz bei der KAP wurden zwei bestehende bewährte Angebote miteinander vernetzt. Auf dieser Grundlage ergibt sich die Möglichkeit einer besseren und rascheren Integration junger Ausländer und Ausländerinnen und resultiert damit ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Kaleidoskop – zertifizierter Strategiekurs

Der zertifizierte sechswöchige Abklärungs- und Strategiekurs hat sich auch im vergangenen Jahr bewährt und zahlreichen schwer vermittelbaren, langzeitarbeitslosen Personen eine solide Ausgangslage zur Stellenbewerbung geschaffen und neue Perspektiven beruflicher Weiterentwicklung eröffnet. Obwohl die erfolgreiche Stellensuche nicht das primäre Ziel dieser Integrationsmassnahme ist, fanden von den 121 (107) schwer vermittelbaren Teilnehmenden dennoch 18 (20) bereits während der Kursdauer eine Anstellung und 52 (41) eine weiterführende Lösung. Von den 9 (31) Sozialhilfebeziehenden war nach Kursabschluss noch eine Person ohne Anstellung.

Einzeleinsätze und Praktika – Chance mitten im Arbeitsmarkt

Arbeitseinsätze in einer Firma oder einem Betrieb erhöhen die Vermittlungschancen erfahrungsgemäss enorm, sind aber für die Beratungspersonen mit einem sehr hohen Aufwand verbunden.

Einzeleinsätze – mehr Plätze

Die Anzahl Anmeldungen im kaufmännischen Sektor hat im Berichtsjahr stark zugenommen; entsprechend schwierig gestaltete sich unten den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen die Akquisition von genügend Einsatzplätzen in diesem Bereich. Dank grossem Engagement gelang es dennoch, für 103 Personen eine befristete Beschäftigung zu finden: Bei insgesamt 74 (74) Austretenden resultierte für 25 (33) ein Stellenantritt, was einem Anteil von 34 % entspricht.

A-Plus – Erfolg dank KMU

A-Plus-Einsätze sind Praktika für schwer vermittelbare, aber motivierte Stellensuchende in der Privatwirtschaft. Von den 42 (43) eingesetzten Personen fanden 31 (33) oder ein Anteil von 73 % (77 %) eine Anstellung. Diese erfreulich hohe Vermittlungsquote spricht für eine sorgfältige Abklärung der Koordinationsstelle und für eine positive Bewertung derartiger Integrationsmassnahmen durch die Arbeitgeberschaft.

learn + earn – Brücke für Lehrabgänger/innen

Im 2002 nutzten 26 Lehrabgänger/innen diese Praktika als Überbrückung zwischen Ausbildungsende und Berufseinstieg. Ungeachtet dieser Massnahme nahm die Zahl der Lehrabgänger/innen ohne Anstellung im vergangenen Herbst alarmierende Ausmasse an. Aus diesem Anlass startete die Stadtverwaltung zusammen mit dem Verband der KMU Winterthur und Umgebung sowie der Handelskammer eine Aktion zur Bereitstellung von Praktikumsplätzen, mit dem Ziel, den jugendlichen Stellensuchenden auf diese Weise zur auf dem Arbeitsmarkt immer häufiger verlangten Berufspraxis zu verhelfen. Während der Wartezeit wurde interessierten LehrabgängerInnen zudem der Besuch eines Vorkurses ermöglicht.

Departement Schule und Sport

Das Jahr 2002 war für das Departement Schule und Sport geprägt von wichtigen Ereignissen: die Winterthurer Schulbehördenreform wurde umgesetzt. Auf kantonaler Ebene hat das Volk das Bildungsgesetz angenommen, was Schulversuche ermöglicht, aber die Volksschulreform abgelehnt. Auf lokaler Ebene ist der Neubau für die msw Winterthur mit erfreulicher Klarheit in der Volksabstimmung befürwortet worden. Zudem konnte die lang ersehnte Eishalle Deutweg eröffnet werden.

Mit dem Einsetzen der Zentralschulpflege wurde die wichtigste Etappe in Richtung der gesteckten strategischen Ziele erreicht: Professionalisierung der Schulbehörden, kürzere Entscheidungswege und gesamtstädtisch koordinierte Schulentwicklung. Zu erwähnen ist insbesondere die Tatsache, dass sich erstmals eine gesamtstädtische Winterthurer Schulbehörde auf eine mittelfristige Schulpolitik einigte: die Zentralschulpflege hat Legislaturziele zur Schule in Winterthur verabschiedet, muss sie aber auf Grund der abgelehnten Volksschulreform revidieren. Die Umsetzung der Reorganisation der Schulbehörden ist mit dem Start der Zentralschulpflege noch nicht abgeschlossen.

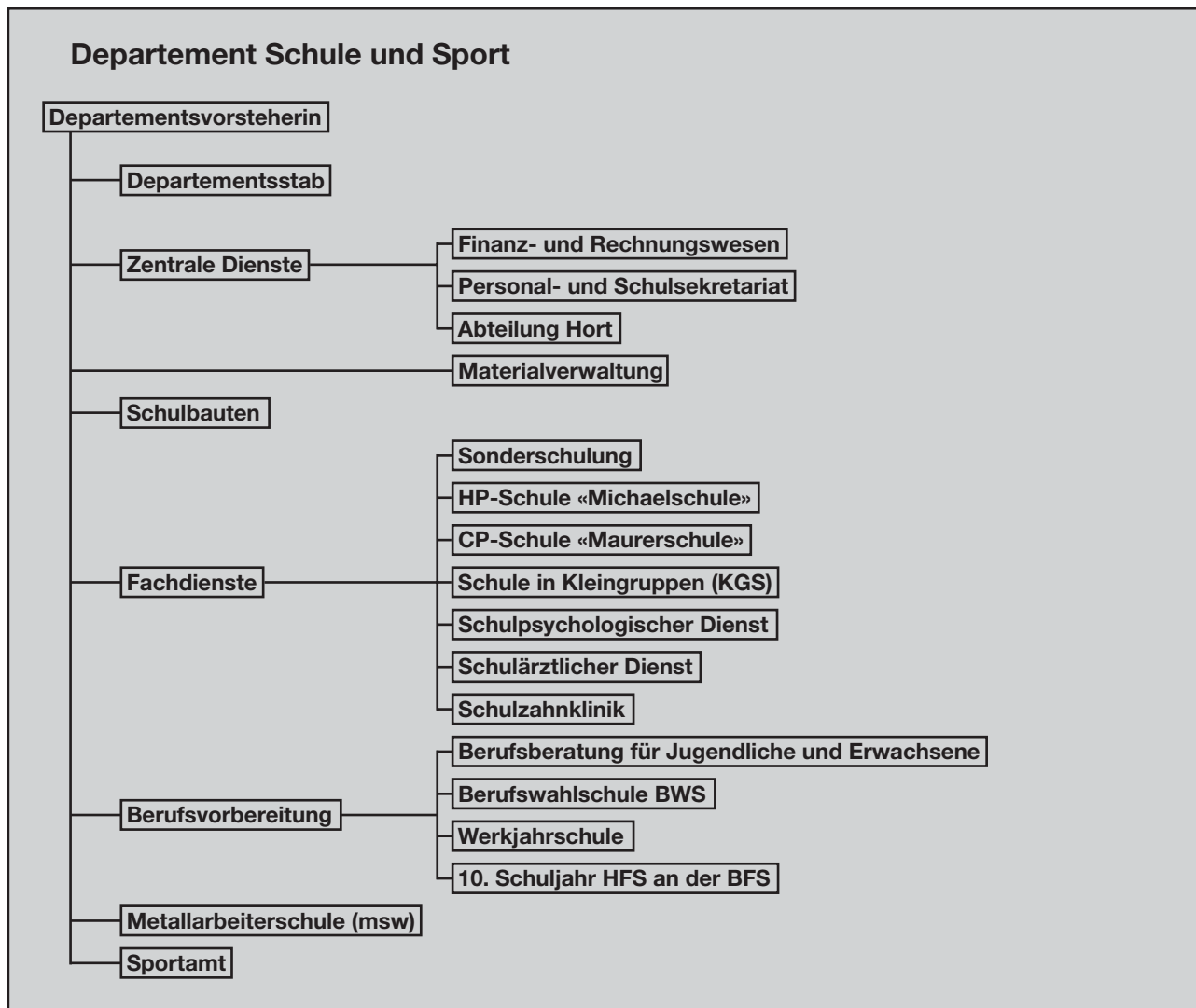
Gerade in Zeiten knapper Finanzen ist die Ausschreibung des Schulbusdienstes ein wichtiger Erfolg gewesen: Die Schülerinnen und Schüler werden seit Beginn des

Schuljahrs 2002/03 mit erhöhten Sicherheitsstandards und zu geringeren Kosten transportiert.

Nebst den üblichen Geschäften befasste sich ein Teil des Kaders mit der Umstrukturierung des Departements Schule und Sport. Die neue Struktur mit nurmehr vier Bereichen soll es dem Departement Schule und Sport ermöglichen, seine Dienstleistungen kundenorientierter zu erbringen und zudem die Führungsspanne der Departementsvorsteherin verringern.

Der Alltag der Kinder und Jugendlichen wird von vielen Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Lehrkräften mit Hingabe aufgelockert und mit besonderen Erlebnissen angereichert, vom Expo-Besuch, der Theateraufführung über die grossen Schulsilvesterparties bis hin zur Gewalt-Präventionswoche. Ein besonderer Höhepunkt war die Zirkus-Begnungswoche für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe Rychenberg und Kinder der städtischen Sonderschulen Maurerschule und Michaelschule.

Herausragendes Ereignis im Sportbereich war die Eröffnung der Eishalle Deutweg. Das Eröffnungsfest stellte den Abschluss jahrzehntealter politischer Auseinandersetzungen dar. Die Bevölkerung hat die Halle in ihren Besitz genommen; an Spitzentagen werden bis zu 3000 Eintritte gelöst. Nach wie vor sehr beliebt ist das Hallenbad Geiselweid: 2002 wurden über 287 000 Eintritte gezählt.



Zentralschulpflege

Der Schulrat ist Geschichte

1832 hatte der Kanton Zürich der Stadt Winterthur vorgeschrieben, einen lokalen Schulrat von 13 Mitgliedern einzusetzen und einen «Schulplan» vorzulegen. Es brauchte nicht weniger als 40 Sitzungen und langwierige Differenzbereinigungen mit dem Regierungsrat, bis der neue Schulplan am 20. März 1834 Rechtskraft erlangte. Intensiv und mit Herzblut wurde im Schulrat, der in den letzten Jahrzehnten auf 24 Mitglieder und zahlreiche Beizüge und Vertretungen angewachsen war, debattiert und Winterthurer Schulgeschichte geschrieben. Seinen 170. Geburtstag wird der Schulrat nun in kleinerer Besetzung und unter der neuen Bezeichnung Zentralschulpflege feiern. Als eines der wichtigsten Geschäfte hat der Schulrat in seinem letzten halben Jahr die Einführung von Blockzeiten in den Schulkreisen Töss, Altstadt und Mattenbach befürwortet. Damit waren mit Beginn des Schuljahres 2002/03 die Blockzeiten auf 5 Schulkreise ausgeweitet.

Im Schulhaus Laubegg, Schulkreis Töss, konnte nach dem Willen des Schulrates ein Mittags-/Nachmittagshort und im Schulkreis Mattenbach ein Mittagstisch eingerichtet werden. Beide neuen Betriebseinrichtungen konnten ihren Betrieb ab Schuljahr 2002/03 aufnehmen.

Professionelle Arbeit durch die Zentralschulpflege

Mit der ersten Sitzung der Zentralschulpflege am 20. August 2002 ist in Winterthur eine neue Ära angebrochen. Die neue zentrale Schulbehörde heisst nun nicht mehr Schulrat, sondern Zentralschulpflege. Sie löst auch die bisherigen Kommissionen des Schulrates, namentlich die Geschäftsprüfungskommission, die Finanzkommission, die verschiedenen Aufsichtskommissionen und die Konferenz der PräsidentInnen ab. Die Zentralschulpflege hat acht Mitglieder; sie setzt sich aus den sieben Schulpräsidentinnen und -Präsidenten der einzelnen Kreise sowie der Vorsteherin des Departements Schule und Sport zusammen. Die KSP-Präsidentinnen und -Präsidenten sind je in einem Teilamt angestellt und verfügen pro Schulkreis über ein Sekretariat. Zwei Lehrkräfte nehmen als Vertretungen des Volksschulkonventes mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teil. Pearl Pedernana unterstrich in ihrer Eröffnungsansprache die Bedeutung der Zentralschulpflege: Die Schule soll durch dieses Gremium professionell geleitet und die Entscheidungswege kürzer werden.

Hauptaufgabe der Zentralschulpflege ist die strategische Führung der Volksschule und des Kindergartens. In einer externen zweitägigen Klausurtagung in Diessenhofen wurden Legislaturschwerpunkte für 2002–2006 festgelegt.

Mit der Umsetzung der Reorganisation galt es, an verschiedenen Sitzungen strukturelle Fragen zu klären, wie die Wahl der Vertretungen in Aufsichtsgremien, denen der Stadt ein Vertretungsrecht zusteht, die Aufteilung der Aufsicht der Privatschulen in Winterthur unter den Kreisschulpflegen, die Genehmigung der Behördenstrukturen der einzelnen Kreisschulpflegen, die Klärung der Behördenentschädigungen in den Kreisen, die Zuständigkeiten und Abläufe bei Neubauten und dem gärtnerischen und baulichen Unterhalt usw.

Offene Fragen nach der Volksabstimmung

Der negative Ausgang der Kantonalen Abstimmung vom 24. November 2002 zur Volksschulreform stellte die Zentralschulpflege vor neue Probleme: Die Stadt Winter-

thur ist bei vielen Reformelementen bei der Erprobung dabei, so bei Teilautonomen Volksschulen (TaV), Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS), Blockzeiten und integrierten Stütz- und Fördermassnahmen (ISF): Im Gegensatz zum Volksschulgesetz wurde das Bildungsgesetz, welches die Durchführung von Schulversuchen erlaubt, vom Volk angenommen. Die Zentralschulpflege ist daher aufgefordert, nach Übergangslösungen zu suchen, um das Erreichte zu sichern. Gerade in Winterthur wurde bereits viel Aufbauarbeit sowie Schulentwicklung in den einzelnen Kreisen und Schulhäusern geleistet. Da Ende Jahr noch offen ist, welche unbestrittenen Reformelemente weiter eine breite politische Unterstützung finden, wird sich die Zentralschulpflege in den kommenden Monaten intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen.

Aufsichtskommissionen der Zentralschulpflege

Aufsichtskommission der Metallarbeiterschule (msw)

An der letzten Sitzung der Aufsichtskommission Amtsperiode 1998/2002 vom 5. Juni 2002 verdankte der Präsident die geleisteten Dienste der Mitglieder. Es kann auf eine sehr erfolgreiche Amtsperiode zurückgeblückt werden, wurde doch das Neubauprojekt mit grossem Volksmehr angenommen.

Die nach der Behördenreorganisation neu zusammengesetzte Aufsichtskommission wird ihre Tätigkeit im Januar 2003 aufnehmen.

Aufsichtssektion Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) an der BFS

Als Nachfolgerin der Präsidentin der Aufsichtssektion HFS, Elisabeth Heer, wurde Betty Konyo Schwerzmann neu gewählt. Die Aufsichtssektion HFS der BFS besprach am 21. Januar die Nachfolge der Abteilungsleiterin Else Keller. Die Wahlkommission schlug Doris Steinseifer vor, die Ende Januar von der Aufsichtskommission der BFS gewählt wurde. Weiter setzte die Aufsichtssektion eine Arbeitsgruppe ein, welche die Aufnahmepraxis und die Behandlung der Disziplinarfälle des Hauswirtschaftlichen Jahreskurses neu regeln soll.

Selbständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Sonderschulen

Die Aufsichtskommission Sonderschulen behandelte an den drei Sitzungen die Geschäfte der städtischen Schulen. Die letzte der drei jährlichen Sitzungen wurde erstmals unter dem Präsidium der Departementsvorsteherin mit den neuen Mitgliedern und neuer Behördenstruktur durchgeführt. Folgende Geschäfte aller städtischen Schulen wurden behandelt:

- Antrag zur Genehmigung der Stellenerweiterung für die Integrationen von behinderten Kindern in den Regelkindergarten
- Antrag zur Genehmigung des Raumprogrammes der Maurerschule
- Antrag zur Genehmigung einer halben Stelle zur Klassenteilung in der Maurerschule
- Antrag zur Verlängerung eines Pensums (8 Wochenlektionen) für Einzelunterricht an der Michaelschule
- Antrag zur Genehmigung einer Stellenerweiterung in der Fördergruppe an der Michaelschule (neue Behörde)

- Antrag zur Pensenerhöhung für die Integrative Sonderschulung (neue Behörde)
- Antrag zur Genehmigung des Reglementes zur Durchführung der Schulleiterkonferenz (neue Behörde)
- Antrag zur Genehmigung des Reglementes über die Schulkontakte

An der ersten Sitzung unter der neuen Aufsichtskommission wurden die Zuteilungen der Mitglieder zu den einzelnen Schulen für die Schulkontakte gemacht.

Aufsichtskommission Berufswahlschule/ Werkjahrschule

Nach der Behördenreorganisation konstituierte sich die neue Aufsichtskommission (AK) unter dem Präsidium von Stadträtin Pearl Pedernana am 20. November neu. Als Vizepräsident wurde Heinz Weiler gewählt, der eine langjährige Erfahrung aus der vorangegangenen Kommission mitbringt. Als Vertreter der Lehrkräfte der beiden städtischen Schulen wurde Urs A. Würsten gewählt. Für die Führung der Präsidial- und Kanzleigeschäfte inklusive Protokollführung wurde Franz Trottmann, Direktor msw, bestimmt.

Die neu konstituierte AK beriet und beschloss neu die Führung einer Gestaltungsklasse in der Werkjahrschule anstelle der Einführungsklasse für Fremdsprachige. Die Gestaltungsklasse wurde vorerst auf drei Jahre befristet.

Kreisschulpflegen

Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

Im letzten Jahr fand der alle vier Jahre stattfindende Wechsel in der Behörde statt. Von 21 Mitgliedern traten neun zurück und wurden durch ebenso viele neue ersetzt. Bis alle wieder eingearbeitet waren, dauerte es eine ganze Weile. Dieses Jahr kamen noch der Start der Schulbehördenreorganisation sowie der Aufbau eines eigenen Schulsekretariates dazu.

Die Behörde wurde neu konstituiert. Die ersten Gehversuche mit einem kreiseigenen Behördenbudget starteten unter ungünstigen Vorzeichen.

Die vierstündigen Blockzeiten am Morgen wurden in den Primarschulhäusern eingeführt. Vorderhand wurde vor allem schulindizierte Betreuung eingesetzt. Es liess sich auch aus finanziellen Gründen nicht anders lösen, führte aber zu verschiedenen Reaktionen von Eltern. Ein sehr grosses Problem stellten die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schulschwierigkeiten dar. Wegen des Mangels an ausgebildeten Lehrkräften werden im Schulkreis Altstadt immer weniger Sonderklassen geführt. Wenn solche Kinder ohne jede spezielle Förderung in den Regelklassen verbleiben, verursachen sie eine vermehrte Belastung von Regelklassen und Lehrkräften. Leider wurde die Unterstützung in solchen Situationen nicht überall als gleich dringend und nötig eingestuft. Das Ergebnis waren vermehrte Krisensituationen – was die Kreisschulpflege mit grosser Besorgnis registrierte.

Nach der Ablehnung des neuen Volksschulgesetzes am 24.11.2002 war die gesamte schulische Wetterlage so unsicher wie selten zuvor. Besonders die TaV-Schulen (Teilautonome Volksschulen) standen vor der grossen Frage nach der weiteren Entwicklung, wenn Ende des Schuljahres 2002/2003 die Finanzierung ausläuft und die Rechtsgrundlage für die Weiterführung nicht mehr gegeben sein sollte.

Kreisschulpflege Mattenbach

Die Kreisschulpflege hat ihre Organisationsstrukturen mit den Ressorts, Kommissionen und Arbeitsgruppen neu

gestaltet. Ziel war das Einbinden der Mitglieder in eine ihren Bedürfnissen entsprechende Aufgabe. Viel Zeit und Energie raubte vor allem die Planung mit dem knappen vorgegebenen Budgetrahmen. Ein REO-Übergangsjahr fehlte, um all die Anpassungen in einem vernünftigen Mass vornehmen zu können.

Vermehrt wurden Gespräche mit Eltern, Lehrpersonen und Kreisschulpflege geführt, was von allen Beteiligten viel Einsatz erforderte. Im Schulhaus Schönengrund wurde vom Schulhausteam verschiedene gemeinsame Aktivitäten durchgeführt, um das Zusammenleben zwischen den einzelnen Klassen zu fördern. Im Schulhaus Mattenbach Primar wurden im TaV-Projekt die Kompetenzregelung zwischen Kreisschulpflege und Schulleitung angegangen und ein Konzept zur Einbindung der Elternarbeit entwickelt. Die Oberstufe Mattenbach hat sich zusammen mit der Schulsozialarbeiterin mit Verbesserungen im sozialen Zusammenleben innerhalb des Schulbetriebs auseinander gesetzt. Das Schulhaus Gutschick ist auf die QUIMS-Warteliste (Projekt Qualität in multi-kulturellen Schulen) gekommen. Im Kindergarten ist dank einer Elternumfrage ein den Bedürfnissen angepasster Halbtageskindergarten entstanden.

Kreisschulpflege Oberwinterthur

Neben den normalen Aufgaben der Kreisschulpflege galt es, die Behördenreorganisation im Schulkreis vorzubereiten und umzusetzen. Das neue Kreisschulpflege-Sekretariat hat seinen Betrieb im August aufgenommen und stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen Behörde, Lehrpersonen und Eltern dar. In der Kreisschulpflege ist auch das Präsidium neu besetzt worden und neben zwölf bisherigen arbeiten neun neue Mitglieder mit. Die Kindergartenkommission wurde in die Kreisschulpflege integriert.

Der dringend benötigte Pavillon für das Schulhaus Hegfeld wird leider erst im Frühjahr 2003 zur Verfügung stehen. Dies erforderte eine grosse Flexibilität der betroffenen Lehrerschaft, um mit den räumlichen Notlösungen über die Runden zu kommen. Die Schulen Lindberg und Rychenberg sind im April ins TaV-Projekt (Teilautonome Volksschulen) eingestiegen. Die Oberstufe Wallrüti ist neu die zweite gegliederte Sekundarschule im Schulkreis Oberi.

Die massive Bautätigkeit in Hegi stellt für die Bereitstellung des benötigten Schulraumes eine grosse Herausforderung dar. Die Kreisschulpflege ist mit dem Bereich Schulbauten des Departementes Schule und Sport in engem Kontakt, um die nötigen Massnahmen umzusetzen.

Die Internationale Schule Winterthur hat im September in Räumen neben der Sulzerkantine ihren Betrieb aufgenommen.

Kreisschulpflege Seen

Per Ende Amtsperiode 1998–2002 traten sechs Mitglieder zurück. Noch in der alten Besetzung hat die Kreisschulpflege die Organisationsstruktur für die neue Amtsperiode diskutiert. Es herrschte Einigkeit darüber, dass unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der Schulbehördenreorganisation an der bisherigen, bewährten Struktur festgehalten werden soll. Ohne Änderungsanträge wurde diese an der konstituierenden Sitzung vom neu gewählten Gremium denn auch bestätigt.

Aufgrund der anhaltenden Bautätigkeit und des knappen Schulraumes hat die Schulpflege zwei Anträge auf Schulraumerweiterung in Sennhof und Eidberg/Iberg/Gotzenwil eingereicht. Im Kindergarten wurde beschlossen, alle noch bestehenden Abteilungen im Regelkindergarten per August ins Blockzeitenmodell zu überführen.

Erfreulicherweise waren keine Mutationen im Personalbereich zu verzeichnen.

Die Kinderzahlen in der Volksschule sind erneut gestiegen, so dass drei neue Lehrstellen auf der Mittelstufe errichtet werden mussten. Nach wie vor sind jedoch einige Klassen überdurchschnittlich gross. Im Schulhaus Steinacker wurden zwei Kleinklassen aufgehoben. Trotz einigen personellen Wechsels auf der Primarstufe und im Bereich Handarbeit und Hauswirtschaft konnten alle Lehrstellen rechtzeitig wieder besetzt werden. Ab Januar wurden im Hort Gruppenleiterinnen eingesetzt, welchen u.a. auch die Mitarbeiterbeurteilung des Hortpersonals obliegt.

Kreisschulpflege Töss

Die Alltagsgeschäfte wurden in elf Schulpflegesitzungen und in verschiedenen Kommissionssitzungen behandelt. Die Kreisschulpflege und die Lehrpersonen der Primarschulen haben ein arbeitsintensives Jahr hinter sich. In verschiedenen Schulhäusern wurden die Unterstufe und die Mittelstufe zusammen gezogen und Quartierschulen gebildet. Zudem wurde das Schulhaus Laubegg neu bezogen. Schon im Mai 2002 zeichnete sich ab, dass das Schulhaus Laubegg zu wenig Klassenräume haben wird. Das Schulhausteam entschied, dass eine Klasse im Singsaal unterrichtet wird. Im Sommer 2002 sind die Schulhäuser Rebwiesen, Eichliacker und Laubegg als Teilautonome Volksschulen (TaV-Schulen) gestartet.

Das Projekt QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen) auch im Kindergarten, ist eine Bereicherung für die Kindergärtnerinnen und die Kinder. Ein Höhepunkt an der Oberstufe war die Kurswoche mit verschiedenen Projekten. Der krönende Abschluss der Kurswoche war das tolle Schlussfest am Freitagabend.

Ende Amtsperiode sind neun zum Teil langjährige Mitglieder aus der Kreisschulpflege zurückgetreten. Diese personelle Änderung und die Umsetzung der Behördenreorganisation stellten für den Start im neuen Schuljahr in Töss besondere Anforderungen.

Kreisschulpflege Veltheim

In alter Besetzung erarbeitete die Schulpflege Veltheim ein neues Organisationsstatut. Die Behördenarbeit wurde aufgeteilt in vier Ressorts: Kindergarten und ausserschulische Betreuung, Primarschule, Oberstufe sowie Mitarbeiterbeurteilung. Das Präsidium resp. Sekretariat ist verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit, Schulbauten, Schulentwicklung und Schulversuche. Die Zuteilung der sieben verbleibenden und sechs neuen Schulpflegerinnen und -pfleger in die teilautonomen Ressorts verlief reibungslos.

Das Schulhaus Wiesenstrasse wurde kurz vor den Sommerferien zum Festgelände: Nach Abschluss einer Projektwoche fand die offizielle Einweihungsfeier statt. Das anschliessende Volksfest war in jeder Hinsicht ein Grosse Erfolg und bis spät in die Nacht hinein erfreute sich Jung und Alt an verschiedenen Darbietungen und Attraktionen.

172 Kinder besuchten die 11 Kindergärten, 516 wurden in den 28 Klassen der Primarschule unterrichtet und den 14 Klassen der Sekundarschule A, B, und C waren 228 Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Wie immer fanden in allen Schulhäusern Projektwochen, Klassenlager, Exkursionen, Ski- und Sporttage sowie freiwillige Skilager statt.

Die ausserschulische Betreuung in den drei Horten erfreut sich grosser Beliebtheit. Mit der Einführung der Blockzeiten ist der Tageshort neu ab 11 Uhr geöffnet; für diejenigen Kinder, welche eine Morgenbetreuung brauchen, wird von 7 bis 9 Uhr der Frühstückstisch angeboten.

Departementssekretariat

Das Berichtsjahr im Departementsstab wurde von zahlreichen Veränderungen geprägt. Grund dafür sind einerseits das Auslaufen befristeter Stellen sowie die Abgänge von zwei Personen, welche die Geschäfte des Departementes geprägt haben: Ueli Walther übernahm im Sommer die Stelle als stellvertretender Chef des Kantonalen Volksschulamtes und Remo Schädler tritt im neuen Jahr eine neue Stelle an. Beiden sei an dieser Stelle für ihren intensiven Einsatz in Winterthur, vor allem auch in der Zeit, als das Departement interimistisch geführt werden musste, herzlich gedankt.

Im Mai wurde das Departementssekretariat mit Regula Forster und Dr. Evi Schwarzenbach im Job-Splitting besetzt, während der neue Schulsekretär im August seine Tätigkeit – gleichzeitig mit einer neuen Sekretärin aufnahm. Parallel zu diesen personellen Veränderungen wurde die seit langem geplante Umsetzung der Schulbehördenreform Wirklichkeit. Die Zentralschulpflege sowie die teamentlichen PräsidentInnen der Kreisschulpflegen mit je einem Sekretariat stiegen in ihre Arbeit ein.

Die Departementsvorsteherin startete eine Umstrukturierung des Departementes, welche nun im Folgejahr voraussichtlich vom Grossen Gemeinderat behandelt und umgesetzt werden kann. Dabei soll der Bildungsbereich zusammengefasst werden, so dass eine stärkere Vernetzung stattfindet.

Ferner waren im Berichtsjahr zahlreiche parlamentarische Vorstösse zu beantworten. Dabei spielte die vom Volk im November 2002 abgelehnte Volksschulreform eine grosse Rolle.

Hauptabteilung Zentrale Dienste

Aufgrund der Schulbehördenreorganisation mussten alle administrativen Abläufe der Zentralen Dienste überprüft und teilweise neu geregelt werden. Zusammen mit der Projektleiterin der Schulbehördenreorganisation, den Schulbehörden und der Verwaltung wurden bestehende Abläufe kontrolliert und angepasst. Die Erfahrungen der ersten Monate nach der Schulbehördenreorganisation zeigen, dass dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist und im nächsten Jahr weiter geführt wird.

Im 4. Quartal wurden aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Winterthur mehrere Sparmassnahmen beschlossen, welche bereits im laufenden Jahr die Rechnung entlasten. Mittel- und langfristig wurde eine Task Force zur Überprüfung der strukturellen Leistungsüberprüfung gebildet.

Finanz- und Rechnungswesen

Die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen erstellte rund 10 000 Kreditorenbelege und über 1000 individuelle Rechnungen. Damit die verantwortlichen Abteilungsleitungen jederzeit einen aktuellen Überblick über ihre Finanzen haben, erstellte die Abteilung neu monatlich pro Kostenstelle Saldoübersichten zuhanden der Finanzverantwortlichen. Die Kostenstellen der Volksschule wurden so verfeinert, dass auf allfällige weitere Entwicklungen in Richtung teilautonome Volksschulen die Kosten pro Schuleinheit erfasst werden können.

Durch Reformprojekte wie QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen) und TaV (teilautonome Schulen) mussten die Kostenrechnung und die administrativen Abläufe im-

mer wieder den neuen Anforderungen angepasst werden. Der Versuch von Globalbudgets für Schulveranstaltungen und für Entschädigungen für Hausämter wurde ausgedehnt. Erste Erfahrungen sollen im nächsten Jahr ausgewertet werden.

Personal- und Schulsekretariat

Im ersten Halbjahr beanspruchte die Umsetzung der Projektes BEREWI (Besoldungsrevision Winterthur) viel Zeit. Aufgrund der neuen Funktionsklassen mussten die Überführungsvorschläge (Erfahrungsstufen, Leistungsanteile) in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitungen geprüft und definitiv verabschiedet werden. Es wurden Veranstaltungen durchgeführt, um Vorgesetzten und verschiedenen Funktionsgruppierungen die Überführungsmodalitäten zu erklären.

Parallel zur Sicherstellung der administrativen personellen Abläufe wurden viele fachliche und persönliche Beratungen sowie die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen in Anspruch genommen.

Schulveranstaltungen

Die beliebten Projektwochen umfassten vielfältige und interessante Themen: «Die Stadt besser kennen lernen», «Puppentheater», «Vernissage» oder «Variété» sind nur einige Beispiele für die breit gefächerten Arbeitsinhalte. 2598 (Vorjahr 2205) Schülerinnen und Schüler aus 183 (108) Primarklassen und 743 (346) Schülerinnen und Schüler aus 63 (19) Oberstufenklassen waren an Projektwochen in 31 (30) Schulhäusern beteiligt. Beliebt waren

auch die auswärtigen Schulwochen. An 38 (21) Mittelstufen-Klassenlagern nahmen 834 (435) Schülerinnen und Schüler und an 57 (39) Oberstufen-Klassenlagern 1059 (827) Schülerinnen und Schüler teil.

Die Ferienkolonie-Vereine führten 7 (8) Lager durch. Das Departement Schule und Sport beteiligte sich mit 67 008 Franken (70 538 Franken) an den Lagerkosten. Ebenfalls fanden 2 (4) freiwillige Wintersportlager mit insgesamt 62 (126) Schülerinnen und Schüler statt.

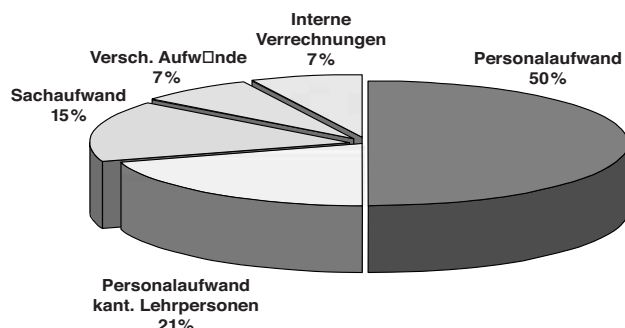
Abteilung Kinderhorte

Im Jahre 2002 wurden durchschnittlich 1060 Kinder in den rund 612 Plätzen der 32 städtischen Kinderhorte betreut. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Nachfrage leicht gestiegen. Ende Dezember 2002 konnte für 15 Kinder in den städtischen Horten kein Betreuungsplatz angeboten werden. Im August 2002 wurde der Mittags-/Nachmittagshort Laubegg sowie der Mittagstisch Mattenbach eröffnet.

Die Horte unterstehen gemäss der Verordnung über familienergänzende Betreuung und dem Hortreglement der externen Aufsichtspflicht der Schulbehörden. Mit der Schaffung der sozialpädagogischen Gruppenleitungsstellen wurden die Aufgaben der Verwaltung dezentralisiert und die MitarbeiterInnenbeurteilung sowie interne Qualitätskontrolle durch Fachpersonen ausgeführt. In diesem Jahr wurde erstmals mit allen Hortleiterinnen eine Mitarbeiterbeurteilung durch die Gruppenleiterinnen durchgeführt. Diese wurde von den Mitarbeiterinnen insgesamt positiv aufgenommen, da sie von Fachpersonen vorgenommen wurde. Im Weiteren wurden diverse qualitätssteigernde Massnahmen durch die Gruppenleiterinnen initiiert und mit den Hortleiterinnen durchgeführt. So wurden Konzepte erstellt, ein Kommunikationskurs durchgeführt und in jedem Hort anhand von ein bis zwei sozialpädagogischen Zielvereinbarungen die Betreuungsqualität gezielt optimiert. Im Weiteren wurde das pädagogische Konzept erstellt und verabschiedet. In vier Schulkreisen haben sich die Öffnungszeiten der Horte den Blockzeiten der Schule angepasst, bei Bedarf werden Morgentische für jüngere SchülerInnen angeboten.

Die Elternbeiträge werden seit Januar 2002 mit Monatspauschalen während der Schulzeit und einer speziellen Erhebung für die Ferienzeit erhoben. Diese Umstellung sowie die vermehrte Kontrolle der Einkommensverhältnisse der Eltern ergab wesentlich höhere Einnahmen im Jahre 2002 als im Jahr zuvor.

Aufwand nach Kostenarten



Materialverwaltung*

Wiederum kann das vergangene Geschäftsjahr als WOV-Pilotbetrieb als sehr erfreulich bezeichnet werden. Der fakturierte Umsatz ist um rund 8,5% auf 4,93 Mio. Franken angestiegen. Der budgetierte Globalkredit von Fr. 244 700.– musste nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Die Einkaufspreise konnten in praktisch allen Segmenten stabil gehalten werden. Dazu haben auch die koordinierten Beschaffungen mit den entsprechenden Stückzahlen beigetragen. Der Internet e-Shop erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Rund 1000 Bestellungen wurden über diese neue Bestellmöglichkeit getätigt.

Schulmobiliar

Wichtigstes Ereignis war diesbezüglich die Einrichtung des Schulhauses Laubegg Dätttau. Dabei wurden, im Sinne eines Versuches, erstmals Einerschülerpulte – sechs Stück pro Klassenzimmer – in Kombination mit Zweierpulten eingesetzt. Weitere Umbau- und Erweiterungsobjekte waren: Schulhaus Wallrüti, Schulhaus Heiligberg Schulhaus Hohfurri, Schulhaus Heiligberg und Schulhaus Eichliacker.

Die Absicht, mit der Ersetzung der alten SchülerInnen-Pulte zu beginnen, konnte nicht umgesetzt werden. Erstens hat die Marktanalyse bezüglich Einer- und Zweierpulte mit Gaslift-Höhenverstellung keine befriedigenden Schlüsse zugelassen und zweitens möchte man nun die ersten Erfahrungen im Schulhaus Laubegg abwarten. Es ist geplant, die Schülerpult-Strategie der nächsten Zukunft zusammen mit den Kreisschulpflegen fest zu legen.

So wurden im Rahmen der jährlichen Ergänzungen vorwiegend nochmals SchülerInnen-Stühle beschafft. In total 15 Schulhäuser wurden 160 Oberstufen-Stühle, 260 Mittelstufen-Stühle und 200 Unterstufen-Stühle geliefert.

Im Bereich Kindergarten-Mobiliar wurden erstmals unter Beizug der Kindergarten-Kommissionen nach deren Prioritäten-Listen für 19 Kindergärten Ergänzungsmobiliar beschafft.

Drucksachen

Die Anzahl der über die Drucksachenzentrale ausgeführten Individualdrucksachen-Aufträge ist identisch mit dem vergangenen Jahr. Der Trend einzelner Dienststellen, Drucksachen unter Umgehung der Drucksachenzentrale direkt zu erteilen, besteht weiterhin. Die Produktion der Geschäftsdrucksachen in jährlich drei Sammelbestellungen

läuft routinemässig problemlos ab. Das Vorgehen hat sich über Jahre, vor allem auch aus Kostengründen, bestens bewährt.

Die Tätigkeit in der Arbeitsgruppe Erscheinungsbild war auch im Jahr 2002 oft undankbar und schwierig. Die Begehren nach einer Öffnung des städtischen Erscheinungsbildes und der Lockerung der entsprechenden Richtlinien nehmen zu. Entsprechende Grundsatz-Entscheide zu forcieren, wird eine wichtige Aufgaben der Zukunft sein.

Dienstleistungen

Die Bedeutung der Materialverwaltung im Bezug auf ihre Fachkompetenz für Beratungen und Beschaffungsdienstleistungen ist nach wie vor steigend.

Die Beschaffungsaktion von Spiel- und Bastelmaterial für sämtliche Kindergärtnerinnen wurde auf Grund der positiven Erfahrung des Vorjahres im gleichen Rahmen wiederholt. Dank zentralem Einkauf konnten wiederum beträchtliche finanzielle Mittel gespart werden.

Eine wichtige und vielleicht auch zukunftsweisende Aufgabe hatte die Materialverwaltung bei der Einrichtung der Büros für die Kreisschulpflegen. In einer Art GU-Funktion war die Materialverwaltung sowohl für die Beschaffung von Mobiliar und Geräten, als auch für die Koordination der restlichen Installationen, mit Ausnahme baulicher Aspekte, zuständig. Auch die Überwachung der äusserst knappen Budgets gehörte zu unseren Aufgaben. Das Projekt konnte Ende Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Der gesamtstädtische Bedarf an Dienstleistungen im Zusammenhang mit Submissionen nach GATT/WTO hat weiter zugenommen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden z.B. folgende Projekte bearbeitet oder in Angriff genommen:

- SchülerInnen-Transporte (Fortsetzung und Abschluss)
- Diverses Mobiliar Alters- und Pflegezentrum Adlergarten (Fortsetzung)
- Informatikbeschaffung Primarschule
- Schulmobiliar Schulhaus Laubegg Dätttau
- Büromobiliar Alterszentrum Neumarkt
- Büromobiliar Kreisschulpflege-Büros
- Briefversand der Stadtverwaltung

Gebrauchtmobiliar

Aufwand und Ertrag dieser Dienstleistung sind stabil. Erfreulich ist die Entwicklung bei der Vermietung von Ausstellungsmaterial. Die Nachfrage steigt, vor allem auch bei der Privatkundschaft.

* Die Materialverwaltung ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Schulbauten

Rechtzeitig auf das Schuljahr 2002/2003 konnte in der neuen Primarschulanlage Laubegg im Dätttau-Töss den Schulbetrieb aufgenommen werden.

Schulraumplanung und Prognosen 2001–2020

Um gegebenenfalls Trendänderungen möglichst frühzeitig zu erkennen, hat die Fachstelle für Statistik des Stadtplanungsamtes ab 1995 die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen zusätzlich in jedem Stadtkreis alljährlich überprüft und das Departement Schule und Sport darüber dokumentiert. Nachdem die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) im Mai 2001 rechtskräftig geworden ist, hat die Fachstelle Statistik gestützt auf diese Grundlage Ende 2001 einen neuen Bericht «Schüler und Schülerinnen der Volksschule, Prognose 2001–2020» erstellt. Dieser demographische Teil war wiederum als Grundlage für die weitere Schulraumplanung gedacht. Aufgrund der Bevölkerungs- und SchülerInnenzahlenentwicklung ist die Schulraumplanung rollend fortzuschreiben. Das Konzept wurde dem Grossen Gemeinderat vorgelegt.

Die Schulraumplanung basiert im Wesentlichen auf einem 3-Säulen-Modell:

- Der Bedarf setzt sich aus den Bevölkerungszahlen, neuen Wohnbauvorhaben sowie der SchülerInnenprognosen zusammen.
- Das Angebot mit dem vorhandenen Raumprogramm und deren Bauzuständen, Belegungen und Nutzungen bestimmen die feste Grösse der bestehenden Anlagen.
- Aufgrund der Anforderungen wie Schulwege, Raumbedarf und bildungspolitische Vorgaben muss die Nachfrage betreffend der räumlichen Auswirkungen laufend überprüft werden.

Lärmprobleme

Wie bereits 2001 aufgezeigt, bestehen auch weiterhin Lärmprobleme. Kinder und Jugendlichen, die sich ausserhalb der eigentlichen Schulzeit auf den Anlagen treffen, werden von immer mehr Anwohnerinnen und Anwohnern schlecht toleriert.

Nachfolgend sind die aktuellen Schulbauvorhaben als Fortschreibung von 2001 aufgelistet:

Kreis Stadt

- Schulhaus Heiligberg (OS)
Einbau von Gruppenräumen und Umbau Dienstwohnung abgeschlossen
- Schulhaus Altstadt (PS)
Renovation und Erweiterung Lehrkräftebereich (in Ausführung)
- Schulhaus Altstadt (PS)
Singsaaldecke wird renoviert (in Ausführung)

Kreis Mattenbach

- Schulhaus Mattenbach (OS)
Flachdachsanierung Oberstufentrakt
- Schulhaus Schönengrund (PS)
Bereitstellen von Klassenzimmern und Einbau von Gruppenräumen anstelle Bibliothek
- Kindergarten Gutschick I
Flachdachsanierung

Kreis Oberwinterthur

- Schulhaus Wallrüti (OS)
Umnutzung der Kantonnemente und des Werkens- raumes für die Schule
- Schulhaus Lindberg (OS)
Instandsetzung der Umgebungsarbeiten nach Versetzen der Pavillonsprovisorien

Kreis Seen

- Schulhaus Sennhof (PS) Neubau
Landkaufverhandlungen sind abgeschlossen
Wettbewerbsvorbereitung in Arbeit

Kreis Töss

- Schulhaus Laubegg Dätttau (PS)
Bauausführung in Vorbereitung
- Schulhaus Eichliacker (PS)
Ausbaukonzept erarbeitet

Kreis Veltheim

- Schulhaus Wiesenstrasse (PS)
Umgebungsarbeiten abgeschlossen

Kreis Wülflingen

- Schulhaus Hohfurri (OS)
Anbau und Renovation abgeschlossen
Renovation Turnhallentrakt in Ausführung
- Schulhaus Langwiesen (PS)
Umbau Lehrkräftebereich, 1. Etappe ausgeführt
- Schulhaus Langwiesen (PS)
Flachdachsanierung Klassentrakt abgeschlossen

Städtische Schulen

- Kleingruppenschule Dorf
Anpassungsarbeiten an Umgebung abgeschlossen
- Schulzahnklinik
Umbau 2. Etappe fertiggestellt und Ausbau von 4 Behandlungszimmern abgeschlossen

Bereich Fachdienste

An rund 150 Leitungssitzungen wurden die Geschäfte des Bereiches Fachdienste zusammen mit den einzelnen Leiterinnen und Leitern der Abteilungen besprochen. Ein neues Informationsbulletin und die stetige Erweiterung des Intranet-Auftrittes informierte die vielen dezentralen Abteilungen des Fachdienstes besser. Die Entwicklungen in allen Hauptabteilungen waren nach wie vor vielfältig und komplex und oftmals gesteuert von neuen kantonalen Bedingungen und Bestimmungen, die den Bereich auch in den folgenden Jahren noch stark beschäftigen werden.

Der Bedarf an Schulplätzen für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen ist weiterhin angestiegen und hatte Folgen auf die Planung bezüglich Infrastruktur der einzelnen Schulen. An allen drei städtischen Schulen wurden konkrete Erweiterungsprojekte gestartet.

Die Michaelschule konnte im Herbst ihre Zertifizierung nach dem Qualitätssicherungssystem «Wege zur Qualität» mit sehr gutem Ergebnis abschliessen. Per August startete die Mauerchule mit einer neuen Leiterin das Schuljahr. Die Zusammenarbeit mit dem Kollegium, den Eltern sowie weiteren Fachleuten hat sich bereits nach kurzer Zeit eingespielt und verläuft zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten.

Durch die Überbauung «Gässli» in Seen wurde der Pausenplatz der Schule in Kleingruppen eingeschränkt. Die Beteiligten waren aber bereit, eine teilweise Wiederherstellung vorzunehmen und für einen sinnvollen Pausenplatz zu sorgen.

Die Verträge der Schulärzte und Schulärztinnen mussten den neuen Gegebenheiten angepasst werden, da sich die Inhalte der Untersuchungen etwas veränderten. Vor allem aber wurde die freie Arztwahl über ein ganzes Kalenderjahr praktiziert. Ebenfalls eingeführt wurde die statistische Erfassung der Kinder und Jugendlichen, die unter Adipositas leiden.

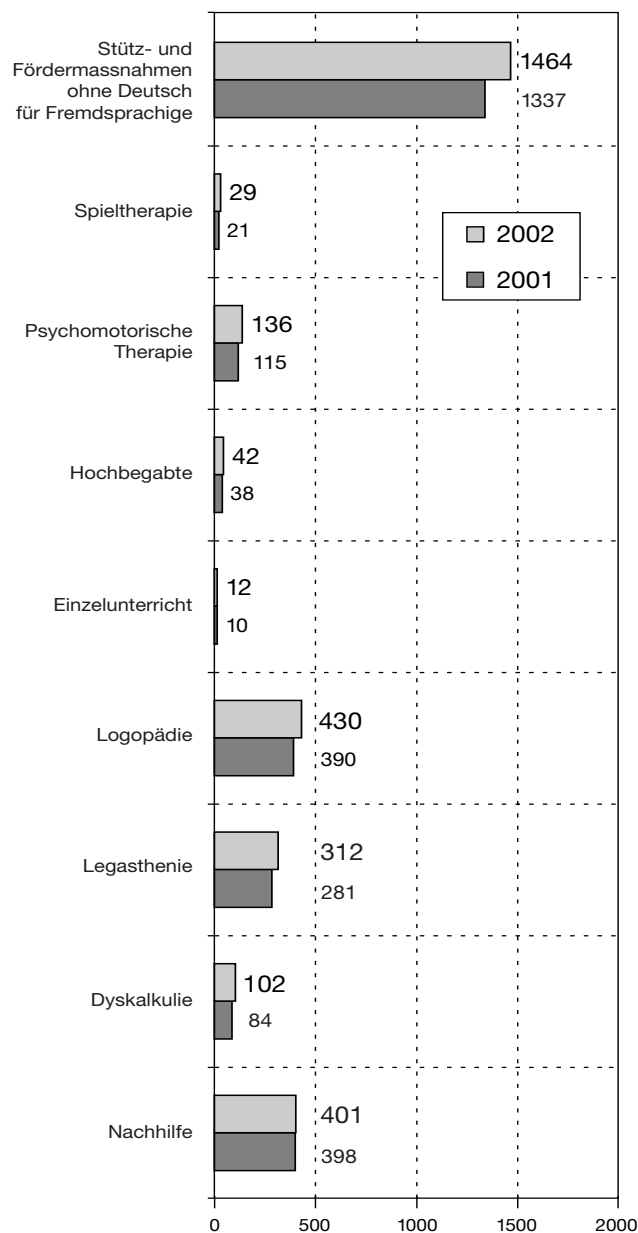
In der Schulzahnpflege wurde dort, wo es bereits möglich war, damit begonnen, verschiedene Abläufe dem kantonalen Konzept «Schulzahnpflege 2005» anzupassen.

Abteilung Sonderschulung

Im Januar übernahm eine neue Mitarbeiterin das Sachgebiet Abrechnungen. Sie hat sich sehr gut ins Team integriert und die Einarbeitung erfolgte sehr rasch. Erneut überschritt die Anzahl Mehrstunden bei verschiedenen Mitarbeitenden das zumutbare Mass. Zusätzliche Aufgaben und erhöhte Komplexität waren dafür verantwortlich. Ein wichtiges Ziel, das erreicht wurde, war die Vergabe des Schulbusdienstes. Die Ausarbeitung der Verträge, sowie die Art der Zusammenarbeit mit dem neuen Schulbusdienst musste noch vor den Sommerferien fertiggestellt werden. Die Zeit war sehr knapp, um mit all den Einzelheiten, die noch geklärt werden mussten, den Transport ab neuem Schuljahr zu garantieren. Die sonst schon schwierige Situation wurde durch verschiedene Umstände und Einzelpersonen, die mit der Ausschreibung und der Vergabe nicht einverstanden waren zusätzlich noch behindert und erschwert. Die Telefone liefen heiss und das Personal der Abteilung war stark gefordert, um allen Anfragen und Kritiken gerecht zu werden. Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit dem neuen Schulbusbetrieb gut. Obwohl die neuen Busse komfortabler und sicherer sind, konnte bereits in den ersten Monaten eine Einsparung gegenüber den Vorjahren erzielt werden.

Legasthenie, Nachhilfe, Dyskalkulie, Psychomotorik, Spieltherapie, Hochbegabung

Stütz- und Fördermassnahmen (SFM)

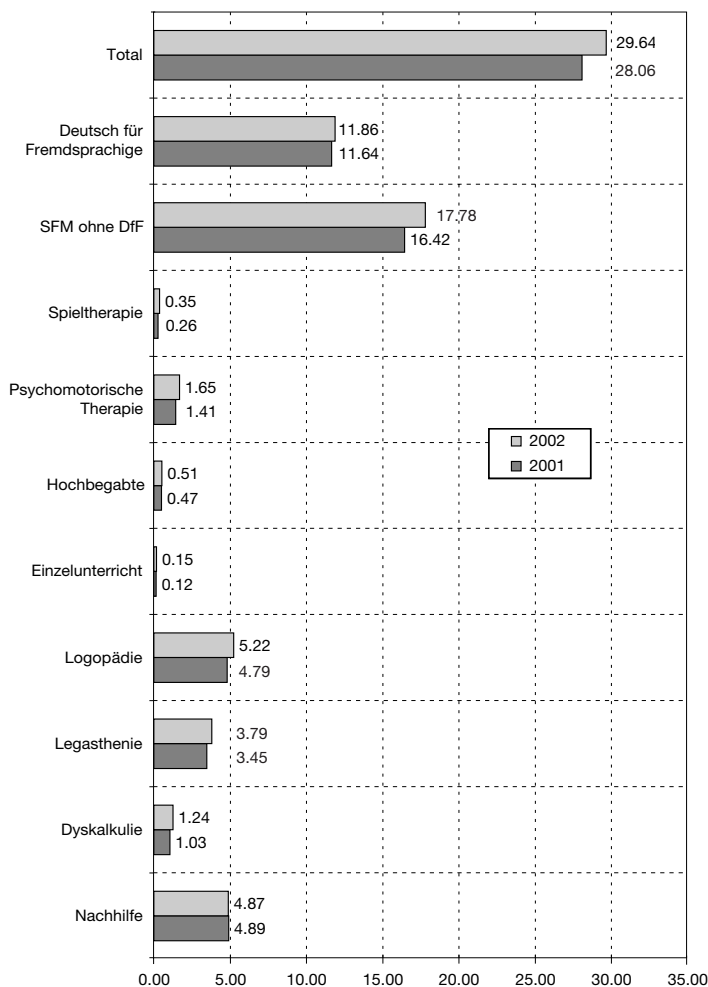


In den Bereichen Legasthenie / Dyskalkulie / Nachhilfe wurden Kinder in 13 Gruppen unterrichtet.

Im Einzelunterricht ist eine rasch steigende Tendenz zu beobachten. Immer öfter müssen Kinder von der Schule dispensiert werden. Begründet wird dies meist mit massiven Auffälligkeiten. In den meisten Fällen muss während der Zeit des Einzelunterrichtes eine andere Lösung gefunden werden, da es selten möglich ist, den Schüler/die Schülerin wieder in die Klasse zu integrieren. Die Schulung im Einzelunterricht verursacht hohe Kosten, da gemäss Volksschulgesetz zwischen 8 und 12 Lektionen pro Woche unterrichtet werden müssen.

Bei der Förderung von hochbegabten Kindern ist erneut ein Anstieg zu verzeichnen. Aufgrund mangelnder Kapazitäten (Lehrpensen) stehen 22 Kinder auf der Warteliste.

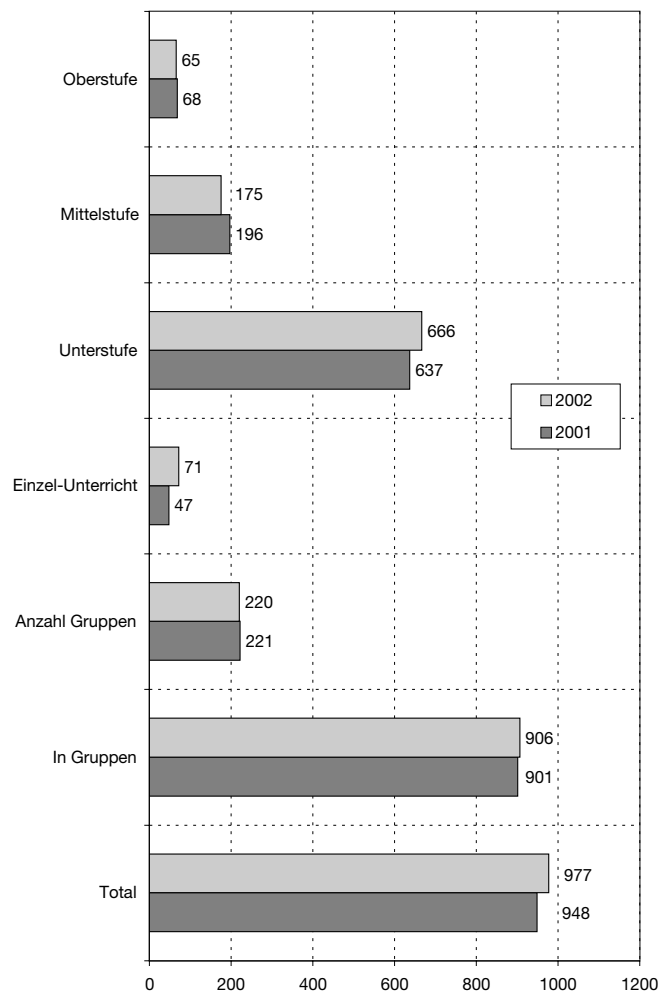
Stütz- und Fördermassnahmen (SMF) in Prozent zu den Gesamtschülerinnen und -schülerzahlen



Deutsch für Fremdsprachige (DfF)

Die Zahl der fremdsprachigen Schüler und Schülerinnen, welche die Deutschstunden für Fremdsprachige besuchen, stieg auch dieses Jahr leicht an von 948 auf 977. Die Tausendermarke wird also bald erreicht werden. Die Unterstufe ist wie immer am stärksten vertreten, was darauf zurückzuführen ist, dass viele Kinder den Deutschunterricht beim Start ihrer schulischen Laufbahn benötigen. Im März 2002 erschien das erste offizielle Lehrbuch für den DfF-Unterricht. Pipapo, wie das dreibändige Lehrbuch heisst, unterstützt die Fachlehrpersonen für den Unterricht ab der 3. Klasse. Zum Lehrwerk gehören das Arbeitsbuch, Textbuch und Kommentar. Am obligatorischen Weiterbildungstag im Juni 2002 hat die Mitautorin, Frau Claudia Neugebauer, die DfF-Lehrpersonen in das neue Lehrmittel eingeführt.

Deutsch für Fremdsprachige



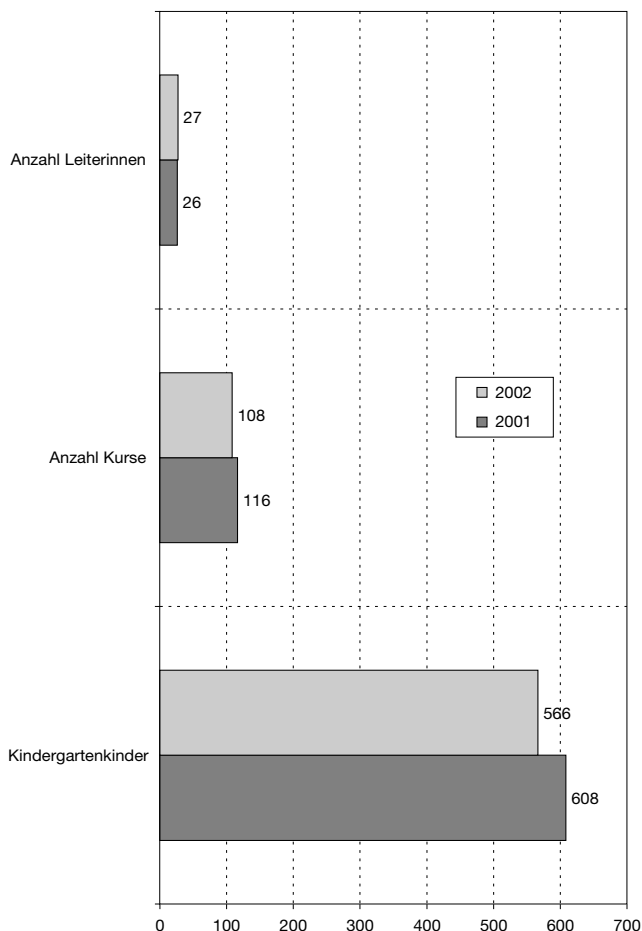
Mundartkurse

Die Anzahl der Kinder in den Mundartkursen konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden (von 608 auf 566). Die Verantwortlichen für die Mundartkurse haben die Auflage, das vorhandene Budget möglichst einzuhalten. Durch die Reorganisation der Schulbehörden haben neu die Sekretariate der Kreisschulpflegen die Administration der Mundartkurse übernommen, ausser in den Schulkreisen Töss und Wülflingen. In diesen beiden Kreisen erledigen nach wie vor Mitglieder der Kreisschulpflege diese Aufgaben.

Heimschulung und externe Sonderschulung

Aufgrund der vorliegenden Zahlen für Heimplatzierungen ist offensichtlich, dass diese sonderpädagogische Massnahme stark zugenommen hat. Meist sind die entsprechenden Schülerinnen und Schüler in der Volksschule nicht mehr tragbar. Lernblockaden, Über-, Unterforderung, psychische Schwierigkeiten und Verwahrlosung führen oft zu massiven Verhaltensauffälligkeiten, welche die Regelklassen zusätzlich belasten und die Lehrpersonen oftmals an den Rand der Belastungsfähigkeit bringen.

Mundartkurse



Sprachheilkindergarten

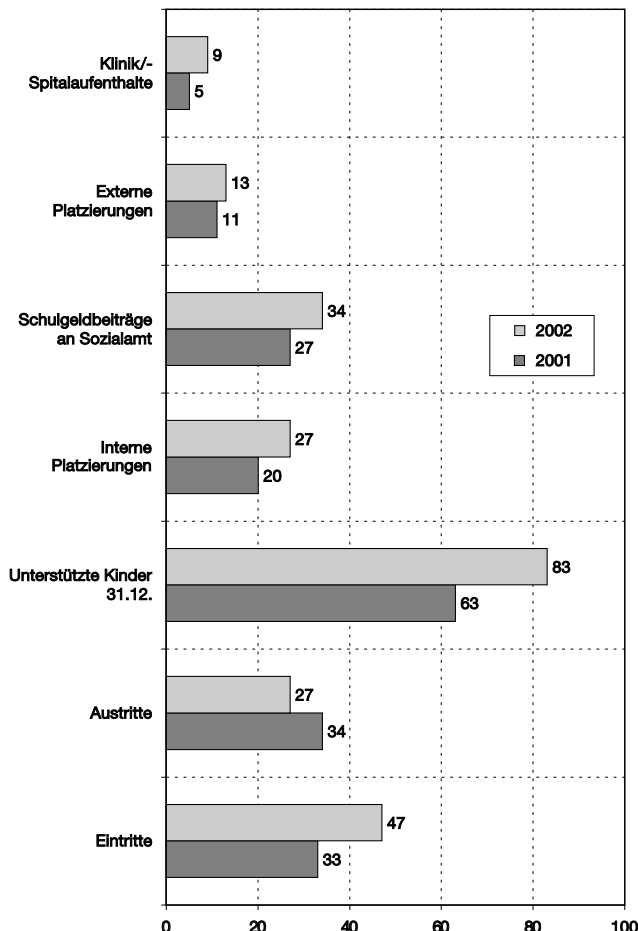
Vom Januar bis Juli 2002 besuchten 41 Kinder einen der fünf Sprachheilkindergärten. Vom August bis Dezember 2002 wurden 46 Kinder aufgenommen. Die Verteilung auf die einzelnen Stadtkreise zeigt die Statistik.

	Total	Mädchen	Knaben	IV-Anträge	1. Jahr	2. Jahr	Fremdsprachige
Mattenbach	7 / 9	0 / 0	7 / 9	7 / 9	3 / 7	4 / 2	3 / 4
Oberwinterthur	8 / 9	0 / 7	8 / 2	8 / 9	6 / 8	2 / 1	7 / 7
Töss	9 / 9	3 / 5	6 / 4	9 / 9	8 / 7	1 / 2	7 / 7
Veltheim	8 / 10	3 / 5	5 / 5	8 / 10	7 / 8	1 / 2	4 / 7
Wülflingen	9 / 9	4 / 2	5 / 7	9 / 9	6 / 8	3 / 1	4 / 2
Total	41 / 46	10 / 19	31 / 27	41 / 46	30 / 38	11 / 8	25 / 27

Die sehr komplexen Auffälligkeiten der aufgenommenen Kinder bestätigen, die empfohlene Anzahl von zehn Kindern pro Klasse nicht zu überschreiten. Vermehrt sind es fremdsprachige Kinder, die in Bezug auf die Kenntnisse ihrer Muttersprache grosse Lücken aufweisen. Erst recht bereitet diesen Kindern der Erwerb der Zweitsprache grosse Schwierigkeiten. Verschiedene Sprachheilkindergärtnerinnen versuchen neue Wege zu beschreiten, mit dem «Würzburger»-Projekt, oder mit dem «Penner»-Projekt, um so den Kindern den Einstieg in die Volksschule zu erleichtern.

In sechs Sitzungen erarbeiteten die Sprachheilkindergärtnerinnen ein begleitendes Pflichtenheft. Der Antrag der Sprachheilkindergärtnerinnen, weiterhin einen eigenen Konvent zusammen mit den ihnen zugeteilten Logopädinnen durchzuführen, wurde bewilligt.

Heimplatzierungen



Ambulante Logopädietherapie

In den städtischen Ambulatorien, in den Sprachheilkindergärten und an den Kleinklassen C arbeiten 30 Logopädinnen und 4 Logopäden.

Die 18 Logopädinnen und 3 Logopäden der städtischen Ambulatorien behandelten im Jahr 2002 insgesamt 430 Kinder. Mit der Einführung der Therapie in Phasen sollen Langzeitbehandlungen möglichst vermieden werden. Die Kinder werden dabei intensiver und in kürzeren Sequenzen behandelt. Das Phasenmodell zeigt auch, dass auf diese Weise insgesamt mehr Kinder therapiert werden können. Für 185 Kinder erhielt die Stadt eine Kostenvergütung durch die Invalidenversicherung.

Auf das Schuljahr 2002/03 wurde das neue Aufnahmeverfahren auf der Kindergartenstufe realisiert. Das gesamtstädtisch einheitliche Vorgehen ermöglicht eine raschere und spezifischere Abklärung der betroffenen Kinder. Im vergangenen Jahr wurde nach langjähriger Vorarbeit ein fachlich geleiteter logopädischer Dienst (LD) bewilligt. Viele anstehende Themen wie Teamentwicklung, MAB, Prävention, Beratung von Eltern und Fachpersonen sowie Öffentlichkeitsarbeit können dadurch umgesetzt werden.

Heilpädagogische Schule, Michaelschule

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler betrug anfangs Schuljahr erneut 96 (Vorjahr 96) Kinder, verteilt auf 16 (Vorjahr 16) Abteilungen.

Nach einem kleinen Umbau konnte auf Beginn des Schuljahres das Mietobjekt an der Stockemerbergstrasse 2 bezogen werden. Dieses zusätzliche Raumangebot ermöglicht die dringend notwendige Erweiterung des Hortangebotes und den Ausbau der Förderklassen für mehrfachbehinderte Kinder. Nach wie vor fehlen aber für den ordentlichen Schulbetrieb noch Räumlichkeiten. Der Kanton hat das Raumkonzept für den geplanten Erweiterungsbauprojekt im Juli bewilligt. Nach sorgfältiger Ausarbeitung zusammen mit dem Departement Bau und dem Departement Schule und Sport konnte das Baukonzept und die Antragstellung für die Projektierung vor Ende Jahr dem Stadtrat eingereicht werden.

Die neu errichtete Fachstelle Integration (in diesem Schuljahr wurden acht Kinder integrativ in Regelkindergärten begleitet) legte ein Schwergewicht auf die Planung einer umfassenden Orientierung über Integration im Volksschulbereich.

Im September konnte die Michaelschule in einer Feier aufgrund des durchgeführten Audits das Zertifikat im Rahmen des Qualitätssicherungssystems «Wege zur Qualität» entgegennehmen. Die regelmässige Beurteilung der realen Zusammenarbeitsverhältnisse und der Qualität durch eine aussenstehende Fachstelle (Auditierung) soll auch künftig Bestandteil der Aufgabenerfüllung, im Sinne der Schulevaluation, welche seit längerer Zeit durch die Bildungsdirektion vorbereitet wird, sein.

Städtische Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule

Anfangs Jahr wurde das Raumprogramm für den Erweiterungsbauprojekt der Schule von der Aufsichtskommission und vom Schulrat genehmigt. In der Nähe des bestehenden Schulgebäudes sind hauptsächlich Räumlichkeiten für die Oberstufe geplant, die gegenwärtig in einem Provisorium unterrichtet wird. Klassenzimmer, Räume für den Fachunterricht, eine Turnhalle, Schulküche, Büros und eine Hauswartwohnung sollen entstehen.

Die Schülerzahl (65 Kinder im Vorjahr) stieg in diesem Schuljahr auf 76 an. Das Angebot des Internats, das einerseits der Entlastung von Familien, andererseits der schulergänzenden Förderung von Selbständigkeit der Kinder dient, war sehr gefragt. Die fünf Plätze waren während vier Nächten pro Schulwoche regelmässig besetzt, und es besteht eine Warteliste für die Tages- und Übernachtungsplätze.

In der Abteilung für mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche (acht) haben die Hälfte der Schülerinnen und Schüler schwere Krankheitsprozesse durchgemacht, die sie an die Grenze von Leben und Tod gebracht haben. Die Begleitung der Kinder und deren Angehörigen in diesen Grenzerfahrungen stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen.

Da vermehrt Kinder ohne lautsprachliche Kommunikationsmöglichkeiten unterrichtet werden, setzten sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer gemeinsamen Weiterbildung mit der unterstützten Kommunikation (Gebärdensprache) auseinander.

Ein buntes, frohes Sommerfest, die bereits zur Tradition gewordene Zirkuswoche mit dem Zirkus Chnopf, eindrucksvolle weihnachtliche Aufführungen der Primar- und Oberstufe waren wichtige, gelungene Ereignisse im Jahresverlauf.

Schule in Kleingruppen (KGS)

Kurz vor Jahresende sind die Bauarbeiten in der Überbauung «Gässli» zu Ende gegangen. Selbst die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern sowie die Installation der Spielgeräte konnte vorgenommen werden. Damit verfügt die KGS über einen Platz, der den Jugendlichen wieder ausreichend Erholungs- und Bewegungsraum für die Unterrichtspausen bietet. Die Schülerinnen und Schüler freuen sich über die gelungene Anlage.

Für alle Ende Schuljahr 2001/2002 ausgetretenen Jugendlichen konnte zwecks beruflicher Eingliederung ein Ausbildungsplatz – zum Teil mit einer Vollehre (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) – in einer von der Invalidenversicherung anerkannten Institution gefunden werden. Im Rahmen des Aufnahmeverfahrens, welches bereits Ende Oktober 2001 begann, absolvierten 13 Jugendliche eine Schnupperzeit in der KGS. Die sieben freien Plätze wurden Mitte Mai vergeben. Eine Notaufnahme fand kurz vor den Sommerferien statt, so dass ausnahmsweise mit 19 Schülerinnen und Schülern ins neue Schuljahr 2002/2003 gestartet wurde. Einem kurzfristigen Austritt Anfang Oktober steht eine weitere Notaufnahme Ende Oktober für eine Schülerin ohne Schulplatz in der Volksschule gegenüber. Zusätzliche Begehren um Aufnahme mussten im November 2002 aus Kapazitätsgründen leider abgelehnt werden. Es ist dringend notwendig, dass



Projektwoche 2002 Ton: Rakubrand



Vorbereitungen für eine grosse Velotour

die Stadt weitere Schulplätze schafft, welche den besonderen Bedürfnissen dieser in komplexen Lebenssituationen stehenden Jugendlichen entsprechen. Seit dem Jahr 2002 ist die KGS eine durch die Fachhochschulen Zürich und St. Gallen anerkannte Ausbildungsinstitution für Praktikantinnen in sozialpädagogischer Fachrichtung. Seit August 2002 absolviert eine Zürcher Studentin ein erstes Praktikum an der KGS.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Erneut ist die Gesamtfallzahl von 1700 im Jahr 2001 behandelten Fällen auf 1819 angestiegen. Sowohl im Bereich der Untersuchungen wie auch bei den freien Fallbearbeitungen ist ein Anstieg der Aufträge zu verzeichnen. Der Rückgang bei der Beantragung der Kleinklasse D ist vermutlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass nur noch wenige solcher Klassen zur Verfügung stehen. Auch wenn eine solche Zuteilung angezeigt ist, widerstrebt es manchmal der schulpsychologischen Fachkraft, Antrag zu stellen, wenn real kein Schulplatz zur Verfügung steht. Beratungen im Schulbereich mussten wegen des Falldrucks teilweise eingeschränkt werden, da für die Untersuchungen eine Auftragspflicht besteht. Es war dem Schulpsychologischen Dienst nach wie vor wichtig, möglichst keine Einschränkung der Dienstleistungen vorzunehmen, sondern die Beratungsangebote zu optimieren.

Die im letzten Jahr beschriebenen härteren Umstände unter Kindern und Jugendlichen in der Volksschule sind nach wie vor vorhanden, und die Lehrkräfte leiden unter schwierigen Klassensituationen. Beratungen von Lehrkräften und Eltern in Krisensituationen mussten vermehrt durchgeführt werden, und in mehr Fällen als früher konnte keine wirklich optimale Lösung für die anstehenden Schwierigkeiten gefunden werden. Die Zusammenarbeit mit den anderen Fachstellen und Institutionen wurde weiterhin gepflegt. Eine grössere Krisenintervention in einem Schulhaus und zwei spannungsvolle Situationen konnten mit guter Vernetzung und teilweise mit externer Hilfe bewältigt werden. Die unterstützende Beratung bei der Gestaltung von Schulhauskultur wurde beansprucht und geschätzt. Nicht ganz einfach ist manchmal der Umgang mit den verschiedenen bestehenden Projekten und Modellen. Zum Teil ergeben sich auch Unterschiede bei der Zuteilung von Kindern und Jugendlichen, wenn Wohn-

ortswechsel eine neue Zuteilung nach sich ziehen (verschiedene Oberstufenmodelle).

Die Therapiestelle war voll ausgelastet und betreute 29 Kinder mit schulisch schwierigen Situationen in ihrer Konflikt- und Problembewältigung und bei der Findung und Gestaltung der Selbstorganisation. Neben familiär bedingten Spannungen waren Aufmerksamkeitsstörungen und Lernblockaden oftmals die Ursache für den schulischen Misserfolg. Vereinzelt konnte allerdings aus Kapazitätsgründen nicht genügend speditiv Hilfe angeboten werden.

Schulzahnärztlicher Dienst

Diverse Zahlen und Tatsachen aus dem Berichtsjahr unterstreichen die Bedeutung des Schulzahnärztlichen Dienstes als Teil der Gesundheitsvorsorge bei Kindern und Jugendlichen. Im Berichtsjahr erfolgte in den Schulen die Fortsetzung der im Vorjahr in den Kindergärten gestarteten epidemiologischen Untersuchung. Die genaue Auswertung der Daten durch die Station für orale Epidemiologie der Universität Zürich liegt noch nicht vor. Vorläufige Zahlen lassen aber eine nach wie vor positive Auswirkung der Schulzahnpflegebemühungen auf die Zahngesundheit vermuten. Die Schulzahnpflege-Administration war mehr als früher beschäftigt mit Problemen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Zahnbehandlungen.

Im Hinblick auf kantonale Empfehlungen für eine sanftere Renovation der Schulzahnpflege wurden erste Analysen getätigt und administrative Verbesserungen eingeführt.

Schulzahnklinik

Im Berichtsjahr wurde in den Räumlichkeiten der Schulzahnklinik erneut umgebaut. Durch den Ausbau von zwei bisher wenig genutzten Räumen steht jetzt ein weiteres Behandlungszimmer und ein angegliederter Aufwachraum zur Verfügung. Diese Infrastruktur ermöglicht seit Kurzem die Durchführung von Zahnbehandlungen in Narkose bei kleinen, sehr ängstlichen oder behinderten Kindern. 3405 Kinder kamen zum obligatorischen schulzahnärztlichen Jahresuntersuchung. Nach wie vor ist die Behandlungsnotwendigkeit vor allem bei den Jüngeren sehr hoch. Trotz-

Statistik für das Jahr 2002 Schulärztlicher Dienst Winterthur

Schulstufen	Kg	Us	Ms	Os	Mas	KKE	Ks	Total	Total Vorjahr
Kopflausbefälle (in 136 Klassen)								208	294
Tuberkulose-Abklärung (spontan positiv ohne BCG)						7		7	6
Tuberkulostest						95		95	65
Diphtherie-Tetanus Impfung			89	96	5	18		208	240
Kinderlähmungsimpfung			65	24		7		96	309
MMR Impfung			252	346	18	25		641	341
Verschiedene Befunde		92	116	92		8	5	323	315
Befunde am Blutdruck				48	2		10	60	47
Aussergewöhnliches Herzgeräusch		16	14	2		3		35	44
Kryptorchismus (Hodenhochstand)									1
Phimose (Vorhautverengung)		54				1		55	55
Grosswuchs		2	3					5	4
Kleinwuchs		3	2			1		6	4
Befunde am Skelett		55	125	40		11	4	235	275
Kinderschutz / Verwahrlosung		2	4	2				8	2
Hörschwächen	9	25	14	12		4		74	85
Sehschwäche	41	48	66	86	3	7	23	274	229
Anzahl Untersuchungen	905	792	863	812	60	117	338	3887	3880
Anzahl Klassen	106	68	61	49	5	14	16	319	287
Beratung Ärztin / Arzt (Einzelkonsultation)				344			50	394	475
Einzelkonsultation auf Büro SAD								379	400
Total auf Untersuchung verzichtet		245	99	71		3		418	215

Kg = Kindergarten Us = Unterstufe Ms = Mittelstufe Os = Oberstufe Mas = Metallarbeiterschule KKE = Kleinklassen E Ks = Kantonsschule



Tag der offenen Tür in der Schulzahnklinik. Für Gross und Klein wurde viel Interessantes geboten.

dem konnten die langen Wartezeiten etwas reduziert werden.

Ende Oktober fand ein Tag der offenen Tür statt, bei welchem sich das zahlreiche Publikum von der Kompetenz des Teams und der kinderfreundlichen Atmosphäre überzeugen konnte.

Das erfolgreiche Berichtsjahr wurde gegen Ende durch einen gravierenden Wasserschaden getrübt.

Prophylaxezentrum

Die Vorverschiebung der Zahnseide-Lektion von der 3. in die 1. Oberstufe wurde beschlossen und bereits eingeführt. Damit soll erreicht werden, dass Karies in den Zahnzwischenräumen frühzeitig verhindert werden kann. Die Folgen der unterschiedlichen elterlichen Erziehungskonzepte sind auch im Prophylaxeunterricht zunehmend spürbar. Das Team des Prophylaxe zentrums erachtet es deshalb als Notwendigkeit, sich im Bereich Psychologie und Verhaltensauffälligkeit bei Kindern weiterzubilden.

Der Schulzahnklinikleitung wurde an einem Kindergärtnerinnenkonvent die Möglichkeit geboten, über Kindesvernachlässigung im Zusammenhang mit Zahnerkrankungen zu referieren. Dieser Vortrag trug dazu bei, einige offene Fragen der Kindergärtnerinnen zu klären. Offensichtlich war nicht allen bekannt, dass in den Räumlichkeiten der Schulzahnklinik ein Prophylaxezentrum einge-

richtet ist, in welchem alle Kinder der Stadt Winterthur kostenlos zum Thema Zahngesundheit individuell motiviert und instruiert werden können.

Nebenamtliche Zahnärztinnen und Zahnärzte

Die nebenamtlichen Schulzahnärzte der Vereinigung Winterthurer Zahnärzte (VWZ) haben im Jahr 2002 Schulkinder aus 206 Schulklassen und 55 Kinderabteilungen betreut. Die Schülerinnen und Schüler wurden untersucht und die erforderlichen Behandlungen durchgeführt, ohne nennenswerte Störungen. Es beteiligten sich 31 Zahnärzte/Zahnärztinnen und 7 Kieferorthopäden. Kieferorthopädische Behandlungen wurden ausschliesslich von nebenamtlichen Schulzahnärzten der VWZ durchgeführt. Während dieser Schulperiode kam es zu keinen nennenswerten Problemen, der Betrieb konnte störungsfrei durchgeführt werden. Die kantonale Arbeitsgruppe Zahnmedizin 2005 hat Empfehlungen für die künftige Gestaltung des Schulzahnärztlichen Dienstes der Gemeinden des Kantons erlassen. Die VWZ und das DSS sind im Kontakt, um diese Vorstellungen zu prüfen.

Schulärztlicher Dienst

Im personellen Bereich waren im Berichtsjahr drei Wechsel der SchulärztInnen zu verzeichnen:

- Schulkreis Seen: Eintritt einer neuen Schulärztin für die Unter- und Mittelstufe sowie eines neuen Schularztes für die Oberstufe
- Schulkreise Oberwinterthur, Seen und Töss: Eintritt einer neuen Ärztin, welche die Mädchen der Oberstufe untersucht und betreut.

Die Polio (Kinderlähmung) Schluckimpfung wurde den Kindern, wie vom Bundesamt für Gesundheit verordnet, neu als Injektion verabreicht. Der Kanton verzichtete an den Kurzgymnasien auf die angebotenen schulärztlichen Leistungen (Sehtest sowie Impfberatungen). Angekündigt wurden auch die Abschaffung der Untersuchungen an der Kantonsschule Büelrain.

Das Team des Schulärztlichen Dienstes hat folgende Fortbildungen absolviert: Horchschulung, Kinderschutz und Reanimation.

Berufsvorbereitung

Berufsberatung

Die erschwerten Bedingungen auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt haben viele Menschen verunsichert. Die Angebote der Berufsberatung haben dieser Situation Rechnung getragen. Die Gruppenangebote für Erwachsene fanden einen sehr grossen Zulauf. Die Suche nach dem passenden Beruf und der entsprechenden Ausbildung standen in der individuellen Beratung immer im Vordergrund. Vermehrt war aber auch die Frage der Realisierbarkeit ein wichtiges Thema. Mit Orientierungsveranstaltungen für Eltern und Schulklassen, sowie mit Workshops für Jugendliche konnten hier wertvolle Hilfestellungen gegeben werden. Die ratsuchenden Jugendlichen ohne Lehrstelle haben wiederum zahlenmässig zugenommen. In der SOS-Starthilfe erhielten sie neben der Berufsberatung auch Unterstützung ganz praktischer Art.



Berufssituation (in der Berufsberatung)

Berufsinformationszentrum (BiZ)

Anfangs Jahr konzentrierte sich die Arbeit auf die Internet-Aufschaltung des Bildungsverzeichnisses. Dieses auf Grund einer Interpellation im Gemeinderat entstandene Bildungsportal beinhaltet 200 Institutionen mit einem Schul- oder Kursangebot in Winterthur. Das Portal stösst bei den Bildungsanbietern auf grosses Interesse. Die Statistik des städtischen Informatikdienstes belegt die Beliebtheit nun auch auf der Benutzungsseite: Durchschnittlich 1500 Besuchende ergeben über 100 000 Hits pro Monat! Nach dem Aufbau ist nun der Alltag eingeleitet: es gilt, das hohe Niveau sowohl bei der Aktualität als auch bei der Vollständigkeit zu erhalten und soweit finanziell tragbar, auch auf der strukturellen Seite zu optimieren. Das BiZ leistet mit dem Aufbau und der permanenten Bewirtschaftung dieses Portals im Informationsbereich einen wesentlichen Beitrag für die Bildungsstadt Winterthur.

Werkjahrschule (WJS)

Der Jahreskurs 2000/2001 konnte erfolgreich abgeschlossen werden: 94% der Jugendlichen fanden eine Anschlusslösung. Die Suche eines Ausbildungsplatzes war für schulisch schwächere, fremdsprachige Jugendliche am schwierigsten.

Nach Abschluss des Um- und Ausbaus konnte das Schulhaus am 6. Juli festlich eingeweiht werden. Höhepunkt der Feierlichkeiten war die Aufführung des Theaterstücks «Colours», welches die Jugendlichen unter der fachkundigen Leitung eines Schauspielers/Theaterpädagogen – eines ehemaligen WJS-Schülers – selber entwickelt und einstudiert hatten.

Der neue Jahreskurs begann mit vollen Klassen. Erneut wird bis zur Berufsvorbereitungsphase nach den Frühjahrsferien eine reine Mädchenklasse geführt, die dadurch eine wesentlich beruhigte Berufswahlsituation erleben. Ihr Ausbildungsprogramm ist gleich wie das der Knaben, jedoch immer mit Anpassungen an frauenspezifische Aspekte.

Seit diesem Jahr wird konsequent die Bezeichnung Werkjahrschule (WJS) verwendet. So findet man auch im Internet die Homepage der Schule unter www.wjs.ch.

Berufswahlschule (BWS)

Auch dieses Jahr hat sich das Schulkonzept bewährt: fast alle Jugendlichen haben eine berufliche Lösung gefunden. Lärm- und Vibrationsemissionen bei der Strassensanierung Knoten Talegg/Tösstal machten es allen Beteiligten schwer, erfolgreich zu lehren und lernen. Der Haupteingang bleibt auch nach den Bauarbeiten aus Sicherheitsgründen geschlossen. Ein Planungskredit wird den Bau einer neuen Hintereingangshalle vorantreiben. Die Jubiläumsfeier «33 Jahre BWS» im Theater am Stadtgarten war ein grosser Erfolg. Durch die Einführung von Englisch als Pflichtfach musste die Stundentafel angepasst werden. Für das Erstellen des BWS-Netzes konnte die IDW als Partner gefunden werden. Leider ist der Glasfaseranschluss noch nicht realisiert. Im November erhielt die BWS die European Computer Driving Licence (ECDL). Das Eintrittsverfahren hat sich bewährt; besonders die Einstufungsarbeit für die Leistungsklasseneinteilung und die Eltern/SchülerInnen-Gespräche. Die schlechten Wirtschafts-Prognosen, die Abschaffung von zweijährigen Lehren, die «ungleichen Zeugnisnoten» der Oberstufe und die dadurch ausgelöste «Testitis» der Berufsverbände lassen die Schnupper- und Lehrstellensuche zu einem Härtestest werden.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule an der Berufs- und Fortbildungsschule

Im Schuljahr 2001/2002 wurde es nötig, auf Grund zahlreicher Austritte und Wegweisungen eine Klasse zu schliessen. Insgesamt wurden im 1. Semester 14, im 2. Semester 13 Klassen geführt. Das Schuljahr wurde durch spezielle Aktivitäten aufgelockert: 2 Projekttag Ende September; 1 Aktivtag vor Weihnachten, 1 Sporttag und gleichzeitig das Behindertenfest und eine Schulreise.

Neben disziplinarischen Problemen gab es auch manchen Erfolg zu verbuchen: Schüler/innen, die anspruchsvolle Aufnahmetests bestanden oder trotz eines zu kleinen Angebots oder anderer Hindernisse Lehrstellen fanden – oft nur dank des Einsatzes der Klassenlehrer/innen.

Kurse der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule für Erwachsene

Die drei Semester- und 58 Kurzurse in den Bereichen Nähen und Gestalten wurden von 706 modebewussten Teilnehmerinnen besucht. 1004 Frauen und Männer liessen sich in 84 Kochkursen nach den neuesten Erkenntnissen der Ernährungswissenschaften weiterbilden.

Integrationskurse (interkulturelle Pädagogik)

Der Vorintegrationskurs und die drei Integrationskurse starteten mit insgesamt 34 Jugendlichen. 16 stiessen im Laufe des 1. Semesters dazu, 3 traten vorzeitig aus. Im Juli waren es 47 Jugendliche, von denen fast alle eine Anschlusslösung gefunden hatten. Im Februar startete zudem für den Vorintegrationskurs das BIK-Pilotprojekt (Basisintegrationskurs) in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP). Neben des Theorieunterrichts an der BFS arbeiten die Jugendlichen in speziellen Lehrwerkstätten, wo sie betreut und ge-coacht werden.

Elternbildung

Kurse im Kleinkindbereich und der integrierten Elternbildung machen etwa die Hälfte des durchgeführten Angebots aus. Der direkte Kontakt zu jungen Familien konnte durch die engere Zusammenarbeit mit der Mütter- und Väterberatung noch verstärkt werden. Allgemein ist die Zahl der Teilnehmer/innen rückläufig. Am schwierigsten ist es nach wie vor, Väter anzusprechen. So müssen oft Kurse, die sich explizit an Väter/Männer richten, leider abgesagt werden. Da in diesem Jahr auf bekannte Referent/innen verzichtet wurde, wurde auch der Vortragszyklus eher schwach besucht. Dank des neuen Leistungsauftrages des Departementes Schule und Sport konnte das Angebot an Deutsch-Kursen für fremdsprachige Mütter in den Quartieren erweitert werden.

Metallarbeiterschule (msw)

Das vierte Lehrjahr der msw-winterthur endete am 12. Juli 2002. 49 (im Vorjahr 54) Auszubildende konnten die msw mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 5,1 (4,8) verlassen. Erstmals beendeten zwei Auszubildende als Informatiker und neun Auszubildende als Automatiker ihre Lehre mit einem ausgezeichneten Notendurchschnitt von 5,35 in Informatik und 4,91 in Automation. An der Schweizermeisterschaft der Automatikfachleute belegte der msw-Schüler Patrik Reichmuth den ersten Rang. Herr Reichmuth kann somit an der World Skills im Sommer 2003 die Schweiz vertreten.

Das neue Ausbildungsjahr begann am 19. August 2002 mit 54 Auszubildenden. Im Laufe des Jahres waren 4 Aus-tritte zu verzeichnen. Der neue Bestand der Auszubildenden sieht wie folgt aus: 78 (79) Polymechanikerinnen und



Untersuchungen des Baugrundes an der Zeughausstrasse



Über hundert Werkzeugmaschinen mussten noch vor den Sommerferien 2002 ins Bauprovisorium nach Oberwinterthur gezügelt werden.

Polymechaniker, 33 (33) Automatiker, 5 (4) Anlagen- und Apparatebauer, 70 (68) Elektronikerinnen und Elektroniker, 14 (12) Informatiker 2 Kaufleute und 3 Praktikanten. Die Zahl der Auszubildenden beträgt total 205 (202) Jugendliche. Im Jahre 2002 traten 28 (28) von 54 (57) Auszubildenden in die Berufsmittelschule ein, infolge ungenügender Leistung mussten 3 (3) Schüler die BMS verlassen.

Schule und Lehrwerkstätte

Für 850 000 Franken (Vorjahr 1 500 000 Franken) konnten neue Maschinen, Einrichtungen und EDV-Anlagen für die Berufsschule, Werkstatt und Administration angeschafft werden. Folgende Investitionsschwerpunkte wurden realisiert:

- Mechanik: Eine weitere CNC-Werkzeugmaschine als Ersatz für einen konventionellen Arbeitsplatz;
- Berufsschule: Regelmodelle und weitere Experimentiersysteme für die Ausbildungsvertiefung in der Prozessautomation;
- Elektronik: Prüfsystem für Elektronikboards.

Erwachsenenbildung an der msw-winterthur

Das Kursvolumen entwickelte sich wie folgt:

- Arbeitspraktiken total 480 (340) Tage mit 4 (3) Teilnehmern;
- IBZ-Kurse: 12 (6) Kurstage mit total 34 (15) Teilnehmern in den Fachgebieten Robotic, Automation;
- Fortbildung von Oberstufenlehrerinnen und Lehrer: 2 (4) Kurstage mit 12 (31) Teilnehmenden;
- SIG Kurs: 7 (7) Kurstage mit 18 (19) Teilnehmern.

msw-Veranstaltungen

Anlässlich der Tage der offenen Tür vom 13. April 2002 und 7. September 2002 wurden die Abteilung Mechanik, das Automation Center und die Berufsschule dem in grosser Zahl erschienenen Publikum und den Medien vorgestellt.

Ein Höhepunkt für den Berufsnachwuchs bildete in diesem Jahr die ausserordentlich gut gelungene Lehrabschlussfeier vom 4. Juli 2002. Die charmante Übergabe der Zeugnisse im Rahmen der Modeshow der Damenschneiderinnen der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur fand besonderen Anklang.

msw-Projekte

Das Projekt «Spitze» mit der Vorbereitung der Zertifizierung unter ISO 9001/2000 fand mit dem erfolgreichen Zertifizierungsaudit vom 18./19. März 2002 seinen erfolgreichen Abschluss. Als erste Schule der Schweiz wurde der Schulbetrieb und die Produktion in einem Zertifikat anerkannt.

Das Bauprojekt der msw-winterthur mit einem Investitionsvolumen von 17,2 Millionen Franken wurde am 2. Juni 2002 dem Winterthurer Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt. Mit 88% Ja Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 45% bewilligten die Winterthurerinnen und Winterthurer das ausgereifte Projekt. Dies zeigt eine Wertschätzung, die alle Mitarbeitenden der msw-winterthur mit grosser Freude zur Kenntnis nahmen.

Bereits vor und in den Sommerferien zügelten die ganze Berufsschule und die Mechanikwerkstätten mit über hundert Werkzeugmaschinen von der Zeughausstrasse 56 ins vorbereitete Provisorium nach Oberwinterthur. Somit steht dem Abbruch der baufälligen Shedhalle und der Realisierung des Neubaus nichts mehr im Wege.



Die ausgezeichneten Lehrabschlussresultate wurden gebührend gefeiert.

msw-Ertragslage

Im Jahr 2002 verstärkt sich die spürbare Rezession. Dies wirkte sich direkt auf die Beschäftigungslage in der Abteilung Mechanik und Elektronik aus. In der Abteilung Elektronik konnte der Umsatz und die Ertragslage dank einem starken ersten Semester trotzdem verbessert werden. Der Aussenumsatz betrug 1 940 000 Franken (1 800 000 Franken), ohne Berücksichtigung der Bestandsänderungen im Lager. Von diesem Umsatz entfielen auf den Bereich des Physikartikelverkaufes 730 000 Franken (770 000 Franken). Der Umsatz der Industrieaufträge beträgt 1 210 000 Franken (1 030 000 Franken). Der Ertrag beträgt 1 030 000 Franken (980 000).

Kindergarten / Volksschule

Beratungsstelle für Kindergartenlehrkräfte

Die Schwerpunkte der Beratungen konzentrierten sich vor allem auf Klassen, in welchen die Schere von rückständiger und antizipierter Entwicklung auseinanderklaffte. Bei den einzelnen Kindern äusserte sich dies in Verhaltensauffälligkeiten und sozialen Schwierigkeiten. Es mussten, teils zusammen mit Eltern, Fachpersonen und Schulpflegemitarbeitern, individuelle Lösungen, Unterstützungsmassnahmen und Stundenpläne gefunden werden. Unter Mithilfe erarbeiteten die Kindergärtnerinnen didaktische Förder- und Integrationsprogramme. Sie alle waren ausnahmslos bereit, die primär notwendige Bewusstseinsarbeit in Bezug auf die spezifischen Probleme der Kinder zu leisten. Einige waren zudem gewillt, trotz der herausfordernden Klassenzusammensetzung zusätzlich ein Kind mit besonderen Bedürfnissen zu integrieren. Nebst diesen Schwerpunkten wurden die Kindergärtnerinnen bei einmaligen Anforderungen unterstützt, wie beispielsweise bei der Durchführung eines Elternabends in Bezug auf die Folgen eines im Kindergarten verunfallten Kindes oder zum Thema Persönlichkeitsentwicklung.

Von den Beratungen in diesem Jahr machten 44 (Vorjahr 48) Kindergärtnerinnen Gebrauch. Betreut wurden 28 (36) Kindergärten mit 65 (64) Besuchen. Zu behandeln waren 58 (47) Einzelfälle und 7 (4) Klassenproblematiken.

Statistische Angaben zum Kindergarten

1857 Kinder (Vorjahr 1891) besuchten den Kindergarten. Eine relativ grosse Zunahme der Kinderzahlen war in Veltheim zu verzeichnen. Dort, sowie im Kreis Oberwinterthur, wurde je eine zusätzliche Abteilung mit einem reduzierten Pensum eröffnet. Im Kreis Seen wurde eine Abteilung mit einem reduzierten Pensum auf eine volle Lehrstelle aufgestockt und eine andere Abteilung (100%-Pensum) geschlossen, und im Kreis Altstadt wurde in einer Abteilung neu ein reduzierter Kindergartenbetrieb eingeführt. Von den insgesamt 6 Abteilungen, welche als reduzierte Pensum geführt werden, befinden sich je zwei in den Kreisen Oberwinterthur und Veltheim, sowie je eine in den Kreisen Altstadt und Seen. Von insgesamt 114 (113) Kindergartenabteilungen wurden 1 (7) als Regel-, 93 (87) als Blockzeiten-, und 20 (19) als Halbtageskindergärten angeboten. In den insgesamt 114 Abteilungen sind 105 (104) reguläre, 5 Sprachheil- und 4 Stufenkindergärten enthalten.

Statistische Angaben Volksschule

In der Volksschule lernten 8236 (Vorjahr 9098) Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis Mädchen – Knaben hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Es besuchten 4006 Mädchen (3945) und 4230 Knaben (4153) die Volksschule. Für die 436 (440) geplanten Klassen konnten bis zu den Herbstferien alle Lehrstellen besetzt werden. Da sich die Zahl der fremdsprachigen Kinder im Vergleich zum Vorjahr nicht stark veränderte, musste keine neue E-Klasse eröffnet werden.

Die Zunahme der Kinderzahlen in Sennhof machten die Errichtung einer zusätzlichen Lehrstelle notwendig. Neu werden in den Aussenwachen 15 Lehrstellen (14) geführt.

Fachvorsteherschaften

Informatik Oberstufe

Als erstes Ereignis des vergangenen Jahres sei der Wechsel des Fachvorstehers Hardware hervorgehoben. Nach 11 Jahren hat Franz Stocker, der bisherige Fachvorsteher, sein Amt abgegeben. Glücklicherweise konnte in David Bächli ein äusserst fähiger Nachfolger gefunden werden, der es verstanden hat, sich in kürzester Zeit in die komplexe Materie einzuarbeiten. Trotzdem sind die beiden amtierenden Fachvorsteher sehr froh darüber, dass sie weiterhin auf die riesige Erfahrung und die Mitarbeit des früheren Amtsinhabers zählen dürfen. An dieser Stelle sei Franz Stocker für seinen gewaltigen und unermüdlichen Einsatz im Bereich Schulinformatik herzlich danken. Ohne ihn wäre die Computerinfrastruktur an der Winterthurer Oberstufe sicher nicht auf dem jetzigen Niveau.

Im Weiteren konnte ein Web- und Mail-Server eingerichtet werden, auf dem die Schulhäuser im Rahmen eines Versuches unentgeltlich ihre Internetauftritte gestalten können.

Die Oberstufenschulen sind in das Projekt «Schulen ans Netz» aufgenommen worden. Sie können jetzt – vor derhand gratis – über ADSL auf das Internet zugreifen, wodurch die Gebühren für den bisherigen Kabelanschluss entfallen. Nur in einem Schulhaus konnte dieser Wechsel aus technischen Gründen nicht vollzogen werden.

Unerfreulichstes Ereignis war ein Vandalenakt im Informatikraum eines Oberstufenschulhauses, bei welchem sämtliche iMacs zu Boden gestürzt wurden. Einige Geräte konnten repariert, andere mussten ersetzt werden.

Endlich ist die seit langem angekündigte, aber immer wieder herausgezögerte Begleitsoftware zum Französischlehrmittel «envol 7» sowie eine neue Lernsoftware zum Deutschlehrmittel «Welt der Wörter» erschienen.

Informatik Primarschule

Schüler-Computer

Dank der preisbewussten Aufrüstung der ZKB-Computer blieb ein ansehnlicher Betrag für die Lernsoftware-Beschaffung übrig. Diese erfolgte in zwei Tranchen: Drei Basis-Pakete vor allem für Sprache und Mathematik wurden an alle Schulhäuser ausgeliefert. Zu diesen Programmen konnte auf Wunsch eine kleine Einführung angefordert werden. Zudem erhielt jedes Schulhaus die benötigte envol-Software fürs Französisch. In einem zweiten Schritt erhielt jedes Schulhaus einen Kredit zugeteilt, mit dem weitere evaluierte Programme und darüber hinaus in freier Wahl Lern-Software beschafft werden konnte.

Nach der neusten Umfrage werden die ZKB-Computer durchschnittlich nur gerade fünf Mal im Monat genutzt. Dies mag unter anderen folgende Gründe haben: Jede seriös arbeitende Lehrkraft setzt sich zuerst selber mit neuen Lernmaterialien auseinander, bevor sie die Kinder damit konfrontiert. Zur gleichen Zeit, wie jetzt der Computer Einzug in der Primarschule gehalten hat, musste auf der Unterstufe ein neues Sprachlehrmittel, auf der Mittelstufe ein neues Französischlehrmittel und in der ganzen Primarschule ein neues Mathematiklehrmittel «verdaut» werden. Viele organisatorische Neuerungen und die Tatsache, dass nur zwei Maschinen für 24 Kinder ein nicht zu unterschätzendes organisatorisches Problem darstellen, mögen erklären, warum der Computer im Klassenzimmer nur langsam Einzug gehalten hat.

Lehrer-Computer

Leider konnte der dringende Ersatz der über siebenjährigen Lehrercomputer, die zur Unterrichtsvorbereitung

und zur Erledigung administrativer Aufgaben dienen, dieses Jahr noch nicht vorgenommen werden.

Projekt: Einführung der Informatik in der Primarschule

Im August nahm Kim Baumann seine Arbeit als Projektleiter auf. Nach einer kurzen Einarbeitungsphase erfolgte im Oktober eine Umfrage bei den Lehrkräften, die bemerkenswerte Ergebnisse liefert: Der Bestand an Informatikmitteln in Winterthurer Primarschul-Zimmern ist mit 900 Computern erstaunlich gross, weil viele interessierte Lehrkräfte die offiziellen Bestände aus eigener Initiative und mit privater Finanzierung aufstockten. Über 90% der Lehrkräfte benützen für schulische Zwecke einen Computer. Die Zufriedenheit mit der vorhandenen Lernsoftware ist gross, trotzdem wünschen zwei Drittel der Lehrkräfte eine spezifische Weiterbildung zum Einsatz von Computern und Lernsoftware. Für die Zukunft wünschen sie sich eine Ausrüstung mit einigen fest installierten Computern im Klassenzimmer, die durch Laptops aus einem schulhauseigenen Pool ergänzt werden kann.

Durch die Bildung eines Projektteams und einer Begleitgruppe aus interessierten Fachleuten konnte das Projekt breit abgestützt werden. Eine Arbeitsgruppe, die sich mit pädagogischen Grundsatzfragen rund um die Schulinformatik auseinandersetzt und daraus die technischen Anforderungen ableitet, hat ihre Arbeit im Dezember aufgenommen.

Video/TV/Tonband/Dia/Projektion

Im Jahr 2002 wurde der Video-TV-Gerätepark erneut nicht wesentlich erweitert, allerdings mussten vermehrt altersschwache Fernseh- und Videoapparate ersetzt werden. Eigentlich sollten in einer erhöhten Kadenz die Videogeräte durch DVD-Geräte abgelöst und vermehrt Kleinbeamer anstelle von Fernsehapparaten beschafft werden, zumal viele der in den Schulhäusern stehenden Apparate zwischen 15 und 20 Jahre alt sind. Die spärlich vorhandenen Mittel zwingen jedoch zur Geduld und werden auch in naher Zukunft kaum eine schnellere Gangart erlauben.

Im laufenden Jahr konnte die Umrüstung in den Turnhallen auf CD-Abspielgeräte abgeschlossen werden. Es ist sichergestellt, dass in den Klassenzimmern gemäss Ausrüstungsstandards der städtischen Schulen genügend Tongeräte zur Verfügung stehen. Auf die neue Amtsperiode hin wurde das Inventar aller Tongeräte der städtischen Schulen Winterthur aktualisiert oder neu erstellt. Im Moment werden rund 1000 Geräte gewartet. Den Winterthurer Lehrkräften steht ein Archiv mit 3000 Tonträgern im Ausleih zur Verfügung.

Sämtliche Geräte im Bereich Projektion wurden per Ende November 2002 neu inventarisiert. Jährlich müssen

weiterhin etwa 60 Hellraumprojektoren der ältesten Generation (20 Jahre alt) dringend ersetzt werden.

Durch die Integration der SAFU in die Headfilm AG werden in Zukunft erheblich höhere Kosten (Verleihgebühren) anfallen.

Holzbearbeitung

Die Holzwerkstätten gehören zu jenen Spezialräumen, die insbesondere in den Oberstufenschulhäusern der Stadt Winterthur intensiv genutzt werden. Die Schüler der zweiten Oberstufe haben die Wahl zwischen «textil» und «nicht textil», Letzteres beinhaltet die Bearbeitung und Verarbeitung von Holz.

Im Zusammenhang mit neuen Materialien werden farbige MDF-Platten immer beliebter. Nachdem im vorausgehenden Jahr Schulhäuser mit neuen Akkubohrern und Oberfräsen ausgerüstet worden sind, stand in diesem Jahr der Ersatz von etlichen Werkzeugen und Maschinen an. Sowohl die Lehrerschaft wie auch die Werkzeugwarte sind bemüht, aus den vorhandenen Beständen das Beste zu machen. Mit viel Geduld werden die teilweise altersschwachen Werkzeuge nach Möglichkeit repariert.

Schulsport

Im vertieften Schwimmunterricht der 3. Primarklassen konnten 973 Abzeichen (Vorjahr 1063) der verschiedenen schweizerischen Schwimmtests abgegeben werden.

Die drei OL-Klubs der Region Winterthur haben für alle Schulhäuser auch in diesem Sommerhalbjahr wieder fixe Postennetze in verschiedenen Wäldern unterhalten. Im Rahmen des SCOOL-Projektes wurden in Zusammenarbeit mit den OL-Klubs für 17 Schulanlagen spezielle Schulhaus-OL-Karten erstellt und auf einer CD gespeichert.

Das Interesse am Eislauksport ist dank der neuen Eissporthalle mit zwei Aussenfeldern enorm gestiegen. Nebst den freiwilligen Schulsportkursen Eislaufen und Eishockey ist auch der Klasseneislauf (betreute Lektion mit Eislauftrainerin) sehr begehrt. Für den Winter 2002/2003 haben sich 107 Klassen (Vorjahr 80) für 261 Lektionen (202) angemeldet.

Bei den städtischen Spielturnieren wird die Suche nach genügend Schiedsrichtern von Jahr zu Jahr schwieriger. Im Basketball waren zu wenig Spielleiter vorhanden, und so mussten die Spiele für zwei Kategorien gestrichen werden. Das beliebteste Turnier ist nach wie vor das «Schüeli» (Fussballturnier) mit 115 Teams (Vorjahr 114); weitere Turniere wurden in den Sportarten Basketball mit 44 (42), Volleyball mit 37 (27) und Handball mit 34 (24) Mannschaften durchgeführt.

Musische Bildung

Blockflötenunterricht

An der Fachkonferenz im März stellten vier Blockflötenlehrerinnen neue Lehrmittel vor und berichteten von ihren Erfahrungen damit. Es wurde über die Auflösung der Musikkommission und die Übertragung der Aufsicht auf die Schulpflegen informiert.

Die verschiedenen Blockzeitenmodelle, die zur Zeit ausprobiert werden, erschweren die Organisation des Unterrichtes wesentlich. Wichtig ist, dass der Blockflötenunterricht in der 2. und 3. Klasse weiterhin am Morgen erteilt werden kann. Wenn er sinnvoll in den Stundenplan integriert wird, ist er bei den Schülerinnen und Schülern nach wie vor beliebt. Dies zeigen die untenstehenden Zahlen.

Mit der Überarbeitung des Reglements aus dem Jahre 1990 muss zugewartet werden, bis u.a. Vorsteherschaft und Blockzeiten definitiv geregelt sind.

Schuljahr	1. Spieljahr		2. Spieljahr		3. Spieljahr		4./5. Spieljahr		Total	
	Kurse	Kinder	Kurse	Kinder	Kurse	Kinder	Kurse	Kinder	Kurse	Kinder
01/02	76	490	56	321	20	100	11	43	163	954
02/03	78	490	56	309	22	107	12	54	168	960

Instrumentenvorstellungen

Im Frühling konnten wiederum alle dritten Primarklassen an einer Instrumentenvorstellung teilnehmen. Insgesamt wurden 40 solcher Präsentationen durchgeführt, zwei davon an der Michaelsschule. Wie in den vergangenen Jahren lag die Leitung der Instrumentenvorstellungen bei Herrn Felix Reolon. Es wirkte sich sehr positiv aus, dass diesmal mehr Hilfskräfte zur Verfügung standen, welche den Kindern die einzelnen Instrumente vorstellten und ihnen beim Ausprobieren derselben halfen konnten. Die Lektionen immer wieder neu gestaltet und auch Trendinstrumente vorgeführt. In diesem Jahr war es das Digeridoo.

Schulhauskonzerte

Im Juni 2002 stellte Stefan Johannes Bleicher, der neue Stadtorganist, zusammen mit André Bernhard die beiden Orgeln der Stadtkirche Winterthur vor. 240 Klassen besuchten die Orgelvorfürungen in 67 Lektionen. Besonders erfolgreich war der Teil, in dem die Kinder und Jugendlichen selber Orgel spielen durften. Das Schlusskonzert fand mit der Jungen Kammerphilharmonie unter Steve Britt statt und war erfolgreich: das junge Publikum war aufmerksam und zahlreich.

Im Dezember wurde die neue Konzertreihe «Wunderbares mit der Stimme» begonnen.

In diesen Darbietungen stellt die Sängerin Brigitte Schär den Mittel- und Oberstufenschülern und -schülerinnen ihre Kunst vor. Unter der Moderation von André Bernhard wird Brigitte Schär 66 Konzerte geben. Ein Teil der Veranstaltungen und das Schlusskonzert werden erst im Jahre 2003 stattfinden.

Stadtjugendmusik Winterthur

Ein glanzvolles Frühlingskonzert im Theater am Stadtgarten war der Auftakt zu vielen weiteren Höhepunkten im Berichtsjahr. Das Musikfest in Uesslingen, vor allem aber das kantonale Musikfest in Dietikon war für das Blasmusik- und Tambourenkorps ein voller Erfolg. Die Durchführung der Ostschweizerischen Jugendwettspiele auf dem Areal Teuchelweiher Ende September bedeutete für die Stadtjugendmusik eine besondere Herausforderung. Viel Lob von Wettspielern und Besuchern entschädigte für den immensen Arbeitsaufwand. Der Stadt Winterthur sei an dieser Stelle ganz herzlich für die grosszügige Unterstützung anlässlich der Wettspiele gedankt. Das restliche Jahresprogramm war mit verschiedenen Konzerten des Blasmusik- und des Tambourenkorps ausgefüllt und erfreute Jung und Alt. Den Jahresabschluss bildeten die Auftritte der Weihnachtsbläser.

Jugendmusikschule

Im Instrumentalunterricht sind die Schülerzahlen in der Regel leicht sinkend. Eine Ausnahme bilden E-Gitarre, Schlagzeug und Keyboard. Die Musikalische Grundschule ist in den meisten Stadtkreisen Bestandteil des Blockzeiten-Unterrichtes geworden. Dadurch sind die Schülerzahlen weiterhin gestiegen. Wülflingen und Seen beabsichtigen, ab Sommer 2003 Blockzeiten einzuführen, in denen die musikalische Grundschule ebenfalls integriert ist. Am diesjährigen Orchesterlager in der Musikschulakademie Schloss Kapfenburg bei Ulm nahmen 43 Kinder und Jugendliche von 8 bis 15 Jahren teil. Zum Abschluss des Lagers gab es für die Eltern ein Konzert im alten Stadthausaal in Winterthur. Für die Petition «Ohren auf» welche einen erweiterten Musikunterricht an der Volksschule wünscht, wurden im ganzen Kanton etwa 40 000 Unterschriften gesammelt. Das Departement Schule und Sport hat aus Spargründen den Auftrag erteilt, Modelle für den instrumentalen Gruppenunterricht auszuarbeiten. Mit mehreren Pilotprojekten wurden in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

Winterthurer Theaterfrühling

Das Erzählen spielte eine grosse Rolle im letzten Theaterfrühling. Kinder lieben Geschichten – vor allem, wenn sie ihnen erzählt werden. Im Zusammenspiel mit der eigenen Fantasie entstehen wunderbare Bilder und unvergessliche Eindrücke. Rund 6500 Kinder folgten in 76 Vorstellungen dem Geschehen und liessen sich inspirieren – zum Fabulieren, Spintisieren und selber Theater spielen. Theater kann Fantasien wecken, Mut machen und eine starken Gegenpol setzen zum erlebten Alltag. Erzählt und gezeigt wurden im Kindergarten Geschichten aus dem Filzfeld, von Zwergen in den Bergen und vom Donnerwetter. Die Unterstufe erfuhr Lenchens Geheimnis, schlotterte im Sauwetterwind und feierte Geburtstag mit dem siebzehnjährigen Schneewittchen. Die Kinder der Mittelstufe wurden konfrontiert mit Vampiren, Herrn von Knigge, Cyrano de Bergerac und Papa Tom. Elf verschiedene Theaterstücke vermittelten diese Eindrücke und wurden im Theater am Gleis, im Theater im Waaghaus, im Theater Kanton Zürich und in der Alten Kaserne gezeigt. Die Theaterschaffenden aus dem In- und Ausland spielen sehr gerne im Winterthurer Theaterfrühling. Sie schätzen die professionellen Auftrittsbedingungen in richtigen Theaterräumen und äussern sich begeistert über das disziplinierte und theatergewohnte junge Publikum.

Konvente der Lehrkräfte

Kindergartenkonvent

Im Rahmen der Schulbehördenreorganisation und gemäss neuem Organisationsreglement wird der Stufenkonvent des Kindergartens – heute noch als Kapitelversammlung durchgeführt – künftig in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden müssen. Eine wichtige Aufgabe für den Kindergartenkonvent in diesem Schuljahr besteht darin, ein neues Reglement auszuarbeiten.

Neu wird ab dem laufenden Schuljahr anstelle von logopädischen Reihenuntersuchungen ein Abklärungsbogen für die betroffenen Kinder eingeführt. Nicht alle Kindergärtnerinnen stehen diesem Vorschlag positiv gegenüber, weil eine Einbusse an Effizienz befürchtet wird. Mit Befremdung wurde die Kürzung der Besuche seitens der Kreisschulpflege-Mitglieder zur Kenntnis genommen. An den vier Kapitelversammlungen im vergangenen Jahr wurden Versicherungsfragen sowie das vermehrte Auftreten von Karies im Kindergarten thematisiert. Stadträtin Pearl Pederngna stellte sich an einem Gesamtkapitel den Fragen der Kindergärtnerinnen zu aktuellen Anliegen. Zudem wurde das QUIMS-Projekt in Töss vorgestellt. «Hirnjogging» für das persönliche Wohlbefinden war ein weiteres Fortbildungsangebot in diesem Jahr. Die Zukunft des Kindergartens, die eventuellen Reformen und die Kantonalisierung werden in nächster Zeit wichtige Anliegen im Stufenkonvent sein.

Volksschulkonvent (VSK)

Die Arbeit des VSK war grösstenteils durch die Reorganisation der Schulbehörden und das Ende der Amtsperiode bestimmt. Nachdem sich schon die Oberstufenlehrkräfte zu einem einzigen Konvent zusammenschlossen haben, gibt es fortan auch anstelle des Unterstufen- und des Mittelstufenkonvents nur noch einen Primarschulkonvent. Laut Geschäftsordnung der Schulbehörden gehören die Kindergartenlehrkräfte und das Personal der städtisch-schulischen Betreuungseinrichtungen

nun ebenfalls zum VSK. Im Juni trat die neu geschaffene Delegiertenversammlung (DV) zum ersten Mal zusammen, um den Vorstand zu wählen und die Wahlvorschläge für die Vertretungen in der ZSP und die Fachvorsteherschaften zu bestätigen. Der erweiterte Vorstand trat zu vier Sitzungen zusammen. Die Ausarbeitung der Geschäftsreglements nahm viel Zeit in Anspruch. Der VSK arbeitete einen Antrag betreffend Teuerungsausgleich bei den Krediten für Schulreisen, Lager und Exkursionen aus. Die Beträge sind seit 1997 unverändert. Erfreulicherweise konnten die meisten Fachvorsteherschaften und die Vorstände der verschiedenen Konvente besetzt werden. Es zeigt sich aber immer wieder, dass arbeitsintensive Ämter trotz Entschädigung schwer zu besetzen sind, da die Lehrerschaft schon mit dem täglichen Schulgeschehen ausgelastet ist. Die DV des VSK unterstützte denn auch einen Antrag des Kreiskonvents Oberwinterthur, der sich mit der hohen Fluktuation und der Belastung der Lehrkräfte befasst.

Handarbeit

Der Konvent der Handarbeitslehrerinnen der Stadt Winterthur trat im vergangenen Jahr zu vier Sitzungen zusammen. Im Frühling reichte der Stadtkonvent dem Schulrat einen Kreditantrag für eine Grundausstattung der 2. Oberstufe Handarbeit ein. Dabei handelt es sich um die Anschaffung einer Klassenkiste, in welcher je ein Klassensatz Bleistifte, Gummis, Stecknadeln und Nähadeln enthalten ist. Der Kredit wurde auf das Schuljahr 2003/2004 gutgeheissen.

Anstelle eines Gesamtstadtkonvents fand im Herbst die erste Delegiertenversammlung statt, welche grossen Anklang fand. Zur Freude des erweiterten Vorstandes konnte das vakante Amt der Aktuarin an der Delegiertenversammlung wieder neu besetzt werden. Ausserdem zeigten sich die Delegierten an Computern im Handarbeitszimmer sehr interessiert. Es wurde jedoch festgehalten, dass die Geräte mit DVD ausgestattet sein müssten, damit handarbeitsspezifische Unterrichtsprogramme wie der «DVD-Stricklehrgang» eingesetzt werden könnten.

Sportamt*

Mit einer Bevölkerungsbefragung hat das Sportamt versucht, mehr über die Sportentwicklung, das Sportengagement und die Sportbedürfnisse sowie über die Zufriedenheit mit den bestehenden Sportangeboten und der Infrastruktur zu erfahren.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Die Winterthurer Bevölkerung ist mit dem Sportangebot in ihrer Stadt ganz besonders zufrieden (d.h. noch zufriedener als im Kanton und in der Stadt Zürich).
- Winterthur hat bezüglich Sport eine wichtige Zentrumsfunktion. Während die Bevölkerung in kleineren Gemeinden auch häufig Sportanlagen ausserhalb der Wohngemeinde nutzt, treiben die WinterthurerInnen vor allem in Winterthur Sport.
- Winterthur ist DIE Velo-Stadt.

Das Sportamt erhält gute Noten; ganz besonders gute Noten erhält der Sportpass.

Im Vergleich mit der Stadt Zürich und dem Kanton zeigen sich aber auch einige überaus interessante Ergebnisse:

- In Winterthur ist die Sportaktivität etwas tiefer als in der Stadt Zürich und vor allem im restlichen Kanton. Insbesondere in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen gibt es in Winterthur überraschend viele Inaktive.
- Die Winterthurerinnen und Winterthurer sind auch weniger häufig Mitglied in einem Sportverein. Auch die Motivation an Wettkämpfen teilzunehmen, ist in Winterthur geringer. Dafür gibt es unter den 14- bis 29-Jährigen überdurchschnittlich viele Personen, die Mitglied in einem Fitnesscenter sind (über 25%).
- Über die ganze Bevölkerung gesehen treiben Frauen heute genau gleich häufig Sport wie Männer. Einzig in der Stadt Winterthur gibt es noch einen geschlechtsspezifischen Unterschied. Hier scheinen Männer insgesamt immer noch etwas aktiver als Frauen zu sein.

Die Ergebnisse dieser Befragung dienen als Grundlage zur Erstellung eines ganzheitlichen Sportförderungsleitbildes für die Stadt Winterthur.

Sportanlagen

Infrastruktur

Im Mittelpunkt stand der Bau der Eishalle mit der dazugehörigen Sanierung der Leichtathletikanlagen. Dank dem grossartigen Einsatz aller Beteiligten konnte dieses ehrgeizige Projekt wie geplant am 29. November eröffnet werden. Wetterbedingt mussten einige Abschlussarbeiten an der Leichtathletikanlage auf den Frühling 2003 verschoben werden. Als weitere Veränderungen sind zu erwähnen:

- Im Herbst wurden im Freibad Geiselweid die baufälligen, nicht mehr brauchbaren und nicht mehr sanierungsfähigen Gebäudetrakte «Affenfelsen» und die alten Garderoben rückgebaut.
- Anfangs November wurde im Freibad Töss mit den Arbeiten für die Sanierung der Becken und der Zuleitungen begonnen.
- Am 7. Juli wurde der neue Spielplatz auf dem Reitplatz Töss eröffnet. Daneben wurde auch eine Beachvolleyballanlage mit zwei Spielfeldern erstellt. Damit wird dieser beliebte Freizeittreffpunkt noch attraktiver.

- Der Block 37 ist Ende März ins Tempodrom umgezogen. Durch diesen Zusammenschluss entstand europaweit ein einmaliges Angebot. Bis weit über die Landesgrenze hinaus ist diese Kombination Go-Cart-Bahn und Trendsportanlage einzigartig.

Nutzung

198 000 Personen vergnügten sich diesen Sommer in den städtischen Freibädern. Im heissen Juni wurden in allen Bädern absolute Rekordfrequenzen erreicht. Im Juli und August hingegen sanken die Eintritte wetterbedingt deutlich. Insgesamt liegen die Anzahl Eintritte rund 15% tiefer als letztes Jahr.

Das Hallenbad Geiselweid konnte die hohe Besucherzahl vom letzten Jahr nochmals auf über 287 000 Eintritte steigern. Das Hallen- und Freibad bleibt damit das bestfrequentierte Bad der Schweiz.

Das Echo zur neuen Eishalle Deutweg ist positiv – auch seitens der beiden Hauptnutzer, Eishockey-Club (EHC) und Winterthurer Schlittschuh-Club (WSC). Der Andrang liegt deutlich über den Erwartungen. Durchschnittlich drehen zwischen 800 und 1000 Personen pro Tag ihre Kurven auf dem Eis, an Spitzentagen sind es bis 3000.

Die Vereinsbelegungen am Abend in den Turnhallen im Kreis Seen und Wülflingen wurden auf Dreier-Rhythmus umgestellt. Zusätzlich wurde das Angebot an Turnhallen mit dem Neubau der Turnhalle im Schulhaus Dättnau erweitert. Die Auslastung der Hallen konnte so weiter optimiert werden.

Die Verteilung der Grossraumhalleneinheiten erfolgte durch den Dachverband Winterthurer Sport (DWS) und das Sportamt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Vereinen. Diese Hallen sind zu 100% ausgelastet.

Sportförderung

Eishalle

Im Mittelpunkt stand auch hier die Eröffnung der neuen Eishalle: Am 29. November wurde die Eishalle mit einer grossen Eröffnungsshow eingeweiht. Vor ausverkauftem Haus sind verschiedene Eiskünstler aufgetreten und haben zum guten Gelingen der Einweihungsparty für die Eishalle Deutweg beigetragen. Zweiter Teil des Eröffnungsweekends war der Tag der offenen Tür «Free on Ice» am Samstag, 30. November.

Seit der Eröffnung hält der «Run» auf die neue Eishalle weiterhin unvermindert an. Das Betriebs- und Kassapersonal ist ausserordentlich gefordert und leistet beacht-



Eishalle Deutweg

* Das Sportamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Plauschmatch bei der Eröffnung der Eishalle Deutweg

lichen Sonderaufwand. Die Erfahrungen der ersten Eishallensaison werden im Frühjahr 2003 analysiert und ausgewertet. Sie sind wichtige Anhaltspunkte für die künftige Betriebsführung und den Personalbedarfs.

Mit der Inbetriebnahme der Eishalle erfolgt auch ein Systemwechsel in der Subventionspolitik. In einem Pilotversuch sollen nicht mehr der Betrieb der Anlagen subventioniert werden, sondern die Winterthurer Sportlerinnen und Sportler bzw. deren Organisationen. Mit dem Wechsel von der Betriebskostensubventionierung hin zur Vereinssubventionierung wird Transparenz geschaffen. Gleichzeitig erhalten Exekutive und Legislative politische Steuerungsmittel, mit welchen gezielter Leistungen der Sportvereine gefördert und unterstützt werden können.

Projekte

- Die Homepage des Sportamtes wurde einem «Relaunch» unterzogen. Das Sportportal wurde inhaltlich gestrafft und das Hauptaugenmerk auf die populärsten Seiten gelegt. Grafisch wurde sie dem Gesamtauftritt des Sportamtes angepasst.

- Über 50 Expertinnen und Experten aus der ganzen Schweiz trafen sich im Mai an der Frühjahrstagung des Netzwerks Gesundheit und Bewegung Schweiz HEPA in der Alten Kaserne in Winterthur.
- Im Auftrag der ZHW organisiert das Sportamt bereits im dritten Jahr ein attraktives und offenes Sportangebot für Studierende, Dozierende und Angestellte der ZHW. Das Angebot besteht aus individuellen und geleiteten Trainings, Kursen, Turnieren und Events.
- Die beliebte Inlinetour «Mondaynightskate» rollt seit diesem Jahr auch in Winterthur. Der Erfolg ist gross: zwischen 700 und 1200 Skaterinnen und Skater rollten durch die Eulachstadt. Das Gruppenerlebnis auf acht Rollen wird auch nächstes Jahr weitergeführt.
- Im Quartier Töss ist das Projekt Midnight Basketball in Winterthur lanciert worden. Seit September sind die Turnhallen des Schulhauses Rosenau jeweils am Samstagabend zwischen 22 und 24 Uhr offen und laden die Quartierjugend zu Basketball und aktueller Musik ein.
- Gelungene Animationstage: Insgesamt über 100 Personen schnupperten an den Fitness ab 50 Animationstagen im Geiselweid. Unter fachkundiger Leitung konnten Frauen und Männer über 50 die Sportarten Aqua Gym, Inline-Skating, Tai Chi, Yoga, Walking und Nordic Walking ausprobieren.
- Erfolgreiches viertes Winterthurer Sportlager in Tenero: 80 Mädchen und Knaben zwischen 12 und 15 Jahren und eine Gruppe körperlich und geistig benachteiligter Kinder waren mit dabei. Diese wurden erfreulich kameradschaftlich in das Lagerleben integriert.
- Verzicht auf die Sportarena 2002: In den letzten zwei Jahren hatten Winterthurer Sportvereine an der Winterthurer Messe jeweils die Gelegenheit, sich und ihre Sportart dem Publikum näher zu bringen. 2002 war dem leider nicht so: Die Sportarena entfiel, weil man keine geeignete (Lärm-)Lösung finden konnte.
- 75 Vereine erhielten im Dezember Jugendsportförderungsbeiträge für gezielte Nachwuchsförderung in den Sportvereinen.

Departement Soziales

Aus der Sicht des Departementes Soziales war das Jahr 2002 einerseits vom Wechsel an der Spitze geprägt – andererseits von der sich verschlechternden städtischen Finanzlage.

Die Stabsübergabe von Ernst Wohlwend an Maja Ingold verlief wie erwartet problemlos. Die neue Vorsterherin konnte ein Departement übernehmen, das sich in guter Verfassung befindet. Davon konnte sie sich beispielsweise bei der Erarbeitung der Legislaturziele überzeugen. Zusammen mit den Kader- und Fachpersonen aus den drei Bereichen Alter und Pflege, Vormundschaftsamt und Sozialamt erarbeitete sie die Vorgaben und Leitplanken, wie und in welche Richtung sich das Departement Soziales während der folgenden vier Jahre entwickeln soll. Dabei konnte sie feststellen, wie viel Fachkompetenz und Erfahrung in den verschiedenen Abteilungen vorhanden sind und mit wie viel Engagement und Innovationskraft die Mitarbeitenden ihre täglichen Aufgaben verrichten.

Zu den ersten wichtigen Herausforderungen von Maja Ingold gehörte die Umsetzung der neuen Lohnordnung Berewi. Diese sieht bei den Betreuungs- und Pflegeberufen eine Einstufung in höhere Lohnklassen vor, wobei bei der Überführung die bisherige Berufserfahrung nicht oder nur teilweise berücksichtigt werden konnte. Die Erarbeitung des Budgets für das kommende Jahr wurde geprägt von der sich verschlechternden finanziellen Situation, in der sich die Stadtverwaltung befindet. In den verschiedenen Sparrunden hatten alle Institutionen ihren Beitrag leisten und zum Teil empfindliche Einbussen hinnehmen müssen – beispielsweise beim Verzicht auf geplante Stellen und bei der Zurückstellung von geplanten Investitionen oder Projekten. Ferner mussten alle Mitarbeitenden auf einen Stufenanstieg und auf allfällige Beförderungen für das kommende Jahr verzichten.

Auf ein beträchtliches öffentliches Interesse stiess im vergangenen Jahr der Abschluss der Bauarbeiten am Alterszentrum Neumarkt mitten im Winterthurer Stadtzentrum. Rund sieben Jahre, nachdem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 32,5 Millionen Franken für den Neu- und den Umbau bewilligten hatten, konnte ein neues Kapitel in der langen Geschichte des nun modernsten Winterthurer Altersheims aufgeschlagen werden. Im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten ist es zu einem Leitungswechsel gekommen. Die neue Leitung führt die begonnene Organisationsentwicklung des Betriebes weiter und tut alles dafür, dass die Wohn- und die Lebensqualität im grössten Winterthurer Heim für Langzeitpflege stetig verbessert werden kann. Schliesslich wurde die Reorganisation des Bereiches Alter und Pflege mit der Besetzung der verschiedenen Fachstellen abgeschlossen. Dem Bereichsleiter steht nun ein Kompetenzzentrum zur Seite, das für die Führung des personalintensivsten Bereiches der Stadtverwaltung notwendig ist.

Im Vormundschaftsamt musste im vergangenen Jahr einmal mehr festgestellt werden, dass die Dossiers inhaltlich komplexer und umfangreicher geworden sind. Den Betroffenen ist nach wie vor ein direktes Anhörungsrecht durch ein Mitglied der Vormundschaftsbehörde (VB) zu gewähren, die sich aus Mitgliedern des Stadtrates zusammensetzt. Eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Vielzahl an aufwändigen vormundschaftlichen Geschäften ist der VB kaum mehr möglich. Unter fachlichem Gesichtspunkt und zur Vermeidung allfälliger Interessenkollisionen zwischen dem politischen Amt eines

Stadtratsmitglieds und den justizähnlichen Vollzugsfunktionen der VB soll in Zukunft eine klarere Trennung erreicht werden. Aus diesem Grund wurde eine Neuorganisation der Vormundschaftsbehörde initiiert. Geplant ist, dass in Zukunft eine selbstständige und unabhängige Kommission im Nebenamt jene Aufgaben wahrnimmt, für die heute die Stadtratsmitglieder verantwortlich zeichnen.

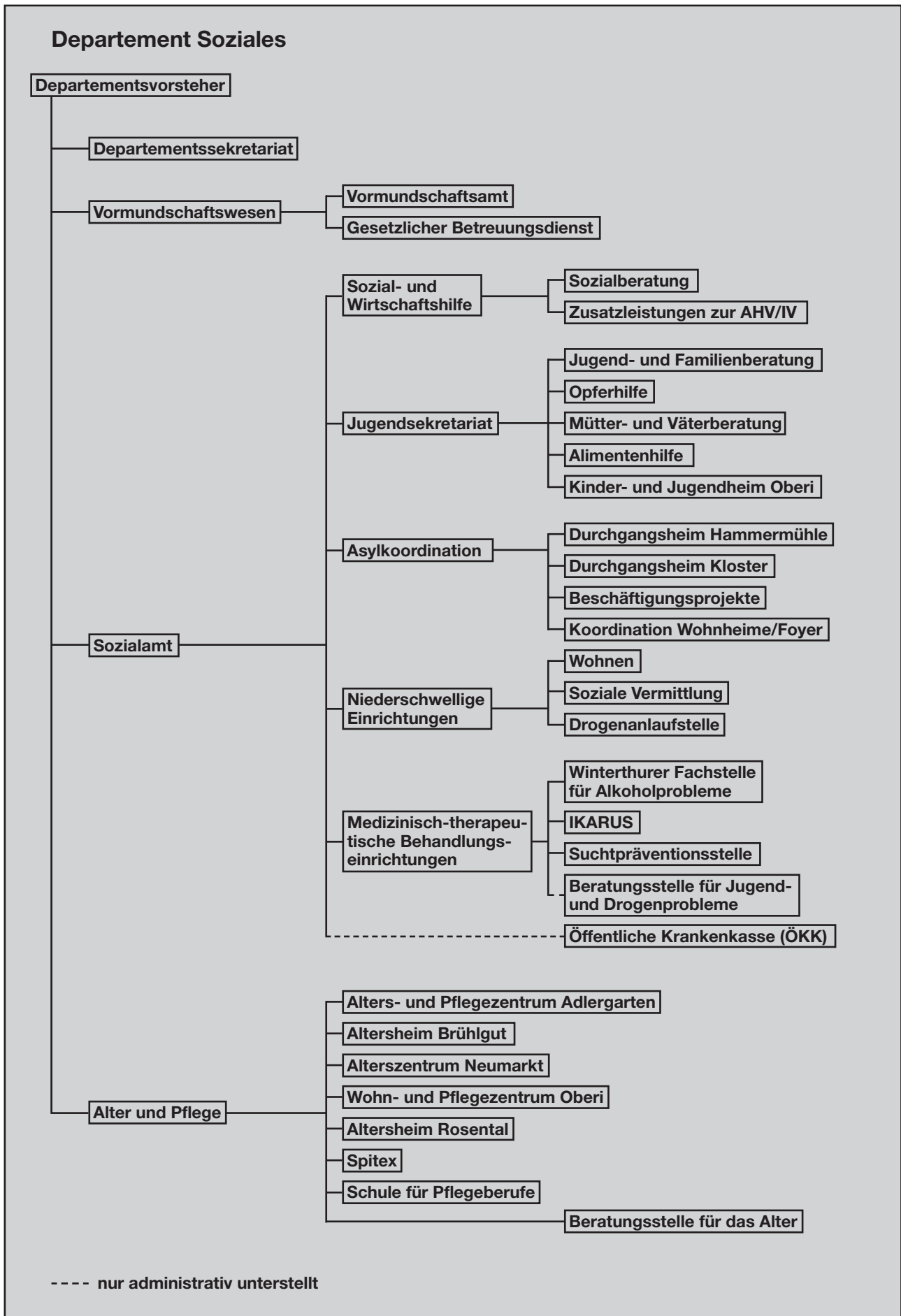
Im Gesetzlichen Betreuungsdienst sind die personellen Ressourcen nach wie vor knapp, die Dossiers oft sehr umfassend und die Zahl der Hilfsbedürftigkeit im gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld zunehmend. Was auffällt und betroffen macht, ist die Zunahme an Massnahmen im Kinderschutz. Um die beschränkten Ressourcen möglichst effektiv und gezielt einzusetzen, wurde im GBD ein Schritt zu Spezialisierung vollzogen. Für komplexe rechtliche Problemstellungen (Besuchsrechtsregelungen, Vaterschaft, Prozessvertretung, Erbschaftsangelegenheiten) werden seit dem vergangenen Jahr fast ausschliesslich Juristinnen und Juristen als Mandatsverantwortliche eingesetzt. Weitere Spezialisierungen bzw. Bildung von fachlichen Schwerpunkten werden geprüft.

Zu einem beträchtlichen Mehraufwand kam es auch in verschiedenen Institutionen des Sozialamtes. Insbesondere die Sozial- und Wirtschaftshilfe bekam die sich verschlechternde Wirtschaftslage zu spüren. So musste zum Beispiel in der Sozialberatung bei den Fällen mit wirtschaftlicher Hilfe eine Zunahme um 11,5 Prozent verzeichnet werden. In den Jahren zuvor war es jeweils zu Zunahmen von drei bis fünf Prozentpunkten gekommen. Die Gründe für diese Entwicklung sind unter anderem in der angespannten Arbeitsmarktlage zu suchen. Diese hat zur Folge, dass es für Personen, die bereits über längere Zeit erwerbslos sind, heute fast aussichtslos ist, eine neue Stelle zu finden. Sie sind deshalb länger als früher auf die finanzielle Unterstützung angewiesen.

In der Sozialberatung wurde deshalb im vergangenen Jahr der Fokus intensiv auf die Bezugsdauer der Unterstützungsleistungen gerichtet. Es wurden zwei Projekte lanciert, die darauf abzielen, die Bezugsdauer zu verkürzen und die unterstützten Personen möglichst schnell in den Arbeitsprozess zurückzuführen. Das eine Projekt bietet erwerbslosen, arbeitsfähigen Personen, die ein Unterstützungsgesuch bei der Sozial- und Wirtschaftshilfe stellen, die Möglichkeit ohne Sozialhilfebezug sofort einen einmonatigen Arbeitseinsatz mit existenzsicherndem Lohn in einem Projekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte zu leisten.

Um die Integration von Arbeitslosen zu fördern, wurde im vergangenen Jahr das Projekt «Work-in» zusammen dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP), und der Sozialberatung lanciert. Hauptaufgabe des «Work-in»-Teams ist es, mit allen arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden in einem intensiven Assessment abzuklären, wie es um ihre Arbeits- und Vermittlungsfähigkeit, um ihre Ressourcen und Defizite steht. In den ersten fünf Monaten wurden bereits 69 Personen ins «Work-in» überwiesen. In 34 Fällen konnten individuell angepasste Vorgehensweisen erarbeitet werden.

Im Bereich der Niederschweligen Einrichtungen wurden alle Institutionen auf ihre Leistungsfähigkeit und den adäquaten Einsatz der finanziellen Mittel kritisch hinterfragt und eine Reorganisation eingeleitet. Diese soll im Jahr 2003 umgesetzt und abgeschlossen und zum Bei-



spiel die Angebote im Bereich Wohnen zusammengefasst werden.

Seit dem 1. Juli 2003 ist die ärztlich kontrollierte Verschreibung von Heroin an Schwerstsüchtige eine Pflichtleistung der Krankenkassen. Für die Medizinisch-therapeutischen Behandlungseinrichtungen heisst das, dass das Projekt Ikarus gesichert ist und in Winterthur auch in Zukunft Heroin an Suchtmittelabhängige verschrieben werden kann.

Die Asylkoordination ist dem Kanton entgegengekommen und hat unbürokratisch und schnell 170 zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt, als im Kanton Zürich die Zahl der neu aufzunehmenden Asyl Suchenden innert Wochen markant zugenommen hatte. Dies Zahl der in

Winterthur betreuten Asyl Suchenden liegt nach wie vor im Rahmen jenes Aufnahmekontingentes, das vom Grossen Gemeinderat bewilligt worden ist.

Auch in Zukunft sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller drei Bereiche des Departementes Soziales professionelle Leistungen für Menschen in sozialen und wirtschaftlichen Notlagen erbringen. Gleichzeitig wird von den Klientinnen und Klienten aber erwartet, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihrer Verantwortung nachkommen und ihren Teil zur Lösung oder Linderung der Probleme beitragen. Auf die Nutzung der individuellen Ressourcen und die Weckung der Eigeninitiative wird grossen Wert gelegt, um ein selbstbestimmtes Leben in intaktem gesellschaftlichem Umfeld zu fördern.

Vormundschaftsamt

Die Anzahl von neuen vormundschaftlichen Massnahmen ist erneut um 13,5 Prozent angestiegen. Die Vielzahl parallel laufender vormundschaftlicher Verfahren im Sekretariat der Vormundschaftsbehörde sowie die grossen Erwartungen seitens der Melder und Gesuchsteller gegenüber den verfahrensleitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass sie kompetent und rasch handeln, erfordert eine hohe Fachkompetenz und ein gutes Fingerspitzengefühl im Umgang mit komplexen Situationen. Der massive Arbeitsdruck konnte dank der Schaffung einer zusätzlichen Juristenstelle teilweise ausgeglichen werden. Zur effizienteren Gestaltung der Arbeitsabläufe wurde in Absprache mit dem Bezirksrat eine Praxisänderung in der Handhabung der Kindesvermögensinventare nach Scheidung der Eltern vorgenommen. Die Vereinfachung der administrativen Abläufe besteht darin, dass neu erst bei einem Kindesvermögen im Betrag von Fr. 2000.– oder mehr eine Genehmigung des Bezirksrates einzuholen ist. Unter diesem Betrag erfolgt lediglich eine formlose briefliche Bestätigung des von den Eltern deklarierten Kindesvermögens. In der Berichtsprüfung wurden Richtlinien für das Erstellen und die Revision von Rechenschaftsberichten in Kraft gesetzt. Dabei trägt insbesondere die Einführung eines Mahnsystems zur Verbesserung des Controllings bei.

Die schlechte Wirtschaftslage zeitigte auch Auswirkungen im Bereich der zustimmungsbedürftigen Geschäfte. So ist der 40%-ige Anstieg der zur Prüfung und Genehmigung eingereichten Erbteilungen nicht einfach linear auf eine Zunahme der Todesfälle zurückzuführen, sondern auch darauf, dass in Fällen, in denen über Jahre Erben-gemeinschaften bestanden hatten, nun infolge Finanzbedarfes zur Teilung geschritten wurde. Die gegenüber dem Vorjahr feststellbare Verdreifachung der Liegenschaftsverkäufe wird teilweise ebenfalls aus diesem Kontext verständlich, da im Vorfeld von Teilungen wiederholt Grundstücke einer Erbengemeinschaft veräussert werden mussten. Zunehmend waren Liegenschaftsverkäufe so-dann zur Deckung der monatlich anfallenden Heimkosten unumgänglich. Ebenfalls signifikant für die angespannte Wirtschaftslage dürfte der deutliche Anstieg der dem Bezirksrat beantragten Nachlassausschlagnungen sein.

Die Zahl der Beratungen und Verfahren in Besuchsrechtsstreitigkeiten unverheirateter oder geschiedener Eltern bewegte sich erneut auf hohem Niveau mit eher zunehmender Tendenz. In 11 Fällen war nach zumeist sehr aufwändigen Verfahren eine Regelung des persönlichen Verkehrs von Kindern zum nicht obhutsberechtigten Elternteil zu treffen. Es wurden 12 Besuchsrechtsbeistandschaften errichtet und für 24 Kinder waren Beistände oder Beiständinnen zu ernennen, nachdem im gerichtlichen Eheschutz- oder Scheidungsverfahren die Kindesschutz-massnahme errichtet worden war.

Die Stelle für Private Mandate hat wiederum zwei Basisschulungen für insgesamt 31 Privatpersonen durchgeführt, die sich bereit erklärten, ein vormundschaftliches Mandat zu führen. Davon konnten insgesamt 22 Personen als Beistand oder Beiständin eingesetzt werden. Weitere 12 Personen aus dem engeren Umfeld der Klientin oder des Klienten konnten durch das Vormundschaftsamt für die Führung eines Mandates gewonnen werden. In verschiedenen Einzelberatungen sowie Aus- und Weiterbil-dungen wurden die privaten Mandatsträger/innen auf ihre Aufgabe vorbereitet und in der Mandatsführung begleitet. Unter den privaten Mandatsträgern hat eine hohe Fluk-

tuation stattgefunden. Dabei ist zu vermerken, dass 28 Massnahmen aufgehoben oder abgeschrieben werden konnten und einige langjährige private Mandatsträger von ihrem Amt zurückgetreten sind.

Die überwiegende Mehrheit der vormundschaftlichen Massnahmen (90%) wird durch Mitarbeiter und Mitarbei-terinnen des Gesetzlichen Betreuungsdienstes geführt. Dabei war erstmals die Zahl der Kindesschutzmass-nahmen deutlich höher als die der vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene. Insgesamt ist sowohl die Zahl der per Ende Jahr geführten Massnahmen als auch die Zahl der im Laufe des Jahres betreuten Personen wie-der leicht gestiegen. Nachdem im Vorjahr 4,5 neue Stellen geschaffen wurden und diese im Laufe des Jahres besetzt werden konnten, reduzierte sich die Fallzahl pro Betreuer bzw. Betreuerin von rund 80 auf rund 74. Parallel vollzog sich ein Schritt zur Spezialisierung innerhalb des Gesetz-lichen Betreuungsdienstes; neu wurden für komplexere juristische Fragestellungen wie Vaterschafts- und Unter-haltsprozesse, Erarbeitung von Besuchsrechtsregelungen sowie Interessenwahrung in Erbschaftsangelegenheiten fast ausschliesslich Juristinnen eingesetzt.

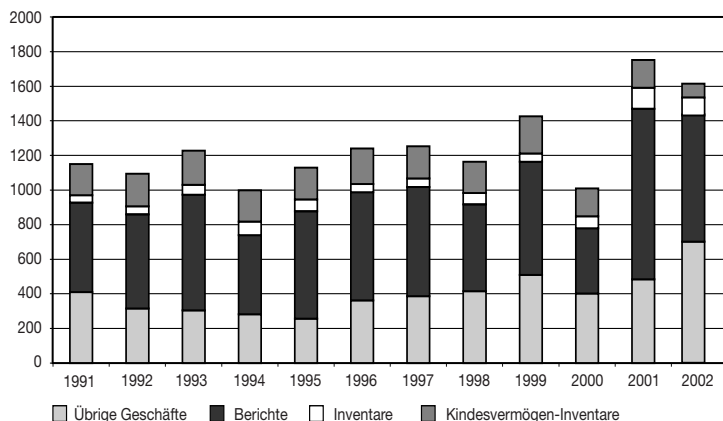
Vormundschaftsbehörde

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1616 (1752) Ge-schäfte, davon 341 (279) in 8 (8) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

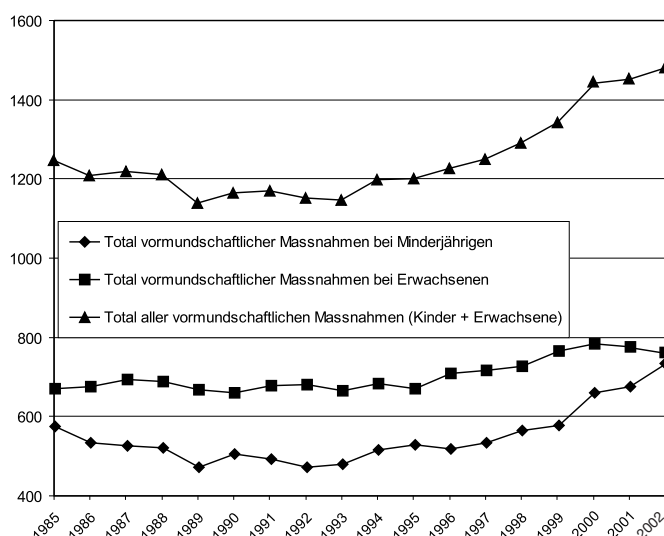
Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2002 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB		
Vollwaisen (Tod der Eltern)		
Entzug der elterlichen Sorge	30	38
Beistandschaften		
Erziehungsbeistandschaften, Art. 308 ZG	559	502
Vaterschaftsregelungen, Art. 309 ZGB	1	0
Vaterschaftsregelungen, Art. 309/308 ZGB	75	62
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	28	37
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	3	7
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB, 3 (2) in Verbindung mit einer Kindesschutzmassnahme	6	3
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	13	16
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	13	10
	728	675
Erwachsene		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369 ZGB	154	162
Trunksucht, lasterhafter Lebenswandel, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	8	10
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	65	70
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	13	16
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	3	4
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	309	304
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	182	181
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	24	30
	766	777
Kinder	728	675
Erwachsene	758	777
Total	1486	1452

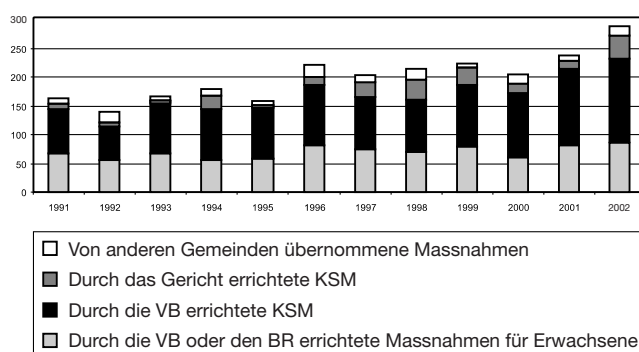
Erledigte Geschäfte



Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Neue Massnahmen



Ende Jahr wurden 1349 (1315) Massnahmen von den Gesetzlichen Betreuern und Betreuerinnen, 124 (121) von Privatpersonen geführt. 13 (16) Aufsichten über das Kindesvermögen wurden vom Sekretariat der Vormundschaftsbehörde geführt.

Neue Massnahmen

In eigener Kompetenz wurden angeordnet:
 38 (23) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
 9 (3) Beistandschaften zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages

- 12 (19) Beistandschaften zur Ueberwachung des Besuchsrechtes
 - 70 (52) Erziehungsbeistandschaften, davon 3 (1) in Verbindung mit Obhutsentzug
 - 14 (19) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
 - 2 (3) Prozessbeistandschaften für Kinder
 - 3 (1) Beistandschaft zur Verwaltung von Kindesvermögen
 - 4 (12) Vormundschaften für Kinder (inkl. Entzüge der elterlichen Sorge)
 - 2 (0) Fürsorgeaufsicht für Kinder
 - 2 (1) Kindesvermögenskontrollen
 - 75 (78) Beistandschaften für Volljährige
 - 0 (0) Beistandschaft für juristische Personen
 - 0 (2) Vormundschaften für Entmündigte
- Dem Bezirksrat wurden beantragt:
- 8 (1) Entmündigung
 - 0 (0) Beiratschaften
 - 1 (0) Entzug der elterlichen Sorge

Inventarwesen

108 (123) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 73 (160) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 6 (1) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

739 (972) Rechenschaftsberichte von Mandatsträgerinnen sowie -trägern und 8 (13) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

14 (16) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	17	(6)
Erteilungsverträge	35	(25)
Lehrverträge	2	(1)
Prozessführung, Vergleiche, Darlehensaufnahmen, Unterhaltsverträge usw.	71	(86)
Interessenwahrungen für Unmündige nach Zwangsvollstreckung	3	(7)

Adoptionen

Volladoptionen	5	(6)
Stiefkinderadoptionen	3	(2)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorglichen Freiheitsentziehung musste keine (0) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorglichen Freiheitsentziehung wurden 7 (3) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 2 (9) Pflegeplätze und 3 (2) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert. 1 (1) Jugendlichen wurde die Bewilligung erteilt, ausserhalb des Elternhauses zu wohnen.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 6 (5) Kinder die gemeinsame elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 ZGB wurde für 20 (28) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Die Vormundschaftsbehörde hatte 2 (2) Beschwerden gegen einen Beistand zu behandeln.

6 (7) Beschwerden wies der Bezirksrat gegen einen Beschluss der Vormundschaftsbehörde ab. Der Bezirksrat schrieb 6 (5) Beschwerden als durch Rückzug erledigt ab.

Gerichtliche Beurteilungen

Das Bezirksgericht hat in Sachen Heimplatzierung 1 Klage abgewiesen und den Entscheid der Vormundschaftsbehörde bestätigt.

Das Obergericht hat 1 Beschluss der Vormundschaftsbehörde in Sachen Besuchsrecht präzisiert.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 97 (85) Ehescheidungen sowie 21 (12) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 37 (15) Beistandschaften im Sinne von Art. 308 ZGB führten.

21 (27) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekinds wurden erteilt.

9 (4) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 10 (2) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

Das durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst und private Mandatsträgerinnen und -träger verwaltete Vermögen (Liegenschaften, Wertschriften usw.) betrug am Jahresende Fr. 75 280 662.-. Hinzu kamen 34 freie Depots mit einem Wertschriftenbestand von Fr. 131 330.-.

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen Fr. 58 984 845.- deponiert.

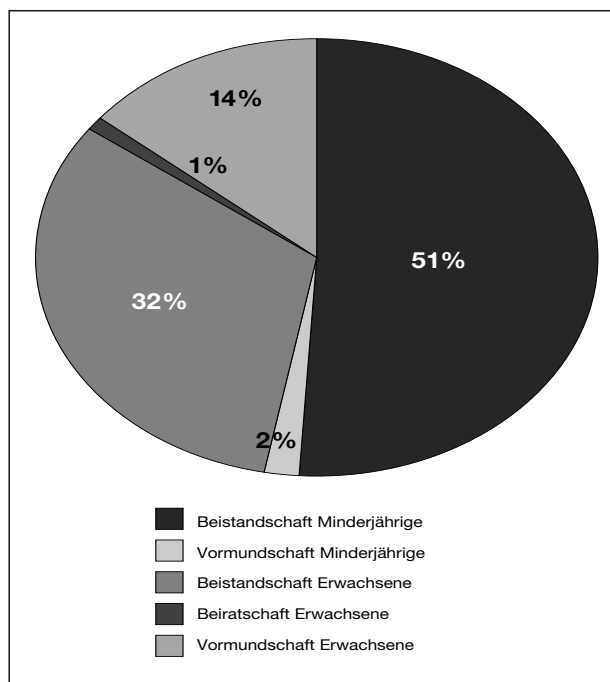
Ende Jahr bestanden 13 (16) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, über die nur ein Elternteil die elterliche Sorge ausübt. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2002 Fr. 545 828.60

Gesetzlicher Betreuungsdienst

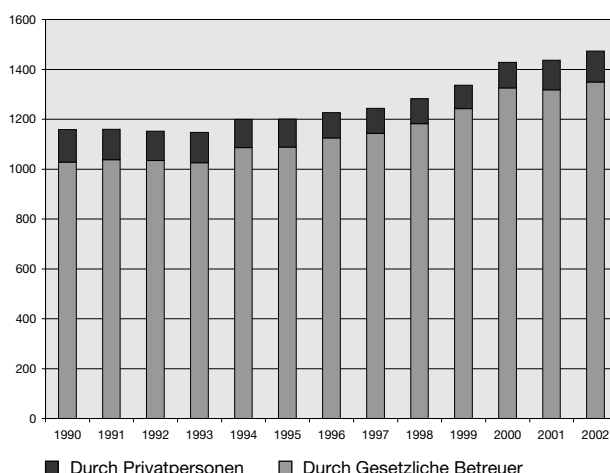
Während des Jahres wurden 247 neue Massnahmen, 188 davon Kindesschutzmassnahmen, aufgenommen und 226 Massnahmen abgeschlossen. Insgesamt wurden 1565 (1549) Personen betreut, davon waren 829 (53%) minderjährig und 736 (47%) erwachsen. Per Ende Jahr waren 24,5% der betreuten Personen Ausländerinnen und Ausländer. Mit Geldverkehr und Vermögensverwaltung waren 866 (951) Fälle verbunden.

Die Aufgaben, welche mit der Führung der vormundschaftlichen Massnahmen verbunden sind, zeigen sich äusserst vielfältig. Sie sind erstmals in einem Leistungskatalog systematisch erfasst und beschrieben worden.

Massnahmen per 31. Dezember 2002



Leistungskatalog



In der Regel liegen bei den Klienten und Klientinnen mehrfache und komplexe Problemstellungen vor, so dass die Gesetzlichen Betreuer bzw. Betreuerinnen in einem Fall verschiedene Leistungen erbringen müssen. Auf Grund des behördlichen Auftrags und einer sorgfältigen Anamnese entscheiden sie, wann, wie und durch wen welche Leistungen erbracht werden müssen. Ein Gesetzlicher Betreuer bzw. eine Gesetzliche Betreuerin kann beispielsweise im Rahmen einer Erziehungsbeistandschaft das Besuchsrecht überwachen, zwischen den getrennten Eltern vermitteln, die Leistungen verschiedener Fachleute koordinieren und eine Familie soweit unterstützen, dass ein Kind in seiner Herkunftsfamilie bleiben kann, oder die Unterbringung in einer geeigneten Institution oder Pflegefamilie veranlassen.

Sozialamt

Das Sozialwesen unterliegt ständigen Veränderungen. Neue Problemstellungen und Versorgungslücken werden sichtbar, andere treten in den Hintergrund. Vor allem aber sind durch die wirtschaftlichen Einbrüche und die in der Folge steigenden Erwerbslosenziffern mehr soziale Dienstleistungen nötig geworden, um die gesetzliche Hilfe abzudecken. Ebenso ergeben sich durch die sich ändernde politische Relevanz sozialer Themen immer wieder unterschiedliche Brennpunkte, die einer Lösung bedürfen.

Aufgrund der zunehmend knappen finanziellen Mittel muss überlegt werden, welche Bedürfnisse bestehen, welche Leistungen weitergeführt werden müssen und welche nicht. Es muss darüber nachgedacht werden, wie das Angebot im Sozialbereich gesteuert werden kann, durch wen die Dienstleistungen erbracht, wie Synergien genutzt und wie die verschiedenen Hilfsleistungen qualitativ und quantitativ ausgestattet werden sollen.

Die Beantwortung dieser Fragen beruht auf dem Grundsatz einer solidarischen Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Die Ziele der beruflichen – und wo das nicht gelingt – der sozialen Integration aller Einwohnerinnen und Einwohner bilden das Rückgrat der Arbeit im Sozialamt.

Es stellen sich die Fragen

- Welche Dienstleistungen/Angebote im Sozialbereich (qualitativ und quantitativ) brauchen die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur?
- Welche Angebote bestehen? Nach welchen Konzepten soll im Sozialamt gearbeitet werden? Wie sind die Angebote konkret ausgestaltet?
- Welche Hilfe deckt den Bedarf der Bezügerinnen und Bezüger und entspricht diese den Richtlinien und Gesetzen?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes haben in verschiedenen Projekten diese grundlegenden Vorgaben im vergangenen Jahr umgesetzt:

- Eine Projektgruppe erarbeitet eine Bestandesaufnahme der Angebote im Jugendbereich, evaluiert die Ergebnisse und macht vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen entsprechende Empfehlungen.
- Die niederschweligen Einrichtungen im Rahmen der dezentralen Drogenhilfe reorganisieren den Betrieb und passen ihr Angebot dem aktuellen Bedarf an.
- Im Rahmen des Kennzahlenberichtes wird der Benchmark unter den Sozialberatungsstellen der teilnehmenden Städte intensiviert. Im Vordergrund steht die Frage, mit welchen Massnahmen die Bezugsdauer in der Sozialhilfe verkürzt werden kann.
- Die nach wie vor steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe führen zu einer verstärkten Konzentration auf die Projekte Work-In und die der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte/zentralen Anlaufstelle. Diese Einrichtungen arbeiten an einer raschen und dauerhaften Integration von Stellensuchenden, die Sozialhilfeleistungen beziehen, in den Arbeitsmarkt.
- Das Sozialamt beteiligt sich an der neu gegründeten Psychiatriekommission Winterthur mit dem Ziel, die Schnittstellen und Aufgabenbereiche der Beteiligten zu vereinfachen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.
- Das Sozialamt hat für die Gemeinden des Bezirks Winterthur erfolgreich die Betreuung von Asylsuchenden übernommen. Es bietet den Gemeinden die Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV/IV an, ein Angebot, von dem verschiedene Gemeinden nun Gebrauch machen. Diese Leistungen werden von den Gemeinden entsprechend abgegolten.

Das Sozialamt hat sich nebst den aufgeführten Projekten an der Diskussion über die weitere Entwicklung des Sozialwesens auf kantonaler und eidgenössischer Ebene beteiligt. Im Vordergrund stand dabei die Arbeit in der Sozialkonferenz des Kantons Zürich, in der das Sozialamt das Präsidium und die Quästur stellt. Das Sozialamt ist auch in der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) vertreten. Über den Leiter des Sozialamtes nimmt die Stadt im Stiftungsrat der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Zürich auf die Ausbildung von Sozialarbeitenden Einfluss. Nicht zuletzt deshalb, weil es immer schwieriger wird, offene Stellen mit geeigneten Sozialarbeitenden zu besetzen. Die über die Stadtgrenzen hinausgehenden Engagements sind für die Entwicklung des Sozialamtes wichtig, sie öffnen den Blick für Neues und bieten gute Gelegenheiten, von andern zu lernen und andere von eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen profitieren zu lassen.

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Von den total 778 Anfragen wurden durchschnittlich pro Abend 8,9 Fälle bearbeitet. Wie bereits in den letzten Jahren bilden arbeits- und familienrechtliche (vorwiegend scheidungsrechtliche) Fragen das Schwergewicht der Probleme. Nicht zu unterschätzen ist auch der grosse Anteil an übrigen Rechtsproblemen (31,6%). Bei diesen Fragen geht es oftmals nicht um eine eigentliche juristische Beratung, sondern vielmehr darum, einen praktischen Ratschlag zu erteilen, jemanden an die richtige Adresse zu verweisen, zu vermitteln oder einfach zuzuhören. Die zur Verfügung stehende Zeit reicht vielfach nicht aus, um eine abschliessende juristische Beratung vornehmen zu können. Über 82% der Ratsuchenden sind in Winterthur wohnhaft und die restliche Klientel stammt vorwiegend aus den an die Stadt Winterthur angrenzenden Gemeinden.

Brühlgut Stiftung

Im Berichtsjahr fanden eine Reorganisation der Geschäftsleitung sowie personelle Wechsel im Stiftungsrat statt. Erstmals nach 12 Jahren bietet die Brühlgut Stiftung Lehrstellen für BSV-Anlehren an, welche von der IV subventioniert werden. In geschützten Arbeitsplätzen bietet die Stiftung verschiedenste Produkte und Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen an.

Projekt Taglohn

Die Chance für Erwerbslose, beim Taglohn einen Job zu erhalten, ist im 2002 infolge fehlender Arbeitsaufträge nochmals zurückgegangen. Der massive Umsatzeinbruch von 35% hatte auch personelle Konsequenzen. Dank der guten Auslastung in den übrigen Bereichen betrug der gesamte Umsatzrückgang lediglich 6,3%. Anfangs 2002 wurden weitere Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Miete zweier Püntenareale geschaffen. Die Produktion ist für den Eigengebrauch des Restaurants bestimmt. Am traditionellen Sponsorenlauf nahmen nur gerade 29 Personen teil, die einen Gesamtbetrag von 37 000 Franken erlaufen konnten.

Strassensozialarbeit Subita

Die aufsuchende Präsenz in den Quartieren und Szenetreffpunkten ist nach wie vor die Hauptaufgabe der Strassensozialarbeit. Zum Thema minderjährige Hanfkonsumenten hat Subita einen Pressedurchgang durchgeführt, der auf ein positives Echo gestossen ist. Subita hat ihr Tätigkeitsfeld durch die Mobile Jugendarbeit (mojawi)

erweitert. Zu deren fachlichen Begleitung wurde eine Betriebskommission eingesetzt. Die mojawī war schwerpunktmässig in Winterthur Ost aktiv. Sie leistete Vernetzungsarbeit mit anderen relevanten Stellen der Jugendarbeit, führte ein Filmprojekt und eine HipHop-Woche mit workshops durch.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Der Verein für Eheberatung, als Träger der Partnerschafts- und Eheberatung Winterthur und Andelfingen, hat im vergangenen Jahr den Aufbau des zusätzlichen Angebots Mediation an die Hand genommen. Um der erweiterten Ausrichtung Rechnung zu tragen, wurde der Name der bisherigen Beratungsstelle angepasst. Die Verein nennt sich jetzt Paarberatung + Mediation Winterthur und Andelfingen. «Paarberatung» umfasst unverändert die bisher unter dem Namen Partnerschafts- und Eheberatung erbrachten Leistungen. Unter «Mediation» erscheinen die seit dem 1. Januar 2002 neuen Angebote von Scheidungsberatung und Mediation. 2002 behandelte die Beratungsstelle 207 Fälle (191) in 1050 Stunden (998), was einer durchschnittlichen Anzahl von 5 Stunden pro Fall entspricht. Tendenziell melden sich mehr wirtschaftlich schlecht gestellte Paare, die einen nach Einkommen abgestuften Tarif zu entrichten haben.

Frauenzentrale Winterthur

Der Frauenzentrale sind 33 Frauenvereine und -gruppen sowie rund 200 Einzelmitglieder und Gönner angeschlossen. Die Rechtsberatung wurde von 409 Frauen und Männern in Anspruch genommen. 2002 zwang die wirtschaftliche Lage immer mehr Familien und Einzelpersonen zu vermehrter Sparsamkeit. Die Budgetberatungsstelle erteilte an 103 Frauen, 12 Männern und 25 Paaren eine persönliche Beratung. Die Kur- und Ferienhilfe leistet an Frauen in schwierigen Lebenssituationen einen Beitrag. 2002 wurden 16 Gesuche zur finanziellen Mitunterstützung eines dringend notwendigen Erholungsurlaubes bewilligt. Der Gesamtbetrag belief sich auf 10 524 Franken. Im Laden «Chriesibaum» wurden verschiedene Aufträge aus dem textilen Bereich an insgesamt 30 Heimarbeiterinnen vermittelt.

Frauenhaus Winterthur

Das Frauenhaus hat sich 2002 intensiv mit den Auswirkungen der häuslichen Gewalt auf die Kinder auseinandergesetzt. Ausgehend von der Feststellung, dass das bestehende Angebot nicht ausreicht, wurde das Projekt «Frauenhaus als Chance für gewaltbetroffene Kinder» initiiert. In den meisten Fällen ist das Frauenhaus die erste soziale Einrichtung, in welcher die Gewalterlebnisse der Kinder erkannt werden. 2002 waren 104 Kinder für total 2620 Nächte im Frauenhaus.

Frauen-Nottelefon, Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt

Die Anzahl beratener Personen ist mit 557 (479) deutlich angestiegen. Mit 1038 ist auch die Anzahl der Beratungen gegenüber dem Vorjahr (962) gestiegen. Nebst der Beratungstätigkeit ist die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ein zentrales Anliegen des Frauen-Nottelefons.

Stiftung Begleitung in Leid und Trauer

2002 wurden total 4057 (2893) Arbeitsstunden geleistet, was einem markanten Anstieg gegenüber dem Vor-

jahr entspricht. 70% (50%) der Beratungstätigkeit fällt auf die Notfallintervention, 24% (40%) auf die Beratung nach dem Tod und 6% (10%) auf die Begleitung vor/während des Sterbens.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Im Berichtsjahr wurden total 1706 Beratungen durchgeführt, wovon 1173 telefonische, 430 persönliche und 103 schriftliche Beratungen waren. Der Schwerpunkt der Beratung (75%) lag beim Arbeits- und Arbeitslosenversicherungsrecht. Daneben war wie in den Vorjahren das Sozialversicherungsrecht ein wichtiger Tätigkeitsbereich.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Das SelbsthilfeZentrum Region Winterthur unterstützt die Gründung von Selbsthilfegruppen, bietet Infrastruktur und Know-how und dient als Koordinations- und Informationsstelle für sämtliche Selbsthilfefragen. Selbsthilfegruppen sind freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen, die von demselben Problem betroffen sind. In der Region Winterthur treffen sich zur Zeit rund 500 Menschen in 60 Gruppen. 2002 wurden 10 neue Gruppen gegründet.

Sozial- und Wirtschaftshilfe

Die Förderung der Zusammenarbeit war im Berichtsjahr der zentrale Leitgedanke für die Sozial- und Wirtschaftshilfe, mit Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen und für viele Beteiligte. Zusammenarbeit wird als «koordiniertes Miteinander» verstanden, das zum einen den Klientinnen und Klienten, zum anderen aber auch der Wirkungssteigerung der Verwaltung zugute kommt.

Die Vorteile des Miteinanders liegen auf der Hand: Spezialwissen und spezifische Erfahrungen und Möglichkeiten summieren sich; Synergien werden genutzt, Doppelspurigkeiten überwunden. Die Wege für die Klienten und Klientinnen werden kürzer, Hilfsangebote erfolgen schneller, verbindlicher und zielgerichteter; Verzögerungen und unklare Zuständigkeiten im Schnittstellenbereich werden abgebaut.

Alle im Bereich der sozialen Sicherung Tätigen wissen, dass die Sozialversicherungen des Bundes und die kommunalen Sozialleistungen ein oft nicht sehr gut synchronisiertes Getriebe bilden. Die verschiedenen Sicherungszweige sind historisch gewachsen, werden unterschiedlich finanziert und agieren auf verschiedenen Ebenen (Bund, Kanton und Kommunen). Deshalb stösst man bei der Förderung der Zusammenarbeit auf Schwierigkeiten: Unterschiedliche Gesetzesgrundlagen führen zum «Käselidenken» und betonen eher die Abgrenzung als die Zusammenarbeit; Datenschutzbestimmungen behindern den nützlichen Austausch von Klienteninformationen zwischen den Amtsstellen. Aber auch unterschiedliche Kulturen und Haltungen, teilweise auch vorgefasste Meinungen über andere Stellen, können die Zusammenarbeit erschweren.

Die Förderung der Zusammenarbeit ist kein Projekt mit einem Anfang und einem Ende, sondern eine permanente Aufgabenstellung.

Interkommunale Zusammenarbeit wird im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV gepflegt. Kleinere Gemeinden sind mit den komplexen Anforderungen bei der Abklärung, Berechnung und Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV/IV, aber auch mit den aufwändigen Abrechnungen und Statistiken über die erbrachten Leistungen, immer häufiger überfordert. Die Durchführungs-

stelle Winterthur führt rund 2400 Fälle und verfügt über die notwendigen organisatorischen und personellen Ressourcen, um solche Gemeinden als Kompetenzzentrum zu unterstützen. Gegen eine kostendeckende Fallpauschale übernimmt Winterthur alle Aufgaben im Zusatzleistungsbereich für abgabewillige Gemeinden. Im Berichtsjahr wurden die entsprechenden Vertragsgrundlagen geschaffen sowie die bestehenden Arbeitsabläufe in der Abteilung angepasst und die Schnittstellen zu den Gemeinden geklärt. Nachdem die Fälle erfolgreich in die Fallapplikation der Durchführungsstelle Winterthur überführt worden waren, konnte Seuzach als erste auswärtige Gemeinde erfolgreich übernommen werden.

Ausgaben für die Prämienübernahmen von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger sowie Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten.

Beide Aufwendungen stellen das Krankenversicherungsobligatorium sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

Prämienübernahmen	3 531 403	(3 014 472)
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	512 005	(454 136)
Nettoaufwendungen	3 019 398	(2 560 336)
Nettoaufwendungen Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen	1 171 760	(1 054 909)

Sozialberatung

In Anbetracht der stark steigenden Fallzahlen wurden die Anstrengungen für die soziale und berufliche Wiedereingliederung von Sozialhilfebeziehenden noch intensiviert. Die sehr angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt hemmt jedoch die Bemühungen und führt teilweise zu Resignation und Passivität bei den betroffenen Langzeitarbeitslosen. Die bewährte Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit statt Fürsorge» wird fortgesetzt: Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die neu wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit gegeben, innert Wochenfrist in ein Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen und so einen Existenz sichernden Lohn zu verdienen. Während des 4-wöchigen Einsatzes werden Integrationschancen umfassend abgeklärt, und die Teilnehmenden werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 73 Personen wurde dieses Angebot unterbreitet, 56 Personen haben sich bei der KAP gemeldet und 37 Personen haben einen Einsatz geleistet. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. Erfreulicherweise fanden 4 Personen aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 5 Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und weitere 5 fanden anderweitige Lösungen. Von den 18 Personen, die nach dem Einsatz an die Sozialhilfe verwiesen wurden, meldeten sich lediglich 9 zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe. 5 Teilnehmende haben ihren Einsatz noch nicht beendet.

Integrationsarbeit erfordert in besonderem Masse die Mitwirkung verschiedener Institutionen: Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP), IV-Stellen, Berufs- und Sozialberatung. Um die Zusammenarbeit all dieser Akteure zu verbessern, wurde im Sommer «Work-In» als Pilotprojekt für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit lanciert. Das Team «Work-In» bildet eine eigenständige Organisationseinheit, bestehend aus je einer Fachperson mit je 30 Stellenprozenten aus der Sozialberatung, dem RAV und der KAP. Alle arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden werden von

ihren zuständigen Sozialberaterinnen und -beratern innert vier Wochen ab Fallaufnahme dem Team Work-In zugewiesen. In einem umfassenden Assessment werden die Arbeits- und Vermittlungsfähigkeit, Ressourcen und Defizite der Klienten und Klientinnen abgeklärt und Empfehlungen für weitere Massnahmen abgegeben. Alle drei Teammitglieder von «Work-In» arbeiten in den Räumen der Sozialberatung. Die Hilfesuchenden werden also nicht mehr auf den Ämterparcours geschickt, sondern es stehen alle Akteure im Bereich der beruflichen Integration vor Ort zur Verfügung. Nicht nur die Hilfesuchenden profitieren von den kurzen Wegen, sondern auch die «Stamm»-Institutionen schätzen die enge Verbindung und die Rückkoppelung von Know-How der anderen beteiligten Stellen.

In den ersten fünf Monaten wurden bereits 69 Personen ins «Work-In» überwiesen, bei 55 Personen fand eine vertiefte Abklärung statt. In 34 Fällen konnten bereits individuell angepasste Vorgehensweisen erarbeitet werden, die anderen befinden sich noch in der Abklärungsphase.

Der Ergänzende Arbeitsmarkt bietet Langzeitarbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, Arbeitstraining und Qualifikation. Durch die feste Tagesstruktur stabilisiert sich die gesundheitliche Verfassung. Soziale Kompetenzen werden erhalten und gefördert. 182 (203) Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger nahmen an Arbeitsprojekten der KAP teil. 150 (160) Personen haben ihren Einsatz im Berichtsjahr abgeschlossen, 104 (114) Männer und 46 (46) Frauen. Die durchschnittliche Verweildauer im Programm betrug 3,2 (2,8) Monate. 24% (28%) der Teilnehmenden haben im Anschluss an die Programmteilnahme eine Stelle im Ersten Arbeitsmarkt gefunden. Bei 8% der Teilnehmenden wurde eine anderweitige Lösung gefunden.

Im Rahmen des Projekts «Heks-Visite» leisteten 13 Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger insgesamt 1228 Stunden Freiwilligenarbeit in verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort). Teilnehmende pflegen auf diese Weise soziale Kontakte, gewinnen Einblicke in neue Arbeitsfelder und erhalten vor allem die Möglichkeit, eine sinnvolle und gesellschaftlich wertvolle Arbeit zu leisten.

Um die knappen personellen Ressourcen möglichst von routinemässigen administrativen Abläufen zu entlasten, wurde ein neues, rationelles EDV-unterstütztes Zahlungssystem eingeführt. Die Projektierungs- sowie die Test- und Schulungsphase haben die Mitarbeitenden stark in Anspruch genommen. Die meisten Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger erhalten nun die wirtschaftliche Hilfe mittels elektronischer Überweisung auf ihr Post- oder Bankkonto, so dass die Sozialberatung vermehrt im Zusammenhang mit inhaltlichen Anliegen und beraterischen Fragen aufgesucht werden muss.

Fallstatistik

Während die Zahl der Neuaufnahmen auf hohem Niveau stagnierte, stieg die Zahl der Fallabschlüsse deutlich an. Fallaufnahmen und -abschlüsse wirken sich wegen des damit verbundenen hohen beraterischen und administrativen Aufwands wesentlich auf die Arbeitsbelastung der Abteilung aus.

Die interne Fallstatistik beinhaltet neben den Unterstützungsfällen auch jene Fälle, bei denen ausschliesslich persönliche Hilfe geleistet wurde oder Geldverwaltungen erfolgten.

Stand am 1. Januar	1 592	(1 435)
Neuaufnahmen	962	(969)
Total behandelte Fälle	2 554	(2 404)
abgeschlossene Fälle	923	(812)
Bestand am 31. Dezember	1 631	(1 592)

Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik beinhaltet nur jene Fälle, an die eine finanzielle Hilfe geleistet werden musste. Aufgrund dieser technischen bedingten engen Faldefinition ergeben sich deshalb Abweichungen zur internen Fallstatistik. Auch bei den Aufwendungen ergeben sich Abweichungen durch die unterschiedliche Berücksichtigung von Kostenelementen. Insbesondere sind die Rückerstattungen anderer Gemeinwesen nicht enthalten.

Vergleich Statistik 2002 mit 2001

	2002	2001	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle	2 237	2 007	+ 11,5 %
– Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	41,8 %	39,0 %	+ 2,6 %
– Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	22,2 %	22,7 %	– 0,5 %
– Anteil Alleinerziehende	20,7 %	21,0 %	– 0,4 %
– Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	15,4 %	17,2 %	– 1,8 %
Anzahl Fallzugänge	919	779	+ 18,0 %
Unterstützungsleistung			
– brutto (ohne Überschusszahlungen)	40,53 Mio	35,57 Mio	+ 14,0 %
– netto (ohne Kostenerstattungen von anderen Gemeinwesen)	28,71 Mio	25,03 Mio	+ 14,7 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale (Erfassungskriterien gegenüber 1999 teilweise geändert)			
– Arbeitslos (ALV / ALH, Bezug oder in Abklärung)	19,7 %	15,5 %	+ 4,2 %
– Ausgesteuert	12,9 %	16,8 %	– 3,9 %
– Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	2,3 %	2,9 %	– 0,7 %
– Suchtproblematik	17,0 %	20,4 %	– 3,4 %
– Scheidung, Trennung	15,4 %	13,0 %	+ 2,4 %
Unterstützungsbedarf bezogen auf Bruttobedarf			
– Alleinstehende	89,4 %	79,2 %	+ 10,0 %
– Alleinerziehende	53,3 %	52,6 %	+ 0,6 %
– (Ehe-/Konkubinats-)Paare	73,9 %	65,6 %	+ 8,2 %
Wohnverhältnisse			
– Anteil Personen in eigenen Haushalten	84,1 %	84,3 %	– 0,2 %
– Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	7,4 %	8,2 %	– 0,8 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	646	624	+ 3,5 %
Wichtigste Abschlussgründe			
– Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbstständigkeit	267	331	– 19,3 %
– Eingang der Sozialversicherungsleistung	217	153	+ 41,8 %
– Wegzug	67	56	+ 19,6 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen	3 837	3 563	+ 7,7 %
– Insgesamt	4,2 %	4,0 %	+ 0,3 %
– Minderjährige	8,0 %	7,7 %	+ 0,3 %
– 18-34 jährige Frauen	6,0 %	5,4 %	+ 0,6 %
– Niedergelassene	7,5 %	6,8 %	+ 0,7 %
– Kontrollpflichtige Ausländer/innen	9,9 %	11,3 %	– 1,4 %

Winterthur beteiligte sich erneut am Kennzahlenvergleich der Städteinitiative JA ZUR SOZIALEN SICHERUNG.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde hat im Jahr 2002 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Die Unterstützungskommission hat an 10 (10) Sitzungen insgesamt 2212 (1887) Geschäfte behandelt. Die Geschäftsprüfungskommission hat 3 (4) Sitzungen durchgeführt. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 14 (11) Einsprachen und die Gesamtbehörde deren 3 (5).

Aufwendungen

Brutto-Unterstützungsaufwendungen	43 483 278.10	(37 878 627.50)
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	19 547 063.90	(19 417 575.30)
Netto Aufwendungen	23 936 214.20	(18 461 052.20)

Inkasso Sozialhilfe

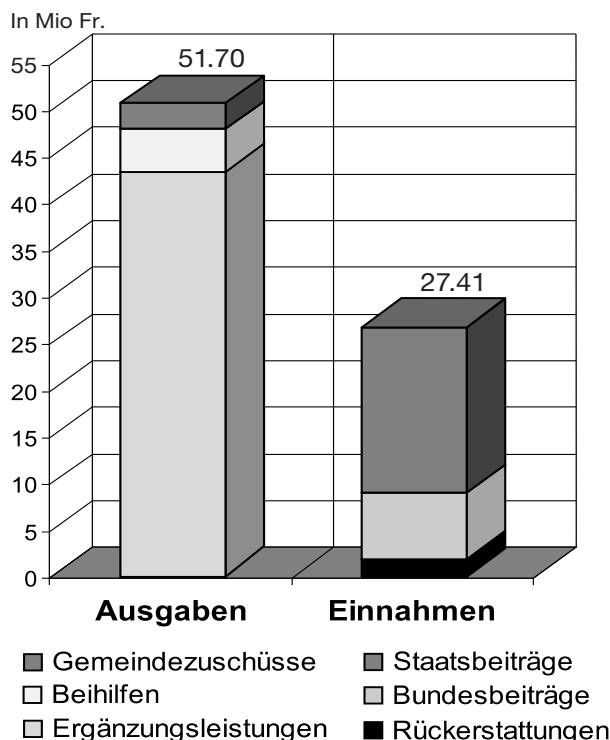
Insgesamt konnten 480 845 (385 034) Franken an Rückerstattungen zugunsten von Klientinnen und Klienten verbucht werden. Eingeschlossen sind direkte Rückerstattungen durch die Klientinnen und Klienten infolge von unrechtmässig bezogener Sozialhilfe, freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots.

Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 55 270 (42 856) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 262 620 (55 110) Franken an Elternbeiträgen.

	Rückerstattungen	Verwandtenbeiträge	Elternbeiträge
Anfangsbestand 2002	175 (164)	21 (23)	112 (91)
Aufnahmen	56 (53)	36 (12)	46 (37)
Abschluss	26 (42)	22 (14)	42 (16)
Endbestand 2002	205 (175)	35 (21)	116 (112)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

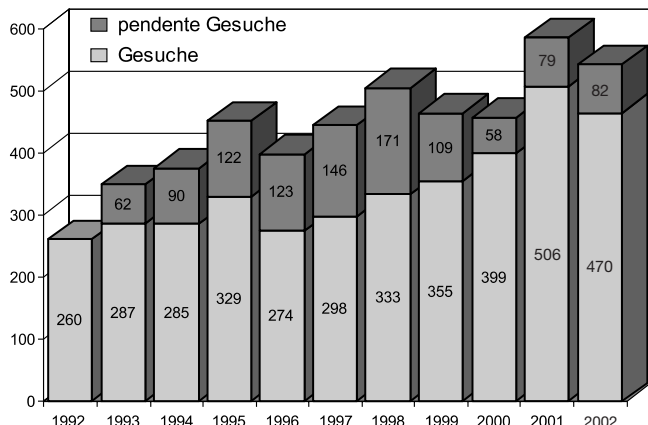
Verteilung auf Leistungskategorien und Kostenträger:



Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total
2002	1 511	995	52	2 558
2001	1 494	890	47	2 431
2000	1 484	794	39	2 317
1999	1 455	769	32	2 256
1998	1 376	715	28	2 119
1997	1 424	644	21	2 089
1996	1 460	621	23	2 104
1995	1 508	594	25	2 127
1994	1 545	546	27	2 118
1993	1 573	496	26	2 095
1992	1 557	440	32	2 029

Gesuche



Jugendsekretariat

Die öffentliche Jugendhilfe ist mit dem kantonalen Wif Projekt 31 in Bewegung geraten. Ein Hauptanliegen des Reformprojektes, das die Neuordnung der Jugendhilfe zum Gegenstand hat, besteht darin, die Planung, Steuerung, Angebotsentwicklung und bedürfnisgerechte Mittelführung sicherzustellen. Es sollen Verbesserungen in der interdisziplinären Zusammenarbeit und – mit der Zusammenführung von zentral zu erbringenden Dienstleistungen – Synergien über die Gemeinde- und Bezirksgrenzen hinweg erreicht werden. Ferner ist die Neuregelung der Finanzierung der ambulanten Beratungs-

einrichtungen und der stationären Kinder- und Jugendheime vorgesehen.

Nach dem Vorliegen der Vernehmlassungsergebnisse im Jahre 2001 hat der Regierungsrat das Amt für Jugend- und Berufsberatung mit verschiedenen Pilotprojekten beauftragt, die zur Zeit in den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster erprobt werden. Gleichzeitig wurden die Vorarbeiten für ein neues kantonales Kinder- und Jugendgesetz in Angriff genommen. Dieser Gesetzesentwurf soll bereits im Frühling 2003 in eine breite Vernehmlassung geschickt werden. Nach dem Fahrplan des Kantons soll die Neuorganisation der Jugend- und Familienhilfe ab dem Jahre 2005 Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Generelle Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe

Jugendkommission

Die Jugendkommission setzt sich aus Vertretern und Vertreterinnen der Departemente Soziales, Schule und Sport, Kulturelles und Dienste sowie Sicherheit und Umwelt zusammen. Sie ist eine Fachkommission des Stadtrates und versteht sich auch als Plattform für den regelmässigen Austausch von Informationen und die Koordination der Aufgaben innerhalb der Departemente in Jugend- und Familienfragen. Die Jugendkommission hat sich in einem Arbeitsschwerpunkt zum Ziel gesetzt, eine Bestandesaufnahme und Evaluierung des gesamten Angebotes in der Jugendarbeit vorzunehmen, so dass die vorhandenen Mittel besser und zweckmässiger eingesetzt werden können. Die Angebote sollen aufgrund der aktuellen Bedürfnislage inhaltlich neu beurteilt und in eine zweckmässige Struktur überführt werden.

pro juventute Elternbriefe

Auf Anregung eines breit abgestützten parlamentarischen Vorstosses erhalten ab dem Januar 2002 alle Eltern, unabhängig von ihrer konfessionellen Zugehörigkeit, nach der Geburt ihres ersten Kindes die pro juventute Elternbriefe zugestellt. Die Verantwortung der zentralen Bewirtschaftung liegt beim Jugendsekretariat. Die Behindertenwerkstatt der Brühlgut Stiftung leistet im Auftragsverhältnis die Versandarbeit. Eltern erhalten im ersten Lebensjahr des Kindes monatlich eine unterstützende und anleitende Informationsschrift über die wichtigsten Entwicklungsschritte ihres Kindes. Im zweiten und dritten Lebensjahr

Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	brutto	Rückerstat-tungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Winter-zulagen	Härte-kredit	NE-Beiträge	zulasten Stadt
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	0	1 006	0	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	0	445	0	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	0	3 109	0	24 162 466
1999	38 912 317	1 906 268	37 006 049	3 083 574	12 547 909	15 631 483	21 374 566	0	2 242	169 295	21 546 103
1998	36 502 008	1 989 535	34 512 473	2 859 658	11 708 532	14 568 190	19 944 283	127 500	5 882	140 811	20 218 476
1997	35 779 187	1 860 949	33 918 238	2 813 864	11 521 035	14 334 899	19 583 339	119 575	6 073	98 858	19 807 845
1996	34 814 700	1 742 502	33 072 198	2 739 549	11 216 764	13 956 313	19 115 886	122 400	9 981	66 746	19 315 013
1995	35 768 275	1 615 441	34 152 834	2 813 403	11 662 837	14 476 240	19 676 594	118 900	4 638	79 788	19 879 920
1994	33 795 299	1 724 676	32 070 623	2 623 552	10 943 962	13 567 514	18 503 109	119 150	7 750	38 098	18 668 107
1993	32 287 072	1 658 923	30 628 149	2 510 001	10 470 294	12 980 295	17 647 854	120 900	3 300	15 080	17 508 574
1992	27 291 791	1 122 270	26 169 521	2 102 508	8 938 108	11 040 616	15 128 905	122 525	6 230	18 423	14 981 727

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).



wird der Versand nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern in Abständen von drei- und viermonatlichen Intervallen verschickt. Dieser regelmässige Versandkontakt hat auch präventiven Charakter, da junge Eltern auf diesem Weg auch über wichtige Winterthurer Angebote aufmerksam gemacht werden können. Ein allfälliger Bezug der pro juventute Elternbriefe ab dem vierten Lebensjahr des Kindes besorgen die Eltern selber.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Bewilligungspflichtige Krippen

Seit dem 1. Juli 1998 besteht im Kanton Zürich, gestützt auf eine vom Regierungsrat erlassene Verordnung, eine Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für die Führung von Kinderkrippen. In der Stadt Winterthur wurden 2002 auf privatrechtlicher Basis 21 (21) Krippen geführt, mit insgesamt 411 (363) Plätzen. Bestehende Krippen haben teilweise ihr Angebot ausgebaut, so dass im Jahre 2002 insgesamt 48 neue Krippenplätze geschaffen wurden. Alle Krippenbetriebe werden nach den gesetzlichen Bestimmungen beaufsichtigt.

Subventionierte Krippen

Die Umstellung von der kostenorientierten zur leistungsorientierten Subventionierung wurde erstmals mit allen Krippeneinrichtungen und dem Tagesfamilienverein eingeführt. Mit allen 11 subventionierten Krippen und dem Tagesfamilienverein wurden Leistungsaufträge abgeschlossen. Finanziell unterstützt werden die erbrachten Betreuungsleistungen.

Von den 21 (21) privatrechtlich geführten Krippen mit total 411 (363) Plätzen, wurden 11 (9) Krippeneinrichtungen mit 188 (165) Plätzen subventioniert. Beim Tagesfamilienverein wurden insgesamt 36 000 (30 000) Betreuungsstunden finanziell unterstützt.

Alle subventionierten Einrichtungen sind verpflichtet, das städtische Beitragsreglement anzuwenden. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge von 40% wurde mit 42% (45%) übertroffen. Die leichte Abnahme des Kostendeckungsgrades gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass weniger gut verdienende Eltern vom subventionierten Krippenangebot Gebrauch gemacht haben. Alle Krippeneinrichtungen waren während des ganzen Jahres zwischen 90% und 100% ausgelastet. Die Zahl der allein erziehenden Eltern ist mit 31% (25%) deutlich gestiegen. Nach wie vor be-

steht eine gute soziale Durchmischung in den Betreuungseinrichtungen.

Interessant sind die Zahlen des von den Eltern gewünschten Betreuungsumfanges. 64% (65%) der Kinder werden zwischen einem und zweieinhalb Tagen fremdbetreut. Dies zeigt, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder nicht an fremde Einrichtungen delegieren, sondern wenn immer möglich die Betreuungsverantwortung selber übernehmen.

Statistik	2002	2001
Anzahl subventionierter Betreuungsplätze	188	(165)
Anzahl betreuter Kinder	584	(558)
Durchschnittliche Vollkosten pro Betreuungsplatz und Tag	87,75	(82,50)
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	42%	(45%)
Total geleistete Betreuungstage	46 152	(45 114)
Betreuungsumfang pro Woche		
weniger als 2,5 Tage	64%	(65%)
2,6 bis 4 Tage	26%	(27%)
mehr als 4 Tage	10%	(8%)
Nationalität der Kinder		
Schweizer	83%	(83%)
Ausländer	17%	(17%)
Bruttoeinkünfte der abgebenden Eltern		
bis 30 000	7%	(6%)
31 000 bis 60 000	22%	(19%)
61 000 bis 90 000	27%	(25%)
91 000 bis 120 000	22%	(24%)
mehr als 120 000	22%	(26%)
Situation der Familie		
Allein erziehend	31%	(25%)
Beide Eltern erwerbstätig	53%	(56%)
Ein Elternteil erwerbstätig, der andere in Ausbildung	6%	(7%)
Ein Elternteil erwerbstätig	10%	(12%)
Grund der Platzierung		
Überschneidende Erwerbs- und Ausbildungstätigkeit	43%	(47%)
Existenznotwendig	27%	(24%)
Unterstützung aus erzieherischen Gründen	1%	(2%)
Pädagogische Förderung/Sozialisation	20%	(19%)
Entlastung der Eltern (Krankheit, Unfall, Invalidität)	6%	(6%)
Von öffentlichen Beratungsstellen empfohlen	3%	(2%)

Jugend- und Familienberatung

Die Statistik gibt Auskunft darüber, wie viele Beratungen und Abklärungen mit welchen Zielsetzungen von den Mitarbeitenden der Jugend- und Familienberatung durchgeführt wurden. Sie geht von Fällen und nicht von Personen aus.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 762 Fälle (792 Fälle) bearbeitet. Dies bedeutet eine Abnahme der Fallbelastung um 30 Fälle (4%). Damit hat sich die Fallbelastung nach den deutlichen Zunahmen um 15% respektive 7% in den Vorjahren stabilisiert.

Statistik

	2002	2001
Total behandelte Fälle	762	792
längerfristige Beratungen	521	533
Kurzberatungen	69	80
Abklärungen/Gutachten	103	101
Von der JFB betreute Pflegeplätze	35	46
Sozialpädagogische Familienbegleitung	34	32

Längerfristige Beratungen

	2002	2001
Sach-, Finanz- und Rechtsberatung	47	67
Schwangerschaft/Geburt	9	20
Erziehungsberatung im Vorschulbereich	96	95
Erziehungsberatung bei Schulkindern und Jugendlichen	159	156
Ehe-/Partnerschaftsprobleme	13	16
Trennungs-/Scheidungsproblematik	19	27
Nachscheidungsprobleme	74	66
Mehrfachproblematiken	74	62
Begleitung von Heimplatzierungen	30	24

Abklärungen/Gutachten

	2002	2001
<i>Gericht:</i>		
Gutachten	9	4
Kindesanhörung	2	1
<i>Vormundschaftsbehörde:</i>		
Kindesschutz-Aufträge	65	62
Stiefvateradoptionen	4	11
Fremdländische Adoptionen	17	19
Kindesanhörung	0	1
Andere	6	4

Familienergänzender Bereich

Der Jugend- und Familienberatung obliegt im Rahmen des familienergänzenden Bereichs der Vollzug der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung, Vermittlung, Bewilligung und Aufsicht. Die nachfolgende Tabelle gibt den Überblick über die insgesamt per 31.12.2002 in Pflegefamilien platzierten Kinder in der Stadt Winterthur. Sie beinhaltet zusätzlich die meldepflichtigen Tagespflegeplätze (ab 2,5 Tage) des Tagesfamilienvereins und die Wochen- und Dauerpflegeplätze des Gesetzlichen Betreuungsdienstes:

	Stichtag 31.12.2002	Stichtag 31.12.2001
Anzahl Pflegekinder in:		
Bewilligungspflichtigen Wochen- und Dauerpflegeplätzen	49	56
Meldepflichtigen Tagesplätzen	42	49

Fachstelle für Kinderschutz und Opferhilfeberatung Winterthur

Die Fachstelle für Kinderschutz und Opferhilfeberatung Winterthur hatte erstmals seit 1996 keine weitere Zunahme der Beratungsfälle zu verzeichnen. Im Kontext der Opferhilfe werden die «Opfer» als massgebliche statistische Grösse erfasst. Insgesamt standen im vergangenen Jahr 277 Opfer (304) im Zentrum der beratenden Bemühungen.

Statistik

	2002	2001
<i>Geschlecht</i>		
Männlich	109 (39%)	137 (45%)
Weiblich	168 (61%)	167 (55%)
<i>Alter</i>		
Bis 4 Jahre	65 (24%)	71 (23%)
5 bis 9 Jahre	92 (33%)	105 (35%)
10 bis 13 Jahre	50 (18%)	48 (15%)
14 bis 17 Jahre	66 (24%)	75 (25%)
18 bis 29 Jahre	4 (1%)	7 (2%)
<i>Art der Misshandlung</i>		
körperliche Misshandlung	84 (30%)	83 (27%)
Vernachlässigung	25 (9%)	33 (11%)
sexuelle Ausbeutung	123 (45%)	135 (45%)
psychische Misshandlung	34 (12%)	37 (12%)
Drogenschädigung	11 (4%)	16 (5%)
Von den behandelten Fällen waren:		
Verdachtsituationen	77 (28%)	87 (29%)
Laufende (manifeste) Misshandlungen	95 (34%)	100 (33%)
Beendete Misshandlungen	82 (30%)	102 (33%)
Straftat in Kindheit (bei Volljährigen)	2 (1%)	3 (1%)
Ungeklärt	21 (7%)	12 (4%)

Mütter- und Väterberatung

Im Jahr 2002 wurden in Winterthur 968 Kinder geboren. Mit 720 (74%) neugeborenen Kindern und deren Eltern hatten die Mütterberaterinnen mindestens einmal Kontakt durch Beratung. Das Beratungsangebot ist für Eltern mit Kindern bis Anfang Schulalter zugänglich.

Insgesamt wurden 1618 Kinder (1622) erfasst, sei es an den Beratungsstellen oder bei Hausbesuchen. 75% davon sind weniger als ein Jahr alt.

Die telefonischen Beratungen haben erneut um rund 300 Gespräche pro Jahr zugenommen. Diese Dienstleis-

tung wird vor allem von Eltern mit älteren Kindern gerne in Anspruch genommen.

An den 16 Beratungsstellen auf Stadtgebiet haben die Beratungen um 144 Kinder zugenommen. Neuerdings können Eltern in Seen, in Veltheim und in der Altstadt an zusätzlichen Tagen auf Voranmeldung die Beratung besuchen. In Seen ist eine Sprechstunde am Abend eingeführt worden, die gerne auch von Vätern benutzt wird.

Die Mütter- und Väterberaterinnen beteiligten sich auch an der Planung und Einrichtung der Elternbildung an der Berufsfachschule, welche Gesprächsrunden für Mütter während den Beratungsnachmittagen zur Überbrückung der Wartezeiten anbietet.

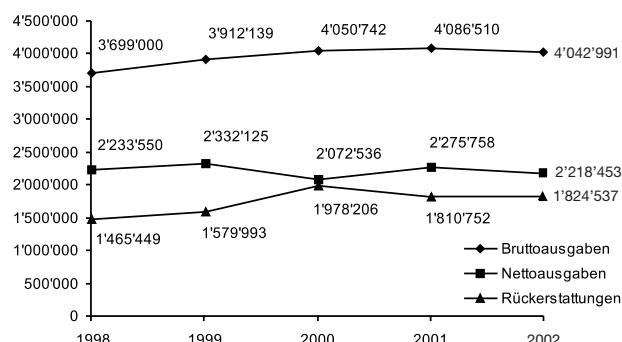
	im Jahr 2002	im Jahr 2001
Geburten	968	973
Erfasste Kinder von 0 – 7 Jahren	1 618	1 622
Davon Kinder bis 1 Jahr alt	1 221	1 192
Kinder mit ausländischer Mutter	503	459
Konsultationen in Beratungsstellen	5 599	5 455
Hausbesuche	970	943
Telefonische Beratungen	2 868	2 545

Alimentenhilfe

Die Anzahl der Kinder mit Bevorschussung betrug 748 (768). Die ausgerichteten Vorschüsse sanken um –1,1% (+ 0,9) auf 4 042 991 Franken (4 086 510).

Die Nettoausgaben sanken um –2,5% (+9,8) auf 2 218 453 Franken (2 275 757). Mit 45,13% (44,31%) fiel der Inkassoerfolg leicht besser aus als im Vorjahr.

Aufwand und Ertrag der Alimentenbevorschussung



Alimentenvermittlung/Inkasso

Total konnten Eingänge von 3 322 004 Franken (3 309 422) verbucht werden. Davon gingen 1 824 537 Franken (1 810 752) an bevorschusste Alimente.

1 497 467 Franken (1 498 670) an Kinderalimenten, Kinderzulagen und Frauenrenten wurden vermittelt.

562 (563) Väter oder Mütter schuldeten Beiträge an laufende Bevorschussungen. Bei 79 (81) Schuldern und Schuldnerinnen wurde ein treuhänderisches Inkasso von Kinderalimenten geführt und 30 (28) Männer hatten ausschliesslich Frauenrenten zu zahlen. Zusätzlich wurde in 172 alten Fällen ein aktives Inkasso geführt. In 108 (89) alten Fällen konnten Zahlungen erhältlich gemacht werden.

Gegen 230 (217) Personen wurden Betreibungen eingeleitet. In 9 (7) Fällen wurde eine Strafanzeige wegen Vernachlässigung der Unterhaltspflichten (Art. 217 StGB) erhoben.

Der Aufwand für Inkasso- und Gerichtsgebühren betrug 64 334 Franken (57 412). Zurückerstattet wurden 36 270 Franken (33 619).

An Zinsen auf betriebene Forderungen und Prozessentschädigungen gingen 3 781.40 Franken (7 914) ein.

In 54 (49) Fällen erfolgte eine freiwillige Beratung mit Korrespondenz oder einem persönlichen Beratungsgespräch.

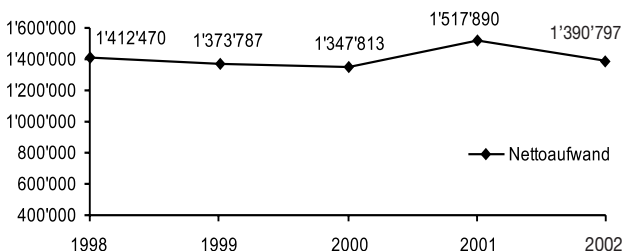
Mediation von Unterhaltsvereinbarungen

Die Alimentenhilfe bietet mediative Vermittlung an, wenn es zwischen volljährigen Kindern in Ausbildung und deren Eltern Probleme bei der Finanzierung der Ausbildung gibt, oder wenn ein Familienteil nach einer Trennung auf Sozialhilfe angewiesen ist. Ziel der Vermittlung ist eine schriftliche Unterhalts- oder Getrenntlebensvereinbarung. Im Berichtsjahr wurde in total 19 Fällen zusammen mit den Betroffenen nach Lösungen gesucht.

Beratungserfolg

	Volljährige Kinder – Eltern	getrennt lebende Eheleute
Total Mediationen	15	4
– aussergerichtliche Vereinbarungen	8	2
– keine Unterhaltsbeiträge zumutbar	3	0
– keine Einigung; auf den Gerichtsweg verwiesen	3	1
– Abbruch	0	1
– pendent Ende Jahr	1	0

Nettoaufwand Kleinkinderbetreuungsbeiträge



162 (166) Familien kamen in den Genuss von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (KKBB). 1 484 836 Franken wurden an KKBB ausgerichtet. 94 039 Franken gingen ein an abgetretenen Unterhaltsbeiträgen, nachträglich eingehenden Renten, Taggeldern oder Rückerstattungen für zuviel ausgerichtete Beiträge (späte Meldungen bei Wegzug und anderen Änderungen der Verhältnisse). Der Nettoaufwand sank um 8.3 % auf 1 390 797 Franken (1 517 890).

In 40 (48) Fällen wurde der Antrag auf KKBB abgelehnt.

Kinder- und Jugendheim Oberi

Im Jahr 2002 betreute das Kinder- und Jugendheim Oberi 37 Kinder im Alter zwischen 6 und 18 Jahren. Gegenüber den Vorjahren ist die Fluktuation geringer, 4 Eintritten stehen 6 Austritte gegenüber. Von den ausgetretenen Kindern konnten 4 ins Elternhaus zurückkehren, ein Kind kam in ein anderes Heim und eines in eine Pflegefamilie.

Wie auch in den Vorjahren war die Platzierungsanfrage grösser als das Angebot.

Belegungsstatistik

Anzahl Kinder	2002	2001
Anfang Jahr	33 Kinder	33 Kinder
Eintritte während des Jahres	4 Kinder	6 Kinder
Austritte während des Jahres	6 Kinder	5 Kinder
Total betreute Kinder	37 Kinder	39 Kinder
Alter der Kinder (Stand Herbst 2002)		
Vorschulalter	–	–
Kindergartenalter	2 Kinder	3 Kinder
Unterstufenalter	12 Kinder	14 Kinder

Anzahl Kinder	2002	2001
Mittelstufenalter	14 Kinder	10 Kinder
Oberstufenalter	6 Kinder	8 Kinder
Jugendalter	3 Jugendliche	6 Jugendliche
Belegungstage	11 782 Tage	12 208 Tage
Vollkosten pro Kind und Tag	Fr. 218.–	Fr. 209.–
Platzierungsinstanzen		
Vormundschaftsbehördliche Massnahme	31	33
Freiwillige Massnahme	6	6
Wohnsitz der Kinder		
Stadt Winterthur	13	17
Kanton Zürich	21	21
ausserhalb Kanton	3	1

Asylkoordination*

Die Zahl der in Winterthur zu betreuenden Asyl Suchenden in der 1. und 2. Unterbringungsphase ist mit der Führung von drei Notunterkünften höher als im letzten Jahr. Ende Jahr haben sich in Winterthur 1151 Personen des Asylrechts aufgehoben. 910 davon werden von der Asylkoordination finanziell unterstützt. Das vom Regierungsrat festgelegte Aufnahmekontingent lag während des ganzen Jahres bei 0,8 % der kommunalen Wohnbevölkerung und wurde im Schnitt zu 113,34 % erfüllt. Vom Parlament ist eine Erfüllungsquote von 120 % als Zielvorgabe festgelegt worden. Rund 55 % der Asyl Suchenden sind in Kollektivunterkünften untergebracht (1. Phase: Durchgangsheime «Kloster» und «Hammermühle», Notunterkünfte «Meisen», «Grüze» und «Ohrbühl», 2. Phase: Wohnheim «Hegifeld»). Kollektive Unterbringungsformen beinhalten die gemeinsame Nutzung von Küchen und sanitären Anlagen. Einzelpersonen sind in Mehrbettzimmern untergebracht, Familien je nach Grösse in einem oder zwei Zimmern.

Fehlende Unterbringungsmöglichkeiten in den Gemeinden, eine konstant leicht steigende Zahl von neu dem Kanton Zürich zugewiesenen Asyl Suchenden und ein immer noch ausgetrockneter Immobilienmarkt haben das Kantonale Sozialamt bewogen, den Auftrag zur Führung von drei Notunterkünften (1. Phase) auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Mit dem Kauf der Liegenschaften «Hegifeldstrasse 76/76a» und «Krummackerstrasse 1/3» durch die Stadt sichert sich die Asylkoordination längerfristig geeignete Unterbringungsmöglichkeiten.

Die Leistungsvereinbarung für die Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen ist bis Ende 2003 verlängert worden. 11 Gemeinden des Bezirks Winterthur haben sich entschieden, der Asylkoordination Winterthur für vorerst zwei Jahre das Mandat zur Betreuung ihrer Asyl Suchenden zu übertragen.

Für Asyl Suchende in Durchgangszentren und Notunterkünften haben Tagesstrukturen eine wichtige Funktion. Dazu gehören die aktive Teilnahme am Grosshaushalt (Einkaufen, Kochen, Essen, Reinigungsarbeiten und Teilnahme an den regelmässigen Hausversammlungen) und die zentralen Angebote im Volkshaus (Cafeteria, Kraftraum, Sprach- und Computerkurse und Sport). Sie erhalten und fördern insbesondere die Rückkehrfähigkeit der Asyl Suchenden.

Niederschwellige Einrichtungen für Drogenabhängige

Die Einrichtungen der Drogenhilfe bestehen nun seit 10 Jahren in Winterthur. Ausgangspunkt war das Konzept des Gemeindepräsidentenverbandes des Kantons Zürich für die Dezentralisierung der Hilfsangebote für Sucht-

* Die Asylkoordination ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

mittelabhängige. Diese Grundlagen und die Schaffung von lokalen und überregionalen Angeboten sollten der Stadt Zürich helfen, die offene Szene aufzulösen und Auswärtige für die Betreuung an ihre Wohnorte zu verweisen. In Winterthur wurde das Drogenkonzept mit zwei Volksabstimmungen gesetzlich verankert. Seit 1995 werden die Angebote für Drogenkonsumierende der Stadt Winterthur und der privaten Anbieter in der Hauptabteilung Niederschwellige Einrichtungen koordiniert. Die Hilfsangebote sind in das 4-Säulen-Modell der Drogenpolitik des Bundes eingebunden.

Die bestehenden Einrichtungen wurden in diesem Jahr mit einem externen Berater auf ihr Angebot hin überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass Angebote im Bereich Wohnen zusammen gefasst werden können. Das Angebot der Notschlafstelle soll im Jahre 2003 in das Begleitete Wohnen integriert werden. Daraus ergibt sich eine schlankere Struktur und Einsparungen bei der Betreuung. Notbetten sollen weiterhin zur Verfügung stehen, um akute Notsituationen auffangen zu können.

Auch in diesem Jahr wurden für interessierte Personen verschiedene Informationsveranstaltungen zur Arbeit mit Suchtmittelabhängigen durchgeführt.

Im erweiterten stadträtlichen Drogenausschuss fand zwischen den beteiligten sozialen und polizeilichen Dienststellen ein reger Austausch statt. Nach wie vor wichtige Themen waren die Verhinderung einer öffentlichen Drogenszene und der aufsuchende Einsatz von Sozialarbeitenden am Musikpavillon, um die Sozialverträglichkeit der Situation vor Ort zu erhöhen.

Soziale Vermittlungsstelle

41 Rückführungsanträge wurden seitens der Stadt Zürich gestellt, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr (16) entspricht. Sie betrafen insgesamt 24 Personen (16 Männer/8 Frauen). 4 Personen, darunter eine Person aus einer Bezirksgemeinde, wurden persönlich angehört oder aufgefordert, sich in spezifischen Beratungsstellen zu melden. Alle anderen sind in die sozialen Stellen der Stadt eingebunden. 14 der insgesamt 41 Anträge betrafen zwei einschlägig bekannte Männer, die oft polizeilich kontrolliert und in die Kaserne abgeführt wurden. Direkte Zuführungen über die Stadtpolizei Winterthur an die Vermittlungsstelle wurden nicht benötigt.

Abteilung Wohnen

Die drei Wohnangebote des Sozialamtes (Begleitetes Wohnen, Notwohnungen, Notschlafstelle) werden in der Abteilung Wohnen koordiniert. Die Angebote berücksichtigen die individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Wohnungssuchenden.

Abteilung Wohnen/Begleitetes Wohnen (BeWo)

Das niederschwellige Angebot des BeWo bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Die Klientel weist Verwahrlosungstendenzen sowie Krankheitsverläufe mit psychischen, physischen oder sozialen Problemen auf, die aus der Obdachlosigkeit resultieren. Die Miete wird je nach dem, wo diese Personen zusätzlich eingebunden sind, von den zuständigen Ämtern übernommen oder seltener auch selber bezahlt. Die Mitarbeiterinnen des BeWo begleitetes am Jahresende 52 Personen in der Bewältigung ihres Alltags. Die 1-Zimmer-Wohnungen und ein Haus mit 6 Plätzen sind in der Stadt Winterthur verteilt. In der selben Liegenschaft, in der sich die Notschlafstelle befindet, werden 7 Plätze angeboten. Für diese Plätze wird eine tägliche Präsenz gewährleistet,

während der Nacht sind die Mitarbeitenden der Notschlafstelle zuständig. Neuen Klientinnen und Klienten des BeWo wird nach Möglichkeit zuerst in dieser Liegenschaft ein Zimmer untervermietet. Des Weiteren wohnen im BeWo Klient/-innen, die eine äusserst minimale Wohn- und Sozialkompetenz aufweisen.

Die drei Sozialpädagoginnen unterstützen die Mieter/-innen in ihrem Bemühen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich Wohn- und Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern. Sie sollen lernen, mit Alltagsschwierigkeiten umzugehen, einen Haushalt zu führen und Konflikte mit der Nachbarschaft oder Wohnpartnern zu lösen. Ferner sollen sie den Umgang mit Behörden, Ämtern, sozialen Einrichtungen und Ärzten üben. In Einzel- und Gruppengesprächen werden Konfliktsituationen am Arbeitsplatz, mit Eltern, Freunden und Partnern thematisiert und gemeinsame Lösungen erarbeitet.

Mit allen Klient/-innen werden individuelle Ziele formuliert, schriftlich festgehalten und regelmässig überprüft. Der Umfang der Begleitung ergibt sich aus den persönlichen Bedürfnissen und Umständen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Abteilung Wohnen/Notwohnungen

Anfangs 2002 lag der Wohnungsbestand bei total 43 623 Einheiten. Gegenüber dem Vorjahr (43 293 Einheiten) ist er um 330 Einheiten gewachsen.

Die Leerwohnungsziffer hat wiederum abgenommen und betrug 0,36 % (0,52 %); dies entspricht 159 (223) leer stehenden Wohnungen. Die Suche und Vermittlung von Wohnungen für die Wohnungssuchenden ist schwieriger geworden.

Der freie Wohnungsmarkt ist nicht für alle gleich zugänglich. Kinderreiche Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, Sozialhilfebezüger/-innen, sozial auffällige Personen mit offensichtlichen psychosozialen Defiziten, Angehörige bestimmter ethnischer Bevölkerungsgruppen, Personen mit Einträgen im Betreibungsregister und Leute aus bescheidenen finanziellen Verhältnissen haben Schwierigkeiten, innert nützlicher Frist eine Wohnung zu finden. Umso erfreulicher ist es, dass für eine 11-köpfige Familie eine genügend grosse und zahlbare Wohnung gefunden werden konnte. Nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit zwischen Liegenschaftsverwaltungen und unseren Mitarbeitenden der Abteilung Wohnen sind immer wieder gute Lösungen möglich.

Immer öfter sind auch Alleinstehende und Familien betroffen, welche vom Stadtammannamt aus finanziellen Gründen oder aufgrund dissozialen Verhaltens aus ihren Wohnungen gewiesen werden.

Ein Übertritt in den freien Wohnungsmarkt wird immer unrealistischer. Im Jahre 2002 sind wiederum rund 70 Parteien an die Mitarbeitenden der Notwohnungen gelangt, wegen Ausweisungen, Nichtbezahlen der Miete, Verletzung der Sorgfaltspflicht oder aufgrund mangelnder Rücksichtnahme. Die Zahl ist seit längerer Zeit unverändert hoch.

Die Anzahl Objekte, welche die Mitarbeitenden der Notwohnungen verwalten, nahm im Berichtsjahr weiter zu. Einerseits sind die Mitarbeitenden der Notwohnungen Garant für die Mietzinszahlungen, andererseits wünschen sich die Verwaltungen seriöse Ansprechpersonen und vermieten deshalb kaum mehr an Private mit problematischem Hintergrund.

Statistik per 31. Dezember 2002

	2002	2001
Wohnungen / Einfamilienhäuser	146 / 3	129 / 3
Zimmer	8	7
In diesen Objekten wohnten am Stichtag		
Erwachsene	224	203
Kinder	237	205
Familien	57	56
Alleinerziehende	30	31
Einzelpersonen	52	46
Paare	7	7

Leer stehende Wohnungen

Jahr	Wohnungs- bestand am 1. Jan.	Neu erstellte Wohnungen	Leerstehende Wohnungen Total	davon in Neubauten bis 2 Jahre	Einfamilien- häusern	Leer- wohnungs- ziffer in %
1996	41 045	373	377	57	8	0,92
1997	41 396	450	379	52	5	0,92
1998	41 861	521	625	94	27	1,49
1999	42 364	675	613	37	12	1,45
2000	43 047	274	532	33	14	1,24
2001	43 293	338	223	10	12	0,52
2002	43 623	189	159	5	14	0,36

Leerwohnungsbestand nach Wohnungsgrösse

Jahr	Leerstehende Wohnungen am 1. Juni: Total	Wohnungen mit ... Zimmern				
		1-1½	2-2½	3-3½	4-4½	5-5½ 6 u. mehr
1996	377	52	61	117	120	21
1997	379	85	66	127	74	18
1998	625	113	119	177	169	38
1999	613	132	150	202	106	21
2000	532	82	96	232	95	24
2001	223	53	41	80	37	10
2002	159	17	21	57	39	22

Abteilung Wohnen/Notschlafstelle

Die Notschlafstelle bietet vorübergehend obdachlos gewordenen Menschen jeweils zwischen 21.15 Uhr und 08.30 Uhr eine Übernachtungsmöglichkeit an. Dabei spielt der Grund der Obdachlosigkeit keine Rolle. Zielpublikum sind Menschen mit Sucht-, psychischen und/oder sozialen Problemen.

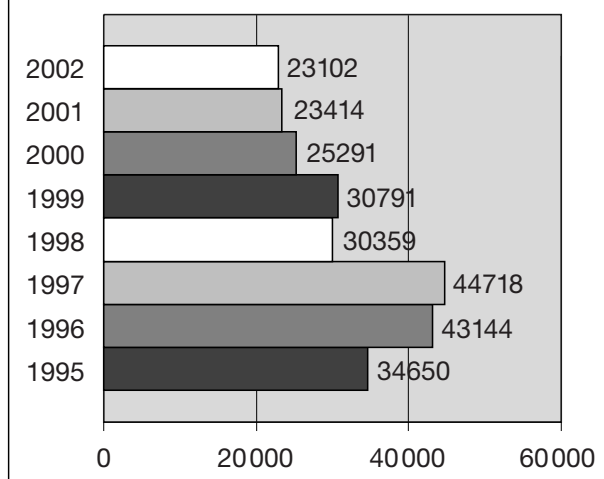
Im Durchschnitt haben im letzten Jahr 4 Personen pro Nacht in der Notschlafstelle übernachtet. Diese geringe Belegung gab Anlass, die Struktur im Bereich Niederschwelliges Wohnen zu überdenken. Die Notschlafstelle wird im Jahr 2003 mit dem Begleiteten Wohnen zusammengelegt. Damit wird eine schlankere Struktur und ein geringerer Betreuungsaufwand erreicht. Das Angebot von Notbetten soll bestehen bleiben, um akute Notsituationen auffangen zu können. Das Angebot wird jedoch zugunsten von fest zugewiesenen Zimmern verkleinert. Damit wird eine qualitative Verbesserung der Situation für betroffene Menschen erreicht.

Drogenanlaufstelle (DAS)

Die DAS ist täglich von 12.00 bis 19.00 Uhr geöffnet (dienstags von 13.00 bis 19.00 Uhr). Die DAS führt einen Cafeteria-Betrieb mit kostenlosen bzw. preisgünstigen Ernährungsangeboten wie Suppe, Brot, Birchermüsli usw. Neben der Möglichkeit, sich in der DAS aufzuhalten und Gespräche zu führen, stehen der Klientel Waschmaschine und Tumbler, Dusche, Nähmaschine, Tageszeitungen, Bücher, verschiedene Spiele, ein Computer sowie eine aktuelle Infothek zu verschiedenen Themen rund um die Drogenabhängigkeit zur Verfügung.

Durchschnittlich wurde die DAS im 2002 von rund 63 Personen pro Tag besucht. Der Anteil von psychisch kranken Personen hat zugenommen. Die Themen Gesundheit

Klienten 1995 bis 2002



und Hygiene haben nach wie vor prioritären Stellenwert. Zwei Personen mussten wegen Drohung und Tötlichkeit von der Stelle weggewiesen werden.

Zur Aids- und Hepatitisprävention wurden in diesem Jahr 112 800 (Vorjahr 151 000) Spritzen sowie 345 000 (346 000) Nadeln im Tauschverfahren abgegeben. Der Rückgang bei den Spritzen zeigt eine Veränderung beim Konsum: es werden vermehrt Drogen geraucht oder gesniffelt. Nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeit, eine Vene zu finden, werden Alternativen zum intravenösen Konsum angewendet. In der DAS werden auch Spritzenabszesse und kleinere Verletzungen behandelt. Wenn erforderlich, werden die Betroffenen an Ärztinnen und Ärzte oder in medizinische Einrichtungen weiter vermittelt. Zu Reanimationen aufgrund von Überdosierungen kam es im Berichtsjahr nicht.

Grosser Nachfrage erfreuen sich nach wie vor die Arbeitsangebote. Insgesamt wurden wieder rund 2400 Arbeitsstunden à 15 Franken Stundenlohn geleistet. Die Arbeitsangebote umfassen hauptsächlich Reinigungsarbeiten, Thekenmitarbeit und Kochen sowie kleinere Reparaturen und Renovationen in der DAS. Unter Mithilfe von Klienten wurde der Boden der Anlaufstelle neu gemalt.

Weiterhin besteht ein Bedarf nach Auskunft und Beratung bezüglich Entzugs- und Therapiemöglichkeiten. Die Infothek sowie die Beratung durch das Personal wurde rege in Anspruch genommen. Auch wurden häufig Gespräche mit der Klientel über die persönliche Situation und die Lebensperspektiven geführt. Im Rahmen von Aktionswochen bzw. -tagen wurde auf die Themen «Drogen und Sexualität», «sauber Fixen» und über «Soziale Institutionen in Winterthur» eingegangen.

Die aufsuchende Drogenarbeit beim Musikpavillon wurde akzentuiert umgesetzt. Das Ziel der Arbeit beim Musikpavillon ist, die Sozialverträglichkeit der Szene zu erhöhen, d.h. Immissionen und Belästigungen mittels Interventionen zu vermindern und Informationen über Hilfsangebote und Beratung zu vermitteln. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Lärmbelästigung, der Gewalt, der akuten Gefährdung der Gesundheit, den einzelnen Drogen konsumierenden Müttern, die sich mit ihren Kindern in der Szene aufhalten, den frei laufenden Hunden sowie dem öffentlichen Urinieren.

Der aufsuchende sozialarbeiterische Einsatz beim Pavillon ist sinnvoll und notwendig, auch wenn die Sozialverträglichkeit nicht restlos erreicht werden konnte. Drei Personen mussten notfallmässig wegen akuter Intoxikation mit der Ambulanz ins Spital gebracht werden. In zwei

Fällen wurde der notfallpsychiatrische Dienst aufgeboten, welcher eine Einweisung in eine Psychiatrische Klinik veranlasste.

Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen

Dieser Hauptabteilung gehören an:

- Beratungsstelle für Drogenprobleme
- Suchtpräventionsstelle (Suprä), eingeschlossen die supra-f Projekte jump und jumpina
- Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA)
- Zentrum für heroïn- und methadongestützte Behandlung IKARUS

Verwaltungsorganisatorisch unterstehen 3 von 4 Abteilungen (Ikarus, Suprä, WFA) ausschliesslich dem Sozialamt der Stadt Winterthur. Ausnahme bildet die Beratungsstelle für Drogenprobleme. Die Trägerschaft dieser Abteilung teilen sich Kanton und Stadt je zur Hälfte. Die kantonale Vertretung der Trägerschaft obliegt der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw). Nach einer Aufbauphase im Jahre 2001 hat sich die Zusammenarbeit gut eingespielt, und alle Abläufe sind klar geregelt. Die Zusammenarbeit im Suchtbereich, an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Gesundheitswesen, ist nach wie vor beispielhaft, so dass Synergien für beide Seiten nutzbar sind.

Die Aufteilung der Beratungsstelle für Jugend- und Drogenprobleme in einen Bereich Drogen und einen Bereich Jugend konnte abgeschlossen werden. Jugendliche können nun an einer für sie spezialisierten Einrichtung fachgerecht und optimal betreut und behandelt werden.

Die beiden vom Bundesamt für Gesundheit im Rahmen der supra-f Projekte geführten Betriebe jump und jumpina sind weiterhin ausgebucht und stossen bei Zuweisen wie Jugendlichen auf grosse Akzeptanz. Die Sicherung der weiteren Finanzierung dieser beiden wegweisenden Projekte ist ein besonderes Anliegen.

Beratungsstelle für Drogenprobleme

Die im Sommer 2001 begonnene Aufteilung der Beratungsstelle für Jugend- und Drogenprobleme wurde im Herbst 2002 endgültig abgeschlossen. Die Beratungsstelle für Jugendprobleme ist nun vollumfänglich eine Einrichtung der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw), während die Beratungsstelle für Drogenprobleme weiterhin zu gleichen Teilen von der Stadt Winterthur und der Integrierten Psychiatrie Winterthur getragen wird. Die Betreuung von Langzeitdrogenabhängigen, die in Substitutionsprogrammen involviert sind, steht im Vordergrund. Die Tatsache, dass es sich dabei meist um schwer drogenabhängige, sozial nur schlecht integrierte Menschen mit psychischen und körperlichen Begleiterkrankungen handelt, macht intensive therapeutische und sacharbeiterisch-unterstützende Interventionen notwendig. Die bisher in das Behandlungskonzept integrierte Sozialarbeiterstelle wechselt per Anfang 2003 in die Sozialberatung. Durch den Auszug der Jugendlichen ist die Zahl der behandelten Fälle in der Beratungsstelle für Drogenprobleme leicht zurück gegangen. Diese Fälle mussten von dem nun deutlich kleineren Team getragen werden. Die Zahl der Aufnahmen ins Behandlungsprogramm nahm etwas ab. Die Zahl der abgegebenen Methadondosen nahm jedoch zu. Dies bedeutet, dass die Auslastung des Methadonprogramms – entsprechend dem Trend der vergangenen Jahre – erneut zugenommen hat. Die Zahl der Behandlungsabbrüche und Wiedereintritte hat abgenommen. Es ist also gelungen, den Anteil jener, welche konstant ins

Behandlungsprogramm involviert sind, weiter zu erhöhen. In Beratungsgesprächen wurden von Eltern und Angehörigen besonders oft Fragen zu Cannabis und Partydrogen sowie zu Suchterkrankungen gestellt.

Statistik	2002	2001
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	513	(677)
Neue Informationen, Beratungen einmalig	324 189	(405) (120)
Bisherige	280	(272)
2. Behandlungsabschlüsse weiterlaufende Behandlungen	341 189	(397) (280)
3. Konsultationen nicht stattgefunden in %	4 175 1 017 24	(7 264) (1 235) (17)
4. Präsentiersymptomatik Patient/-innen mit Suchtproblematik davon im Methadonprogramm abgegebene Methadondosen	307 198 52 724	(337) (256) (51 649)
5. Öffentlichkeitsarbeit Abendveranstaltungen Mitwirken in versch. Kommissionen (Drogen, Jugend, niederschwellige Einrichtungen und Konzeptgruppen) externe Weiterbildungsveranstaltungen	5 65 20	(5) (62) (40)

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA)

In der Stadt Winterthur hat sich die WFA mit ihrer zentralen Aufgabe der multiprofessionellen Beratung und Behandlung von Menschen mit legalen Suchtproblemen gut etabliert und wird von der Bevölkerung weiterhin rege benutzt.

Oft kommen Betroffene erst in einer Krisensituation, wünschen eine kurze Beratung, um möglichst schnell wieder funktionstüchtig zu sein. Vielfach stehen sie einer nötigen länger dauernden Behandlung ambivalent gegenüber. In einer Therapie muss manchmal über Monate hinweg versucht werden, den Alkoholkranken zu motivieren, weitere Hilfe anzunehmen. Die WFA verfügt über ein breites Behandlungsangebot. Je nach Problemstellung kommen ärztlich-psychiatrische, psychotherapeutische und sozialarbeiterische/sozialpädagogische Hilfeleistungen zum Einsatz. Einen grossen Stellenwert hat zudem die Beratung oder der Einbezug von Familienmitgliedern in den Therapieprozess.

Anlässlich der neuen Vereinsgründung der Fachstellenkonferenz der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Alkoholprobleme im Kanton Zürich (FSKZ) ist die WFA, als Vertreterin des Sozialamtes der Stadt Winterthur, mit einem Vorstandsmitglied vertreten. Die FSKZ engagiert sich für die Entwicklung und Sicherstellung eines umfassenden, fachlich qualifizierten und flächendeckenden Angebotes zur ambulanten Beratung und Behandlung von alkoholgefährdeten und alkoholabhängigen Menschen im Kanton Zürich. An deren Umsetzung sind die Mitarbeitenden der WFA in diversen Arbeitsgruppen zusätzlich massgeblich beteiligt.

Statistik	2002	2001
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	362	(344)
Neue Ausführliche telefonische Beratungen	205 93	(204) (81)
Bisherige	157	(140)
2. Behandlungsabschlüsse weiterlaufende Behandlungen	208 154	(106) (157)
3. Konsultationen nicht stattgefunden in %	4 182 427 10	(4 286) (391) (9)

(Fortsetzung Statistik)	2002	2001
ausführliche telefonische Beratungen	312	(439)
Atemlufttests	724	(644)
Antabusabgaben	653	(1 000)
4. Gruppen		
geleitete Gruppen	1	(1)
Teilnehmer	11	(18)
Abende	14	(16)
5. Präsentiersymptomatik		
Patienten mit Suchtproblematik	93	(316)
Patienten mit anderem Präsentiersymptom	9	(28)
6. Öffentlichkeitsarbeit		
Abendveranstaltungen	8	(11)
Schulklassen (Primärprävention)		
Mitwirken in versch. Kommissionen	21	(25)
(Drogen, Jugend, niederschwellige Einrichtungen und Konzeptgruppen)		
externe Weiterbildungsveranstaltungen	9	(14)

Zentrum zur heroïn- und methadongestützten Behandlung Ikarus

Die im Vorjahr veränderten Strukturen haben sich im Jahre 2002 konsolidiert und bewährt.

Die im November 2001 bewilligte Erhöhung der Behandlungsplätze von 39 auf 55 wurde im Jahr 2002 schrittweise durchgeführt.

Heroinprogramm

Patientenstand:	1.1.2002	41
Eintritte	1.1.2002 – 31.12.2002	16
Austritte:	1.1.2002 – 31.12.2002	6
Patient/-innenzahl	31.12.2002	51*

* 40 Patienten; 11 Patientinnen

Die Anzahl der Behandlungstage stieg von 13 598 im Jahr 2001 auf 16 343 im Jahr 2002. Die Abgabezeiten mussten verlängert werden, der Personalbestand blieb gleich. Total wurden 5 775 400 mg flüssiges Heroin und 12 907 Heroin-tabletten abgegeben. Es wurde Heroin im Betrag von 111 238.60 Franken eingekauft. Die heroingestützte Behandlung wurde ab 1.7.2002 eine Krankenkassen-Pflichtleistung. Mit der santésuisse Zürich-Schaffhausen wurde ein Vertrag ausgearbeitet, welcher die Finanzierung regelt. Neu werden ca. 75% der Kosten der heroingestützten Behandlung durch die Kassen übernommen. Im Zentrum Ikarus wurden zwei Kontrollbesuche vom Bundesamt für Gesundheit und ein Kontrollbesuch von der Swissmedic durchgeführt. In der vom Institut für Suchtforschung gesamt-schweizerisch durchgeführten Patientenbefragung schloss das Zentrum Ikarus in weiten Teilen über dem Durchschnitt ab.

Methadonprogramm

Belegungszahlen:	1.1.2002	27
Eintritte	1.1.2002 – 31.12.2002	5
Austritte:	1.1.2002 – 31.12.2002	6
Patient/-innenzahl	31.12.2002	26*

* 22 Patienten; 4 Patientinnen

Den Patient/-innen im Methadonprogramm wurde total 60 Liter Methadon im Wert von 3062.40 Franken und 16 794 Tabletten à 5 mg im Wert von 1409.30 Franken abgegeben.

Suchtpräventionsstelle für Stadt und Bezirk Winterthur (Suprä)

Das Geschäftsjahr 2002 war geprägt durch ein breites Spektrum an Themen, das in verschiedensten Projekten und Veranstaltungen bearbeitet wurde.

Bereich Jugend

Die beiden sekundärpräventiven, sozialpädagogischen Jugendprojekte *jump* und *jumpina*, die an der Schnittstelle Schule – Arbeitswelt ansetzen, sind weiterhin auf Erfolgskurs und immer ausgebucht. Sowohl die direkten Erfahrungen in der Arbeit mit den Jugendlichen und deren Bezugspersonen, als auch die Ergebnisse der Wirkungsforschung zeigen, dass die Projekte eine Lücke im Jugendhilfeangebot wirkungsvoll ausfüllen können. Der Vertrag mit dem Bundesamt für Gesundheit, das die Projekte unterstützt, wurde für *jump* für ein Überbrückungsjahr erneuert. Ende 2003 (*jump*) respektive Juli 2004 (*jumpina*) müssen die beiden Projekte in feste Angebote der Stadt Winterthur überführt werden.

Im Auftrag der Jugendanwaltschaft entwickelte die Suchtpräventionsstelle einen Kurs für Jugendliche, die wegen wiederholtem Cannabis-Konsum bei der Jugendanwaltschaft anhängig sind. Das Ziel des zweitägigen Kurses («Durchblick») ist, den Jugendlichen mehr Risikokompetenz bezüglich Cannabis zu vermitteln. Zwei solcher Kurse wurden im vergangenen Jahr durchgeführt. Für das laufende Jahr sind bereits drei weitere Kurse geplant. Dabei sollen parallel zum Kurs für die Jugendlichen auch die betroffenen Eltern einbezogen werden.

Bereich Schule / Heime

Durch die Neubesetzung der seit Herbst 2001 vakanten Stelle im Frühling 2003 konnte die Tätigkeit im Schulbereich wieder verstärkt werden. In verschiedenen Klassen der Mittel- und Oberstufe in der Stadt und in den Bezirks-gemeinden sowie in den dritten Klassen der Kantons-schule Rychenberg fanden diverse Veranstaltungen auf Klassen-, Lehrer/-innen- sowie Elternebene statt. Vermehrt konnten Schulhäuser dazu motiviert werden, die Suchtprävention auf struktureller Ebene anzugehen, das heisst, Massnahmen koordiniert für die ganze Schule zu planen und durchzuführen.

Im Schulheim Elgg konnte die Leitung bei der Erarbeitung des heimeigenen Suchtpräventionskonzeptes beraten und unterstützt werden. Die Suchtpräventionsstelle beteiligte sich auch an einer Projektwoche in der heim-internen Schule.

Im Rahmen der Kinderschutzkampagne «Vom Näherkommen und Grenzensetzen», die im Herbst 2001 in den Oberstufenschulen der Stadt lanciert wurde, hat die Suchtpräventionsstelle in Zusammenarbeit mit Schul-sozialarbeitenden ein Modul zur Vertiefung der Thematik auf Klassenebene entwickelt. Im Frühling wurden die Kampagnenplakate nochmals in den Schulhäusern sowie öffentlichen Plakatstellen präsentiert.

Bereich Elternbildung

Das durch das Bundesamt für Gesundheit unterstützte und durch die Suchtpräventionsstelle organisierte Elternbildungsprojekt *Femmes Tische* konnte im Herbst bereits zu dritten Mal gestartet werden. Seit Projektstart im Herbst 2001 wurden durch ortsansässige Moderatorinnen in mehreren Bezirks-gemeinden sowie der Stadt Winterthur über 80 FemmesTische mit gegen 600 Teilnehmenden durchgeführt. Bereits seit Herbst 2002 in Planung ist eine Ausweitung des Projektes auf die Zielgruppe der Migran-tinnen.

In Zusammenarbeit mit der Elternbildung der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur und mit dem Jugendsekretariat Winterthur-Land wurde im Herbst wiederum eine vierteilige Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen durchgeführt, die auf grosses Interesse stiess.

Nach den Sommerferien erhielten sämtliche Eltern von 11- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen im Bezirk Winterthur von der Suchtpräventionsstelle eine Broschüre zum Thema «Jugendschutz im Bereich Tabak, Alkohol und Cannabis». In mehreren Gemeinden fanden bereits vertiefende Veranstaltungen zum Thema der Broschüre statt.

Bereich Arbeit /Ausbildung

Auf Anfrage bietet die Suchtpräventionsstelle Weiterbildungen für Vorgesetzte in Betrieben zum Thema «Früherkennung am Arbeitsplatz» an. In Zusammenarbeit mit der WFA wurden zwei Kurse durchgeführt.

Das Projekt «Rauchfreie Lehre» der Stadtverwaltung Winterthur wurde im Herbst gestartet. Die Suchtpräventionsstelle hat an der Projektentwicklung mitgearbeitet.

Bereich Gemeinwesen

Die Gruppe der Kontaktpersonen für Suchtprävention der Bezirksgemeinden traf sich wiederum zu fünf Arbeits-sitzungen auf der Suchtpräventionsstelle. Nebst den Fachreferaten wurden den Kontaktpersonen zahlreiche Projektvorschläge sowie konkrete Präventionsinstrumente vorgestellt. In mehreren Bezirksgemeinden wurden Arbeitsgruppen zur Suchtprävention und Gesundheitsförderung beraten und in diversen Projekten und Aktionen unterstützt. Das Schwerpunktthema «Jugendschutz im Bereich Tabak, Alkohol und Cannabis» wurde durch den Versand der Elternbroschüre «Wenn Jugendliche rauchen, kiffen oder trinken» sowie durch einzelne Veranstaltungen in den Gemeinden präsentiert. Erste Umsetzungsschritte auf lokaler, vernetzter Ebene wurden bereits gemacht.

Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Das kantonale Schwerpunktthema im Bereich Suchtprävention (Jugendschutz) wurde durch die Plakatkampagne «Sucht beginnt im Alltag. Prävention auch.» breit

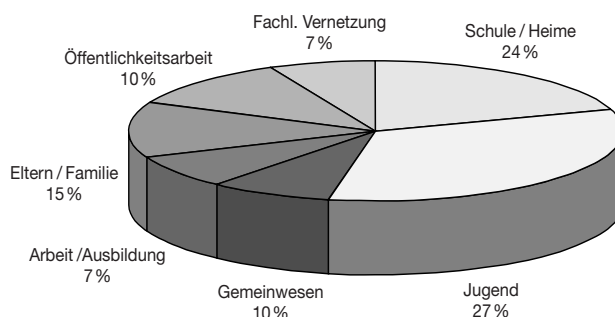
präsentiert. Die Suchtpräventionsstelle ist Mitglied der Begleitgruppe zur Kampagne. Ebenso beteiligt sie sich an der Herausgabe des Magazins «laut & leise» der Zürcher Suchtpräventionsstellen.

Fachliche Vernetzung

Die Zürcher Suchtpräventionsstellen stehen miteinander in enger Vernetzung. Unter der Leitung des Kantonalen Delegierten für Suchtprävention und Gesundheitsförderung finden regelmässig Arbeits- und Koordinations-sitzungen statt, die der Planung und Ausführung einzelner Projekte und Aktionen, aber auch der Weiterentwicklung der Suchtprävention im Kanton Zürich dienen. Auf nationaler Ebene ist die Suchtpräventionsstelle Mitglied des Verbandes Suchtfachleute Deutschschweiz (VSD). Auf lokaler Ebene ist ein Mitarbeiter der Stelle Mitglied der Jugendkommission.

Jahresstatistik 2002

Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Alter und Pflege

Seit anfangs Jahr verfügt der Bereich über eine veränderte Führungsstruktur, indem die Hauptabteilung Alter und Wohnen aufgelöst wurde und die Bereichsleitung neu durch verschiedene Fachstellen unterstützt wird. Dies ermöglichte den Abbau einer Hierarchiestufe und ergibt eine klarere Trennung von strategischen und operativen Aufgaben. Damit ist die Basis geschaffen, die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen der nächsten Jahre aktiv in Angriff zu nehmen. Das Jahr war geprägt durch den Bauabschluss und die Eröffnung des Alterszentrums Neumarkt sowie durch verschiedene personelle Veränderungen in einzelnen Organisationen des Bereichs.

Der Bereich Alter und Pflege ist die grösste Organisationseinheit der Stadtverwaltung Winterthur. Dazu ein Überblick in Zahlen:

- 740 Betreuungs- und Pflegeplätze in Alters- und Krankenheimen
- 1200 von der Spitex betreute Personen (Gemeindekrankenpflege + Hauspflege)
- 420 Klientinnen und Klienten der Beratungsstelle für das Alter
- Abwicklung von 270 Eintritten in Alters- und Krankenheimen
- 650 Stellen (über 1000 Mitarbeitende)
- 200 Ausbildungs- und Praktikumsplätze
- 100 Schülerinnen und Schüler der Schule für Pflegeberufe

Die Grösse der Organisation sowie die Vielfalt und Komplexität der Fachthemen führten in der Vergangenheit die Verantwortlichen immer wieder an die Grenzen des Bewältigbaren. Dank der neuen Führungsstruktur, in der die Bereichsleitung durch Fachstellen unterstützt wird, kann sichergestellt werden, dass die Unternehmung auch künftige Herausforderungen bestehen kann. Diese sind vielfältig und vielschichtig. Sei dies bei der generelle Unternehmensführung oder im Bereich der Betriebswirtschaft mit Kostenrechnung, Benchmarking sowie Kosten- und Ertragsoptimierung. Dann auch bei der Weiterentwicklung der bestehenden Angebote und die Umsetzung der in der Altersplanung 2010 vorgeschlagenen Massnahmen. Und nicht zuletzt im Bereich der Qualitätssicherung, wo Grundlagen überarbeitet werden und Inhalte den sich ändernden Rahmenbedingungen – inhaltlich und finanziell – anpassen müssen.

Die strukturelle Besoldungsrevision, welche in der ganzen Stadtverwaltung per Mitte Jahr umgesetzt wurde, führte im personalintensiven Bereich Alter und Pflege zu entsprechendem Zusatzaufwand. Nebst der Mitarbeit bei der Erarbeitung der Grundlagen mussten alle Einstufungen individuell überprüft und ins neue System überführt werden. Gerade im Gesundheitsbereich hat die Besoldungsrevision zu einer Besserstellung des Personals geführt. Allerdings konnten die berechtigten Erwartungen des Personals mangels finanziellen Möglichkeiten der Stadt nur teilweise erfüllt werden.

Im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten führten der Weggang der Geschäftsführerin und weitere Abgänge im Kader zu grösseren personellen Veränderungen. Innerhalb der vierköpfigen Geschäftsleitung wurden die Geschäftsführung, die Leitung Betreuung und Pflege sowie die Leitung Hotellerie neu besetzt. Besonders die fristgerechte Besetzung der Stelle des Geschäftsführers gestaltete sich schwierig. Dank einer Interimslösung konnten

Engpässe weitgehend vermieden und ein reibungsloser Betrieb sichergestellt werden.

Im Sommer konnten die Bauarbeiten am Alterszentrum Neumarkt termingerecht abgeschlossen und ein neues Kapitel in der langen Geschichte dieses historischen Hauses in Angriff genommen werden. Für alle Betroffenen, ob Mitarbeitende, Bewohnerinnen und Bewohner, Angehörige oder Verantwortliche eine grosse Erleichterung und Freude. Ende Jahr war das gesamte Alterszentrum beinahe voll belegt.

Im Herbst wurde der Gastronomie- bzw. Verpflegungsbereich aller Heime einer Ist-Analyse unterzogen, um Hinweise auf Veränderungsbedarf bei der Organisation und der Infrastruktur zu erhalten. Die mit der Analyse betrauten Spezialisten zeigten auf, dass die in die Jahre gekommene Infrastruktur der Heime Adlergarten, Brühlgut, Oberi und Rosental in den nächsten Jahren zum Teil grössere Investitionen benötigen. Der Bericht zeigt aber auch, dass die Verpflegungsbereiche der Heime zeitgemäss organisiert sind. Trotzdem sind auch da organisatorische Verbesserungen möglich.

Nachstehend ein Überblick über den Personalbestand des Bereichs Alter und Pflege:

Personalstatistik per 31. Dezember

	Stelleneinheiten	Personen		Total
		Männer	Frauen	
Bereichsleitung	4,6	2	3	5
Beratungsstelle für das Alter	8,7	0	13	13
Altersheim Brühlgut	79,8	18	134	152
Altersheim Rosental	52,9	9	77	86
Alterszentrum Neumarkt	55,8	11	81	92
Alters- und Pflegezentrum Adlergarten	229,1	49	273	322
Wohn- und Pflegezentrum Oberi	148,6	33	181	214
Schule für Pflegeberufe	8,1	3	7	10
Spitex	63,1	2	116	118
	650,7	127	885	1012
Ausbildungsverhältnisse*	60,2	21	55	76
Total	710,9	148	940	1088

* ohne Praktikantinnen und Praktikanten

Privat geführte Institutionen mit städtischer Beteiligung

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Mitte Jahr konnte eine neue Pflegewohngruppe mit 7 Plätzen in der GAIWO-Siedlung an der Schlosstalstrasse in Betrieb genommen werden. Diese ersetzt die (zu) kleine und vom räumlichen Standard her nicht mehr zeitgemässe Einheit an der Lindstrasse mit 4 Plätzen. Ende Jahr bestand das Angebot des Vereins somit aus insgesamt 21 Plätzen: 6 Plätze Lindstrasse, 8 Plätze Tägelmoss und 7 Plätze Schlosstalstrasse. Die Auslastung war mit 98,3% (Vorjahr 98,1%) trotz Umzug sehr gut.

Ambulante Dienste der Pro Senectute

Der Haushilfedienst erbrachte 43 999 (42 346) Einsätze in 1306 (1120) Haushaltungen. Zur Bewältigung der 74 323 (71 052) Einsatzstunden standen 130 (131) Helferinnen bzw. 46,6 (45,3) Stellen zur Verfügung.

Der Mahlzeitendienst lieferte 63 796 (66 488) im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten produzierte Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 327 (567) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 899 Std. (1282 Std.) bei 288 (233) Einsätzen.

Stelle für Altersarbeit

Fachtagung «Von Betroffenen zu Beteiligten»

An der Fachtagung «Von Betroffenen zu Beteiligten», welche im März 2002 stattfand und mit rund 120 Personen wiederum ein grosses Echo fand, konnte eine der zwanzig Massnahmen der Altersplanung 2010 thematisiert werden: Ressourcen der Seniorinnen und Senioren nutzen. Insbesondere das Referat von Frau Angeline Fankhauser, Präsidentin Schweizer Seniorinnen- und Seniorenrat, gab einen Input für die anschliessende lebhaftige Diskussion. Der Themenkreis «Von Betroffenen zu Beteiligten» oder auch «wie werden Beteiligte zu Betroffenen» wird die Altersarbeit der nächsten Jahre permanent begleiten. Der adäquate Einbezug Betroffener ist und bleibt ein wichtiger Leitgedanke in der Altersarbeit der Stadt Winterthur.

Neue Stelleninhaberin

Mitte Jahr hat die neue Stelleninhaberin die Aufgaben der Fachstelle Entwicklung/Altersarbeit übernommen. Diese Stelle beinhaltet auch die Funktion «Stelle für Altersarbeit» des Altersforums Winterthur, welches einen finanziellen Beitrag an die Stelle leistet. Im Altersforum sind alle Organisationen zusammengeschlossen, welche in Winterthur im Bereich der Altersarbeit bzw. -hilfe tätig sind. Während der Einarbeitungszeit besuchte die neue Stelleninhaberin die Organisationen des Altersforums, um einen Einblick in das jeweilige Tätigkeitsfeld und einen Überblick über die Vielfalt der bestehenden Angebote zu erhalten.

Projekte

Im Rahmen der Altersplanung 2010 wurden zwanzig Massnahmen definiert, welche die Versorgung der älteren Bevölkerung in den nächsten zehn Jahren sicher stellen sollen. Im Rahmen dieser Planung wurde mit dem Ausführungsplan begonnen, der aufzeigt, wie die Massnahmen umgesetzt und konkretisiert werden können. Erste Projekte wurden bereits initiiert, so wurde beispielsweise mit dem Projekt Wohn- und Betreuungsangebot für Menschen mit Demenz in der Stadt Winterthur gestartet. Da mit zunehmender Lebenserwartung auch die vor allem im Alter auftretenden Demenzerkrankungen zunehmen, werden in den nächsten Jahren in Winterthur weitere ambulante und stationäre Plätze nötig, um dieser steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Beratungsstelle für das Alter

Sozialberatung

Eine in den letzten Jahren einmalige Zunahme von Neuaufnahmen und die damit verbundene Fallzunahme kennzeichneten die Situation in der Sozialberatung. Waren in den Vergleichsmonaten der Vorjahre jeweils zwischen 4 bis maximal 12 Neuzugänge zu verzeichnen, häuften sich die Zahlen in den Monaten Januar, März und April auf teilweise mehr als das Doppelte.

Die kurz- und langfristigen Folgen in Form von beraterrischer und administrativer Mehrarbeit waren auch Ende Jahr noch spürbar. Die kontinuierliche Zunahme von Beratungen und Betreuungen von Seniorinnen und Senioren, welche zum Teil unter schweren psychischen Schwierigkeiten leiden, bedeutete für die Sozialarbeiterinnen eine zusätzliche Herausforderung. Immer wiederkehrende Interventionen mit oft wenig bis keinen erfolgversprechenden Perspektiven für die Betroffenen sind dafür charakteristisch.

Insbesondere bei komplexen Fällen mit Mehrfachproblemen zeigte sich die Anwendung der Case Manage-

ment Methode als äusserst hilfreiches Instrument, um die Lebensqualität aller Beteiligten nachhaltig zu verbessern respektive zu stabilisieren.

Wohnberatung / Anmeldung Heime

Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage durch das Marktforschungsinstitut IPSO wurden Kundinnen und Kunden der Wohnberatung, deren Angehörige sowie Fachpersonen im Bereich Altersarbeit systematisch befragt. Die Auswertung machte deutlich, dass der Leistungsstand der Wohnberatung erfreulich hoch ist. Die angebotenen Dienstleistungen und deren Qualität werden sehr geschätzt und als sehr wichtig für die Stadt Winterthur angesehen. Verbesserungen sind bei der Information über das Anmeldeverfahren, die Wartezeiten sowie der Finanzierung der Heimaufenthalte möglich.

Die Neueröffnung des Alterszentrums Neumarkt und die damit verbundene aufwändige Organisation von rund 40 Eintritten bildeten eine der Tätigkeitsschwerpunkte der Wohnberatung. Nach wie vor zeigt sich, dass aufgrund der frühzeitigen Entlassungen aus den Spitälern ein latenter Mangel an individuellen Pflegemöglichkeiten in Winterthur besteht. Die Notwendigkeit der in der Altersplanung 2010 vorgeschlagenen Massnahmen zur Schaffung neuer Wohnangebote für sozial Auffällige, für Demente, aber auch für Betagte, welche vorübergehend eine Wohnmöglichkeit benötigen, werden durch die Praxis bestätigt. Gleichzeitig entsprechen die durchschnittlichen Wartezeiten für den Eintritt in eines der städtischen Altersheime immer noch nicht dem angestrebten Jahr. Personen, welche definitiv auf der Warteliste sind, warten durchschnittlich 460 Tage (1,26 Jahre), Ehepaare gar 507 Tage (1,39 Jahre).

Freiwilligen- und Gemeinwesenarbeit

Mit viel Erfolg, überaus grossem Interesse und aktiver Teilnahme konnten sowohl der Einführungskurs für Freiwillige in die Altersarbeit als auch die Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Zusätzlich fanden die ersten Workshops zur Einführung in die Handhabung des neu erschienenen gesamtschweizerisch gültigen Sozialzeitausweises mit rund 40 freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Die Zusammenarbeit und der regelmässige Austausch mit der Freiwilligenagentur Winterthur und anderen Institutionen bieten eine wertvolle Ergänzung für die weitere Entwicklung innerhalb der Beratungsstelle für das Alter.

Statistik Beratungsstelle für das Alter

<i>Wohnberatung / Anmeldung Heime</i>		
Abklärungsbesuche durch Spitex	70	(78)
Warteliste per 31. Dezember		
<i>Altersheime:</i>		
Personen auf Warteliste	90	(107)
Personen in Abklärung	161	(146)
<i>Krankenheime:</i>		
Personen auf Warteliste	101	(72)
<i>Eintritte:</i>		
Altersheime	122	(85)
Krankenheime	147	(138)
<i>Sozialberatung</i>		
Beratungen/Betreuungen		
Stand 31. Dezember	289	(264)
– davon Geldverwaltungen	154	(153)
Total betreute Personen	422	(360)
<i>Mutationen</i>		
Neumeldungen	132	(104)
Abgeschlossene Fälle	133	(96)
<i>Buchungen</i>		
Anzahl Buchungsbelege	14 798	(13 884)

Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

Führungswechsel in der Zentrumsleitung

Im Berichtsjahr wurde fast die gesamte Geschäftsleitung – Geschäftsführer, Leiterin Betreuung und Pflege sowie Leiter Hotellerie – neu besetzt. Die vielen Vakanzen in den Führungsfunktionen erforderte bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Mass an Selbständigkeit und Eigeninitiative. Die Tätigkeiten konzentrierten sich inhaltlich auf die Bewältigung des Tagesgeschäftes mit dem Ziel den Bewohnerinnen und Bewohnern weiterhin eine qualitativ gute Betreuung und ein angenehmes Umfeld zu bieten. Dank dem Einsatz eines interimistischen Geschäftsführers konnte diese schwierige Phase gut bewältigt und Engpässe weitgehend vermieden werden.

Im letzten Quartal wurde in der Führungsebene an der Weiterentwicklung der Managementstruktur und vor allem auch an der Weiterführung des mit der Reorganisation vor vier Jahren initiierten Entwicklungsprozesses gearbeitet. Die festgelegte Struktur (Geschäftsleitung und Managementteam) ermöglicht eine Trennung der strategischen und operativen Aufgaben und eine breitere Meinungsbildung durch die Integration der für die zu bewältigenden Aufgaben wichtigen Fachbereiche (Finanzen, Personal, Kundendienst) im Managementteam.

Bei der Weiterführung des Veränderungsprozesses stellte sich den Verantwortlichen die Herausforderung, die verschiedenen bereits initialisierten Konzepte inhaltlich auf die wesentlichen Aspekte zu konzentrieren und kontinuierlich im Alltag umzusetzen.



Wohngruppenaktivität – Fahrt mit Pferdekutschen zur Eichmühle Hettlingen

Entwicklung Betreuung und Pflege

Während dem letzten Jahr stand die Besetzung der verschiedenen vakanten Stellen und damit die Erhaltung und Förderung der Pflege- und Betreuungsqualität im Vordergrund. Die meisten vakanten Stellen konnten mit entsprechend ausgebildetem und diplomiertem Personal besetzt werden. Unterstützt wurde dies sicher auch durch die Aufwertung der Pflegeberufe im Rahmen der Besoldungsrevision. Dank der Wiederbesetzung der Leitung Betreuung und Pflege konnten verschiedene sistierte Projekte zur Qualitätsverbesserung wieder aufgenommen bzw. weitergeführt werden. Zudem wurde durch die Pflege-mitarbeiterinnen und -mitarbeiter am gemeinsamen Pflegeverständnis gearbeitet. Das entsprechende interne Weiterbildungsangebot wurde erfreulicherweise rege benutzt und die Entwicklung geht in eine gute Richtung.

Die Wohngruppen haben in den letzten Jahren sukzessive mehr Selbständigkeit erhalten. Mehrere Gruppen nutzen die Möglichkeit, selber Veranstaltungen oder Ausflüge zu organisieren und damit den Bewohnerinnen und Bewohnern ein angenehmes und abwechslungsreiches Umfeld zu bieten.

Reorganisation und Optimierung in der Hotellerie

Das Hauptaugenmerk war in der Hotellerie auf die Gruppen Wäscherei/Näherei und Restauration gerichtet. Für die anderen Gruppen galt es, das Verständnis für das im Vorjahr mit Erfolg eingeführte Qualitätsmanagement zu fördern und in die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren.

Im Oktober erfolgte die geplante Auslagerung der Frottee- und Flachwäsche sowie der Berufskleider Betreuung und Pflege an die Zentralwäscherei Zürich, was einen Stellenabbau in der Wäscherei zur Folge hatte. Der Abbau konnte grösstenteils mit natürlichen Abgängen, Pensionierungen und internen Versetzungen aufgefangen werden. Mit der gleichzeitigen Umstellung von «konventionell» auf «nordisch» Schlafen wurde der Schlafkomfort der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert, und es konnten Kosten für die Wäschebeschaffung verringert werden.

Mit dem neuen Leiter Restauration, für den es galt, die neuen Produktionsmethoden, Arbeitsabläufe und -modelle einzuführen sowie die Qualität sicherzustellen, fanden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder den Weg zur Alltagspraxis. Im Rahmen der geplanten Neuanschaffung der Verpflegungssoftware, welche die Abläufe weiter verbessern wird, wurden die notwendigen Vorbereitungen für eine reibungslose Einführung getroffen.

Patientenstatistik Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

	Krankenhaus			Altersheim			Tagesklinik		
	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total
Bestand 1. Januar	46	150	196 (187)	3	13	16 (16)	23	22	45 (45)
Neuaufnahmen	73	146	219 (267)	2	4	6 (1)	15	11	26 (29)
Total	119	296	415 (454)	5	17	22 (17)	38	33	71 (74)
Todesfälle	34	53	87 (72)	0	0	0 (1)			
Austritte	43	86	129 (186)	1	5	6 (0)	11	15	26 (29)
Bestand 31. Dezember	42	157	199 (196)	4	12	16 (16)	27	18	45 (45)
Durchschnittsalter			85,2			85,0			76,82
0 – 49 Jahre	1	1	2					1	1
50 – 59 Jahre		2	2				2	1	3
60 – 69 Jahre	1	4	5				4	4	8
70 – 79 Jahre	8	22	30		4	4	7	5	12
80 – 89 Jahre	24	84	108	3	6	9	11	5	16
90 und mehr Jahre	8	44	52	1	2	3	3	2	5

Statistik Besetzung und Betriebskosten

	Krankenheim	Altersheim	Tagesklinik
Verfügbare Plätze	209	16	14
Durchschnittliche Tagesbesetzung	94,4 %	99,1 %	84,5 %
Pflege tage	72 012	5 785	2 940
Betriebsaufwand	Fr. 22 612 864	989 974	572 273
Betriebsertrag 1	Fr. 17 323 039	901 038	455 579
Kosten pro Tag/Patient	Fr. 314.01	171.13	194.65
	Fr. (316.10)	(156.21)	(171.64)
Ertrag pro Tag/Patient *	Fr. 240.56	155.75	154.96
	Fr. (248.47)	(156.47)	(153.14)

* ohne Staatsbeitrag

Es fällt auf, dass im Krankenheimbereich sowohl Kosten wie auch Ertrag leicht zurückgegangen sind. Beim Ertrag ist dies auf Schwankungen bei den BESA-Einstufungen, also dem konkreten Pflege- und Betreuungsbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner zurückzuführen, welcher schwierig vorauszuplanen ist. Im Gegensatz zum Vorjahr gab es zudem mehr Todesfälle mit hohen BESA-Einstufungen, die Neueintretenden sind in der Regel noch etwas weniger pflegebedürftig. Beim Altersheim entsprechen die Kosten denjenigen des Jahres 2000 (Fr. 170.99). Bei der Tagesklinik war im Vorjahr die Auslastung überdurchschnittlich und dadurch die durchschnittlichen Kosten entsprechend tief (Vergleich 2000 Fr. 209.13).

Altersheim Brühlgut

Vom Speisesaal zum Bewohner/innen-Restaurant

Mit dem Projekt vom «Speisesaal zum Bewohner/innen-Restaurant» wurden die Verpflegungsdienstleistungen zeitgemäss gestaltet, mehr Individualität ermöglicht und die Anzahl gleichzeitig essender Pensionärinnen und Pensionäre zu Gunsten einer ruhigeren und gepflegteren Atmosphäre verringert. Wenn 100 Personen gleichzeitig bedient werden wollen, ist ein individueller Service schwierig. Dies war mit ein Grund, einen neuen Versuch zu wagen. Nun erfolgt der Service am Abend in zwei Etappen. Bewohnende, die ihr Nachtessen gerne früher einnehmen, kommen bereits um 17.30 Uhr, diejenigen, die gerne etwas länger sitzen bleiben, werden ab 18.15 Uhr bedient. Dadurch wird die Hektik reduziert und eine Atmosphäre geschaffen, in der sich die Gäste wohl fühlen können.

Vor allem die Ausdehnung der Essenszeiten erforderte eine Neuorganisation des Servicebetriebes. Aufgrund der eher unattraktiven Arbeitszeiten im Speisesaal wurde es immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden. Das Problem konnte durch die Bildung eines neuen Arbeitsteams für Service und Betreuung beim Abendessen gelöst werden. Dadurch entfällt die beim Personal unbeliebte lange Mittagspause von drei Stunden.

Ende Oktober brachte eine Umfrage bei den Bewohnenden neue Erkenntnisse in Bezug auf Essensgewohnheiten und Essenswünsche. Gleichzeitig richtete der Leiter Gastronomie eine wöchentliche Sprechstunde ein, bei der Bewohnerinnen und Bewohner ihre Anliegen persönlich vorbringen können.

Bewohner/innen-Forum und Bewohner/innen-Vollversammlung

Im Reglement für die städtischen Alterswohneinrichtungen wird festgehalten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner das Recht haben, in den sie betreffenden Bereichen des Heimes mitzuwirken, aber auch einen Heimrat zu bilden. Viele Pensionärinnen und Pensionäre verfolgen mit Interesse das Geschehen im Heim. Dies war Motivation, diesem Thema ein besonderes Augenmerk zu widmen.

Das Bewohner/innen-Forum im Altersheim Brühlgut soll der Geschäftsführung beratend zur Seite stehen. Es wirft Fragen auf, bespricht und diskutiert eigene Anliegen sowie Anliegen aus der übrigen Bewohnerschaft sachlich. Diese Anliegen bzw. entsprechende Vorschläge können der Geschäftsleitung zur Bearbeitung weitergegeben werden.

Die Grösse des Forums ist auf 5–7 Mitglieder festgelegt, Frauen und Männer wenn möglich im Verhältnis zu der Anzahl Bewohnenden im Heim. Die Mitglieder treffen sich etwa achtmal jährlich. Die Teilnehmenden hatten Einsicht ins Leitbild des Altersheimes und erarbeiteten aufbauend darauf Leitsätze, nach denen sich das Bewohner/innen-Forum richtet. Diese enthalten u.a. die Aufgaben und Aufgabengebiete, die Organisation sowie die Art und Weise der Zusammensetzung. Ferner wird der Verantwortungsbereich festgehalten. Das Forum wünschte ausdrücklich die Begleitung einer von der Geschäftsführung delegierten Person, die zudem auch die anfallenden Sekretariatsaufgaben wahrnimmt.

Eine zusätzliche Möglichkeit zum Austausch bietet die Bewohner/innen-Vollversammlung. Hier können sich alle Pensionärinnen und Pensionäre zum Leben im Heim äussern. Eine Vollversammlung fand erstmals Anfang Juni 2002 statt. Das Bewohner/innen-Forum ebenso wie die Vollversammlung schaffen Grundlagen zu einer offenen, transparenten Kommunikation.



Bewohnerinnen und Bewohner diskutieren angeregt

Offene Sprechstunden

Für Anliegen, Fragen, Beanstandungen, Wünsche usw. der Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörigen wurden Anfang 2002 offene Sprechstunden eingeführt. «Offen» bedeutet, dass keine Anmeldung nötig ist. Alle zwei Monate, jeweils an einem Dienstagabend von 17.30 Uhr bis 20.00 Uhr stehen Leiterinnen und Leiter aus verschiedenen Bereichen Red und Antwort. Die Sprechstunden wurden zeitlich ausserhalb der normalen Bürozeiten festgelegt, damit auch berufstätige Angehörige von diesem Angebot profitieren können.

Alterszentrum Neumarkt

Vom Altersheim zum Alterszentrum

Mit der Fertigstellung des Neubaus und der Übergabe des umgebauten Altbaues hat der Neumarkt in jeder Beziehung ein neues Gesicht erhalten. Mit den verschiedenen Angeboten von Wohngruppen, Wohnungen, der Ausenwohngruppe und der Integration des Temporärheims Sunnehus ist ein modernes Alterszentrum entstanden, welches verschiedene Wohnformen ermöglicht.



Markanter Neubau – renovierter Altbau

Je nach Wohnform und den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner bietet das Heim differenzierte Dienstleistungen mit dem Ziel, dass sowohl Selbstständigkeit wie auch «das sich Beteiligten am täglichen Leben» möglichst lange erhalten bleiben.

Das Pflegen und Betreuen im Bezugspersonensystem und der Einbezug des psychobiografischen Pflegemodells nach Prof. Erwin Böhm ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern eine nachweislich bedeutend längere Aktivzeit. Bei diesem re-aktivierenden Ansatz geht es nicht primär um Aktivität, sondern um die Akzeptanz der Persönlichkeit und Biografie der Bewohnerinnen und Bewohner sowie um die Erhaltung ihrer Würde. Es zeigt sich dabei auch, dass mit dieser Arbeitssystematik die Mitarbeitenden zusätzlich motiviert sind, da sie mit einem grossen Anteil Eigenverantwortung aktiv an der Umsetzung des inhaltlichen Konzeptes mitwirken können.

Umbau und Einweihung

Nachdem die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 25. Juni 1995 dem Umbaukredit von über 30 Millionen Franken zugestimmt hatten, konnte nach dem Abbruch des südlichen Anbaues im März 1999 der Neu- und Umbau beginnen. Die Bauarbeiten wurden im Juli 2002 abgeschlossen.

Die drei Wohngruppen auf den jeweiligen Stockwerken wurden schrittweise eröffnet. Die Eröffnung der letzten Wohngruppe im ersten Stock anfangs Dezember wurde am Samichlaustag mit einem Fest zusammen mit den Mitarbeitenden und den Bewohnerinnen und Bewohnern gefeiert.

Der Bevölkerung wurde das Haus am 14. September 2002 mit einem Tag der offenen Türen vorgestellt. Der markierte Rundgang durchs Haus stellte an den entsprechenden Orten die Arbeitsteams, die Aufgabenbereiche, die bereits hier lebenden Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Zimmer vor. Diese ganze Präsentation wurde in einer Eröffnungszeitung «Neumarkt News» zusammengefasst und allen rund 1300 Besuchern abgegeben. Sowohl das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch die Reaktionen aus der Bevölkerung waren sehr positiv.

Vom Spital zum Alterszentrum

Ohne einen Blick auf die lange Geschichte dieses Hauses kann der «Neumarkt» nie in seiner ganzen Dimension erfasst werden. Am Tag der offenen Türen konnte das spannende und interessante Buch von Frau Dr. Frauke Sassnick Spohn «Der Neumarkt – Schauplatz der Winter-

thurer Sozialgeschichte» veröffentlicht und zum Kauf angeboten werden.

Darin wird aufgezeigt, dass der Weg vom Spital zum Alterszentrum uneben war, immer wieder zu politischen Turbulenzen führte und einige Jahrhunderte in Anspruch genommen hat. Bis ins 19. Jahrhundert war der Neumarkt nicht nur Altersheim, sondern Spital und damit vieles in einem: Armenhaus, Waisenhaus, Irren- und Krankenhaus, Fremdenasyl.

Der «Neumarkt» war der Ort, wo die Winterthurer Sozialpolitik umgesetzt wurde. Da sich die Sozialpolitik immer auf einem schmalen Grat zwischen Helfen und Strafen bewegte, war der «Neumarkt» auch Gefängnis und Zwangsarbeitsanstalt.



Der Neumarkt um 1930

Normalität

Durch den Einzug von rund 40 neuen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie dem Arbeitsbeginn vieler neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte die sogenannte Normalität nicht so schnell herbeigeführt werden. Es war von allen Beteiligten ein gutes Stück Arbeit zu leisten, um die lange und prägende Bauphase hinter sich zu lassen und die bereits erarbeiteten, zukunftsweisenden Konzepte und Standards in der alltäglichen Arbeit Schritt für Schritt umzusetzen.

Altersheim Rosental

Betrieb

Das Altersheim wurde 1978 in Betrieb genommen und wird seither intensiv genutzt. Dank regelmässigen Unterhaltsarbeiten und der fachgerechten Pflege der Infrastruktur waren bis auf den Umbau im Rahmen des Einbaus einer Pflegeabteilung bisher keine besonderen, ausserordentlichen Aufwänden nötig. Nun aber gelangen vor allem technische Anlagen an das Ende ihrer Lebensdauer. Damit nimmt der Unterhaltsaufwand kontinuierlich etwas zu. In naher Zukunft stehen auch einzelne grössere Sanierungsarbeiten an, wie beispielsweise der Ersatz der nicht mehr zeitgemässen Liftanlagen.

Betreuung und Pflege

Ein Thema, welches in einem Altersheim zum Alltag gehört, ist die Konfrontation mit der Vergänglichkeit. Das Loslassen von Beziehungen, das Gehenlassen von ehemals Wichtigem, das Nachlassen der Kräfte und das Sterben. Im Berichtsjahr wurden solche Themen an Weiterbildungsveranstaltungen für alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter aufgenommen. Das Begleiten während der letzten Lebensphase bedeutet für das ganze Personal eine grosse Herausforderung. Durch die Reflexion über die Vergänglichkeit wurde den Mitarbeitenden eine Möglichkeit gegeben, sich bewusst mit dem Loslassen auseinanderzusetzen. Das Bewusstsein um die Lebenszusammenhänge und die verschiedenen Lebensphasen bedeutet eine stabile Basis für die Betreuung und auch für die tägliche Zusammenarbeit.

Jede Arbeit im Heim hat einen konkreten Bezug zu den Bewohnerinnen und Bewohnern. Auf diese Verbindlichkeit, die Professionalität und die wohlwollende Menschlichkeit des Personals stützt sich die hohe Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihrer Angehörigen.

Kafi Rosental

Der Umsatz im Kafi Rosental stabilisierte sich im vergangenen Jahr auf einem guten Niveau. Eine externe Expertise stellte den Betriebsabläufen und der Qualität im Verpflegungsbereich ein gutes Zeugnis aus. Obwohl das Restaurant auf Kunden jeglichen Alters ausgerichtet ist, hat sich im Laufe der Jahre neben einer altersmässig gemischten Stammkundschaft das Segment der Seniorinnen und Senioren besonders entwickelt. Der Senioren-Mittagstisch ist gut etabliert.

Statistiken Altersheime

Besetzung und Betriebskosten

	Brühlgut	Neumarkt	Rosental
Verfügbare Plätze	145	96 ¹	104 ²
Durchschnittliche Tagesbesetzung	99,2 %	4 %	100 %
Bettenbelegungstage	52 489	20 202	38 983
Betriebsaufwand	Fr. 9 438 325	4 820 913	5 853 488
Betriebsertrag ³	Fr. 6 963 979	2 847 101	5 197 738
Durchschnittskosten pro Tag/Pensionär	Fr. 179,81 (170,73)	238,63 (259,48)	150,15 (143,53)
Ertrag pro Tag/Pensionär ³	Fr. 132,68 (134,81)	140,93 (132,78)	133,33 (143,08)

¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

² ohne Ferienabteilung

³ ohne Staatsbeitrag

⁴ für 2002 nicht relevant, da laufend Neueintritte

Bei den Betriebskosten fallen die hohen Kosten des Alterszentrums Neumarkt auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bauarbeiten Mitte Jahr abgeschlossen wurden und die neuen Zimmer erst im zweiten Halbjahr kontinuierlich besetzt werden konnten. Bei den Altersheimen Brühlgut und Rosental sinkt der Ertrag deshalb, weil die Pflegebedürftigkeit und somit die BESA-Einstufung der Bewohnerinnen und Bewohner schwierig vorausplanen ist. Vor allem im Altersheim Rosental gab es im Jahr 2001 mehr Todesfälle mit hohen BESA-Einstufungen als in den Vorjahren. Die Neueintretenden brauchen in der Regel noch wenig Betreuung und Pflege.

Bewohnerinnen und Bewohner Altersheime

	Brühlgut		Neumarkt ¹		Rosental		Total	
Bestand am 1. Januar	140	(143)	43	(44)	100	(102)	283	(289)
Neuaufnahmen	40	(22)	79	(34)	18	(30)	137	(86)
Total	180	(165)	122	(78)	118	(132)	420	(375)
Todesfälle	37	(24)	4	(13)	16	(29)	57	(66)
Austritte/Versetzungen	1	(1)	34	(22)	2	(3)	37	(26)
Bestand am 31. Dezember	142	(140)	84	(43)	100	(100)	326	(283)
Durchschnittsalter der Neueintretenden	82,7	(83,4)	82,9	87,7)	84,6	(86,5)	83,1	(85,6)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	87,7	(88,3)	84,8	(86,6)	88,7	(88,3)	87,4	(88,1)

¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

Wohn- und Pflegezentrum Oberi*

Organisatorisches

Seit anfangs Dezember sind nun in der Geschäftsleitung wie auch im mittleren Kader alle Kaderpositionen wieder besetzt. Zwei wesentliche Neuerungen betrafen die Geschäftsleitung. Einerseits die Umsetzung der neu geschaffenen Funktion Leitung Hotellerie und andererseits die Neubesetzung der Funktion Leitung Medizin und Therapien mit zwei Ärztinnen, die sich die Stelle seit Juli im Jobsharing teilen.

Im weiteren sind die Ergo-/Aktivierungstherapie und die Physiotherapie unter einer Leitung Therapien zusammengefasst. Diese Funktion konnte im Juni besetzt werden.



Das alljährliche Herbstfest

Betriebsgeschehen

Die Kundenzufriedenheit war wiederum im ganzen Wohn- und Pflegezentrum sehr hoch. Ob Angehörige, Patientinnen und Patienten der Wohngruppen, Bewohnerinnen und Bewohner der betreuten Wohngruppe oder Mieterinnen und Mieter der Alterswohnungen, alle sind zum grössten Teil mit den Dienstleistungen und der Atmosphäre zufrieden oder sehr zufrieden.

Das neue Leitbild und die entsprechenden Leitsätze konnten im Frühling in Kraft gesetzt und eingeführt werden. Es ist erfreulich, wie häufig man einem Leitsatz im Alltag begegnet. Anstatt vor dem Büro der Administration einfach warten zu müssen, kann z.B. der Monatsleitsatz gelesen und gleich schriftlich kommentiert werden.

Ein Ethikkonzept, in dem entsprechende Zielsetzungen und Massnahmen formuliert sind, wurde verabschiedet

* Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Gemeinsam an die frische Luft

und das neue Ethikkomitee ins Leben gerufen. Die Auswirkungen werden erst in Zukunft spürbar sein. Elf engagierte Personen (ein Patient, ein Mieter der Alterswohnungen, ein Angehöriger, eine Seelsorgerin und Mitarbeitende aus verschiedenen Fachbereichen) setzen sich dafür ein.

Das Jahr 2002 war ein Jubiläumsjahr: Ende Mai/Anfangs Juni konnten 20 Jahre Wohn- und Pflegezentrum Oberi gefeiert werden. Das bedeutete drei schöne Festtage im Zirkuszelt mit Clowns, Tieren, Musik, Brunch, Soft Ice, Tombola, Spass und viel guter Laune.

Kundinnen und Kunden

Nachdem die Belegung in den ersten Monaten aus den erwähnten organisatorischen Gründen eher unter dem üblichen Durchschnitt lag, konnte die Bettenbelegung per Ende Jahr doch noch auf 98,5% im Langzeitbereich gesteigert werden, so dass die Gesamtbelegung 98,24% betrug. Nach wie vor ist das Probewohnen ein wichtiges Thema vor allem für die betreute Wohngruppe. Dies ist für die richtige Platzierung und die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden sehr wichtig, senkt aber die Betriebserträge, da sich so freie Plätze nicht immer umgehend wieder besetzen lassen.

Patienten-, Bewohnerinnen- und Bewohnerstatistik Wohn- und Pflegezentrum Oberi

	Krankenheim		Betreutes Wohnen	
Bestand am 1. Januar	142	(140)	9	(8)
Neuaufnahmen	59	(44)	8	(4)
Total	201	(184)	17	(12)
Todesfälle	54	(42)	1	(1)
Austritte	1	(0)	7	(2)
Bestand am 31. Dezember	146	(142)	9	(9)
Pflegtage	52 514	(52 557)	3 067	(3 074)

Mitarbeitende

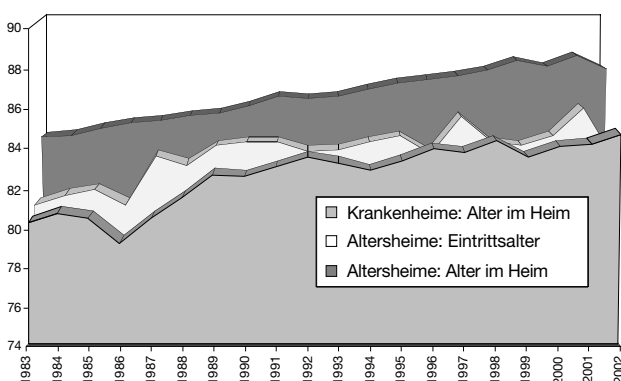
Die verschiedenen langen Absenzen beeinflussten die Arbeit auch im Jahr 2002. Ein grosses Engagement und viel Durchhaltewillen war in den betroffenen Teams nötig. Es ist sehr erfreulich, dass trotz allem die Betriebsziele eingehalten werden konnten, was auch die gute Qualität der Arbeit beinhaltet.

Als Betrieb, in dem die Ausbildung ein sehr wichtiger Bestandteil ist, hat sich das WPZ Oberi für das Pilotprojekt «Soziale Lehre – Betagtenbetreuerin» gemeldet und es konnte nebst zwei jungen Frauen eine weitere Person diesen Lehrgang beginnen.

Freiwillige

Dank hohem Einsatz der Leiterin der Freiwilligen-Dienste konnten wieder mehr Personen rekrutiert werden (2001: 43 Personen / 2002: 47 Personen). Diese freiwilligen Helferinnen und Helfer gehen mit den Patientinnen und Patienten spazieren, begleiten sie ins Cafe oder machen regelmässige Besuche auf den Pflege-Wohngruppen. Zudem organisieren sie regelmässig Anlässe wie Lotto-Nachmittage oder Jassgruppen und bereichern damit den Alltag im Heim.

Durchschnittsalter in den Heimen



Spitex

Spitex-Zentren

Im Laufe des Jahres konnte die definitive Planung für die Erweiterung des Spitex-Zentrums Wülflingen, welches sich in einer Liegenschaft der GAIWO befindet, aufgenommen werden. Das Zentrum, welches 1995 in Betrieb genommen wurde, genügt den heutigen räumlichen Bedürfnissen nicht mehr. Als Folge der Einführung des KVG und den damit verbundenen Veränderungen im Bereich der Dokumentation und anderen administrativen Aufgaben, werden zusätzliche Büroarbeitsplätze benötigt. Die Wohnung, die an das Zentrum angrenzt, wurde gegen Ende des Jahres frei, so dass mit den Umbauarbeiten noch im Dezember begonnen werden konnte.

Personelles

Während des ganzen Jahres war es nie möglich, alle Stellen gemäss bewilligtem Stellenplan zu besetzen. Dies einerseits aufgrund zu wenig geeigneter Bewerberinnen und Bewerbern, andererseits wegen der relativ hohen Fluktuation, beispielsweise infolge Geburt eines Kindes. Durch den häufigeren Wechsel nahm der Aufwand für die Personalrekrutierung wie auch für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen zu.

Abklärungsbesuche

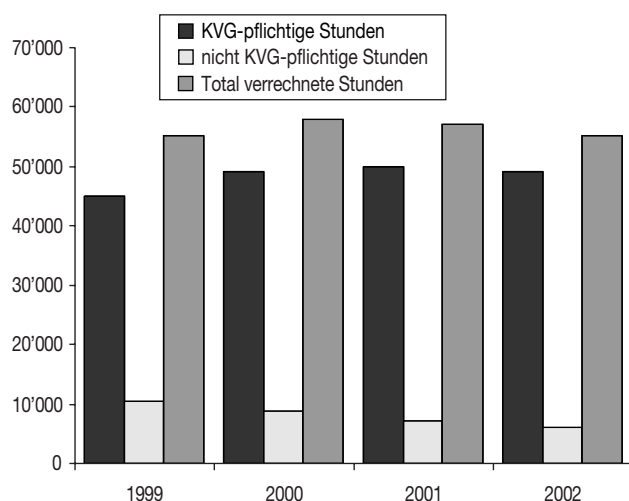
Im Auftrag der Wohnberatung der Beratungsstelle für das Alter haben zwei Spitexmitarbeiterinnen insgesamt 70 Abklärungsbesuche im Zusammenhang mit künftigen Altersheimeintritten gemacht. Diese unterstützende Dienstleistung wird von den Betroffenen, ihren Angehörigen und dem professionellen Netz gleichermassen sehr geschätzt und ist aus dem Angebot kaum mehr wegzudenken. Diese Besuche stellen auch sicher, dass dort wo erforderlich die nötige ambulante Hilfe sichergestellt und so ein Heimeintritt allenfalls hinausgezögert werden kann.

Verrechnete Einsatzstunden

Im Zusammenhang mit den vielen Vakanzen sind auch die Einsatzstunden um 1947 Stunden gesunken, wiederum ist der Rückgang vor allem bei den hauswirtschaftlichen Leistungen (– 1193) zu verzeichnen. Was sich schon seit einigen Jahren abzeichnet, wurde auch dieses Jahr wieder deutlich. Die komplexen Einsätze erfordern einen hohen Koordinations- und Organisationsaufwand. Zunehmend werden psychisch kranke oder suchtkranke Menschen von der Spitex betreut. Um diese Betreuung optimal gewährleisten zu können, ist der Koordination und Vernetzungsaufwand sehr gross. Es braucht vermehrt Gespräche mit Angehörigen, Ärzten und anderen Institutionen, die an der Betreuung beteiligt sind. Meistens ist es Aufgabe der Spitex, alle Beteiligten an eine Tisch zu holen, um ein gemeinsames Betreuungsziel zu definieren.

Deutlich wurde dieses Jahr auch, wie sehr sich der schwankende Arbeitsanfall auswirkt. Gab es Anfang Jahr in fast allen Zentren auch einmal flauere Phasen, mussten in der zweiten Jahreshälfte ca. 50 Einsätze an konfessionelle und private Spitexorganisationen weiter vermittelt werden, weil sie aus Kapazitätsgründen nicht übernommen werden konnten. Auch das wirkt sich negativ auf den Anteil der verrechenbaren Zeit aus.

	1999	2000	2001	2002
KVG-pflichtige Stunden	44 910	49 269	50 020	49 266
nicht KVG-pflichtige Stunden	10 383	8 663	7 152	5 959
Total	55 293	57 932	57 172	55 225



Schule für Pflegeberufe

Direktionswechsel und Projekt Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Winterthur

Das Jahr stand bereits im Zeichen der kommenden Veränderungen. Seit dem 1.1.2002 ist die Schule bezüglich Ausbildung Pflegeassistenz und Diplommiveau I (DN I) der Bildungsdirektion unterstellt. Für das Passerelle-Pro-

gramm und den Wiedereinstiegskurs bleibt weiterhin die Gesundheitsdirektion zuständig.

Es steht nun definitiv fest, dass es künftig auf der Sekundarstufe II die Ausbildung zum/zur Fachangestellten Gesundheit mit einer Dauer von drei Jahren gibt. Die Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau/zum diplomierten Pflegefachmann erfolgt im tertiären Bildungsbe- reich, d.h. an einer höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule.

Die drei Schulen, Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Diplommiveau II Rheinau, Krankenpfleges- chule am Kantonsspital Winterthur Diplommiveau II und die Schule für Pflegeberufe der Stadt Winterthur führten die Arbeiten für die Bildung eines Bildungszentrums für Gesundheitsberufe in der Stadt Winterthur weiter. Für die Umsetzung dieser Idee wurden in einem Projekt die Grundlagen erstellt. Im September wurde das Projekt durch eine Delegation der drei Schulen, die sich aus Schulkommmissionsmitgliedern und den Schulleitungen zusammensetzte, Regierungspräsident Buschor vorge- stellt. Das Projekt wurde positiv aufgenommen und die Arbeit fand grosse Anerkennung. Ende Oktober trafen sich die drei Schulleitungen mit Vertretern des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes der Bildungsdirektion, um das wei- tere Vorgehen zu besprechen. Für die Weiterarbeit fehlen zur Zeit die wesentlichen Grundsatzentscheide der Bil- dungsdirektion. Konkret konnte nur die Suche nach einem geeigneten Standort für das Bildungszentrum in der Stadt Winterthur an die Hand genommen werden.

Ein erfreuliches Zeichen von Seiten der Bildungsdirek- tion war, dass zwei der vier Pilotklassen zur neuen Fach- angestellten Gesundheit nach Winterthur kommen. Den Leistungsauftrag erhielt die Krankenpfleges- chule am Kantonsspital Winterthur DN II zusammen mit der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur. Die Klassen starten im Herbst 2003.

Auslastung der Schule

84 Lernende starteten in einem der vier Programme der Schule, 72 schlossen ihre Ausbildung ab. Das Interesse für alle Programme ist nach wie vor sehr gross. Die Werbung für Diplommiveau I und Pflegeassistenz wurden inten- siviert, entsprechend gingen auch mehr Anfragen ein. Gemäss Absprache mit der Gesundheitsdirektion startet im Passerelle-Programm der letzte Kurs.

Ausblick

Bezüglich Zentrumsbildung, Standorte, Organisations- strukturen und anzubietenden Ausbildungsprogrammen sollten im kommenden Jahr wichtige Entscheide fallen. Ende Februar sollten die wichtigsten Grundlagen in die Vernehmlassung gehen. Mit etwas Glück ist im Sommer bekannt, wie es weitergeht.

Im kommenden Jahr muss auch geklärt werden, wie lange welche Programme noch geführt werden. Fest steht, dass das Passerelle-Programm nicht mehr weitergeführt wird. Für die Pflegeassistenz-Ausbildung verändert sich vorläufig nichts. Bezüglich Ausbildung Diplommiveau I laufen zurzeit die Abklärungen.

Departement Technische Betriebe

Im Frühling des Berichtsjahrs ist der vormalige Departementsvorsteher, Leo Iten, nach 12-jähriger Amtszeit in seine wohl verdiente Pension getreten und hat seinem Nachfolger vier gut strukturierte und gesunde Betriebe übergeben.

Das lange vorbereitete und vom Grossen Gemeinderat im Frühling 2001 genehmigte «Umbauprojekt» – Umwandlung von Teilen der Städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft – ist im Umfeld wesentlich geänderter Rahmenbedingungen kaum mehr sinnvoll realisierbar. Wegen einer Reihe von negativen Erfahrungen – insbesondere mit privatisierten Versorgungsbetrieben im Ausland und mit dem Geschäftsgebaren der Leitungen einiger Grossfirmen – sind die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen gegenüber dem Abbau der demokratischen Kontrolle bei öffentlichen Betrieben skeptisch geworden. Nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) am 22. September und damit der Bestätigung der kritischen Haltung der Stimmenden gegenüber Veränderungen im Bereich der Stromversorgung hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat beantragt, die Verselbständigungsvorlage zurückzunehmen.

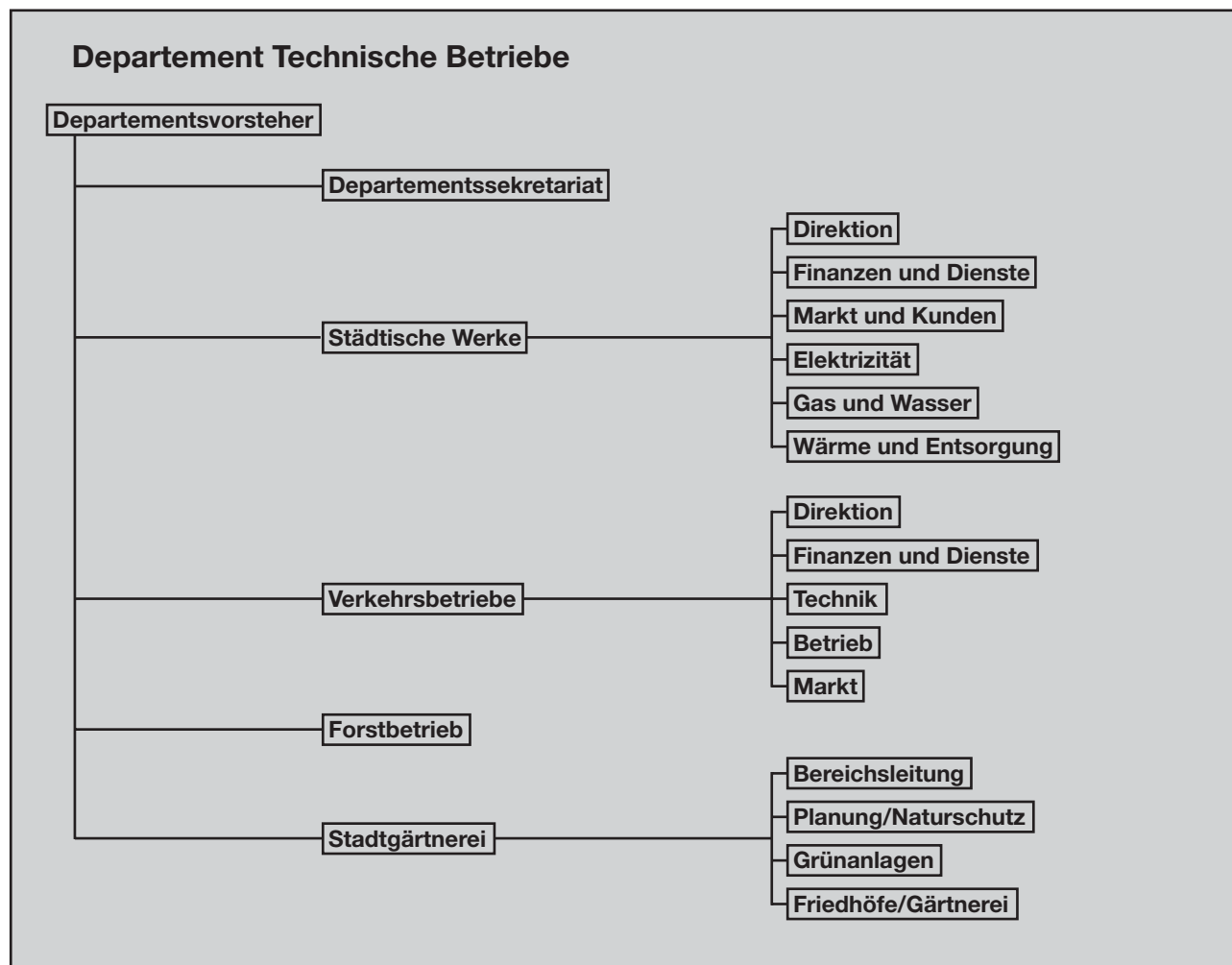
Mit den regelmässig stattfindenden Energie-«Apéros», der erfolgreichen Einführung neuer Ökostromprodukte, der markanten Förderung der Holzschnitzelverwendung

sowie von Fernwärme und Gas für Heizzwecke haben die StWW wiederum einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Energieversorgung erbracht.

Im Forstbetrieb war das Berichtsjahr immer noch von den Schäden des Orkans «Lothar» geprägt. Die in der Folge gedrückten Holzpreise haben das Ergebnis des Forstbetriebs weiterhin belastet. Immerhin konnte die befürchtete Borkenkäferproblematik mit gezielten Massnahmen vergleichsweise gut gemeistert werden.

Im Mai konnten die Arbeiten für den Neubau des Krematoriums Rosenberg aufgenommen werden. Die kleine Abdankungskapelle wurde im Spätherbst für eine viel beachtete Ausstellung über vielfältige Totenrituale hergerichtet. Viele Besucher und Besucherinnen konnten sich dabei von der einzigartigen Qualität der Bauten und Anlagen des Friedhofs Rosenberg überzeugen. Die Stadtgärtnerei leistete wiederum einen massgeblichen Beitrag für den guten Ruf Winterthurs als Gartenstadt. Dieses «Markenzeichen» zu erhalten, ist ein wichtiges Element einer verstärkten Stadtentwicklung.

Die Ergebnisse der im Auftrag des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) bei den Winterthurer Verkehrsbetrieben im August durchgeführten Kundenbefragung sind leider – wie zwei Jahre zuvor – in Bezug auf die meisten Kriterien unbefriedigend ausgefallen. Die Kommentierung der Re-



sultate in der Presse hat aber bei einer grossen Zahl von Kundinnen und Kunden eine eigentliche Solidaritätswelle mit unseren Verkehrsbetrieben ausgelöst. Offensichtlich haben objektive Verbesserungen teilweise noch keinen Einzug in die Umfrageergebnisse gefunden. Es ist aber auch bedauerlich, wenn einerseits wegen dem Fehlen geeigneter Qualifikationsmethoden mangelhafte Leistungen von einzelnen Mitarbeitenden nur bedingt festgestellt und in der Folge verbessert werden können und andererseits die guten Leistungen der Mehrheit des WV-Personals in

einem schwieriger werdenden Umfeld schlecht beurteilt werden. Für die faire Leistungsbeurteilung der Mitarbeitenden sind deshalb aussagekräftige Kriterien zu schaffen.

Im Spätherbst hat der neue Vorsteher des Departements Technische Betriebe seine Büroräumlichkeiten im Stadthaus wegen Platzproblemen aufgeben müssen und ist mit den engsten Mitarbeitenden im Gebäude der Städtischen Werke an der Unteren Vogelsangstrasse 11 eingezogen.

Städtische Werke

Überblick

Umfeld

Am 22. September lehnten die Stimmberechtigten das Elektrizitätsmarktgesetz an der Urne ab. Ausschlaggebend war wohl ein Misstrauen gegenüber der Wirtschaft im Allgemeinen, gesteigert durch Negativmeldungen über Manager-Saläre und «kreative Buchführungen». Auch die Umbauprozesse bei verschiedenen ehemals staatlichen Betrieben im In- und Ausland erfolgten nicht immer nach dem Gusto aller Beteiligten.

In diesem Umfeld erscheint den Bürgern und Bürgerinnen klassischerweise der Staat als sicherer Zufluchtsort. Die Wirtschaft hat deshalb heute die vordringliche Aufgabe, das geschwundene Vertrauen in ihre Integrität wieder herzustellen.

Geschäftsaktivitäten

Als Fortsetzung des unternehmensweiten Projektes avanti wurde ein Beurteilungs- und Förderprogramm für das obere und mittlere Kader durchgeführt, das seine Fortsetzung in einer systematischen Kaderschulung und Nachwuchsförderung finden wird.

Mit Premium Water und Premium Solar wurden zwei verbesserte, von Swissspower entwickelte, Ökostromprodukte eingeführt. Der Ökostromabsatz der StWW verzehnfachte sich dadurch bis Ende Jahr.

Im Juli konnte der erste Spatenstich für das neue Reservoir Hegiberg ausgeführt werden. Im September wurde für den Holz-Wärmeverbund «Im Gern» Aufrichte gefeiert.

Der Swissspower-Gigathlon Expo.02 entwickelte sich zum meistbeachteten Sportanlass des Jahres und vermochte eine ganze Reihe von StWW-Mitarbeitenden, Lieferanten sowie Kundinnen und Kunden zum Mitmachen zu bewegen.

Elektrizität

Strombezug

Der Strombezug von der Axpo (Handels- und Verkaufsgesellschaft der NOK) erhöhte sich um 0,2%. Ebenfalls zugenommen hat die grösste Belastung (+4,3%). Die Energielieferung der KVA ans Netz ist um 1,2% gestiegen. Gesamthaft wurde 0,4% mehr Strom bezogen.



Zieleinlauf in Winterthur: der Swissspower-Gigathlon – ein Powerevent, der die ganze Schweiz in seinen Bann zog.



Die Städtischen Werke lancieren Premium-Ökostrom

Stromverkauf

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Stromverkauf in Winterthur um 0,4% zugenommen und liegt bei einem Mehrverbrauch in den Kundengruppen Haushalt (+3,1%), Grossindustrie (+0,3%) und Minderbezug (-1,6%) des Kleingewerbes begründet. Die Mindermengen im Hochspannungs-Sammeltarif (-7,2%) und Niederspannungs-Sammeltarif (-3,4%) resultieren zum grössten Teil aus der Umteilung in die Gruppe Bündelkunden (+11,2%).

Bau und Betrieb der Verteilanlagen

Die Firma Sulzer will ihre elektrische Energieversorgung verkaufen. Das daraus entstandene Projekt «Stromex» hat die Städtischen Werke Winterthur stark beschäftigt. Das Projekt ist auf gutem Wege und liegt im Terminplan.

Die Abteilungen «Installationskontrolle» sowie «Messwesen» sind in den Werkhof Schöntal umgezogen.

Das Projekt «GIS-StWW» (Geografisches Informationssystem) ist gestartet worden. Zielsetzung ist die Zusammenlegung der GIS-Aktivitäten von Gas, Wasser, Fernwärme und Elektrizität in einer gemeinsamen Abteilung mit Nutzung verschiedener Synergien.

Im Hinblick auf die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) ist die erste Trafostation umgebaut und angepasst worden. Erste Erfahrungen für die Umsetzung der NISV konnten damit gesammelt werden.

An der Umsetzung des VSE-Branchenmodells der EKAS-Richtlinien (Eidg. Kommission für Arbeitssicherheit) wurde intensiv gearbeitet.

Der Bereich Öffentliche Beleuchtung installiert insbesondere Verkehrs-Regelungs-Anlagen im Auftrag der Polizei.

	2002 Mio. kWh	2001 Mio. kWh	Veränderung in %
Strombezug			
Von der Axpo	475,624	474,614	+ 0,2
Von der KVA	58,398	57,706	+ 1,2
Von Verschiedenen	1,860	1,352	+ 37,6
Total Strombezug	535,882	533,672	+ 0,4
Stromabgabe			
Haushalt	161,025	156,048	+ 3,1
Kleingewerbe	50,644	51,497	- 1,6
Grossindustrie	103,183	102,862	+ 0,3
Hochspannung-Sammeltarif	66,841	72,033	- 7,2
Niederspannung-Sammeltarif	70,198	72,711	- 3,4
Bündelkundschaft	63,990	57,496	+ 11,2
Öffentliche Beleuchtung	4,624	4,550	+ 1,6
Verkehrsbetriebe	4,885	5,390	- 9,3
Elektrokessel (fakultativ)	0	0	0
Verschiebung Ablese-Bezugsperioden/ Messdifferenzen/Verluste	10,492	11,085	- 5,3
Total Stromabgabe	535,882	533,672	+ 0,4
Belastung	kW	kW	
Grösste Last StWW (9.12.02, 11.45 Uhr / 13.11.01, 11.45 Uhr)	100 508	96 380	+ 4,3
Jahresmaximum Axpo	91 497	89 788	+ 1,9
Jahresmaximumrücklieferung der KVA	2 830	3 490	- 18,9
Benützungsdauer des Jahresmaximums	5 681	5 721	- 0,7
Strombezüger/Strombezügerinnen	Anzahl		
In Hochspannung	69	72	
In Niederspannung	49 181	50 231	
Total	49 250	50 303	
Mess- und Schaltapparate (Bestand per 31.12.)			
Zähler im Netz	58 320	58 167	
Schaltapparate im Netz	10 375	10 126	
Demontierte Mess- und Schaltapparate	4 508	3 599	
Montierte Mess- und Schaltapparate	4 961	3 883	
Amtliche Zählerprüfungen	3 330	3 603	

Planung/Unterwerke (UW) und Telekom

UW Brühl

Im Mai begann der Rückbau der Sulzerhallen am Katharina-Sulzer-Platz. Die Zuluft für die Trafo-Kühlung musste vorgängig umgebaut werden, da die Kanäle durch die alten Gebäude führten.

Durch die Decke eindringendes Wasser verursachte am 10. Oktober an der 50 kV Sammelschiene einen Kurzschluss. Die Decke wurde abgedichtet und die Anlage mittels Thermografie auf Wasserschäden und Hot-Spots (Stellen mit unüblicher Erwärmung) überprüft.

UW Grüze

An der MS-Anlage (Mittelspannungsanlage) mussten einige Überdruck-Berstscheiben ausgewechselt werden.

Das Interesse der Fachwelt und der Kundschaft am UW Grüze ist weiterhin gross.

UW Grüze alt

Das alte UWG ist seit Ende 2001 ausser Betrieb. Die elektrischen Anlagen wurden laufend demontiert und umweltgerecht entsorgt. Die beiden 25 MVA Trafos wurden konserviert und werden im neuen UW Wülflingen für den 50 kV-Übergangsbetrieb eingesetzt.

UW Rosenau

Nach einer Reklamation bezüglich Schallemission der Transformatoren wurden mit einem spezialisierten Akus-

tiker stufenweise verschiedene Schalldämpfungs-Massnahmen ausgeführt. Die Trafos stehen nun auf Schichtlagern und sind über flexible Kupferverbinder an die Anlage angeschlossen. Zusätzlich wurden in den Zuluftöffnungen Schalldämpfer eingebaut. Die im Oktober durchgeführten Abschlussmessungen zeigen, dass die Schallabstrahlung deutlich unter der Emissionsgrenze liegt.

UW Wülflingen

Nach der Kreditgenehmigung durch den Grossen Gemeinderat hat der Stadtrat das Verfahren und die Kriterien für die Beschaffung der Projektierung festgelegt. Die Ausschreibung erfolgte im offenen Verfahren, vier Offerten wurden eingereicht. Mit Vergabeentscheid des Stadtrates wurde der Auftrag an die Firma Alstom vergeben.

Telekom

Die Produkte «Dark Fibre» und «Bau und Betrieb Datennetze» sind definiert. Für verschiedene Anfragen erstellten die StWW über 40 Offerten. Bereits sind zwei grössere und einige kleinere Projekte auf Basis Dark Fibre bestellt und ausgeführt worden. Synergien können langfristig auch für den Netzbetrieb genutzt werden. Rund 16 km Lichtwellenleiter-Kabel wurden eingezogen. Für diese Arbeiten wurde das Personal des Leitungsbaus und der Öffentlichen Beleuchtung eingesetzt.

Anlagenbau

Die alte Trafostation (TS) Seen musste der Überbauung «Im Gässli» weichen, konnte jedoch durch einen Neubau neben der neuen Tiefgarage ersetzt werden.

Die Stadtrainbrücke wurde neu gebaut. Im Hohlraum unter dem nördlichen Widerlager wurde die neue TS Leimenegg eingebaut, welche die technisch veraltete Station ersetzt.

In der bestehenden Trafostation Schützenwiese musste die Niederspannungsverteilung verstärkt und erweitert werden.

Die neue Eishalle benötigt für den Betrieb eine Trafostation (neue Norm-Trafostation TS 2001 im Mittelspannungsnetz), welche nebst der Eishalle auch die umliegenden Gebiete versorgt.

In der Wohnüberbauung «Park Hochwacht» wurde neben der Einfahrt in die Tiefgarage die Kompaktstation «Hochwacht» erstellt.

Anlagenstatistik

	Bestand Ende 2002	Zunahme Anzahl	Abnahme Anzahl	Installierte Leistung
Unterwerke insgesamt	5	-	-	310 000 kVA
110 / 11,3 kV	2	-	-	180 000 kVA
50 / 11,3 kV	2	-	-	98 000 kVA
50 / 10 kV	1	-	-	32 000 kVA
Netzstationen	223	4	-	194 850 kVA
Bus-/Gleichrichteranlagen	8	-	-	7 442 kVA

(Zunahme TS inkl. prov. Stationen)

Leitungsbau

Hochspannungsnetz 50/110 kV

Vor der Belagererneuerung wurden in der Zürcherstrasse und in der Strasse Zur Kesselschmiede weitere Rohre für den späteren Spannungsumbau verlegt. In der Salomon-Hirzelstrasse sind zwei Strassenquerungen für den künftigen Anschluss des neuen Unterwerkes Wülflingen realisiert worden.

Mittelspannungsnetz 11,3 kV

Die neu erstellten Stationen «Jägerstrasse» und «Seen» sind ins Mittelspannungsnetz eingebunden worden.

Neue Kabelleitungen zu den Trafostationen Eidberg und Thaa ab Gotzenwil erlaubten den Abbruch der Freileitungen zu diesen Aussenwachen.

Die bevorstehende Spannungserhöhung der NOK-Freileitung entlang der N1 auf 110 kV erforderte den Abbruch der Freileitung «Wallrüti–Stadel», welche durch zwei neue Kabelleitungen Tegerloo–Stadel und Reutlingen–Stadel ersetzt wurde.

Gesamthaft konnten 3 km Freileitungen mit 72 Holzstangen entfernt werden. Damit können Stromausfälle in den Aussenwachen bei Stürmen und Gewittern reduziert und die Versorgungssicherheit massiv erhöht werden.

Mit der neuen Verbindung Stadttheater–Theaterstrasse können die Ringe der benachbarten Unterwerke Altstadt und Neuwiesen miteinander verbunden werden.

Nach dem zweiten Kabeldefekt musste die 6-kV-Verbindung Klosterstrasse–Töss ersetzt werden.

Vorsorglich wurde die alte 6-kV-Verbindung Schönengrund–Kuhn durch eine 20 kV Kabelleitung ersetzt.

Die Zuleitungen zum Kieswerk Lantig und zum Betonwerk in der Hegmatten wurden entfernt.

Leitungsnetz Hoch- und Mittelspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
110 kV Kabel	2 779	0	0
50 kV Kabel	7 326	0	0
20 kV Kabel	171 749	10 043	1 225
6 kV Kabel	17 754	0	1 272
11 kV Freileitung	4 693	0	3 070
Freileitungsstangen	130 Stück	0	72 Stück

Niederspannungsnetz 400/230 V

Bei Strassenerneuerungen wurden die Bauabläufe so geplant, dass ausser Betrieb genommene Kabel entfernt werden konnten. Damit wird dem Umweltschutz Rechnung getragen und in der Strasse oder im Trottoir wieder Platz gewonnen. Auch künftige Bauarbeiten werden so vereinfacht.

Werkleutungsneubauten mit anschliessender Strassensanierung ermöglichten eine wirtschaftliche Erneuerung der Netze am Buchrütiweg, am Unterrütiweg, im Mühlebrückequartier, am Unteren Deutweg, in der Grabenackerstrasse und in der Erlenstrasse.

Kleine Bauetappen und eine alte Bausubstanz erforderten bei der Sanierung der General Guisanstrasse einen hohen Aufwand für den Neuanschluss der angrenzenden Gebäude.

Arbeiten in der Jägerstrasse gestatteten den Ersatz der alten und zu kleinen Anlagen.

Mit dem Neubau der Wylandbrücke und der damit verbundenen Änderung der Strassengeometrie konnten alle veralteten Anlagen ersetzt werden.

Grössere Rohranlagen für geplante Wohnbauten wurden im Grafenstein, im Randenblick und am Iberg-Südhang erstellt.

Netzverstärkungen wurden in den Gebieten Brühlbergstrasse/Schlosshofstrasse notwendig.

Mit einer steuerbaren Bohreinrichtung wurde grabenlos eine 70 m lange Zuleitung zu einem Gebäude zwischen den SBB Geleisen und der TS Froberg erstellt.

In sechs Brücken sind alte Rohranlagen saniert oder ersetzt worden. 53 Gebäude wurden neu ans Netz angeschlossen, 20 Gebäude sind abgetrennt und 6 Gebäude verkabelt worden.

15 neue Überflur-Kabelverteilkabinen verbessern das Netz. 4 Kabinen sind total saniert und 4 abgebrochen worden.

Leitungsnetz Niederspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
400/230 V Kabel	629 970	13 581	6 571
400/230 V Freileitung	11 161	0	978
Gleichstromkabel	2 714	0	0
Freileitungsstangen	697 Stück	0	15 Stück

Planbüro

Die Nachführung der Pläne wurde intensiviert, damit beim Digitalisieren die für den Werkleitungskataster relevanten Daten auf dem neusten Stand sind. Von den 1016 Werkplänen sind 28 ganz im GIS erfasst und bei 158 liegen die Trassen in digitaler Form vor.

641 Kundinnen und Kunden wurden am Schalter bedient oder mit Plänen beliefert. Total wurden 117 Projekte bearbeitet (52 externe und 65 interne). Die Übersichtspläne für Hochspannung und Mittelspannung sowie die Beleuchtungspläne sind neu und wurden digital bearbeitet.

Netzbetrieb

Am 14. Januar konnte gemeinsam mit den NOK die 110 kV Leitung vom Unterwerk Grüze (StWW) zum Unterwerk Töss (NOK) in Betrieb genommen werden. Die Inbetriebsetzung UW Grüze ist somit abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit Arbeiten in den Mittel- und Hochspannungsnetzen wurden 62 schriftliche Schaltaufträge ausgegeben und fehlerfrei ausgeführt.

Der Zeitdruck auf Baustellen wird auch bei Baustromversorgungen bemerkbar. Die oft mehrfach vorhandenen Krananlagen und Hilfsbetriebe erfordern grosse Infrastrukturen, um die benötigte Leistung und Energie auf Platz zu liefern. Deshalb wurden an der Hochwachtstrasse, Im Oberen Gern und an der Wässerwiesenstrasse provisorische Trafostationen zur Baustromversorgung erstellt.

Für den Umbau bzw. die Erneuerung der Trafostation Feldtal wurde eine Containerstation gestellt.

Die Trafostationen Feldwiesen und Schützenwiese wurden entsprechend dem erhöhten Leistungsbedarf verstärkt.

Die privaten Trafostationen Kieswerk Lantig und Betonwerk wurden ausser Betrieb genommen.

Umfangreiche Provisorien waren für Baustellen und Festivitäten zu erstellen.

Fernwirk- und Leitsystem / Netzschutz

Das Fernwirk- und Leitsystem arbeitete zuverlässig. Bei Grossstörungen war das Fernwirk- und Leitsystem sehr hilfreich beim möglichst raschen Wiederaufbau des Netzes.

In der neuen Trafostation Eishalle kam zum ersten Mal die neue Schutz- und Leittechnik aus dem Projekt TS 2001 zur Anwendung. Die neuen Geräte arbeiten störungsfrei und ermöglichen beachtliche finanzielle Einsparungen.

Ende 2002 waren fünf Unterwerke und 108 Fernwirk-Unterstellen Bestandteil des Fernwirk- und Leitsystems.

Betriebsstörungen

Hochspannungsnetz 50 kV

Anlässlich von Bauarbeiten im Bereich Katharina-Sulzer-Platz drang Wasser durch die Decke des Unterwerkes Brühl und verursachte an einem Isolator der 50 kV Sammelschiene einen Erdkurzschluss und führte zur Abschaltung der Unterwerke Brühl, Neuwiesen und Ro-

senau. Diese Grossstörung hatte einen ca. 20 Minuten dauernden Versorgungsunterbruch in wesentlichen Bereichen der Stadt zur Folge. Im Sulzerareal Winterthur Stadt (Versorgung ab Unterwerk Brühl) dauerte der Unterbruch ca. vier Stunden.

Mittelspannungsnetz 11,3 kV

Im Unterwerk Grütze versagte eine Überdruck-Berstscheibe. Dadurch entwich das Isoliergas des entsprechenden Sammelschienenabschnittes, und es kam zu einem Kurzschluss in der Anlage. Die unmittelbare, korrekte Abschaltung durch den Sammelschienenenschutz führte in den Gebieten Oberwinterthur und Grütze zu einem 20 Minuten dauernden Versorgungsunterbruch.

Im Mittelspannungs-Verteilnetz ereigneten sich keine Störungen mit Versorgungsunterbrüchen.

Niederspannungsnetz 400/230 Volt

Insgesamt führten 34 Störungen zu lokalen Stromausfällen von einer halben bis zu vier Stunden. Gewitter und Sturm verursachten zwei Ausfälle im Freileitungsnetz. Spielende Kinder mit Drachen sowie Landwirtschafts- und Baumaschinen verursachten acht weitere Freileitungsstörungen. Im Netz waren 11 Störungen auf Kabel- und Muffendefekte zurückzuführen. Drei Ausfälle waren die Folge von Überlastungen oder defekten Sicherungen und fünf Störungen an Kabeln wurden durch Baumaschinen verursacht. Drei Störungen betrafen defekte Hausanschlusskästen, zwei weitere Ausfälle waren die Folge defekter Niederspannungstrenner in Stationen.

Messwesen

Für eine einwandfreie Fakturierung sorgen 58 320 Stromzähler. Zudem steuerten 10 375 Netzkommadorempfänger während des ganzen Jahres störungsfrei Boiler, Heizungen, Tarifsteuerungen und die Öffentliche Beleuchtung.

Die Auswechslung der Messapparate erfolgte problemlos. Insgesamt wurden 4147 Zähler montiert und 3997 Zähler demontiert.

Der Umzug des Bürobereiches ist planmässig per Ende November abgeschlossen worden. Die Abteilung Messwesen ist nun im Werkhof Schöntal angesiedelt.

Installationskontrolle

Ende November ist die Abteilung Installationskontrolle Elektrizität in den Werkhof umgezogen. Der Betrieb hat sich nach einigen Anlaufschwierigkeiten gut eingespielt.

Am 1. Januar wurde die revidierte Niederspannungs-Installations-Verordnung NIV 2002 in Kraft gesetzt, welche verschiedene Änderungen der Kontrollabläufe für Installationsinhaber und -inhaberinnen, Elektroinstallationsfirmen und die Installationskontrolle bewirkt.

Am 14. März haben die StWW mit rund 60 Teilnehmenden eine NIV-Info-Tagung für die Elektroinstallationsfirmen in der Region Winterthur durchgeführt.

Im Rahmen der neuen NIV-Bestimmungen konnten für die Privatkundschaft sowie für Elektroinstallationsfirmen verschiedene Kontrollaufträge erledigt und verrechnet werden.

Die Mitarbeit der StWW in der Installationskontrolle von Schaffhausen wurde auf ca. 80 % der Jahresarbeitszeit ausgeweitet.

Die Arbeit mit dem Kundeninformationssystem KIS/easy ist zur Zeit zufriedenstellend. Mit der Eingabe der Installationsdaten muss aber noch gewartet werden. Das Modul Easy-Check ist in Überarbeitung, welche gemeinsam mit Elektra Baselland und den Städtischen Werken Schaffhausen durchgeführt wird.

Die allgemeinen Installationsbewilligungen werden gemäss neuer Verordnung vom Eidgenössischen Starkstrominspektorat erteilt und können im Internet (www.est.ch) eingesehen werden.

Kontrolltätigkeiten, Abklärungen und Beratungen in Zahlen

	2002	2001
Installationsanzeigen	597	574
Fertigstellungsanzeigen/Abnahmekontrollen	2 966	2 592
Periodische Kontrolle Wohnungen	310	772
Periodische Kontrolle Einfamilienhäuser	82	246
Periodische Kontrolle Gewerbe 10/5/1 Jahre	84	202
Anschlussgesuche für spezielle Verbraucher/Verbraucherinnen	107	64
Bauprovisorien	98	84
Fundamentierungen	42	37
Abklärungen G/W für den Potentialausgleich	179	295
Diverse Aufträge	349	414

Anschlussstatistik per 31.12.2002

	Bestand	2002	2001
Kochherde	40 702	+ 336	+ 292
Elektroboiler	22 887	+ 69	+ 92
Waschmaschinen	18 825	+ 221	+ 209
Tumbler	7 715	+ 214	+ 199
Geschirrspülmaschinen	11 327	+ 452	+ 412
Wärmepumpen	630	+ 31	+ 22
Elektrospeicher	1 000	- 3	- 8
Fotovoltaikanlagen	18	0	0

Öffentliche Beleuchtung

Im Verlauf des Jahres wurde an diversen Strassen die Beleuchtung erneuert, ergänzt oder angepasst (Unterer Deutweg, Frauenfelderstrasse, Taleggkreuzung, Grabenackerstrasse, Hermannstrasse, Hündlerstrasse, Ibergstrasse, Jägerstrasse, Langgasse, Neftenbacherstrasse, Paulstrasse, Riedhofstrasse, PP Rosenrain, Rettenbachweg, Randenblick, Salstrasse, Scherrerstrasse, Schwerzenbachstrasse, Stadlerstrasse, Stadtrainbrücke, Tellstrasse, Unterrütiweg, Wylandbrücke, Wolfbühlstrasse, Wurmbühlstrasse, Weinbergstrasse, Wiesenstrasse und Zur Kesselschmiede).

An der Neftenbacherstrasse wurden einige Kandelaber demontiert, weil der Kanton anlässlich eines Radwegbaus die kantonale Beleuchtung bis an die Stadtgrenze zog.

Mit dem Umbau der Taleggkreuzung mussten alle Abspannleuchten im Baubereich an neue Kabel angeschlossen werden.

Auf der Stadtrainbrücke konnte die Abspannbeleuchtung fertiggestellt und das Provisorium demontiert werden.

Der Neubau der Wylandbrücke erforderte einigen Planungsaufwand, da an der fertig gelieferten Brücke keine Löcher mehr angebracht werden durften. Im Zusammenhang mit diesen Bauarbeiten wurden die bestehenden Signalkabel zum alten Unterwerk Brühl verlegt.

Besonders interessant war die Installation der Beleuchtung des Springbrunnens im Graben, welche ein privater Gönner finanzierte.

Im Sommer haben die Umbauten am Bahnhofplatz und am Neumarkt begonnen. Bei beiden Umbauten wurden Beleuchtungselemente als Gestaltungselemente verwendet.

Zu Beginn des Jahres war die VRA (Verkehrs-Regelungs-Anlage) Neuwiesenstrasse/ Schützenstrasse zu montieren. Im Sommer konnten die Lichtsignalanlagen an der Taleggkreuzung installiert werden. Die grösseren Umstellungen konnten nur in der Nacht oder am Samstag/Sonntag erledigt werden. Anschliessend wurden die VRA Zürcherstrasse/Jägerstrasse und Zürcherstrasse/Brühldeck/Schützenstrasse installiert.

Öffentliche Beleuchtung (Stand 31.12.2002)

	Bestand	Zunahme	Abnahme
Leuchtstellen	8 891	237	63
Leistung	kW	kW	kW
Anschlusswert Total	1 093	15	9
Beleuchtungs- und Infokabel	m	m	m
Beleuchtungskabel	473 908	13 427	1 100
Beleuchtungskabel mit Signaladern	13 880	0	970
Beleuchtungsadern in Verteilkabeln	14 420	0	680
Beleuchtungsfreileitungen	12 570	0	900
Signalkabel	45 678	0	0
Nachrichtenkabel	88 624	4 652	0
Lichtwellenleiterkabel	20 383	15 879	0
Total	669 463	33 958	3 650

Installationsabteilung Elektrizität

Insgesamt erledigte die Installationsabteilung rund 1160 Aufträge. Die Auftragslage hat sich trotz angespannter Marktsituation leicht verbessert.

Ladengeschäft

Der Umsatz konnte erneut gesteigert werden und führte trotz rückläufiger Tendenz im allgemeinen Detailhandel zu einem positiven Erfolg.

Erdgas

Die Hauptabteilung Gas und Wasser wurde Ende Oktober nach ISO 9001/14001 zertifiziert. Damit wird sichergestellt, dass auch im Geschäftsfeld Erdgas die Kundenschaft weiterhin und langfristig auf hohem Niveau gepflegt wird. ISO 14001 ist Ausweis für den grossen Stellenwert der Umweltanliegen in den Arbeitsprozessen.

Ende Jahr betrug die am Erdgasnetz angeschlossene Heizleistung 333 MW. Geräte mit einer Gesamtleistung von 175 MW (54%) sind dabei auf einen Zweitbrennstoff umschaltbar. Mit Ausnahme einiger Kombinationen Erdgas/Holzsnitzel werden die umschaltbaren Heizungen mit Öl betrieben. Im Berichtsjahr musste nie umgeschaltet werden. Infolge der verhältnismässig warmen Witterung betrug die Heizgradtagzahl 3053. Dies sind 185 Heizgradtage (-5,7%) weniger als im Vorjahr.

Die Heizgradtagzahl ist die jährliche Summe der täglichen Differenzen zwischen der Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und der Tagesmitteltemperatur aller Heiztage (als Heiztag gilt, wenn die Tagesmitteltemperatur gleich oder tiefer als 12 Grad Celsius ist).

Erdgasbezug

Die von der Erdgas Ostschweiz AG (EGO) bezogene Erdgasmenge betrug 418 Mio. kWh; dies entspricht einer Abnahme von 7,2% gegenüber dem Vorjahr.

Erdgasverkauf

Der Verkauf sank um 2,6% auf 425 Mio. kWh. Ausschlaggebend war dabei die Betriebsschliessung der Brauerei Haldengut.

Die Differenz der Verkaufsmenge gegenüber der Einkaufsmenge ist auf verschiedene Stichtage der Ablesung, den unterschiedlichen Füllungsgrad der Speicher sowie auf Brennwertunterschiede und Messdifferenzen zurückzuführen.

Mit den 99 (110) neu installierten Heizungen sind insgesamt 5 535 Heizungen in Betrieb (Winterthur und Aussengemeinden).

Übersicht über den Erdgasverbrauch

	2002 kWh	2001 kWh	Veränderung in %
Erdgasbezug			
Bezug von EGO	418 149 083	450 758 539	- 7,2 %
Grösster Monatsbezug (1.02)	76 157 728	73 045 835	+ 4,3 %
Kleinster Monatsbezug (7.02)	8 199 268	8 504 796	- 3,6 %
Grösster Tagesbezug (2.1.02)	3 356 520	3 166 282	+ 6,0 %
Mittlerer Tagesbezug	1 145 614	1 234 955	- 7,2 %
Grösste Tagesabgabe (4.1.02)	3 162 574	2 971 576	+ 6,4 %
Kleinste Tagesabgabe (1.8.02)	212 432	199 555	+ 6,5 %
Erdgasabgabe			
Total Erdgasverkauf	424 881 233	436 437 758	- 2,6 %
Nach Tarifen			
71 Haushalt/Gewerbe	5 678 748	6 432 012	- 11,7 %
73 Heizgas	22 402 044	22 196 208	+ 0,9 %
75 Heizgas/Haushalt	282 383 251	276 646 778	+ 2,1 %
77 Sonderverträge	114 417 190	131 162 760	- 12,8 %
Selbstverbrauch	21 652	24 114	
Verschiebung Ablese-Bezugsperioden/Messdifferenzen/Verluste	- 6 753 802	14 296 667	
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	92 875	92 041	
Verbrauch pro Kopf/Jahr (kWh/E)	4 575	4 742	

Ausbau und Unterhalt der Verteilanlagen

Planung und Projektierung

Neue Netz-DRM-Stationen (Druckreduziermessstationen) wurden keine gebaut. Zwei private DRM-Stationen konnten revidiert und für eine Überbauung in Zinzikon eine DRM-Station realisiert werden. Die Ausgiesserei der Firma Sulzer AG in Oberwinterthur wurde durch die Firma Winpro an der Zürcherstrasse übernommen. Für die neue Ausgiesserei wurde ein Anschluss ab der DRM-Station im ehemaligen SLM-Gebäude erstellt und die bestehende DRM-Station in Oberwinterthur aufgehoben.

Die Netzdruckregler Ganzenbühl und Geiselweid sind nicht mit einer Befeuchtungsanlage ausgerüstet und speisen, solange noch Graugussleitungen mit Stemmuffen vorhanden sind, weiterhin nur bei grossem Gasverbrauch ins Netz ein.

Der Netzdruckregler Schooren wurde im Sommer revidiert und die Befeuchtungsanlage ausser Betrieb genommen. Die aufgrund der Befeuchtung aufgetretenen Probleme bei der Gastankstelle Hutter konnten damit behoben werden. Die Aufhebung der Befeuchtung war deshalb möglich, weil in diesem Gebiet fast keine Graugussleitungen mit Stemmuffen mehr vorhanden sind.

Schwerpunkte der Projektierung bildeten die Massnahmen zur Substanzerhaltung des Versorgungsnetzes in der Zürcherstrasse, der Stadlerstrasse und in diversen Quartierstrassen.

Rohrnetzbau

Von den insgesamt 5,7 km erneuerten Erdgasleitungen entfallen 3,6 km auf das Auswechseln (Ersatz) und 2,1 km auf das Sanieren bestehender Leitungen. Ein Ausbau des Gasnetzes durch Neuverlegungen erfolgte nicht. Die Ausserbetriebnahme von Graugussleitungen in der Zürcher-, Hündler-, Halden- und Freihofstrasse bewirkte eine Netzverkleinerung um 0,8 km.

Gestützt auf das Sanierungskonzept wurden 4,9 km Graugussleitungen ausgewechselt, saniert oder ausser Betrieb genommen. Der Bestand beträgt noch 13,4 km.

Der Ersatz von Erdgasleitungen erfolgte in der Langgasse, im Unteren Deutweg sowie in der Breite-, Zürcher-, Feld-, Wolfbühl- und Salstrasse. Sanierungen von Grauguss-Erdgasleitungen wurden in der Unteren Brigger-, Breite-, Guggenbühl-, Hörnli- und Theaterstrasse vorgenommen. Im Erdgasnetz werden seit 1968 Leitungsmaterialien aus duktilem Gusseisen (Sphäroguss) und seit 1986 auch aus Kunststoff verlegt.

Störungsstatistik Erdgas

Anzahl Betriebsalarne: 8	Setzung	Untermauerung	Korrosion	undichte Muffen	Armaturen	Fahrlässigkeit	Total	Gasgeruch Fehlmeldungen	Reparaturen an:		Störungen an internen Installationen	Sonstige Störungen
									Schieber	Siphon		
Hochdruckleitung	0	0	0	0	0	0	0					
Niederdruckleitung	4	0	0	1	0	1	6					
Anschlussltg. extern	1	0	1	2	0	1	5	35	1	2	108	7
Anschlussltg. intern	0	0	0	0	0	0	0					
Verteilung im Boden	0	0	0	0	0	0	0					

Bei den Anschlussleitungen entfallen von den total 1,7 km verlegten Leitungen 0,5 km auf Neuanschlüsse, auf den Ersatz 0,9 km und 0,3 km auf das Sanieren bestehender Leitungen. Der Inbetriebnahme von 29 Neuanschlüssen am Niederdrucknetz steht die Stilllegung von 40 Anschlüssen gegenüber.

Anschlussleitungen

Niederdruck	4 600 Stück	– 11 Stück
Hochdruck	39 Stück	

Rohrnetz Erdgas (ohne Niederdruck-Anschlussleitungen)

Niederdruck	200 841 m	– 809 m
Hochdruck	42 621 m	+ 17 m
Total Netz	243 462 m	– 792 m

Rohrnetzunterhalt

Das Niederdruck-Erdgasnetz wird alle zwei Jahre systematisch auf Undichtheiten überprüft. Dieses Jahr waren die Stadtteile Oberwinterthur, Hegi, Seen und Gotzenwil im Programm, dies entspricht etwa der Hälfte des gesamten Netzes. Sämtliche Graugussleitungen (Versorgungs- und Anschlussleitungen) werden gemäss Überwachungskonzept überprüft. Das Überprüfen der Hochdruckleitungen erfolgte auf dem ganzen Stadtgebiet. In den Gemeinden Pfungen und Wiesendangen kontrollierten die StWW im Auftrag der jeweiligen Versorgungen deren Erdgasnetze ebenfalls auf Undichtheiten.

Das systematische Absuchen des Netzes ergab auf Stadtgebiet nur vier Lecks, die umgehend repariert wurden.

Aus der Bevölkerung gingen 44 Meldungen betreffend Erdgasgeruch ein. Dies ermöglichte das Aufspüren von acht Defekten im Rohrnetz und von vierzehn Störungen in Hausinstallationen. In 22 Fällen war nicht Erdgas die Ursache des Geruchs.

Der Pikettdienst rückte für das Reparieren von zwei Niederdruckleitungen, für das Abklären von 13 Erdgasgeruchsmeldungen und für das Beheben von 101 Störungen an Hausinstallationen aus. Bei acht Betriebsalarmen war der Pikettdienst ebenfalls im Einsatz. Insgesamt wurden 124 Piketteinsätze geleistet.

Installationskontrolle und Zähler

Die periodische Erdgasinstallationskontrolle wurde im gewohnten Rahmen weitergeführt.

Es wurden 1861 (Vorjahr 2277) Installationen von Erdgaskundinnen und Erdgaskunden geprüft. Dabei wurden 270 (336) Mängellisten erstellt. Am 31. Dezember waren noch 32 (66) Mängellisten nicht erledigt.

Im Berichtsjahr stellte die Installationskontrolle 72 (70) Mahnungen aus.

Bearbeitete Installationsmeldungen

	2002	2001
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	529	549
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	791	738
Montage von Hinweisschildern	371	376
Gasversorgung Pfungen		
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	8	16
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	30	33
Montage von Gaszählern	8	15
Gasversorgung Wiesendangen		
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	7	4
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	23	16
Montage von Gaszählern	7	6

Erdgaszähler-Umsatz

	Einbau 2002	Einbau 2001	Ausbau 2002	Ausbau 2001
Altbauten/Umbauten	13	26	13	28
Neubauten	53	92		
Abtrennungen	–	–	195	196
Reparaturen	7	37	7	37
Revisionen	705	742	705	742
Verschiedene	0	7	0	8
Totalumsatz	777	904	920	1 011
Anzahl Gaszähler im Netz (inkl. werkeigene + private Zähler)	9 614	9 757		

Installationsabteilung Gas/Wasser

Die Installationsgruppe bearbeitete 400 (310) Aufträge für Zuleitungen und sanierte 33 (31) Erdgasheizungen. Im Weiteren wurden 65 (85) Gasherde und 35 (55) Durchlauferhitzer ans Netz angeschlossen.

Die Reparatur- und Servicegruppe führte 1790 (1860) Kleinaufträge aus, insbesondere Reparaturen an Gasgeräten, Servicearbeiten an Herden und Boilern sowie Abgasmessungen an Heizungen. Dazu kamen häufig anfallende Reparaturen an Wasser- und Abwasserinstallationen von Privathaushalten.

Fernwärme

Die Heizgradtagzahl betrug 3053. Dies sind 185 Heizgradtage weniger als im Jahre 2001. Die Wärmehöchstlast trat am 4. Januar zwischen 8.00 und 9.00 Uhr bei einer mittleren Aussentemperatur von –6,0°C mit 29 MW auf. Die Jahresbenutzungsdauer, bezogen auf die Wärmehöchstleistung und die in das Fernwärmenetz eingespeiste Wärmemenge, betrug 2461 Stunden.

Wärmeproduktion

Dampf

Von der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) wurden 130 997 Tonnen Dampf bezogen (91 484 MWh). Davon wurden an die Dampfbezüger/Dampfbezügerinnen 27 121 MWh geliefert.

Infolge von Revisionen in der KVA konnte während 3,5 Tagen kein Dampf von der KVA bezogen werden.

Erdgas

Der Bezug für die beiden Heisswasserkessel betrug 656 384 Normalkubikmeter. Dies entspricht einer Energiemenge in Form von Heisswasser von 6544 MWh.

Die Gasversorgung musste von der Möglichkeit des Abschaltens der Gaslieferung keinen Gebrauch machen.

Heizöl extraleicht

Im Berichtsjahr wurden 93 642 Liter (907 MWh) verfeuert. Die Altstadt-Heizung wurde nicht in Betrieb genommen und demzufolge kein Öl verfeuert.

Anteile der einzelnen Energieträger:

Dampf aus KVA	64 290 MWh	89,6 %
Erdgas	6 544 MWh	9,1 %
Heizöl extraleicht	907 MWh	1,3 %
Total	71 741 MWh	100,0 %

Wärmeverkauf

Auf Ende des Berichtsjahres sind folgende Wärmeanschlussleistungen verkauft:

	2002 MW	2001 MW	Veränderung %
Private Bezüger/Bezügerinnen	23,644	23,942	- 1,3
Städtische Bezüger/Bezügerinnen	13,598	13,180	+ 3,2
Kantonale Bezüger/Bezügerinnen	21,108	21,108	0,0
Total	58,350	58,230	+ 0,2

Der Wärmebezug dieser Kundinnen und Kunden gliedert sich wie folgt:

	2002 MWh	2001 MWh	Veränderung %
Private Bezüger/Bezügerinnen	29 508	31 251	- 5,6
Städtische Bezüger/Bezügerinnen	16 555	16 238	+ 2,0
Kantonale Bezüger/Bezügerinnen	20 871	22 214	- 6,0
Total	66 934	69 703	- 4,0
Verluste / Messdifferenzen	4 807	4 442	+ 8,2

Neben dem Fernwärmeverkauf wurden an die Industrie 27 121 MWh in Form von Dampf verkauft.

Ende Berichtsjahr sind an die Fernwärmeversorgung angeschlossen:

	2002	2001	Veränderung
Anschlüsse	186	179	+ 3,9 %

Bau und Betrieb der Anlagen

Heizwerk

Die amtlichen Abgasmessungen an den Heizkesseln führten zu keinerlei Beanstandungen. Am Heizkessel 2 wurde die Reinigung durch den Kaminfeger vorgenommen und an beiden Heizkesseln die Feuerungskontrolle mit Optimierungseinstellungen durchgeführt.

Der geplante Totalstillstand der KVA mit Traforeinigung im Juni bewirkte, dass die Fernwärme über die elektrische Noteinspeisung betrieben werden musste. Im Turnus wurden die zwei Kondensatpumpen, die Umformerpumpe 1 und die Fernwärmenetzpumpe 1 revidiert. Beide Vorgänge beeinträchtigen die Anlagesicherheit oder die Lieferung von Fernwärme an die Kundschaft nicht.

Fernwärmenetz

Die geplanten Vorbereitungen erlaubten es, die Fernwärmeleitungen in Teilbereichen mit sehr kurzen Wärmeleiferunterbrüchen für die Kundschaft zu ergänzen.

Das Fernwärmenetz wurde insbesondere am Oberen Deutweg und im Geviert St. Georgen-, Lind-, Kreuz- und Theaterstrasse sowie in Kellerbereichen der Kundschaft erweitert. Die gesamte Länge des Leitungsnetzes beträgt Ende des Berichtsjahres:

	2002	2001	Veränderung
Heisswassernetz	18 020 m	17 444 m	+ 3,3 %
Dampfnetz	564 m	564 m	0,0 %

Betriebsstörungen

Die Netzerweiterungen erfolgten ohne Auswirkungen für die Kundschaft.

Im Laufe des Jahres traten keine wesentlichen Betriebsstörungen auf.

Wasser

Mit dem Geschäftsfeld Gas wurde auch der Bereich Wasser Ende Oktober nach ISO 9001/14001 zertifiziert. Der Bereich Wasser hatte bereits 1998 das Zertifikat «Branchen Qualitätsmanagement» erhalten.

Der mittlere Tagesverbrauch mit 269 Litern pro Einwohner/in veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Der maximale Tagesverbrauch lag mit 366 Litern pro Einwohner/in 19 Liter über dem Wert von 2001 und wurde während einer Wärmeperiode (14. – 23. Juni) erreicht.

Grundwasserbewirtschaftung

Obwohl die Niederschlagsmenge mit 1309 mm wesentlich geringer war als im Jahr zuvor, wies sie noch ein Plus von 106 mm gegenüber dem 50-jährigen Mittel auf.

Der Tössgrundwasserspiegel blieb konstant; ein kurzzeitiges Ansteigen von ca. 40 cm war im Herbst wegen der starken Niederschläge festzustellen. Der Eulachgrundwasserspiegel war bei der Fassung Adlergarten während des Jahres konstanter als in den Vorjahren und verlief leicht tiefer als noch im Vorjahr.

Die Konzessionen der Grundwasserfassungen Zivilschutzanlage Gutenbergstrasse sowie Berufs- und Fortbildungsschule Tössstrasse wurden per 28. Februar für weitere 30 Jahre verlängert.

Betrieb der Anlagen

Bei der Sanierung des Grundwasserpumpwerks Oberes Linsental trug die Unterhaltsequipe der StWW mit Montage- und Koordinationsarbeiten im Winter/Frühjahr massgeblich zum Erfolg der Arbeiten bei.

Im August und September wurde die landwirtschaftliche Siedlung Seefeld in der Schutzzone der Fassung Hornsäge zurückgebaut.

Wasserqualität

Die Analyseresultate im Tössgrundwasserstrom entsprachen den Anforderungen der Lebensmittelverordnung.

In der Grundwasserfassung Hard nahm die Atrazinbelastung gegenüber dem Vorjahr ab. Der Mittelwert lag bei 0,08 Mikrogramm/Liter und nur zwei von 12 Werten überstiegen den Toleranzwert von 0,10 Mikrogramm/Liter.

Beim Grundwasserpumpwerk Mittlere Au haben sich die Qualitätswerte wieder auf ein vergleichbares Niveau wie vor den Renaturierungsmassnahmen an der Töss eingestellt. Abschliessende Untersuchungen sind noch ausstehend.

Altlastensanierung Hölken-Areal: Aufgrund der neuen Erkenntnisse im Jahr 2001 wurden zwei neue Ausführungskonzepte für die Sanierung ausgearbeitet. Beim Kanton (AWEL) wurden Varianten mit und ohne Neubaugesamt zur Stellungnahme eingereicht. Die Bewilligung ist noch ausstehend.

Grundwasserschutzstelle

Die Anzahl der Bewilligungen ist mit 17 um fünf höher als im Jahr zuvor. Mit 14 meldepflichtigen Anlagen wurden fünf weniger als im Vorjahr erfasst. Während sich die Anzahl Ausserbetriebsetzungen kaum veränderte, nahmen

die Tankrevisionen gegenüber dem letzten Jahr um ca. 100 zu (870 gegenüber 771).

Unfälle mit wassergefährdenden Flüssigkeiten

Mit nur zwei Unfällen (defekte Kupferleitung und eine Überfüllung) war die Schadenbilanz etwa gleich gross wie in den letzten Jahren. Die total ausgelaufene Ölmenge betrug ca. 1200 Liter. Das gesamte Öl konnte in der Kanalisation oder im Tankraum abgesogen werden.

Wassergewinnung

Niederschlagsmengen	Einheit	2002	2001
Winterthur	mm	1 309	1 575
Bauma	mm	1 764	1 861
<i>Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser</i>			
Quellwasser	m³	396 911	426 552
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m³	7 683 700	7 845 330
Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser	m³	8 080 611	8 271 882
<i>Gepumptes Grundwasser</i>			
Pumpwerk Hard	m³	35 510	60 710
Pumpwerk Hornwiden	m³	248 290	339 470
Pumpwerk Linsental	m³	125 728	322 470
Pumpwerk Mittlere Au	m³	398 480	248 310
Pumpwerk Weieracker	m³	313 410	114 726
Pumpwerk Sennschür	m³	300 780	148 710
Pumpwerk Obere Au	m³	233 100	232 660
Pumpwerk Stadtacker	m³	565 600	578 080
Total gepumptes Grundwasser	m³	2 220 898	2 045 136
Total Wassergewinnung	m³	10 301 509	10 317 018
<i>Wassergewinnung in 24 Stunden (ohne Untergrundspeicherung)</i>			
Maximum 18.6.2002/3.7.2001	m³/Tag	37 717	35 631
Mittel	m³/Tag	28 223	28 265
Minimum 26.12.2002/1.1.2001	m³/Tag	20 021	22 656

Förderung der Stufenpumpwerke

	Einheit	2002	2001
Zone 11 Brühlberg	m³	21 964	20 456
12 Lindberg	m³	134 510	129 714
13 Oberwinterthur	m³	290 852	315 434
14 Isler-Oberseen-Boll	m³	609 930	626 893
142 Köhlberg	m³	1 402	1 558
16 Dättlau	m³	86 065	89 839
17 Neuburg	m³	49 992	41 607
171 Sonnenbühl	m³	22 758	23 339
18 Stadel-Grundhof-Mörsburg	m³	99 347	74 820
19 Wolfensberg	m³	8 100	7 440
34 Ricketwil (Reservepumpwerk)	m³	–	–
70 Iberg	m³	22 293	25 445
71 Eidberg	m³	13 943	14 355
Mülberg	m³	651 355	833 719
Total Förderung der Stufenpumpwerke	m³	2 012 511	2 204 619

Wasserabgabe

Der Geschäftsbericht 2002 wurde bei der Wasserabgabe neu strukturiert. Es resultieren in der Kolonne des Jahres 2001 kleine Abweichungen gegenüber dem Geschäftsbericht des Vorjahres.

Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur

	Einheit	2002	2001
Maximum 28.6.2002 / 29.5.2001	m³/Tag	33 997	31 918
Mittel	m³/Tag	24 982	24 714
Minimum 25.12.2002 / 1.1.2001	m³/Tag	18 991	18 810
Einwohnerschaft am 31.12.2002 bzw. 2001		92 875	92 041
Maximum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		366	347
Mittel pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		269	269
Minimum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		204	204
Ohne Industrie			
Mittlerer Verbrauch	m³/Tag	20 823	20 778
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		224	226

Bemerkungen:

18.6.2002 (Maximum) = Höchste mittlere Tagestemperatur mit 27,2 °C
 25.12.2002 (Minimum) = Weihnachten
 29.5.2001 (Maximum) = 1. längere Wärmeperiode
 1.1.2001 (Minimum) = Neujahr

Wasserabgabe im Jahr		2002	2001
Verrechnetes Wasser			
In Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe	m³	6 135 829	6 232 795
Gewerbe und Industrie	m³	1 516 725	1 436 498
Öffentliche Zwecke	m³	109 363	111 693
Total in Winterthur	m³	7 761 917	7 780 986
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m³	1 184 291	1 296 536
Total verrechnetes Wasser	m³	8 946 208	9 077 522
Nicht verrechnetes Wasser			
In Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe (alte Rechte, Freiwasser)	ca. m³	206 615	205 449
Brunnen	ca. m³	338 000	338 000
Selbstverbrauch	ca. m³	120 000	100 000
Verluste und Messdifferenzen	ca. m³	690 686	596 047
Total in Winterthur	ca. m³	1 355 301	1 239 496
Gesamtabgabe	m³	10 301 509	10 317 018
davon Abgabe in Winterthur	m³	9 117 218	9 020 482

Ausbau und Unterhalt der Anlagen

Planung und Anlagenbau

Die Totalsanierung des Grundwasserpumpwerkes Oberes Linsental wurde abgeschlossen und die Anlage am 21. August wieder in Betrieb genommen. Der Rückbau der zwei alten, heute nicht mehr benötigten Zubringerpumpwerke PW I und PW II im Linsental wurde ausgeführt. Das Pumpwerk PW IV wird für den Betrieb des Notstromdiesels, der bei Stromausfall den Betrieb des Grundwasserpumpwerkes Oberes Linsental sicherstellt, weiterhin benötigt.

Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zur dringenden Verbesserung des Brandschutzes im Versorgungsgebiet Oberwinterthur-Hegi muss dieses Gebiet in eine neue Druckzone mit höher gelegenen Reservoiren integriert werden.

Nach der Rodung und den Instandstellungsarbeiten der Zufahrtsstrasse wurden am 11. Juli mit dem ersten Spatenstich die Aushubarbeiten für das Reservoir Hegiberg gestartet. Noch vor Jahresende konnte der Aushub beendet und mit den Baumeisterarbeiten und dem Bau der Zuleitungen (Wasser, Strom, Kanalisation, Datenübertragung) begonnen werden.

Mit den Bauarbeiten des für das neue Reservoir Hegiberg benötigten Stufenpumpwerkes Ohrbühl wurde im Herbst begonnen.

Das neue Leitsystem (Leitwarte und Fernwirk-Unterstationen) wurde nach der Ausschreibung im selektiven Verfahren vergeben und mit den Projektierungsarbeiten begonnen.

Projektiertung

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) wurde die Detailprojektierung der Zu- und Ableitungen (Wasserhauptleitung DN 400 mm, Schmutz- und Meteorwasserleitungen, Elektrizität und Fernwirkanlage) abgeschlossen.

Die Umsetzung des Quartierplanes «Im oberen Gern» erforderte neben den notwendigen Wasserversorgungsleitungen in der Rümikerstrasse, Im oberen Gern und der Hofackerstrasse auch eine Wasserhauptleitung DN 400 mm in der Strasse «Im oberen Gern» zwischen der Hofackerstrasse und der Rümikerstrasse.

Die Erschliessung des Iberg Südhangs (Chlösterli-strasse, Am Iberg hang, Ibergstutz, Weierstrasse, Panoramaweg) bedingte umfangreiche Projektierungsarbeiten für das Wasserleitungsnetz. Zur Erschliessung des Sulzer Areals «Stadtmitte» wurde zusammen mit den Strassen-

bauprojekten auch für die Gas- und Wasserleitungen in der Zürcherstrasse, der Turbinenstrasse und im Katharina Sulzer Platz die Detailprojektierung abgeschlossen.

Weitere Projektierungsschwerpunkte:

- Zürcherstrasse (5. Etappe: Obere Schöntalstrasse bis Jägerstrasse)
- Bahnhofplatz (Stadthausstrasse bis Museumstrasse)
- Massnahmen zur Substanzerhaltung des Versorgungsnetzes in den Quartierstrassen.

Leitungsbüro und Vermessung

Die Plandokumentation Werkplan Gas und Wasser 1:250 besteht neu aus 1453 EDV-mässig erfassten Werkplänen. Davon stehen 1228 Werkpläne als Papierpläne zur Verfügung. Bei den restlichen 225 Werkplänen stehen keine Daten der amtlichen Vermessung zur Verfügung, da sich die Leitungen ausserhalb des Gemeindegebiets der Stadt Winterthur befinden. Für die 532 Nachführungen auf 350 Werkplänen wurden 1626 Arbeitsstunden aufgewendet.

Für die 771 (674) beim Baupolizeiamt aufliegenden Baugesuche wurden 316 (282) Vernehmlassungen ausgestellt. Im Hinblick auf die Leitungen und Anlagen der StWW ausserhalb des Gemeindegebietes der Stadt Winterthur wurden 51 Amtsblätter kontrolliert.

Die 545 (519) Leitungseinträge für Dritte sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. 527 (499) der 545 Pläne waren Leitungskatasterpläne 1:250 aus dem GIS (Geografisches Informationssystem) der Stadt Winterthur und mussten lediglich überprüft und teilweise nachgeführt werden. Dafür wurden 165 Arbeitsstunden aufgewendet.

Für die Hauptabteilung Markt und Kunden wurden 139 Gasheizungsgesuche bezüglich der externen Gasanschlussleitung geprüft.

Der Übersichtsplan Wasser 1:5000 wurde vollständig ins Topobase (EDV-Programm) überführt und kann somit wie der Übersichtsplan Gas bearbeitet werden. Die Blätter I und VII sind für den Neudruck überarbeitet und aufbereitet worden.

Der Übersichtsplan Gas 1:5000 wurde im Topobase nachgeführt. Die Blätter I und VII wurden ebenfalls für den Neudruck aufbereitet.

Die Plandokumentation Fernwärme umfasst neu 53 Werkpläne im Massstab 1:250. 18 Nachführungen waren vorzunehmen.

Feldaufnahmen: Im Berichtsjahr wurden 104 interne Aufträge ausgeführt, dies liegt im Rahmen wie im Vorjahr. Dritte (beispielsweise private Ingenieurbüros, die Hauptabteilungen Elektrizität sowie Wärme und Entsorgung) haben 12 Einmessungen ihrer Werkleitungen in Auftrag gegeben.

Als Beilage für die Subventionsgesuche an die Gebäudeversicherung und die Baudirektion des Kantons Zürich wurden die Eingabepäne 1:50 000 im «AutoCAD» neu erstellt und nachgeführt.

Rohrnetzbau

Das Neuverlegen von 2,2 km Wasserleitungen erreichte nach dem letztjährigen Tief wieder einen respektablen Wert. Der Bau der Hauptleitung DN 400 mm in der Strasse «Im oberen Gern» sowie der Versorgungsleitungen im Quartier «Am Iberg-Südhang» und in der Rümiker- und Hofackerstrasse dient der Baulanderschliessung. Nach dem Stilllegen von 0,3 km Zubringerleitungen im «Linsental» resultiert insgesamt eine Verlängerung des Wasserleitungsnetzes um 1,9 km.

Der Schwerpunkt beim Auswechseln von 6,5 km Leitungen liegt bei den Hauptleitungen DN 500 mm in der Langgasse, dem Unteren Deutweg, der Auwiesen- und

Rosenaustrasse. Mit dem nachträglichen Einbau einer Entleerung in der älteren Hauptleitung DN 600 mm in der Pflanzschulstrasse ist diese Transportleitung nun betrieblich korrekt ausgebaut. Das Auswechseln der Versorgungsleitungen erfolgte – mit Ausnahme der Leitungen im Bahnhofplatz, in der Iberg- und Grabenackerstrasse – zeitgleich mit dem Erneuern der Erdgasleitungen.

Bei den Anschlussleitungen entfielen von total 2,2 km verlegten Leitungen 0,8 km auf Neuanschlüsse und 1,4 km auf Auswechslungen. Der Stilllegung von 19 Anschlüssen steht die Inbetriebnahme von 37 Neuanschlüssen gegenüber.

Rohrnetz Wasser (ohne Anschlussleitungen)

Zubringerleitungen	25 468 m	(– 339 m)
Haupt- und Transportleitungen	69 981 m	(+ 474 m)
Versorgungsleitungen	324 476 m	(+ 1 767 m)
Total Netz	419 925 m	(+ 1 902 m)

Anschlussleitungen total: 8 813 Stück (Zunahme 18 Stück)

Rohrnetzunterhalt

Der Versuch, mit einer neuen Methode das Wasserleitungsnetz auf verborgene Leckstellen zu überprüfen, verlief erfolgreich. Das Daten-Logger-Verfahren, basierend auf der elektro-akustischen Geräuschpegelmessung, löst die während mehr als 20 Jahren erfolgreich durchgeführte sektorielle Nullverbrauchsmessung ab. Das neue Verfahren ist kostengünstiger, da es einen geringeren Zeitaufwand benötigt und flexibel einsetzbar ist.

Die Unterhaltsequipe reparierte 48 Rohrleitungsdefekte, 12 umgefahrene Überflurhydranten und 10 defekte Hausinstallationen. 16 Schadenmeldungen erwiesen sich als Fehlmeldungen. Die mit der periodischen Wartung des Netzes festgestellten schadhafte Armaturen (sieben Schieber und 48 Hydranten) wurden in einen funktions-tüchtigen Zustand gebracht.

Der Pikettdienst rückte für das Reparieren von 28 Leitungsbrüchen, drei umgefahrenen Hydranten und 78 defekten Hausinstallationen aus. Mit 31 Bagatellunfällen, 24 Betriebsalarmen und 46 Abwasser-Pumpwerk-Defekten wurde der Pikettdienst insgesamt in 210 Fällen beansprucht.

Öffentliche Brunnen

Das Erneuern des Wand-Brunnens an der Zielstrasse 9 ist abgeschlossen. Die Renovation des Brunnens am Lindenplatz – gleichzeitig ausgeführt mit der Renovation der Bushaltestelle – sorgt für ein neues Erscheinungsbild. Mit der Rekonstruktion des Stadthausbrunnens wurde im Herbst unter der Leitung der Liegenschaftenverwaltung begonnen. Mit dem Aufheben der Brunnenanlage an der Stöcklirütistrasse 33 reduziert sich die Anzahl öffentlicher Brunnen auf 129.

Störungsstatistik Wasser 2002

Anzahl Betriebsalarme: 24	Setzung	Untermauerung	Korrosion	undichte Muffen	Armaturen	Fährlässigkeit	Total umgefahrene Hydranten	Reparaturen an:		Störungen an internen Installationen	Sonstige Störungen
								Schieber	Hydrant		
Zubringer-/Hauptltg.	0	0	0	0	0	0	0				
Versorgungsleitung	5	0	28	0	2	0	35				
Anschlussltg. extern	6	0	32	1	1	3	43	7	53	88	36
Anschlussltg. intern	0	0	1	0	0	1	2				
Verteilung im Boden	0	0	0	0	0	0	0				

Wassergewinnungsanlagen

Grundwasser- Gewinnungsgebiete	Anzahl Grundwasser- Brunnen	davon Hebebrunnen	Anzahl Pumpen	Konzession Menge in l/min
Hornwiden	1	–	2	9 000
Hornsäge	4	4	–	15 500
Buchrain**	1	1	1	–
Linsental*	1	–	2	18 000
Hard	1	–	2	12 000
Mittlere Au	1	–	2	8 750
Weieracker	1	–	2	8 750
Sennschür	1	–	3	13 250
Obere Au	1	–	2	4 250
Stadtacker	1	–	2	1 400
Weiertal**	1	–	2	–
Knorrenweg**	1	–	1	–
Reutlingen**	1	–	–	–
Krugeler**	1	–	–	–
Gätzbrunnen**	1	–	–	–
Neumühle**	1	–	–	–
Quellen (Iberg, Eulach Dickbuch, Dättenmoos (ungef. Kapazität))				1 100
Total	19	5	21	92 000

* Zusätzliche 3 Reservebrunnen und 3 Reservepumpen

** Notwasserversorgung

Reservoir und Druckzonen

Zone	Reservoir	Inhalt m³
10	Waldhof	9 000
10	Ganzenbühl	6 000
10	Hündler (mit Entleerungspumpe)	1 200
11	Brühlberg	200
12	Lindberg	300
13	Oberwinterthur	1 850
14	Isler	3 300
142	Köhlberg	100
16	Dätttau	1 000
17	Neuburg	100
171	Sonnenbühl	200
18	Grundhof (700 m³ Winterthur + 300 m³ Dinhard)	700
19	Wolfensberg	250
34	Ricketwil	200
70	Iberg	250
71	Eidberg	170
	Reutlingen (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Stadel (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Seen Dorf (Zivilschutzbehälter)	(260)
	Oberseen (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Zahl der Druckzonen (Stand vom 31.12.2002)	14
	Zahl der Reservoir inkl. Zivilschutzbehälter	20
	Total Reservoirinhalt ohne Zivilschutzbehälter	24 820
	Total Inhalt der Zivilschutzbehälter	
	inklusive 500 m³ im Reservoir Lindberg	1 360
	Zahl der Stufenpumpwerke	15
	Zahl der Stufenpumpen	30
	Zahl der Entleerungspumpen in Reservoir	1
	Zahl der Windkesselanlagen	2

Installationskontrolle / Zähler

	2002	2001
Installationsanmeldungen	566	406
Baukontrollen	1 175	967
Anzahl Zähler im Netz	14 634	14 650

Wasserzähler-Umsatz

	Einbau 2002	Einbau 2001	Ausbau 2002	Ausbau 2001
Alt-Umbauten	10	8	7	5
Neubauten	35	46		
Abtrennungen			54	27
Reparaturen	24	25	24	25
Revisionen	1 062	797	1 062	797
Verschiedene	0	5	0	5
Totalumsatz	1 131	881	1 147	859

Kehrichtverbrennungsanlage

Die total verbrannte Kehrichtmenge betrug 145 990 Tonnen, dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 1588 Tonnen (1,1%). Die von der Stadt

Winterthur zur Verbrennung eingelieferte Kehrichtmenge liegt mit 16 710 Tonnen 0,3% über der Vorjahresmenge. Die Aushilfen an andere KVA's nahmen um 28,9% auf 6743 Tonnen ab. Die Industrie- und Gewerbeanlieferungen reduzierten sich ebenfalls um 12,4%.

Die Kehrichttransporte per Bahn aus Zug und dem Kanton Tessin liefen während des ganzen Jahres störungsfrei ab. Die Abfallmenge aus dem Kanton Tessin betrug 25 280 Tonnen. Dies entspricht einer Zunahme von 40,2% gegenüber dem Vorjahr.

Die anfallende Schlackenmenge betrug 31 750 Tonnen bzw. 22% der Kehrichtmenge. 14 658 Tonnen wurden in der Deponie Riet entsorgt, 11 126 Tonnen wurden gemäss dem Abnahmevertrag aus dem Jahr 2001 per Bahn in die Deponie Tavannes geliefert. Die übrigen 5965 Tonnen wurden zur Vermeidung von Leerfahrten als Rücklieferung bei Aushilfen an andere KVA's in verschiedenen Schweizer Deponien entsorgt.

Bei der Rauchgasreinigung entstanden 3343 Tonnen Reststoffe, welche per Bahn in die Untertagedeponie Herfa-Neurode, Deutschland, transportiert wurden.

Die Kesselanlage 1 war während 6200 Stunden in Betrieb. Dies entspricht, bezogen auf die Jahresstundenzahl, einem Anteil von 71%. Die Kesselanlage 2 war während 7623 Stunden in Betrieb, was einem Anteil von 87,0% der Jahresstunden entspricht. Die Rauchgasreinigungen beider Linien hatten eine Verfügbarkeit von mehr als 99% seit der Inbetriebsetzung.

An beiden Verbrennungslinien wurde je eine grosse Revision (Dauer vier Wochen) und eine Kurzrevision (Dauer eine bzw. zwei Wochen) durchgeführt. Im August wurde die gesamte Anlage zur Inspektion der gemeinsamen Komponenten während 83 Stunden vollständig abgestellt.

Die Anlage war ansonsten während des ganzen Jahres ohne nennenswerte Probleme in Betrieb. Die geforderten Emissionsgrenzwerte wurden alle eingehalten und teilweise massiv unterschritten.

Die Laufzeit der Turbogruppe 1 betrug 7557 Stunden (86,2% der Jahresstundenzahl), diejenige der zweiten Turbogruppe 6707 Stunden (Anteil 76,6%). Der gleichzeitige Stillstand beider Turbinen betrug 114 Stunden.

Betriebsdaten

	2002	2001	Veränderung in %
Eingelieferte feste Abfälle	145 485 t	145 421 t	+ 0,04
Eingelieferte flüssige Abfälle	1 205 t	1 707 t	– 29,4
Total eingelieferte brennbare Abfälle	146 690 t	147 128 t	– 0,3
Zu-/Abnahme Kehrichtmenge im Bunker	– 700 t	450 t	
Total verbrannte Abfälle	145 990 t	147 578 t	– 1,1
Schlacke	31 750 t	32 465 t	– 2,3
Reststoffe aus Rauchgasreinigung	3 343 t	3 429 t	– 2,5
Total Dampfproduktion	572 325 t	569 064 t	+ 0,6
<i>Davon an Fernwärmeversorgung:</i>			
Dampf an Gebrüder Sulzer AG	29 662 t	24 846 t	+ 19,4
Dampf an CWK	5 493 t	5 432 t	+ 1,1
Dampf an fenaco	22 t	47 t	– 53,2
Dampf für Fernwärmeumformer	93 444 t	91 806 t	+ 1,8
Turbinenbetrieb	478 316 t	475 214 t	+ 0,6
Verkauf elektrische Energie	58 850 000 kWh	57 706 000 kWh	+ 2,0

Angeschlossene Gemeinden

	2002	2001
Region Winterthur	45	45
Kanton Zug*	11	11
Kanton Tessin*	247	247

* Die Entsorgung der Kantone Zug und Tessin erfolgt durch das Konsortium KVA ZH/TG

Spezifische Reingasemissionen

(Angaben in Gramm pro Tonne verbrannten Kehrchts)

		2002	2001
Kohlenmonoxid	CO	138,7	135,0
Stickoxide	NO ₂	329,0	391,1
Schwefeldioxid	SO ₂	52,8	69,1
Staub		3,48	4,13
Salzsäure	HCl	8,11	8,38
Flusssäure	HF	0,52	0,49
Blei	Pb	3,21	3,00
Zink	Zn	1,29	1,28
Quecksilber	Hg	0,12	0,11
Cadmium	Cd	0,10	0,10

Kläranlage Hard

Abwasserreinigungsanlage

Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) erbrachte die Reinigungsleistung in allen Parametern. Die kantonale Kontrollstelle des AWEL konnte bei den analysierten Wasserproben die Abflusswerte gemäss Einleitungsbedingungen besser als gefordert taxieren. Die Online-Messwerte zeigen ebenfalls gute Abflusswerte.

Die Schwermetallgehalte im Klärschlamm lagen das ganze Jahr über weit unter den geforderten Grenzwerten; auch bezüglich hygienischer Qualität war der Einsatz zu Dünge Zwecken unproblematisch.

Das vergangene Jahr war durch überdurchschnittliche Regenfälle geprägt, welche negative Auswirkungen auf den Betrieb hatten und zusätzliche Arbeiten erforderten. Infolge von Hochwasser in der Töss musste die Filtration zweimal für ca. einen Tag ausser Betrieb genommen werden. Das Betriebspersonal führte die notwendigen Wartungsarbeiten, Reparaturen, Kontrollen und präventiven Unterhaltsarbeiten an den Betriebseinrichtungen aus. Der im Jahre 2000 ausgefallene Wärmespeicher wurde ersetzt und die gesamte Heizungsanlage bezüglich Druckstufe überprüft sowie die notwendigen Verbesserungsmassnahmen ausgeführt. Bei der Sandwaschanlage baute das Betriebspersonal einen Bogensiebrechen für die Organikabscheidung ein. Damit wurden die Betriebsbedingungen wesentlich verbessert.

Zu Piketteinsätzen ausserhalb der Arbeitszeit musste 41-mal ausgerückt werden.

Zur Erfassung der Leistungsfähigkeit und des Optimierungspotenzials der biologischen Reinigungsstufe sowie der Stickstoffelimination wurde durch ein Ingenieurunternehmen eine Studie erstellt.

Schlammverbrennungsanlage (SVA)

Die Verfügbarkeit der Schlammmentwässerungs- und Verbrennungsanlage war das ganze Jahr gewährleistet. Mit weiteren betrieblichen Optimierungen konnte die statische Schlammindickung verbessert werden; dies hat eine geringere Schlammmenge zur Folge. Die Schlamm-entsorgung für Drittgemeinden nahm zu.

Während den geplanten Stillständen der Anlage führte das Personal die erforderlichen Wartungs- und Unterhaltsarbeiten aus. Das Mauerwerk des Ofens musste in grösserem Umfang saniert werden. Der Zustand des Elektrofilters wurde durch eine Fachfirma im Frühjahres-Stillstand speziell aufgenommen und der Zustand in einem Bericht dokumentiert. Die Leckagen an korrodierten Wänden wurden durch das Betriebspersonal repariert.

Abnutzungsschäden und alterungsbedingte Mängel bedürfen der speziellen Aufmerksamkeit und einer rechtzeitigen Ersatzplanung. Der Reparatur- und Wartungsaufwand sowie die Ersatzteilbeschaffung nehmen mit zunehmendem Anlagealter zu.

Durch den Einsatz von Knochenmehl als Ersatzbrenn-

stoff anstelle des sonst eingesetzten Faulgases konnte die Eigenstromproduktion wesentlich gesteigert werden.

Die nach der Luft-Reinhalte-Verordnung (LRV) geforderten Emissionsgrenzwerte konnten während des ganzen Jahres eingehalten werden.

Mit neuen Entwässerungsmaschinen wurden Versuche gefahren, um deren Zweckmässigkeit zu prüfen. Die vorhandenen Maschinen müssen in den kommenden Jahren ersetzt werden.

Im Hinblick auf die künftige Bewirtschaftung unter Wahrung der Betriebssicherheit wurde ein Projekt für einen zusätzlichen Nacheindicker erstellt.

Betriebszahlen der ARA und der SVA

	Einheit	2002	2001	Veränderung in %
Wasserdurchfluss	m ³	23 206 180	25 513 900	- 9,0
Frischschlammfall	m ³	97 783	97 714	+ 0,1
Überschussschlammproduktion	m ³	376 095	392 352	- 4,1
Faulschlammfall	m ³	89 763	94 758	- 5,3
Faulschlammabgabe an die Landwirtschaft	m ³	4 352	3 990	+ 9,1
Schlammverbrennung in SVA	m ³	58 517	68 100	- 14,1
Schlammabgabe für Fremdgemeinden	m ³	2 731	159	+ 1617,6
Knochenmehlverbrennung in SVA	t	763	258	+ 195,7
Gasproduktion	m ³	1 419 317	1 400 120	+ 1,4
Gasverwertung	m ³	1 414 386	1 393 080	+ 1,5
Strombezug von StWW/E	kWh	4 390 353	5 056 833	- 13,2
Stromproduktion	kWh	1 679 266	1 243 292	+ 35,1
Heizölverbrauch	t	58	73	- 20,5
Fällmittelverbrauch (Eisensulfat)	t	746	716	+ 4,2
Flockungsmittelverbrauch (flüssig)	l	25 800	27 100	- 4,8
BSB5 Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l O ₂	84,0	89,0	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l O ₂	2,3	2,5	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 10)	mg/l O ₂	1,3	1,3	
Gesamtphosphor Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l P	3,3	3,3	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l P	0,4	0,4	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 0,8)	mg/l P	0,3	0,3	
Ammoniumstickstoff Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l NH ₄ -N	20,1	18,2	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l NH ₄ -N	< 0,1	< 0,2	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 1,0)	mg/l NH ₄ -N	< 0,1	< 0,2	
Nitrit; Ablauf Filter (RW* kleiner 0,3)	mg/l NO ₂ -N	0,01	0,01	
Nitrat; Ablauf Filter (kein RW)	mg/l NO ₃ -N	15,92	13,47	
Ges. ungelöste Stoffe Jahresmittel				
Ablauf Filtration (RW* kleiner 5)	mg/l TR	0,9	1,4	
DOC Jahresmittelwert				
Ablauf Vorklärung	mg/l	17,5	17,4	
Ablauf Filtration	mg/l	7,7	6,5	

* RW = Richtwert

Energie-Contracting

Das Jahr stand mehrheitlich im Zeichen des «Holzes». Ende Januar waren die Wärmelieferungsverträge abgeschlossen, so dass mit der Realisierung der Holzschnitzel-Heizzentrale «Gern» begonnen werden konnte. Für die Beteiligten war es nicht immer einfach, unter dem herrschenden Zeitdruck und bei den engen Platzverhältnissen zu arbeiten. Seit dem 21. Oktober versorgt der Holzschnitzel-Heizkessel die ersten Kundinnen und Kunden mit Wärme. Die für die StWW noch neue Art der Wärmeerzeugung hat sich in den ersten zweieinhalb Monaten als ausserordentlich betriebssicher erwiesen.

Kundschaft

Im Wärmeverbund «Gern» sind bei der Firma Zehnder+Co Büros, Produktionsstätten und Wohnungen mit Wärme aus der Holzschnitzel-Heizzentrale beheizt worden. Ebenfalls mit Energie aus der Holzschnitzel-Heizzentrale erfolgte die Bauheizung der «Markthalle» und der Überbauungen «Hintermühle» sowie «Im oberen Gern» mit insgesamt 140 Wohnungen.

Die Wärmekraft-Kopplungs-Anlage in der Brühlgut-Stiftung hat die Kundin während 365 Tagen störungsfrei und auf umweltfreundliche Art und Weise mit Wärme und Strom versorgt.

Bei der Überbauung «Park Hochwacht» haben die StWW die Bauheizung mit mobilen Heizzentralen als Generalunternehmer für die Wärmeerzeugung realisiert.

Wärmeverkauf	1 103 740 kWh
Stromerzeugung	68 811 kWh
Erdgasbezug	576 465 kWh
Holzsnitzelbezug	749 030 kWh ≈ 1000 m ³ Schnitzel
Strombezug	14 283 kWh

Projekte

Für die Holzsnitzel-Heizzentrale «Gern» konnten im Laufe des Jahres zwei weitere Kundinnen gewonnen werden. Bereits Ende des Jahres ist mit den Planungen für den weiteren Ausbau der Heizzentrale und des Fernwärmenetzes begonnen worden, welcher im Herbst 2003 abgeschlossen sein wird.

Für die Übernahme der Sulzer Heizzentralen mit Wärme- und Kältenetzen auf den Arealen Stadtmitte sind sich Sulzer Immobilien und die StWW im Laufe des Jahres in den wesentlichen Bereichen einig geworden. Die Verhandlungen werden bis ins Jahr 2003 dauern.

Verkehrsbetriebe

Rund 20 Millionen Fahrgäste haben die Winterthurer Verkehrsbetriebe auf ihrem Liniennetz befördert – eine Dienstleistung, die dank motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überhaupt erst möglich ist. Die Chauffeure und Chauffeurinnen legten auf dem Liniennetz von rund 121 Kilometern total 3,8 Mio. Kilometer zurück. Dies entspricht 95 Fahrten rund um die Erde. Eine beachtliche Zahl – und dies glücklicherweise ohne nennenswerte Unfälle.

Im Berichtsjahr wurden 10 neue Niederflrbusse beschafft. Die Busflotte besteht nun aus 75 Fahrzeugen: 31 Gelenktrolleys, 13 Gelenkdieselbusse und 31 2-Achs-Dieselbusse.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von Fr. 33 343 527.91 und einem Totalertrag von Fr. 34 167 623.86 ab. Der Überschuss von Fr. 824 095.95 wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt (Basis Gesamtaufwand ZVV-Voranschlag) und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung.

Im Rechnungsjahr entspricht der Gesamt-Personalaufwand den Vorgaben gemäss Budget. Die Überschreitung der Lohnkosten infolge tieferer Produktivität beim Fahrpersonal (mehr Absenzen) konnte durch Einsparungen bei den Personalnebenkosten (u.a. Aus- und Weiterbildungskosten) kompensiert werden. Die Sachkosten sind im Rechnungsjahr insgesamt tiefer als budgetiert, da eine Zunahme der Fahrzeugunterhaltskosten durch tiefere Energiekosten (Beschaffungskosten Dieselöl) aufgefangen wurde. Massiv unter dem Budget sind die Kosten für Fahrleitungsunterhalt infolge Verschiebungen von Bauvorhaben oder günstigerem Kostenverlauf der realisierten Projekte. Die Kapitalkosten liegen unter Budget, da die Gesamtinvestitionen geringer als geplant sind (Einsparungen bei den Beschaffungskosten für die neuen Solaris-Fahrzeuge). Zudem wurden die Abschreibungen im Rechnungsjahr pro rata ($\frac{1}{12}$) gerechnet. Die Kapitalzinsen auf dem Anlagevermögen entsprechen dem Budget.

Nicht den Erwartungen entsprechen die Reklamerträge. Vor allem die Einnahmen für Busbemalungen und Dachreklamen waren stark rückgängig. Die übrigen Einnahmen konnten dank Zusatzverkäufen von Dieselöl an Dritte, Verkauf von Altfahrzeugen und Garantiarbeiten leicht gesteigert werden.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.			681 194.19
Rückzahlung an Zürcher Verkehrsverbund		- 571 136.61	
Diverse Personalaktionen		- 11 919.20	
Ergebnis Rechnung	824 095.95		
Betriebsreserve 31.12.2002	824 095.95	- 583 055.81	922 234.33

Marktverantwortung

Angebot – Verbesserungen auf den Fahrplanwechsel vom 15. Dezember

Entsprechend den Vorgaben des Zürcher Verkehrsverbundes lag der Schwerpunkt auf den Verbesserungen der WV-Regionallinien.

Dank zusätzlicher Kurse auf den Linien 610 und 611 der WV und einer Verlängerung der Linie 615 der Post ist das

ÖV-Angebot in der Gemeinde Wiesendangen jetzt ausgezeichnet. Die Gemeinden Neftenbach, Pfungen und Dättlikon profitieren ebenfalls vom verbesserten Angebot: Mit drei neuen Kurspaaren wurden bestehende Taktlücken geschlossen. Zudem wurden diese drei Gemeinden auch am Sonntag mit dem Bus erschlossen. Auf der Linie 681 nach Eidberg wurden Taktlücken mit zwei zusätzlichen Kurspaaren geschlossen. Auf Stadtgebiet konnte auf der Linie 5, Hauptbahnhof–Technorama, der Takt von 40 auf 20 Minuten am Samstag verdichtet werden.

In der Nacht auf den 15. Dezember trafen erstmals Nacht-S-Bahnen in Winterthur ein. Ab Hauptbahnhof können Spätheimkehrende mit vier Linien der WV und drei Linien der Post in den Nächten auf Samstag und auf Sonntag nach Hause gelangen.

Marktbearbeitung

Schwerpunkte waren die Winterthurer Messe und der erneuerte Internet-Auftritt. Publikumsmagnet an der Messe war der neue Solaris-Autobus. Die Messebesucherinnen und -besucher konnten sich vom Komfort dieses Busses aus Polen mit dem bequemen Niederflureinstieg überzeugen. Weitere Leistungen (Extrafahrten oder die Möglichkeiten der Fahrzeugwerbung) fanden ebenfalls das Interesse der Standbesucher und -besucherinnen.

Mit der Überarbeitung des Internet-Auftritts wurden zwei Ziele verfolgt: Erstens soll auf der Web-Site ein einfacherer Zugang zum öffentlichen Verkehr mit aktuellen und situationsbezogenen Informationen ermöglicht werden. Zweitens wollen sich die Winterthurer Verkehrsbetriebe mit vielfältigen Hintergrundinformationen und erleichterten Kontaktmöglichkeiten als modernes Unternehmen präsentieren. Realisiert wurde das Redesign mit den Informatikdiensten (IDW) der Stadt Winterthur. Der WV-Auftritt wurde in das Portal der Stadt Winterthur integriert. Dadurch lassen sich verschiedene Synergien nutzen, beispielsweise können Informationen zu Baustellen auf Stadtgebiet von unterschiedlichen Seiten gemeinsam und zentral bewirtschaftet werden.

Unternehmenskommunikation

Kundenbefragung 2002

Mit einigen zwischen den Kundenbefragungen in den Jahren 2000 und 2002 eingeleiteten Projekten konnten Verbesserungen in der Fahrgastinformation, in der Ausreinigung der Fahrzeuge und in der Pünktlichkeit verzeichnet werden. Insgesamt wurden jedoch die im Jahr 2000 genannten Qualitätsmängel bestätigt. Die WV erfüllten zwar die mit dem ZVV vereinbarten finanziellen Zielsetzungen, nicht aber die Qualitätsziele. Damit erhalten die Mitarbeitenden der WV zwei weitere Jahre keine vom ZVV ausgerichtete Erfolgsbeteiligung. Die Resultate der Kundenbefragung sind ein klarer Auftrag, eingeleitete Massnahmen weiterzuführen und weitere Schritte für die Kundenzufriedenheit zu unternehmen und konsequent umzusetzen.

Fahrzeugbeschaffung

Nach einem aufwändigen Submissionsverfahren und einer zeitintensiven Auswertung, in die nebst den Hauptabteilungen Technik und Betrieb auch die Betriebskommission einbezogen war, konnte der Firma Solaris Bus & Coach, Poznan (Polen), der Zuschlag für die Lieferung von zehn Dieselnissen erteilt werden. Am 27. August wurden die ersten beiden Solaris-Busse der Presse vorgestellt und nach erfolgter Schulung des Fahrpersonals am 2. Oktober offiziell dem Betrieb übergeben. Anfang Dezember waren



Der neue Solaris Diesel-Bus

sämtliche Fahrzeuge geliefert. Die Zusammenarbeit mit einem Fahrzeughersteller in Polen ist im Bereich des öffentlichen Verkehrs schweizweit eine Premiere.

Charta für die Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Am 21. März haben die WV gemeinsam mit der Betriebskommission und dem VPOD die Charta für die Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Verkehr unterzeichnet. Ziel ist die Eindämmung von Aggressionen und Gewalt, der Fahrgäste und Mitarbeitende der Transportunternehmen in zunehmendem Masse ausgesetzt sind. Die Verkehrsunternehmen und die Angestellten verpflichten sich, gemeinsam vorbeugende und die Sicherheit stärkende Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Damit das intakte Sicherheitsgefühl der Fahrgäste in den Bussen erhalten bleibt, fördern die WV als erste konkrete Massnahme eine verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal. In der ersten Hälfte des Jahres 2003 ist die Realisierung einer Sicherheitsorganisation vorgesehen.

Technik

Im Dezember wurde im Depot Grüzefeld eine neue Waschanlage für die Busse eingebaut.

Sie ersetzt die seit mehr als 25 Jahren im Einsatz stehende Anlage, welche den Anforderungen hinsichtlich Qualität, Kapazität und Technik nicht mehr entspricht und im Unterhalt überdurchschnittliche Kosten verursachte.

Mit einer gezielt angewendeten Wasseraufbereitung, welche den Kalkanteil des Wassers stark reduziert und deshalb weniger Reinigungs- und Spülmittel benötigt, erfüllt diese Anlage höchste ökologische Anforderungen (Einsatz von entmineralisiertem Wasser).

Mit dieser technisch und ökologisch hochwertigen Waschanlage sind die Voraussetzungen für eine effiziente und umweltschonende Aussenreinigung der Fahrzeuge geschaffen; frei werdende Personalkapazitäten werden für umfassendere Innenreinigungen eingesetzt.

Betrieb

Zusatzleistungen für die Fahrplanstabilität

Auf den Linien 2 und 660 wurde in den Hauptverkehrszeiten je ein Fahrzeug zusätzlich eingesetzt. Damit konnten die Erholungsphasen an den Endhaltestellen erhöht und die Verspätungen verringert werden. Mit dem Einsatz

eines zusätzlichen Trolleybusses auf der Linie 2 konnte die durchschnittliche Verspätung am Abend (5-Minuten-Takt) um die Hälfte reduziert werden. Entsprechend der jeweiligen Betriebssituation wurden im Feierabendverkehr zwei bis drei Poolfahrzeuge eingesetzt, die kurzfristig durch die Fahrdienstleitung disponiert wurden. Bei Verspätungen verkehrte dann ein zusätzlicher Bus pünktlich. Mit diesen Massnahmen konnte die Fahrplanstabilität erhöht werden. Die Organisation wird deshalb im Jahre 2003 in ähnlichem Rahmen weitergeführt werden.

Neue EDV-Programme im Betrieb

Seit mehreren Jahren wird mit einem EDV-gestützten Dispositionsprogramm gearbeitet, das nun mit neuen Programnteilen ergänzt wurde – die gesamte Fahrzeugdisposition ist jetzt ebenfalls Bestandteil des Betriebssystems.

Das Personal ist im Laufe des Novembers mit den neuen Programmen instruiert worden und arbeitet damit seit dem 15. Dezember.

Leistungsspiegel

Aufwand/Einnahmen		2001	2002	ABW %
Personalaufwand	Tausend Fr.	21 935	22 627	3,2
Sachaufwand	Tausend Fr.	6 068	6 384	5,2
Kapitalaufwand	Tausend Fr.	4 497	4 002	- 11,0
Transportbeauftragter	Tausend Fr.	332	331	- 0,3
Total Aufwand	Tausend Fr.	32 832	33 344	1,6
Total Nebeneinnahmen	Tausend Fr.	2 143	2 228	4,0

Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer

Personalaufwand	Fr. / km	5,88	6,01	2,2
Sachaufwand	Fr. / km	1,63	1,69	3,7
Kapitalaufwand	Fr. / km	1,21	1,06	- 12,4
Total Fahrplankilometer	Fr. / km	8,80	8,85	0,6

Personalbestand per 31.12.

Direktion und Verwaltung	Anzahl Pensen	20,40	19,80	- 2,9
Betrieb und Fahrpersonal	Anzahl Pensen	156,75	158,60	1,2
Technik und Werkstatt	Anzahl Pensen	27,75	29,75	7,2
Total Personalbestand		204,90	208,15	1,6

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	32	31	- 3,1
Standardautobusse	Anzahl	29	31	6,9
Gelenkautobusse	Anzahl	10	13	30,0
Total Fahrzeuge	Anzahl	71	75	5,6

Fahrplankilometer

Stadt:	Trolleybusse	km	1 721 534	1 694 941	- 1,5
	Autobusse	km	1 306 078	1 354 727	3,7
Total Stadt		km	3 027 612	3 049 668	0,7
Region:	Winterthur-Flughafen	km	534 152	534 546	0,1
	Winterthur-Elsau	km	68 084	68 446	0,5
	Winterthur-Dättlikon	km	79 461	89 893	13,1
	Winterthur-Gundetswil	km	19 624	19 787	0,8
	Brütten-Effretikon	km	0	3 499	0,0
	Nachtbusse	km	0	1 869	0,0
Total Region		km	701 321	718 040	2,4
Total Stadt und Region		km	3 728 933	3 767 708	1,0

Energie-Verbrauch

Fahrstrom	kWh	5 390 020	5 067 670	- 6,0
Dieselloil	Liter	924 944	943 121	2,0

Index

Landesindex (Basis Mai 1993 = 100)				
Stand Dezember	Punkte	107,50	108,40	0,8

Forstbetrieb

Das Berichtsjahr war, wie bereits die Vorjahre, geprägt durch die Nachwirkungen des Orkans Lothar und die schleppende Konjunktur, insbesondere im Baugewerbe. Der Holzmarkt vermochte auch auf tiefem Preisniveau nur wenig frisches Holz aufzunehmen. Die für das Sommerhalbjahr befürchteten massiven Borkenkäferschäden blieben glücklicherweise aus. Wegen der ungünstigen Holzmarktlage hat der Forstbetrieb Winterthur nur 51 Prozent des Hiebsatzes (nachhaltig nutzbare Holzmenge) geerntet und verkauft. Die freie Arbeitskapazität wurde für den Bau eines neuen Schnitzelschopfes und eines Erlebnisspielplatzes auf dem Areal des Reitplatzes, Waldstrassenerneuerungen sowie für weitere verrechenbare Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Private eingesetzt.

Produktionsgrundlagen

Flächenverhältnisse

Die durch den Forstbetrieb Winterthur betreute Fläche konnte durch zwei Waldausgeschäfte um 82 auf neu 1926 Hektaren (1903 ha Wald, 17 ha Kulturland und 6 ha ertragsloses Land) vergrößert werden:

Lokalname	Parzelle	Fläche
Schönholz	14921	- 2 227 m ²
Schönholz	15991	- 17 887 m ²
Schönholz	15992	- 14 005 m ²
Hegiberg	3081	- 1 422 m ²
Total Abgang		- 35 541 m ²
Schooren	15994	29 876 m ²
Seen-Sädelrain	7700	13 863 m ²
Total Zugang		43 739 m ²
Bilanz		8 198 m ²

Öffentlichkeitsarbeit, Forstumgang

Mit einem äusserst erfolgreichen Informationsstand über seine vielfältigen Leistungen war der Forstbetrieb an der Messe für Haus und Garten (HAGA) präsent. Gleichzeitig wurde die neue, farbige Informationsbroschüre über den Forstbetrieb und den Stadtwald lanciert. Auf grosse Beachtung stiess das erneut bestandene FSC-Kontrollaudit. Die Produkte des Forstbetriebes dürfen für ein weiteres Jahr das FSC-Label für nachhaltige, sozialverträgliche Waldbewirtschaftung des Weltforstrats (Forest Stewardship Council) tragen. In Medienberichten und an einem gemeinsamen Informationsstand mit der WWF-Regionalgruppe Winterthur wurde über die Inhalte des FSC informiert und für die weitere Verbreitung FSC-zertifizierter Holzprodukte geworben.

Anlässlich der Fertigstellung der Holzschnitzelheizung «im Gern» und der Einweihung des neuen Schnitzelschopfes beim Revierstützpunkt Eschenbergstrasse konnte der Grosse Gemeinderat am Forstumgang vom 14. September über den Nutzen von Holzenergieprojekten für die Waldpflege und den Naturschutz orientiert werden. Die Produktion von Holzschnitzeln ist der effizienteste Weg, geringwertige Holzsortimente, wie diese vor allem bei Naturschutzeingriffen anfallen, wirtschaftlich zu verwerten. Erstmals wurden die Behördenmitglieder der benachbarten Gemeinden an den Forstumgang eingeladen, um auch damit zu dokumentieren, dass die Leistungen des Waldes einen über die Gemeindegrenzen reichenden Nutzen haben.

Waldstrassen und -wege

Neubekiesungen von Waldstrassen wurden nur zurückhaltend und konzentriert auf wichtige Fusswegverbindungen sowie Hauptabfuhrachsen für das Holz vorgenommen. Auf dem Lindberg wurde eine erste Tranche der durch den Orkan Lothar stark in Mitleidenschaft gezogenen Strassen saniert, sowie auch der Kronenrainfussweg zwischen Töss und dem Dätttau.

Revier	Strasse	Länge
Eschenberg	Gullimoostrasse	375 m'
	Obere Vogelsangstrasse	801 m'
	Jubiläumsstrasse	666 m'
Lindberg	Untere Weiherstrasse	836 m'
	Goldenbergstrasse	651 m'
Töss	Kronenrainfussweg	403 m'
Total		3732 m'

Zur besseren und schonenderen Erschliessung der Waldungen wurden 550 m Maschinenwege in den Revieren Eschenberg Kümberg und Seen ausgebessert.

Schnitzelschopf

Beim Revierstützpunkt Ost an der Eschenbergstrasse wurde der seit einiger Zeit geplante Schnitzelschopf in Eigenregie realisiert. Der Schopf dient als Pufferlager zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und zur Versorgung der älteren städtischen Trockenschnitzelheizungen in den Schulhäusern Hegifeld und Rosenau mit trockenem Brennstoff.



Bau des Holzschnitzelschopfes

Holz

Holzernte und Verkauf

Im Hinblick auf die Situation des Holzmarktes wurden vom 1. September 2001 bis 31. August 2002 im Stadtwald nur 12 500 Tariffestmeter (Tfm)* Holz (51% des Hiebsatzes) geerntet. Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 7200 Tfm und aus Räumungen 900 Tfm. Hinzu kommen das Zwangsnutzungen in der Folge des Orkans Lothar 3300 Tfm und 1100 Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz. Damit sind die Borkenkäferschäden deutlich unter dem im Vorjahr befürchteten Ausmass geblieben, was einerseits dem für die Käferentwicklung ungünstigen Witterungsverlauf und andererseits den konsequenten Bekämpfungsmassnahmen des Forstbetriebes zu verdanken sein dürfte.

* Tariffestmeter = Menge stehend gemessenes Holz mit mehr als 7cm Ø über der Rinde gemessen

Nutzung im Forstjahr 2002 in Tariffestmetern

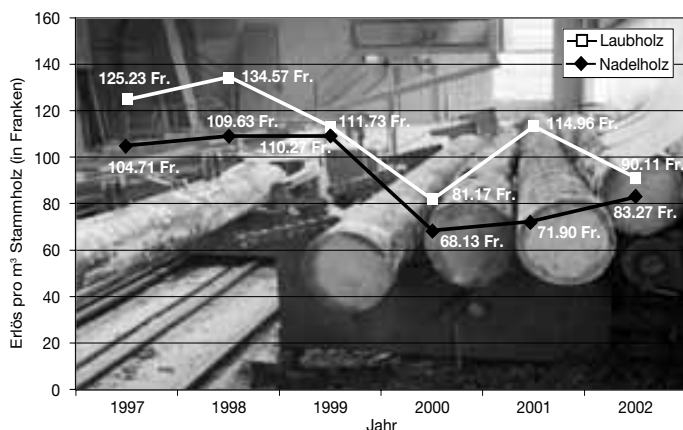
Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	4 400	- 56
Lindberg	199	2 800	1 900	- 32
Brühlberg	132	1 400	400	- 71
Kümburg	181	2 400	1 200	- 50
Töss	83	850	700	- 18
Wülflingen	257	2 800	700	- 75
Wolfensberg	83	1 100	700	- 36
Seen	183	2 500	2 400	- 4
Hornsäge	28	450	100	- 78
Total	1 903	24 300	12 500	- 49
Vorjahr	1 902	24 300	13 200	- 46

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 11 300 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

	2002 m ³	2002 %	2001 m ³	2001 %
Nadelstammholz	5 500	43	4 700	43
Laubstammholz	1 900	16	1 800	16
Industrieholz	300	8	900	8
Brennholz	3 600	33	3 700	33
Total	11 300	100.0	11 100	100.0

Die Situation auf dem Holzmarkt hat sich seit dem Orkan Lothar nicht wesentlich verbessert. Die Durchschnittserlöse für Laubstammholz von Fr. 90.11 je m³ und für Nadelstammholz von Fr. 83.27 je m³ liegen nach wie vor wesentlich unter dem Niveau, welches vor dem Orkan massgebend war.

Stammholzerlöse 1997 bis 2002



Der Bereich Energieholz entwickelte sich hingegen weiterhin erfreulich. Die Schnitzelheizungen im Schulhaus Laubegg (Dättelnau) und vor allem das Grossprojekt «im Gern» der Städtischen Werke Winterthur haben den Betrieb aufgenommen. Die abgesetzte Schnitzelmenge konnte im Berichtsjahr auf 4800 Sm³ gesteigert werden.

Verjüngung und Jungwaldpflege

Der überwiegende Teil der Waldverjüngung erfolgte natürlich. Gepflanzt wurden insgesamt 600 Fichten, 500 Lärchen, 300 Douglasien und 200 Eichen zur Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette.

Im Laufe des Sommers wurden 72 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt. 13 Hektaren Stangenholzer wurden durchforstet und – wo sinnvoll – wertgeastet. Auf 2 Hektaren wurde eine Schlagpflege vorgenommen.

Bildung, Erholung und Sport

Im Wald

Forstmeister, Förster und Forstwarte haben während mehr als 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate gehalten.

Auf dem Areal des Reitplatzes wurde im Auftrag Dritter ein Erlebnisspielplatz mit zwei Beachvolleyballfeldern und einem Blockhaus erstellt. Die Spielgeräte und das Blockhaus wurden in Eigenregie aus Winterthurer Holz gefertigt.

Die Erholungsanlagen im Wald (250 Sitzbänke, 58 Hütten, 37 Grillplätze und 29 Brunnen) wurden auf einem Plan inventarisiert. In Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Arbeitslosenprojekte konnten im Herbst sämtliche Sitzbänke auf dem Wolfensberg saniert werden. Für das Jahr 2003 ist ein ähnliches Projekt für das Revier Lindberg geplant.

Versuchsweise wurde ein Abschnitt der Galoppstrecke auf dem Eschenberg mit Splitt statt der bisher üblichen Holzschnitzel eingedeckt; dadurch sollten eine längere Lebensdauer und letztlich geringere Unterhaltskosten erreicht werden. Die Reaktionen von Reiterinnen und Reitern sind bisher positiv. Die Finnenbahn auf dem Lindberg befand sich seit dem Orkan Lothar in schlechtem Zustand. Im Auftrag des Bereichs Sport wurde der gesamte Oberbau erneuert. Für das Jahr 2003 ist die Sanierung des Start-/Zielfeldes in Kombination mit dem Bau eines Weihers geplant.

Weiterhin verursachen Abfälle und Deponien im Wald Probleme, vor allem in der Nähe von Parkplätzen und Erholungsanlagen. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung organisierten das Strasseninspektorat, die Stadtgärtnerei und der Forstbetrieb am 13. und 14. September erfolgreich den zweiten «Clean up Day» in Winterthur.

Im Wildpark Bruderhaus

Im März wurde der Wildparkverein Bruderhaus gegründet. Der Verein hat zum Ziel, die Entwicklung des Parks als Umweltbildungsstätte und Ort der Begegnung zu fördern und zu unterstützen. Der Verein entwickelt sich erfolgreich und zählte zur Jahreswende 2002/2003 bereits 150 Mitglieder.

Eine wichtige Aufgabe moderner Wildparks ist die Beteiligung an internationalen Projekten. Der Wildpark Bruderhaus ist engagiert in den EEP (Europäisches Erhaltungszuchtprogramm) Wisent, Przewalskipferd und Vietschikahirsch. Alle drei Arten sind in der freien Wildbahn extrem selten oder ausgestorben. Im Berichtsjahr konnten drei Przewalskistuten an das seit 1997 laufende Auswilderungsprojekt in der Wüste Gobi beigesteuert werden. Insgesamt sind damit acht Winterthurer Pferde im der Mongolei ausgewildert worden. Drei Wisente wurden im November dem WWF an ein Wiederansiedlungsprojekt südlich von Moskau übergeben. Ein Tier hat leider den Transport nicht überlebt.

Tierbestand Ende 2002

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	4	4
Damhirsch	4	10	9
Sikahirsch	1	5	2
Mufflon	6	6	5
Wildschwein	1	2	-
Wildpferd	3	5	3
Wisent	1	2	1
Luchs	2	-	-

Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Technische Projekte

Naturschutzkonzepte und -projekte dienen der Umsetzung des städtischen Naturschutzkonzeptes im Wald, stellen den zielgerichteten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sicher und ermöglichen Naturschutzbeiträge von Bund und Kanton. Für das Revier Lindberg wurde ein Nassstandortkonzept erarbeitet und vom kantonalen Amt für Landschaft und Natur genehmigt. Das Konzept sieht den Bau von insgesamt neun Weihern an geeigneten Stellen in den durch den Orkan Lothar verursachten Kahlfächen vor. Eine erste Kette von drei Weihern ist im Herbst an der Unteren Hüttenstrasse realisiert worden. Der Bau der übrigen Weiher ist etappenweise für die Jahre 2003 bis 2006 geplant.

Im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit dem Strasseninspektorat wurde ein Abschnitt des Steinbaches im Rumstal revitalisiert und die Beton-Längsverbauungen durch fischgängige Blockwürfe ersetzt. In Projektierung ist eine weitere Bachrevitalisierung am Steglibach am Fusse des Eschenbergs.

Waldbauliche Projekte

Die letzte Etappe des Projekts Lichter Wald Neuburg Südhang wurde realisiert und mit dem kantonalen Amt für Landschaft und Natur abgerechnet. Die Arbeiten für das Waldrandpflegekonzept der Stadt Winterthur sind weit vorangeschritten. Der Schlussbericht und die Genehmigung durch die Abteilung Wald des Kantons Zürich sind für das erste Semester 2003 vorgesehen. Auf der Basis des genehmigten Waldrandpflegekonzeptes können Bundes- und kantonale Beiträge an die Waldrandpflege beauftragt werden.

Wald und Wild

Der Rotwildbestand (Rothirsch) auf dem Eschenberg verunmöglicht nach wie vor die nachhaltige Verjüngung des Waldes mit standortgerechten Laubbaumarten. Die im Jahre 2001 anlässlich einer Begehung mit den Vorstehern der Dept. Finanzen und Technische Betriebe, dem kantonalen Fischerei- und Jagdverwalter und Vertretern

der Jagdgesellschaft beschlossenen Massnahmen haben bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Im ganzen Betrieb wurden 400 Laufmeter Einzäunungen (Hirschzaun) und 1420 Stück Einzelschutz erstellt.

Objektschutz

Entwässerungen und Verbauungen

Trotz des extrem niederschlagsreichen zweiten Semesters erfolgten keine grösseren Schäden an Infrastrukturanlagen und Verbauungen.

Sicherheitsholzerei

Im Revier Lindberg mussten entlang von Wegen und Erholungsanlagen weitere, durch den Orkan Lothar beschädigte Bäume entfernt werden.

Verrechenbare Dienstleistungen

Der Forstbetrieb verfügt über qualifiziertes Fachpersonal für Planung, Beratung und Realisierung von Vorhaben im Bau- und Grünbereich. Zum Ausgleich des Umsatztiefs beim Produkt Holz wurden erfolgreich Aufträge akquiriert. Insbesondere dank guter Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei, dem Strasseninspektorat und dem Sportamt konnten Synergien genutzt und Fremdkosten für die Stadt vermieden werden. Bedeutende Aufträge waren die Grünplanung und Leitung der Holzereiarbeiten entlang der SBB-Strecken im Raum Winterthur, die Sicherheitsholzerei entlang der Eulach im Auftrag des AWEL sowie zahlreiche Spezialaufträge in Parkanlagen und Gärten.

Nichtverrechenbare Leistungen und hoheitliche Aufgaben

Neben den ordentlichen, durch die Waldgesetzgebung vorgegebenen Forstpolizeibereichen und den Querschnittsaufgaben innerhalb der Stadtverwaltung verursachten die Vorbereitung der Orientierungslauf-Weltmeisterschaft 2003 auf dem Eschenberg sowie die Arbeiten in der Begleitgruppe Energiekonzept einigen Zusatzaufwand.

Stadtgärtnerei

Die Stadtgärtnerei ist im Rahmen ihrer Aufgaben und Zielsetzungen massgeblich für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt in den Bereichen Freiraum und Naturschutz besorgt. Sie pflegt das öffentliche Grün in Park-, Schul-, Sport- und Verkehrsanlagen. Im Friedhof- und Bestattungswesen gewährleistet sie harmonische Abläufe und einen pietätvollen Umgang mit Verstorbenen und Angehörigen.

Das wichtigste Projekte des Berichtsjahres war der Beginn des Neubaus des Krematoriums im Friedhof Rosenberg. Im Frühjahr konnte mit dem Bau begonnen werden und bis zum Jahresende war das erste Untergeschoss erstellt. Ein bedeutender Schritt für die Freiraumentwicklung der Stadt konnte mit der Ausschreibung des Projektwettbewerbs Eulachpark in Oberwinterthur vorgenommen werden.

Hauptabteilung Planung / Naturschutz

Die fünf Mitarbeitenden dieser Hauptabteilung bearbeiten ein relativ breit gefächertes Aufgabenspektrum: Freiraumplanung, Objektplanungen (Pflegepläne, Umänderung und Neubau von Grünanlagen und Friedhöfen), Naturschutz, Beurteilen von Baugesuchen, Erfassen und Bearbeiten von GIS-Daten (Baum- und Grünflächenkataster). Als Werkzeuge kommen verschiedene EDV-Applikationen zum Einsatz (CAD, Geografisches Informationssystem und Bauadministration). Rund 40% der Tätigkeit entfallen auf hoheitliche Aufgaben und Bewirtschaftung der Grundlagen. 60% der Tätigkeit werden in Zusammenarbeit mit städtischen und kantonalen Verwaltungsstellen für Freiraum- und Objektplanungen sowie für Naturschutzplanungen aufgewendet. Teilweise wird das Bearbeiten von Projekten an private Büros für Landschaftsarchitektur vergeben.

Die Pflege der insgesamt rund 200 Natur- und Landschaftsschutzobjekte wird mittels Eigenleistungen durch die Naturschutzequipe sowie durch beauftragte Dritte (Landwirte, Forstbetrieb und Naturschutzvereine) erbracht.

Bearbeitete und teilweise umgesetzte Projekte Freiraumplanung:

- Umsetzung Alleenkonzept:
General Guisan-Strasse, Frauenfelderstrasse, Sulzer-Allee, Rümikerstrasse, Im Gern
- Friedhof Rosenberg: Ausführungsprojekt, Bauleitung, Belegungspläne Abteilungen 14, 15 und 62; Gestaltungsprojekt Instandstellung Abteilungen 57 und 63
- Friedhöfe Wülflingen und Oberwinterthur: Detailprojektion Urnennischenanlagen
- Friedhöfe Wülflingen, Oberwinterthur, Seen und Töss: Baum- und Grünflächenkataster
- Zentrum Adlergarten: Entwicklungs- und Pflegekonzept
- Stadtgarten/Stadthaus: Bestandsaufnahmen und gartendenkmalpflegerisches Gutachten
- Delphinplatz: Ausführungsprojekt und Bauleitung Umgebungsgestaltung
- Freizeitanlagen Dätttau und Kanzleistrasse: Spielplatzneugestaltung
- Schulpavillon Iberg: Ausführungsprojekt und Bauleitung Umgebungsgestaltung
- Schulhaus Schachen:
Projektwoche Innenhofgestaltung
- Schulhaus Hohfurri:
Ausführungsprojekt und Bauleitung Pausenplatz

- Schulhaus Langwiesen: Sanierung Pausenplatz
- Schulhaus Lindberg: Instandstellungsprojekt Laufbahn und Spielwiese
- Projektwettbewerb Eulachpark Oberwinterthur:
Unterlagenbeschaffung, Bestandsaufnahmen und Ausschreibung.

Projekte Naturschutz:

- Detailinventarblätter über 20 Naturschutzobjekte:
Bestandsaufnahmen und EDV-Erfassung der Daten (Objektbeschreibung, Artenliste Flora und Fauna, Pflege- und Aufwertungsmassnahmen)
- Neuanlage von Nass-Standorten im Lindbergwald
- Standaktionen im Wildpark Bruderhaus:
«Chunsch Vögel über» und «Hochstamm-Obstgärten»
- Obst-Hochstammaktion:
Neupflanzung von 104 Bäumen
- Ökologische Ausgleichsflächen:
205 Aren Buntbrachen, 5 Aren Wildhecken mit Krautsaum.

Hauptabteilung Grünanlagen

Die 50 Mitarbeitenden (46,4 Stellen) dieser Hauptabteilung sind verantwortlich für die fachgerechte Pflege der rund 90 öffentlichen Anlagen, der 100 Schul- und Kindergartenanlagen, der 8 Sportplätze und des Verkehrsgrüns. Dazu gehören auch die Kinderspielplätze und zahlreiche Naturschutzobjekte. Immer mehr Aufwand verursachen die Reinigung und Abfallentsorgung in den Anlagen sowie Instandstellungsarbeiten von Vandalenschäden. Ein «Kulturwandel» ist auch bezüglich Benutzung der sorgsam gestalteten historischen Parkanlagen feststellbar; es bilden sich Trampelpfade quer durch Pflanzrabatten und morastige «Velowege» durch Rasenflächen.

Nebst den Pflegearbeiten wurden wiederum verschiedene Verbesserungen an Anlagen und Einrichtungen ausgeführt. Bei der Erneuerung der Kinderspielplätze konnte die dritte und letzte Etappe umgesetzt werden. Damit ist der vor drei Jahren festgelegte Standard erreicht. Künftig geht es darum, dieses Niveau zu halten und damit die Sicherheit durch periodische Kontrollen, Reparaturen und gezielten Ersatz langfristig zu gewährleisten.

Zwei neu gestaltete Anlagen konnten 2002 der Bevölkerung übergeben werden: Delphinplatz in Veltheim und Hermannpark an der St. Gallerstrasse.

Die Neugestaltung des Delphinplatzes konnte aus Mitteln des Robert Keller-Fonds finanziert werden. Die dreieckige Grundstücksform ist durch eine Mauer entlang der SBB-Linie und durch breite, niedrige Heckenbänder begrenzt. Innerhalb dieser Raumkanten ist der Platz in zwei unterschiedlich nutzbare Bereiche gegliedert.

Der südliche Teil ist mit einer offenen Rasenfläche und der markanten Linde als Abschluss gestaltet und für eher ruhige Nutzungen vorgesehen. Der nördliche Bereich wird durch einen grosszügigen – von den bestehenden Bäumen beschatteten – Kiesplatz akzentuiert. Er ist mit Sitzgelegenheiten und kleineren Spielgeräten ausgestattet und soll eine vielfältige Nutzung ermöglichen.

Bei der Gestaltung des Hermannparks wurde auf dessen wesentlichen Gestaltungselementen aufgebaut. Der grosszügige Kiesplatz unter den alten Bäumen musste erneuert werden und soll zu Müsiggang und Spiel einladen. Die Spielwiese wurde etwas verkleinert und mit einem Heckenlabyrinth als zusätzliche Attraktion für Kleinkinder bereichert. Der dritte Hauptbereich liegt am südlichen Rand, ist als Tummelplatz gestaltet und mit verschiedenen Geräten (Klettertürmen, Rutschen, Netzen und Wipptieren) ausgestattet. Bei der Gestaltung haben Vertreterinnen des Quartiervereins mitgewirkt. Wegen des



Hermannpark: Spielbereich mit verschiedenen Geräten

finanziellen Rahmens und aus Rücksicht auf die historische Anlage konnten leider nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Der neue Park stellt aber eine Bereicherung für das Quartier dar und wird rege genutzt.

Hauptabteilung Friedhöfe / Gärtnerei

In dieser Hauptabteilung arbeiten je nach Saison bis zu 46 Mitarbeitende, verteilt auf 32 Stelleneinheiten. Zudem werden drei Lehrtöchter im Beruf «Topfpflanzen- und Schnittblumengärtnerin» und eine als Floristin ausgebildet. Von den Stelleneinheiten entfallen 3 auf die Friedhofverwaltung, 4 auf das Bestattungswesen mit Krematorium, 5 auf die Produktionsgärtnerei und den Blumenladen sowie 20 auf die Grab- und Friedhofpflege im Rosenberg.

Die Friedhofverwaltung nimmt die Aufträge des Zivilstandsamtes für Aufbahrung, Abdankung, Kremation und Bestattung entgegen und koordiniert diese. Die Mitarbeitenden beraten die Angehörigen bezüglich Blumenschmuck, Grabbepflanzung und -pflege. Auf Wunsch wird für den Grabschmuck ein Pflegevertrag – in der Regel für die Dauer der gesamten Ruhefrist des Grabes (25 Jahre) – abgeschlossen.

Im Friedhof Rosenberg konnten verschiedene Bereiche umgestaltet, d.h. auf die ursprünglichen Ideen (Rittmeyer und Furrer sowie Merkelbach) rückgeführt und verbessert werden. Die Grundlage bildet ein Entwicklungskonzept, welches auf einem Gutachten aus dem Jahre 1999 basiert. Das Konzept enthält langfristige Ziele bezüglich Gestaltung, Pflege, Nutzung und Belegung. Die Arbeiten können im Rahmen der ordentlichen Pflege oder im Zusammen-

hang mit der Auflösung von Grabfeldern ausgeführt werden und belasten somit das Budget nicht zusätzlich.

Für den Neubau des Krematoriums erfolgte am 25. April 2002 der Spatenstich. Die Aushubarbeiten und das Sichern der Baugrube mussten wegen der engen Platzverhältnisse und der empfindlichen Lage der Baustelle innerhalb des Friedhofswaldes sehr sorgfältig vorgenommen werden. Bis zum Jahresende konnte das erste Untergeschoss erfolgreich und ohne Zwischenfälle gebaut werden. Die aufgrund der technischen Rahmenbedingungen etwas komplexe Submission für die Ofenanlagen und die Rauchgasreinigung benötigte mehr Zeit als vorgesehen. Es werden zwei gasbefeuerte Etagenöfen und Festbett-Filteranlagen installiert. Dies erfolgt in Absprache mit den kantonalen Bewilligungsbehörden. Gemäss Bauprogramm kann nunmehr mit der Aufnahme des Betriebes im Oktober 2003 gerechnet werden.

Für die Renovation der Abdankungskapelle konnte die Projektierungsphase abgeschlossen werden (neue Möblierung, eine verbesserte Heizung, eine individuell regulierbare Beleuchtung sowie ein neues Farbkonzept). Im Weiteren wird der asbesthaltige Verputz des Gewölbes entfernt und durch einen neuen ersetzt. Die Renovationskosten betragen rund 630 000 Franken und werden insbesondere aus dem Krematoriumsfonds finanziert.

Wegen der Bauarbeiten mussten für die Abdankungsfeiern neue Räumlichkeiten gefunden werden. Die Evangelisch-Reformierte Kirchgemeinde Veltheim hat in verdankenswerter Weise spontan Hand geboten. Bis Oktober 2003 finden die Abdankungen in der reformierten Kirche Rosenberg an der Schaffhauser-/Bettenstrasse statt. Die Trauergemeinden werden nach der Abdankung durch die Bestattungsbegleiterin von der Kirche zum Grab im Friedhof Rosenberg geführt.



Neubau Krematorium: Baugrube neben der bestehenden Abdankungskapelle

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2002

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

1. Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau (Nr. 2002-023).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 6. März 2002.
Überwiesen am 8. April 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Einzelinitiativen

1. Erhaltung der Lebensqualität von Iberg, Eidberg, Weiherhöhe, Gotzenwil, Seen, Oberseen und Sennhof durch eine finanzielle Unterstützung des Vereins «Fluglärmsolidarität» (Nr. 2002-118).

Eingereicht von Michael Hohl, Mirka Pfister Hohl, Sefan Hohl, Rahel Pfister Hohl, Hans Gut und Rosemarie Sennhauser am 13. November 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Beschlussanträge

Keine pendenten Geschäfte

Motionen

Erheblich erklärte

1. Neuüberbauung des Archplatzes (Nr. 86-084).

Eingereicht von Peter Hodel (SP) am 30. Juni 1986.
Erheblich erklärt am 25. April 1988.

2. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).

Eingereicht von Stefan Scherzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.

3. Integriertes Verkehrs- und Nutzungskonzept für das Bahnhofgebiet Winterthur (Nr. 89-012).

Eingereicht von Hans Rudolf Lacher (EVP) am 23. Januar 1989.
Erheblich erklärt am 12. März 1990.

4. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).

Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.

5. Bau einer städtischen Muster-Wohnsiedlung (Nr. 90-003).

Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 15. Januar 1990.
Erheblich erklärt am 18. März 1991.

6. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.

7. Assistenzzuschuss für Menschen mit Behinderung (Nr. 00-078).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 3. Juli 2000.
Überwiesen am 11. September 2000.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. März 2001.
Erheblich erklärt am 12. November 2001.

8. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.

9. Entschädigung für Behördenmitglieder (Nr. 01-072).

Eingereicht von Marianne Ott (SP), Adrian Ramsauer (Grüne/DaP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Haymo Empl (CVP) am 9. Juli 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Februar 2002.
Erheblich erklärt am 6. Mai 2002.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärte

1. Rychenbergstrasse – Aufhebung der Klassierung als kommunale Strasse 01-059).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Hans Ulrich Würzler (SP) am 11. Juni 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. Februar 2002.

2. Kredit für die kostengünstige Einführung von Blockzeiten in Winterthur (Nr. 01-091).

Eingereicht von Verena Gick-Schläpfer (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Paula Anwender-Akermann (CVP) am 24. September 2001.
Überwiesen am 12. November 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. April 2002.

3. Verkehrssicherheit für Schulkinder sowie Personen, die das öffentliche Verkehrsmittel im Bereich Gotzenwilerstrasse bis Ausgang Gotzenwil benutzen (Nr. 02-147).

Eingereicht von Fritz Hofmann (SVP) am 9. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Postulate

1. Erschliessung der S-Bahn-Station Felsenhof und Schulhaus Oberseen (Nr. 00-090).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 28. August 2000.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Grossen Gemeinderat ein Ergänzungsbericht verlangt am 23. September 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

2. Ebenerdige Strassenquerungen im Stadtzentrum (Nr. 01-005).

Eingereicht von Martin Stauber (Grüne/DaP), Nina Dorizzi (SP) und Maja Ingold (EVP) am 15. Januar 2001.
Überwiesen am 10. September 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. September 2002.

3. Sicherer Schulweg von der Steig ins Dätttau (Nr. 01-006).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Überwiesen am 24. September 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. August 2002.

4. Freiwillige Sprachaufenthalte während der Oberstufe (Nr. 01-007).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Überwiesen am 24. September 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 28. August 2002.

5. Verpachtung der Heim-Cafeterias (Nr. 01-015).

Eingereicht von Mireille Schaffitz (FDP), Ursula Martinelli-Weidmann (EVP) und Werner Steiner (SVP) am 29. Januar 2001.
Überwiesen am 10. September 2001.
Vom Grossen Gemeinderat Frist am 11. November 2002 Frist erstreckt bis 30. Juni 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

6. Integriertes Verkehrsmanagement (IVM)(Nr. 01-025).

Eingereicht von Michael Künzle (CVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Rolf Weibel (EVP) am 26. Februar 2001.
Von Motion in ein Postulat umgewandelt und überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. Juli 2002.

7. Lehrerzimmer der Primarschulhäuser ans Internet (Nr. 01-035).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Gisela Beutler-Bucher (SVP), Verena Gick-Schläpfer (FDP) und Paula Anwender-Akermann (CVP) am 19. März 2001.
Überwiesen am 10. September 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. September 2002.

8. Künftige Nutzung der Schenkelwiese im Sinne der Gartenstadt-Tradition (Nr. 01-048).

Eingereicht von Paula Anwender-Akermann (CVP), Dieter Kläy (FDP) und Markus Böni (SVP) am 9. April 2001.
Überwiesen am 22. Oktober 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 2. Oktober 2002.

9. Bereitstellen einer Jugendherberge für Winterthur (Nr. 01-058).

Eingereicht von Rudolf Messmer (EVP), Maja Ingold (EVP) und Roland Peter (Grüne/DaP) am 11. Juni 2001.
Überwiesen am 12. November 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 6. November 2002.

10. Rollende Schulraumplanung in Winterthur (Nr. 01-086).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher und Fritz Hofmann (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Paula Anwender-Akermann (CVP) am 10. September 2001.
Überwiesen am 12. November 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 6. November 2002.

11. Konzept für einen Ökopark Rangierbahnhof (Nr. 01-104).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne) am 12. November 2001.
Überwiesen am 28. Januar 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

12. Aufhebung Kanalreinigungsabteilung (Nr. 02-014).

Eingereicht von Roman Favero (FPS/EDU), Christa Kern-Weber (SVP) und Ruth Werren (FDP) am 28. Januar 2002.
Überwiesen am 9. September 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

13. Überarbeitung des Beitragsreglements über die familienergänzende Kinderbetreuung (Nr. 02-015).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 28. Januar 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Unterführung Zürcherstrasse / Klosterstrasse (Nr. 02-022).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 4. März 2002.
Überwiesen am 9. September 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Einführung von obligatorischem Musikalischem Grundschulunterricht bei Einführung von Blockzeiten (Nr. 02-028).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP), Silv O'Brien (Grüne) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 18. März 2002.
Überwiesen am 23. September 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Einsatz von QuartierpolizistInnen (Nr. 02-066).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 8. Juli 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

17. Stündliche Busverbindung zum Bruderhaus und Eschenberg (Nr. 02-073).

Eingereicht von Elsbeth Leschke (SP) am 26. August 2002.
Überwiesen am 11. November 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

18. Kulturförderungsleitbild (Nr. 02-080).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. September 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

19. Mögliche Erschliessung von Reservezonen (Nr. 02-081).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 9. September 2002.
Noch nicht überwiesen.

20. Räumliche Verbindung Altstadt – Sulzerareal Stadtmitte (Nr. 02-090).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 23. September 2002.
Noch nicht überwiesen.

21. Sportförderung (Nr. 02-091).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 23. September 2002.
Noch nicht überwiesen.

22. Ausgabenbremse (Nr. 02-107).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 11. November 2002.
Noch nicht überwiesen.

23. Parkleitsystem für Winterthur (Nr. 02-144).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 9. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.

24. Gebührenerhöhung für auswärtige Bibliotheksbenutzer/-innen (Nr. 02-145).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.

25. Zuschüsse an die Pflegekosten anstelle von Sozialhilfe; Änderung der städtischen Verordnung über die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Nr. 02-146).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 9. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.

26. Ausbau Buslinie 13 (Nr. 02-152).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 16. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen

1. Ab wann halten die Züge an der S-Bahn Haltestelle Försterhaus? (Nr. 01-004).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Juli 2001.

2. Turn- und Mehrzweckhalle für primär schulische Nutzung auf dem Sulzerareal (Nr. 02-020).

Eingereicht von Silv O'Brien (Grüne) am 4. März 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. August 2002.

3. PC-Einsatz in der Primarschule (Nr. 02-027).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 18. März 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 28. August 2002.

4. Buserschliessung von Bauentwicklungsarealen (Nr. 02-044).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Dezember 2002.

5. Leiterin/Leiter des Logopädischen Dienstes (Nr. 02-045).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Dezember 2002.

6. Flankierende Massnahmen zur Fristenregelung (Nr. 02-046).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Dezember 2002.

7. Strassenmarkierungen in Winterthur (Nr. 02-047).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Dezember 2002.

8. S-Bahn: Direkte Verbindung Seen-Stadelhofen ade? (Nr. 02-048).

Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. November 2002.

9. Beim Anhalten Motor abschalten (Nr. 02-049).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 10. Juni 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Dezember 2002.

10. Weierstrasse: Mehrkosten wegen unbewilligter Deponie – Aufschüttungen? (Nr. 02-055).

Eingereicht von Fritz Hofmann (SVP) am 1. Juli 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. Oktober 2002.

11. Stadtmarketing – wie weiter? (Nr. 02-056).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 1. Juli 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 18. Dezember 2002.

12. Ge- und Missbrauch stiller Örtchen (Nr. 02-062).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 8. Juli 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. Dezember 2002.

13. Weiterbildung der Beschäftigten der Stadtverwaltung in schwierigen Situationen (Nr. 02-063).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebedinger (SP) am 8. Juli 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Neue Polizeiverordnung (Nr. 02-064).

Eingereicht von Elsbeth Leschke (SP) am 8. Juli 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Dampflokschwindel in Winterthur (Nr. 02-070).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 26. August 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Neue Verkehrsregeln für Inline-Skater, Skateboarder, Trottinettfahrer usw. (Nr. 02-071).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 26. August 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

17. Amtliche Publikationen in den Winterthurer Zeitungen (Nr. 02-072).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 26. August 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

18. Fehlende Motorrad-Parkplätze in Winterthurs Quartieren (Nr. 02-079).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 9. September 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

19. Schüler/innenzahlen der Regelklassen der Primarschule (Nr. 02-097).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

20. Optimutz (Nr. 02-098).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

21. Stadt Winterthur als Darlehensgeberin und Darlehensnehmerin (Nr. 02-099).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

22. Kapitalanlagen der Pensionskasse (Nr. 02-104).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 11. November 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

23. Kostendeckende Verrechnung an andere Gemeinden (Nr. 02-105).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 11. November 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

24. Inserate (Nr. 02-142).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 9. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

25. Wohnungsnot in Winterthur (Nr. 02-143).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 9. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

26. Unterstützung für Angehörige eines/einer Verstorbenen (Nr. 02-149).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 16. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

27. Eventueller Wegzug von XL Winterthur International (Nr. 02-150).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 16. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

28. Asylpraxis und Drogenhandel nach dem 24. November 2002 (Nr. 02-151).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 16. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen**1. Quantitative Grundlagen für Verkehrsdiskussionen (Nr. 02-096).**

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

2. Wege aus Bill Gates' Falle? (Nr. 02-141).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) am 9. Dezember 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Planungsbeschlussanträge**1. Verkehrs- und Sicherheitspolitik (Nr. 02-103).**

Eingereicht von der Sachkommission Soziales & Sicherheit am 6. November 2002.
Noch nicht behandelt.

2. Sicherung der Umweltqualität (Nr. 02-106).

Eingereicht von der Grünen/AL-Fraktion am 11. November 2002.
Noch nicht behandelt.

3. Bildung (Nr. 02-109).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

4. Dienstleistungen und Personalbereiche (Nr. 02-110).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

5. Bauliche Massnahmen (Nr. 02-111).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

6. Kultur (Nr. 02-112).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

7. Ausserfamiliäre Betreuung, Eltern und Jugendförderung (Nr. 02-113).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

8. Sicherheit (Nr. 02-114).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

9. Soziales (Nr. 02-115),

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

10. Stadtmarketing (Nr. 02-116).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

11. Freizeitangebote (Nr. 02-117).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Noch nicht behandelt.

12. Erschliessung Sulzer-Areal Oberwinterthur (Nr. 02-119).

Eingereicht von der Sachkommission Stadtentwicklung am 19. November 2002.
Noch nicht behandelt.

13. Verkehrserschliessung (Nr. 02-120).

Eingereicht von der FDP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

14. Verwaltung (Nr. 02-121).

Eingereicht von der FDP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

15. Wirtschaftliche Entwicklung; Zielsetzung (Nr. 02-122).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

16. Wirtschaftliche Entwicklung; Förderung der Wohnstadt (Nr. 02-123).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

17. Wirtschaftliche Entwicklung; optimale Rahmenbedingungen (Nr. 02-124).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

18. Bildung und Kultur; Bildungsstandort Winterthur (Nr. 02-125).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

19. Lebensqualität; Zielsetzung (Nr. 02-126).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

20. Lebensqualität; Sicherheit (Nr. 02-127).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

21. Lebensqualität; Soziale Sicherheit und Gleichstellung (Nr. 02-128).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

22. Lebensqualität; Freizeit und Sportangebote (Nr. 02-129).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Noch nicht behandelt.

23. Verwaltung (Nr. 02-131).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

24. Stadtentwicklung (Nr. 02-132).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

25. Bildung (Nr. 02-133).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

26. Sicherheit (Nr. 02-134).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

27. Soziale Sicherheit (Nr. 02-135).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

28. Gesellschaft (Nr. 02-136).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Noch nicht behandelt.

Erledigte Vorstösse

Volksinitiativen

keine erledigten Geschäfte

Einzelinitiativen

1. Schüleraustausch Expo.02 (Nr. 01-080).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 27. August 2001.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 8. Juli 2002.

Beschlussanträge

Keine erledigten Geschäfte

Motionen

1. Verkehrssicherheit für Fussgänger und Radfahrer auf der Weiherstrasse im Bereich Sennhof – Chlösterli in Iberg (Nr. 97-066).

Eingereicht von Fritz Hofmann (SVP) am 30. Juni 1997.
Erheblich erklärt am 6. Juli 1998 und Frist bis 6. Januar 2002 erstreckt.
Mit genehmigtem Kreditantrag von Fr. 800'000.- am 8. April 2002 erledigt abgeschrieben.

2. Stellenausbau des Büros für Gleichstellung (Nr. 01-052).

Eingereicht von Gabriella Schmid und Regula Forster (SP), Silv O'Brien (Grüne/DaP) und Maja Ingold (EVP) am 14. Mai 2001.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 26. August 2002.

3. Kredit für den Bau einer Urnenwand beim Friedhof Töss (Nr. 02-029).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 18. März 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 26. August 2002.

4. Senioren/Seniorinnen-Parlament für Winterthur (Nr. 02-033).

Eingereicht von Karl Briner (SVP) am 6. Mai 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 21. Oktober 2002.

5. Job-Rotation im Stadtrat (Nr. 02-034).

Eingereicht von Karl Briner (SVP) am 6. Mai 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 21. Oktober 2002.

Postulate

1. Optimierung der Stütz- und Fördermassnahmen und Verbesserung der Qualitätskontrolle (Nr. 00-059).

Eingereicht von Verena Gick-Schläpfer (FDP) am 5. Juni 2000.
Erledigt abgeschrieben am 4. März 2002.

2. Tempo 30 in allen Wohnquartieren (Nr. 00-073).

Eingereicht von Roland Peter (Grüne/DaP) am 3. Juli 2000.
Erledigt abgeschrieben am 4. März 2002.

3. Tempo 30 – kein Papiertiger! (Nr. 00-074).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 3. Juli 2000.
Erledigt abgeschrieben am 4. März 2002.

4. Zugang zu öffentlichen Gewässern (Nr. 00-109).

Eingereicht von Walter Bossert (SP) am 30. Oktober 2000.
Erledigt abgeschrieben am 26. August 2002.

5. Versuche mit dezentraler Kartonsammlung (Nr. 00-116).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/DaP) am 11. Dezember 2000.
Erledigt abgeschrieben am 26. August 2002.

6. Erschliessung des Baugebietes Oberseen (Nr. 00-117).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 11. Dezember 2000.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

7. Zusätzliche Ferienwoche für Auszubildende, die rauchfrei durch die Lehre kommen (Nr. 00-118).

Eingereicht von Daniela Werner (SP) am 11. Dezember 2000.
Erledigt abgeschlossen am 9. September 2002.

8. Gute Wohnungen auf dem Zelgliareal (Nr. 00-120).

Eingereicht von Stefan Piotrowski (FDP), Paula Anwender-Akermann (CVP) und Stefano Terzi (EVP) am 18. Dezember 2000.
Erledigt abgeschlossen am 26. August 2002.

9. Internetzugang in den städtischen Altersheimen (Nr. 01-024).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 26. Februar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

10. Abgabe von städtischem Bauland an gemeinnützige Baugenossenschaften (Nr. 01-034).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP) am 19. März 2001.
Erledigt abgeschlossen am 26. August 2002.

11. Fertigstellung des Mattenbachweges (Nr. 02-013).

Eingereicht von Roman Favero (EDU/FPS) 28. Januar 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 26. August 2002.

12. Wiedereinführung des Bonus für Busbillette und Abos (Nr. 02-021).

Eingereicht von Elsbeth Leschke (SP) am 4. März 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 18. März 2002.

13. Kauf des Fernseh-Kabelnetzes von der Cablecom (Nr. 02-050).

Eingereicht von Jorge Serra (SP) am 10. Juni 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

14. Übergabe der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) Winterthur an den Kanton (Nr. 02-057).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 1. Juli 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002

15. Hilfe beim Ausfüllen der Steuerformulare für IV-Bezüger und -Bezügerinnen (Nr. 02-074).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 26. August 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

Interpellationen

1. Sitzbank-Konzept (Nr. 00-086).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP) am 28. August 2000.
Erledigt abgeschlossen am 14. Januar 2002.

2. Deutschkurs für Ausländerinnen und Ausländer mit erheblichen Sprachschwierigkeiten (Nr. 00-087).

Eingereicht von Gabriella Schmid und Nicolas Galladé (SP) am 28. August 2000.
Erledigt abgeschlossen am 14. Januar 2002.

3. Prüfung und Abwicklung von Unterstützungsgesuchen finanzieller Art (Nr. 00-093).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 11. September 2000.
Erledigt abgeschlossen am 14. Januar 2002.

4. Volkshaus- und Arch-Parkhaus-Grundstücke, wie weiter? (Nr. 00-100).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 25. September 2000.
Erledigt abgeschlossen am 14. Januar 2002.

5. E-Government (Nr. 00-108)

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 30. Oktober 2000.
Erledigt abgeschlossen am 28. Januar 2002.

6. Schlackendeponierung auf der Deponie Riet (Nr. 00-113).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 11. Dezember 2000
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

7. UNO-Jahr der Freiwilligen und Freiwilligenagentur Winterthur (Nr. 00-115).

Eingereicht von Maja Ingold (EVP) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 11. Dezember 2000.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

8. Sterbehilferegelung in den städtischen Heimen (Nr. 01-003).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 15. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

9. Schulraummangel in Seen (Nr. 01-009).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Fritz Hofmann (SVP) und Michael Künzle (CVP) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 8. Juli 2002.

10. Blockzeiten für alle Winterthurer Schülerinnen und Schüler (Nr. 01-010).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP), Verena Gick (FDP), Paula Anwender-Akermann (CVP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 8. Juli 2002.

11. Elektrosmog durch energieoptimierte Geräte (Nr. 01-011).

Eingereicht von Roman Favero (FPS) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

12. Strahlensmog durch Radargeräte (Nr. 01-012).

Eingereicht von Roman Favero (FPS) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

13. Neunutzung des provisorischen Feuerwehrgebäudes an der Kehrackerstrasse (Nr. 01-013).

Eingereicht von Dominique Schraft (Grüne/DaP) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

14. Sparmassnahmen im Fürsorgebereich (Nr. 01-021).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP) am 26. Februar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

15. Erweiterung des Pistolenschiessstandes Wülflingen (Nr. 01-022).

Eingereicht von Marianne Trüb Klingler (SP) am 26. Februar 2001.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

16. Dauer des Bezugs der Sozialleistungen (Nr. 01-023).

Eingereicht von Albert Hollenstein (FPS) am 26. Februar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

17. Finanzielle Abhängigkeit der Stadt Winterthur von der städtischen Pensionskasse (Nr. 01-031).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 19. März 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

18. Zukunft der Schiessanlagen Ganzenbühl (Seen) und Wieshof (Wülflingen)(Nr. 01-032).

Eingereicht von Michael Künzle (CVP) am 19. März 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

19. Planung von provisorischem Schulraum (Pavillons)(Nr. 01-033).

Eingereicht von Stefan Piotrowski (FDP) am 19. März 2001.
Erledigt abgeschlossen am 8. Juli 2002.

20. Big Brother is watching us (Nr. 01-045).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/DaP) am 9. April 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

21. Winterthur als Militärstandort in der Armee XXI (Nr. 01-046).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 9. April 2001.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

22. WOV und Betriebskultur (Nr. 01-056).

Eingereicht von Regula Forster (SP) am 11. Juni 2001.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

23. Bevölkerungsschutz XXI und Folgen für Winterthur (01-063).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 2. Juli 2001.
Erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002.

24. Koordination, periodische Veröffentlichung und Überprüfung von Antennenstandorten (Nr. 01-064).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/DaP) am 2. Juli 2001.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

25. Behinderten- und betagtegerecht Bauen (Nr. 01-068).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 9. Juli 2001.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

26. Schulgeldverrechnung mit auswärtigen Gemeinden (Nr. 01-069).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. Juli 2001.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

27. Ungeklärte Arbeitsverhältnisse (Nr. 01-070).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 9. Juli 2001.
Erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002.

28. Beachtung von NichtraucherInnen – Interessen in der Winterthurer Gastronomie (Nr. 01-082).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/DaP) am 27. August 2001.
Erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002.

29. Städtischer Landwirtschaftsbetrieb in Ellikon am Rhein (Nr. 01-084).

Eingereicht von Marianne Trüb Klingler (SP) am 10. September 2001.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

30. Sauberkeit der öffentlichen Kinderspielflächen (Nr. 01-085).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer und Michael Künzle (CVP) am 10. September 2001.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

31. Flughafenaktien im Besitz der Stadt Winterthur (Nr. 01-095).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP) am 22. Oktober 2001.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

32. Erschliessung des Sulzer Areales Stadtmitte mit dem öffentlichen Verkehr (Nr. 01-108).

Eingereicht von Regula Galladé (SP) am 10. Dezember 2001.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

33. Sozialindex pro Schulkreis (Nr. 02-006).

Eingereicht von Regula Forster (SP) am 14. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

34. Hopp FCW (Nr. 02-008).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 28. Januar 2002.

35. Schulraummangel in Sennhof (Nr. 02-009).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP), Fritz Hofmann (SVP), Ursula Bründler-Krismer (CVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Herbert Iseli (EDU/FPS) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 4. März 2002.

36. Stromtarife der öffentlichen Beleuchtung (Nr. 02-010).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

37. Bushaltestelle an der Rudolf-Dieselstrasse (Nr. 02-011).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP), Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Christa Kern-Weber (SVP) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

38. Privatschule für Kinder von Sozialhilfeempfängern (Nr. 02-012).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 28. Januar 2002.
Erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002.

39. Powerline Communications (PCL) von den StWW (Nr. 02-019).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 4. März 2002.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

40. Flugverkehr ab Oktober; provisorisches Betriebsreglement (Nr. 02-030).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 8. April 2002.
Erledigt abgeschlossen am 8. April 2002.

41. Drogenhandel im Musikpavillon (Nr. 02-051).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

42. Winterthurer Post ohne Dringlichkeitsschalter (Nr. 02-052).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juni 2002.

43. Raumnot Schulhaus Laubegg (Nr. 02-058).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 8. Juli 2002.

44. Freiwillige Aufnahme von Asylbewerbern für Winterthur (Nr. 02-059).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 8. Juli 2002.

45. Bunkerhaltung von Asylsuchenden (Nr. 02-065).

Eingereicht von Anja Peter (AL) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 11. November 2002.

46. Projektleiterstelle für Computer an der Primarschule (Nr. 02-067).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschlossen am 26. August 2002.

47. Vereins-Subventionen (Nr. 02-075).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschlossen am 9. September 2002.

48. Finanzielle Auswirkungen der Abstimmung betr. Eingliederungsklassen für Fremdsprachige (Integrationskurse) für die Stadt Winterthur (Nr. 02-083).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschlossen am 21. Oktober 2002.

49. Kinderschutz (Nr. 02-084).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Nicht dringlich erklärt und erledigt abgeschlossen am 23. September 2002.

50. Angefangene Schulversuche – wie weiter? (Nr. 02-138).

Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschlossen am 9. Dezember 2002.

51. Budgetüberschreitung bei Fachlehrkräften (Nr. 02-139).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschlossen am 16. Dezember 2002.

52. Kosten für Schulversuche im Budget 2003 (Nr. 02-140).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschlossen am 16. Dezember 2002.

Schriftliche Anfragen

1. **Eigenkapitalabbau als Voraussetzung des Finanzausgleiches (Nr. 01-102).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 12. November 2001.
Erledigt abgeschrieben am 6. Februar 2002.
2. **Rollstuhlgerechter Friedhof Rosenberg (Nr. 01-103).**
Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 12. November 2001.
Erledigt abgeschrieben am 30. Januar 2002.
3. **Aufzugs- und Rauchgaskontrollen in Aussengemeinden (Nr. 01-106).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 26. November 2001.
Erledigt abgeschrieben am 6. Februar 2002.
4. **Tempo 30-Zonen Gutenberg und Tössfeld (Nr. 01-107).**
Eingereicht von Regula Forster (SP) am 10. Dezember 2001.
Erledigt abgeschrieben am 6. März 2002.
5. **Sicherstellung des Winterthurer Schulbusbetriebes (Nr. 02-043).**
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschrieben am 4. September 2002.
6. **Aktienbewertung bei Budget und Rechnung (Nr. 02-061).**
Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschrieben am 18. September 2002.
7. **Organisation Stadtmarketing und Stadtentwicklung (Nr. 02-068).**
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschrieben am 27. November 2002.
8. **Verlängerung der Buslinie Nr. 3 zum Rosenbergzentrum (Nr. 02-069).**
Eingereicht von Stefan Frischi (FDP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschrieben am 13. November 2002.
9. **Bevorstehender Volkshausverkauf (Nr. 02-076).**
Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 4. Dezember 2002.
10. **Hochwasser in Winterthur (Nr. 02-077).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Kisner (CVP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 4. Dezember 2002.
11. **Pavillon/Blockbau in Elementbauweise für den Sennhof (Nr. 02-078).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 27. November 2002.
12. **Verkehrsimmissionen (Nr. 02-085).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 18. Dezember 2002.
13. **Rowdytum (Nr. 02-086).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 18. Dezember 2002.
14. **Schmutz in der Stadt (Nr. 02-087).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 11. Dezember 2002.
15. **Kinderschutz (Nr. 02-088).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 18. Dezember 2002.
16. **Alkohol und Jugendliche (Nr. 02-089).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 18. Dezember 2002.

Behördenverzeichnis

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2002-2006

(Stand Ende Dezember 2002)

Präsident:	Martin Stauber, Kulturingenieur ETH (Grüne)
1. Vizepräsident:	Dieter Kläy, Dr. phil. I (FDP)
2. Vizepräsidentin:	Gisela Beutler-Bucher, Lehrerin/Hausfrau (SVP)
Stimmenzähler:	Ursula Künsch, Dr. med., Frauenärztin (FDP) Patrick Meier, Stadtmann (SVP) Franz Scherrer, Kaufmann (CVP) Edi Wettstein, Werkstatt-Lehrer (SP)
Ratssekretär:	Arthur Frauenfelder, Stadtschreiber

Mitglieder:

- * Werner Badertscher, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)
- * Beatrix Baltensberger, Eidg. Dipl. Sozialvers.-Fachfrau (SP)
- * Yvonne Beutler, Redaktorin / lic. iur. (SP)
- * Gisela Beutler-Bucher, Lehrerin / Hausfrau (SVP)
- * Beat Böckli, Primarlehrer (SP)
- * Carolyn Bodmer-Gilgen, lic. phil. I (FDP)
- * Ursula Bründler-Krimer, Kinderkrankenschwester / Hausfrau (CVP)
- * Annina Martina Camenisch, lic. iur. (FDP)
- * Ursula Dolski-Gebedinger, Leiterin Adm. Sportamt (SP)
- * Nina Dorizzi, Psychologin / Betreuerin (SP)
- * Stefan Fritschi, Dipl. Betriebs- und Produktionsing. ETH (FDP)
Ursula Fröhlich, Sicherheitsbeauftragte (SD)
- * Peter Fuchs, Unternehmer (SVP)
- * Nicolas Galladé, Kaufm. Angestellter / Student (SP)
- * Matthias Gfeller, Dr. sc. techn. ETH / Raumplaner (Grüne)
Niklaus Gugger, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)
- * David Hauser, lic. phil. I, Historiker (SP)
- * Jakob Heusser, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
- * Alexander Huber, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)
- * Eugen Huber, Techn. Kaufmann (SVP)
- * Herbert Iseli, Techn. Kaufmann (EDU)
- * René Isler, Polizeischulleiter (SVP)
- * Heinrich Keller, Geschäftsführer ZGS (SVP)
- * Christa Kern-Weber, Kaufm. Angestellte / Hausfrau (SVP)
- * Dieter Kläy, Dr. phil. I (FDP)
- * Ruth Kleiber-Schenkel, Handelslehrerin (EVP)
Cécile Krebs, Abteilungsleiterin KSW (SP)
- * Ursula Künsch, Dr. med., Frauenärztin (FDP)
Michael Künzle, Jurist (CVP)
- * Walter Langhard, Betriebsleiter (SVP)
- * Elsbeth Leschke, lic. iur., Rechts- / Scheidungsberatung (SP)
- * Josef Lisibach, Kantonspolizist (SVP)
- * Ursula Martinelli – Weidmann, Krankenschwester (EVP)
- * Patrick Meier, Stadtmann (SVP)
- * Rudolf Meier, Landwirt (SVP)
- * Silv O'Brien, Asylantenbetreuerin / Schulpflegerin (Grüne)
- * Rotraut Oertli, Dipl. Berufs- und Laufbahnberaterin (SP)
- * Marianne Ott, Rechtsanwältin (SP)
Anja Peter, Studentin (AL)
- * Stefan Piotrowski, Dipl. Arch. ETH/HTL/SIA (FDP)
- * Adrian Ramsauer, Jurist / Publizist (Grüne)

- Natalie Rickli, Website-Managerin (SVP)
- * Peter Rütimann, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
- * Franz Scherrer, Kaufmann (CVP)
- * Eva Schlegel, Klavierlehrerin (SP)
- * Gabriella Schmid, Sozialpädagogin (SP)
Kilian Schmid, Krankenpfleger (SP)
- * René Schürmann, Personalchef (CVP)
- * Mona Schwager, Krankenschwester / Hebamme (SP)
- * Jorge Serra, lic. phil. I / VPOD-Sekretär (SP)
- * Martin Stauber, Kulturingenieur ETH (Grüne)
- * Werner Steiner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)
- * Hedi Strahm, Programmiererin (SP)
- * Hanspeter Wegmüller, Bankkaufmann (SVP)
Rolf Weibel, Typograf (EVP)
- * Paul Wernli, Einsatzleiter Arbeitsprojekte (SP)
- * Daniela Werner, Lehrerin (SP)
- * Ruth Werren, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)
- * Edi Wettstein, Werkstatt-Lehrer (SP)
- * Hans Ulrich Würzler, Rechtsanwalt (SP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder bilden die Bürgerrechtsabteilung des Grossen Gemeinderates.

Austritte im Berichtsjahr:

M. Ingold (EVP), W. Bossert (SP), V. Gick (FDP), H. Empl (CVP), P. Anwander (CVP), D. Hoehn (SVP), K. Briner (SVP), R. Peter (Grüne), M. Schaffitz (FDP), Ch. Honegger (SP), M. Trüb Klingler (SP), A. Hollenstein (FPS), M. Küttel (FDP), R. Forster (SP), R. Favero (FPS), R. Messmer (EVP), G. Milicevic Decker (Grüne), M. Hutter (FDP), F. Hofmann (SVP).

Parlamentarische Kommissionen

Aufsichtskommission

Präsidentin:	Elsbeth Leschke
Mitglieder:	Yvonne Beutler Stefan Fritschi David Hauser René Isler Ursula Martinelli Adrian Ramsauer René Schürmann Hanspeter Wegmüller Paul Wernli Ruth Werren

Stadtentwicklung

Präsident:	Peter Rütimann
Mitglieder:	Nina Dorizzi Nicolas Galladé Michael Künzle Josef Lisibach Rolf Weibel Hans Ulrich Würzler

Hochbau

Präsidentin:	Marianne Ott
Mitglieder:	Beatrix Baltensberger Matthias Gfeller Alexander Huber Eugen Huber Stefan Piotrowski Edi Wettstein

Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung

Präsident: Adrian Ramsauer
 Mitglieder: Dieter Kläy
 Natalie Rickli
 Jorge Serra
 Werner Steiner
 Hedi Strahm
 Daniela Werner

Bildung, Sport und Kultur

Präsident: Herbert Iseli
 Mitglieder: Werner Badertscher
 Beat Böckli
 Carolyn Bodmer
 Peter Fuchs
 Anja Peter
 Eva Schlegel

Soziales und Sicherheit

Präsidentin: Christa Kern
 Mitglieder: Ursula Bründler
 Annina Camenisch
 Niklaus Gugger
 Walter Langhard
 Gabriella Schmid
 Kilian Schmid

Bürgerrechtskommission

Präsident: Franz Scherrer
 Mitglieder: Ursula Dolski
 Jakob Heusser
 Heinrich Keller
 Rudolf Meier
 Silv O'Brien
 Rotraut Oertli

Parlamentsreformkommission (bis 9. September 2002)

Präsidentin: Regula Forster
 Mitglieder: Haymo Empl
 Verena Gick-Schläpfer
 Fritz Hofmann
 Maja Ingold
 Dieter Kläy
 Elsbeth Leschke
 Adrian Ramsauer
 Paul Wernli

**Parteilpolitische Zusammensetzung
des Grossen Gemeinderates**

Sozialdemokratische Partei	SP	21
Schweizerische Volkspartei	SVP	14
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	10
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	4
Evangelische Volkspartei	EVP	4
Grüne Partei	Grüne	4
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Total Mitglieder		60

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsident: Reinhard Stahel
 Mitglieder: Pearl Pedernana
 Hans Hollenstein
 Walter Bossert
 Verena Gick
 Maja Ingold
 Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend
Stellvertreter: Reinhard Stahel

Stadtkanzlei
 Informatik
 Personal und Organisation
 Stadtarchiv
 Kulturelles
 Betreibungsämter
 Friedensrichterämter

Departement Finanzen

Verena Gick
Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Finanzkontrolle
 Finanzamt
 Steueramt
 Liegenschaftenverwaltung

Departement Bau

Reinhard Stahel
Stellvertreter: Walter Bossert
 Stadtplanung/Verkehrsplanung
 Tiefbau
 Hochbau
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt

Departement Sicherheit und Umwelt

Hans Hollenstein
Stellvertreterin: Pearl Pedernana

Departementsstab
 Umweltschutzfachstelle
 Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutz
 Melde- und Zivilstandswesen
 Arbeitsamt
 Gesundheitsamt

Departement Schule und Sport

Pearl Pedernana
Stellvertreter: Hans Hollenstein

Departementsstab
 Schulbauten
 Fachdienste
 Berufsvorbereitung
 Zentrale Dienste
 Sportamt
 Metallarbeiterschule
 Materialverwaltung

Departement Soziales

Maja Ingold
Stellvertreterin: Verena Gick

Vormundschaftsamt
Sozialamt
Alter und Pflege

Departement Technische Betriebe

Walter Bossert
Stellvertreterin: Maja Ingold

Städtische Werke
Verkehrsbetriebe
Stadtgärtnerei
Forstbetrieb

Grundsteuernausschuss

Präsidentin: Verena Gick
Vizepräsident: Ernst Wohlwend
Mitglieder: Maja Ingold
Hans Hollenstein (1. Ersatz)
Reinhard Stahel (2. Ersatz)

Arbeitsmarktausschuss

Präsident: Hans Hollenstein
Mitglieder: Pearl Pedergrana
Maja Ingold

Schulbehörden**Zentralschulpflege**

Präsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
Vizepräsidentin: Dora Weigold-Maurer,
Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Walter Oklé, Präsident Kreisschulpflege Stadt
Ruedi Ehrsam, Präsident Kreisschulpflege Mattenbach
Toni Patscheider,
Präsident Kreisschulpflege Oberwinterthur
Susanne Haelg, Präsidentin Kreisschulpflege Seen
Bea Schläpfer, Präsidentin Kreisschulpflege Töss
Dora Weigold-Maurer,
Präsidentin Kreisschulpflege Veltheim
Vreni Färber-Dinkelacker,
Präsidentin Kreisschulpflege Wülflingen

Kreisschulpflegen**Winterthur-Stadt**

Präsident: Walter Oklé, Kürschner
1. Vizepräsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
2. Vizepräsidentin: Heidi Müller, Sekretärin

Mitglieder:

Iris Brom, Damenschneiderin
Hans Peter Conrad, Organisationsberater
Dorothea Dubs-Sommer, lic. iur.
Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
Margrit Joelson-Strohbach, Dr. phil. I, Mittelschullehrerin
Marianne Kienast, Geschäftsfrau
Alfred Lanz, dipl. phil. I, Medienfachmann
Elke Leffringhausen Pantli, Krankenschwester/Hausfrau
Daniel Lüscher, Pilot
Anne-Käthi Matter-Messerli,
Hauswirtschaftslehrerin / Familienfrau
Zsolt Mesterhazy, Sozialpädagoge
Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau
Heidi Müller, Sekretärin
Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
Hanspeter Neumeyer, lic. Phil. I, Psychotherapeut
Silv O'Brien-Meyer, Asylantenbetreuerin / Schulpflegerin
Walter Oklé, Präsident Kreisschulpflege
Johanna Reinhart, Lebensmittelingenieurin ETH
Jean-Pierre Wollenschläger, PR-Redaktor
Hannes Wydler, El.-Ing. HTL

Stadträtliche Ausschüsse**Personalausschuss**

Präsident: Ernst Wohlwend
Vizepräsident: Reinhard Stahel
Mitglied: Verena Gick
Ersatz: Walter Bossert

Bauausschuss

Präsident: Reinhard Stahel
Vizepräsident: Walter Bossert
Mitglied: Verena Gick
Ersatz: Ernst Wohlwend

Finanzausschuss

Präsidentin: Verena Gick
Vizepräsident: Ernst Wohlwend
Mitglied: Reinhard Stahel
Ersatz: Hans Hollenstein

Werkausschuss

Präsident: Walter Bossert
Vizepräsident: Reinhard Stahel
Mitglied: Maja Ingold
Ersatz: Ernst Wohlwend

Vormundschaftsausschuss

Präsidentin: Maja Ingold
Vizepräsidentin: Verena Gick
Mitglied: Pearl Pedergrana
Ersatz: Ernst Wohlwend
Hans Hollenstein

Jugendfrageausschuss

Präsidentin: Maja Ingold
Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana
Mitglied: Ernst Wohlwend
Ersatz: Verena Gick

Drogenausschuss

Präsidentin: Maja Ingold
Mitglieder: Hans Hollenstein
Pearl Pedergrana

Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick
Mitglieder: Reinhard Stahel
Walter Bossert

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer
 1. Vizepräsident: Stephan Nyffeler, Stadtpolizist
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Berrin Ant, KV/Familienfrau
 Dennis Dell'Apollonia, Reprograf
 Ruedi Ehram-Meierhans, Werklehrer
 Gaby Fritz-Rosser, Familienfrau
 Marie Louise Gisler-Püntener, Familienfrau
 Lilith Claudia Hübscher, Redaktorin
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau
 Evelyne Landwehr, Familienfrau
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 Stephan Nyffeler, Stadtpolizist
 Virginie Schmutz, Katechetin/Familienfrau
 Ruth Trachsler, Sekretärin/Hausfrau
 Linda Vogel, KV/Familienfrau
 Petra Weidemann, Hausfrau/Betriebsbeamtin SBB
 Erwin Wolfensberger, Fototechniker
 Markus Würzer, Hausmann
 Sabine Maurus-Marty, KV/Familienfrau

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Peter Bleisch, Berufsinspektor
 Cornelia Brändli, Familienfrau/Krankenschwester
 Karin Buichl, Familienfrau/Sekretärin
 Christina Friederich-Roth, Familienfrau/Krankenschwester
 Nathalie Gloor, Sicherheitsbeauftragte KAPO
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross Güntensperger, Familienfrau
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 Markus Kalt, Dienstchef Militär
 Regina Kurzen-Fuchs, Familienfrau/Arztgehilfin
 Josef Lisibach, Kantonspolizist
 Oliver Muggli, Fachmarktleiter
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Regula Salm, Familienfrau/Dentalassistentin
 Paul Schellenberg, dipl. Architekt HTL/STV
 Sonja Scholz-Krügel, Soz.-Pädagogin
 Urs Seiler, Lokomotivführer
 Maria Zehnder, Dr. Oekonomie/Dolmetscherin
 Angela Zoske, Familienfrau/Krankenpflegerin
 Jürg Zumbach, dipl. Architekt HTL
 Silvia Waibel-Kraft, Schulsekretärin

Seen

Präsidentin: Susanne Haelg, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Heinrich Egg, Landwirt
 2. Vizepräsidentin: Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Bruno Bischof, eidg. dipl. Bauleiter
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Carolyn Bodmer-Gilgen, lic. phil. I
 Heinrich Egg, Landwirt
 Peter Flükiger, Hausmann
 Monika Frei-Mattenberger, Kindergärtnerin
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Edith Frutiger-Schenk, Krankenschwester

Susanne Haelg, Kauffrau
 Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin
 Nelly Iseli, Stenodaktylografin
 Dominic Gerhard Kleiber, Reallehrer in Ausbildung, ab März 2003 Lehrer Sek B/C
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Kopp, El. Ing. HTL
 Angelika Neukomm-Riesen, Kindergärtnerin
 Martina Puorger Kaufmann, Juristin
 Marcel Rüegg, Betriebsdisponent
 Monique Stadler Schaad, Grafikerin

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer-Schweizer, kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Beatrice Tarancón, Direktionsassistentin
 2. Vizepräsident: Werner Leemann, Disponent

Mitglieder:

Esther Baptista, Familienfrau/Hauswartin
 Cornelia Brunner-Scherrer, Kinderkrankenschwester
 Werner Burger, Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur mit eidg. Fachausweis
 Mario Covi, Bankangestellter
 Monika Frey-Schwager, Familienfrau
 Daniel Goldenberger, medizinischer Mikrobiologe
 Felix Helg, Jurist
 Werner Leemann, Disponent
 Werner Schwendimann, Betriebsdisponent SBB
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Beatrice Tarancón-Ensslin, Direktionsassistentin
 Renate Wegmann, Wohnberaterin
 Bea Schläpfer-Schweizer, kfm. Angestellte

Wülflingen

Präsidentin: Verena Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 1. Vizepräsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 2. Vizepräsident: Andreas Both, Malermeister

Mitglieder:

Andreas Both, Malermeister
 Regula Crestani-Schneider, Damenschneiderin/Hausfrau
 Jean Drummond-Young Bühler, Redaktorin
 Vreni Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 Heinz Juon, Projektleiter
 Jost Käser, Orchestermusiker
 Rietje Kranz-Creemers, Religionspädagogin
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäfts- und Hausfrau
 Felix Landolt, Architekt ETH
 Markus Moser, Landwirt
 Doris Steiner, Detailhandelsangestellte/Hausfrau
 Sylvia Stöckli, Lehrerin
 Renate Werren Aeschbach, Detailhandelsangestellte/Hausfrau
 Judith Wittwer-Blosser, medizinische Laborantin
 Ursula Würzler-Faas, Kaufmännische Angestellte/Hausfrau
 Traugott Würmli, Schichtführer

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer, Sekretärin/Hausfrau
 1. Vizepräsident: Beat Gruber, Kaufmann
 2. Vizepräsident: Werner Hess, Berufsfeuerwehr

Mitglieder:

Monika Büsser-Aeberhard, Hausfrau
 Hans-Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Beat Gruber, Kaufmann
 Werner Hess, Berufsfeuerwehr
 Christa Honegger Hauser, Juristin
 Anita Manser Bonnard,
 dipl. Betriebes- und Organisationspsychologin IAP
 Sylvia Schwob-Häberli, Familienfrau/Arztgehilfin
 Roland Spiri, Siebdrucker, Stellwerkangestellter
 Ursula Stauer-Schüle,
 Elektrophysiologisch-Technische Assistentin
 Beatrice Steingruber Braun, Gastronomie-Planerin
 Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 Dora Weigold-Maurer, Sekretärin/Hausfrau
 Christoph Witzig, Entwicklungsberater/Autor

Departement Soziales**Kommission der Öffentlichen Krankenkassen**

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretär: Jakob Bächtold, Geschäftsleiter

Mitglieder:

Hans-Peter Fisch, Kaufm. Angestellter
 Berta Jung-Koller, Sozialpädagogin
 Samuel Kägi, Kaufm. Angestellter/Prokurist
 Christian Glaus, Arzt
 Ruedi Hofstetter, Vorsteher Sozialamt
 Karl Petermann, Informatik-Projektleiter
 Yvonne Hörler, Programmiererin/Analytikerin

Schulkommission der Schule für Pflegeberufe

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin

Mitglieder:

Agi Haas, Leiterin Betreuung und Pflege
 Sibylle Kull, Ausbildungsverantwortliche
 Hanni Wipf-Stengele, Schulleiterin
 Peter Liggerstorfer, Arzt
 Marlies Walder, Berufs- und Laufbahnberaterin

Jugendkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Sekretär: Heinz Häusermann, Jugendsekretär

Mitglieder:

Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Rolf Heusser,
 Leiter Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen
 Gerold Schoch, Schulsekretär
 Werner Heiz, Leiter Schulpsychologischer Dienst
 Shirley Barnes Städler, Leiterin Berufsvorbereitung
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
 Markus Städler, Suchtprävention
 Ueli Hafner, Leiter Gesetzlicher Betreuungsdienst
 Charles Baumann, Leiter Jugend- und Familienberatung
 Christine Gäumann, Co-Leiterin
 Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen
 Walter Heim, Stadtpolizei
 Ruedi Hofstetter, Vorsteher Sozialamt

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Lothar Kausche
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Beatrix Baltensperger-Brander, Sozialarbeiterin HFS
 Gabi Bienz-Meier, Juristin/Hausfrau
 Gabriela Böni, kaufmännische Angestellte
 Astrid Füllemann-Seiler, Krankenpflegerin FA SRK
 Lothar Kausche, lic. oec. HSG
 Daniel Neuenschwander, Leiter Reinigungsdienst
 Cyrus Schahab, Arzt
 Hanspeter Scheuring, Lehrer
 Cécile Schranz, kaufmännische Angestellte
 Ursula Schweizer-Stahel, Hausfrau
 Irene Spörri Bättig, Reallehrerin/Hausfrau
 Urs Wanders, Unternehmensberater
 Alexander Wunderli, Spitalseelsorger
 Heinz Zentner, Grafiker

Städtische Kommissionen**1. Departement Kulturelles und Dienste****Verwaltungskommission der Pensionskasse**

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat

Mitglieder:

Peter Bihr, Personalverband Stadt Winterthur
 Riccarda Foi Masciadri,
 Personalverband Stadt Winterthur
 Stefan Graber, Polizeibeamtenverband
 Walter Lüthi, VPOD
 Silvia Nef, VPOD
 Walter Nisple, Personalverband Stadt Winterthur
 Christoph Pohl, VPOD

Ersatz:

Bischof Kasimir, Polizeibeamtenverband
 Maltempi Alice, Personalverband der Stadt Winterthur
 Schädler Remo, VPOD

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Beisitzer: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Reinhard Linder, VPOD
 Susanne Tanner, Personalverband Stadt Winterthur
 Dr. Daniel Schneller, Personalverband Stadt Winterthur
 Kasimir Bischoff, Polizeibeamtenverband
 Paul Matter, Polizeibeamtenverband
 Maja Rhyner, Personalverband Stadt Winterthur
 Käthi Schneider, VPOD
 Jorge Serra, VPOD

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personal und Organisation

Mitglieder:

Ueli Frei, Personalabteilung
 Alice Maltempi, Personalverband Stadt Winterthur
 Willi Martin, VPOD
 Willi Mutter, Personalverband Stadt Winterthur
 Verena Anliker, VPOD

Ersatz:

Yvonne Hörler, Personalverband Stadt Winterthur
 Margrit Hui, VPOD

Informatik-Kommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Ivo Eberle, Informatikdienste,
 Leiter Software+ Consulting, Stadt Winterthur
 Peter Höhn, Direktor, Zentrale Informatik,
 Winterthur Versicherungs-Gesellschaft
 Erich Hubmann, Informatikdienste,
 Leiter Planung+Controlling, Stadt Winterthur
 Peter Koller, Amt für Informatikdienste,
 Finanzdirektion des Kantons Zürich
 Patrick Meier, Gemeinderat
 Stefan Fritschi, Gemeinderat
 Walter Ruprecht,
 Leiter Informatikdienste, Stadt Winterthur
 Urs Steinmann,
 FF-Unternehmensentwicklung AG, Luzern
 Hedi Strahm, Gemeinderätin

Bibliothekskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat

Mitglieder:

Hansjörg Diener, Kantonsschule Rychenberg
 Dr. Hans Peter Haeberli, Zürcher Hochschule Winterthur
 Peter Leuthold, Sekundarlehrer
 Gertrud Muraro, Musikkollegium
 Thomas Rutschmann, Kantonsschule im Lee
 Rudolf Stäuble, lic. phil.

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat

Aktuar: Ernst Jäggi, Theater am Stadtgarten

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Claudia Fueter-Corti
 Yvonne Beutler*
 Fritz Hofmann*
 Sylvia Hirsche**
 Rudolf Weiler*
 Paul Schnewlin
 Arthur Wachter****
 Ruth Werren*
 Yvonne Willmann***

* Vertreter Grosser Gemeinderat

** Vertreter Theaterverein

*** Vertreter Kanton

**** Vertreter der Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat

Sekretärin: Judith Bodmer

Mitglieder:

Gregor Frehner**
 Werner WAL Frei**
 Othmar M. Gnädinger
 Elisabeth Hefti*
 Daniel Hoehn*
 Dr. Dieter Schwarz
 Stefan Piotrowski *

Beratende Stimme: Alois Ulrich, Stadtarchitekt
 Walter Büchi, Kultursekretär

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Künstlergruppe

Fachbeirat Gewerbemuseum

Präsident: Peter Spoerli, dipl. Architekt ETH

Mitglieder:

Claudia Cattaneo, Co-Leitung Gewerbemuseum
 Markus Rigert, Co-Leitung Gewerbemuseum
 Karin Kammerlander, dipl. Designerin
 René Fehr-Biscioni, Künstler
 Jue-Hua Liu, Werklehrerin
 Walter Rohrer, Metallgestalter

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Brigitte Vinzens, Konservatorin
 Max Denzler
 Kriss Reinhart
 Andreas Strehler
 Andrea Tiziani

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Benedikt Zäch, Konservator Münzkabinett
 Hans-Markus von Kaenel, Universität Frankfurt a. M.
 Hortensia von Roten,
 Münzkabinett Schweiz. Landesmuseum
 Andreas Zürcher, Kantonsarchäologie, Zürich

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder: Reinhard Stahel, Vizepräsident
 Walter Bossert, Stadtrat
 Verena Gick, Stadträtin

Sekretär/in: vakant

Fachmitglieder:

Luc Estapé, Stadtmarketing
 Ruedi Haller, Stadtplaner
 Hans-Peter Hulmann, Stadttingenieur
 Erik Schmausser,
 Beauftragter für Umweltschutz und Energie
 Dr. Fridolin Störi, Bausekretär
 Christian von Burg, Direktor Städtische Werke

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
Stefan Bush, Redaktor Landbote
Dr. Angelika Maass, Redaktorin Landbote
Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
Mitglied: Maja Ingold, Stadträtin
Ersatz: Dr. Hans Hollenstein, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Peter Baltensberger, Integrationsbeauftragter
Remo Schädler, VPOD
Silvia Schilter Gander, Sozial- und Wirtschaftshilfe

2. Departement Finanzen

Landwirtschaftskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Abt. Landwirtschaft und
Rebbau, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Stadel (Winterthur)
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Heinrich Egg, Landwirt, Sennhof
Erich Dürig, Bereichsleiter Liegenschaftenverwaltung
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Hans Huber, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Rudolf Schütz, Landwirt, Rätterschen
Bruno Wehrli, Flurpolizei
(bis zu seiner Pensionierung im Frühling 2003)

Schätzungskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Erich Dürig, Bereichsleiter Liegen-
schaftenverwaltung

Mitglieder:

Harri Marti, Abt. Grundbuchgeschäfte,
Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Ott, Bauingenieur HTL, Winterthur
Walter Wittwer, eidg. dipl. Immobilientreuhänder,
Winterthur
Walter Huber, Architekt HTL, Winterthur

Rebkommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Vizepräsident: Erich Dürig, Bereichsleiter Liegen-
schaftenverwaltung
Aktuar: Ueli Gnehm, Abt. Landwirtschaft und
Rebbau, Liegenschaftenverw.

Mitglieder:

Rudolf Kunz, Rebmeister, Kant.
Landwirtschaftliche Schule Weinland, Winterthur

Hans Schorr, Weinbau, Stadel (Winterthur)
Urs Schweingruber, Betriebsleiter,
Volg-Weinkellerei, Winterthur

3. Departement Bau

Stadtbildkommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadtpräsidentin
Sekretär: Fridolin Störi, Bausekretär

Mitglieder:

Theo Albisetti, dipl. Architekt HTL/STV
Werner Binotto, Architekt HBK
Katharina Furrer-Kempter
Sabina Hubacher, dipl. Architektin ETH/SIA
Andreas Pflegard, dipl. Architekt ETH/SIA
Beat Rothen, dipl. Architekt ETH/SIA
Walter Vetsch, Landschaftsarchitekt BSLA
Hans Weishaupt, Architekt
Ulrich Witzig, Stadtbaumeister

**Kommission wurde vom Stadtrat per 26. Juni 2002
(SR-Nr. 2002-1001) aufgelöst.**

4. Departement Sicherheit und Umwelt

Paritätische Kommission zur Festsetzung der Saisonarbeiterquoten im Baugewerbe

Präsident: Walter Nisple, Arbeitsamt

Mitglieder:

Walter Bigler, Präsident Baumeisterverband Winterthur
Robert Riemer, Sekretär GBI Winterthur

Kommission für arbeitsmarktliche Massnahmen

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
Mitglied: Ernst Wohlwend, Stadtrat

Die weiteren Mitglieder sind Vertreter von:

- Arbeitnehmerverbänden
- Arbeitgeberverbänden
- Kantonalen Amtsstellen
- Städtischen Amtsstellen

Tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV Winterthur

Präsident: Walter Nisple, Arbeitsamt

Mitglieder:

3 VertreterInnen von Arbeitgeberorganisationen
3 VertreterInnen von Arbeitnehmerorganisationen
2 VertreterInnen der Gemeinden der RAV-Region

5. Departement Schule und Sport

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sportamt

Auf Vorschlag des Grossen Gemeinderates und des Dachverbandes:

Max Ladtmann
Edi Wettstein
Oskar Denzler
Emil Manser
Kurt Hess
Nick Gugger

6. Departement Soziales

Kommission der Öffentlichen Krankenkassen

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Sekretär: Jakob Bächtold, Geschäftsleiter

Mitglieder:

Hans-Peter Fisch, Kaufm. Angestellter
Berta Jung-Koller, Sozialpädagogin
Samuel Kägi, Kaufm. Angestellter/Prokurist
Christian Glaus, Arzt
Ruedi Hofstetter, Vorsteher Sozialamt
Karl Petermann, Informatik-Projektleiter
Karin Zimmermann,
Yvonne Hörler, Programmiererin/Analytikerin

Schulkommission der Schule für Pflegeberufe

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin

Mitglieder:

Agi Haas, Leiterin Betreuung und Pflege
Sibylle Kull, Ausbildungsverantwortliche
Hanni Wipf-Stengele, Schulleiterin
Peter Liggerstorfer, Arzt
Marlies Walder, Berufs- und Laufbahnberaterin

Jugendkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
Sekretär: Heinz Häusermann, Jugendsekretär

Mitglieder:

Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
Rolf Heusser, Leiter Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen
Gerold Schoch, Schulsekretär
Werner Heiz, Leiter Schulpsychologischer Dienst
Shirley Barnes Städler, Leiterin Berufsvorbereitung
Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
Markus Städler, Suchtprävention

Ueli Hafner, Leiter Gesetzlicher Betreuungsdienst
Charles Baumann, Leiter Jugend- und Familienberatung
Christine Gäumann, Co-Leiterin
Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen
Walter Heim, Stadtpolizei
Ruedi Hofstetter, Vorsteher Sozialamt

7. Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Nina Dorizzi, Gemeinderätin
Ruth Kleiber, Gemeinderätin
Ursula Künsch, Gemeinderätin
Michael Künzle, Gemeinderat
Werner Steiner, Gemeinderat
Paul Wernli, Gemeinderat
Martin Stauber, Gemeinderat
Urs Huber, Direktor WV
Ueli Rüsch, Verkehrsplanung
Beat Kammermann, Leiter Verkehrstechnik und Logistik
Kurt Schönauer, Verkehrsbetriebe

Naturschutzkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Petra Ammann, Dipl. Natw. ETH
Ernst Bachmann, Landwirt
Urs Buchs, Ing. chem. HTL
Hermann Dähler, Stadtplanung
Jakob Forster, a. Seminarlehrer
Ulrich Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
Beat Kunz, Forstmeister
Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Grabmalkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
Aktuar: Kurt Burgunder, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Gregor Frehner, Bildhauer
Daniel Isler, Bildhauer
Dr. Daniel Schneller, Denkmalpflege
Walter Weiss, Künstlergruppe
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Vertretungen der Stadt Winterthur in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Zweckverbänden (Stand 31.12.02)

Stiftungen

Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas
Anlagestiftung Winterthur	Verena Gick
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend
Wölfflin Stiftung Winterthur	Reinhard Stahel
	Heinz Häusermann
Stiftung für Kleinsiedlungen	Reinhard Stahel
	Walter Nisple
Schweizerische Technische Fachschule	Pearl Pederngana
Modell Winterthur	Maja Ingold
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold
Ehrat-Stiftung	Maja Ingold
Brühlgut-Stiftung	Ruedi Hofstetter
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold
Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann
	Martin Hasenfratz
	Markus Wanner
Musikschule WIWA	
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli
	Elsbeth Leschke
	Werner Wäckerli
Pro Senectute Kanton Zürich	Ernst Schedler
Stiftung Ober Halden	Maja Ingold
Stiftung Internationales Baumarchiv	Ernst Wohlwend

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen	Verena Gick
	Maja Ingold
Saalbaugenossenschaft Oberwinterthur	Reinhard Stahel
	Peter Barandun
Genossenschaft Schwimmbad Oberwinterthur	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Töss	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Veltheim	Urs Wunderlin
Genossenschaft Schwimmbad Wülflingen	Urs Wunderlin
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft Weiherhöhe Winterthur-Seen	Max Reifler
Genossenschaft Sportplatz Schützenwiese	Pearl Pederngana
	Urs Wunderlin
Heimstättengenossenschaft	Peter Barandun

Vereine

Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend
Verein Stadtmarketing	Ernst Wohlwend
Verein Musikkollegium Winterthur	Reinhard Stahel
	Markus Wanner
	Reinhard Stahel
	Walter Nisple
Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	
Verein Aids-Informationsstelle Winterthur	Hans Hollenstein
Verein Ehe- und Partnerschaftsberatung	Charles Baumann
Heimverein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Verein Frauenhaus Winterthur	Rosmarie Müller
Verein «Pro Kinderklinik»	Ernst Wohlwend

Aktiengesellschaften

Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
Sport- und Ausstellungshalle AG	Pearl Pederngana
Verwaltungsrat Eulachhallen AG	Samuel Schwitter
Parkhaus AG Winterthur	Hans Hollenstein
Erdgas Ostschweiz AG	Walter Bossert

Verkehrsverbund

Verkehrsrat	Walter Bossert
-------------	----------------

Zürcher Hochschule Winterthur

Schulrat	Ernst Wohlwend
----------	----------------

Zweckverbände

Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Reinhard Stahel
	Delegierte: Walter Bossert Walter Baumann
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Hans Hollenstein

Departements- und Bereichsleitungen

(Stichtag: 8. Januar 2003)

Stadtkanzlei

Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Stadtpräsident Ernst Wohlwend

Departementssekretariat

Markus Spring

Informatikdienste

Walter Ruprecht

Personalamt

Fritz Lang

Stadtarchiv

Alfred Bütikofer

Integration

Peter Baltensberger

Kulturelles

Walter Büechi

Stadtammann- und Betreibungsämter

Roland Isler

Friedensrichterämter

Karin Fischer Huber

Departement Finanzen

Stadträtin Verena Gick

Departementssekretariat

Riccarda Foi Masciadri

Finanzkontrolle

Walter Hubmann

Finanzamt

Peter Barandun

Steueramt

Christian Beusch

Liegenschaftenverwaltung

Erich Dürig

Departement Bau

Stadtrat Reinhard Stahel

Departementssekretariat

Lukas Mischler

Stadtplanungsamt

Rudolf Haller

Tiefbau

Hans Peter Hulmann

Hochbau

Alois Ulrich

Vermessungsamt

Daniel Kofmel

Baupolizeiamt

Fridolin Störi

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrat Hans Hollenstein

Departementssekretariat

Mark Ulrich Bona

Stadtpolizei

Hans-Rudolf Eichenberger

Feuerwehr

Josef Baumgartner

Zivilschutzamt

Lorenz Huser

Gesundheitsamt

Thomas Engesser

Melde- und Zivilstandswesen

Esther Wertli

Arbeitsamt

Walter Nisple

Umweltschutzfachstelle

Erik Schmausser

Departement Schule und Sport

Stadträtin Pearl Pedernana

Departementsstab

Regula Forster Erzinger
Eva Schwarzenbach Heusser

Zentrale Dienste

Markus Wanner

Schulbauten

Jürgen Zoske

Fachdienste

Jörg Kempf

Berufsvorbereitung

Shirley Barnes

Metallarbeiterschule

Franz Trottmann

Sportamt

Urs Wunderlin

Departement Soziales

Stadträtin Maja Ingold

Departementssekretariat

Muriel Tinner

Vormundschaftsamt

Verena Anliker, Silvia Rey Correa

Sozialamt

Ruedi Hofstetter

Alter und Pflege

Ernst Schedler

Departement Technische Betriebe

Stadtrat Walter Bossert

Departementssekretariat

Daniel Jeker

Städtische Werke

Christian von Burg

Verkehrsbetriebe

Urs Huber

Forstbetrieb

Beat Kunz

Stadtgärtnerei

Christian Wieland

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei	7	Departement Sicherheit und Umwelt	81
Der Grosse Gemeinderat	7	Umweltschutzfachstelle	83
Der Stadtrat	16	Polizeirichteramt	86
Stadtkanzlei	17	Stadtpolizei	87
		Feuerwehr	90
Departement Kulturelles und Dienste	21	Zivilschutz	92
Informatikdienste (IDW)	23	Gesundheitsamt	95
Personalamt	24	Melde- und Zivilstandswesen	97
Personalstatistik 2002	28	Arbeitsamt	98
Geschäftsbericht der Stadtammann- und Betreibungsämter für das Jahr 2002	29	Departement Schule und Sport	105
Betreibungs- und Stadtammannämter	29	Zentralschulpflege	106
Friedensrichterämter	30	Departementssekretariat	108
Stadtarchiv	31	Hauptabteilung Zentrale Dienste	108
Integration	32	Materialverwaltung	110
Kulturelles	33	Schulbauten	111
Museen und Sammlungen	33	Bereich Fachdienste	112
Kunst- und Kulturpflege	36	Berufsvorbereitung	118
Konzerte	37	Metallarbeiterschule (msw)	119
Winterthurer Bibliotheken	38	Kindergarten / Volksschule	121
		Musische Bildung	123
Departement Finanzen	41	Konvente der Lehrkräfte	124
Finanzkontrolle	43	Sportamt	125
Finanzamt	45	Departement Soziales	127
Steueramt	48	Vormundschaftsamt	130
Liegenschaftenverwaltung	50	Sozialamt	133
Landwirtschaftliche Abteilung	53	Jugendsekretariat	137
Abteilung für Einquartierungen	53	Alter und Pflege	146
Departement Bau	55	Departement Technische Betriebe	155
Departementssekretariat	56	Städtische Werke	157
Stadtplanungsamt	57	Elektrizität	157
Tiefbau	61	Erdgas	161
Abteilung Tiefbauten	61	Fernwärme	162
Strasseninspektorat	64	Wasser	163
Stadtentwässerung	67	Kehrichtverbrennungsanlage	166
Hochbau	69	Kläranlage Hard	167
Stadtgestaltung	69	Verkehrsbetriebe	169
Abteilung Denkmalpflege	69	Forstbetrieb	171
Hochbauten	71	Stadtgärtnerei	174
Fachstelle Haustechnik	73	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	177
Gebäudeunterhalt	74	Behördenverzeichnis	185
Vermessungsamt	75	Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw.	193
Baupolizeiamt	76	Departements- und Bereichsleitungen	194
Bauinspektorat	76		
Rechtsdienst	77		
Feuerpolizei	77		
Fachstelle Energieberatung	78		